

Interview mit Walter Mossmann S. 9

Arbeiterkampf

C 21734 D



Jg. 12 Nr. 220 19.4.82
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES
4 DM
Förderpr. DM 5



Alles bereit für Reagans Empfang!

Als besonderen Beweis für die Bündnistreue und Harmonie im NATO-Bündnis ließen Genscher und Schmidt den NATO-Gipfel (9./10. Juni) nach Bonn verlegen. Am 11. Juni soll Reagan auch in Westberlin zur Demonstration westlicher Freiheit einige Stunden auflaufen. Die CDU will am 5. Juni in Bonn zu einer Manifestation für den Kriegskurs Reagans aufmarschieren. Es soll laut Kohl *„die größte Demonstration"* werden, *„zu der je eine politische Partei nach dem Krieg aufgerufen hat"*. „Weit über 100.000" CDU-Leute werden erwartet. Parallel dazu will auch die CSU in München als „schweigende Mehrheit unseres Volkes" aufmarschieren. Jubel-Demonstrationen „der Bevölkerung" in Bonn und Westberlin für Reagan wünscht auch der SPD-Rechte Corterier („Bild", 3.4.).

Allen in der Presse groß herausgebrachten Unkenrufen über eine Spaltung der Friedensbewegung und auch den Versuchen sozialdemokratischer Kräfte der Friedensbewegung zum Trotz, die Demo sowohl vom 10.6. als auch von Bonn wegzubekommen, wird es eine weitgehend geschlossene Antwort der Friedensbewegung geben, wie auf einer bundesweiten Konferenz am 4.4. beschlossen wurde: Es soll am 10. Juni auf jeden Fall in Bonn eine bundesweite Großdemonstration geben. Für die Bundesländer, in denen der 10. Juni nicht gesetzlicher Feiertag (Fronleichnam) ist, soll auch ein schulfreier Tag organisiert werden.

Fortsetzung auf S. 5

Falkland-Inseln/Malvinen

Eine Weltkrise wird gemacht

Völlig überraschend, aber mit umso größerer Deutlichkeit hat der Konflikt zwischen Argentinien und Großbritannien zutage gebracht, wie schnell und

Falkland-Inseln/Malvinen

Eine Weltkrise wird gemacht

Völlig überraschend, aber mit umso größerer Deutlichkeit hat der Konflikt zwischen Argentinien und Großbritannien zutage gebracht, wie schnell und

um welchen geringen Preis die Mächte des „freien Westens" bereit sind, den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln einzusetzen. Innerhalb weniger Tage und Wochen ist aus einem Konflikt minderer Bedeutung eine Weltkrise gemacht worden, in deren Folge das Leben von Tausenden von Menschen aufs Spiel gesetzt wird.

Um diesen durch und durch absurden Krieg zu rechtfertigen, greifen beide Seiten tief in die Trickkiste der Demagogie. Der britische Imperialismus behauptet, sein militärischer Aufmarsch diene der Freiheit und der Selbstbestimmung der Bewohner der Malvinen/Falklandinseln. Mit der Zugehörigkeit dieser Menschen zur britischen Staatsbürgerschaft wird gleichzeitig der Herrschaftsanspruch über die Inseln begründet. Aber selbst nach dem herrschenden Völkerrecht ist diese Position nicht haltbar. Diese Inseln waren argentinisches Staatsgebiet, ehe sie 1833 von den Engländern militärisch erobert wurden. Die britischen Siedler waren in der Folgezeit immer Statthalter der Kolonialherrschaft. Die Forderung nach Freiheit und Selbstbestimmung dieser Menschen ist so auch lediglich ein Mittel zur Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft über die Inseln. In d i e s e m Zusammenhang wird dann auch plötzlich entdeckt, daß in Argentinien eine Militärdiktatur faschistischen Stils herrscht. Nachdem jahrelang die Proteste der linken Opposition gegen die Militärdiktatur ignoriert wurden, soll jetzt mit dem Hinweis auf die Diktatur ein Krieg gerechtfertigt werden. Seit dem Machtantritt der Militärjunta in Argentinien sind nach Schätzungen von amnesty international 15.000 Menschen „verschwunden", d.h. sie sitzen ohne öffentliche Gerichtsverfahren in Militärgefängnissen, bei einem großen Teil muß befürchtet werden, daß sie aufgrund ihrer politischen Gesinnung gefoltert und ermordet wurden. Weder diese Tatsache, noch die, daß die gesamte linke Opposition mit terroristischen Maßnahmen verfolgt und unterdrückt wird, hat die Regierungen der EG-Staaten jemals zu Protesten veranlaßt. Sollte jemand tatsächlich glauben, es gehe jetzt um die Freiheit von 1500 Menschen?

Seit Jahren hat die sozialistische und die Menschenrechtsbewegung einen Wirtschaftsboykott gegen Argentinien gefordert, um so Druck auf die Militärjunta auszuüben, die Menschenrechte einzuhalten. Die Regierungen haben diese Forderungen ignoriert, die Beziehungen zur Militärjunta und der Handel und Wandel florierten. Argentinien war während der gesamten Zeit sogar ein bevorzugtes Land - wegen seiner stabilen Lage für die Imperialisten. Die Generäle bekamen Militärgut aller Art. Die BRD steuerte Flugzeuge, U-Boote und Fregatten bei. Und die BRD ist auch groß im Atomgeschäft dabei. Jetzt wurde ein Wirtschaftsboykott verhängt, aber nicht um der Freiheit von M e n s c h e n , sondern um des Machtanspruchs der britischen Imperialisten willen. Praktisch ist das nichts anderes als eine Unterstützung für Großbritanniens Kriegsabenteuer.

Die argentinische Militärjunta kleidet ihr militärisches Abenteuer in den Mantel des antikolonialistischen Kampfes. Gerecht ist diese Aktion deshalb noch lange nicht, denn es geht dabei keinesfalls um die Befreiung eines Landstrichs und seiner Bevölkerung von der kolonialistischen Herrschaft, sondern lediglich um die Einverleibung dieser Inseln (wobei die Meschen fast gar keine Rolle spielen) zur Sicherung des eigenen Großmachtanspruches. Argentinien ist eines der typischen Schwellenländer, die, zwischen der imperialistischen und der sogenannten 3. Welt stehend, von den imperialistischen Metropolen gehegt werden, die als Machtfaktor des Imperialismus auftreten. In diesem Sinne wird es militärisch aufgerüstet, wird die Ausschaltung der linken Opposition geduldet bzw. aktiv unterstützt und betrieben.

Fortsetzung auf S. 2

37 Gefangene im Militärgefängnis von Diyarbakir ermordet!

Mindestens 37 Menschen sollen am 20. März im Militärgefängnis der türkisch-kurdischen Stadt Diyarbkir von einer Militäreinheit ermordet worden sein. Einige erlagen der Folter, der größte Teil wurde erschossen.

Insgesamt 3331 Gefangene befinden sich in diesem Militärknast, hauptsächlich Mitglieder und Anhänger von kurdischen Unabhängigkeitsorganisationen. In diesem Gefängnis sind die Haftbedingungen noch schlimmer, als in den anderen. Seit einiger Zeit besteht absolutes Besuchsverbot, Kontakte zu Rechtsanwälten gibt es nicht. Die Massenprozesse werden in türkischer Sprache geführt, obwohl viele Angeklagte nur kurdisch sprechen. Gegen diese Zustände wurde seit Anfang März ein Hungerstreik organisiert. Um den Widerstand zu brechen,griffen die Militärs einige vermeintliche Rädelsführer heraus unf folterten sie. Dabei wurden fünf Gefangene ermordet, darunter das führende Mitglied der kurdischen Arbeiterpartei (PKK), Mazlum Dogan. Als auch hierdurch der Hungerstreik noch nicht zu brechen war, griffen sich dde Militärs ihnen bekannte Gefangene des Widerstands heraus, stellten sie an die Wand und erschossen sie! Auch unter ihnen befinden sich mehrere führende Mitglieder der PKK. 9 der Ermordeten sind namentlich bekannt. *(Informationen nach: Alternative Türkeihilfe, Türkei-Komitee Hamburg, Birkom-Hamburg). Siehe auch weitere Artikel zur Türkei auf den Seiten 32 - 34.*

Israel: Durch Terror zur Annektion

Ein 38jähriger israelischer Reservist (Einwanderer aus den USA) läuft in Armeeuniform am Ostersonntag in einer der heiligsten Stätten der Muslim in Jerusalem, auf dem Tempelberg vor der Al-Aqsa- und der Omar-Moschee, Amok. Zwei Menschen sterben, etwa 50 werden von dem wild um sich schießenden Alan Harry Goodman zum Teil schwer verletzt. Wurde diese brutale Provokation gegen die arabische Bevölkerung von einem verrückten Einzeltäter begangen, wie die israelische Regierung glauben machen will?

Die näheren Umstände des Massakers schließen eine gezielte Provokation rechtsextremistischer Gruppen nicht aus, zu denen der Attentäter enge Verbindungen hatte. In jedem Fall aber muß das Attentat als eine direkte Folge des von der Begin-Regierung in den letzten Monaten auf die Spitze getriebenen Konfrontationskurs gegen das palästinensische Volk betrachtet werden. Begleitet war diese Politik von der sattsam bekannten Propaganda: Das kleine, schwache, wehrlose, von allen Seiten und speziell von den „PLO-Terroristen" bedrohte Israel m u ß zu seinem Selbstschutz leider zu eigentlich international geächteten Methoden Zuflucht nehmen.

Kurz vor der – für den 25.4.82 vereinbarten – Räumung der Sinai-Halbinsel holt die israelische Regierung zu einem Rundumschlag aus:

– Gegen die ägyptische Regierung werden die absurdesten Vorwürfe wegen angeblicher Verletzungen des Friedensabkommens vom März 1979 erhoben, der Rückzug wird offen infrage gestellt (1).

– Den fortschrittlichen libanesischen und palästinensischen Kräften im Libanon droht Begin mit Einmarsch und „Vergeltung", gleichfalls mit absurden Vorwürfen, wie etwa der Verletzung des Waffenstillstandsabkommens vom Juli 1981 (2).

– Der palästinensischen Bevölkerung in den seit 1967 besetzten Gebieten versucht die israelische Besatzungsmacht mit terroristischen Methoden eine „Autonomie" aufzuzwingen, die die endgültige Annexion dieser Gebiete vorbereiten soll (3).

– Auf den formal annektierten Golan-Höhen beantworteten die Zionisten einen noch andauernden Generalstreik mit einer 40tägigen Belagerung der Drusendörfer (4).

Die Situation im Nahen Osten scheint wieder einmal kurz vor der Explosion zu stehen.

Fortsetzung auf S. 38







Falkland-Inseln/Malvinen

Eine Weltkrise wird gemacht

Forts. von Seite 1

Das Pech für die Imperialisten ist in diesem Falle nur, daß sich die eigenen Machtansprüche mit denen eines solchen Schwellenlandes überdecken. Argentinien fordert für seine Rolle einen Preis und hatte wohl auch gehofft, diesen bezahlt zu bekommen. Dabei ist die Militärjunta jedoch völlig in der Hand der Imperialisten. Gegenwärtig betragen die Staatsschulden gegenüber dem internationalen Finanzkapital rund 34 Mrd. Dollar, (also sogar erheblich mehr als die
den gegenüber dem internationalen Finanzkapital rund 34 Mrd. Dollar, (also sogar erheblich mehr als die
Schulden Polens!), den größten Teil davon bei amerikanischen und britischen Banken. 12 Mrd. Dollar waren davon zum 1. Juli 1981 fällig, weitere 2 Mrd. innerhalb der nächsten 12 Monate („FAZ", 16.4.). Allein mit diesem Mittel könnte die Regierung jederzeit in den Bankrott getrieben werden.

Die wesentlichen Gründe für den Zeitpunkt der argentinischen Militäraktion dürfte im innenpolitischen Bereich zu suchen sein. Am 30. März fand mit 10.000 Menschen die erste Massendemonstration seit dem Machtantritt der Junta in Buenos Aires statt, eine für eine Diktatur ungeheure Zahl. 1500 Menschen wurden verhaftet - übrigens ohne daß die freiheitsliebenden Westmächte protestiert hätten. Mit ähnlichen Anzeichen begann 1975 der Sturz des damaligen Militärregimes und die Ersetzung durch die peronistische Regierung. Dieser Zustand der Verschärfung des inneren Klassenkampfes sollte durch das außenpolitische Abenteuer abgemildert werden, was allen Berichten zufolge vorerst auch gelang.

In einen äußersten Zwiespalt hat dieser Konflikt das NATO-Bündnis gestürzt. Gerade war die Militärjunta von den USA dazu ausersehen worden, für die Interventionstruppen gegen El Salvador und Nicaragua eine maßgebliche Rolle zu spielen. Argentinien ist ein wesentlicher Träger der militärischen Gewalt in Südamerika. Unter diesen Umständen kann es sich die NATO gar nicht leisten, daß in einem möglichen Krieg ein großer Teil dieser Militärkraft vernichtet und ein Regime erheblich geschwächt wird, das zu den Garanten der impe-
Teil dieser Militärkraft vernichtet und ein Regime erheblich geschwächt wird, das zu den Garanten der impe-
rialistischen Herrschaft zählt. Andererseits müssen einem solchen Regime aber auch die Grenzen aufgezeigt werden, die es gegenüber den wahren Herren nicht überschreiten darf. Dies ist der eigentliche Gegenstand der US-amerikanischen Vermittlungsgespräche, wobei es der Reagan-Regierung in erster Linie darum geht, daß die Militärjunta und die eigene Lateinamerikapolitik keinen Schaden nehmen.

In erschreckendem Maße können sich beide Regierungen auf nationalistische und chauvinistische Regungen der von ihnen beherrschten Menschen stützen. In Argentinien kannten die gerade verhafteten Gewerkschaftsführer nur noch die Nation, der Vorsitzende der oppositionellen Gewerkschaft wohnte gar der Vereidigung des Militärgouverneurs auf den Malvinen/Falklandinseln bei. Selbst der Führer der Monteneros, der Guerillaverbände, proklamierte in dieser Frage ein gemeinsames nationales Interesse. In Großbritannien produzierten sich die Sozialdemokraten wieder einmal als die „besseren" Vaterlandsverteidiger. Die Entsendung der Kriegsmarine hat die volle Unterstützung der Labour-Fraktion im Unterhaus. Die gleichen Leute, wie beispielsweise der Vorsitzende der Labour-Party, Michael Foot, die auf Kundgebungen für Abrüstung auftreten, werfen der Tory-Partei nun „nationalen Verrat" vor. Gewerkschaftsführer riefen die Hafenarbeiter zu Sonderschichten zur Beladung der Kriegsmarine auf. Nur wenige, zaghafte Stimmen der Labour-Linken protestierten gegen das Kriegsgeschrei.

Dies alles erinnert fatal an die Haltung der Sozialdemokraten vor dem 1. Weltkrieg. Auch heute kennen sie keine Klassen mehr, sondern nur noch die Nation. Dabei ist jetzt schon klar, wer die Zeche bezahlen soll. In Argentinien ist die Erhebung einer Malvinen-Steuer in Vorbereitung; und in Großbritannien sollen die Kosten für dieses Kriegsabenteuer ebenfalls durch Sondersteuern gedeckt werden. Auch wenn in diesem drohenden Krieg kein weiterer Schuß fällt, werden sich die Kosten für beide Seiten schon an die 3 Mrd. Mark belaufen („FAZ", 12.4.), nicht gerechnet die Verluste der Wirtschaft. Auch diese Zeche werden die Unterschichten zu zahlen haben. Und die Toten, die auf dem Schlachtfeld dieses unsinnigen Krieges um nationalistische Ansprüche und Verteidigung eines anachronistischen Kolonialanspruchs liegen bleiben werden, kommen immer aus den Schichten und Klassen, die niemals Vorteile daraus ziehen werden.

Dieser Krieg ist keinen Toten wert!

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,–, halbjährlich DM 33,– (als Förderabo jährlich 100, halbjährlich DM 50,–); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00
Einzelpreis DM 4,–; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der Staat als Sklavenhalter

Für zwei Mark Stundenlohn putzt Manfred S. (27) in Kieler Kindergärten die Fenster. Für den gleichen Lohn flickt Monika F. (34) in einer Hamburger Nähstube Bettwäsche für ein Altersheim. Drei Mark pro Arbeitsstunde erhielten die 20 Sozialhilfeempfänger, die im Januar in Gießen zum Schneeschippen angestellt wurden. In Westberlin hielt sich der Staat an Asylbewerbern schadlos: Für 1,25 DM die Stunde, z.T. nur in Form von Lebensmittelgutscheinen ausgezahlt, wurden sie zur Säuberung der Westberliner Straßen vom Winter-Granulat abkommandiert.

Derart unverschämte Hungerlöhne könnte sich hierzulande kein Kapitalist erlauben. Das darf nur der Staat. Der kann die Ausgebeuteten sogar zur Arbeit verpflichten, denn wer zu diesen Bedingungen nicht arbeiten will, erhält die ohnehin kärgliche Sozialhilfe gekürzt. Die gesetzliche Grundlage dafür ist das Bundessozialhilfegesetz (BSHG), das die Behörden berechtigt, den Sozialhilfeempfängern „Gelegenheiten zu gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit" aufzuerlegen.

Und um gleich klarzustellen, daß die so zur Arbeit Verpflichteten völlig ohne Rechte sind, ist im Gesetz auch festgehalten, daß mit einer derartigen Beschäftigung keine arbeitsrechtlichen oder sozialrechtlichen Arbeitsverhältnisse entstehen (§ 19 BSHG).

Seit einiger Zeit wird diese gesetzliche Möglichkeit vom Staat verstärkt genutzt, um mit den spottbilligen Arbeitskräften die leeren Kassen aufzufüllen. Bei dem oben erwähnten Fensterputzer spart der Staat beispielsweise 65 DM pro Tag („Bild", 19.3.82).

Offenbar gehen Landkreise und
der Staat beispielsweise 65 DM pro Tag („Bild", 19.3.82).
Offenbar gehen Landkreise und
Gemeinden hier auf Direktiven von oben vor. Bereits im Dezember hatte der Hessische Sozialminister Clauss die örtlichen Behörden aufgefordert, den Sozialhilfeempfängern die „Chance" zur Verrichtung von Zwangsarbeit zu geben, um so die „passive Abhängigkeit der Sozialhilfeempfänger" abzubauen. Der Sozialminister von Schleswig-Holstein, Braun, hat die Städte angewiesen, „gesunde, arbeitsfähige" Sozialhilfeempfänger verstärkt zu derartigen Arbeiten heranzuziehen, und auch in Hamburg bereitet Sozialsenator Ehlers eine ähnliche Anweisung vor. Aus Kiel wurde bekannt, daß dort bereits 600 von 6000 Sozialhilfeempfängern zum Arbeitsdienst verpflichtet sind: „*Sie pflanzen Blumen in öffentlichen Anlagen, putzen in Kindergärten Fenster, bohnern Behördenflure, sammeln auf Sportplätzen Papier auf*" („Bild", 19.3.).

Und da Bettwäsche in Altenheimen geflickt, Kindergartenfenster geputzt und Straßen von Schnee und Schmutz gefegt werden müssen, ist klar, daß der Staat, indem er Sozialhilfeempfänger ausbeutet, normal bezahlte Arbeitsplätze einspart. In Gießen, dessen schneeschippende Sozialhilfeempfänger bundesweit bekannt geworden sind, bemüht man sich, jährlich ein Prozent der städtischen Planstellen wegzurationalisieren. **Da ist es nur noch ein kleiner Schritt, bis der Staat systematisch Arbeitsplätze wegrationalisiert, um sie nachher mit Sklavenarbeitern zu besetzen. So werden gleich neue Arbeitslose produziert, die das Heer potentieller Zwangsarbeiter anfüllen.**

Die zunehmende Arbeitsverpflichtung für Sozialhilfeempfänger steht im Zusammenhang mit dem Abbau staatlicher Sozialleistungen: Mit steigender Arbeitslosigkeit und restriktiverer Vergabe der Arbeitslosenunterstützung steigt die Zahl der Anspruchsberechtigten für Sozialhilfe. Für die Politiker ist dies ein Anlaß, um danach zu sinnen, wie sie „falsche gesetzgeberische Wohltaten" („FAZ", 30.11.81) einschränken können. Zum Jahresbeginn wurden die Sozialhilfesätze nur um 3% erhöht; Mehrbedarfszuschläge wurden gekürzt, was zu einer „*realen Kürzung der Sozialhilfe bis zu 20% im Jahre 1983*" („FR", 18.12.81) führen wird.

Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß der Staat die Anspruchsberechtigten in großem Stil betrügt. Nach einer im Auftrag des Familienministeriums durchgeführten Untersuchung nehmen von 1.144.000 sozialhilfebedürftigen Haushalten nur 594.000 die Unterstützung in Anspruch, 550.000 Haushalte verzichten meist aus Unkenntnis darauf („FR", 24.2.82). Der Staat bemüht sich, daß dies so bleibt: „*Wir halten es angesichts der Finanzsituation der Städte nicht mehr für sinnvoll, generell alle Anspruchberechtigten auf ihren Anspruch zu stoßen (...) Würde die Sozialhilfe von allen Berechtigten beansprucht, wären in diesem Moment die Städte und Gemeinden in Deutschland pleite*" (Städtetagsdezernent Happe lt. „Welt" v. 27.2.82). Da mit zunehmender sozialer Misere offenbar immer mehr Menschen die ihnen gesetzlich zustehende Unterstützung in Anspruch nehmen, soll nun mit der Knute der Arbeitsverpflichtung auch eine abschreckende Wirkung ausgeübt werden.

Bleibt noch nachzutragen, daß die von der Bundesregierung beschlossene neue Zumutbarkeitsanordnung für Arbeitslose die Möglichkeit beinhaltet, die Verpflichtung zur Zwangsarbeit auch auf die Bezieher von Arbeitslosenunterstützung auszudehnen. Es wurde nämlich festgelegt, daß schon in der ersten Phase der Arbeitslosigkeit eine „Aushilfsbeschäftigung" zumutbar ist, wenn diese nicht länger als sechs Monate dauert: „Nach Ansicht von Experten **wird dabei offensichtlich an Arbeitseinsätze gedacht, wie sie im vergangenen Winter bei Sozialhilfeempfängern mit Schneeschippen oder ähnlichem bereits erprobt worden sind**" („FR", 18.2.82). Ist die Arbeitsverpflichtung für Sozialhilfeempfänger also nur die Erprobung einer Maßnahme, die im großen Stil die fast zwei Mio. Arbeitslosen 'von der Straße' schaffen soll ?

Die Maßnahmen, die derzeit an Sozialhilfeempfängern und Ausländern erprobt werden, sind offensichtlich dazu gedacht, später in großem Stil eingesetzt zu werden. Auf diese Weise würde ein Millionenheer von Arbeitssklaven geschaffen, denen praktisch alles zugemutet werden kann und die außerhalb der gewerkschaftlichen Rechte und Widerstandsmöglichkeiten stehen, die sich die Arbeiter in mehr als einem Jahrhundert erkämpft haben.

Dieses Reservoir von Arbeitssklaven wird sich auch auf die Lage der Arbeiter und Angestellten insgesamt katastrophal auswirken. Denn wozu soll beispielsweise der Staat noch einen halbwegs „normalen" Lohn für Putzkräfte ausgeben, wenn er sich für diese Arbeit einfach total Entrechtete gegen ein Trinkgeld zwangsverpflichten kann? Der nächste logische Schritt wäre, daß der Staat allein gar nicht ausreichend Verwendung für das ganze Heer potentieller Arbeitssklaven hat und daß dann Zwangsverpflichtete „leihweise" auch an die Privatwirtschaft weitergegeben werden. Die Parallelen zu Hitlers Reichsarbeitsdienst lassen sich nicht mehr übersehen.

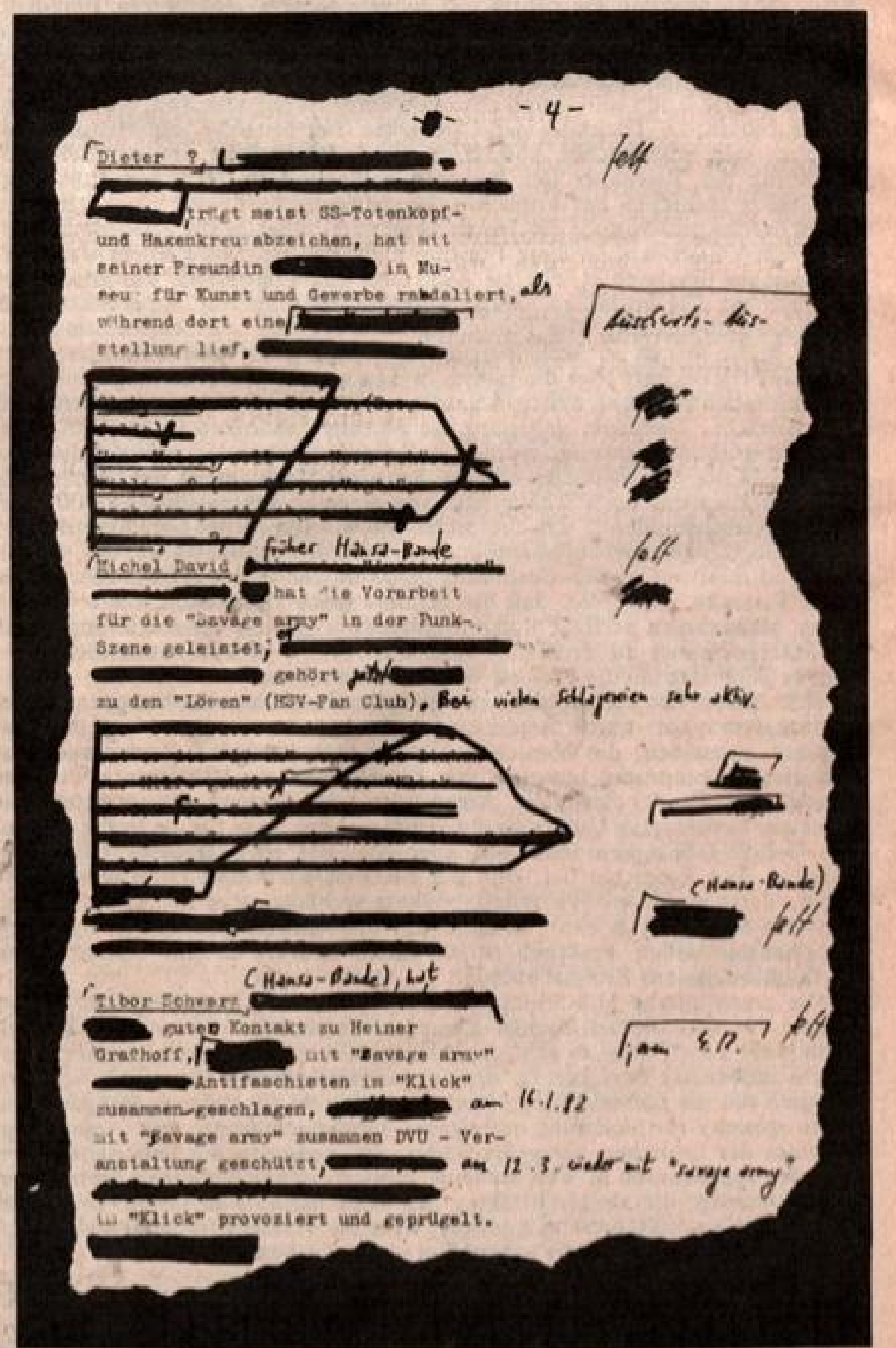
Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Letzte W(A)rnung

Liebe Genossinnen und Genossen

Wir empfinden es als eine ausgesprochene Arroganz eurerseits, uns derartige Manuskripte wie zu diesem AK (Antifa, Reagan, AL Frankfurt usw.) immer noch zuzumuten. Es kostet erstens doppelte Zeit durch die Schmierereien durchzusteigen und ist zweitens fürs Auge auch nicht grad erholsam (Blick: Bildschirm, Text, entziffern oder suchen von übermalten Worten bzw. handschriftlichen Texteinschüben). Wenn ihr weiterhin derartige „Machwerke" einreicht, dürft ihr euch nicht wundern, wenn diese nicht mehr gesetzt werden. Trotz mehrmaliger Kritik unsererseits scheint ihr ja keine andere Sprache zu verstehen!?!

Die Säzzerinnen und Säzzer


- 4 -

Dieter ?, [redacted] fehlt

[redacted] trägt meist SS-Totenkopf- und Hakenkreuzabzeichen, hat mit seiner Freundin [redacted] im Museu für Kunst und Gewerbe randaliert, als während dort eine [redacted] Ausschwitz-Ausstellung lief, [redacted]

Michel David früher Hansa-Bande [redacted] fehlt

[redacted] hat die Vorarbeit für die "Savage army" in der Punk-Szene geleistet, [redacted] gehört [redacted] zu den "Löwen" (HSV-Fan Club). Bei vielen Schlägereien sehr aktiv.

[redacted]

(Hansa-Bande) [redacted] fehlt

Tibor Schwarz (Hansa-Bande), hat [redacted] guten Kontakt zu Heiner Graßhoff, [redacted] mit "Savage army" [redacted] Antifaschisten im "Klick" zusammengeschlagen, [redacted] am 16.1.82 mit "Savage army" zusammen DVU - Veranstaltung geschützt, [redacted] am 12.3. wieder mit "savage army" [redacted] im "Klick" provoziert und geprügelt. fehlt

[redacted]

Peter Brückner und die deutschen Verhältnisse

Am 15.6.77 kündigten wir auf einer UNI-VV zum zweiten Mal nach der Veröffentlichung des Buback-Nachrufs Peter Brückner an. Sofort skandierten über 1500 im Audi-Max: „ZWINGT PESTEL RAUS UND BRÜCKNER REIN !" Als sich der Begrüßungssturm gelegt hatte, ging Brückner zum Mikro: „Meine lieben Freunde, wenn ihr glaubt, ich wollte Kultusminister werden, so muß ich euch enttäuschen." Es war das zweite Mal, daß Brückner in Sachen Buback-Nachruf in Göttingen war. Nachdem er das erste Mal im Audi-Max gesprochen hatte, hatten wir die erste Schlacht um den Nachruf gewonnen.

Mußte das denn sein, dieser Artikel? Gerade in dieser stürmischen Zeit, wo in den Redaktionsstuben und Ministerien auf Vorwände und gute Gelegenheiten zur großen Abrechnung mit der Linken gelauert wird. Wo jeder ungeschickte Satz ein Vorwand, jedes Impressum eine Hausdurchsuchung sein kann ? Und jetzt, wo das Kind im Brunnen liegt, muß der Asta nicht, er hat ja selbst schuld, den klugen Gang nach Canossa antreten und sich vom Nachruf, der klammheimlichen Freude und dem rotschwarzen Verbrecheralbum distanzieren ?

Peter Brückner verstand es, die unzähligen so einleuchtend und realpolitisch geschickt anmutenden Gründe für die Unterwerfung mit einem einzigen einfachen Gedanken zu widerlegen: *„Wir müssen Schluß machen mit dieser unseligen deutschen Tradition, die die Schuld für die staatliche Repression immer zuerst bei ihren Opfern gesucht hat."*

Peter Brückner hat auf unzähligen Veranstaltungen das Recht auf Veröffentlichung u n d die Intention des Buback-Nachrufs verteidigt.

Es mögen 30, 40 Veranstaltungen in einem halben Jahr gewesen sein, mal vor 40, dann wieder vor 1000 Zuhörern. Eine unglaubliche Leistung! Immer wieder die gleichen Gegenargumente, die gleiche Ängstlichkeit und Unterwürfigkeit, die es mühsam zu durchbrechen galt, um überhaupt frei über den Inhalt des Nachrufs reden zu können.

Wenn in Düsseldorf eine Basisgruppe Schwierigkeiten mit den Jusos hatte, rief sie Peter Brückner an. „Wir haben da eine Veranstaltung...." Und Brückner kam.

Es war sein Fall, noch lange bevor er direkt vom niedersächsischen Kultusministerium angegriffen wurde.

Brückner war einer der wenigen, die gleich nach den ersten Hetzartikeln in WELT, FAZ und FR erkannt hatten, daß es bei der Verteidigung des Nachrufs um eine ziemlich banale aber folgenreiche Kernfrage ging: hat die westdeutsche Linke in einer Zeit extremer politischer Verfolgung, das R ü c k g r a t für das zu kämpfen, was sie in ruhigen Zeiten wie selbstverständlich auf ihre Fahnen geschrieben hatte ? Z.B. Meinungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, schließlich: Solidarität. Was war diese Phrase wert, wenn der Gegner übermächtig, Standfestigkeit als Abenteurertum, das früher Selbstverständliche als Provokation erscheint ?

Peter Brückner hat uns und viele andere ermutigt, einigermaßen anständige Antworten auf diese Fragen zu suchen.

Auch deswegen hat man ihn unbarmherzig verfolgt.

Schäbige Verfolger

Peter Brückner war die Inkarnation des reaktionären Feindbildes und wenn die leitartikelnden Herren der Morgenzeitungen ihre furchtbaren Metaphern vom *„Wild am Waldrand"*, für das die Schonzeit endlich vorbei sein müsse, von den *„kleinen Nagetieren hinter der Szene"*, von *„dem Klammheimlichen mit dem schiefen Maul"* in die Schreibmaschine hämmerten, hatten sie Peter Brückner vor Augen.

Sicherlich folgte ihre Progromsprache dem berechneten Zweck, die öffentliche Meinung aufzuheizen und die Gunst der Stunde für eine Hexenjagd auf die Linke zu nutzen. Aber viele Worte waren zu schrill, als daß sie nur aus kühler Berechnung gewählt sein konnten. Zum Beispiel diese: *„Soll man den Klammheimlichen, die ihre Schäbigkeit als Großmannsmut geehrt wissen möchten, nicht den Gefallen tun, ihre Gesichter so steckbriefgetreu zu verbreiten wie die rotbelichteten Schmarotzer, denen sie applaudieren. Hinauf mit ihnen auf die Terrorszene, und ganz oben hinauf, scharf belichtet, wenn sie ihr klammheimliches Händeklatschen und Feixen auch noch mit Staatspension honoriert haben wollen."* („Welt", 11.8.77).

In solchen Tiraden präsentiert sich der alte, altdeutsche Haß gegen den unbotmäßigen Intellektuellen in seiner reinsten, nämlich in seiner faschistischen Form. Gilt nicht gerade in Deutschland die Regel: eine Hure und einen Professor kann man immer kaufen ? Gerade die längst gekauften sind die schlimmsten Feinde der Nichtkäuflichen. Aber sie werden es nie verbergen können, daß in ihren Haßgesängen das Restbewußtsein ihrer eigenen Schäbigkeit lebt, die, scharf belichtet, auf den politischen Gegner projiziert wird.

Man muß gerade die gemeinsten Verleumdungen, mit denen Brückner bedacht wurde, gegen den Strich lesen: als erzwungenen Respekt vor jemandem, den die reaktionären Kleingeister vielleicht in die Enge, niemals aber in die Knie treiben konnten.

Peter Brückner war einfach einige Nummern zu groß für sie. Wie oft mußten gerade seine unmittelbaren Gegenspieler im niedersächsischen Kultusministerium diese schmerzende Erfahrung machen ! Allen voran Eduard Pestel. Was mag in ihm vorgegangen sein, als er z.B. in Brückners Broschüre „Die Mescalero-Affäre" die scharfsinnige Analyse einer seiner denunziatorischen Presseerklärungen las ? (– und er hat sie gelesen, wie alles, was Brückner zu der Zeit schrieb, im Kultusministerium verschlungen wurde, um die Zitate, die ihn an den Galgen bringen sollten, zu finden).

In der Einleitung schreibt Brückner: *„Dieser Text ist, literarisch betrachtet, nicht seiner, d.h. der Minister hat ihn – höchstwahrscheinlich – nicht selbst verfaßt. Im ersten Satz ... spricht das miserable Niveau der Sprache gegen seine Autorenschaft – doppelter Genetiv, die widersprüchlich-hölzerne Formel des ‚insbesondere aber auch', das Ersetzen einer genauen Benennung des Gemeinten durch ‚man', was allein schon das Leben von Sätzen abtötet."* (S.72).

Brückner arbeitete mit feiner Ironie gerade dann, wenn seine Gegner grob wurden. Er konfrontierte sie mit analytischer Schärfe, wenn sie ihre stumpfsinnigen Distanzierungsforderungen erhoben. Mit spärlichen Mitteln trieb er sie dazu, ein ums andere Mal durch ihre Sprache, durch ihre Handlungen und durch ihre Ignoranz das zu bestätigen, was er in seinen politischen Schriften behauptet hatte: daß es in diesem Land keine politsche Kultur gibt und daß die Ideologen und Philosophen, die Politiker und Soldschreiber der Bourgeoisie ihre Posten einer genial kombinierten Dummheit, Ignoranz und Skrupellosigkeit verdanken.

„... ich gehe und schließe jetzt den Eingang" (Franz Kafka, Vor dem Gesetz)

Selbst die Mitglieder einer CDU-Landesregierung brauchen noch eine besondere psychische Antriebskraft, um einen Menschen über fünf Jahre gnadenlos zu verfolgen. Wie kommt dieser Sadismus zustande, jemanden mit einem Verfahren nach dem anderen zu überziehen, von denen man genau weiß, daß sie vor Gericht keine Chance haben? Woher die bessenen Akribi, alle Lebensäußerungen von Brückner auf Band mitzuschneiden, zu protokollieren, nach Strafbeständen abzuklopfen, Zitate umzudrehen, aus dem Zusammenhang zu reißen, und sie in Anklageschriften zu stopfen? Wenn diese fischblütigen Bürokraten auch sonst nichts wissen, so wußten sie genau, daß sie den herzkranken Brückner langsam zerstören würden, wenn sie ihm seine Lebenstätigkeit — Forschung und Lehre, Auseinandersetzung mit Studenten und Kollegen — abschneiden und ihn der beständigen Ungewißheit schwebender Verfahren aussetzen. Brückner hätte nach seiner Suspendierung für zwei Jahre nach Amsterdam gehen können, wo ihm die Uni eine Gastprofessur angeboten hatte. Pestel sein Dienstherr, mußte ihm dafür die Erlaubnis geben. Er hat sie ihm verweigert. Brückner hat gegen diese Weigerung geklagt; kurz vor dem Gerichtstermin hat Pestel seinen Einspruch zurückgezogen; Brückner durfte gehen. Aber der Lehrstuhl in Amsterdam war inzwischen mit einem anderen besetzt...

Woher kommt diese Menschenverachtung? — Sicherlich verkörperte Brückner all das, was eine CDU-Regierung an den Unis mit Stumpf und Stiel lieber heute als morgen ausrotten möchte. Daß Brückner nie, auch in Zeiten härtester Bedrängnis, eine Verbeugung vor ihnen gemacht hat, kommt hinzu. Auch mag es sie gewurmt haben, daß er neben seiner Unbeugsamkeit über eine erstaunliche Selbstkontrolle verfügte: In seinen zahlreichen Schriften, Reden und Interviews hben die angesetzten Juristenbataillone buchstäblich nichts gefunden, was gegen ihre Gesetze verstoßen hätte, — obwohl Brückner sich am weitesten vorgewagt und Schlachten geschlagen hatte, an die mancher Kollege nie auch nur zu denken gewagt hätte. Aber der Haß auf Brückner hatte auch eine trivialere Wurzel: Rache! und bei diesen Leuten verstummen solcherlei Gelüste nicht eher, bis sie ihr Traumziel erreicht haben...

Bei der Vernichtungshaft gegen die RAF ist der Fall klar: Die Mittel des staatlichen Terrors liegen für den, der sehen will, auf der Hand. Peter Brückner ist an Herzversagen gestorben. Es war kein „Hungertod", auch kein „Selbstmord", schon gar nicht wurde er in putativer Notwehr erschossen. Aber sie haben ih auf dem Gewissen...

Peter Brückner und die Linke

Über vier Jahre haben westdeutsche Gerichte gebraucht, um rechtlich zweifelsfrei festzustellen, daß Brückner nichts geschrieben oder öffentlich gesagt hat, was eine Suspendierung rechtfertigen würde. Trotzdem hat er eine schwere Teilschuld auf sich geladen, die zumindest die Kürzung seines Gehalts geboten erscheinen läßt: er hat z u w e n i g gesagt, genauer: er hat nicht das gesagt und geschrieben, was er hätte sagen und schreiben sollen. Brückner hat sich nicht distanziert. Nicht vom Buback-Nachruf, noch vom Mescalero, weder von der RAF noch vom Göttinger AStA.

In einem vom Staatsschutz mitgeschnittenen Interview, das Brückner niederländischen Journalisten gab, und das von Radio Hilversum im September 1977 (also während der Hochzeit der Sypathisantenjagd) gesendet wurde, hat Brückner sein Verhältnis zur RAF so formuliert:

„Die RAF gehört ihrem Selbstverständnis nach zu den Revolutionären und Sozialrevolutionären der Gegenwart. Und das bindet uns ein Stück weit. Ich halte das theoretisch und strategisch für falsch, aber ich sage damit nicht, daß es keine Revolutionäre sind. Können Sie eigentlich sagen, was „Revolutionär" heute sein soll?"

Dieses Zitat ist damals durch die Presse gegangen – man kann sich vorstellen, mit welchen Kommentaren (s.o.). Und es hat nicht wenige, auch unter seinen engeren Freunden gegeben, die gesagt oder gedacht haben: „Jetzt reicht's! Ist denn dieser Brückner völlig durchgeknallt!?"

Ja, wie konnte er nur! Wo die honorigsten und linksverdächtigsten Leute und Gruppierungen weisungsgemäß von der RAF nur mit würdevollem Abscheu öffentlich sprechen mochten! Wo ein allgemeiner Wettstreit in der Linken entbrannte, wer denn am glaubwürdigsten den dicksten Trennungsstrich zu den „Desperados", den „schießwütigen Killern" und „Verbrechern" öffentlich ziehen konnte. Und dann kommt der Brückner, eh schon im Kreuzfeuer, daher und bekennt sich zu einem gemeinsamen Stück Geschichte mit der RAF! Man muß betonen, daß Brückner das Interview bereits im Juni 1977, also noch vor der Schleyer-Hysterie gemacht hat. Vielleicht hätte Brückner den zitierten Satz im September 1977 so nicht gesagt, weil er inzwischen ahnte, was dieser bundesdeutschen Linken zuzumuten ist und was nicht. Aber auch im Juni 77 wäre Brückners Aussage für einen Großteil der Linken ein Skandal und ein absoluter Grund gewesen, sofort jede Solidarität mit ihm aufzukündigen.

Brückner fehlte, wie er selbst schreibt *„der klare Trennungsstrich: das ist der Strich, der eine Tat von ihren Ursprüngen und den Täter von seiner Geschichte trennt. Dies besonders, wenn die Geschichte, wie im vorliegenden Fall, einst zu Anteilen auch die Geschichte des Beamten war. Der Strich trennt ihn von sich selbst. Seine eigene Geschichte wird zum Paria. ‚Distanzierungen' mag ich nicht mehr in mein Verhaltensrepertoire aufnehmen"* („Prozeßerklärung", S. 75).

Sie gehörten damals zum Handgepäck, immer griffbereit, der Linken. Mit dem Buback-Nachruf fing es an. Zunächst waren es die Jusos und, natürlich, der MSB, später folgte fast die gesamt organisierte Linke. **„Distanzieren Sie sich oder gehen Sie!"** – eine Schlagzeile aus der „Welt" an die Adresse der 48 Hochschullehrer, die die Dokumentation „Buback – ein Nachruf" veröffentlicht hatten. Die Liberalen und Sozialdemokraten unterbreiteten die Forderung nach Distanzierung als ein nachdrückliches Angebot, sich aus dem sorgsam ausgestreuten Verdacht der Identifikation mit Personen, Handlungen und Ereignissen zu befreien – mit der lockenden Aussicht, damit den Scharfmachern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Viele, zu viele haben geglaubt, sich der Progronistimmung und dem ungeheuren Druck durch bekenntnishaftes Abschwören, kurz und schmerzlos entziehen zu können – und sie ernteten doch nur den Hohn der Reaktion: „Wer sich distanziert, klagt sich an!" Viele haben versucht, sich innerhalb der erzwungenen Distanzierungserklärung einen Spielraum zum Differenzieren zu bewahren, neben der scharfen „Verurteilung des Terrorismus" lau die staatliche Repression anzuklagen. Aber ein „Ja, aber ..." war nicht gefragt! Man hatte den Finger gereicht, anstatt die Faust (zumindest in der Tasche) zu ballen und damit die ganze Hand in den Blickwinkel gebracht. Die Sympathisantenjäger forderten mehr, gerade von jenen, die in dem Verdacht standen, früher einmal die Unterdrückung beleidigt zu haben. Die Distanzierungsforderung schreitet logisch fort zum Identifikationsangebot: Angesagt ist keine formal korrekte, im übrigen uninteressiert kühle, innerlich distanzierte Distanzierung – diesen Akt der Unterwerfung, schön und gut, haben wir nun ja hinter uns – gefordert ist eine öffentliche Treuerklärung zu unserem Staat und seinen Maßnahmen – gerade in Konfliktsituationen.

Eine solche Treueerklärung wurde den niedersächsischen Profs, die die Dokumentation mitherausgegeben hatten, ultimativ zur Unterschrift vorgelegt. An Brückner wurde dieses Ansinnen nicht gestellt; gegen ihn wurde sofort ein Disziplinarverfahren angestrengt. Die Profs haben die Treueerklärung unterschrieben; sie haben sich, von ihren Kollegen im Stich gelassen, dem Druck gebeugt.

Die für uns verständliche Unterwerfung der 11 war indessen nur der Prolog zu einem entwürdigenden Drama, das im Deutschen Herbst mit den linken Intellektuellen inszeniert wurde; oder genauer: das die Linke selber aufführte. Nach der Schleyer-Entführung bekam der Staat Treueerklärungen und zerknirschte Schuldbekenntnisse frei Haus geliefert. Er brauchte nicht mit Suspendierungen zu drohen, er forderte und erpreßte nicht. Alle kamen sie freiwillig. Der Stock, mit dem sie geprügelt wurden, hatten sie unversehens geschluckt. Die Distanzierungsfalle war zugeschnappt und die Gefangenen – wurden zu Kronzeugen der Unterdrücker!

In der FR vom 17.9.1977 veröffentlichten 177 (!), z.T. stark linksorientierte und namhaft sozialistische Hochschullehrer eine Erklärung, in der – neben der üblichen Distanzierung vom Terrorismus – folgendes zu lesen war: *„Wir werden uns verstärkt mit all jenen Konzeptionen politisch und wissenschaftlich auseinandersetzen, die die Notwendigkeit auch gewaltsamer gesellschaftlicher Veränderungen nicht ausschließen ... Wir werden auch in Zukunft allen Bestrebungen unter Studenten entgegenwirken, die aus beruflicher und angeblich politischer Perspektivlosigkeit zu ‚klammheimlicher Freude' oder erschreckender Gleichgültigkeit gegenüber diesen politisch motivierten Morden tendieren ..."*



**Am besten schickt der Mörder
Den Bruder des Ermordeten
Den er gekauft hat zu bestätigen
Daß ihn den Bruder
Ein Dachziegel erschlagen hat.**

(Brecht, Die Gleichgeschalteten)

Brückner hat die unerbittliche Logik der linken Distanziererei sehr frühzeitig erkannt und vor den Konsequenzen eindringlich gewarnt. Als die Profs sich binnen weniger Tage entscheiden mußten, die Treueerklärung von Pestel zu unterzeichnen, hat sich Brückner vehement gegen die Unterwerfung ausgesprochen: *„Wir tragen durch diese Unterwerfung, d.h. durch den Verzicht auf anhaltenden Widerstand dazu bei, Stimmungen der Resignation unter Personen und Gruppierungen zu verstärken ... Und spricht nicht vieles dafür, daß sich der Prozeß der schrittweisen Unterwerfung in den vergangenen sechs Wochen sich fortsetzen wird?"* Sollte man unterschreiben, weil danach endlich wieder ein Stück Ruhe hergestellt wird? *„Natürlich kommt ‚Ruhe' – für eine anständige politische und wissenschaftliche Arbeit – nicht durch Akte des Widerstands gegen eine CDU/FDP-Regierung in Niedersachsen. Sie kommt auch nicht durch Unterwerfung. Wir haben keine Zeiten der Ruhe vor uns."*

Peter Brückner stand im Mittelpunkt auch dieses Kampfes innerhalb der Linken. Als es darauf ankam, wären nicht mehr viele auf seiner Seite.

Die Linke hat im Deutschen Herbst den Kampf um die Differenz zwischen Abenteurertum und Mut, zwischen Verweigerung und Widerstand, zwischen unpolitischem Moralismus und politischer Moral verloren. Sie hat sich davon nie wieder richtig erholt. Die Folgen der Schläge von damals sind heute noch zu spüren. Es wird gegen die Gewalt des Staates protestiert und sich von der Gewalt gegen den Staat distanziert. Man wünscht die Amis zum Teufel – gleich nach den Russen. Man fürchtet die Pershing II und ist immer – entschuldigend – im gleichen Atemzug öffentlich erschrocken über die SS 20. Diese ‚ja, aber", dieses „einerseits", bei dem die Pointe das „andrerseits" ist, ist schwer rauszukriegen aus der Linken. Insofern geht auch an dieser Front der Kampf von Peter Brückner weiter.

Göttinger AStA von 1977

6 zusätzliche Divisionen

Der Kriegsfall wird zügig vorbereitet

Im Februar kündigten einige westdeutsche Medien an, daß die Bundesregierung in der ersten Märzhälfte ein neues Militärabkommen mit den USA abschliessen werde. Inzwischen ist der Vertrag unterzeichnet worden. Die Bundesregierung hielt es selbst nicht für nötig, über Inhalt und Ziel des Abkommens zu informieren. Es handelt sich also um einen weiteren Fall von Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk.

Am 18.2.82 meldete der „stern" unter Bezugnahme auf Unterlagen des US-Repräsentantenhauses, das kurz vor der Unterzeichnung stehende „Unterbringungsprogramm in Krisenzeiten" sichere *„im Krisenfall den Amerikanern den Zugang und die Nutzung aller Einrichtungen des zivilen Teils des Rhein-Main-Flughafens in Frankfurt, eingeschlossen der Bodenfahrzeuge, der Frachtanlagen und anderer Flughafenausrüstungen"*. Die NATO-Verteidigungsplanung sehe vor, daß in einer solchen Situation *„zusätzliche sechs US-Divisionen nach Europa gebracht würden. Dazu seien mehr Flugzeuge und mehr Landemöglichkeiten erforderlich. Die amerikanische Luftwaffe hätte daher mit den deutschen Behörden zivile Ausweichflughäfen in ihre Planung einbezogen, die freilich noch umgerüstet werden müssen — durch Munitionsdepots, Wartungshallen und Unterbringungsmöglichkeiten"*.

Dem „stern" ist zu entnehmen, daß

Unterbringungsmöglichkeiten".

Dem „stern" ist zu entnehmen, daß die USA derartige Abkommen auch mit anderen „Stationierungs-Nationen" abgeschlossen haben. Für einzelne Flughäfen werden offenbar gesonderte Programme beschlossen. *„Eines dieser Abkommen betrifft Frankfurt. Amerikanische Militärs sind sich ohnehin einig, daß der Flughafen Frankfurt zum Herzstück der US- Verteidigungsplanung gehört. Es bestehe kein Zweifel, daß er Umschlagplatz für die sechs zusätzlichen US-Divisionen sei. Daraus erkläre sich der Umbau im großen Stil. Die Enthüllungen der US-Generäle* (die vor einem US-Ausschuß derartige Aussagen vor ca. einem Jahr gemacht haben — Anm. AK) *sind peinlich für die hessische Landesregierung und die Bundesregierung, die bisher die Übernahme des Frankfurter Flughafens durch US-Militärs in Krisenzeiten nicht bekanntgegeben haben"*.

Auch wenn der Autor des Artikels die Startbahn 18 West nicht ausdrücklich beim Namen nennt, wird doch der Zusammenhang mit der aktuellen Flughafenerweiterung deutlich, wobei zusätzlich die Frage aufgeworfen werden muß, ob dies die e i n z i g e anstehende Baumaßnahme auf Rhein-Main ist, die aufgrund militärischer Erfordernisse vorgenommen wird („Umbau im großen Stil"). Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, daß auch a n d e r e zivile Flughäfen in der BRD für militärische Bedürfnisse umgerüstet werden sollen, ein Punkt, der in der Öffentlichkeit nahezu vollständig unbekannt ist. Daher ist es von Interesse, darauf hinzuweisen, daß die Flughäfen **Stuttgart, Hannover** und **München** Landebahnen mit der außergewöhnlichen Länge von 4 km erhalten sollen — derselben Länge, wie sie auch für die „18 West" in Frankfurt vorgesehen ist. Ferner soll auch der **Bremer** Stadtflughafen erweitert werden.

Weitere Einzelheiten sind der „FAZ" vom 23.2.82 zu entnehmen, die das Abkommen unter dem Titel *„Wartime Host Nation Support"* führt, oder zu deutsch: *„Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg"*. Die USA verpflichten sich, ihre in Friedenszeiten in der BRD stationierten 4 Divisionen innerhalb von 10 Tagen um 6 weitere aufzustocken. Entsprechend sollen die „fliegenden Verbände" verstärkt werden. *„Dies bedeutet eine Vermehrung um mehr als 1000 Kampfflugzeuge"*. Die BRD erklärt sich bereit *„zum Aufbau und zum Unterhalt umfassender Unterstützungseinrichtungen"*. Im einzelnen soll sich der bundesdeutsche 'Beitrag' folgendermaßen gestalten:

- Sicherung von 18 Stützpunkten der amerikanischen Luftwaffe durch 12 Jägerbataillone und 3 Heimatschutzkompanien mit einer Kriegsstärke von 13.376 Mann, von denen in Friedenszeiten 235 Mann präsent sind.
- Instandsetzung von 26 Flughäfen durch den Ausbau entsprechender Reparaturstaffeln mit 6074 Mann.
- Transport und Umschlag von täglich 6800 Tonnen Material und 7000 Kubikmeter Treibstoff sowie Umschlag von 72 200 Tonnen an Nachschubgütern mit 4976 Mann.
- Verstärkung der amerikanischen Nachschuborganisation mit insgesamt 20.013 Mann sowie die Bereitstellung von fünf ABC-Abwehrbataillonen („Beseitigung" nuklearer Verseuchung), Übernahme von Kriegsgefangenen, Abtransport Verwundeter sowie Sicherung von insgesamt 39 Anlagen des amerikanischen Heeres.
- Eingliederung des Labor Service der in der BRD stationierten US-Streitkräfte in die zur Unterstützung der US-Streitkräfte gebildeten Einheiten der Bundeswehr.

Um die Durchführung des Programms personell zu gewährleisten, verpflichtet sich die BRD, *„ein Unterstützungskorps der Bundeswehr aufzustellen, das aus Reservisten besteht und im Frieden nur 2342 Mann umfaßt, davon 1207 Soldaten, 598 Zivilisten und 537 zu Wehrübungen einberufene Reservisten. Im Krisen- oder Kriegsfall soll das deutsche Unterstützungskorps dagegen auf 93 329 Mann anwachsen"*. Die Zahl der Bundeswehrreservisten wird sich mit Verwirklichung des Abkommens von rund 800 000 auf 890 000 erhöhen. Die umfangreichen Vorhaben sollen bis 1987 abgeschlossen sein. Die Bundesregierung geht davon aus, daß insgesamt 550 Millionen DM zur Finanzierung der zugesagten Leistungen erforderlich sind. 1983 sollen erstmals Verpflichtungen in Höhe von 50 Mio. DM anfallen.

Im Zusammenhang mit diesen Ausbaumaßnahmen stehen die Pläne der US-Regierung, ihr strategisches Lufttransport-Arsenal gewaltig aufzustocken. Nach Berechnungen des amerikanischen Verteidigungsministeriums werden bis 1990 30 Milliarden Dollar (!) benötigt, um die gewünschten Transportkapazitäten zu erreichen. Etwa ein Drittel dieser Aufwendungen soll dem Transport der „Schnellen Eingreiftruppe" gelten, deren „Aufgabengebiet" bekanntlich in der Dritten Welt liegen soll. 18 Milliarden Dollar sind vorgesehen, um den Lufttransport „im Alarmfall" nach Europa auszubauen. Dennoch führen die Militärs und ihre Sprachrohre in der Presse eine beredte Klage darüber, daß es nicht möglich sein werde, die sechs zusätzlichen Divisionen in zwei Wochen über den Teich zu bringen. Es wird daher gefordert, *„einen großen Teil des notwendigen militärischen Geräts bereits in Zeiten des Nichtkrieges in den gefährdeten Zonen zu lagern. Man brauchte dann nur noch die Mannschaften durch die Luft zu transportieren. Diese Strategie verlangte aber in Europa den großzügigen Ausbau von Depots und Lagern. Die hierbei entstehenden Kosten sollen die NATO-Verbündeten mit den Amerikanern teilen"* („FAZ", 5.2.82).

Es fragt sich, welchem Ziel diese zusätzlichen Rüstungsmaßnahmen dienen, die ja keineswegs mit einer etwaigen konventionellen Aufrüstung der Sowjetunion in der jüngeren Vergangenheit begründet werden. Da hier nicht einmal der Versuch unternommen wird, die westlichen Maßnahmen als angeblich notwendige „Nachrüstung" zu legitimieren, wird implizit eingestanden, daß es sich um eine eigene „Vorrüstung" handelt. Hierzu merkt Theo Sommer in der „Zeit" vom 26.2. an, es bleibe unklar, *„wo eigentlich die zusätzlichen US-Divisionen sind, die im Krisenfall nach Europa geworfen werden könnten. Gibt es sie? Kann es sie überhaupt geben, solange Washington nicht wieder die Wehrpflicht einführt? Diese Fragen harren nach wie vor einer Antwort. Sie stellen sich umso dringlicher, als die Amerikaner immer gebannter auf außereuropäische Konfliktmöglichkeiten starren. Gäbe es eine Krise im Vorderen Orient, so würden die sechs Verstärkungsdivisionen höchstwahrscheinlich bloß ihr bei uns eingelagertes Gerät abholen und dann gleich weiterfliegen. Es bliebe der Bundeswehr überlassen, die Lücke in den Aufmarschplänen zu füllen, falls die orientalische Krise auf Mitteleuropa durchschlagen sollte"*.

Sommer betont hier den zweifellos wichtigen Aspekt, daß die US-Eingreiftruppe bei einem eventuellen Einsatz im Nahen/Mittleren Osten die BRD gewissermaßen als Transitstelle benutzen würde, und daß entsprechende infrastrukturelle Maßnahmen für einen solchen Fall derzeit getroffen werden. Gleichzeitig sehen die NATO-Pläne vor, gerüstet zu sein, falls die Sowjetunion 'im Gegenzug' Westeuropa bedrohen würde. In diesem Sinn fordert Weinberger unablässig, der Westen müsse in der Lage sein, „anderthalb" oder sogar „zweieinhalb" Kriege führen zu können.

Andererseits hat die NATO nicht erst in den letzten Jahren entdeckt, daß sie sich in Europa gegen den allzeit drohenden „Überfall der Russen" verteidigen müsse. Das „Problem" des Truppentransports über den Atlantik ist vielmehr so alt wie die NATO selbst und gewiß lange vor Weinberger gelöst worden. Möglicherweise ist es jedoch eine Unterschätzung der gegenwärtigen US-Politik, zu glauben, hier ginge es „nur" darum, die Russen in Europa (defensiv) „in Schach zu halten", während die Schnelle Eingreiftruppe im Nahen Osten die Ölquellen erobert. Vielleicht geht es eher darum, daß die USA „fähig" sein wollen, gleichzeitig in Nahost und Europa a n z u g r e i f e n. Diese Erklärung würde jedenfalls zu dem ausdrücklichen Ziel der Reagan-Administration passen, den „Zusammenbruch des Sowjetsystems" voranzutreiben — wenn's sein muß, durch einen Weltkrieg.

Startbahn West

Auch Friedensforscher können sich irren!

„Die überwiegende Zahl der Hinweise spricht dagegen, daß hinter dem Bau der Startbahn 18 West verheimlichte militärische Motive stehen. Ein Bedarf, der solchen Motiven zugrundeliegen könnte, wurde weder im Falle der NATO-Verstärkung noch im Falle der RDF deutlich" (1).

Zu diesem, wie sich noch zeigen wird, etwas gewagten Ergebnis gelangt eine Studie der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung" (HSFK), die am 16.3.82 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Ein „militärisches Motiv" für den Bau der Startbahn 18 West sei lediglich insoweit zu konstatieren, als am Widerstand der Amerikaner vor vielen Jahren die Lösung gescheitert sei, das Parallelbahnsystem auf dem Frankfurter Flughafen nach Süden auseinanderzuziehen und dessen Nutzungsmöglichkeiten dadurch zu verbessern. *„Weder waren die Amerikaner zur Kostenübernahme oder -beteiligung bereit, noch wollten sie die zeitweilige Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Air Base in Kauf nehmen, die durch den Umbau unvermeidlich geworden wäre. In diesem Sinne kann man davon sprechen, daß der Bau der Startbahn West ‚militärische Ursachen' habe: weil der Widerstand der Militärs einfachere und überzeugendere Lösungen verhindert hat"* (2).

Die HSFK wird im Spektrum der hiesigen Friedensforschung gemeinhin als „weit links stehend" eingeordnet und genießt von daher ein nicht zu unterschätzendes Maß an Ansehen und Autorität bei vielen BI'lern und Linken in Hessen. Vielleicht ist auch dies — und weniger die vorgelegten Inhalte — der Grund für eine gewisse Verunsicherung in BI-Kreisen, wie sie nach der Veröffentlichung der Studie auszumachen ist. Hatten sich doch hier erstmals Wissenschaftler des komplexen wie komplizierten Themas angenommen. Eine eingehendere Beschäftigung mit der Situation des Frankfurter Institutes sowie den Inhalten der Studie vermittelt allerdings ein ernüchterndes Bild; denn so wissenschaftlich ‚neutral' ist es nun wiederum auch nicht:

Gegründet wurde die Einrichtung 1970, im Rahmen der vom damaligen Bundespräsidenten Heinemann aus der Taufe gehobenen „Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung". Der weitere Bestand der DGFK wird aktuell hartnäckig in Frage gestellt. Nicht nur seitens der unionsregierten Länder, die mittlerweile allesamt aus der Gesellschaft ausgestiegen sind, um eigene Pfade in der „Friedensforschung" zu beschreiten (wodurch die materiellen Grundlagen der Einrichtung empfindlich berührt sind), sondern auch von der sozial-liberalen Koalition in Bonn: Das Bundesforschungsministerium protegiert seit längerem den Plan, eine zentrale Institution auf diesem Sektor zu schaffen. Je zentralisierter, desto kontrollierter. Den Wandlungen sozial-liberaler „Sicherheitspolitik" soll stärker Rechnung getragen werden, also der Befürwortung der Aufrüstung europäischen Territoriums mit atomarer Erstschlagskapazität ebenso wie der zunehmenden Militarisierung der bundesrepublikanischen Außenpolitik gegenüber der ‚3. Welt'. Als Vorbild für derartige Pläne dient das unproblematische, durch und durch bündnisloyale Londoner International Institute for Strategic Studies, jene erlauchte Stätte, die Schmidt als Forum wählte, um der Weltöffentlichkeit die Existenz einer „Raketenlücke" bekanntzugeben. Eine solche Entwicklung in der offiziellen Friedensforschung *„könnte der Frankfurter Einrichtung den Boden entziehen"* (3).

Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich das HSFK materiell in einer extremen Abhängigkeit vom Land Hessen befindet. Das Frankfurter Institut verfügt über einen Jahresetat von fast zwei Millionen Mark, von dem etwa zwei Drittel vom Land Hessen finanziert werden. Angesichts solcher Abhängigkeiten ist — gerade bei einer so brisanten Problematik — ein gewisses Mißtrauen nicht von der Hand zu weisen. Der Verdacht, daß hier jemand, aus welchen Motiven auch immer, der Landesregierung (und hier insbesondere der SPD) einen Dienst erweisen wollte, wird durch den Inhalt der Studie erhärtet. Erstaunliche Übereinstimmungen mit den sattsam bekannten Dementis der Landesregierung, den militärischen Aspekt der Flughafenerweiterung betreffend, sind kaum zu leugnen. Mit der diesbezüglichen Argumentation der Bürgerinitiativen und anderer Kräfte wird sich hingegen in der Studie so gut wie gar nicht auseinandergesetzt (5). So ist die Studie von einer schlampigen Herangehensweise gekennzeichnet.

Thema verfehlt

Eine zentrale Aussage der Studie lautet folgendermaßen: Im Krisenfall (gemeint ist eine Krise an der „europäischen Zentralfront", also ein potentieller „Kriegsschauplatz Europa") würden nach ihren (d.h. der Autoren) Informationen und den Plänen der USA *„höchstens 745 Maschinen über den Atlantik nach Europa fliegen"*. 120 davon entfielen auf den Rhein-Main-Flughafen. Rechne man die innereuropäischen Flüge hinzu, so müsse Frankfurt im Ernstfall *„knapp über 300 Flugbewegungen in 24 Stunden aufnehmen"*. Da derzeit der Frankfurter Flughafen bei einem Flugbetrieb rund um die Uhr *„täglich 960 Starts und Landungen verkraften kann"*, sei — so die Friedensforscher — die 18 West militärisch nicht notwendig.

Die Autoren kommen zu dem Schluß, daß in dem von ihnen konstatierten „Krisenfall" sich gar eine *„merkliche Überkapazität"* von über 600 Flugbewegungen ergeben würde (6). Wir möchten zum einen anzweifeln, daß die NATO tatsächlich im Krisenfall „nur" soviel Truppen und Material per Luft hier einfliegen wird, wie es schon heute per Abkommen in aller Öffentlichkeit verkündet wird (nämlich automatisch im „Krisenfalle" 6 US-Divisionen und entsprechendes Kriegsmaterial einzufliegen).

Darüber hinaus ist das Ergebnis der Studie nur dann richtig, wenn man weder voraussetzt, daß zumindest eine Landebahn für die „taktischen" Luftwaffenverbände (zum Schutze des Kriegsaufmarsches) reserviert würde (und derzeit laufen darüber NATO-Verhandlungen), oder andererseits auch nicht voraussetzt, daß der zivile Flugverkehr auf einer Rollbahn auf dem Rhein-Main-Flughafen gleichzeitig aufrecht erhalten werden soll.

Die Autoren der Studie haben hier ein Szenario gezeichnet, das in dieser Form niemals von der BI behauptet wurde, sondern vielmehr der Argumentation der Landesregierung entspricht. Nach Enthüllungen des „stern" nahm Staatssekretär Bartholomae namens der Landesregierung wie folgt Stellung: Die Behauptung, die Kapazitätserweiterung des zivilen Flughafens habe militärische Hintergründe, sei völlig unsinnig. Im „Krisenfall" würde der zivile Flugverkehr auf Rhein-Main ohnehin vollständig lahmgelegt werden, so daß sich keinerlei Engpässe für das Militär ergeben könnten.

Das Szenario der Startbahngegner ging und geht von gänzlich anderen Annahmen aus, erscheint jedoch, da es sich auf eine tatsächlich gegebene Situation bezieht, als erheblich realitätstüchtiger. Ausgangspunkt ist die aktuelle Situation, von er auch die Militärs in ihren Überlegungen auszugehen haben,

— wo ein Kriegsschauplatz in Mitteleuropa vorbereitet wird, wo allerdings die Auseinandersetzungen mit den Staaten des Warschauer Paktes noch u n t e r h a l b der Schwelle zur direkten militärischen Konfrontation bewegen,

— wo Rhein-Main nach wie vor eine Art M i s c h f o r m von zivilem und militärischem Flughafengelände darstellt, da es noch keine direkte Veranlassung dafür gibt, den zivilen Flugverkehr einzustellen,

— wo Rhein-Main dennoch nicht nur in seiner zivilen, sondern auch bereits in seiner militärischen Funktion von zentralem Stellenwert ist (und wo sich in „militärischen Stoßzeiten" („Reforger", „Bright Star"-Manöver) die Verhältnisse auf dem Flughafen als zu eng erweisen.

Eine solche Situation wäre auch noch im Falle einer nicht nur simulierten, sondern tatsächlich stattfindenden militärischen Konfrontation, allerdings an einem a u ß e r -europäischen Schauplatz (Naher/Mittlerer Osten, Südwest-Asien) gegeben, bei der das BRD-Territorium und hier insbesondere der Frankfurter Flughafen die Funktion einer Transitstelle für den militärischen Nachschub wahrnehmen würde. Es ist dabei gleichzeitig denkbar, daß dann zugleich eine präventive Aufrüstung an der „europäischen Zentralfront" erfolgen könnte. Die BRD wird in einem solchen Fall, der die Kriegsgefahr in Europa zwar erheblich in die Höhe schnellen lassen würde, jedoch nicht zwangsläufig die offene militärische Konfrontation an der Nahtstelle zwischen Ost und West bedeuten muß, kaum willens sein, eine Stillegung bedeutender Teile des ‚zivilen Lebens' hinzunehmen. Schon gar nicht, wenn dadurch handfest materielle Interessen gefährdet werden. Auf den Rhein-Main-Flughafen bezogen heißt das, daß man zumindest den für die exportabhängige BRD-Wirtschaft zivilen Frachtverkehr aufrechterhalten will. Die Auswirkungen eines außereuropäischen Krieges auf die Ökonomie des westeuropäischen Industriestaates Nr. 1 sollen möglichst gering gehalten werden.

Ein solches Szenario erklärt auch das g e m e i n s a m e Interesse von Militär und Wirtschaft an der Erweiterung der aktuellen Kapazitäten auf dem Frankfurter Flughafen. Bei dem dargestellten Szenario in der HSFK-Studie handelt es sich hingegen eher um den wenig tauglichen Versuch, die Argumentation der Landesregierung „wissenschaftlich" zu fundieren.

Alles in allem kann die Studie des HSFK kaum als ernsthaft gemeinter Versuch der Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Problemstellung betrachtet werden. Hinter dem Vorgehen der Autoren verbirgt sich vielmehr eine sehr konkrete und gezielte politische Intention. So heißt es in einem Begleitschreiben zur Studie, unterzeichnet vom geschäftsführenden Vorstandsmitglied der HSFK Dr. Gert Krell u.a.: *„In den vergangenen Monaten hat im Zusammenhang mit dem Konflikt um den Ausbau des Frankfurter Flughafens die Vermutung Raum gewonnen, daß geheimgehaltene Ansprüche der NATO und der USA die eigentliche Ursache für den geplanten Bau der Startbahn West seien. Diese Vermutung kann auf die weiteren Austragungsformen des Konfliktes erheblichen Einfluß nehmen. Der Verdacht, die Bürger seien getäuscht worden, hat auf seiten der Startbahngegner ein Mißtrauen erzeugt, das den Dialog mit der anderen Seite praktisch ausschließt und zwar völlig unabhängig davon, ob die Ausbreitung des Gerüchts oder der Vermutung der gezielten Propaganda einer politischen Gruppe zugeschrieben wird oder nicht"*. Um die Wiederherstellung eines abgerissenen Dialogs geht es also. Daß man den Dialog zwischen den Herrschenden und dem Volk in Hessen nicht dadurch rekonstruieren kann, indem man dem Volk in seinen ungeheuerlichen Vermutungen recht gibt, ist eigentlich einleuchtend. Vielmehr gilt es, das Bild, das die Beherrschten von den Herrschenden haben, zu restaurieren. Daß es dem HSFK-Report gelingt, sozialdemokratische „Friedenspolitik" in Hessen wieder in einem positiveren Licht erscheinen zu lassen, muß jedoch stark angezweifelt werden.

Anmerkungen

1 Harald Müller/Hans Joachim Schmidt: Startbahn für die Militärs? Zur sicherheitspolitischen Bedeutung des Frankfurter Flughafens, März 1982
2 ebenda
3 „Frankfurter Rundschau", 19.3.82
4 ebenda
5 So nennt die Studie als einzige Quelle der Startbahngegner die sogenannten „Fuchsbriefe", die in der Tat nur begrenzten „empirischen" Wert besitzen. Mit anderen publizierten Erkenntnissen verweigert die Studie die Auseinandersetzung.
6 nach „FR" und „FAZ", 17.3.82

Alles bereit für Reagans Empfang!

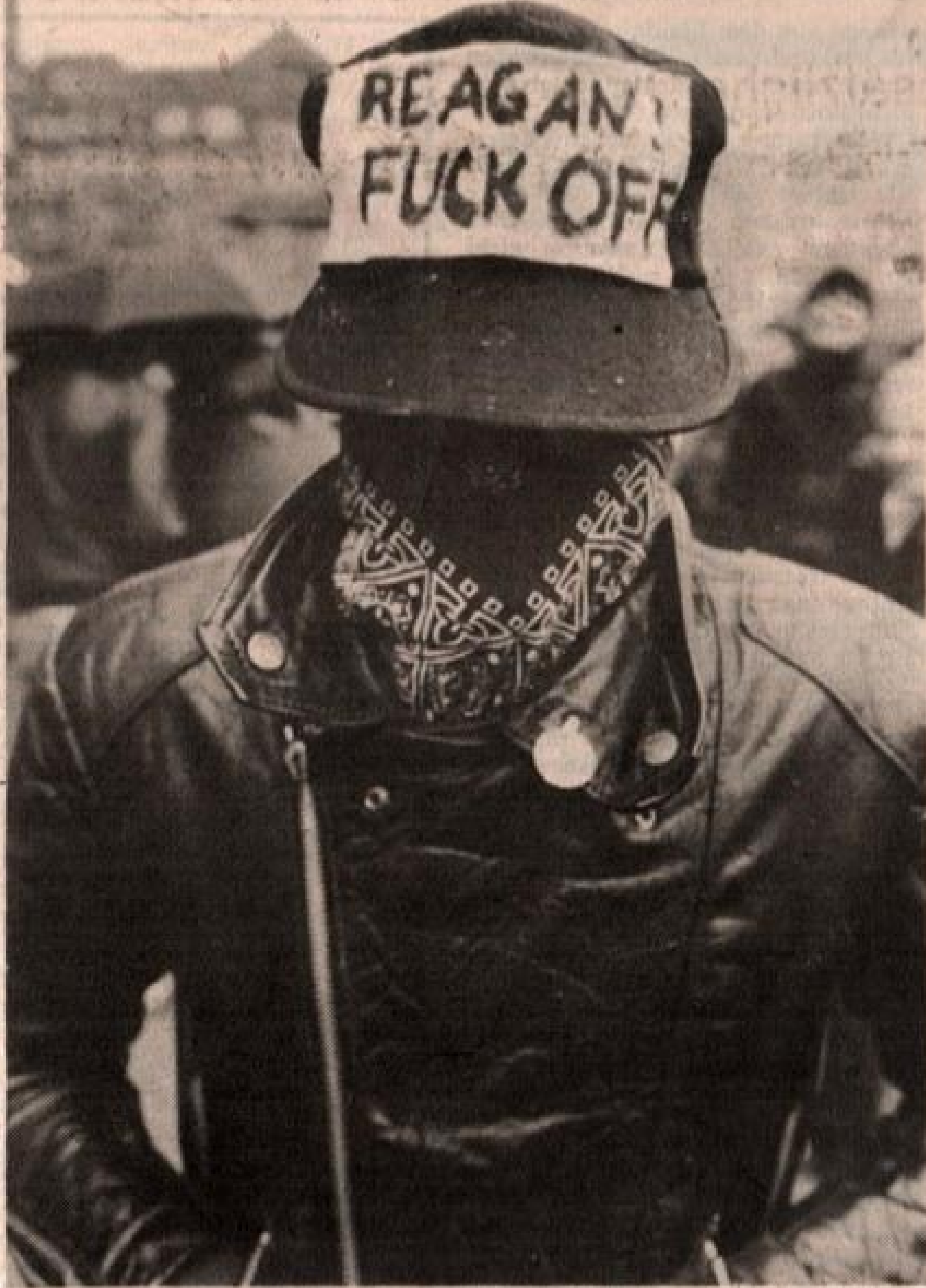


Foto: Argus

Für den 5. Juni sind überall in der BRD regionale und örtliche Demonstrationen geplant. Die Demonstrationen am 5. Juni sollen unterstreichen, daß wir uns nicht davon abhalten lassen werden, am 10.6. nach Bonn zu kommen. Zugleich soll damit auch die Absicht der CDU/CSU durchkreuzt werden, sich am 5. Juni als „wahre Stimme unseres Volkes" darzustellen.

Die Zeichen stehen nicht schlecht, daß der Versuch einer Pro-NATO-Demonstration für die Atomraketen-Parteien, die hier nach wie vor die Parteienlandschaft beherrschen, zu einem Schuß wird, der nach hinten losgeht. Darüberhinaus kann der Reagan-Ausflug auch über die BRD hinaus zu einem internationalen Signal für die wachsende Ablehnung des Reagan-Kurses werden: Für den 5.6., einen Tag, bevor Reagan nach London kommt, hat sich dort die Friedensbewegung zu einer Großdemonstration angesagt. Am 12.6., wenn Reagan in die USA zurückkehrt und eine UNO-Abrüstungskonferenz in New York stattfindet, werden dort bis zu einer Millionen Friedensdemonstranten erwartet, nachdem in den USA in den letzten Monaten die Kampagne zum „Einfrieren" der Nuklear-Rüstung einen schwunghaften Aufstieg zu verzeichnen hatte.

In diesem Sinne appellierte die BILD-Zeitung für eine g e m e i n s a m e Demonstration für Reagan (am 3.4.). SPD-Minister Corterier sprach sich im beigefügten BILD-Interview zwar gegen eine gemeinsame Aktion aus, forderte aber die Pro-NATO-„Mehrheit" in der Bevölkerung auf, *„nicht länger zu schweigen, sondern in Bonn und Berlin ihre Zustimmung für den Präsidenten deutlich zu machen"* (ebenda). Es hat sogar einen Vorstoß von SPD-Kanzleramtschef Lahnstein gegeben, daß die SPD ebenfalls einen Pro-Reagan-Aufmarsch organisieren sollte; damit kam er aber bei der Parteispitze nicht durch. Dies würde eher eine Zerreißprobe in der SPD provozieren, denn neben zahlreichen „Nachrüstungs"-gegnern im Parteivolk selbst sprechen sich immerhin genauso viel SPD-Wähler gegen die neuen Raketen aus, wie es Pro-Stimmen dafür gibt (lt. Umfragen, s. „Spiegel" v. 12.4.).

Doch auch für die CDU/CSU ist das Unternehmen nicht *„risikolos"*, wie die konservative „Neue Zürcher Zeitung" kommentierte: *„Falls es nicht gelingt, solche hochgesteckten Mobilisierungserwartungen einzulösen, könnte das Unternehmen politisch und psychologisch leicht zu einem Schuß nach hinten werden"* („NZZ", 6.4.).

BILD-Kommentar

Warum nicht gemeinsam für Reagan?

Wenn uns Präsident Reagan im Juni besucht, werden Linke und Grüne, aber auch die CDU/CSU auf die Straße gehen: die einen wollen die Amerikaner rausgraulen, die anderen dafür demonstrieren, daß sie bleiben.

Nur die SPD bleibt zu Hause. Obwohl auch ihr Minister Corterier glaubt, daß die „übergroße Mehrheit der Bürger" für die deutsch-amerikanische Freunschaft ist (Interview auf dieser Seite).

Was hindert eigentlich die SPD, mit der CDU/CSU gemeinsame Sache für eine gute Sache zu machen?

Die Amerikaner unterscheiden schließlich nicht, ob sie die Freiheit eines CDU-Deutschen oder eines SPD-Deutschen garantieren.

aus: „Bild", 3.4.1982

CDU/CSU will Kraftprobe

Wenn die CDU/CSU versucht, am 5.6. mit Kind und Kegel und allen mobilisierbaren Verwandten als „schweigende Mehrheit" kostümiert aufzutreten und dazu keine Mühen und Kosten scheut, in großem Stil bereits Schalmeien, Züge etc. gechartert hat und jede andere CDU-Aktivität an diesem Tag verbieten läßt, will sie damit ihren Führungsanspruch anmelden. Der Aufmarsch steht im Zusammenhang des CDU-Planes, mit günstigen Wahlergebnissen bei den kommenden Landtagswahlen im Rücken einen Machtwechsel in Bonn zu erzwingen. Die Demonstration soll deshalb auch mit einem parlamentarischen Vorstoß gegen die Regierung im Bundestag begleitet werden. Bereits auf seinem USA-Besuch hat Franz-Josef Strauß alle Befürchtungen weit von sich gewiesen, daß die CDU/CSU an der Macht zu einem weiteren Auftrieb für die Friedensbewegung beitragen werde: *„Das wird bestimmt nicht befürchtet, ... weil wir unseren Beitrag zur geistigen Führung der Nation leisten würden, auf den Helmut Schmidt ausdrücklich in seiner Geiselsituation, in der er sich innerhalb seiner Partei befindet, verzichtet hat"*, erklärte Strauß gegenüber dem „Spiegel" (22.3.).

„Wir müssen da durch!"

Was in der Öffentlichkeit als Demonstration der NATO-Treue verkauft werden sollte, ist intern angesichts der geplanten Aktionen der Friedensbewegung längst zu einem Alptraum für die Herrschenden geworden. Kritische Stimmen würden „immer lauter"; es zeichne sich ab, *„daß die Veranstaltung zu einer Antireklame für Bonn zu werden droht"*, schrieb die „Wirtschaftswoche" (12.3.). Es werde Fernsehbilder geben, *„die eine von Tausenden Polizisten geschützte NATO-Tagung in der ganzen Welt zeigen. Weil die über 70 Fernsehteams von der NATO-Tagung nicht mehr als den leeren Konferenzsaal, die Fahnen und die Statements der Politiker filmen dürfen, haben sie viel Zeit, sich auf die Friedensmarschierer zu konzentrieren"*. Die FDP-Bundestagsabgeordnete Helga Schuchardt *„hat für den Einladungsschnellschuß ihres Parteichefs nur vernichtende Kritik: 'Das ist nur durch die völlige Unkenntnis dessen, was sich in diesem Lande bewegt, zu erklären"*. Genscher selbst hat inzwischen das Motto ausgegeben: **„Wir müssen da durch"**

Im Troß von 15 Staats- und Regierungschefs samt Außenministern werden 2000 - 3000 Regierungsbeamte mitreisen; 650 bringt allein Reagan mit, darunter auch „Spezialeinheiten" der US-Armee, berichtete die „Washington Post" Ende März. Es folgte ein schwächliches Dementi aus dem Pentagon, daß solche Überlegungen keineswegs *„ausgereift"* seien, daß man sich lediglich *„diese Option offenhalten"* wolle, *„falls es konkrete Hinweise einer besonderen Gefährdung des Präsidenten durch den gewalttätigen Teil der Friedensbewegung gebe"* (zit. nach „taz", 1.4.).

Für die Rechtspresse haben die Sicherheitsdienste bereits die entsprechenden Stories erfunden: „Bild" meldete am 26.3., daß die RAF mit einer gestohlenen Bundeswehr-Flak Reagans Flugzeug abschießen wolle. Mit dieser Flak sei das noch aus sieben Kilometern möglich. (Die dazu noch fehlende Zielvorrichtung, ohne die das Gerät gar nicht zu benutzen ist, wird von der RAF noch gesucht. Wer kann weiterhelfen?,..). Schon die Landung Reagans solle verhindert werden; die Ostermärsche sein der Beginn für die geplante „Phase der Gewalt" behaupteten Sicherheitsorgane (lt. „Stuttgarter Nachrichten", 27.3.). Schon heute kann man voraussagen, daß die „Sicherheitsorgane" sich noch einige solcher Stories ausdenken werden, um damit möglichst einen Teil der Demonstranten abschrecken zu können, und um jedenfalls den gigantischen Polizeiaufmarsch zu rechtfertigen. (Provokationen, Waffenfunde, Fahndungserfolge etc. sind zu erwarten).

Bundeswehr-Flak gestohlen Angst um Reagans Leben!

Terroralarm in Bonn! Bei der Bundeswehr ist ein Flugabwehr-Geschütz gestohlen worden – offenbar von Terroristen. Gleichzeitig warnen die Sicherheitsbehörden: Die Rote Armee Fraktion (RAF) plant zum NATO-Gipfel und Besuch von US-Präsident Reagan (lt. Foto oben) am 10. Juni einen Terroranschlag. (Lesen Sie bitte weiter auf der letzten Seite.)


Ein solches 20-mm-Flak-Geschütz wurde gestohlen, hier eingebaut im Turm des Schützenpanzers „Marder"

aus: „Bild", 26.3.1982

Andererseits wollen die Politiker ein allzu schlechtes Bild im internationalen Fernsehen vermeiden. „Bonn darf nicht Güstrow werden", lautete die Losung für die Polizei; es sollen die Polizeikräfte etwas dezenter in Erscheinung treten (lt. „Süddeutsche", 19.3.). Auch das Kabinett hat sich mit der Sache befaßt: Es „erwarte", daß die Bundesbahn keine Sonderzüge zur Verfügung stellt („Stern", 25.2.). Ein neues Bannmeilengesetz wurde erwogen, um Bonn am 10. Juni weiträumig absperren zu können.

Doch da macht der katholische Fronleichnahmstag den Planern einen Strich durch die Rechnung, denn in Bonn finden am Vormittag um die einzelnen Kirchen herum rund 20 kleinere Prozessionen statt; auch *„das Abfragen jedes Prozessionsteilnehmers"* werde *„bestimmt nicht nur zu komischen Szenen führen"* (so die „Wirtschaftswoche", 12.3.). NRW-Innenminister Schnoor *„werde eher die Bundeshauptstadt hermetisch abriegeln lassen, als das Risiko gewalttätiger Krawalle einzugehen"*, meint Wischnewski (lt. „Stern", 25.2.).

All diese Planungen und Überlegungen haben kaum etwas mit dem angeblichen Schutz Reagans zu tun: Schon jetzt ist bekannt, daß die NATO-Chefs mal innerhalb der Bannmeile im Kanzleramt, mal im Bundestag und nachts im Wasserschloß Gymnich bei Erfstadt per Hubschrauber hin und hergeflogen werden; sicherheitstechnisch im Prinzip eine simple Sache. Die Polizei könnte sich ohne jedes Risiko in die Bannmeile zurückziehen, die in Bonn aus den entsprechenden Regierungsgebäuden und deren Gelände besteht. Doch schon jetzt ist klar, daß um die „Sicherheitsfrage" ein großen Theater in den Medien zu erwarten ist. Bei den Vorverhandlungen um die Demonstration am 10. Juni hat die Polizei sich um jede Form der Genehmigung herumgedrückt: Angeblich sei Bonn wegen der Prozessionen belegt (die sind aber schon zuende, wenn die Demonstranten mittags eintreffen wollen); die Rheinauen, ein ideales Park-Versammlungsgelände für die Demonstranten, sind offensichtlich mit derartig empfindlichen Gräsern bewachsen, daß sie dringend des Polizeischutzes bedürfen, um jedes Betreten zu verhindern. *„Die Demonstranten sollen sich doch in Köln auf die Deutzer Brücke stellen und da schreien"*, wünschte sich ein Kabinettsmitglied in trauter Runde (lt. Stern, 25.2.).

Doch daraus dürfte nach den Ergebnissen der Bonner Vorbereitungstreffen wohl nichts werden, wenn auch die Medien anhand der Eskapaden des grünen Bundesvorstandes den Eindruck der Spaltung und Verunsicherung in den Raum stellen wollten.

Die Ergebnisse des Bonner Vorbereitungstreffens

Schon auf einer Aktionskonferenz am 6.2. in Bonn war festgelegt worden, daß die Friedensbewegung Reagan bei seinem Besuch in Bonn „gebührend empfangen" werde. Nach mehreren Vorbereitungstreffen, an denen bis zu 37 Organisationen beteiligt waren, wurde zum 4.4. bundesweit in die Godesberger Stadthalle eingeladen; 600 bis 800 kamen.

Eine ganze Reihe von Lernprozessen aus den Erfahrungen mit der Großdemo vom 10.10.81 sind dabei durchaus zu verzeichnen: Die Vorbereitung war erheblich offener angelegt, der vorbereitete Aufruftext stand immerhin zur Disposition (wenn auch nur sehr eingeschränkt); das linke und radikalpazifistische Spektrum stand nicht mehr außen vor.

Der aufwendigste Punkt war die Verhandlung um den gemeinsamen Aufruf. 5 1/2 Stunden, bis eine Stunde vor dem geplanten Ende, dauerten die Auseinandersetzungen. Neben dem Bahro-Vorstoß gleich zu Beginn und dem Vorstoß der Grünen-Vorstandsreihen am späten Nachmittag, die eine Abgrenzung von der DKP forderten, gab es 18 Debattenbeiträge und die Verhandlung um insgesamt 80 Änderungsanträge, was nachher eine detailliertere Vorplanung der Demo reichlich einschränkte. Gleich zu Beginn wurde blitzartig ein Verfahren abgestimmt, daß der in kleinem Kreis entwickelte Aufrufentwurf nur mit 3/4-Mehrheiten geändert werden könne. Alle Proteste, vor allem aus dem Osnabrücker-Spektrum (BAF), nützten nichts.

Es gab eine Reihe von Anträgen, die die Präzisierung der Passagen zur „Nachrüstung" forderten. Einige wurden aufgenommen: Neben eher niedlichen Vorstellungen, daß Pershing II und Cruise Missiles immer ausdrücklich benannt werden müßten (auf drei Mal wurde das Quantum erhöht), kamen damit auch eine Reihe von Verbesserungen zum Tragen: Als „erste Voraussetzung" von „sinnvollen" Verhandlungen überhaupt wurde die Verhinderung der „Nachrüstung" benannt. Die „Nullösungs"-Provokation von Reagan wird nicht nur ausdrücklich abgelehnt, sondern eine tatsächliche Nullösung gefordert, die a l l e (und nicht nur die landgestützten) Mittelstreckenwaffen umfaßt. Außerdem wurde die Strategie des „begrenzten Atomkrieges" jetzt ausdrücklich als US-Strategie benannt; ebenso, daß die neuen Mittelstreckenwaffen der NATO „zur Führung eines atomaren Erstschlages geeignet" seien.

Aus dem BAF-Spektrum anwesende Intiiativen (Ak gegen Atomenergie Göttingen, Hamburger Friedenskoordination u.a.) wurde gemeinsam mit der ESG und der Bundeskonferenz entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BuKo), die die 3. Welt- und Anti-Interventionsgruppen vertraten, ein Blockantrag gestellt. Aufgenommen wurden daraus Forderungen nach politischer Anerkennung der Opposition von El Salvador (FDR/FMLN) seitens der BRD, die Forderung nach „einer drastischen Senkung der Rüstungen" (statt bloß „Einfrieren" der Rüstungsausgaben, wie im Entwurf vorgesehen); ebenso wurde aufgenommen, daß es Aufgabe der Friedensbewegung sei, *„zusammen mit den Befreiungsbewegungen... die Politik der USA und der NATO zu durchkreuzen"*. Abgelehnt wurde die Übernahme einer Passage, die deutlich benennt, daß wir die NATO keinesfalls für ein „Schutzbündnis" halten (s. die entsprechenden Passagen aus dem Osnabrücker Aufruf, abgedruckt in AK 219). Es wurde auch abgelehnt zu erklären, daß „wir kein Vertrauen" in die Abrüstungsverhandlungen setzen (um die Schlagseite der Bezugnahme auf die Abrüstungsverhandlungen und die „Fortsetzung der Entspannungspolitik" im Entwurf zu relativieren). In der Gegenrede eines Sprechers aus den KOFAZ-Kreisen wurde erklärt, daß eine solche Passage den anderen Forderungen zu den Abrüstungsverhandlungen „widersprechen" würde. Die Hoffnung auf die Abrüstungsverhandlungen scheint in diesen Kreisen unerschütterlich zu sein. Abgelehnt wurde auch die Forderung nach „endgültiger Einstellung der Türkeihilfe". Ebenso konsequent abgelehnt wurden die Forderungen nach „Austritt aus der NATO" und nach „einseitiger Abrüstung".

Während im Aufruf zum 10.10.81 noch überhaupt nichts zur Interventionspolitik und zum Befreiungskampf in der 3. Welt gestanden hatte, war ein Teil dazu diesmal von vorneherein aufgenommen worden; einige Verbesserungen konnten in Bonn noch reingenommen werden, obwohl ein Teil des KOFAZ-Spektrums neben der Streichung der Passagen zu Polen und Afghanistan gleich noch die Steichung dieser Passagen generell forderte, weil sie in der Friedensbewegung „noch nicht diskutiert" seien.

Eine generelle Ablehnung der NATO hatte auf dieser Konferenz ebenfalls keine Chance, obwohl die Abstimmung sehr knapp war. Der Aufruf ist, neben den Passsagen zur „Nachrüstung" und der dahinter stehenden Strategie des „begrenzten Atomkrieges", wiederum (wie zum 10.10.) weitgehend „ausgewogen" in Richtung Ost und West formuliert, obwohl man ja gegen einen NATO-Gipfel demonstrieren will. Besonders auffällig war hier das feh-

lende Engagement der Vorstands-Grünen, die sich nur für ihre Forderungen betreffs Polen, Afghanistan und Friedensbewegung in der DDR interessierten. Zu diesem Komplex gab es Anträge gleich im Dutzend: Darunter waren die Forderungen, „alle Oppositionellen in Polen freizulassen" und die Solidarnosc als „Teil der Friedensbewegung" anzusehen. (Dazu wurde entgegengehalten, daß es Solidarnocs auf ihrem Kongreß ausdrücklich abgelehnt hatte, sich zur Frage der „Nachrüstung" zu äußern). Gefordert wurde der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan als „Voraussetzung" einer politischen Lösung. Nur am 3/4-Quorum scheiterte der Antrag DKP-naher und anderer Kräfte, die Afghanistan-Passage gänzlich rauszunehmen. Umgekehrt scheiterte der Antrag, sich „solidarisch mit der jungen Friedensbewegung in der DDR" zu erklären, ebenfalls nur knapp. Die Grünen drohten — nach mehrfachen Forderungen, wegen dieses „Skandals" die Debatte neu zu eröffnen, und nachdem das genausooft abgelehnt wurde — gar mit ihrem Ausstieg. Damit standen die Grünen-Vorständler (trotz erheblich breiterer Zustimmung zu der Forderung nach Aufnahme der DDR-Passage) total isoliert im Saal. Die ganze bürgerliche Presse kreischte vor Freude über die endlich erfolgte „Trennung von Rot und Grün".

Zum Schluß wurde ein Koordinationsausschuß mit 20 verschiedenen Organisationen und Gruppen gebildet, der regelmäßig in Bonn tagen wird und alle Entscheidungen verantwortlich tragen soll, sofern nicht gravierende Entwicklungen ein erneutes Bundestreffen erforderlich machen. (Dem Kreis gehören an: BBU / DFG-VK / Grüne / Frauen für den Frieden / BuKo / Ohne Rüstung leben / VDS / ESG / BAF-Spektrum / Katholische Studentengruppen / Russel-Gruppen / KOFAZ / Gewaltfreie Aktionsgruppen / Falken / SDAJ / Jusos / Judos / ASF / AGDF; erweitert wurde dieser Vorschlag noch in Bonn um die Demokratischen Sozialisten und die Vertretung der Landeschülervereinigungen). Aus diesem Kreis wurde per Beschluß der BBU / DFG-VK / Frauen für den Frieden / ESG und BuKo zum Geschäftsführenden Gremium erklärt, die auch gegenüber den Behörden in Verhandlungen verantwortlich zeichnen.

Probleme für SPD-nahe Kräfte

Am 10.10.81 hatte das SPD-nahe Spektrum der Vorbereitung und der Aktion selbst noch weitgehend ihren Stempel aufgedrückt. Diesmal trat es auf der Konferenz praktisch gar nicht hervor: ASF und AGDF, die am 10.10.
auf der Konferenz praktisch gar nicht hervor: ASF und AGDF, die am 10.10.
die Geschäftsführung innehatten, erklärten diesmal von vorneherein, daß sie für eine Trägerschaft nicht zur Verfügung stünden (ebenso wie auch Ohne Rüstung leben), obwohl sie nach wie vor von dem Bündnis dazu aufgefordert sind und es in den Gruppen inzwischen eher umstritten ist, ob man nicht doch teilnehmen sollte.

Das hatte einen einfachen Hintergrund: Diese Gruppen wollten ebenso wie Eppler, die Jusos und andere Kräfte aus dem Sozialdemokratischen Spektrum eine Demonstration nicht am 10. Juni bzw. nicht in Bonn, um die direkte und offene Konfrontation mit dem NATO-Gipfel und Reagan zu vermeiden. Auf der Konferenz in Bonn, wo dieses Spektrum kaum anwesend war, wurde ein Brief von Alberts, Scharf und Gollwitzer vorgetragen, in dem aufgefordert wurde, man solle am 10. Juni nicht in Bonn, sondern in verschiedenen Städten demonstrieren. (Der 10. Juni wurde trotzdem einstimmig bei einer Enthaltung angenommen). Aktion Sühnezeichen, AGDF und wortgleich Eppler hatten öffentlich angekündigt, „räumlich und zeitlich getrennt" (FAZ, 19.3.) vom Reagan-Besuch eine gemeinsame Kundgebung mit der amerikanischen Friedensbewegung durchführen zu wollen; man sei gegen eine „Personalisierung" des Protestes. Es gab zahlreiche Informatjonen, daß dieser Kreis sich um US-Redner für den 12.6. bemühte. Bei ihren internationalen Freunden haben sie sich bislang ebenfalls gegen die Bonner Demo stark gemacht; so wird der holländische Interkirchliche Friedensrat, Mitträger des 10.10.81, den 10. Juni in Holland „ignorieren". (s. Extra-Bericht in diesem AK dazu). Volker Deile (ASF) erklärte zum 10. Juni: *„Eine solche Demonstration weckt Energien, die nicht unbedingt friedensfördernd sind"* („Stern",25.2.). Wer die Verhältnisse des 10.10.81 genauer kennt, der weiß um die Angst dieser Leute vor „Krawallen". Nicht nur zahlreiche Reden wurden am 10.10. diesem Thema gewidmet, sondern die Veranstalter gaben der Polizei auch Tips, um den geplanten ‚autonomen Block' per „Verkehslenkung" auseinander zu dirigieren. Um jeden Stein am Rande hatte man sich ernsthafte Sorgen gemacht.

Von den Jusos war vor der Bonner Konferenz bekannt, daß sie für den 10. Juni einen Ort wie Köln weit lieber gesehen hätten. Nach der Konferenz sind diese Pläne erst einmal vom Tisch; die Jusos erklärten inzwischen ihre Teilnahme und Unterschrift, wenn sie auch am Koordinatonskreis sich nicht beteiligen wollen. Teilnahme und Unterstützung haben auch die Jungdemokraten beschlossen.

Allerdings dürfte noch einiges an Druck auf die Kräfte zu erwarten sein: Zwar wurde die Pressemeldung dementiert, Helmut Schmidt habe den Antrag gestellt, jeden SPD'ler, der am 10. Juni in Bonn demonstriert, aus der Partei zu schmeißen; dennoch dürfte eine offene Beteiligung erheblichem Druck aus der Partei ausgesetzt sein. Die CDU/CSU wird das ihrige
lichem Druck aus der Partei ausgesetzt sein. Die CDU/CSU wird das ihrige
dazu beitragen: Schon anläßlich der Brokdorf-Demonstration im vergangenen Jahr hatte sie im Bundestag die Aberkennung der staatlichen Fördermittel für den BBU gefordert.

Grünes Solo — nur der KBW klatscht Beifall

Gleich zu Beginn der Konferenz am 4.4. machte Rudolf Bahro einen Vorstoß zur Ausgrenzung der DKP. Sein Wortbeitrag – den wir hier im AK vollständig dokumentieren – ging beinahe im Proteststurm unter. Die schärfste Zurückweisung Bahros erfolgte durch Karl-Heinz Hansen (DS): Der NATO-Gipfel in Bonn und der geplante Pro-Reagan-Aufmarsch der CDU/CSU seien eine Kriegserklärung an die gesamte Friedensbewegung. Das erfordere eine gemeinsame Antwort. Wenn man jetzt angesichts dieser Lage die Spaltung fordere, so könnte „das ein Abgesandter des Bundeskanzleramtes nicht besser machen" (s. Hansen in der „MOZ" 4/82). Bei Bahros frontal und provokant vorgetragenen Angriffen gegen die DKP ging leider unter, daß er (bei aller Sympathie mit den linken Vorstellungen zur scharfen Absage an das NATO-„Verteidigungs"-Bündnis) auch gerade in der von ihm geforderten „positiven Vision" den linken Kräften einige „Kröten" unterschieben möchte: sein „neuer" europäischer und auch „deutscher" Patriotismus wird wohl kaum die gemeinsame „Vision" werden können. Bahro-Freund Benn von der britischen Labour-Linken demonstrierte inzwischen mit seinen aggressiven Tönen zur Falkland-Krise die r e a l e n Inhalte eines solchen „europäischen Patriotismus". Aus den Reihen des grünen Bundesvorstandes wurde Bahro zwar gegenüber Hansens Angriffen in Schutz genommen, aber sein Vorstoß wurde nicht direkt unterstützt. Im Gegensatz zu Bahro erklärte nicht nur Petra Kelly, daß es ihr nicht um Spaltung gehe. Petra Kelly kann dies wirklich glaubhaft erklären: steht sie doch gerade deshalb im grünen Bundesvorstand so unter Beschuß, weil sie bislang gegen eine Ausgrenzung der DKP Stellung genommen hat.

Der grüne Bundesvorstand hätte es auch schwer gehabt, mit Bahro gemeinsame Sache zu machen: bis dahin gehörten sie zu den Trägern des von Bahro so bezeichneten „faulen Kompromisses". Schon vier Wochen vorher war von 7 Personen, einschließlich des grünen Vertreters, ein Entwurf verbreitet worden, der nahezu wortgleich mit dem am 4.4. vorgelegten war. Ein Bundeshauptausschuß hatte zwischenzeitlich stattgefunden, der Bundesvorstand hatte bei einer Enthaltung (Ernst Hopplitschek) die Beteiligung abgesegnet. Es bestand genügend Zeit, die vorhandenen Widersprüche innerhalb der Friedensbewegung zur Sprache zu bringen. Zwar waren am 4.4. das „Unterdrückungs"geschrei und die Spaltungsdrohungen um so medienwirksamer aber auch umso unglaubwürdiger für die Anwesenden. Zwar traf es zu, daß auch auf dieser Konferenz das DKP-nahe KOFAZ-Spektrum bestens vertreten war, eine Mehrheit hatte es (diesmal) allerdings nicht. Insofern ist die von den grünen Vorständlern erhobene Behauptuhg, die DKP habe das Treffen total majorisiert, gleichzeitig eine Ohrfeige gegenüber allen anderen, die den grünen Kurs nicht mitmachen wollten. Das veranlaßte selbst Jo Leinen (BBU), der nun wirklich alles andere als ein DKP-Freund ist, zu einer scharfen Distanzierung von den Grünen. Es bestand für viele überhaupt kein Anlaß, anläßlich des NATO-Gipfels diese Punkte in den Vordergrund zu heben, wie es im Offenen Brief an die Grünen (s. Abdruck) ausgeführt wird oder wie es ein Vertreter des BuKo in einem „taz"-Interview ausgeführt hat („taz", 8.4.).

Beim Vortreffen der BuKo-Gruppen war dort sogar eine Mehrheit für Streichung der Passagen zu Afghanistan gewesen.

So war es dann auch wenig verwunderlich, daß zwar rund die Hälfte in Bonn für die Aufnahme der Passage zur Solidarität mit der DDR-Friedensbewegung stimmte, aber der grüne Bundesvorstand ziemlich isoliert dastand, als er dann an diesem Punkt ein Skandal-Gezeter anstimmte und mit Ausstieg drohte. Jedem im Saal war klar, daß die von den Grünen geforderte Neuaufnahme der Debatte um die DDR-Passage die weitere Vorbereitung und Beschlußfassung für den 10.6. gesprengt hätte. Nachdem ersatzweise noch mal das ganze Antragspaket von Forderungen eingebracht worden war, kam auch der Antrag auf eine persönliche Erklärung Petra Kelly's noch vor der Gesamtverabschiedung des Aufrufs nicht mehr durch. Erst danach wurde ihr der Redebeitrag eingeräumt. Witzigerweise hat Klaus Wolschner in der „taz" behauptet, daß Lukas Beckmann (grüne Bundesgeschäftsstelle) selbst das „skandalöse" Abstimmungsverfahren, daß nur mit 3/4-Mehrheiten der vorliegende Entwurf geändert werden könnte, mit vorgeschlagen habe (und Wolschner gehört sicher nicht zu denen, die dem Anliegen des grünen Bundesvorstands Schlechtes wollen) („taz", 6.4.).

Zu Recht ist der grüne Vorstoß in den Medien als Versuch gewertet worden statt Anti-NATO-„Schlagseite" auf „Ausgewogenheit" zu orientieren. Der KBW, einer der eifrigsten Unterstützer des grünen Vorstandskurses in dieser Frage, bringt die Sache auf den Punkt: der am 4.4. beschlossene Aufruf sei *„ein Sieg für den Sowjetimerpialismus und eine Niederlage für die internationale Friedens- und Emanzipationsbewegung"* (Schmierer in der„ KVZ",8.4.). Der KBW scheint überhaupt (abgesehen von der fanatisch applaudierenden bürgerlichen Presse) auf weiter Flur der e i n z i g e zu sein, der über das Vorgehen der Grünen total entzückt ist.

BILD-Kommentar

Grüne erkennen das Rot

Die DKP mißbraucht die Friedensbewegung für ihre Ziele."

Mit diesen Worten warnt Petra Kelly, Sprecherin der Grünen, vor den Kommunisten und ihren Freunden (darunter der ehemalige SPD-Abgeordnete Hansen). Die wollen beim Reagan-Besuch in Bonn (10. Juni) zwar gegen die USA und die Nachrüstung der NATO demonstrieren, nicht aber gegen die sowjetischen Raketen, den Überfall auf Afghanistan und das Kriegsrecht in Polen.

Gut, daß den Grünen endlich die Augen aufgehen.

aus: „Bild", 6.4.1982

„Wir brauchen die vollständige organisatorische Trennung"

Rede Rudolf Bahros am 4.4. in Bonn

Wenn die Friedensbewegung das Wettrüsten stoppen will, muß sie einen anderen Mehrheitskonsens als den, der die Nachkriegsentwicklung hier getragen hat, erreichen. Es wirken jetzt über die Atomkriegsgefahr hinaus so viele Warnzeichen auf die Menschen ein, daß dies möglich erscheint. Aber noch läßt sich die Mehrheit der Bevölkerung durch die entsprechend gezinkte Frage dazu verleiten, „lieber tot als rot" zu sagen und braucht, um sich sicher zu fühlen, die Amerikaner.

Die beiden Entwürfe, die hier zur Debatte gestellt wurden, sind nicht geeignet, auf diese Situation zu antworten. Wir werden weder mit dem einen noch mit dem anderen die Kräfte zusammenrufen, die das Wettrüsten aufhalten können. Nicht nur die 37 Organisationen, sondern leider auch die „Göttinger" behandeln die Friedensbewegung von zwei verschiedenen Seiten als Spielwiese altlinken Sektierertums.

Der eine Entwurf ist das typische Produkt jener Kungeleien, bei denen das organisatorisch stets überrepräsentierte DKP-Umfeld immer den geliebten Konsens auf dem lauwarmen kleinsten gemeinsamen Nenner erpreßt. Daß da Afghanistan und Polen erwähnt sind, trügt. Diese Leute sind notfalls bereit, manche Kröte zu schlucken, wenn nur dabei herauskommt, daß Breshnew am Ende keine Rakete zu wenig hat, um „den Frieden zu sichern".

An dem andern Text ist mir die Absicht zunächst sympathisch. Ich bin auch der Meinung, wenn der NATO-Rat extra hierhergeholt wird, um die Bündnistreue zu demonstrieren, weil sie seit dem 10.Oktober fraglich geworden ist, dann müssen wir sagen, daß wir mit diesem Bündnis nichts zu schaffen haben wollen. Das offizielle Amerika kann gar nicht genug von unserer „Undankbarkeit" erfahren. Wir wollen die amerikanische Protektion nicht mehr, weil sie tödliche Folgen haben kann. Jetzt reden dort manche davon, ihre Hand von uns abzuziehen. Wir möchten eine Stimmung in Amerika verbreiten helfen, die sie plötzlich beim Wort nimmt.

Auch das zweite stimmt, was die „Göttinger" sagen: Wann endlich werden wir jeglichen Verhandlungsappell an die Supermächte und auch an die eigenen Regierungen aus dem Repertoire streichen?! Es ist nicht unsere Sache, diese auf Abschreckung gegründete und dem Gleichgewicht der Blöcke verpflichtete „Entspannung" gesundzubeten, die samt Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung der Deckmantel des Wettrüstens ist. Das sind Rücksichten sowohl auf die Sozialdemokratie als auch auf die Moskaukommunisten, die halt beide ein Interesse an der Erhaltung der Blöcke haben.

Aber die „Göttinger" verpacken diese beiden wichtigen Anliegen in diese heimatlose, unsäglich abgenutzte „antiimperialistische" Sprache, damit jeder, der nicht durch diese Seminare gegangen ist, gleich weiß, er muß abschalten.

Die Umgangsform kann jetzt wirklich entscheidend sein. Aber die Linke an ihren Universitäten ist volksfremd geworden. Da muß in den „Göttinger" Text hinein, die Militärdiktatur in der Türkei hat etwas mit der NATO zu tun. Ja doch! Unsere Aufgabe ist, die Einstellung beispielsweise bei den gut 60 Prozent CSU-Wählern in Bayern zu beeinflussen. Haben wir gelernt, auch nur mit ihnen zu reden? Dürfen wir das überhaupt? Dort wäre der Ansatz, wenn wir die bundesdeutsche Hilfe für die türkischen Generäle kappen wollen. Wenn wir das Klima nicht ändern – was nützt es einmal mehr irgendetwas zu entlarven. Aber die ganze Tonart verhindert viel eher, das Klima zu ändern.

Es ist schon bald egal, wogegen es geht, meinetwegen auch gegen den Imperialismus. Die Anti-Rhetorik als solche ist lähmend, das ganze negative Pathos. Es kommt in allen beiden Entwürfen keine Ahnung auf, wir könnten irgendeine positive Vision haben, ein eigenes Projekt. Dabei ist ein solches Projekt im Entstehen, seit es den Russell-Aufruf gibt. Ich hoffe, es scheint eine Andeutung davon durch in dem Entwurf, den ich zur Diskussion stelle.

Das große Problem ist hier natürlich nicht dieser „Göttinger" Aufruf. Der zeigt bloß, daß von dorther leider auch noch nicht die Öffnung kommt. Meiner Meinung nach ist er

Offener Brief an die Grünen

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

als Sprecher bundesweiter Organisationen, die ein breites Spektrum der neuen Friedensbewegung abdecken und die nicht von Parteien, auch nicht von der DKP, beeinflußt sind, noch deren politische Positionen vertreten, äußern wir unser größtes Mißfallen über die Art und Weise, mit der Ihr öffentlich den Versuch einer Spaltung der Friedensbewegung betreibt.

Euer pressewirksamer Vorstoß ist um so unverständlicher, als Vertreter der Grünen wesentlich bei der Erarbeitung des Aufrufs mitgewirkt hatten und den am 4. April der bundesweiten Vorbereitungskonferenz vorgelegten Entwurf als gemeinsame Basis für die Friedensdemonstration am 10. Juni in Bonn akzeptierten. Um Mißverständnissen vorzubeugen: auch von unserer Seite gibt es eine Unterstützung für die Friedensbewegung in der DDR, die Gewerkschaft Solidarnosc in Polen und die Bevölkerung in Afghanistan. Wir sind allerdings der festen Meinung, daß für eine Friedensdemonstration während der NATO-Gipfelkonferenz andere Themen und andere Forderungen in den Vordergrund gestellt werden müssen. Die Schwerpunkte des Aufrufs können nicht derart verändert werden, daß der eigentliche Anlaß der Demonstration am 10. Juni nicht mehr erkennbar wird. Es ist deshalb falsch, öffentlich zu behaupten, Ausführungen über die Friedensbewegung in der DDR seien nur deshalb entfallen, weil anwesende Vertreter der DKP dagegengestimmt hätten.

Da Euch die Zusammenhänge und Hintergründe verschiedener Abstimmungsergebnisse in Bad-Godesberg bekannt sind, stellt sich die Frage, warum Ihr trotzdem in dieser Form einen Ausbruch aus der gemeinsamen Linie der Friedensbewegung gewählt habt? Es bleibt der Argwohn, daß im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen die politischen Scharmützel zwischen verschiedenen Parteien auf dem Rücken der Friedensbewegung ausgetragen werden. Der Vorstand der Grünen läuft mit der jetzt eingenommenen Position Gefahr, sich völlig zu isolieren.

Angesichts der drohenden Stationierung neuer Massenvernichtungswaffen in Europa und der weltweiten Aufrüstung ist eine machtvolle Friedensdemonstration und ein gemeinsames Vorgehen der Friedensbewegung erforderlich.

Wir fordern die Grünen deshalb dringend auf, ihre Haltung zu überprüfen und mit uns zusammen auf der Grundlage des in Bad-Godesberg beschlossenen Aufrufs am 10. Juni in Bonn zu demonstrieren.

Unterzeichnet von den Sprechern folgender Organisationen:

Bernd Weidmann, Göttingen, Bundeskonferenz Autonomer Friedensinitiativen (BAF)

Werner Rätz, Bonn, Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)

Josef Leinen, Karlsruhe, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Peter Grohmann, Stuttgart, Evangelische Studentengemeinden (ESG)

Manfred Kuhle Hamburg, Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (GA)

nicht so repräsentativ für das, was sich bei den verschiedensten autonomen Friedensinitiativen tut, wie man denken könnte, weil ihm in Osnabrück so viele zugestimmt haben. Wer zuerst schreibt, der bleibt halt. Nach meinem Eindruck steckt in den autonomen Friedensinitiativen viel mehr drin.

Wirklich unannehmbar für mich ist die politische Konstruktion, die in dem anderen Papier, diesem Produkt der 37 Organisationen, versteckt ist. Dieser glatte und profillose Text steht für den faulen Kompromiß mit den Parteigängern der Sowjetunion in der Friedenbewegung. Wir haben alle Aussicht, die Demonstration gegen Reagan in eine Sackgasse der Friedensbewegung zu verwandeln. Ja, es muß demonstriert werden. Aber ich bin nicht bereit, dies unter einem Aufruf zu tun, der mit der DKP und ihren Freunden ausgehandelt ist und eines dieser verlogenen Bündnisse repräsentiert, auf denen sie ihr letztes Süppchen kochen. Die Mitwirkung dieser Richtung wird jedes Ziel verhindern, das wir uns gesetzt haben.

Es heißt, der Atomtod bedroht uns alle. Das ist richtig. Er bedroht Herbert Mies und er bedroht Franz Josef Strauß. Der will auch nicht, daß Bomben auf Bayern fallen. Aber er hat sich noch nicht zur Friedensbewegung gezählt. Mit welchem Recht zählen sich jene zur Friedensbewegung, die sich mit dem Ostblock verbunden fühlen und in ihrer hiesigen Presse jedes Verbrechen rechtfertigen und beschönigen, das von Moskau aus begangen wird?

Wo ist denn der Unterschied zwischen den Todesschwadronen in El Salvador und den gepanzerten Hubschraubern in Afghanistan? Dort metzeln die Sowjets mit eigener Hand den Widerstand nieder. Millionen Menschen, vielleicht schon ein Fünftel der Bevölkerung, ist aus dem Lande geflohen! Und hat Moskau etwa nicht mit dieser Intervention die psychologischen Bedingungen für den Auftritt Reagans gefördert? Was ist das für eine Doppelmoral, die in dem Entwurf gegen die „menschenverachtende Interventionspolitik der US-Regierung in Zentralamerika" protestiert, mit Recht protestiert, und dann für Afghanistan von der „politischen Lösung" schwätzt. Ebenso im Falle Polens. Was ist das für ein Frieden, den jene Leute unter uns meinen, für die General Jaruzelski der liebe Genosse ist. Bekanntlich sagen sie, Jaruzelski habe den Weltfrieden gerettet. Falls das so ist, dann bedeutet es, die Sowjetunion würde für den Besitz Polens den Atomkrieg riskieren.

Sie hängen sich hier an den Pazifismus an, aber ihre politische Heimat liegt dort, wo beschlossen wird, auf den Autobahnen nach Berlin die Aufkleber „Frieden schaffen ohne Waffen" zu entfernen und in der DDR junge Leute zu drangsalieren, die den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" tragen. Ihr Friede muß bewaffnet sein. Die Waffen müssen nur in den von ihnen für richtig befundenen Händen liegen. Wir treten hier für einseitige Abrüstung ein, Seite an Seite mit Leuten, die niemals ihren Standpunkt korrigiert haben „Je stärker die Sowjetunion, desto sicherer der Friede". Wie lange noch wollen wir uns einreden, wir könnten mit diesen Heuchlern zusammen am selben Strang ziehen? Haig ist keineswegs der einzige, für den es wichtigere Dinge als den Frieden gibt. Die Vertreter der östlichen Abschreckungsvariante denken und praktizieren dasselbe. Die Sowjetunion hat in den 70er Jahren auch an der Rüstungsschraube gedreht. Dazu bedarf es ausführlicher inhaltlicher Auseinandersetzung. Die DKP ist die Agentur des anderen Blocks in unserer Bewegung, ein Fremdkörper, ein Fossil aus der Zeit des Kalten Krieges. Sie ist mit ihrer Gesamtpolitik eines der Rädchen in dem Mechanismus der Blockkonfrontation, der den Krieg hervortreibt. Wir brauchen die vollständige organisatorische Trennung an jedem Ort. Man kann keine Ostermärsche mit ihnen aushandeln. Ende dieser abartigen „Bündnisse" auf allen Ebenen! Ihre ideologischen Positionen müssen wir Zug um Zug aus der Friedensbewegung hinausdiskutieren.

Sicher können und wollen wir niemanden von der Teilnahme ausschließen. Worum es geht, ist, daß uns diese Kräfte nicht länger ihre Bedingungen aufzwingen können. Der Mythos von der Einheit der Friedensbewegung, das Beharren auf dem Minimalkonsens ist nichts als ein wohlbedachter Betrug an uns, mit dem sie das Harmoniebedürfnis der Bewegung ausbeuten.

Es kann also für den 10.Juni keinen gemeinsamen Aufruf mit ihnen geben, auch auf die Gefahr hin, daß dann weniger Leute kommen. Die Zeit bis zum 10.Juni reicht aus, um allen Interessierten deutlich zu machen, was auf dem Spiel steht. Die Polarisierung gegen die DKP-Politik in der Friedensbewegung, gegen das gesamte Spektrum, das Vorfeldarbeit für sie macht, ist die Voraussetzung für jeden größeren Fortschritt in die Mehrheit der Bevölkerung hinein. Wir werden nicht weniger, sondern unvergleichlich mehr, wenn wir diese Grenze ziehen.

Verhindert die IDEE



Vom 18. bis 20. Mai soll in Hannover auf dem Messegelände die Militärelektronikmesse IDEE stattfinden. Gezeigt wird alles, was Militär- und Polizeichefs interessiert: Von der Wanze zur Bespitzelung bis zur Raketensteuerung von Massenvernichtungsmitteln. Parallel dazu finden ILA (Luftfahrtschau, 18.-23.5., Flughafen Langenhagen) mit dem Schwerpunkt »Verteidigung« (über 58% Rüstungsanteil) und das »Bückeburger Hubschrauberforum« (eine internationale Fachtagung von Luftwaffenspezialisten) statt. Damit soll Hannover zu einem der größten Schauplätze des Geschäfts mit dem Massenmord und der Unterdrückung gemacht werden. Dies ist - nach dem NATO-Doppelbeschluß - ein weiterer Schritt, die BRD noch weiter in die Kriegspläne der NATO einzubinden.

Die auf der IDEE gezeigte Elektronik dient zur Unterdrückung der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt, zur Perfektionierung der Vernichtung der Bevölkerung. Die multinationalen Konzerne wollen ihren Gewinn absichern - und damit auch das Elend der dortigen Bevölkerung. Stabile Militär- und Folterregime ermöglichen den billigen Bezug von Rohstoffen und die rücksichtslose Ausbeutung von Arbeitskräften. Während Unmengen von Arbeit, Energie und Rohstoffen für die Rüstung verschleudert werden, verhungern in der 3. Welt weiterhin Millionen von Menschen.

Aber auch wir sind vom Ausbau der Militärtechnik betroffen:

Die demokratischen Rechte werden durch Überwachungssysteme und Aufrüstung von Geheimdiensten, Militär und Polizei weiter eingeschränkt.

Während Sozialleistungen immer mehr abgebaut werden, steigen die Rüstungsausgaben ständig.

Durch eine derartige »Verteidigungsshow« soll die offene Militarisierung der Rüstungsausgaben ständig.

Durch eine derartige »Verteidigungsshow« soll die offene Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben werden, die Bevölkerung kriegsbereit gemacht werden.

Wir werden nicht zulassen, daß sich die für die Geschäfte mit Krieg und Unterdrückung Verantwortlichen hier treffen.

KEINE WAFFENMESSE IN HANNOVER UND AUCH NICHT ANDERSWO!

KEIN MILITÄRISCHER TEIL AUF DER LUFTFAHRTSCHAU!

KEINE RÜSTUNGSEXPORTE!

KEINE STATIONIERUNG VON MITTELSTRECKENRAKETEN UND NEUTRONENBOMBEN!

Unser Ziel ist es, unseren entschiedenen Widerstand gegen die Militärelektronikmesse zum Ausdruck zu bringen und aktiv ihren Aufbau zu verhindern oder mindestens zu behindern.

Deshalb fordern wir dazu auf,

am 15.5.82 zum Messegelände zu demonstrieren!

Wir treffen uns alle um 11 Uhr am Maschseesüdufer in Hannover. Nach einer Anfangskundgebung wollen wir um 11.30 Uhr zum Messegelände gehen. Dort angekommen werden wir die Demonstration zu einer Kundgebung zusammenfassen, um noch einmal deutlich unseren Widerstand gegen die Militärmesse zu artikulieren.

Anschließend gehen wir gemeinsam zum Karl-Peters-Platz, wo wir die Demonstration beenden.

Bis jetzt rufen auf (8.4.1982):
ASTA-Universität Hannover, ASTA-PH, BWK-Bez. Hannover, CISNU (Studentenbewegung) Hannover, Frauen gegen Krieg und Militär, GABL, Katholische Basisgruppe Hannover, Lindener unabhängige Initiative (LUI), "Ohne Rüstung leben", SAG, SJD-Die Falken, Verband christlicher Pfadfinder/innen, Bez. Hannover.

Außer dieser großen gemeinsamen Aktion wird es eine Vielzahl unterschiedlichster Aktionen geben. Wir rufen deshalb alle, denen es möglich ist, auf, vom 15. - 20.5. in Hannover zu bleiben, und sich an Aktionen, die während der IDEE laufen, zu beteiligen:

15. bis 20.5.: antimilitaristisches Zeltlager für hannoversche und auswärtige IDEE-Gegner
14. bis 16.5.: Rockfestival
17.5.: Eröffnung der ILA durch Bundeskanzler Schmidt, 20.00 Uhr in der Stadthalle
18.5.: Eröffnung der IDEE! Zentraler Aktionstag am Messegelände mit massiven Behinderungsaktionen
20.5.: Aktionstag gegen den militaristischen Teil der ILA am Flughafengelände
24.4.: Fahrraddemo zur Messe, 11.30 Uhr, Opernplatz.
Kontakt: BIU-Büro, Tel. 343023

Am 3./4.4. fand in Hannover ein bundesweites Vorbereitungstreffen statt, auf dem die Aktionen gegen die IDEE beraten wurden. 350 Teilnehmer vor allem aus Hannover und Norddeutschland waren gekommen.

Das Treffen einigte sich auf einen bundesweiten Aufruf (s. Abdruck) und ruft zu einer bundesweiten Großdemontration am Sonnabend, den 15.5. auf.

Auf dem Vorbereitungstreffen kam es zu heftigen Kontroversen: Sozialdemokraten und DKP wollten auf keinen Fall eine Demonstration am Ort des Geschehens (dem Messegelände selbst) und sind deshalb ausgestiegen (diesen Streit gab es ja schon mal bei den Rekrutenvereidigungen). Erst wurde mit einer eigenen Demonstration gedroht, nach letztem Stand wollen sich DKP und Sozialdemokraten auf eine Kundgebung am 14.4. in Hannover beschränken.

In dem verbliebenen Spektrum war dann die Frage einer öffentlichen Festlegung über den Ablauf der Demo umstritten. Mehrheitlich wurde eine Erklärung verabschiedet, in der es heißt, man wolle mit der Demonstration „aktiv den Aufbau" (der Messe) *„verhindern oder mindestens behindern. Wir wollen keine Menschenleben gefährden."* Falls die Demonstration auf dem Weg zum Messegelände durch Polizei und BGS aufgehalten würde, wolle man vor Ort über das weitere Vorgehen entscheiden: *„Leider mußten wir in den letzten Jahren feststellen, daß Polizei und Bundesgrenzschutz, ganz gleich welche Aktionsform wir wählen und wie gewaltfrei wir auch vorgehen, sich nicht scheuen, die Unversehrtheit und die Gesundheit von Demonstranten aufs Spiel zu setzen. Wir werden solchen Aktionen von Seiten der Polizei durch die Demonstrationsplanung Rechnung tragen. Von uns aus ist keine Schlacht mit der Polizei geplant. Wir raten aber allen Demonstrationsteilnehmern, sich durch entsprechende Kleidung vor Handlungen der Polizei zu schützen."*

Dieser Aufruftext war Teilen der autonomen Gruppen schon zuviel der Festlegung, sie drohten mit ihrem Ausstieg. Teilen der Gewaltfreien Aktionsgruppen war der Rat für entsprechenden Kleidungsschutz zuviel, dies könne bereits als Provokation aufgefaßt werden, so ihre Argumentation. Nachdem dieser Resolutionstext auf dem bundesweiten Treffen verabschiedet worden war, drohte nach dem Bundestreffen ein Teil des Bündnisses in Hannover mit dem Absprung, wenn nicht die umstrittenen Passagen zum Selbstschutz herausgenommen würden bzw. wenn sich nicht für eine Abschlußkundgebung in Entfernung vom Messegelände entschieden würde.

Inzwischen wird dieser neue Aufruf von dem Aktionsbündnis zusätzlich mit einer Erklärung des Arbeitsausschusses des IDEE-Bündnisses verbreitet.

Aufstehen für den Frieden

Den Widerstand verstärken! Keine neuen Atomraketen in Europa! Internationale Demonstration anläßlich des NATO-Gipfels am 10. Juni in Bonn

Trotz der weltweit wachsenden Friedensbewegung und der Anfang Juni beginnenden UNO-Abrüstungskonferenz in New York will die NATO am 10. Juni eine Gipfel-Konferenz in Bonn durchführen, um neue Aufrüstungsprogramme zu beraten. Mit dieser Konferenz sollen die NATO-Staaten auf die von der Reagan-Administration angestrebte weltweite Vormachtstellung festgelgt werden. Dieser NATO-Gipfel ist eine Herausforderung für alle Menschen, die für die Erhaltung des Friedens und für konkrete Abrüstungsschritte eintreten.

Die weltweite Aufrüstung hat unvorstellbare Ausmaße angenommen. Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Die Gefahr der atomaren Vernichtung der Welt wird immer größer. Seit mehr als 30 Jahren haben NATO und Warschauer Pakt so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Diese Gefahr wächst durch eine neue Generation atomarer Vernichtungswaffen und die Fortentwicklung der chemischen und bakteriologischen Waffen.

Jährlich werden über 1,3 Billionen DM für Rüstung ausgegeben. Das sind über 40000 DM in der Sekunde. Jede Sekunde wird auch ein Kind geboren, und über ⅓ dieser Kinder sterben vor Vollendung des ersten Lebensjahres. Rüstung tötet nicht erst im Krieg, Rüstung bedeutet schon täglich, stündlich den Tod vieler in der Welt, denn diese Aufrüstung geht auf Kosten der Länder der Dritten Welt, wo jedes Jahr Millionen Menschen an Hunger sterben. Bei uns steigt die Arbeitslosigkeit, werden soziale Leistungen gestrichen und bleiben dringend notwendige Umweltschutzmaßnahmen aus.

Unser Ziel ist die vollständige weltweite Abrüstung, zu der wir konkrete Schritte in Europa durchsetzen wollen. Europa ist in besonderer Weise durch die Aufrüstung bedroht. Hier lagern jetzt schon mehr Atomwaffen auf engstem Raum, als sonst irgendwo auf der Welt. 1983 sollen laut NATO-Doppelbeschluß neue US-amerikanische Atomraketen, Pershing II und Cruise Missile, in Westeuropa, vor allem in der Bundesrepublik stationiert werden. Diese neuartigen Waffensysteme entsprechen der US-Strategie eines auf Europa begrenzten Atomkrieges. Pershing II und Cruise Missile sind zur Führung eines atomaren Erstschlages geeignet. Sie bringen nicht mehr Sicherheit, sondern erhöhen die Kriegsgefahr.

In dieser lebensbedrohenden Situation sind die Europäer aufgerufen, ihre Interessen nach Frieden und Abrüstung selbst wahrzunehmen. Die Genfer Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA haben nur einen Sinn, wenn sie zur tatsächlichen Abrüstung der nukearen Mittelstreckenwaffen in Ost und West führen. Erste Voraussetzung dafür ist die Verhinderung der geplanten atomaren Aufrüstung durch Pershing II und Cruise Missiles. Eine Lösung, die nur landgestützte Mittelstreckenraketen beinhaltet, ist eine verlogene „Null-Lösung". Eine echte Null-Lösung im Mittelstreckenbereich muß alle Mittelstreckenwaffen umfassen. Wachsender Druck der Friedensbewegung ist notwendig.

Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden fordert soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, politische Freiheit, die Achtung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen die Menschenverachtende Interventionspolitik der US-Regierung in Zentral-Amerika, dem Nahen Osten, dem südlichen Afrika und andern Teilen der Welt. Wir fordern von der Bundesregierung die eindeutige Unterstützung einer politischen Lösung in El Salvador unter Beteiligung der vereinigten Opposition FDR und FMLN, die als repräsentative politische Kraft anerkannt werden muß. Die Grausamkeiten, die von pro-amerikanischen Marionettenregierungen an wehrlosen Menschen begangen werden, und die Anhäufung von immer mehr Vernichtungswaffen bei uns sind das Ergebnis ein und derselben Politik der US-Regierung, wieder unbestrittene Weltmacht Nummer Eins zu werden. Wir verurteilen die Unterstützung der Militärregierung der Türkei durch die NATO-Mitgliedsstaaten.

Wir sind für die Aufhebung des Kriegsrechtes und eine politische Lösung in Polen. Wir wehren uns aber dagegen, daß die Situation in Polen durch die NATO als Mittel zur Verschärfung der internationalen Spannungen benutzt wird.

Wir fordern eine politische Lösung des Konflikts in Afghanistan, die die nationale Selbstbestimmung des afghanischen Volkes sicherstellt, jegliche ausländische Einmischung beendet und den Abzug der sowjetischen Truppen einschließt.

Wir wenden uns gegen jede Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker der Welt, egal von wem und wo immer sie begangen wird.

Unser Widerstand gegen die atomare Bedrohung darf nicht nachlassen. Das Gleichgewicht des Schreckens kann den Frieden nicht sichern. Wir wollen dem alten Militärdenken unsere Friedenskonzepte entgegensetzen. Dazu brauchen wir weiterhin Mut, Kraft, Phantasie und langen Atem.

Allein eine starke Friedensbewegung kann zusammen mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt die Politik der USA und der NATO durchkreuzen. Dabei stehen wir in Europa nicht allein. Auch in den USA wächst die Friedensbewegung. Das „andere Amerika" ist längt zu einem mächtigen Verbündeten im Kampf gegen den Kriegskurs der US-Regierung geworden. Deshalb rufen wir alle Organisationen und Gruppen der Friedensbewegung anläßlich des NATO-Gipfels und der UNO-Abrüstungskonferenz vom 5. – 12. Juni bundesweit zu Friedensaktionen auf.

Kommt älle zur internationalen Friedensdemonstration am 10. Juni nach Bonn!

– wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, Pershing II und Cruise Missile, zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atom- und aller anderen Massenvernichtungswaffen in West- und Osteuropa eröffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.

– wir fordern eine drastische Senkung der Rüstung in Ost und West

– wir wehren uns gegen neue Atomwaffen, Neutronenbomben und Giftgase in Europa

– wir treten ein für atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder gelagert noch hergestellt oder verwendet werden

– wir fordern die USA auf, in Genf ernsthaft zu verhandeln, so daß eine wirkliche Null-Lösung mit der Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenwaffen erreicht wird.

Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.

– wir fordern den sofortigen Stopp der BRD-Rüstungsexporte in Krisenherde und Länder der Dritten Welt

– wir fordern die Bundesregierung auf, jede direkte oder indirekte Unterstützung der US-Interventionspolitik in Mittelamerika zu unterlassen.

Voraussetzung für die erfolgreiche Durchsetzung dieser Forderungen ist eine starke Friedensbewegung.

Nur vordergründig ist es an der Front gegen den Ausbau der Atomenergie nach der großen Brokdorf-Demonstration im Februar vergangenen Jahres ruhiger geworden. 50.000 Menschen demonstrierten am 10.4. aus Protest gegen das Wyhl-Urteil, mit dem das AKW-Wyhl nach jahrelangem Stop nun doch gerichtlich genehmigt wurde. Dies war bisher überhaupt die größte Demonstration in dieser Region. Noch schlechter sieht es mit dem Ausbau der Entsorgung aus. Der "Entsorgungspark" in Gorleben kann frühestens Mitte der 90er Jahre fertig werden, obwohl ab 1990 der Atommüll, der zu erheblichen Teilen bisher nach Frankreich transportiert wurde, wieder zurückkommt. Die Antragskommission der SPD formulierte für den Parteitag vorsorglich einen Kernenergie-Baustopp für zwei Jahre.

Die DWK sucht jetzt nach dem Scheitern der WAA-Pläne für Gorleben an zahlreichen neuen Plätzen. „Damit die DWK nicht wieder an einem Standort scheitere, müsse sie sich vorsorglich an mehreren Plätzen umsehen" erklärte sie dazu (lt. „FAZ", vom 14.4.82). Politikern aller Parteien mißfalle das, berichtet die „Frankfurter Allgemeine" weiter: „So würden doch nur quer durchs Land Unruheherde geschaffen". Mit der Schlagzeile „Wiederaufarbeitung soll wegdemonstriert werden" drückte die Zeitung ihre Befürchtungen aus. Wir bringen in dieser Ausgabe zwei Interviews zu diesem Thema: Einmal mit Wolfgang aus Trier von der Koordinationsstelle der Bürgerinitiativen in Rheinland-Pfalz. Die Koordinationsstelle ist eines der Ergebnisse der gemeinsamen BI-Beratungen, um einen organisierten Widerstand gegen die WAA-Pläne der Atombetreiber in Rheinland-Pfalz vorzubereiten. Zum anderen bringen wir ein Interview mit Walter Moßmann, Liedermacher und langjähriger Mitstreiter der Bewegung gegen das in Wyhl immer noch geplante Atomkraftwerk.

Außerdem bringen wir als Hintergrundmaterial Ergebnisse von Umfragen zur Frage des Ausbaus der Atomenergie, die belegen, daß schon heute nahezu die Hälfte der Bevölkerung gegen jeden Ausbau eingestellt ist. Würde nicht breit befürchtet, daß der Zug in Richtung Atomenergie bereits abgefahren bzw. der Ausbau wirtschaftlich nicht vermeidbar ist, würde dieser Anteil noch erheblich in die Höhe schnellen.



Demonstration gegen die geplante WAA in Rheinland-Pfalz in Mainz am 20.3.82 mit 1.500 - 1.700 Teilnehmern

Bürgerinitiativen gegen WAA in Rheinland Pfalz

AK: Wolfgang, Du arbeitest in der WAA-Gruppe Trier und in der landesweiten Koordination rheinland-pfälzischer Bürgerinitiativen (LWKO) mit. Kannst Du uns beide Gruppen und ihre Arbeit vorstellen?

Wolfgang: Die WAA-Gruppe Trier hat sich Ende 1980 gebildet. Anlaß war eine Landtagsdebatte im Dez. 80, wo sich alle drei Parteien für den Bau einer WAA in Rheinland-Pfalz ausgesprochen haben. Damals wurde zum ersten Mal recht breit über die WAA-Pläne berichtet. Die WAA-Gruppe war in der ersten Phase relativ klein, weil die ganze Sache in Rheinland-Pfalz noch nicht so akut war. Die Gruppe hat sich im Lauf des Jahres relativ stark entwickelt und besteht z.Zt. aus 15 festen Mitgliedern. Wir haben Anfang des Jahres eine Broschüre zur WAA herausgebracht, die jetzt in der betroffenen Region (Hambuch-Illerich) der Bevölkerung als Informationsgrundlage dient. Die WAA-Gruppe beschäftigt sich einmal naturgemäß mit den technischen und gesundheitlichen Problemen der WAA, aber ein wichtiger Aspekt ist auch die militärische Nutzung der sogenannten zivilen Atomenergie, da unserer Meinung nach dieser Bereich der Bevölkerung kaum bekannt ist bzw. von den Medien kaum benannt wird. Im Moment haben wir fast jeden Tag Informationsveranstaltungen vor Ort. Im Raum Kaisersesch zeigen wir eine Dia-Serie und die Bevölkerung da oben ist mittlerweile auf einem ziemlich hohen Informationsniveau. Neben der inhaltlichen Arbeit in unserer Gruppe machen wir hier halt von Trier aus die rheinland-pfälzische WAA-Koordination. Im März 81 war dann auch das erste landesweite KO-Treffen. Dabei sollten schon auf Landesebene der Widerstand bzw. Aktionen und Informationen über die WAA besser koordiniert werden. Schon relativ früh, nach dem 2. Treffen, wurde auf Landesebene ein Flugblatt verteilt. Ende 81 ist dann in Zusammenarbeit mit den ganzen BIs der LWKO die WAA-Zeitung entstanden, die in ganz Rheinland-Pfalz in der Auflage von 17000 Stück verteilt wurde. Die LWKO trifft sich ca. alle 6 Wochen. Zwischen diesen Treffen werden die BIs durch einen Rundbrief auf dem laufenden gehalten.

AK: Du hast gesagt, daß seit 1980 die Pläne für eine WAA in Rheinland-Pfalz offiziell bekannt sind. Kannst Du auf die neuere Entwicklung eingehen.

W.: Die Pläne für die WAA stehen eigentlich schon seit 1979 im Raum, weil sich im September 79 die Regierungschefs von Bund-und Ländern getroffen und vereinbart haben, daß in jedem Bundesland die Möglichkeit eines WAA-Baus in Betracht gezogen werden soll, und unser Ministerpräsident Vogel oder unser Vogel hat schon damals seine prinzipielle Bereitschaft dazu erklärt. Dann kam halt die schon erwähnte Landtagsdebatte im Dezember 80 und gleichzeitig wurde ein Standortkriterienkatalog in Auftrag gegeben, nach dem die DWK einen Standort suchen sollte. Der Kriterienkatalog ist der DWK dann im Mai 81 übergeben worden. Ebenfalls im Mai 81 wurde in einer Landtagsdebatte von der SPD eine Expertenanhörung zum Thema WAA gefordert, die dann ein paarmal verschoben wurde und dann am 18./19. März 82 stattfand. In der Presse war in diesem gesamten Zeitraum von fast zwei Jahren so gut wie nichts über die WAA-Pläne zu lesen. Erst als wir von der LWKO im Januar 82 eine Information zugespielt bekamen, die wohl aus dem Mainzer Wirtschaftsministerium kam, und sie an die Presse gaben, waren die Medien auf einmal auch bereit, Sachen zum Thema WAA zu bringen. Unsere Information sagte aus, daß die DWK u.a. drei Standorte für eine WAA untersuchen würde, und zwar die Gebiete Meisenheim an der Glan, westlich von Saarburg und nördlich von Cochem an der A 48.

AK: Damals gab es wohl eine ziemliche Kampagne seitens der Politiker gegen die angebliche Gerüchte- und Angstpolitik seitens der BIs. Am 13.3. wurde der Standort Hambuch-Illerich benannt, ein Gebiet nördlich von Cochem, was Euch ja schlußendlich recht gab.

W.: Da hat sich insbesondere „unser" Mdl Diller von der SPD hervorgehoben, der uns öffentlich der „Unruhestiftung" bezichtigte und behauptete, wir würden Gerüchte in die Welt setzen, die weder Hand noch Fuß hätten. In Mainz seien noch keine Standorte seitens der DWK bekannt, obwohl sich ja, wie du schon sagtest, inzwischen einer der drei Standorte bestätigt hat. Allerdings war von den Herren, die uns vorher beschimpft haben, niemand bereit, seine unhaltbaren Verleumdungen zurückzunehmen.

Nachdem im Januar diese drei möglichen Standorte bekannt wurden, haben sich spontan in allen drei genannten Orten BIs gebildet, die erste Informationsveranstaltungen durchgeführt haben, so daß wir, als dann am 13.3. als möglicher WAA-Standort Hambuch/Illerich benannt wurde, schon einigermaßen vorbereitet waren bzw. über ein Netz von Kontakten in der Region verfügten, so daß eine schnelle Reaktion möglich war.



Der geplante Standort der Wiederaufarbeitungsanlage liegt sieben Kilometer nördlich von Cochem zwischen den Ortschaften Hambuch und Illerich.

AK: Obwohl die Ausschüsse für Wirtschaft und Verkehr und Umwelt eine Anhörung zur geplanten WAA vorbereitet hatten, hat die DWK ein paar Tage vorher einen ‚endgültigen' Standort benannt. Insofern hat ja wohl die Bedeutung der Anhörung einen ganz anderen Stellenwert bekommen. Wie habt ihr die Anhörung im Vorfeld eingeschätzt und wie seht ihr sie im nachhinein?

W.: Ja, also zuerst mal zu dem Termin vor der offiziellen Standortbenennung. Das war also ein großer Hammer von der DWK, weil wir genau an diesem Tag unseren landesweiten Aktionstag gegen die WAA durchgeführt haben.

Bezüglich der Anhörung waren wir eigentlich von vornherein der Auffassung, daß diese Anhörung nur eine Farce im Rahmen der Bürgerdialogstrategie darstellte, weil die Landesregierung ihren Entschluß zum Bau einer WAA schon längst gefaßt hatte, einmal davon abgesehen, daß die Landesregierung nicht allein verantwortlich ist für den Bau einer WAA, weil die Entscheidung hierzu auch auf Bundes-Ebene gefällt wird. Für uns war es auch aufgrund der Anhörungserfahrungen zur Startbahn West oder auch zu Gorleben klar, daß die Landesregierung ihre Meinung aufgrund dieser Anhörung nicht ändern würde. Diese Meinung haben wir auch in der Öffentlichkeit vertreten, was teilweise zu heftigen Diskussionen mit dem BNR (Bund Natur und Umweltschutz) führte, da dieser die Auffassung vertrat, die Anhörung könnte durchaus direkte politische Auswirkungen haben, während wir die möglichen Auswirkungen nur über einen Druck seitens der Öffentlichkeit bzw. der Basis sahen. Unsere Einschätzung der Anhörung hat sich dann auch bestätigt, weil zumindest die CDU- und FDP-Fraktionen schon einen Tag nach der Anhörung bekannt gaben, daß diese keine neuen Erkenntnisse gebracht hätte, obwohl es mir schleierhaft ist, wie man innerhalb eines Tages die Anhörung inhaltlich auswerten kann.

AK: Die Landesregierung bzw. die Ausschüsse haben sich wohl ein ziemliches Ei ins Nest gesetzt, als sie die Anhörung direkt im 3. Programm übertragen und dazu auch noch die Kommunalpolitiker eingeladen haben. Sie haben sich sicher eine ganz andere Reaktion versprochen als schlußendlich geschehen.

W.: Die Anhörung hatte für uns einen ganz unerwarteten Nebeneffekt, da zum einen die bei der Anhörung anwesenden Kommunalpolitiker, also die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden, durch diese Anhörung zu WAA-Gegnern wurden. Z.B. meinte der Bürgermeister der Gemeinde Hambuch, daß er jetzt aufgrund dieser Anhörung entschieden gegen den Bau einer WAA eintreten werde. Auch große Teile der

Fortsetzung nächste Seite

Atomenergie:
Plumpe Werbung zieht nicht mehr

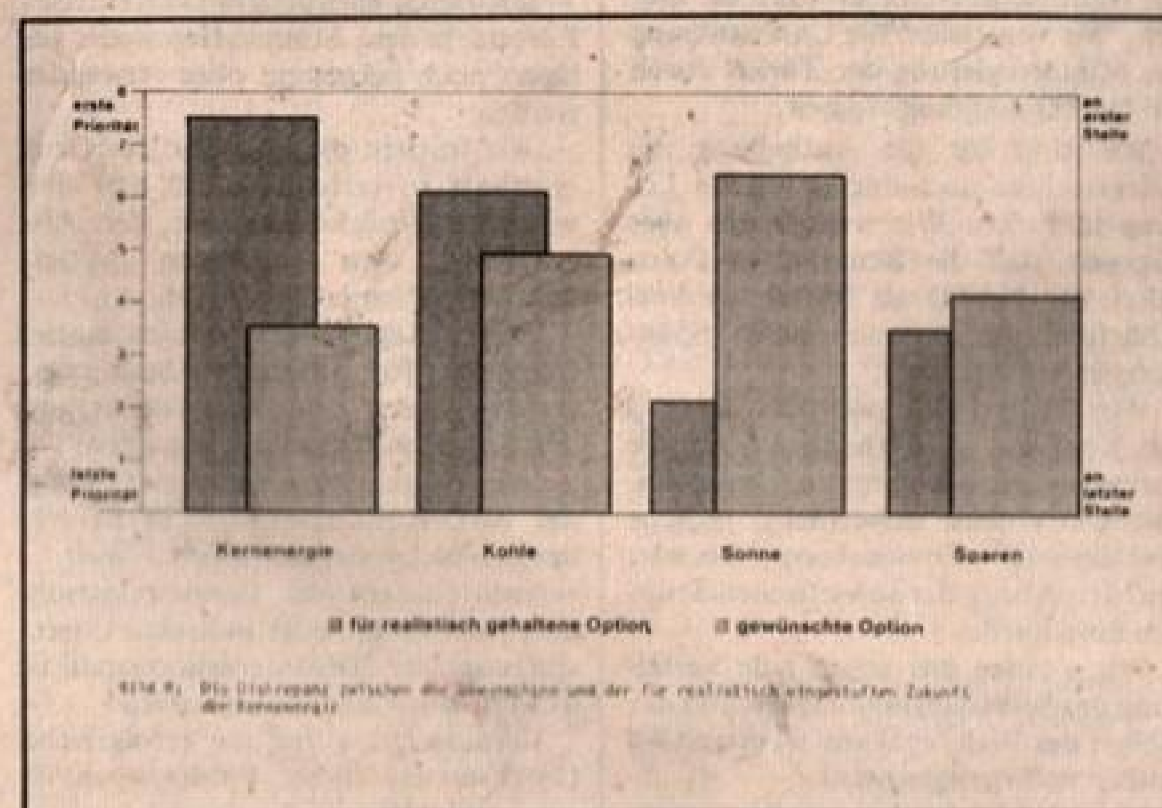
Nach jahrelangen Auseinandersetzungen um den Ausbau der Atomenergie in der BRD hat sich in der gesamten Bevölkerung eine differenzierte Meinung zu diesem Thema herausgebildet. 52% der Bevölkerung halten den Bau von AKWs für notwendig, um den Wohlstand zu erhalten. 46 % lehnen den Ausbau wegen der bestehenden Gefahren ab. Das stellte eine Infas-Umfrage im März dieses Jahres fest (s. Faksimile). Interessant ist dabei, daß die Meinung im Gegensatz zum eindeutigen Pro-Atomkurs aller etablierten Parteien bei den Wählern dieser Parteien durchweg geteilt ist. Bei der SPD-Wählerschaft überwiegt eindeutig die Forderung nach einem Atomstop.



Bei einer ähnlichen Umfrage (im vergangenen Oktober) erklärten von den 46% AKW-Gegnern 19%, daß sämtliche laufende AKWs auch stillgelegt werden müßten. Im April 1980 hatten sich noch 56% für den Ausbau des Atomprogramms ausgesprochen, während sich damals 42% gegen weitere AKWs ausgesprochen hatten. Interessant ist dabei der hohe Prozentsatz der eindeutigen Antworten. Beim NATO-Doppelbeschluß etwa bildet sich eine ähnliche Polarisierung erst heraus. Bei der gleichen Umfrage (im März 82) hatten sich 35 % noch nicht festgelegt. Interessant ist aber, daß von den 56 %, die für den Ausbau des Atomprogramms plädieren, eine Mehrheit dies überhaupt nicht für wünschenswert hält, sondern lediglich für AKWs spricht, weil dies angeblich zum Erhalt des Wohlstands unvermeidbar sein soll.

Mit diesem Problem befaßt sich eine Studie der Kernforschungsanlage Jülich, unter dem Titel „Wahrnehmung und Akzeptanz technischer Risiken", die im Januar dieses Jahres veröffentlicht wurde. Studienleiter Renn erklärte dazu, daß die AKW-Gegner nach den Befragungen „*weder von deren Notwendigkeit noch von ihrer Sicherheit überzeugt*" seien, „*ihre Einstellungsstruktur sei in sich geschlossen, während die Einstellung der Befürworter von Selbstzweifeln und vorsichtiger Handlungsbereitschaft - im Soziologendeutsch 'kognitiver Streß' genannt - gekennzeichnet sei. Fast alle Befürworter der Atomenergie hegten starke Zweifel an der Ausgereiftheit kerntechnischer Anlagen und sähen die nukleare Entsorgung zumindest als ungelöst, wenn nicht unlösbar an. Ihre Befürchtungen würden letztlich nur überdeckt durch wirtschaftliche Überlegungen und durch Vertrauen in Technik, Wissenschaft und Politik*" (nach „FR", vom 22.1.82). In Zahlen: nur 20 % halten den Ausbau der Kernenergie für wünschenswert. Bei Sonnenenergie ist es umgekehrt: 65 % halten sie für wünschenswert, aber nur 12 % halten es für realistisch, daß damit im Jahre 2000 der Löwenanteil der Energie abgedeckt werden könnte. Nach Soziologenerfahrungen, so Renn, führe solcher „Realitäts-Streß" vielfach zu „*resigniertem Rückzug, Ausstieg aus dem System oder blinde Wut*". Auffallend ist dabei, wie wenig das Märchen von der Sicherheit der Atomenergie noch zieht, selbst bei den Befürwortern. Während die Betreiber den größten Katastrophenfall bei AKW-Unfällen (einmal in 100 Jahren) bei 4000 Toten ansiedeln, nahmen die Befragten dafür 600 000 Tote an. Dies Ergebnis ragte vollkommen eindeutig aus allen anderen Risikoabschätzungsbefragungen heraus. Jedenfalls raten die Projektleiter angesichts dieser Ergebnisse den AKW-Betreibern, nicht mehr die üblichen 'Tricks' und 'Werbung' anzuwenden, um damit zu versuchen, „die Akzeptanz" zu erhöhen. Z.B kann man mit der „Verharmlosung" nicht mehr der „Panikmache" den Boden entziehen (ebenda). Ginge es nach den Wünschen der Bevölkerung, so dürfte der Spuk Ausbau der Atomenergie bald zuende sein.





Interview mit Walter Mossmann

„In Wyhl beißt Späth in Löß"



Walter Mossmann

Am 30.3.1982 wurde der Baustop für das AKW Wyhl vom Mannheimer VHG aufgehoben. Ministerpräsident Späth kündigte an, „so bald wie möglich" mit dem Reaktorbau beginnen zu wollen. Zwar soll vorher noch ein „Gespräch mit der Bevölkerung" und eine Landtagsdebatte stattfinden, doch bedarf es „keiner großen Phantasie, einen heißen Sommer in Wyhl vorauszusagen."

Diese Prognose der „Schwäbischen Zeitung" wurde schon am 4. April ein wenig erfüllt: Bei hochsommerlichen Temperaturen versammelten sich 50 000 AKW-Gegner zu einer Protestkundgebung beim vorgesehenen Bauplatz. Einen Tag später sprachen wir mit Walter Mossmann, der als Journalist, Chronist, Bürgerinitiativler und Liedermacher von Anfang an in Wyhl dabei war.

**Anmerkung:
Ursprünglich sollte es heißen:
„In Wyhl beißt Späth auf Granit", doch am Kaiserstuhl gibt es eben keinen Granit sondern Loeß. Der ist zwar nicht so hart, doch beim Reinbeißen stopft er schön das Maul! Guten Appetit Lothar!**

AK: Walter, die letzten Tage waren ja recht turbulent. Gib doch mal einen Stimmungsbericht, auch vom Kaiserstuhl draußen.

Walter: Über drei Jahre haben wir jetzt gewußt, was aus Mannheim auf uns zukommt. Mit dem Kopf haben wir uns auch alle drauf eingestellt. Aber als dann am Dienstag die Nachricht vom Urteil kam, da haben wir doch erst mal ganz weiche Knie gekriegt. Seit 1977, seit dem Baustopp-Urteil, hatten wir hier ja Ruhe, die großen Auseinandersetzungen an anderen Standorten fanden im Fernsehen statt. Was mich dann am meisten aufgestellt hat, war der Abend nach dem Urteil. Da gab's in Königsschaffhausen eine Demonstration, eher eine Bauernversammlung. Obwohl da nur telefonisch mobilisiert worden war, kamen 120 Trecker, alle aus dem Kaiserstuhl. Ein Redner sagte, daß hinter jedem Trecker „ä ganze Bürefamilie" steht. Überhaupt, bei der Sache wurden die besten Reden gehalten, bei einer Kundgebung ist sowas nie so möglich. Da kam soviel raus von Schmerz, vom Gefühl der Demütigung, Zorn, auch Ängste – und auf diesem Hintergrund eine fantastische Entschlossenheit, das war echt begeisternd.

Am nächsten Tag gabs dann gleich in Freiburg die Demonstration mit rund 10 000 Teilnehmern. Die ganze Region hat gesummt wie ein Bienenkorb, in Mühlheim, in Lahr, überall sind die Leute zusammengekommen.

Dann wurde innerhalb von 3, 4 Tagen die Großdemo in Wyhl organisiert, zu der dann 50 000 kamen, und das ist keine großkotzige Übertreibung.

Wir sind uns auch ganz sicher, daß die Demonstranten alle direkt aus der Region kamen. Die sind morgen noch da und übermorgen, die fahren nicht 500 km weiter und wenden sich dann wieder anderen Dingen zu, die bleiben hier am Ball.

Ganz wichtig war auch, daß sehr viele Junge aus den Kaiserstuhldörfern da waren. Früher war das nämlich immer so, da kamen die Alten aus den Dörfern und die Jungen aus der Stadt. Diesmal waren die Freiburger überhaupt nicht die Mehrheit, sondern die kam echt aus dem Hinterland, den Dörfern und Kleinstädten.

Bei der Kundgebung selber hat sich das auch ausgedrückt: Viele Redner waren von der „2. Generation" der BIs. Außerdem haben wir es zum ersten Mal geschafft, so eine Riesensache ohne einen auswärtigen „Starredner" durchzuführen. Oft

ten.

Bei der Kundgebung selber hat sich das auch ausgedrückt: Viele Redner waren von der „2. Generation" der BIs. Außerdem haben wir es zum ersten Mal geschafft, so eine Riesensache ohne einen auswärtigen „Starredner" durchzuführen. Oft

wird ja gerade in Zeiten, wo eine regionale Bewegung sich schwach fühlt, so ein telegener Star von irgendeinem Bundesverband eingeladen. Der hält dann die Hauptrede, das Fernsehen stürzt sich drauf, und dahinter verschwindet dann die regionale Stärke von so einer Bewegung. Diesmal war's halt wirklich autonom regional, und kein Anhängsel vom BBU oder irgendeiner Partei.

AK: Vorher gab es ja in den Bürgerinitiativen eine Kontroverse darüber, ob man den FDP-Landtagsabgeordneten Schött sprechen lassen sollte. Das wurde dann mehrheitlich befürwortet. Also doch nicht autonom von Partei- und Starrednern? Bei Schött gab es speziell auch Bedenken, weil er vor dem Urteil auf Versammlungen sehr stark auf den „rechtsstaatlichen Weg" orientiert hatte.

Walter: Zuerst mal bin ich ja auch für den „rechtsstaatlichen Weg". Nur findet man den offenbar vor bundesdeutschen Gerichten nicht. Wir argumentieren, daß die Rechtsstaatlichkeit nicht von uns, sondern von so einem Gericht wie in Mannheim kaputt gemacht wird. Außerdem ist der Hans Schött ein Mitbegründer dieser ganzen Bewegung, Bürgerinitiativler. Die ganzen Jahre hat er nicht mehr für die BIs gesprochen, weil er Repräsentant der FDP war; vor kurzem hat er aber sehr klar in einer öffentlichen Versammlung erklärt, daß er künftig nicht mehr für die FDP kandidieren wird, weil er seine entschiedene Ablehnung der Atomenergie überhaupt nicht in dieser Partei wiederfindet.

Außerdem hat er wortwörtlich gemeint, daß man sich charakterlich zum Nachteil verändert, wenn man so einen Job macht. Und aus dem Grund hat ihn die Endinger Bürgerinitiative als ihren Redner vorgeschlagen.

Außerdem sollten – in Reaktion auf das Urteil – auch drei der Kläger sprechen. Das waren dann halt Balthasar Ehret, Siegfried Göppert und Hans Schött, alles Leute der ersten Stunde. Und in dem Zusammenhang finde ich das auch richtig. Im Nachhinein kann man auch sagen, daß der Schött in seiner Rede nichts gesagt hat, was den Widerstandswillen der Leute irgendwie ablenken könnte.

AK: Dieser Sonntag war sicherlich ein guter Auftakt für uns. Die Atomlobby wird sich aber davon erstmal wenig beeindrucken lassen. Was kommt da in den nächsten Wochen und Monaten auf uns zu?

Walter: Das spielt sich auf vielen Ebenen ab. Eine ist die propagandistische. Späth will das alte Spielchen spielen und zuerst mit den beiden großen landwirtschaftlichen Verbän-

wenig beeindrucken lassen. Was kommt da in den nächsten Wochen und Monaten auf uns zu?

Walter: Das spielt sich auf vielen Ebenen ab. Eine ist die propagandistische. Späth will das alte Spielchen spielen und zuerst mit den beiden großen landwirtschaftlichen Verbän-

Forts. nächste Seite

Forts. von voriger Seite

betroffenen Bevölkerung kam durch diese Anhörung zur Auffassung, daß der Bau der WAA ein unverantwortliches Risiko bzw. ein WAAhnsinnsprojekt darstelle.

AK: Ihr habt ja nach der Anhörung bzw. auch vor der Anhörung ziemlich viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht, sei es vor Ort als auch in Mainz. In Mainz fand ja auch eine Demonstration am. 20.3. mit rund 1700 Leuten statt, wovon offensichtlich doch ein sehr großer Teil aus der betroffenen Region kam. Wie hat sich die Geschichte in der Region Hambuch/Illerich bzw. Kaisersesch in den letzten paar Wochen entwickelt?

W.: Noch am selben Tag, als der Standort über die Zeitung bekannt geworden war, fand am späten Nachmittag eine erste Kundgebung in Kaisersesch statt, 150 Leute kamen zusammen, Mitglieder der Cochemer BI, die schon seit Januar existierte, führten ein Anti-WAA-Theater auf. Einen Tag später, am Sonntag, war auch schon eine erste Kundgebung in Kaisersesch mit etwa 300 Leuten, wo auch schon gute

tag eine erste Kundgebung in Kaisersesch statt, 150 Leute kamen zusammen, Mitglieder der Cochemer BI, die schon seit Januar existierte, führten ein Anti-WAA-Theater auf. Einen Tag später, am Sonntag, war auch schon eine erste Kundgebung in Kaisersesch mit etwa 300 Leuten, wo auch schon gute

Stimmung gegen die WAA zu spüren war.

Mittlerweile sieht die Sache so aus, daß der größte Teil der Bevölkerung gegen den Bau einer WAA ist. Z.B. in der Gemeinde Hambuch sind von 600 Einwohnern, inclusive Säuglingen, 400 in der BI eingeschrieben und die Stimmung ist also unheimlich toll.

Da hat z.B. die Landesregierung, vertreten durch einen Regierungspräsidenten, mit zwei Vertretern der Atommafia Veranstaltungen in Hambuch und Illerich durchgeführt, um die Bevölkerung über ihre Vorhaben zu informieren. Die Regierungsvertreter waren überrascht von der heftigen Reaktion der Bevölkerung. Die Leute haben ziemlich schnell gemerkt, daß diese Herren sie nur verarschen wollen und entsprechend mit Pfiffen bzw. mit Beifallsstürmen für Redner, die sich gegen die WAA ausgesprochen haben, reagiert. Zur Entwicklung des Widerstandes kann man sagen, daß es zum jetzigen Zeitpunkt im Umkreis von 10 km etwa 15 BIs mit rund 2.000 Mitgliedern existieren, aber diese Zahl steigt täglich. Außerdem haben sich die BIs mittlerweile auf regionaler Ebene zu Koordinierungsgesprächen getroffen. Geplant ist für den 16. Mai ein Demonstrationstag, wo die Bevölkerung demonstrativ zur Wiese ziehen will.

AK: Es scheint so, daß die erste Runde aufgrund des schnellen Reagierens ziemlich eindeutig an die BIs gegangen ist. Wie sieht z.Zt. die Reaktion seitens der Landesregierung und der DWK aus und wie verhalten sich z.Zt. Kommunalpolitiker, die Bürgermeister etc.?

W.: Die Bevölkerung ist am Kochen. Die Bürgerinitiativen sprechen sich nicht nur gegen den Bau einer WAA in Hambuch/Illerich, sondern aufgrund der bekannten Risiken und Gefahren gegen eine WAA, egal wo sie hinkommen soll, aus. Die DWK hält sich mittlerweile noch etwas zurück, allerdings wird sie wohl demnächst in Kaisersesch ein Info-Büro eröffnen. Was die Kommunalpolitiker betrifft, so sind die Bürgermeister der betroffenen Region mittlerweile eingeschriebene WAA-Gegner. Durch den Druck der Öffentlichkeit kam es am 27. März zu einer öffentlichen Kreistagssitzung, die in der Aula der Schule von Kaisersesch stattfand. Dort hat sich der gesamte Kreistag, obwohl DWK-Boß Scheuten und Wirtschaftsminister Holkenbrink versucht haben, die Abgeordneten unter Druck zu setzen bzw. sie persönlich in die Mangel zu nehmen, gegen den Bau einer WAA in Hambuch/Illerich ausgesprochen. Die SPD-Fraktion ging sogar so weit, sich generell gegen WAAs auszusprechen. Das war ein schwerer Schlag für die Herren der Landesregierung und der DWK.

AK: Die DWK bzw. die Landesregierung scheinen erhebliche Schwierigkeiten zu haben, nicht nur in dem Bereich der Abstimmungen bei Kreistagen oder Kommunalpolitikern, son-

Landesregierung und der DWK.

AK: Die DWK bzw. die Landesregierung scheinen erhebliche Schwierigkeiten zu haben, nicht nur in dem Bereich der Abstimmungen bei Kreistagen oder Kommunalpolitikern, son-

dern auch bei den Landwirten. Kannst Du etwas zur Landfrage bzw. zum Landkauf sagen?

W.: Komischerweise ist das Gelände, das die DWK für die WAA haben will, zum größten Teil im Privatbesitz zweier ortsansässiger Landwirte, z.T. gehört es auch den Gemeinden. Die Landwirte, aber nicht nur diese beiden, sondern die meisten der Region, sind voll gegen die WAA und z.Z. jedenfalls nicht bereit, ihr Land an irgend jemanden zu verkaufen. Bisher ist von Seiten der DWK oder etwaiger Strohmänner noch niemand an die Landwirte herangetreten, um die Grundstücke aufzukaufen. Auch unter diesem Gesichtspunkt dürfte es der DWK einige Schwierigkeiten bereiten, hier ihre WAA hinzustellen.

AK: Bundesweit ist es ja so, daß nicht nur in Rheinland-Pfalz eine WAA gebaut werden soll, sondern ebenfalls in Bayern und in Hessen, wo die Pläne ja schon etwas weiter vorangetrieben sind. Wie sieht die Zusammenarbeit mit den anderen betroffenen Regionen aus?

W.: Also die Zusammenarbeit unter den verschiedenen vorgesehenen WAA-Standorten läuft unheimlich gut. Da war ja einmal im Februar eine Zusammenkunft bei dem „Atommülltreffen" in Salzgitter. Am 20./21. März war ein erstes bundesweites WAA-Standorttreffen, wo auch BI-Vertreter aus Merenberg, Frankenberg, Gorleben und Schwandorf, Karlsruhe sowie aus Rheinland-Pfalz (Cochem und Trier) vertreten waren. Dort tauschte man Informationen und Erfahrungen aus, von denen wir in Rheinland-Pfalz natürlich profitieren, weil die anderen Regionen in ihrer Entwicklung schon etwas weiter sind als wir und schon Erfahrungen mit DWK/Landesregierung usw. gemacht haben.

Die WAA-Standorttreffen werden in Zukunft regelmäßig fortgesetzt. Es sieht also nicht so aus, daß die Strategie der Regierenden und der DWK, durch Dezentralisierung der WAA-Projekte den Widerstand zu zersplittern, Erfolg hätte. Im Gegenteil, ich bin da eher optimistisch, daß sich die einzelnen BIs sehr stark unterstützen werden.

In der nächsten Zeit wird der Schwerpunkt der Arbeit in dieser Region vor allem in einer noch breiteren Information der Bevölkerung liegen. Wir haben mit Infoveranstaltungen angefangen und versuchen jetzt, in etwas weiter entfernten Städten und Gemeinden die Menschen über die WAA zu informieren und gegen sie zu mobilisieren. Das wird also noch harte Arbeit bedeuten.

AK: Anfangs hat es wohl in der betroffenen Region einige Schwierigkeiten durch Desinformation der Bevölkerung gegeben, die wohl eine massive Angst hatte vor „anreisenden Chaoten". Wie hat sich diese Geschichte entwickelt?

AK: Anfangs hat es wohl in der betroffenen Region einige Schwierigkeiten durch Desinformation der Bevölkerung gegeben, die wohl eine massive Angst hatte vor „anreisenden Chaoten". Wie hat sich diese Geschichte entwickelt?

W.: Die Hetzkampagne der letzten Jahre gegen BIs und Demonstranten ist natürlich auch an der konservativen Bevölkerung in dieser Region nicht spurlos vorbeigegangen und die Bevölkerung hatte am Anfang, zum Teil auch noch zur Zeit, Angst vor den sogenannten anreisenden ‚Chaoten' oder diesen ‚professionellen Reisekadern'. Aber wir hoffen, daß sich diese Einstellung mit der Zeit etwas ändern wird. Man muß halt auch verstehen, daß die Bewohner dieser Region jetzt von heute auf morgen in eine Situation hineingeraten sind, über die sie sich vorher noch nie oder fast nie Gedanken gemacht haben, und diese Leute müssen jetzt halt auch mal so langsam ihre Erfahrungen und einen Lernprozeß durchmachen und sie werden dann wohl auch erkennen, daß sie erstens auch auf andere Leute angewiesen sind und zum anderen die WAA Hambuch/Illerich kein regionales Problem ist, sondern eine Sache, die uns alle betrifft, egal ob in Hambuch, Trier oder sonst irgendwo in der BRD.

Zum Abschluß noch eine Bemerkung: zur Zeit ist zwar der Standort Hambuch/Illerich von der DWK offiziell vorgeschlagen, aber die DWK hat ja nicht nur diesen Standort untersucht, sondern insgesamt 37 und davon kamen 6 in die engere Wahl, unter anderem auch Saarburg und Meisenheim. Es ist also durchaus möglich, falls es in Kaisersesch nicht so läuft, wie es sich die Herren vorstellen, daß die DWK auf einen anderen Standort zurückgreifen wird, wie das z.B. auch in Diemelstadt/Wethen war. Von daher sollten also alle BIs weiterhin alle Augen und Ohren offenhalten, um mögliche Aktivitäten der DWK an anderen Standorten frühzeitig zu erkennen, damit man dann auch frühzeitig reagieren kann.

Dritte Erklärung der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen

„Wir haben einen langen Atem"

Die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen haben auf einer öffentlichen Delegiertenversammlung am Freitag am Kaiserstuhl eine Erklärung an die Bürger der Region verabschiedet. In der 8-jährigen Geschichte der BIs, die sich sonst im Kommunique-Krieg der Parteien und Gruppen eher zurückhalten, ist dies die dritte Erklärung dieser Art. Sie wurde auf der regionalen Großkundgebung am Sonntag in Wyhl erstmals verlesen und am gleichen Abend in einer Sondersendung von Radio Dreieckland ausgestrahlt.

1. In Wyhl hat die Bevölkerung Geschichte gemacht; in Wyhl entscheidet sich unsere Zukunft.

2. Vor 12 Jahren haben eine Handvoll Leute ohne Macht und Mandat die Anschläge der Atomindustrie auf unsere Region am Oberrhein aufgedeckt.
Vor 10 Jahren hatte der spontane Zusammenschluß von Winzern, Wissenschaftlern und Studenten schon soviel Kraft, daß die Regierung gezwungen war, auf ein Atomkraftwerk in Breisach zu verzichten.
Vor 8 Jahren haben wir uns notgedrungen selbst organisiert, und zwar quer zu allen Parteien und Weltanschauungen in der Föderation der 'Badisch-elsässischen Bürgerinitiativen'. Im August 1974 haben wir mit guten Gründen 'beschlossen, der Gewalt, die uns mit diesem Unternehmen angetan wird, solange unseren passiven Widerstand entgegenzusetzen, bis die Regierung zur Vernunft kommt' (Erklärung der 21 Bürgerinitiativen). In den folgenden acht Jahren haben wir, die betroffene Bevölkerung der Region, bewiesen, daß wir uns selber schützen können, wenn wir Verantwortungsgefühl bewahren und demokratischen Selbstbewußtsein, Phantasie und langen Atem.
Von Wyhl ging eine demokratische Hoffnung aus und die Erkenntnis, daß die Menschen nicht zwangsläufig ihre Lebensgrundlagen zerstören müssen.
Das ist unsere Geschichte.

3. In all den Jahren haben wir Opfer gebracht, die nicht meßbar sind: Zeit, sehr viel Arbeitszeit, Lebenszeit, Kraft, Nerven, Gesundheit, Unsummen von schwer erarbeitetem Geld; wir haben um der Sache willen, auf vieles verzichtet; wir haben staatliche Arroganz erlebt, Beleidigungen und Demütigungen; wir kennen Hausdurchsuchungen, Verhöre, Androhung des beruflichen Ruins und auch nackte Polizeigewalt.
Wer so lange gekämpft hat und soviel eingesetzt hat, läßt seine Sache nicht im Stich, wenn der Wind rauher wird.

4. Nicht wir haben die Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt, sondern die Richter in Mannheim. Dieser Prozeß hat nicht der Wahrheitsfindung gedient, sondern den Interessen der Atomindustrie. Wir haben versucht, auch vor Gericht unser Grundrecht auf Leben und Gesundheit einzuklagen; in Mannheim hat man unsere Klage vom Tisch gewischt.

5. Nicht wir haben die Amtsautorität der Regierung in Frage gestellt, sondern die Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg.
Der erste hat sich dem Gelächter preisgegeben, als er für 1980 die große Dunkelheit prophezeite; er hat noch manches prophezeit, so z.B. auch, daß Atomstrom Arbeitsplätze sichere, obwohl er selber wußte, daß die Industrie mit Hilfe des Atomstroms Arbeitsplätze wegrationalisieren will.

Der zweite hat heute noch, nach Harrisburg, die Stirn, den Bau eines Atomkraftwerkes zu vergleichen mit dem Bau eines schwäbischen Einfamilienhauses, jetzt droht er uns, in Südbaden als Eroberer einzumarschieren, bloß um zu beweisen, daß er stärker und erfolgreicher ist als sein Kollege und Konkurrent Ernst Albrecht in Niedersachsen.

Soviel zu den Landesvätern.

6. Die Regierung in Stuttgart behauptet, Südbaden sei noch unbelastet von Atomkraftwerken. Sie ist also offenkundig blind. Denn unser Lebensraum hört nicht an den Landesgrenzen auf. Wir leben seit fünf Jahren im Schatten von Fessenheim, Kaiseraugst bedroht uns genauso wie Wyhl. Deutsche, schweizerische und französische Betreiber machen überall in unserer Region nationalistische Propaganda, um dann ein AKW hinter das andere an den Oberrhein zu setzen. Eine Regierung, die unsere regionalen Interessen für dieses nationalistische Wettrennen opfert, ist nicht mehr kompetent für unsere südbadische Heimat.
Wir beharren auf die Forderung, daß der Gefahrenherd in Fessenheim stillgelegt wird. Und wir, also Badener und Elsässer gemeinsam, würden selbstverständlich ein Atomkraftwerk in Marckolsheim verhindern, auch wenn uns dann die Stuttgarter Regierung wieder im Stich läßt wie am 20. September 1974, als wir den Bauplatz für das Bleiwerk besetzen mußten.

7. Sollte die Regierung den Bau des Atomkraftwerks in Wyhl mit Gewalt erzwingen wollen, sollte sie also den Landfrieden am Kaiserstuhl brechen, betrachten wir die einmarschierenden Truppen als Besatzungsarmee.
Wir werden uns dennoch auf keine Schlacht um Wyhl einlassen: von uns ist noch niemals Gewalt ausgegangen. Aber wir werden uns in der gesamten Region mit den Mitteln des gewaltfreien Widerstandes zur Wehr setzen; eine Bevölkerung, die zum Äußersten getrieben wird, verweigert den Gehorsam, hört auf, als Stimmvieh zu funktionieren; wir sind zahlreich genug, um die Grenzübergänge von beiden Seiten zu verstopfen... Wenn Börner und Stoltenberg in Stuttgart Schule machen, wird Südbaden unregierbar, und zwar so lange, bis die Regierung ihre Truppen aus Wyhl abzieht.

8. Noch ist es nicht zu spät. Noch können Politiker auf kommunaler, Landes- und Bundesebene verhindern, daß Wyhl zu einem Prestigeobjekt gewissenloser Machtpolitiker wird.
Aber wir erklären, daß wir kein Recht haben, den Widerstand aufzugeben; wir tragen auch die Verantwortung für unsere Kinder. Und wir wollen uns später einmal nicht auf einen Befehlsnotstand herausreden. Niemand kann uns hier vertreiben, denn hier sind wir zu Hause, und wir haben einen langen Atem.

9. In Wyhl haben wir Geschichte gemacht; in Wyhl fällt die Entscheidung über unsere Zukunft.

Beschlossen von der Delegiertenkonferenz der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen in Forchheim am 2. April 1982



Zehntausende folgten dem Aufruf zur Demonstration gegen den Bau des KKW Wyhl (4. 4.) Bild: Manfred Richter (BZ)

Fortsetzung von voriger Seite

den verhandeln und so versuchen, mit denen irgendwelche Abkommen zu schließen. Die sollen dann als Abkommen mit „der" Bevölkerung, vor allem der ländlichen Bevölkerung, verkauft werden.

Vor dem Urteil gab es nämlich zum ersten Mal in der Geschichte unseres Kampfes so viel Druck von der Basis dieser Verbände, daß die jeweiligen Verbandsspitzen – für ihre Verhältnisse ungeheuer klar – erklärt haben, Wyhl soll nicht gebaut werden, sonst wird es hier noch schlimmer als in Brokdorf.

Die andere Ebene ist die der staatlichen Gewalt. Das kann so aussehen, daß sie zuerst mit kleinen Nadelstichen arbeiten, z.B. wie zufällig ein paar Bauarbeiter anrücken und im Wyhler Wald eine Straße asphaltieren. Da wird dann sofort eine Reaktion kommen. Da brauchst Du keine 100 000, da genügen 30 Leute aus den umliegenden Dörfern, die der Sache ein Ende machen. Und dann wird es sich eskalieren. Und irgendwann kommt Lothar Späth nicht drum herum, den größten Polizeieinsatz zu machen, den es in der Bundesrepublik je gab. Und dann ist das seine Festung, der Wyhler Wald.

blik je gab. Und dann ist das seine Festung, der Wyhler Wald.

AK: Wenn das wirkich so eingeschätzt wird, so ist mir schleierhaft, wieso die BIs den Gedanken an eine präventive Platzbesetzung so weit von sich schieben! Im neuen „Manifest" der BIs ist davon ja auch nicht die Rede.

Walter: Man muß da halt ganz kühl überlegen: Es ist ja gut möglich, daß die Sache erst im Herbst losgeht. Wenn wir jetzt beispielsweise am Sonntag den Platz besetzt hätten, wären wir nach und nach verhungert und verkommen. So eine Platzbesetzung ohne äußeren Druck würde unter den Leuten innerhalb von kurzer Zeit zu Streitigkeiten und Prügeleien führen, das zeigen auch die Erfahrungen. Wenn die Regierung dann noch ein paar Provokateure einschleust, kann sie nachher sogar als Befreier auftreten, um die „Räuberhöhle" auszuheben.

AK: Die Erfahrungen vom Hüttendorf bei der Startbahn West waren aber ziemlich positiv. Das war ein Kristallisationspunkt des Widerstands und die Räumung ein politischer Prestigeverlust für die Landesregierung.

Walter: Aber nimm doch mal die Bohrlochbesetzung von 1oo4 in Gorleben. Die Räumungsparanoia, die es da schon nach vier Wochen gab. Die Leute haben schließlich selber gesagt: ‚Hoffentlich ist bald Schluß'.

AK: Im neuen „Manifest" der BIs wird ja ausdrücklich eine „Schlacht in Wyhler Wald" abgelehnt. Man will die Auseinandersetzung nicht am Bauplatz suchen, sondern stattdessen „die Region unregierbar" machen. Obwohl ich diese dezentrale Orientierung langfristig für richtig halte, finde ich dieses Ausspielen gegen Großaktionen „vor Ort" falsch. Gerade wenn die Polizei anrückt, ist doch ein massenhafter Widerstand am Kaiserstuhl, am Bauplatz unbedingt wichtig. Nur so wird man soviel Publizität, Empörung und Selbstbewußtsein erreichen, um die Power für Blockaden, Go-Ins, Schülerstreiks und vielleicht sogar Arbeitsniederlegungen in großem Stil zu bekommen. Sonst besteht die Gefahr, daß diese Dezentralisierung nicht zu einer Verbreiterung, sondern zu einer Verzettelung des Widerstandes führt.

Walter: Ich glaube, die Empörung hier in der Region ist so groß, daß wir nicht auch noch ein paar Tote vorweisen müssen. Die Steigerung, die dann die Dämme brechen läßt, ist schon erreicht, wenn die Polizei die Region hier besetzt. Das „dezentral" kling so klein. Es wird neben vielen kleinen Dingen aber auch sehr große Aktionen geben. Ich denke speziell an die Grenzschließung. Das wäre also mindestens von Marckolsheim bis Basel, das sind vier Rheinübergänge, die von zwei Seiten dichtgemacht werden sollen. Für jede Grenze brauchst Du 1.000 Autos, dann ist das zu. Und das werden dann auch keine symbolischen Aktionen, sagen wir für zwei Stunden oder einen Tag, sondern daran wird die Forderung nach dem Abzug der Polizei aus Wyhl geknüpft. Das wär auch der Augenblick, wo man möglichst viele Touristen auffordern sollte, sich der Grenze zu nähern, und wenn sie nicht durchkommen, dann halt da zu bleiben. Das hätte dann Ausmaße, wo zum einen ein ziemlicher wirtschaftlicher Druck erzeugt wird, wie bei einem Streik. Zum anderen gäbe das einen internationalen Konflikt, und natürlich auch ein Riesenspektakel.

AK: Ich halte es aber für eine Illusion, in diesem Fall für ein weniger brutales Vorgehen der Polizei als mei-

AK: Ich halte es aber für eine Illusion, in diesem Fall für ein weniger brutales Vorgehen der Polizei als meinetwegen am Blauplatz selber zu rechnen. Ich gebe Dir recht, die Polizei ist zu allem entschlossen, speziell die „Todesschwadron" der SEK. Nur ist das bei einer Grenzblockade nicht anders. Höchstens, daß uns dann noch auf der französischen Seite die Bürgerkriegstruppe CRS im Nacken sitzt, die wir ja aus Malville noch kennen.

Walter: Das möchte ich nicht so ohne weiteres behaupten, das ist noch nicht probiert worden. Stell' Dir die Polizeistrategie vor, wenn an der Breisacher Grenze 1000, 2000 Autos ineinander verkeilt herumstehen, ständig kommen noch mehr dazu. Die Polizeistrategen werden ihre Schwierigkeiten haben. Ich fühle mich auch im Auto – unter 1000 anderen PKWs – ein wenig geschützter, als wenn ich diesen Schlägerbanden nur Körper an Körper, höchstens mit einem Helm gegenüberstehe.

AK: Im „Manifest" wird auch auf die Geschichte der Bewegung hier eingegangen, auf die vielen Opfer, die gebracht wurden, auf die Erfolge, auf das immer stärkere regionale Selbstbewußtsein im „Dreyeckland". Eine Sache ist mir da aufgefallen: Es wird immer wieder die Gewaltfreiheit als Prinzip der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen hochgehalten, obwohl die Wyhler Geschichte doch auch militante Elemente beinhaltet. Ich denke da an die Platzbesetzung 1975, oder an den „heißen Empfang" für Filbinger 1976 in Kiechlingsbergen.

Walter: In der Wirklichkeit, da geht ja sowieso keiner mit dem anderen gewaltfrei um, da lügt man sich voll in die Tasche. Deshalb hasse ich auch diese Debatte um die „Gewaltfrage". Mich interessiert viel eher: Was führt wozu? Wenn wir dies und das machen, welche Folgen hat das? Für die Bewegung hier war es auch noch nie ein Problem, wenn zum richtigen Zeitpunkt einige Atomstrommasten, die den Strom von Fessenheim nach Paris transportieren, plötzlich umgefallen sind. Das fiel selbstverständlich in unser Verteidigungskonzept. Wir beharren nur drauf, unsere Aktionen so zu benennen wie sie auch sind, nämlich gewaltfrei. Damit wollen wir öffentlich überall sichtbar machen, woher die Gewalt kommt: von der Atommafia und der Regierung. Ich bin kein Prophet. Ich weiß nicht, wie das weitergehen wird in Wyhl. Ich weiß aber erstens, daß es ungeheuer viele Leute gibt, die sagen: ‚Nur über meine Leiche.' Zweitens weiß ich, daß wir nicht ins offene Messer rennen wollen. Drittens weiß ich, daß wir keine Schlachten hier verlieren wollen, weil wir hier nicht wegreisen können zum nächsten Schauplatz und unterwegs den anderen erzählen können: ‚Da war aber Power, und wir waren echt gut drauf'. Wir sind hier und wir bleiben hier. Deshalb müssen wir immer überlegen: Was führt wozu?

Ich kann nie sagen, wozu der Gewaltapparat des Staates die Menschen hier provozieren kann. Ich weiß auch nicht, wozu er mich provozieren wird. Aber im Augenblick haben wir noch längst nicht alle Aktionen ausgeschöpft, ohne daß jemand einen Molli oder eine Knarre in der Hand hat.

AK: Die „Gewaltfrage" stellt sich ja erstmal auf einer anderen Ebene. Wir müssen in Wyhl mit dem Einsatz von CS-Giftgas rechnen, eventuell mit Gummigeschossen. Wie schützen wir uns dagegen? Bei der Startbahn West hat man ja die Kompromißformel der „aktiven Gewaltfreiheit" gefunden, die zum einen Gewalt „gegen Dinge" je nach Lage einschloß, und die vor allem die Demonstranten zum Tragen von Helmen etc. aufforderte, was im Polizeijargon ja schon „passive Bewaffnung" ist.

Walter: Die Schlüsselfrage ist: Wie verhält man sich in einem besetzten Land? Und das erste muß für uns immer sein: Wir dürfen uns nie in die Minderheit drängen lassen. Wir haben von Anfang an eine regionale Minderheitspolitik gemacht. Wir wollen auch künftig möglichst viele Aktionen machen, wo möglichst viele Leute mitmachen können. Also wir wollen keine Auseinandersetzung, wo eine kleine Gruppe von ‚Fightern' sich halbwegs ebenbürtig gerüstet auf ein Duell mit der Polizei einläßt. Und wo der Rest entweder ungeheuer eingesackt und vergast wird, oder beim nächsten Mal wegbleibt. Solche Aktionen streben wir keinesfalls an. Andererseits gibt es sicher dies und das, was nächtlich sein wird. Und da brauchst Du keine Gewaltdiskussion zu führen, da muß du halt mal was machen, wenn du den Apparat da und dort fünktionsunfähig machen willst. Und das wird auch auf jeden Faall passieren, dazu muß niemand von auswärts anreisen. Die Leute hier sind Handwerker, sie sind kenntnisreich und verfügen über Material, denen fällt sehr viel ein. Das Spektrum in dieser „Gewaltdiskussion" beginnt bei richtigen „Engeln", die sagen, daß sie keinen Regenwurm und keinen Polizisten treten würden. Auf der anderen Seite hat es jede Menge Leute, gerade in den Dörfern, die sagen: ‚Wenn ich eine 'runtergehauen kriege, geb' ich sofort zwei zurück.' Da gibt's alle möglichen Meinungen.

Die staatliche Propaganda will uns, die wir hier leben und was verteidigen, immer die Fratze des Aggressors aufsetzen: ‚Das sind die Zerstörer, die machen alles kaputt.' Wir legen ungeheuren Wert darauf, daß wir uns kenntlich machen als Menschen, die hier zuhause sind und etwas schützen, und daß die Stuttgarter Besatzungstruppen die Angreifer und Zerstörer sind. Hier dürfen wir keine Fehler machen, sonst kommen wir in die Minderheit.

AK: In den letzten Wochen und Monaten gab es oft Spannungen zwischen den Kaiserstühlern und den Freiburger Autonomen und Linken.

Walter: Da spielt natürlich neben Differenzen in der Sache besonders die unterschiedliche Sozialisation, die unterschiedliche Kultur eine Rolle.

AK: Verschärft wurde das allerdings dadurch, daß man die Freiburg oft den Eindruck bekommen konnte, die Kaiserstühler wollten ihren eigenen Kuchen backen. Für Freiburger ist der Zugang zur beschlußfassenden Delegiertenkonferenz der badisch-elsässischen BIs sehr erschwert. Umgekehrt nehmen vom Kaiserstuhl nur ein paar Leute am „Dreyecklandtreffen" teil, wo sich ansonsten alle BIs von Basel bis Lahr zusammenfinden. Was soll diese Eigenbrötelei?

Walter: Da drückt sich ein ganz großes Problem aus, das der Kontinuität. Bei den Städtern ist es doch oft so, daß wenn in einer Bewegung der große Katzenjammer ausbricht, daß sich dann die Komitees einfach schnell umbenennen. Gestern ging es zu Chile, dann zu Portugal, dann zu AKW, heute sind Frieden, El Salvador, Häuserkampf Trumpf. Immer sind das dieselben Leute. Unsere Bewegung hier hat aber eine ungeheure Kontinuität, die uns sehr viel Kraft gibt. Wenn sich jetzt die Häuserkampf-„Szene" auf Wyhl stürzt, weil es da das Urteil gibt, dann finde ich das zum einen sehr gut. Auf der anderen Seite macht das viele Leute mißtrauisch. Die haben Angst, als „Marktlücke" verramscht zu werden, so wie auch Chile, Portugal usw. verramscht wurden. Nochmal: Ich finde es prima, wenn sich die Stadt-Szene so für Whyl begeistert, weil die auch sehr viel Phantasie, Mut, Erfindungsgeist und Praxis mitbringen. Aber Reibereien ergeben sich dann, wenn die alten erfahrenen Wyhl-Aktivisten sich arrogant behandelt fühlen. Nur weil jemand alle Schlachtfelder der Bundesrepublik in den letzten Jahren bereist hat, kann er noch lange nicht diese Erfahrungen auf unsere Situation übertragen. Wir haben hier unsere eigenen Erfahrungen gemacht, die sind auch gut und wichtig.

Erneute Großdemo in Sanrizuka

Gestern (28.3.82) war in Sanrizuka wieder eine Großkundgebung und Demonstration. Mit dabei waren auch Delegationen aus Larzac und Frankfurt. Das war eine große Attraktion für die „vielen müden Sanrizuka-Kämpfer" (außer natürlich den linken Organisationen wie Chukaku-ka oder der 4. Internationalen, für die es um die „vorderste revolutionäre Kampffront" überhaupt geht). Laut Veranstalter (die Oppositionsliga der Sanrizuka-Shibayama Bauern) waren 14.300 Menschen gekommen, lt. Polizei nur 6.500 – und 9.500 Bullen. Auf jeden Fall kann frau/man wenigstens sagen, Sanrizuka ist längst nicht gestorben, es läßt sich für japanische Verhältnisse immer noch reichlich mobilisieren, was den Staat sicherlich in seinen Hoffnungen bezüglich des weiteren Ausbaus des Flughafens Narita enttäuscht haben dürfte. So steht der Bau einer „dringend notwendigen zweiten Startbahn" an, die Fragen des Treibstofftransportes und der Flughafensicherheit brennen ebenfalls. Zum Auftakt der Demo gab es wieder zwei/drei Sabotageaktionen gegen den Treibstofftransport. Schon zuvor, am 13. März, waren an einigen Stellen der Bahntransportlinie die Signalkabel durchgeschnitten worden, und danach wurde ein ferngesteuertes Schienenfahrzeug mit einem selbstgebastelten Flammenwerfer gegen die Treibstofflager des Flughafengeländes gesteuert, wobei allerdings kein Schaden verursacht wurde.

Auf dem Gelände für die geplante zweite Landebahn, das teilweise noch im Besitz der Bauern ist und besetzt gehalten wird, wurde ein neuer Holzturm errichtet.

Zur Vorgeschichte der erneuten Großdemo gehören auch noch die Schwierigkeiten innerhalb der Oppositionsliga, die von Spaltungsversuchen bzw. Spaltungskampagnen durch Presse und Staat begleitet waren. Es ging darum, daß sich zwei führende Mitglieder der Oppositionsliga auf eigene Faust heimlich mit Regierungsvertretern zu Gesprächen getroffen hatten. Bis zu diesem Zeitpunkt, ja bis heute, war und ist es die Position der Oppositionsliga, sich auf keinen Fall auf Gespräche mit der Regierung einzulassen. Die Beiden, der stellvertretende Vorsitzende Ishibashi und noch ein anderes leitendes Mitglied, Uchida, hatten daraufhin Selbstkritik geübt und wurden ihrer Ämtern in der Oppositionsliga enthoben. Trotzdem zeigten sie sich weiterhin verhandlungsbereit und sehen anscheinend keine Chance in einer „Fundamentalopposition". Die Kundgebung am 28.3. sollte vor diesem Hintergrund die Geschlossenheit und die Kampfkraft der Anti-Flughafen-Bewegung zeigen, was sicherlich gelungen ist.

Ein Genosse aus Tokyo



Hamburg: Hansa-Bande wieder aktiv

‚Mit altem Geist auf neuen Wegen'

In Hamburgs Stadtteilen gärt es. In Jugendzentren, Freizeitheimen und Kneipen prallen rechte und linke Jugendliche aufeinander. Die rechten provozieren, die linken schlagen zurück. Besonders bekannt geworden sind inzwischen die „langen Nächte" am Freitag im Szenen-Kino „Klick", wo eine Gruppe namens „savage army" unter Führung einiger bekannter Typen der versprengten Hansa-Bande/ANS wiederholt Schlägereien provozierte. Eine aus Anlaß dieser Vorgänge zusammengetretene antifaschistische Aktionseinheit konzentrierte sich bisher auf direkte Aktionen (= Schlägereien) im „Klick" und einigen Szene-Kneipen. Es zeigt sich in diesen Vorgängen eine allgemeine Zunahme von Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen, mit der die Nazis gezielt Politik zu machen versuchen. Da hilft nicht mehr allein das schlichte „Nazis raus", da muß die politische Auseinandersetzung mit den Jugendlichen und unter den Jugendlichen aufgenommen werden. Dieser Artikel soll damit beginnen. Wir hoffen, daß er lebhafte Diskussionen unter unsern Leserinnen und Lesern in Gang setzt, insbesondere unter den Jugendlichen bzw. mit Jugendfragen Konfrontierten: Lehrer, Sozialarbeiter u.ä. – und daß das Ergebnis (neben praktischen Aktivitäten, versteht sich?!) auch die Form von Infos, Berichten, vielleicht gar eigenen Artikeln hat, die bei uns eintreffen.

Die härtesten Auseinandersetzungen haben sich bisher im Bereich Hamburg-Mitte zugetragen. Exemplarisch ist die Entwicklung im Haus der Jugend Hamm (HdJ). Seit ca. einem halben Jahr machen rechte Jugendliche unter dem Namen „savage army" die offenen Abende des HdJ unsicher. Sie treten als „Skins" und „Lederfreaks" auf, tragen Wehrmachtsadler, Panzer-Anstecker, Deutschland-Wimpel und diverse Nazi-Buttons als Abzeichen. Nach unterschiedlichen Schätzungen soll es sich um ca. 15 - 20 Jugendliche handeln, die in strengem Mackerkult nach „Führerprinzip" organisiert sind. Bei Schlägereien erscheinen sie meist in Leder oder in grünen Fliegerjacken. Ihre Bewaffnung besteht aus Gaspistolen, Gummiknüppeln, Tschakos (doppeltes Schlagholz), wobei die „Führer" aufgrund ausgedehnter Vorstrafen, die noch zur Bewährung ausstehen, eher mit Fäusten, abgebrochenen Bierflaschen und Stuhlbeinen hantieren. Als Boß der „savage army" gilt **Heiner Graßhoff**, der sich durch besondere Brutalität und durch offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus hervortut. Nazischmierereien auf den Klos, Anmachen und rassistische Sprüche gegen jugendliche Ausländer, Anmachen bis hin zur Androhung von Prügeln gegen die dort tagende BI Hamm gehören seit Auftauchen der „savage army" zur Tagesordnung im HdJ. Einer der dort tätigen Pädagogen wird als „Kommunist" angegriffen, eine jugoslawische Betreuerin wird beleidigt und schikaniert. Ende Januar erschienen Heiner Graßhoff und andere „savage-army"-Leute zweimal zum Disco-Abend. Bei den Stücken „Tanz den Mussolini" und „Flieger, grüß mir die Sonne" kam es zu demonstrativen Nazi-Grüßen. Auch das Horst-Wessel-Lied wurde gegröhlt. Heiner Graßhoff und Torsten Borkan („Wolfgang") bekamen Hausverbot. Bevor sie abzogen, schlugen sie noch drei Leute zusammen.

Die Heimleitung reagierte prompt. Beim Ortsamt Hamburg-Mitte wurde ein generelles Hausverbot für die beiden beantragt; es wurde eine Verfügung des Bezirksamts erwirkt, daß die beiden Lieder in Häusern der Jugend in Hamm nicht mehr gespielt werden dürfen. Außerdem führte die Heimleitung eine Veranstaltung zum Thema Ausländerhetze durch. Die BI initiierte eine „Antifaschistische Aktionseinheit" (über die noch zu reden sein wird) und lud Schülervertreter/innen und Vertreter/innen anderer Jugendheime zu einem Erfahrungsaustausch ein. Ergebnis der Vorgänge ist aber auch, daß inzwischen auf jeder Disco-Veranstaltung des HdJ „Jugendschutz"- Polizisten anwesend sind. Daß dies nicht gerade eine Erweiterung von Selbstbestimmung ist und nicht gerade zur Entschärfung des Klimas im HdJ beiträgt, dürfte auf der Hand liegen.

Die „Savage army" begnügte sich nicht mit Provokationen im HdJ Hamm, sondern weitete ihr Aktionsfeld auf Freizeitstätten, Szene-Kneipen u.a. aus, insbesondere auf das Szene-Kino „Klick" im Karolinenviertel, wo die „savage army" wiederholt auf Leute aus der linken Punk- und Anarcho-Szene einprügelte. (Bis zur massiven polizeilichen „Säuberung" vor zwei Jahren war das Karolinenviertel die Hochburg dieser Szene). Am 4.12.81 wurden 5 Leute der Autonomen-Szene im „Klick" von den Jungnazis schwer verprügelt. Seitdem ist allfreitäglich für jede „lange Nacht" Schlägerei zwischen „savage army" und linken Besuchern des „Klick" angesagt. Dabei tun sich neben den Köpfen der Gruppe (Graßhoff, Borkan, Görgl) auch einige bekannte Gestalten der alten Hansa-Bande (ANS) hervor (siehe Kasten). Mit dabei waren u.a. **Tibor Schwarz** und **Uwe Jürgens** aus Celle mit Mitgliedern seiner Bande. Nach – überprüften – Augenzeugenberichten war auch Michael Kühnen Anfang März dabei. (Kühnen, Boß der Hansa-Bande, sitzt z.Zt. noch eine Haftstrafe ab; er bekam mehrmals Hafturlaub und soll im August entlassen werden). Kühnen soll nach Augenzeugenberichten auch am „Extrabreit" – und „Nichts"-Konzert in der Markthalle mit anderen Nazis und „Skins" teilgenommen haben, außerdem Nazis aus Bergedorf. Es scheint, daß Kühnen den großzügig gewährten Knasturlaub für die Vorbereitung seines Comebacks zu nutzen versteht.

Neben einer Reihe „kleinerer" Provokationen (wie Überfälle auf Büchertische der BI Hamm, Kneipen-Schlägereien uam.) seien hier noch folgende Aktivitäten der „savage army" und ihrer Nazi-Freunde erwähnt:

* Am 16.1.82 machten sie für eine Veranstaltung der rechtsradikalen DVU im CCH den Saalschutz. Ähnliches geschah bei einer kleineren Nazi-Veranstaltung ein paar Tage später in Wandsbek.
* Anfang Februar schlugen Mitglieder der „Savage army" einen U-Bahn-Beamten zusammen, der sich geweigert hatte, weiterzufahren, bevor sie nicht die von ihnen geklebten Nazi-Aufkleber wieder von den U-Bahnscheiben beseitigt hätten.

Antwort: „direkte aktion"

Inzwischen hat sich ein regelrechter Kleinkrieg zwischen den Jungnazis und der linken Szene im Karolinenviertel und im Schanzenviertel entwickelt, in dem es nach Ansicht der Beteiligten um die „Machtfrage" im „Klick" und im Viertel geht. Anfang März mobilisierten Autonome zu einer „Strafaktion" in die neueröffnete Szene-Kneipe „Schlaflose Nächte", wo sich in einem bunten Publikums-Gemisch aus rechten, linken und sonstigen Punks, Anarchos, HSV-Fans usw. auch Mitglieder der „savage army" und andere Jungnazis breitgemacht hatten. Sie wurden von den „Autonomen" aus der Kneipe geprügelt – wobei von den Prügeln unterschiedslos auch andere Anwesende betroffen wurden. Diese Aktion hat böses Blut in der Szene gemacht und hat (nach übereinstimmenden Aussagen) die Solidarität mit den Leuten der „Savage army" und ihren Nazi-Freunden gestärkt. Ähnliches soll sich noch in weiteren Kneipen abgespielt haben. Genaues ließ sich dazu allerdings bisher kaum ermitteln.

Nach dieser politisch wahnwitzigen Aktion gründete sich – auf Initiative der BI Hamm – eine Antifaschistische Aktionseinheit gegen die „Savage army", an der sich einige antifaschistische Gruppen, Autonome, linke Organisationen und eine Reihe Jugendlicher, die sich als „noch frei" bezeichnen, beteiligen. Gegen die entschiedene Warnung eines Teils der AE (u.a. der BI Hamm und des KB) versuchten andere Teile der AE (allen voran die anarchistische FAU), den Jungnazis am „Klick" eine „Lektion zu erteilen". Die Aktion unterschied sich von der Schlägerei in „Schlaflose Nächte" lediglich durch ihre Größenordnung und die Tatsache, **daß sie sowohl der Polizei als auch den Jungnazis vorher bekannt war**. Im übrigen verlief sie ziellos, schlecht vorbereitet und ohne Öffentlichkeitsarbeit. Die ca. 120 Leute, die sich für die nächtliche Aktion am U-Bahnhof Feldstraße (2 Minuten vom „Klick" entfernt) trafen, wurden bereits dort von der Polizei gewaltsam „aufgelöst". Ergebnis: 20 Festgenommene, mehrere Verletzte. Die Polizei nahm außerdem ein oder zwei Rechte im „Klick" in „Schutzhaft". In der „Morgenpost" hieß es am nächsten Tag: *„Vorm ‚Klick' sollten 20 Punks verprügelt werden"*. Im „Hamburger Abendblatt" war von *„Massenschlägerei"*

schlecht vorbereitet und ohne Öffentlichkeitsarbeit. Die ca. 120 Leute, die sich für die nächtliche Aktion am U-Bahnhof Feldstraße (2 Minuten vom „Klick" entfernt) trafen, wurden bereits dort von der Polizei gewaltsam „aufgelöst". Ergebnis: 20 Festgenommene, mehrere Verletzte. Die Polizei nahm außerdem ein oder zwei Rechte im „Klick" in „Schutzhaft". In der „Morgenpost" hieß es am nächsten Tag: *„Vorm ‚Klick' sollten 20 Punks verprügelt werden"*. Im „Hamburger Abendblatt" war von *„Massenschlägerei"*

die Rede, die von der Polizei habe verhindert werden müssen. Der Öffentlichkeit erscheint der Vorgang als inhaltsloser „Bandenkrieg" – nicht anders als „schon immer" die Rokker, als vor zwei Jahren die Punks usw. Eine linke Öffentlichkeit findet bisher fast überhaupt nicht statt – und schon gar nicht seitens der Freunde „direkter Aktionen".

Vorgänge in anderen Bezirken

Mehr gerüchteweise wurde in der AE gegen die „Savage Army" bekannt, daß auch in Rahlstedt, Billstedt, Osdorf und Rissen ähnliche Auseinandersetzungen in Discos, Jugendheimen u.ä. stattfinden, bei denen es auch zu versuchten Selbsthilfe-Aktivitäten von Jugendlichen gekommen sein soll. Auch dort sollen neben diffus rechten Schlägerbanden einschlägig bekannten Nazis gesichtet worden sein. Genaueres ist u n s bisher nicht bekannt. (**Zuverlässige Informationen über diese Vorgänge zu bekommen, ist generell ein großes Problem**). Bekannt ist allerdings, daß seit längerem in Blankenese und Umgebung eine „**Wehrsportgruppe**" (WSG) unter Führung von **Eckehard Dems** ihr Unwesen treibt. In den Kiesgruben von Rissen und auf einem Grundstück in der Heide werden Übungen abgehalten. Den Blankenesern bekannt sind die „Passkontrollen" gegen Antifaschisten am Bahnhof sowie Provokationen und Schlägereien am Osterfeuer 1981. Am meisten Aufsehen erregte diese Nazi-Bande, als Anfang '81 einige ihrer Mitglieder bei „Wehrsport"Übungen auf Bundeswehrgelände festgenommen wurde. Wahlweise tritt die „WSG" auch unter anderen Namen auf, u.a. ist sie möglicherweise (teilweise) identisch mit der „Kampfgruppe Nordland" aus Osdorf, die u.a. durch ausländerfeindliche Briefwurfsendungen in Erscheinung trat.

Eckehard Dems, bis zur Geschichte auf dem Bundeswehrgelände bei Springer beschäftigt (Anzeigenleiter beim „Koralle"-Verlag), behauptet, „positive Jugendarbeit" leisten zu wollen. In dem Prozess, der jetzt gegen die damals Festgenommenen geführt wird, steht Dems mit 8 jungen Leuten vor Gericht, von denen der Älteste heute 22, der jüngste 17 Jahre alt ist. Es handelt sich um:

Carsten Vogler, Hilfsarbeiter, wohnt zuhause, ca. 17;
Andreas Beßler, Lehrling, wohnt zuhause, ca. 19;
Arne Will, Schüler, wohnt zuhause, unter 20;
Michael Backendorf, ohne Ausbildung, arbeitslos, ca. 20;
Thomas Wulff, Lehrling, wohnt zuhause, unter 20;
Thorsten Köhler, arbeitslos, wohnt zuhause, ca. 20;
Thorsten Lange, Lehrling, wohnt zuhause, ca. 20;
Detlev Brüel, Soldat, wohnt zuhause, ca. 23.

Das ist eine ähnliche Alters- und Sozialstruktur, wie sie in der „Savage Army" und ihrem Umfeld anzutreffen ist. (Dems selbst ist schon 44).

Aus B e r g e d o r f sind uns aktuell keine vergleichbaren Auseinandersetzungen bekannt. Entsprechende Kräfte sind allerdings auch dort vorhanden:

Ende November 1981 wurde der Lehrer Thomas L. im Dokumentenhaus Neuengamme (ehem. KZ) von drei Nazis bedroht, als er Fotos von Ausstellungsstücken machte. Von den Nazis fielen Sprüche wie: „Wir mußten die Juden vergasen, uns blieb nichts anderes übrig" und „Guck dir den tollen Pflock im Kopf an". Festgenommen wurden die Brüder Udo (20) und Heiko Budig (16), sowie der 30-jährige **Ulf Kretschmann**, die in Bergedorf im selben Haus wohnen.

Kretschmann ist Inhaber einer Autoreparaturwerkstätte und eines Motorradclubs, wo er mit Jugendlichen agieren kann. Angeblich soll Kretschmann diverse Waffen besitzen.

Aus H a r b u r g gibt es ein Flugblatt des „Antifaschistischen Arbeitskreises" in dem u.a. berichtet wird:
- von mehreren Fällen offenen Terrors gegen linke WGs, einschließlich direkter Morddrohungen;
- Anfang Januar schlugen 5 Nazis einen Türken in der Szene-Kneipe „Antagon" krankenhausreif, nachdem sie vorher fast ungestört Sprüche wie „Heil Hitler" und „Ausländer raus" gebrüllt hatten.

Bekannt ist ein Nazi-Treffpunkt in Neu-Wulmstorf (bei Harburg), von dem schon in der Vergangenheit diverse Aktivitäten ausgegangen sind.

Auch anderswo Ärger mit Jung-Nazis

Aus anderen Städten der BRD werden ähnliche Vorgänge berichtet. Greifen wir nur die aktuellsten heraus:

In U l m wurden kürzlich sieben jugendliche Nazi-Schläger festgenommen, die seit Monaten an Überfällen auf Jugendzentren beteiligt waren. Bei einem Überfall auf ein Jugendzentrum in Laichingen (ausgehend von der NPD-Jugendorganisation JN) wurden 15 Jugendliche zusammengeknüppelt, Parolen wie „Ausländer raus" wurden an die Wände geschmiert. Später wurde ein Jugendzentrum in Blaustein überfallen. Die Polizei reagierte nicht; Begründung: *„Für uns ist der politische Hintergrund sekundär"* („UZ", 17.3.82).

Aus N ü r n b e r g berichtete die „taz" (2.4.82), um das Jugendzentrum KOMM sei *„eine Art ‚Bandenkrieg' ausgebrochen"*.

„Ein paar Schlaglichter aus dem Alltag des Kommunikationszentrums verdeutlichen die Probleme, die vor allem im Bereich des ‚offenen Tür'-Betriebes auftreten.

Einige Skinheads, die sich sonst im KOMM aufhalten, unterstützten bei einer Kundgebung die Jungen Nationaldemokraten. Sie denunzieren linke Gegendemonstranten bei der Polizei, ‚Rotfront Verrecke'-Rufe ertönen. Bei der Festnahme von 18 Personen (zum Großteil Proleten – ‚Prolos' – aus den Hausbesetzerkreisen des Olaf-Ritzmann-Kollektivs) klatschen sie.

Die Prolos reagieren entsprechend: sie veranstalten eine Hetzjagd nach Skins durch das ganze KOMM. Die Vollversammlung, die dann schließlich ein Hausverbot gegen einige Skins ausspricht, muß abgebrochen werden, da Club-Fans (0:3 gegen Bayern München) zum Sturm auf das KOMM aufrufen. Das KOMM wird geräumt, Polizei postiert vor dem Haus.

Eine Woche vorher wird auf einer Vollversammlung mit mehr als 500





Haftbild von Michael Kühnen im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt

„Politische Vorbilder — das ist selbstverständlich, das habe ich immer betont, daß Adolf Hitler ein politisches Vorbild ist und bleibt. Und daß er das große Genie dieses Jahrhunderts für Deutschland gewesen ist, daß wir, was an seinen Gedanken zeitlos und bleibend ist, weiter fortsetzen wollen".

(Michael Kühnen, Interview im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt", 14.2.82)

fortsetzen wollen".

(Michael Kühnen, Interview im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt", 14.2.82)

„Und ich setze zum zweiten darauf, daß ein sozusagen von unten herauf eine Kulturrevolution gegen den Amerikanismus durchgeführt werden kann und wird. Es gibt endlos viele Menschen in diesem Land, die sich darüber aufregen, wenn weiße Mädchen mit Negern aus einer Disko kommen. Es gibt endlos viele Menschen, die sich

„Und ich setze zum zweiten darauf, daß ein sozusagen von unten herauf eine Kulturrevolution gegen den Amerikanismus durchgeführt werden kann und wird. Es gibt endlos viele Menschen in diesem Land, die sich darüber aufregen, wenn weiße Mädchen mit Negern aus einer Disko kommen. Es gibt endlos viele Menschen, die sich darüber aufregen, daß sich die Gettos in den Innenstädten bilden. Es gibt Leute, die sich darüber aufregen, was an den Theatern passiert, was in den Kinos gespielt wird. Man kann so eine Art Kulturrevolution durchführen, so etwa in der Zielrichtung wie die chinesische Kulturrevolution. Das heißt, durch direkte Aktionen von Massen gegen bestimmte Vorkommnisse, Ereignisse, Einstellungen ...".

(Michael Kühnen, Interview im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt", 14.2.82)

Leuten ein Hausverbot gegen zwei Mitglieder der Rockergruppe ‚Wolfsrudel' wegen Schlägereien verhängt. Die Rockergruppe verließ das Haus geschlossen, jedoch nicht ohne die Drohung auszustoßen: ‚Vor uns habt ihr noch lange keine Ruhe!'

Ins Haus strömen viele Randgruppen, die sonst nirgends unterkommen. Damit ist das KOMM und vor allem die Mitarbeiter überfordert. Ein katholisches Jugendzentrum, in dem sich viele Ausländer treffen, macht den offenen Bereich zu. Ein Heim, in dem sich vorwiegend Punks aufhalten, schließt. Die Stadt Nürnberg pocht in den U-Bahnhöfen auf ihr Hausrecht. Das Ergebnis ist, Penner, Skinheads, Punks und andere Nofuture-Typen sich in den Gängen des KOMM aufhalten, meist nicht ansprechbar sind und weder mit sich noch mit anderen etwas anzufangen wissen. Anmache und provozierte Schlägereien sind an der Tagesordnung. ‚Wir stehen mit dem Rücken zur Wand', lautet der Kommentar der Selbstverwaltungsse-

Unterstützung" für das Projekt kam!).

Die Studie läßt erkennen, daß auch in Westberlin der Neo-Nazismus *„zunehmend Anziehungskraft auf Jugendliche ausübt"*.

Pro-nazistisches Protest-Verhalten komme *„an fast allen Berliner Schulen der Sekundarstufe I und II ständig vor. Dabei handelt es sich vor allem um Schmierereien und ‚Sprüche' "*. Es gebe keine *„eindeutige sozial-räumliche Verteilung"* solcher Vorfälle, genausowenig wie eine *„auffällige Häufung an bestimmten Schultypen"*. *„Rechtsextremistisches Provokationsverhalten"* gebe es vor allem in den Klassen 8 - 10, also im Alter zwischen 14 und 17.

Darüberhinaus gibt die Studie interessante Anregungen, die auch über die spezifische Situation in Westberlin hinaus interessant sein dürften. Unter „grundsätzlichen" Ergebnissen ist da notiert:

Erstens: Gesamtzusammenhang beachten!

Der Nazi-Renaissance unter Ju-

nach identifikationsfähigen politischen Ideologien und Lagern sich noch verschärfen");

– *„Entfremdung der Jugendlichen gegenüber der westdeutschen Gesellschaft"*, da sie ihnen weder Perspektiven noch Chancen bieten könne;

– *„Antidemokratische und rechtsextremistische Elemente in der ‚politischen Kultur' der Bundesrepublik"* wie *„allgemeiner Rechtstrend"*, *konservative Krisenstrategien"*, *„Abbau von Sozialstaatlichkeit"*, *finanzielle Beschneidung von Ausstattungen und Leistungen im Ausbildungs- und Jugendfreizeitbereich"*, *„antisemitische und ausländerfeindliche Einstellungen"*;

– *„Mangelndes antifaschistisches Bewußtsein und Diskreditierung des Antifaschismus: durch die zur ‚Staatsdoktrin' gewordene Totalitarismustheorie, die von einer prinzipiellen Gleichheit von Faschismus und Kommunismus ausgeht, hat der Antifaschismus kaum eine Chance, als eigenständiger politischer Wert und als Erziehungsnorm anerkannt zu werden"*.

– *„Rehabilitierung und Enttabuisierung des Nationalsozialismus"* – bis hin zur etablierten Geschichtsschreibung bei Diwald, Irvin u.a., neuerdings auch die *„um sich greifende These vom ‚Hitler in uns' (z.B. Fest, Syberberg)"*, die die Auseinandersetzung mit dem Faschismus erschwere;

– die Radikalisierung des Rechtsextremismus selbst.

Interessanterweise fügen die Autoren in diesem Zusammenhang hinzu, daß Familienkonflikte für den gegenwärtigen rechtslastigen Jugendprotest von untergeordneter Bedeutung seien: *„Im Gegensatz z.B. zur Herausbildung des linken Protestpotentials in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre scheint der Generationskonflikt bei rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen keine zentrale Rolle zu spielen. Unsere Befragungen wie auch unsere Untersuchungen zeigen, daß für diese Jugendlichen eine mehr oder weniger positive Einstellung zur Familie, zum Elternhaus typisch ist"* – trotz autoritärer häuslicher Verhältnisse: *„Auf die Familie lassen sie nichts kommen"*.

„Das Hauptgewicht der NS-Bewegung wird in den nächsten Jahren — unabhängig von der Frage des NS-Verbots, die immer nebenher weiterlaufen wird — hauptsächlich die Ausländerfrage sein. Das heißt: Die Überfremdungsdiskussion... Ich sehe zugleich, daß andere Gruppen der sogenannten Neuen Rechten/Sozialrevolutionäre sich dieser Frage „Umwelt" annehmen und auch einigen Einfluß innerhalb der grünen Bewegung schon bekommen haben. Ich hoffe langfristig darauf, daß es gelingen wird, die Frage Umweltzerstörung und Überfremdung in eine einheitliche systemgegnerische Organisation zu bringen... Das ist meine einzige Sicht, wie wir 'ne Massenbasis bekommen können".

(Michael Kühnen, Interview im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt", 14.2.82)

kretäre. Im Haus herrscht eine Atmosphäre, in der man sich nicht mehr wohl und sicher fühlen kann. Viele Linke ziehen sich angewidert und enttäuscht zurück ...".

Anregungen aus Westberlin

Anregungen aus Westberlin

Eine bemerkenswerte Studie zum Problem liegt aus Westberlin vor, die sich angenehm von dem nichtssagenden Geschwätz der offiziellen Berichte, „Enqueten" u.ä. von Bundes- und Landesministerien zur „Jugendfrage" unterscheidet. Unter dem Titel **„Ursachen und Ausmaß der NS-Renaissance unter Jugendlichen in Berlin (West) und bildungspolitische Maßnahmen zu ihrer Bewältigung"** hat eine Arbeitsgruppe der GEW Umfrage-Ergebnisse unter Jugendlichen, Sozialarbeitern u.a. vorgelegt. (Nur in Klammern sei hier angemerkt, daß die Autoren es für wichtig genug halten, mehrere Male zu betonen, daß vom Senator für Schulwesen die Ergebnisse einer von seiner Behörde durchgeführten Umfrage nicht zur Verfügung gestellt wurden, daß auch seitens sonstiger in Frage kommenden Behörden und Institutionen „keine bzw. wenig

gendlichen sei mit *„eindimensionalen Forschungsansätzen"* nicht beizukommen; man könne sie weder (wie häufig üblich) nur psychologisch, noch nur entlang von „Sozialisationsverläufen", noch nur „historisch gesamtgesellschaftlich" bedingt erklä-

verläufen", noch nur „historisch gesamtgesellschaftlich" bedingt erklä-

ren, sondern es müsse ein „Gesamtzusammenhang" dieser Faktoren hergestellt werden. Daraus könne dann eine „Gesamt-Gegenstrategie" entwikkelt werden, die alle Faktoren berücksichtige, statt nur an Einzelerscheinungen herumzudoktern.

Als Elemente des „Gesamtzusammenhangs" nennen sie die *„ökonomische und politische Krise des Kapitalismus"*, aber darüberhinaus *„auch gesellschaftliche Bedingungen, die die Ausbreitung rechtsextremistischen bzw. neonazistischen Denkens und Handelns fördern, indem sie das dafür notwendige Klima schaffen"*. Im Einzelnen geben sie an:

– Jugendarbeitslosigkeit (7% in Westberlin);

– *„Sinnkrise der spätkapitalistischen Gesellschaft"* (*„Unter dem Eindruck akuter Jugendarbeitslosigkeit und ihrer ... psychischen Folgen wird die Suche nach sozialen Identitäten,*

Zweitens: Differenzieren!

Bei rechtsextremistischen bzw. neofaschistischen Tendenzen unter Jugendlichen sei *„zwischen individuellem bzw. unorganisiertem und politisch nicht zielgerichtetem Protest- bzw. Provokationsverhalten einerseits und zwischen*

unorganisiertem und politisch nicht zielgerichtetem Protest- bzw. Provokationsverhalten einerseits und zwischen

zielgerichtetem und auf politisch-programmatischer Identifikation mit Organisationen, Gruppen oder Strömungen des Rechtsextremismus beruhendem Verhalten andererseits zu unterscheiden". „Protestverhalten" münde nicht zwangsläufig in politisch aktivem Rechtsextremismus, wenn es auch das Feld bilde, auf dem dieser fruchtbar werden könne.

Zum Ausmaß, zum Charakter und zur Behandlung des „Protestverhaltens" gibt die Studie wichtige Hinweise, die diskutierenswert sind:

Zum Ausmaß rechtslastiger Protesthaltungen:

„Auch uns ist es nicht gelungen, exakte Angaben über das Ausmaß von Pro-

Fortsetzung nächste Seite



ANS-Aktion in Hamburg 1978, ANS-Führer Kühnen (3. v. r.) (Parolen. „Ich Esel glaube immer noch, daß in deutschen KZs Juden vergast wurden".)

Rückblende:
Wer war die Hansa-Bande?

Die Hansa-Bande, so benannt nach ihrem Tarnnamen „Freizeitverein Hansa", trat seit Anfang 1978 mit provokativen und militanten Pro-Nazi-Aktionen in Erscheinung, vorwiegend in Hamburg. Es handelte sich um eine Gruppe von 15 - 20 Jungnazis, alle hervorgegangen aus der NPD-Jugendorganisation JN oder aus der „Wiking-Jugend". Die NPD war ihnen zu lahm. In Anlehnung und in organisatorischer Verbindung mit den kriminellen Nazi-Provokateuren **Manfred Röder, Erwin Schönborn, Thies Christophersen, Karl-Heinz Hoffmann, Friedhelm Busse** u.a. verfolgten sie eine bewußte Provokations-Strategie zur „Enttabuisierung" des Nationalsozialismus, Antisemitismus und Rassismus.

Dem diente ihr straff nach „Führerprinzip" organisiertes, uniformiertes Auftreten ebenso wie die Herausgabe eines eigenen Blättchens „NS-Kampfruf",

uniformiertes Auftreten ebenso wie die Herausgabe eines eigenen Blättchens „NS-Kampfruf",

das die „Aufhebung des NS-Verbots" forderte, sich über die „Vergasungslüge" mokierte und den Aufbau einer „neuen NSDAP nach Hitlers Vorbild" propagierte.

Die Hansa-Bande trat wahlweise unter verschiedenen Firmierungen wie „NSDAP", „SA-Sturm", „Bund Hamburger Mädels", „Sozial-nationalistische Jugend" auf. Ihr größter Coup war die Anmeldung ihres Vereins als „Aktion Nationaler Sozialisten" (ANS) zur Hamburger Bürgerschaftswahl 1978. Mit Punks, Chaoten, Schwulen und was da alles aufzählbar wäre, wollten die Hansa-Nazis nichts zu tun haben.

Die bekanntesten damaligen Aktivisten waren: **Manfred Börm, Michael Buchmann, Christian Grabsch, Michael David, Ulrich Hühn, Michael Kühnen, Klaus Dieter Puls, Friedhelm Pützmann, Lothar Schulte, Tibor Schwarz, Frank Stubbemann, Peter Teuffert, Lothar Wrobel, Lutz Wegener, Mathias Weber, Christian Worch.** (Später wurden noch weitere Namen im Zusammenhang mit Nazi-Aktionen in Hamburg bekannt, die dem Einflußbereich der Hansa-Bande zugerechnet werden können, aber nicht zu ihrem „harten Kern" gehörten).

Michael Kühnen, sein „Nachfolger" Christian Worch und sein „Adjutant" Lutz Wegener sind zur Zeit noch inhaftiert, nachdem die Hansa-Bande in Verbindung mit anderen Nazi-Terroristen zu bewaffneten Überfällen, Bankraub, Waffenraub, Vorbereitung von Sprengstoff-Anschlägen etc. übergegangen war. Kühnen soll im August aus der Haft entlassen werden. Sein Comeback hat er bestens vorbereitet: Er hat aus

gust aus der Haft entlassen werden. Sein Comeback hat er bestens vorbereitet: Er hat aus

dem Knast eine gigantische Korrespondenz geführt (ca. 1000 Briefe) und bekam kürzlich sogar im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" Gelegenheit, auf vollen zwei Seiten seine Nazi-Ideologie darzustellen. Als Hansa-Nazis ein schwules Bandenmitglied ermordeten, stellte sich hinterher heraus, daß die Mörder kurz vorher bei Kühnen im Knast gewesen waren und sich auf dessen Weisung beriefen. Kühnen will nach seiner Haftentlassung eine neue nazistische Organisation, diesmal gleich in erheblich größerem Umfang, aufbauen. Seinen Hafturlaub nutzte Kühnen, um in den letzten Monaten an Schlägereien der rechten Jugendbande „Savage Army" teilzunehmen.

Wer sind die Akteure?

Die „savage army" (die sich übrigens unter diesem Namen inzwischen aufgelöst hat) ist offenbar – trotz Aufbau nach „Führerprinzip" – keine straff organisierte Polit-Truppe, wie es die ANS/Hansa-Bande war. Nur von einigen der Truppe ist bekannt, daß sie sich offen zum Nationalsozialismus bekennen, die übrigen zeichnet mehr eine diffuse Provokations- und Schlägermentalität, vermischt mit Nazi-Sprüchen aus. Die Mitglieder stammen vorwiegend aus proletarisch-kleinbürgerlichem Milieu, sind Hauptschüler, viele Arbeitslose. Zu den Stammitgliedern der „Army" sind noch ca. 20 Mann von den „Löwen" hinzugestoßen, einem offenbar rechtslastigen HSV-Fan-Club. Die Verbindung soll personell durch **Michael David** („Davie"), früher Hansa-Bande, hergestellt worden sein, der sich lange in der Punk-Szene herumtrieb, bis er jetzt den Weg zu den „Löwen" gefunden hat. Die versprengten Hansa-Aktivisten haben es offensichtlich verstanden, Anschluß an die „Army" zu finden, so daß diese sich z.T. für ihre Zwecke funktionalisieren läßt und wohl auch ein Rekrutierungsfeld abgibt. Anders als die „Army"-Mitglieder aber treten die erklärten Nazis aus dem Hansa-Banden-Umkreis nicht wild kostümiert und mit Buttons behängt auf, sondern in der Regel ganz schlicht in schwarz und als „Skins", zumindest aber kurzgeschoren.

Das Vorgehen der Hansa-Nazis entspricht Direktiven, die **Michael Kuhnen** kurzlich in einem zwei Seiten umfassenden Interview im „Allgemeinen Deutschen Sonntagsblatt" aus seiner Zelle verkünden konnte: die Phase der offenen Provokationen im alten Stil der Hansa-Bande sei im wesentlichen gelaufen. Heute gehe es nicht mehr darum, zu zeigen, „daß es uns gibt", sondern es komme darauf an, Masseneinfluß zu gewinnen. Er wolle nach seiner Haftentlassung die Hansa-Bande (ANS) als Massenorganisation wiederaufbauen, „mit altem Geist auf neuen Wegen". Dabei werde man besonders an der „Ausländerfrage" und an der Jugendarbeitslosigkeit anknüpfen.

Die von Innensenator Pawelczyk vor wenigen Tagen zugegebene Tatsache, daß dem Vorstand der in Hamburg zur Wahl angetretenen „Liste Ausländerstop" neben der NPD auch ANS-Mitglieder angehören, zeigt, daß solche Absichten ernst genommen werden müssen.

Im einzelnen ist bisher folgendes über die Leute bekannt, die im Zusammenhang mit Aktivitäten der „savage army" aufgefallen sind:

Heiner Graßhof (Dulsberg Nord, Nordschleswigerstr. 28 I e) gilt mit Torsten Borkan („Wolfgang") als „Führer" der Gruppe, hat sechs Jahre Taek-wan-do gemacht, verknackt auf Bewährung wegen Einbrüchen und gemeinschaftlicher Körperverletzung (alles unpolitische Sachen). Er bekennt sich offen zum Nationalsozialismus, soll guten Kontakt zu Tibor Schwarz und Michael David von der Hansa-Bande haben.

Torsten Borkan, genannt „Wolfgang", „rechte Hand" von Heiner Grashoff, hat gesessen wegen diverser Randale, z.B. weil er dem Wirt des „Gewinde" (linke Kneipe im Karolinenviertel) eine Gaspistole in den Mund steckte.

Carsten Görgl (Hammer Steindamm 147, 16 Jahre). Relativ neu im „harten Kern" der Gruppe; er klebte an U- und S-Bahnen Aufkleber "NSDAP-Verbot aufheben", „Rotfront verrecke", schlug mit anderen einen HVV-Angestellten zusammen, Wortführer im HdJ-Hamm für die „Savage army".

Hans Joachim Kleinhaus, macht seit 3 - 4 Jahren Taek-wan-do, soll auch zum „harten Kern" der Bande gehören.

Dieter ?, trägt meist SS-Totenkopf- und Hakenkreuzabzeichen, hat mit seiner Freundin im Museum für Kunst und Gewerbe randaliert, als dort eine Auschwitz-Ausstellung lief.

Michel David, früher Hansa-Bande, hat die Vorarbeit für die „Savage army" in der Punk-Szene geleistet; er gehört jetzt zu den „Löwen" (HSV-Fan-Club). Bei vielen Schlägereien sehr aktiv.

Tibor Schwarz, (Hansa-Bande), hat guten Kontakt zu Heiner Graßhoff; hat am 4.12. mit „savage army" Antifaschisten im „Klick" zusammengeschlagen, am 16.1.82 mit „savage army" zusammen DVU-Veranstaltung geschützt, am 12.3. wieder mit „savage army" im „Klick" provoziert und geprügelt.

Michael Kühnen (Chef der Hansa Bande) hat am 13.3.82 im „Klick" mitgeprügelt.

Adrian ? (wohnt in der Gegend von Mundsburg), soll Mitglied der DVU des Dr. Frey sein, bei „Klick"-Provokationen in Erscheinung getreten.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

testverhalten zu ermitteln. Juristische und politische Restriktionen und die mangelnde Kooperationsbereitschaft angesprochener Personen und Institutionen bildeten ein unüberwindliches Hindernis. In der Regel wird Provokationsverhalten vertuscht, verharmlost oder ignoriert. Die verantwortlichen Schulleiter, Heimleiter etc. fürchten die Kritik der Öffentlichkeit, den Vorwurf des persönlichen Versagens oder glauben einfach, daß man ein paar Hakenkreuze nicht zu einer NS-Renaissance hochstilisieren darf. Aber auch Lehrer haben häufig kein Interesse daran, rechtsextremistische Aktionen ihrer Schüler in aller Öffentlichkeit zu diskutieren. Für ein derartiges Verhalten gibt es auch gute Gründe: Soweit es sich um pronazistisches Protestverhalten handelt, läßt sich eine Verhaltensänderung durch Einsicht sehr wohl erreichen. Die Chancen sinken jedoch in dem Maße, wie aus einem pädagogischen Problem ein öffentlicher Skandal gemacht wird. Andererseits bleiben Vorfälle, die in der Tat höchste öffentliche Aufmerksamkeit erregen sollten, im Verborgenen. Angesichts der vielfältigen legitimen und illegitimen Gründe, pronazistische Vorfälle an der Schule zu verschweigen, können wir davon ausgehen, daß die bekannt gewordenen Fälle nur die S p i t z e e i n e s E i s b e r g s darstellen. Unzählige Gespräche mit Lehrern und Sozialarbeitern rechtfertigen die These, daß das Ausmaß von Protestverhalten das von zielgerichtetem politischen Verhalten u m e i n V i e l f a c h e s übersteigt." (Hervorhebungen von den Autoren der Studie).

Zum Charakter

„*In den von uns analysierten Fällen stießen wir immer wieder auf ein Nebeneinander von Anpassung und Verweigerung, von Leistungsorientierung und Gleichgültigkeit, von politischer Apathie und politischem Protest. ... Bei den meisten (Protest-)Jugendlichen dürfte kein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild zugrundeliegen, sondern ein Nebeneinander von rechtsextremistischen und autoritär-konservativen Einstellungen, von Apathie und Anomie und schließlich von diffusem Unbehagen und konkreter, wirtschaftlicher oder politischer Unzufriedenheit*". Unter „Anomie" verstehen die Autoren in Anlehnung an die Ergebnisse der bekannten SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen in der BRD-Bevölkerung die „*unspezifischen Gefühle des Bedrohtseins, der Verlorenheit, der Orientierungs- und*

in der BRD-Bevölkerung die „*unspezifischen Gefühle des Bedrohtseins, der Verlorenheit, der Orientierungs- und*

Machtlosigkeit", wie sie bei gut einem Drittel aller im Rahmen der Studie Befragten sichtbar wurden. „*Es wurde ein Kulturpessimismus deutlich*", heißt es in der SINUS-Studie weiter, „*der antipluralistische, zum Teil antidemokratische Züge trägt*". Offenbar handelt es sich hier nicht nur um ein jugendspezifisches, sondern um ein allgemeines Krisenphänomen, das von der „eidgenössischen Kommission für Jugendfragen" (Schweiz) in den Satz gebracht wurde: „*Die Angst der Jugend ist auch unsere Angst*". Unter den Jugendlichen erscheint diese Angst als die bekannte „no future"-Mentalität der gesellschaftsverdrossenen Aussteiger, deren Protest zunächst spontan, ziellos und „gegen alles" ist, was irgendwie „etabliert" scheint.

„Gegenstrategien"

Aus ihren Beobachtungen ziehen die Westberliner beachtenswerte Schlußfolgerungen für „Gegenstrategien". Soweit sich diese auf das Eingreifen in den gesamtgesellschaftlichen Prozeß und damit verbunden gewisse Reformhoffnungen beziehen, sollen sie hier nicht in ihrem Realitätsgehalt bewertet werden. Das bleibt einer weiteren Auseinandersetzung überlassen. Ein paar Kerngedanken erscheinen uns aber — bei aller Kürze — erwähnenswert. So heißt es in der Studie zum einen:

„*Eine Jugendarbeit, die sich vor Ort tagtäglich Finanz- und Personalengpässen, Raumnot, bürokratischer Schwerfälligkeit und politischer Disziplinierung konfrontiert sieht, ist kaum in der Lage, mit dem Problem rechtsextremer Jugendlicher adäquat umzugehen. Demzufolge ist erster Schritt und Voraussetzung antifaschistischer Aktivität im jugendpolitischen Bereich, sich gegen eine Entwicklung zu wehren, die bestehende Defizite ausweitet, statt sie zu beheben, und damit die Chancen wirksamer antifaschistischer Pädagogik in diesem Bereich auf ein Minimum reduziert*".

Diskussionswert erscheint auch die folgende Mahnung: „*Für den Fall direkter massiver Konfrontation mit rechtsextremem Provokationsverhalten muß den Jugendlichen Gelegenheit gegeben werden, erst einmal 'Dampf abzulassen'. Eine vernünftige Auseinandersetzung ist in dieser Phase meist (noch) nicht möglich, und emotionale Empörung, so berechtigt und verständlich sie erscheint, zementiert in diesem Moment nur die Konfrontationsstellung. Der Erzieher ist in diesem Fall nicht nur anderer Meinung, sondern er bleibt für den Jugendlichen letztlich immer auch Sachwalter einer staatlichen Institution, Kontroll- und (eingeschränkt) Sanktionsorgan der Gesellschaft, die letztlich an seiner Misere schuld ist. Sofortiger Gebrauch intellektuell-verbaler Überlegenheit, von Informationsvorsprung oder gar rechtliche Maßnahmen (Hausrecht) blockieren die Thematisierung von Verhaltensweisen und Ursachen rechtsextremer Provokationen und verunmöglichen jeden weiteren Zugang. Sie bewirken das Gegenteil dessen, was erreicht werden soll und erleichtern rechtsextremer Agitation die Arbeit. Stattdessen sollte versucht werden, auf die Jugendlichen einzugehen, Distanz abzubauen und in Gesprächen erst einmal individuelle Ursachenkomplexe auszuloten*".

Wir meinen, daß die von den Westberlinern herausgearbeitete Differenzierung zwischen rechtslastigem „Protestverhalten" und zielgerichtetem rechten politischen Verhalten beachtet werden muß. Jede vorschnelle Identifizierung des rechtslastigen Protestes, selbst wo er in brutalen Schlägereien auftritt, mit zielgerichtetem Nazismus, kann zu einer Stärkung der Nazis in den betreffenden Zusammenhängen führen. Das gilt natürlich umso mehr, wenn — wie z.B. bei dem Überfall auf die „Schlaflosen Nächte" unter dem gutgemeinten Schlachtruf „Kampf den Nazis" eine blinde Schlägerei mit den gerade Anwesenden veranstaltet wird.

Einer antifaschistischen Strategie gutgemeinten Schlachtruf „Kampf den Nazis" eine blinde Schlägerei mit den gerade Anwesenden veranstaltet wird.

Einer antifaschistischen Strategie muß es darauf ankommen, die Auseinandersetzung mit der Masse der „Protest"-Jugendlichen zu suchen, zwischen ihnen und den Nazis b e w u ß t und gezielt zu differenzieren, vor ihnen die Funktionalisierungsabsichten der Nazis zu entlarven und über diesen Weg die Nazis so weit es geht zu isolieren.

Für eine Aktionseinheit wie die gegen die „savage army" z.B. bedeutet das, wegzukommen von der Einengung der Aktivitäten auf Kraftproben im „Klick". Sie muß sich stattdessen darauf konzentrieren, die politische Auseinandersetzung in Schulen, Jugendzentren und anderen Freizeitstätten zu führen. Eine fundierte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit muß dafür die Voraussetzungen schaffen. Darüber hinaus muß eindeutig identifizierbaren Nazis durch öffentlichkeitswirksame antifaschistische Aktionen (von Steckbriefen über Anzeigen, Verbotsanträge, gezielte Antifa-Aktionen u.ä.) der Boden entzogen, mindestens ihr Aktionsspielraum eingeengt werden. Wenn „direkte Aktionen" einen Sinn haben sollen, dann nur im Rahmen einer entfalteten politischen Kampagne.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Anmerkung: Nach neuesten Informationen des Ermittlungsausschusses sind es bei der „Klick-Aktion" 4 festgenommene Linke und 16 in „Schutz"-Haft genommene Rechte gewesen. Dies war bei Fertigstellung des Artikels noch nicht bekannt.

Auch SPIEGEL-Lügen haben kurze Beine

„Rechte und linke Extremisten leisten sich gegenseitig Beistand, bei Parolenschmierereien wie bei Keilereien", vermeldete ein Artikel im „Spiegel" vom 14.12. 81. Konkret ging es um angebliche enge Zusammenarbeit zwischen dem BWK (Linksabspaltung des KBW) und der nazistischen Terrorbande VSBD. (Vgl. Abdruck und Kommentierung des „Spiegel"-Textes in AK 215, S. 34/35). Autor des Artikels ist ein Peter Roth aus Frankfurt.

Inzwischen hat der BWK eine Klage gegen den „Spiegel" eingeleitet, der von seiner Lügengeschichte nicht lassen will. Recherchen des BWK, der „Neuen Osnabrücker Zeitung" und anderer haben mittlerweile die „Spiegel"-Story in sämtlichen Punkten widerlegt:

+ Roth hatte verschiedene Parolen zitiert, die angeblich vom BWK und VSBD an der Universität und an der Industrie- und Handelskammer in Osnabrück angebracht worden seien. Nachfragen bei der Universitätsverwaltung und bei der Kammer ergaben, daß dort zu keinem Zeitpunkt die angegebenen Sprüche festgestellt worden waren.
+ Roth hatte behauptet, Mitglieder von BWK und VSBD hätten in Osnabrück gemeinsam DKP-Leute verprügelt; die Schlägerei sei schließlich von der Polizei beendet worden. Eine Anfrage bei der Polizei ergab, daß über einen solchen Vorgang nichts bekannt war. Überhaupt lägen der Polizei keinerlei Erkenntnisse im Sinne des „Spiegel"-Artikels vor.
+ Peter Roth hatte auf Anfrage der „Neuen Osnabrücker Zeitung" mitgeteilt, er habe sich bei seinem Artikel auf Angaben aus dem niedersächsischen Innenministerium gestützt. Das Innenministerium dementierte prompt: Es habe weder dem „Spiegel" noch einer anderen Zeitung derartige Informationen gegeben. Über die vom „Spiegel" behauptete Zusammenarbeit zwischen links- und rechtsextremistischen Gruppen gebe es bei den zuständigen Behörden „keine Erkenntnisse".
+ Einen nützlichen Beitrag zur Klärung leistete auch der Osnabrücker CDU-Vorsitzende Brickwede, der sofort nach Erscheinen des „Spiegel"-Artikels – offenbar in Erwartung politischer Munition gegen Links – eine Anfrage an Bundesinnenminister Baum und an das niedersächsische Innenministerium gerichtet hatte („Trifft es zu, daß..."). Brickwede bekam übereinstimmend von beiden Stellen die Auskunft, daß die Darstellung des „Spiegel" unzutreffend sei; für Brickwede war das allerdings bloß ein Anlaß, vor der Aufwertung von Neonazis und Kommunisten durch solche Artikel zu warnen. („Neue Osnabr. Z.", 17.12.81 und 24.2.82).

Der „Spiegel" hat es trotzdem nicht für nötig gehalten, sich von dem Lügen-Artikel zu distanzieren und wenigstens irgendein scheinheiliges Wort des Bedauerns zu äußern. Ganz im Gegenteil macht das Nachrichtenmagazin den Eindruck, es auch noch auf einen Prozeß ankommen lassen zu wollen. Letztenendes wird der „Spiegel" aber wohl kurz vorher noch einlenken.

Negative Folgen wird der Vorgang für den „Spiegel" kaum haben. Erstens ist der BWK viel zu klein, als daß diese Geschichte zumindest in der liberalen Öffentlichkeit Eindruck machen würde. Und zweitens genießen alle Arten von Erfindungen und Verleumdungen gegen Kommunisten sowieso den Schutz eines gesellschaftlich sanktionierten Gewohnheitsrechts.

Eine ähnliche Geschichte gab es kürzlich mit dem Direktor des Bundeskriminalamts und Chef der Sicherungsgruppe Bonn, Gerhard Boeden. Boeden hatte auf einer internationalen christdemokratischen Konferenz in Rom im Februar behauptet: „*Der gemeinsame Ziehvater der Extremisten auf dem rechten und linken Flügel des politischen Spektrums sitzt in Moskau. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß Geheimdienste der Sowjetunion sowohl die Aktivitäten der Roten Armee Fraktion als auch der militanten Rechtsextremisten sowie Aktionen wesentlicher Teile der sogenannten Friedensbewegung unterstützen und zu steuern versuchen*". Es gebe sogar „*Belege dafür*", daß „*Nachrichtendienste des Ostblocks*" nazistische Gruppen selbst gründen, „*um mit ihnen die Gefahr neonazistischer Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland an die Wand malen zu können...*" (zit. nach „Frankf. Rundschau", 23.2.).

Peinlich wurde die Geschichte erst dadurch, daß die CDU Boedens Rede sofort – angeblich ohne Genehmigung Boedens – in ihrem „Deutschland-Union-Dienst" publizierte. Das rief wiederum die Springer-Presse auf den Plan, die Stoff gegen die Bundesregierung (und natürlich gegen die Sowjetunion) witterte: Der Bundesregierung seien die von Boeden genannten Tatsachen seit Jahren bekannt, sie würde sie aber im Interesse ihrer entspannungspolitischen Unterwerfung unter sowjetische Interessen totschweigen etc. pp.

Hier sahen sich das BKA und Generalbundesanwalt Rebmann schließlich doch zum Eingreifen veranlaßt: Die von Boeden behaupteten „Erkenntnisse" und „Belege" gebe es nicht. Boeden mußte erklären, er habe in Rom nur als Privatmann gesprochen und habe seine Aussage lediglich auf P r e s s e m e l d u n g e n gestützt. Witzig genug, denn immerhin war Boeden bis zum Oktober 1978 Leiter der Abteilung Terrorismus im BKA.

Ansonsten darf selbstverständlich risikolos weiterphantasiert werden: Die PLO als Drahtzieher des Attentats beim Müchner Oktoberfest, der KGB als Auftraggeber des Papst-Attentats usw. Die Menge muß es bringen.

Soko „Skandal" in Göttingen: „Kleines Loch hacken und reinschmeißen.."

Während bundesweit seit Anfang dieses Jahres erneut angeblich „strenge Regeln für Störer-Datei" (FR, 3.4.82) in Kreisen der Innenminister und ihrer Polizeistrategen nachgedacht wird, sind in der Alltagspraxis der „Sicherheitsorgane" gegen die Szene schon längst Fakten geschaffen worden, die die Pläne weit übertreffen; die Funktion dieser Experimente kann somit nur noch sein, den Plänen und damit der rechtlichen Absicherung beschleunigt zum Durchbruch zu verhelfen. Beispiel für diese Praxis, das für bundesweites Aufsehen sorgte (vergl. „Spiegel" 15/82 und „taz", 2.4.82), ist Göttingen. Unbekannte Herausgeber einer Dokumentation über den Funkverkehr einer Spezialeinheit der Schutzpolizei enthüllten ein im politischen Bereich neu eingesetztes Computersystem, das sog. SPUDOK 2 (Spurendokumentationssystem). Während auf Bundesebene ein Schauspiel sondergleichen aufgezogen wird über rechtliche Absicherung der zentral geführten Datei über Gewalttäter, liegt die besondere Brisanz – und Gefährlichkeit für die Linke – in der engen Verbindung eines Sonderkommandos und der elektronischen Erfassung der Szene. Die Kaltschnäuzigkeit, mit der die Verantwortlichen von der Praxis (siehe Kasten) dieses AUFKDO (Aufklärungs- und Festnahme- bzw. Dokumentationskommando) ablenken, bzw. diese als „offensiv und völlig legal" (GT, 5.3.) verteidigen und sich auf die Rechtmäßigkeit der Computererfassung stützen, läßt vermuten, daß ihnen an der Fortexistenz und Weiterentwicklung derartiger Kommandos ganz besonders gelegen ist.

Der Computer

„*Die Polizei möchte diese Datenerfassungspraxis als elektronisches Notizbuch der Beamten verstanden wissen*" (Blick, Nr. 14). Dieses Notizbuch steht in Hannover, ein direkter Draht führt in die Göttinger Polizeizentrale. Jeder Wagen des Sonderkommandos kann zu jeder Tages- und Nachtzeit Informationen dort eingeben oder abrufen.

Ungeachtet aller rechtlichen Probleme auf Bundesebene und der Problematik der Weitergabe von landesweit gespeicherten Daten an die Bundeszentrale, kann dieses SPUDOK (Spurendokumentationssystem) nach einfachen polizeiinternen Richtlinien benutzt werden: Voraussetzung zur Errichtung des Systems durch das Landeskriminalpolizeiamt (LKPA) ist die Existenz von einem, bzw. mehreren Ermittlungsverfahren.

Die offizielle Begründung zur Einrichtung des Göttinger/Hannover Systems lautet denn auch, daß die Vielzahl der Ermittlungsverfahren und die große Zahl unbekannter Täter aus der Szene, die Polizei veranlaßt habe, die Technik zu Hilfe zu nehmen.

Zugriff zu diesem System soll nur die jeweils antragstellende Stelle haben (gezielte Verhaftungen von Göttinger Teilnehmern der Anti-Haig-Demo in Berlin deuten allerdings daraufhin, daß diese Vorschrift „löcherig" ist – sicher ist, daß aus Berlin Daten in Göttingen eingetroffen sind (GT, 3.4.82) und wahrscheinlich im SPUDOK Hannover gelandet sind!).

Zur Erfassung in diesem System – wir bleiben bei der offiziellen Version – müssen konkrete Verdachtsmomente vorliegen. Daß hierbei der Beliebigkeit Tür und Tor geöffnet sind, belegen die Äußerungen des Bullenchefs Mogwitz selbst. Er nennt als Beispiel „Vorfälle", bei denen Personen aus der Szene Schaufensterscheiben zertrümmert haben sollen, verdächtige Gruppen (!!) habe man dann nach Verlassen bestimmter Lokalitäten kontrolliert (GT, 3.4.82), und zwar auch unter dem Deckmantel von Verkehrskontrollen! Die Daten der so Kontrollierten können von jedem Wagen aus (s.o.) nach „positiv" oder „negativ" befragt, ggf. bei „negativ" gespeichert werden. deutlich, daß der angeblich konkrete Verdacht nur Vorwand für das eigentliche Ziel: das DATENSAMMELN über die Szene ist. Seit Anfang letzten Jahres wurde so der Computer gespeist mit Daten aus der Szene, einschließlich zufälliger Kontakte; beobachtet – immer am Computerdraht hängend – wurden von dem Sonderkommando Feten, Wohngemeinschaften, Veranstaltungen, Demos und Zufalltreffs, wie gemeinsame Nachhausewege usw. usf. Mit den Worten des Chefs: „*Wir sammeln Nachrichten, von denen wir annehmen, daß sie für unsere Ermittlungen von Bedeutung sind*" (Spiegel, 15/82).

Die Arbeitsweise von SPUDOK 2 ist – im Gegensatz zu einem System mit der Ziffer 1 – nun so, daß zur „Fahndung", d.h. zum Abrufen und Überprüfen Name und Adresse nicht mehr nötig sind, sondern unter verschiedenen Stichworten – Autokennzeichen, Beruf, Kontakte, Aufenthaltsorte u.ä. – abgerufen werden kann. „Größere Kaliber" erhalten eine Spurnummer, mit der ihr komplettes Diagramm abgerufen werden kann.

Es ist einleuchtend, daß zu diesem Zweck erst einmal alles an Daten gesammelt werden muß, was über die Szene, ihre Kneipen, Bewegungen und Gebräuche ... überhaupt zu greifen ist.

Nur so und keineswegs mit nicht abgeschlossenen Ermittlungsverfahren ist die Arbeitsweise zu erklären. Und so formulierte es auch der schon zitierte Mogwitz in seiner ersten Stellungnahme. Ergebnis der Arbeit sei, daß „*die Szene aus der Anonymität herausgeholt werden konnte, was dort zu einer gewissen Verunsicherung*" führte (Blick, Nr. 9).

Diese Kenntnisse sind es, die die Polizeistrategen seit dem Aufkommen der „neuen" Bewegungen besonders interessieren; so ist es kei-

Fortsetzung nächste Seite

Kampf dem Faschismus

Fortsetzung von voriger Seite

neswegs Zufall, daß Daten von „Grünen" und Mitgliedern der Alternativen Liste (AGIL), von Journalisten der örtlichen Stadtzeitung und Teilnehmern von Schwulenfesten hier auftauchen. Verbindungen, Kontakte und Diskussionsstrukturen dieser „Szene" zu der sogenannten militanten Szene sind interessant. Angestrebt sind möglichst perfekte Kenntnisse über die weitgehend undurchschaubar gewordene „alternative Szene".

Etwas vorschnell hatte der Kripodirektor des Bezirks Braunschweig die Einstellung der „Datenlinie" zwischen Göttingen und Hannover bekanntgegeben. Wohl um die Sache aus der Schußlinie zu bekommen, wurde dies mit dem weitgehenden Abschluß der Ermittlungsverfahren begründet. Dem widersprach Mogwitz als Praktiker, der weiß, worauf es ankommt: das System werde weiterbenutzt, *„weil die rund 200 Ermittlungsverfahren, die der Anlaß für die Einführung der Computerdatei gewesen sein sollen* (und die dank der Arbeit des Sonderkommandos und der Datei auf etwa 400 hochgeschraubt wurden – AK) *noch nicht abgeschlossen seien, und ... immer wieder neue ... hinzukämen."* (FR, 5.4.); sein Fazit: Insofern hänge *„der Zeitpunkt für die Beendigung der Datensammlung ja nicht von uns ab"* (ebda.).

Und das Kommando ...

„Sie gelten innerhalb der Polizei als ‚Eliteeinheit' und sie fühlen sich auch so. Sie sind Beamte der Schutzpolizei, doch sie tragen nur Zivil. Ihre Streifenwagen sind getarnt. Ihr Revier ist die City. Ihre Dienstzeit: Überwiegend nachts. Ihr polizeiliches Gegenüber: Angehörige der Häuserkampf-Szene, ebenso wie Einbrecher, Sexualtäter, Gewalttäter", so lautet

kampf-Szene, ebenso wie Einbrecher, Sexualtäter, Gewalttäter", so lautet

die nie widersprochene Darstellung des Aufklärungs- undFestnahme- bzw. Dokumentationskommandos (Blick, 9).

Auch wenn inzwischen nach Bekanntwerden des Kommandos und seiner Praktiken in der Lokalpresse versucht wird, durch laufende Erfolgsmeldungen in Sachen Klein- und Kleinstkriminalität das Image dieses von der Göttinger Linken mit der GeStaPo verglichenen Kommandos aufzubessern, ist sein Zweck eindeutig: Observierung, Kontrolle und Beschnüffeln der Szene, (d.h. von „denen wir annehmen ..." s.o. Mogwitz), Füttern des Computers mit Daten von „vor Ort" um so Steinchen für Steinchen das gewünschte „Lagebild" zu erstellen.

Um den Charakter dieses Kommandos richtig einschätzen zu können, sind die Sprüche (siehe Kasten) vor dem Hintergrund der Entstehung und Zielsetzung zu betrachten. Schon vor Veröffentlichung der Informationen über die Existenz dieser „neuen" Gestapo, erhielt Mogwitz im „Blick", dem Göttinger Anzeigenblättchen, die Gelegenheit, die „Abkehr von Defensivtaktiken" zu verkünden; seit Anfang 1981 sei man zu einer „offensiven Haltung übergegangen" (Blick, Nr. 8). *„Vom Polizeiplanungs- und Führungsstab beim Innenministerium in Hannover entwickelt, wird die neue Taktik erstmals für Niedersachsen in Göttingen praktiziert."* ... *„Wir passen uns der Kleingruppentaktik unseres Gegenübers insofern an, daß wir kleine Einheiten im Stadtgebiet operieren lassen"* (Blick, Nr. 9).

Unmittelbarer Anlaß waren die von der Polizeiführung sogenannten Silvesterkrawalle 1980/81, bei denen ein paar kaputte Fensterscheiben von wildgewordenen Bullen zu wahren Rachefeldzügen auf alles, was sie der Szene zurechnen konnten, genützt wurden; es gab bis heute ungeklärt Mißhandlungen von Frauen auf der Wache, ein Schwerverletzter mußte mit dem Notarztwagen von der Wache, die er unverletzt „betreten" hatte, in die Klinik gefahren werden ... Von der Polizeiführung und offensichtlich interessierten Lokalpolitikern von CDU über SPD und DGB-Kreisen zum drohenden Beginn des Bürgerkriegs hochstilisiert, wurde nach diesen Ereignissen die Offensive beschlossen. Ohne Schwierigkeiten kann man sich ausmalen, welche Bullen sich in dieser Stimmung freiwillig für ein Sonderkommando melden, das gezielt gegen die Szene operieren soll!

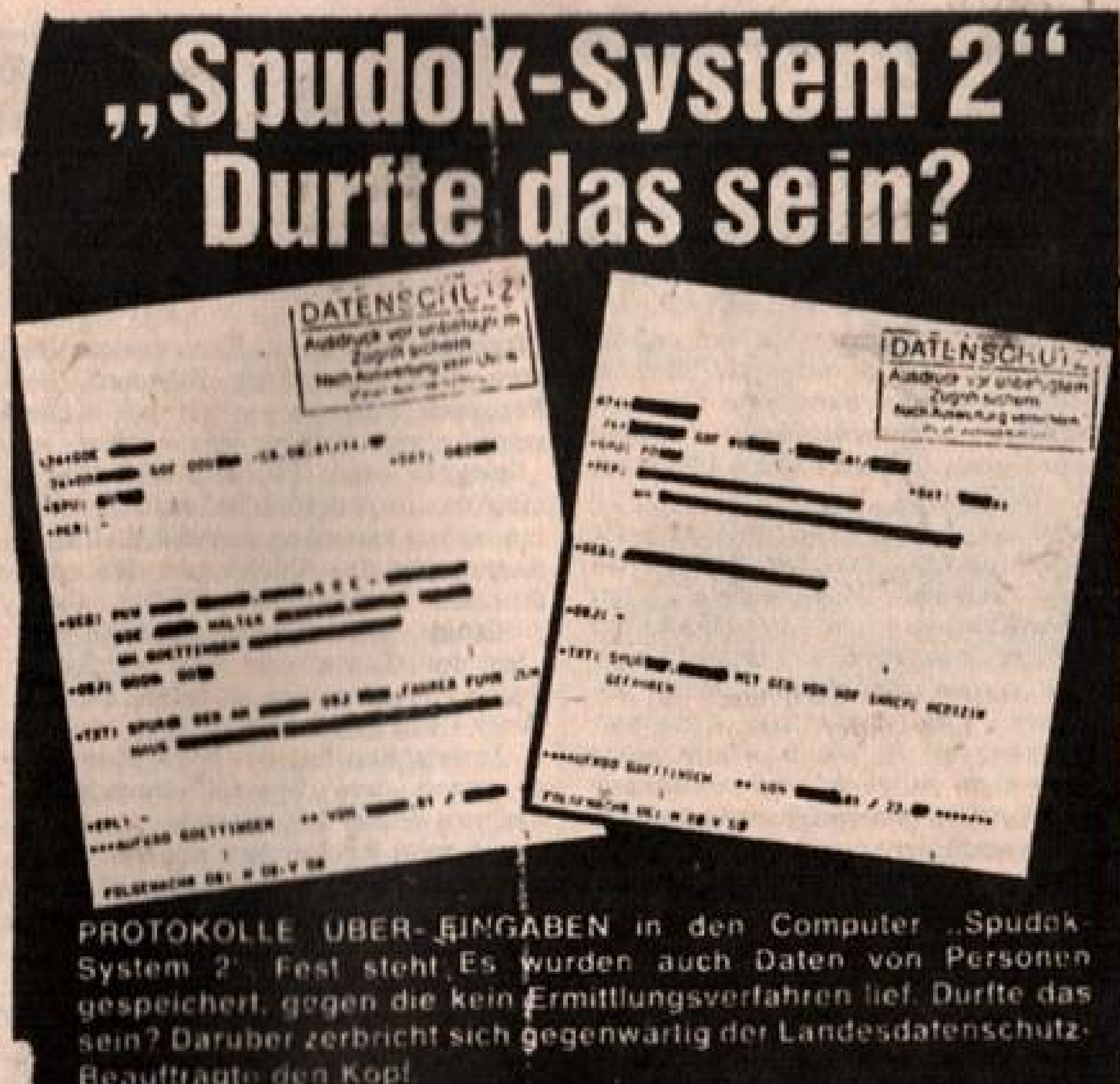
Neben dem beschriebenen Computersystem erhielt dieses Kommando nicht nur eine besondere technische Ausrüstung für ihre Streifenwagen, sondern zudem nahezu freie Hand bei ihren Einsätzen. In den beschönigenden offiziellen Darstellungen heißt es, daß die *„Methoden des Einsatzes eines MEK, eines Zivilstreifenkommandos und eben auch dieser direkt der Polizei-Leitung unterstellten Gruppe etwas anders seien als die im normalen Alltagsgeschehen"* (Blick, Nr. 9).

Durch diese besondere Art des Einsatzes sind „Männer" gefragt mit dem sicheren Instinkt für *„Schweinsgesichter"* (Funkprotokoll) und *„Chaotentyp"* (ebda.); Leute, die gerne einen Typen aus der Szene ausmachen, der so besoffen ist, daß sie *„wetten, der braucht Schläge"* (ebd).

Sie freuen sich nicht nur, wenn sie Plakate für linke Veranstaltungen abreißen können, sondern auch, wenn es eine Schlägerei gibt (*„es geht aufwärts"* – ebda.). Nicht anders als mit Freiwilligen ist eine Einheit aufzubauen, deren Mentalität sich in Sprüchen äußert wie *„Können wir ihn mit aufmischen?"*, die Wetten abschließen darüber, ob einer ihrer Kollegen (Spitzname in Polizeikreisen ‚Keiler') *„einen Widerstand mitbringt"*.

In ständigen, direkten, provozierenden (*„auf den Hacken rumfahren"*) Kontakt mit „ihren Freunden" aus der Szene müssen sie zwangsläufig Jagdfieber entwickeln und den notwendigen Haß auf alles, was nach „Szene", nach Linken, Schwulen (*„Faß mich an den Sack, ich bin der Weihnachtsmann ..."*) ihrer Meinung nach auch nur aussieht!

Angesichts dieser Sprüche und der damit zusammenhängenden Praxis, ist es reiner Hohn, wenn der Chef dieser Truppe, Mogwitz, sie unter anderem damit verteidigt, es habe bisher keinerlei Anzeigen gegen seine Eliteeinheit gegeben. In einer Situation, in der von Seiten der Justiz und Staatsanwaltschaft erheblich günstigere Anzeigen gegen Bullenübergriffe als die nächtliche Provokation von Elitebullen schlichtweg abgebügelt oder mit Anzeigen wegen falscher Beschuldigung gekontert werden, ist es ein bißchen viel verlangt, Anzeige zu erstatten.



PROTOKOLLE ÜBER-EINGABEN in den Computer „Spudok-System 2". Fest steht: Es wurden auch Daten von Personen gespeichert, gegen die kein Ermittlungsverfahren lief. Durfte das sein? Darüber zerbricht sich gegenwärtig der Landesdatenschutz-Beauftragte den Kopf.

Hinzu kommt – und hier liegt die ganz besondere Gefährlichkeit dieser Bullen, daß sie die Szene ganz genau kennen; sie können wissen, wer sich möglicherweise wie zur Wehr setzen kann oder abhaut; sie wissen auch ungefähr, wo sie jemand treffen können, dem sie aus irgendwelchen Gründen – bspw. eine Anzeige – speziell *„eins auswischen"* (*„Hau' em welche"* – Funkmitschnitt) wollen.

„Kleines Loch Hacken und Reinschmeissen"

Noch ist das ein Spruch aus dem Funkververkehr der Eliteeinheit, mit dem sich die „Kollegen" auf zwei Tramper vor einer linken Kneipe und den Möglichkeiten, die sich für sie daraus ergeben, aufmerksam machen.

Die Verteidigung dieser Truppe mit Stellungnahmen wie „offensiv und völlig legal", „Respekt vor dem Einsatzkommando", „nicht gutzuheißende sprachliche (!!) Verwilderung" und „mangelnde Funkdisziplin" von CDU bis hin zum DGB, der ausschließlich angebliche Telefonanrufe bei den betreffenden Bullen mit Nazimethoden vergleicht, läßt Schlimmes befürchten.

Die Existenz dieser Truppe wird u.a. auch so verteidigt: *„Vor Gericht können wir* (d.h. die Bullen – AK) *nicht sagen, der hatte wahrscheinlich vor, was kaputt zu machen. Dann ist der Termin geplatzt, der Anwalt lacht uns aus. Und der Staatsanwalt wird gar nicht mehr, wenn wir nicht hinterher genau sagen können – leider Gottes ist das so – den Stein hat er geworfen mit der rechten Hand ... Es zählt nicht mehr, daß der Beamte auf einem Ohr sein Gehör verloren hat, das ist uninteressant ..."*

Jeder Interessierte in Göttingen weiß, daß es sich hier um einen – fast – authentischen Fall handelt; bekannt ist auch, daß in Polizeikreisen exakt dieses Problem diskutiert wird und die Rufe nach entsprechenden Erleichterungen für die Bullen sind auch unüberhörbar. Für die Mitglieder der Eliteeinheit kann eine derartige Argumentation schlicht die Aufforderung bedeuten, gleich für klare Verhältnisse zu sorgen und keine „schwierigen" Fälle mehr anzubringen. Daß die Truppe die entsprechende Mentalität mitbringt, ist durch die Funkdokumentation hinreichend belegt – die Frage ist, wieweit die demokratische Öffentlichkeit den Polizeistrategen und Politikern die weitere Eskalation verwehren kann. Danach sieht es bisher nicht aus – offizielle Stellungnahmen bedeuten im Gegenteil konkret den Freibrief zur weiteren Eskalation.

Zudem müssen wir davon ausgehen, daß die „Erfolge" des Göttinger Modells, so wie sie bisher lokal hochgehalten werden, in die bundesweite Diskussion der Inneren Sicherheit eingebracht werden; diese neue Gestapo (AGIL) Modell für die BRD wird.

KB Gruppe/Göttingen

Im folgenden geben wir Auszüge aus der bei uns eingegangenen Funkspruch-Dokumentation wieder. Die Dokumentation umfaßt insgesamt 40 Seiten. Die Auszüge geben daher nur einen geringen Einblick in das ganze Ausmaß der illegalen polizeilichen Tätigkeit.

Die AGIL wird sich deshalb darum bemühen, den vollständigen Wortlaut der Dokumentation gemeinsam mit anderen Gruppen und Einzelpersonen zu veröffentlichen.

Wer wird wie observiert

50: 02 von 50. Zwei Personen, männlich: S., Vorname: Heinz-Dieter, geb.: ..... Zweite Person, auch männlich: P., geb.: .....
02: Vorname des S.?
50: Heinz Dieter, nein Heinz Dietmar.
02: Hört er mit?
50: Nein.
02: Ja, bei uns positiv. War in Berlin. Haig-Demo Festnahme. Kommen.
50: Ja, Dieter schreibst du das oben mit?
02: Ja, den kriegen wir jederzeit. Ich schreib mir die Codenummer bei uns raus. Mit dem anderen komm ich gleich.

* * * * *

51: 02 für 51. So Dieter, es geht los. Biste schreibbereit?
02: Immer.
51: TBB-J ...., H-AE ...., RZ-RJ ...., GÖ-J ...., FB-DV ...., GÖ-A ...., GÖ-J ...., HB-EX ...., GÖ-Z ...., GÖ-PK ....,
02: Alles?
51: Ja, Augenblick noch, es geht weiter: GÖ-NS ...., GÖ-HJ...., GÖ-A ...., GÖ-A ...., und als letztes KS-JJ ...
02: Jau.
51: 02 für 51. Haste die Kennzeichen schon alle durchgecheckt?
02: Ja, habe ich. Von den durchgegebenen sind 6 bei uns positiv, zum Teil Verbindung Theaterkeller. Kommen.
51: Ja, also nur die Verbindung zum Theaterkeller?
02: Ja, dann auch wohnhaft Kreuzbergring und dergleichen. Aber sind zum Teil bekannt.
51: Gut.
02: 51 von 02. Habt ihr die Kennzeichen auch notiert?
51: Ja, haben wir notiert.
02: Ja, dann kannste doch für euch mal hinter die Kennzeichen, die hier negativ sind, 'nen Punkt oder 'nen kleinen Vermerk machen. Dann weißte Bescheid, welche das sind.
51: Ja, ich sprech dich dann wieder an, wenn wir da stehn.
02: Ja, ist klar.
51: 50 für 51. Ja, hier verlassen jetzt 4 Fahrzeuge den Theaterkeller. Wir sehn mal zu, welches wir anhalten können.
50: Okay. Wir kommen jetzt auch raus.
51: 02 für 51. Ja, welches von beiden ist interessanter? GÖ-A .... oder GÖ-ML ..?
02: Das sind 2 Fahrzeuge, die von ihnen vorhin nicht mit durchgegeben worden sind; somit beide.
51: A .... ist nicht durchgegeben worden?
02: Nein.
51: Ja, okay. Denn gucken wir uns den mal an. Der ist 100%ig da eben weggefahren.

Computer-System 02

a: H..., Ingo.
02: Ingo?
a: Ja, richtig.
02: Ja, für System 1 ist das ein sinnloses Unterfangen, wenn ich nicht mindestens das Geburtsdatum habe.
a: Ja, dann nehmen wir mal unser anderes System.
02: Person H..., Ingo negativ.

* * * * *

32: Die beiden Göttinger Kennzeichen negativ?
02: Das GÖ-NP ... ist System 2 positiv. Das andere habe ich noch nicht überprüft.
32: Ja, richtig. GÖ-NP ... Alraune.
02: Ja, ist auch hier bei irgendeinem Sammelbegriff gespeichert.

* * * * *

02: Wer hatte gerufen?
34-1: Ja, 34-1. Ist es möglich, auch über Vornamen etwas rauszubekommen?
02: Ja, bei uns ja, sonst nicht. Oder sonst ja, wenn er einliegt.
34-1: Ja, dann versuch's mal, einmal Holger, wer da rauskommt, und einmal Bernd.
02: Nee, so geht das nicht. Ich dachte, ihr wollt jetzt wissen, wenn ihr den Nachnamen habt, wie der mit Vornamen heißt.
34-1: Nee, ist okay.
02: Sorum geht es nicht.
?: Ist das richtig? Aldi?
02: Kommen.
?: Du wolltest doch sicher nur im System 2 überprüfen, oder?
34-1: Ja, unser System dacht ich. Ja, richtig.
?: Da kann er die alle... und alle Willis oder was da sonst ist ausdrucken.
34-1: Ja, Gerd 02, machste das bitte mal?
02: Ja, in unserem geht es. Holger, und wie hieß der Zweite?
34-1: Und einmal Bernd.
02: Ja, paß mal auf. Also, unter PH-Student, mit Bindestrich oder ohne, da ist nichts drin. Unter Student, da sind 96 gespeichert und das wird zuviel.
34-1: Ja, das ist hier, die Fete ist also jetzt zu Ende, wohl bei der PH, oder die Besprechung. Hier war'n also nach meiner Schätzung 3 bis 400 Leute, marschieren jetzt weg. Kommt also für uns mit Sicherheit nicht in Frage. Wollte nur mal sehn, ob vielleicht Einzelne nicht ganz uninteressant sind.
02: Ja, ich check jetzt die Kennzeichen noch mal durch.

Das kriminelle Potential

30: Hier spricht die 30. Wir hatten gerade leichte Stimmung am Markt, weil wir das Plakat entfernt haben.
32: Dies große?
30: Ja, da kamen so ein paar drauf zu, hat so ein bißchen leichte wörtliche Auseinandersetzung gegeben. Wir warten nur noch, daß so das eine Wort das andere gibt, dann dröhnen wir uns mit denen. Aber hier steht ein uniformierter Streifenwagen.

* * * * *

a: Ja, guck mal hinters Alte Rathaus.
b: Ja, den Iltis habe ich schon da lunsen gesehen.
a: Der hat irgendwas vor mit dir.
b: Dann machen wir uns auf den Acker. Los, du fährst jetzt vorbei und spritzt schnell aus dem Fenster und wir fahrn hinterher.

* * * * *

a: Wenn ich mich nicht verguckt habe, geht Axel W. vom Theaterkeller in Richtung Innenstadt.
b: Jau, ... alleine?
a: Ja, richtig, er hat mich aber gleich erkannt.
b: Ja, hau ihm welche!

* * * * *

a: Beim Musikhaus Hack sind welche im Laden... Wir sind am Ort ... Das hat so seine Richtigkeit. Das ist hier Person von Musikhaus Hack, die hat 'nen Ausweis mit.
b: War da noch was?
a: Ne, ne, der hatte nur 'ne bißchen große Lippe.
b: Hatte 'ne dicke Lippe? Können wir ihn mit aufmischen?
a: Ach ne, lohnt sich nicht.
c: Und ich hatte schon 'ne Wette auf dich abgeschlossen, daß du heute 'nen Widerstand bringst.
b: Nur bei Kurtchen N. haben wir ja 'n bißchen mit angefaßt.
a: Na immerhin, es geht aufwärts.
b: Es geht wieder an!
a: Wunderbar!

* * * * *

a: Zwei von unseren Freunden stehen gerade am Theaterkeller, spielen Anhalter, ihr könnt sie ja mal mitnehmen.
b: Jau!
c: Im Kerstlingeröder Feld, da werden se rausgeschmissen.
a: Kleines Loch hacken, reinschmeißen.

«...noch keine Schußwaffen»

– Rechtsradikale gegen Antimilitaristen –

Sternenbanner und Hochrufe auf die Nato, das ist sicher, werden am 5.6. in Bonn zur Grundausstattung des Pro-Nato-Marschierers von der CDU gehören.
Sternenbanner und Hochrufe auf die Nato, das hatten wir allerdings auch schon vor ein paar Monaten. In den Niederlande, in Groningen, dem Zentrum der Proteste gegen die US-Munitionstransporte (s. AK 217). Und es war kein etwa von den Blokkadenbauern veranstaltetes Spektakel, sondern eine durchaus ernst gemeinte Demonstration gegen eben diese Blockadenbauer. Den (braunen) Hintergrund der Groninger Rechtsradikalen-Aktion gegen Antimilitaristen wollen wir hier, auch mit Blick auf die anstehende CDU-Schau, ein wenig ausleuchten.

In den ersten Tagen der Blockaden gegen die US-Munitionstransporte durch die Niederlande zu den Nato-Depots im süddeutschen Raum waren die antimilitaristischen Aktionen von Parlamentspolitikern und veröffentlichter Meinung noch mit relativem Gleichmut hingenommen worden. Nachdem sich jedoch herausgestellt hatte, daß die dezentralen Aktionsgruppen und viele Einzelkämpfer/innen durchaus in der Lage waren, die Munitionszüge jeweils Stunden, halbe und ganze Tage aufzuhalten und den ganzen Transportplan gründlich durcheinanderzubringen, wurde die Hatz eröffnet.

Ein hoher Regierungsfunktionär qualifizierte die antimilitaristischen Aktionen als *„direkte Verbrechen"* und *„terroristische Mittel"* (zit. n. „de Volkskrant", 22.1.82); der sozialdemokratische Vize-Premier Den Uyl hielt *„die Toleranzgrenze (für) überschritten"* und ein Leitartikler der „Volkskrant" assistierte ihm mit der Mitteilung: *„In den Aktionen ist vor allem ein Antimilitarismus um jeden Preis zu spüren, der sich ebensogut gegen jede Kaserne oder marschierende Kolonne hätte richten können"* (23.1.82) – ja, warum eigentlich nicht ...?

Die Regierung beschloß, ein *„nationales Koordinationszentrum"* beim Innenministerium einzusetzen, um *„Maßnahmen gegen die Aktionen gegen die Munitionstransporte"* zu treffen (ebd.). Und Premier Van Agt mochte drei Wochen später *„weder bestätigen noch bestreiten, daß die Sicherheitsmaßnahmen für die neuen Transporte* (es war ein zweiter „Versuchstransport" durch die Niederlande geplant, der jedoch bisher nicht stattgefunden hat – Anm. AK) *in Absprache mit dem Nato-Hauptquartier entwickelt worden sind"* („de Volkskrant", 13.2.).

„Eitergeschwüre"

Eine „Arbeitsgruppe für Recht und Freiheit" („Werkgroep voor gezag en vrijheid") nutzte die Gunst der Stunde und veröffentlichte (als Anzeige) im „Nieuwsblad van het Noorden", das im Zentrum der Aktionen gegen die US-Munitionstransporte erscheint, einen „Offenen Brief", gerichtet *„gegen die Gewalttäter und Bedroher unserer Demokratie"*, gegen den *„Straßenpöbel (jetzt Protestgruppen genannt)"*, gegen *„das Einbrechen in anderer Leute Wohnungen und Büros (jetzt Kraken genannt)"* und der in der Aufforderung gipfelte: „ ... *diese Eitergeschwüre (müssen) aus unserer Gemeinschaft herausgeschnitten werden"*.

Dem folgte ein *„Aufruf an alle gutwilligen Bürger, speziell aus Groningen und Umgebung"*, sich am 25.1. an einer Demonstration gegen die Blockaden der US-Munitionstransporte zu beteiligen. – Unterzeichnet war der Schweinkram mit: *„Eine Anzahl beunruhigter Groninger, ehemalige Widerstandskämpfer und andere"*.

Ein Sprecher der tatsächlichen Organisation ehemaliger Widerständler gegen den Faschismus, vom „Verenigd Verzet '40-'45", erklärte diese Unterzeichnung prompt zum Etikettenschwindel: *„Diese Menschen haben noch niemals gegen Faschismus und Rassismus gekämpft, nicht im Krieg und jetzt nicht; sie sind Provokateure"* (zit. n. „De Waarheid", 25.1.82). – Der Amsterdamer Kriminologe Prof. Dr. Bianchi sah sich durch den Aufruf an eine niederländische Faschistenzeitung der 30er Jahre erinnert; der Aufruf verwende eine *„in hohem Maße provozierende Sprache, einen terroristischen Sprachgebrauch"* (zit. n. „Reformatorisch Dagblad", 6.2.82).

„Alles Lob der Polizei"

An der Demonstration beteiligten sich – was weder die rechten Organisatoren noch die Demokraten Groningens erwartet hatten – rund 4.000 Menschen (die niederländische „Bild"-Version, der „Telegraaf", hatte sogar *„rund sechstausend ‚einfache' Niederländer"* geortet und die bundesdeutsche „Bild am Sonntag", niederländischen Genever nicht gewohnt, meldete *„siebentausend Groninger"*).

Bei dieser Demonstration dürfte es sich um die seit dem Zweiten Weltkrieg größte von Rechtsradikalen angestiftete Zusammenrottung gehandelt haben. Allerdings hatte auch die größte Tageszeitung der Niederlande, der bereits zitierte „Telegraaf", für diese Zusammenrottung die Trommel gerührt; allerdings waren Demonstrationsteilnehmer aus dem ganzen Land zusammengekarrt worden: Busse aus dem 200 km entfernten Limburg, aus Brabant und aus Utrecht wurden gesichtet („De Waarheid", 26.1.). (Es sei der Genauigkeit halber angemerkt, daß es sich bei den 4.000 Teilnehmern nur zum geringsten Teil um a k t i v e Rechtsradikale handelte; die Initiatoren hatten es lediglich verstanden, einer von Arbeitslosigkeit, Existenzangst und Kriegsfurcht zerrissenen „schweigenden Mehrheit" einen „Ersatzfeind" anzudienen).



Groningen, 25.1.52: Rechte Demonstranten gegen die Blockade des US-Munitionstransports (Foto: Jaap de Vlas/ „De Groene Amsterdammer")

Der Zug, der *„viel mit einer Militärparade zu tun hatte"* („De Waarheid", 26.1.), marschierte in Viererreihen ausgerichtet und mit Fackeln bewehrt durch die Stadt zum Rathaus. Das Transparent an der Spitze des Marsches forderte: *„Alles Lob der Polizei – ohne Polizei kein Rechtsstaat"*. Transparente mit der Aufschrift *„Weg mit dem roten Faschismus"* und amerikanische Flaggen folgten, es wurden Hochrufe auf die Nato ausgebracht, auf das Königshaus und die Mobilen Einheiten: *„M.E. – okay"*.

Bei der Abschlußkundgebung trug der Organisator des Zuges, ein C.W.L. van Muylwijck (auf den wir noch zu sprechen kommen), eine Petition an die Gemeinde Groningen vor, die gleichzeitig das Programm einer geplanten nationalen Kampagne für „Recht und Ordnung" sein soll: *„Sicherheit der Bürger und Schutz ihres Eigentums; strafrechtliche Verfolgung und Maßnahmen gegen diejenigen, die, auf welche Weise auch immer, anderen körperliche Verletzungen zufügen, Eigentum vernichten und welchen Schaden auch immer verursachen; Verbot aller Aktivitäten, die die Demokratie untergraben und die Freiheit bedrohen; direktes Eingreifen bei kriminellen Auswüchsen; unmittelbare Streichung aller Zulagen, Subventionen und sonstigen Unterstützung an alle Aktionsgruppen und Einzelne, die das Recht untergraben und demokratie-feindlich sind"* (zit. n. „de Volkskrant", 11.2.).

Solchermaßen moralisch aufgerüstet machte sich ein kleinerer Teil der rechten Demonstranten nach der Kundgebung daran, eine Gegendemonstration von wenigen hundert Antimilitaristen durch die Stadt zu jagen und zu prügeln. Schlachtrufe waren *„Oranje boven"* („Hoch Oranje" – das Königshaus), *„Kraker – weg damit"*, *„Schwule – haut ab"*. Naheliegend, daß die Bullerei, und zwar nicht auf Seiten der angegriffenen Antimilitaristen, kräftig mitmischte und ihren Frust über die häufig ergebnislose Jagd auf die Blockadegruppen ausließ.

> Eine recht bemerkenswerte Vorstellung gab der niederländische Ministerpräsident, der bei seinen öffentlichen Auftritten häufiger zwischen Dümmlichkeit und Provokation tänzelt, bei einer Pressekonferenz zu den Transporten von US-Munition durch die Niederlande in die süddeutschen Nato-Depots. „De Volkskrant" berichtete am 13.2.: *„Auffallend war, daß der Ministerpräsident die Frage, ob es sich auch um den Transport nuklearer Munition handeln würde, weder verneinend noch bejahend beantwortete. Zuvor hatte das Kabinett ausdrücklich erklärt, daß es um den Transport konventioneller Munition geht. 'Ich bevorzuge, das nicht zu wissen', so der Premier, der in englisch antwortete, weil die Frage von einem Berichterstatter des amerikanischen Pressebüros Associated Press kam. Van Agt wollte ebenfalls weder bestätigen noch bestreiten, daß die Sicherheitsmaßnahmen für die neuen Transporte* (es ist ein zweiter „Versuchstransport" durch die Niederlande geplant - Anm. AK) *in Absprache mit dem Nato-Hauptquartier entwickelt worden sind."*

„... noch keine Schußwaffen"

Am Tag der Demonstration wurde Van Muylwijck, Organisator des Aufzugs, angerufen und gefragt, was denn alles zur Demonstration mitgebracht werden solle. Van Muylwijck: *„Alles, aber noch keine Schußwaffen. Das kommt wohl noch"* (zit. n. „De Groene Amsterdammer", 3.2.).

Diese Figur scheint näherer Betrachtung wert ...

Das bei der Demonstration verteilte Flugblatt war mit „Arbeitsgruppe für Recht und Freiheit" und von sieben als „Organisatoren" bezeichneten Personen unterzeichnet. Bei vier von den „Organisatoren" ist mittlerweile in zahlreichen Presseorganen nachgewiesen worden, daß sie der rechtsextremen Szene angehören, bei zwei weiteren darf dies getrost unterstellt werden, die noch fehlende siebte Figur hingegen ist – Sozialdemokrat.

Der erwähnte Van Muylwijck ist Neugründer (am 7.5.80) der erstmals 1958 entstandenen „Oud-Strijders Legioen" OSL. Diese „Legion alter Kämpfer" versucht sich nach außen als ein Verband ehemaliger Widerstandskämpfer gegen den Faschismus darzustellen. Tatsächlich sind diese *„alten Kämpfer von der OSL"*, sagt die Anne-Frank-Stiftung (Amsterdam), *„vornehmlich Militärs, die im Kampf gegen die Unabhängigkeit Indonesiens* (ehemalige Kolonie der Niederlande – Anm. AK) *und im Korea-Krieg aktiv gewesen sind ... Die Auffassungen der OSL sind fanatisch antikommunistisch, sie pflegen große Bewunderung für das südafrikanische Apartheitsystem, für Chile und Taiwan. Die OSL kann als rechtsextrem bezeichnet werden"* (zit. n. „Reformatorisch Dagblad", 6.2.82).

Zu ergänzen ist die Darstellung der Anne-Frank-Stiftung noch dahingehend, daß zur OSL ebenfalls ehemalige Angehörige der „Germanischen SS", der niederländischen SS-Freiwilligen, etliches monarchistisches Geschmeiß, konservative Politiker, z.B. von den Rechtsliberalen (VVD), gehören sowie einige Teilnehmer des nationalistisch orientierten Widerstands gegen die faschistische Besetzung der Niederlande.

Wie Van Muylwijck sind auch zwei weitere Unterzeichner des Aufrufs Mitglied der OSL. Ein vierter Unterzeichner ist führendes Mitglied der „Vereniging van ex-politieke gevangenen" (Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener), eine ehrenwerte Gesellschaft ehemaliger niederländischer SS-Angehöriger und ehemaliger Mitglieder des NSB, der niederländischen Faschistenpartei vor 1945 (nach „bluf!".

Die personelle Zusammensetzung der Führungscrew der „Arbeitsgruppe für Recht und Freiheit" führt also in erster Linie zur OSL. Und es ist auch durchaus kein Zufall, daß die OSL gerade anläßlich der Blockaden gegen die US-Munitionstransporte tätig wurde.

Die Ausgabe der OSL-Zeitung „Sta-vast" vom Juni 1981 enthält einen Aufruf an die *„OSL-Förderer"* im Norden der Niederlande an das Postfach 100 in Groningen (rein zufällig die gleiche Anschrift, unter der seit Januar 1982 die „Arbeitsgruppe für Recht und Freiheit" ebenfalls logiert) eine Karte mit Namen und Adressen zu senden. Denn: *„Wir müssen einander zu finden wissen, wenn es um Manövergelände,* **Nato-Depots, Anlandung von Material dafür in Delfzijl** *etc. geht. Es muß für die Militärführung, ME, Polizei und Gemeinderäte eine Rückenstärkung sein zu wissen, daß es auch noch andere gibt als Onkruit, IKV, Stop de N-bom usw."* (Hervorhebg. AK).

Während also die niederländische Öffentlichkeit erst – und auch das noch im Gegensatz zu den Absichten der Regierung – im D e z e m b e r 1981 von den bevorstehenden US-Munitionstransporten, der Anlandung im Emshafen (Delfzijl) erfuhr, waren die Rechtsextremisten von der OSL hierüber bereits im J u n i 1981 informiert. – Viel deutlicher hätten sich die intimen Beziehungen zum „inneren Kreis" von Militärführung und Regierung wohl kaum herausstellen können.

Niederlande-Kommission

Appell des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Freiheit für RA Härdle

An die Landesregierung von Baden-Württemberg, an den Generalstaatsanwalt in Karlsruhe und an das Ehrengericht bei der Rechtsanwaltkammer Karlsruhe!

Seit dem 11. November 1981 befindet sich der Heidelberger Rechtsanwalt Dr. Gerhard Härdle in badenwürttembergischer Strafhaft. Er soll dort auf der Grundlage eines Urteils des Landgerichts Heidelberg eine Strafe von insgesamt 22 Monaten wegen der Vorwürfe des Landfriedensbruchs und der Falschaussage verbüßen. Die Inhaftierung erfolgte gegen massiven Protest einer breiten Öffentlichkeit und gegen scharfe Kritik in Presse und Juristenschaft und trotz noch nicht beschiedener Beschwerde bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg. Die Unterzeichneten dieses Appells teilen die schwerwiegenden Bedenken und erneuern sie, daß der Strafprozeß vor dem Landgericht Heidelberg den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren nicht entsprochen hat, denkt man nur an das unverhältnismäßig hohe Strafmaß, die offensichtliche Befangenheit der urteilenden Richter und die Eingriffe in die Verteidigungsrechte. Aus verschiedenen Anhaltspunkten ergibt sich auch mehr als der böse Anschein, daß rechtsstaatliche Grundsätze umgangen wurden, weil ein politisch unbequemer Rechtsanwalt und Strafverteidiger bestraft werden soll. Dafür spricht auch, daß der Strafprozeß in allen seinen Phasen von der Vorbereitung eines Berufsverbots begleitet war.

Angesichts dessen empfinden wir die erfolgte Inhaftierung und die Aufrechterhaltung einer von dem Generalstaatsanwalt in Karlsruhe erhobenen ehrengerichtlichen Anklage, die, gestützt allein auf die Feststellung des Strafmaßes des Urteils des Landgerichts Heidelberg, zu einem Berufsverbot führen soll, als einen Justizskandal. Dieser sollte schnell aus der Welt geschafft werden. Es erscheint uns unerträglich, daß ein in breiten Kreisen der allgemeinen und der juristischen Öffentlichkeit nahezu unwidersprochen als Unrecht erkanntes Urteil durch fortdauernden Freiheitsentzug vollzogen wird. Anschließend soll die berufliche Existenz des Rechtsanwalts Dr. Gerhard Härdle vernichtet werden. Als ebenso unerträglich empfinden wir, daß die Entscheidungskompetenz der Europäischen Menschenrechtskommission von den baden-württembergischen Justizbehörden, indem sie vollendete Tatsachen schaffen, ignoriert wird.

Das durch das seit Monaten vollstreckte Strafurteil geschehene und noch andauernde Unrecht muß sofort behoben werden, indem Dr. Härdle umgehend begnadigt und aus der Haft entlassen wird. Die auf das Strafurteil gestützte ehrengerichtliche Anklage ist zurückzunehmen und das Verfahren einzustellen.

Es folgen diesem Text eine Reihe Namen von Erstunterzeichnern. Wer sich diesem Appell anschließen möchte, schreibe bitte an:
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
An der Gasse 1
6121 Sensbachtal

Hessen: AL im Aufbau

Rund 500 Menschen kamen am 3. April in Frankfurt zu einem ersten hessischen AL-Treffen zusammen. Ein Tendenzbeschluß über eine Präambel, sowie ein „Offener Brief" an die hessischen Grünen wurden verabschiedet, eine Koordinationsrunde gebildet und eine programmatische Tagung am 24./25.4. verabredet. Die Grünen beharren unterdessen stur auf einer Alleinkandidatur und erhalten nun die Unterstützung des KBWs und der Spontis.

Die hessischen Grünen haben auf einer Landesversammlung am 27./28. März ihren Beschluß zur Bildung einer sogenannten „Offenen Liste" ihrer Partei bekräftigt. Von ca. 160 Anwesenden stimmten lediglich 17 für ein Wahlbündnis. Gegen eine AL, so die Mehrheitsmeinung, spreche u. a., daß als „*Bündnisorganisationen für eine Alternative Liste inzwischen nur noch die demokratischen Sozialisten [DS], die DKP und sonstige politische Organisationen, z. B. der Kommunistische Bund [KB] bleiben*".

Wegen der vielbeschworenen „Flächenstaats-Problematik" würde eine AL in Hessen „*keine Verbreiterung des ökologischen-demokratischen Spektrums, sondern im Gegenteil eine Einengung desselben*" bedeuten. Für das Festhalten an der „Offenen Liste" spreche der Umstand, daß die hessischen Grünen bereits ein Programm erarbeitet haben. Aufgrund des „Zeitdrucks" sei eine „*derartig breite und basisdemokratische Programmdiskussion*", wie es eine AL erfordern würde, „*nicht mehr möglich*". Ohne Zeit keine Demokratie. Alle Gruppierungen, die für eine AL infrage kämen, sollten vielmehr das grüne Projekt unterstützen bzw. Kandidatenvorschläge einbringen. Mit zwei Einschränkungen: das Angebot geht nur an diejenigen, „*die nicht bzw. noch nicht als Parteien formiert sind*".

an diejenigen, „*die nicht bzw. noch nicht als Parteien formiert sind*".

Bezogen auf die von den Grünen selbst aufgeführten Organisaationen würde dies bedeuten: Eine Einladung an den KB, eine Ausladung der DKP und eine bemerkenswerte Bedingung (Erpressung?) an die Adresse der Demokratischen Sozialisten. Vorschläge beeinträchtigen natürlich nicht die alleinige Entscheidungsbefugnis der Grünen in letzter Instanz (siehe AK 219).

Bemängelt wird überdies, daß die Alternativen sich angeblich mit den Grünen bislang nicht inhaltlich auseinandergesetzt hätten. Besonders scharf wird dabei die DS kritisiert („*Nicht-Öffentlichkeit vieler Diskussionen, hierarchische Preisstrukturen, kein Bezug auf die alternativ-ökologischen Diskussionen der letzten Jahre, Unzulänglichkeit bis Falschheit der Recklinghausener Thesen;*" alle Zitate aus der Resolution der Grünen zu den Landtagswahlen.

Die hessischen Demokratischen Sozialisten wollen ihrerseits am 8. Mai auf einem ersten Landestreffen über ihre Haltung zur AL diskutieren und beschließen.

Dementsprechend sind Positionen aus dem DS-Kreis bislang rein individuelle. Neben Alexander Schubart haben auch Coppik und weitere DS-Mitglieder einen Aufruf für ein alternatives Wahlbündnis unterschrieben. Freilich gibt es, u. a. aus Kreisen der Trotzkisten auch die Idee, ggf. ohne die Grünen als DS zu kandidieren. So schreibt die GIM in der „was tun" (Nr. 327, 4.3.82): „*Möglicherweise reicht der Druck seiner [Coppiks] Initiative aus, die Grünen zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen. Wenn nicht, können all die Kräfte, die nicht nur eine ökologische, sondern auch sozialistische Alternative fordern, nicht darauf verzichten, zur Hessenwahl eigene Kandidaten aufzustellen.*"

Mit diesem Vorhaben scheinen auch die Mitglieder der KL (Kommunistische Liga; sie diskutiert z. Zt. ihre Auflösung in die DS hinein) zu liebäugeln, da ihnen anscheinend eine AL „nicht sozialistisch genug" vorkommt.

Die DKP beteiligt sich an der AL-Diskussion, wenngleich sie „für alle Fälle" bereits eine Parteikandidatur betreibt. Sieben Schwerpunkte schlägt sie für ein Minimalprogramm vor (Frieden, gegen Großprojekte und Sozialabbau, Rechte der Frauen und der Jugend, Antifaschismus und demokratische Rechte). Wobei sie alle strittigen Punkte ausklammern will: das betrifft natürlich Polen und das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung ohne Kontrolle von Staaten und Regierungen, und das betrifft auch die Ablehnung der Atomenergie nicht nur hier, sondern weltweit.

Weiter mit dem Rundgang durch die Organisationen: Eigentlich nicht überraschend unterstützt der KBW die Grünen. Vordergründig wird dies mit den programmatischen Aussagen der Grünen zu „Wirtschaft und Arbeitswelt" begründet, die der KBW akzeptabel findet. Hauptgrund für die warmen Sympathiebekundungen dürfte indessen folgendes sein: „*Die Grünen stehen in der Öffentlichkeit dafür, ... daß sie nichts am Hut haben mit Staat, Parteien und Kapitalisten hier, ebensowenig wie mit beiden Supermächten*" (aus der Stellungnahme des KBW-Südhessen zum Treffen der AL). Weiter meint der KBW, es gebe „*außer den Grünen hessenweit keine linke und demokratisch legitimierte Gruppierung*". Den Grünen wird in der gesamten Stellungnahme ohnehin viel Honig um den Bart geschmiert (beispielsweise seien sie die einzigen, die ein „*Programm der gesellschaftlichen Umgestaltung*" hätten. Erinnert mensch sich an das frühere Getöse um das eigene Programm, ist dies amüsant). Die AL-Diskussionen findet der KBW schlicht und ergreifend „*hohl*". Was die Vaterlandsverteidiger dabei am meisten stört, ist die Präsenz der DKP. So sehr unterschiedlich davon präsentiert sich die Argumentation der Frankfurter Spontis nicht. D. Cohn-Bendit drückte auf dem AL-Treffen am 3.4. klar aus, ein Zusammengehen mit der DKP (Polen, SS-20 usw. usf.) sei total unmöglich. Überhaupt kam es an diesem Tag erstmals in dieser Offenheit zu einer witzig-traurigen Vereinigung von Grünen, KBW und Spontis (Vaterland verbindet). Die neue Dreifaltigkeit hielt eine schmetternde Rede nach der anderen über die Todesschüsse an der Mauer, den Überfall auf Afghanistan, die Gefängnisse in der CSSR und das Militärregime in POlen, als ob die hessischen Alternativen dafür verantwortlich wären. So sind wir bestimmt nicht die einzigen, die sowohl Magenschmerzen bei der DKP als auch diesen Leuten haben. Unabhängig davon, daß auch wir nicht den sogenannten „realen Sozialismus" propagieren, muß gesehen werden, daß die „DKP-Frage" als Alibi benutzt wird, um die AL unglaubwürdig zu machen.

Es ist nur zu wahrscheinlich, daß, wäre die DKP nicht dabei, zum Beispiel mit dem KB vorlieb genommen würde. Ganz abgesehen davon, daß Leute, die die Solidarität mit Solidarnosc gegen die El Salvador-Solidarität ausspielen, und sich ihre Polen-Aktivitäten von Reagan verordnen lassen, uns nicht gerade nahe stehen. Die Frankfurter Spontis wollen nun Wählervereinigungen zugunsten der Grünen mit Großveranstaltungen etc. pp. initiieren. Die Großmäuligkeit solcher Ankündigungen ist hinlänglich bekannt, um dies nicht allzu ernst zu nehmen. Trotz der Störmanöver des oben genannten Personenkreises konnten die Alternativen jedoch einen Präambelentwurf und einen „Offenen Brief" an die Grünen verabschieden. Darin wird an die Grünen nochmals appelliert, ihre Entscheidung zu überdenken:

„*Bitte stellt uns nicht zwischen Skylla und Karybdis. Die Skylla bedeutet: Wir unterwerfen uns dem Alleinvertretungsanspruch Eurer Partei gegenüber dem Protestpotential. Dies ist für uns nicht annehmbar. Die Karybdis bedeutet: zum 26. September wird es eine grün-alternative Konkurrenzkandidatur geben. Dies würde zur Desorientierung und beiderseitiger Erfolgslosigkeit führen. Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann nur in einem Zusammengehen zwischen uns und Euch bestehen, wie es schließlich auch in Hamburg geschehen ist. Wir werden nichts unversucht lassen, mit Euch zu einer Einigung zu kommen und eine erfolgreiche Zusammenarbeit sichzustellen.*"

In der — als Tendenzbeschluß — verabschiedeten Präambel werden Politik-Verständnis und -Inhalt der AL zusammengefaßt. Die AL ist keine Partei, sondern eine zeitlich begrenzte Wählerinitiative, die allen, außer Faschisten, offen steht. Die AL lehnt Stellvertreterpolitik ab. Ihr oberstes Ziel ist die Förderung der Selbsttätigkeit der Bürger und der Stärkung der sozialen Bewegungen. Für eine alternative Politik zum herrschenden Block werden vier Schwerpunkte gesetzt:

1. Eine ökologisch ausgerichtete Politik;
2. Eine Politik zur Sicherung des Friedens, weder Mittelstreckenraketen noch sonstige Militäranlagen in Hessen;
3. Gegen Sozialabbau, Unterstützung der Kämpfe der Werktätigen;
4. Eine radikaldemokratische Politik, für mehr direkte Demokratie, gegen Repression, gegen den männlichen und staatlichen Chauvinismus, gegen die Ausländerhetze, und schließlich gegen Neofaschismus.

Unmittelbares Wahlziel ist die Verhinderung der absoluten Mehrheit für Dregger und die CDU — neben der Verdrängung der Pöstchenpartei FDP aus dem Landtag und einer Verstärkung des Abwärtstrends der SPD.

Dreggers Machtübernahme verhindern

Die Aussicht eines vereinigten Süddeutschlands unter schwarz-brauner Flagge kann keinem Menschen egal sein — ob in der Friedens-, in der Frauen-, in der Umweltschutzbewegung oder sonstwo aktiv. Eine absolute Mehrheit für Dregger bedeutet keine Schwächung, sondern eine Stärkung des herrschenden Blocks. Keinesfalls wird es unter Dregger leichter sein, für Frieden, Ökologie und Demokratie einzutreten und zu kämpfen. Daran würde auch eine starke und gute grüne Fraktion im hessischen Landtag nichts ändern können. Setzt mensch sich aber das Ziel, Dregger zu verhindern, dann führt unserer Meinung nach kein Weg daran vorbei: Dann muß in der Tat eine große, gemeinsame Anstrengung a l l e r versucht werden.

Die alternative Wahlbewegung ist aus der Ablehnung des „kleineren Übels" SPD entstanden — aber eben nicht um Situationen herbeizuführen, wo die CDU der lachende Dritte ist.

Es wäre sehr ermutigend für alle möglichen Menschen, wenn angesichts dieser ernsthaften Gefahr egoistische, bornierte Partei- und Partikularinteressen zurückgelegt werden könnten. Es geht bei dieser Hessenwahl um mehr, als die reine Lehre von diesem oder jenem oder um Pöstchen-Aussichten ... In diesem Sinne ist noch nicht aller Tage abend, AL sei Dank!

Das zweite landesweite AL-Treffen wird voraussichtlich am 2. Mai stattfinden.

Hier die AL-Kontaktadressen:
— Andreas Schlossarek, Grundstr. 33, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151/71 59 25
— Lydia Förster, Darmstädter Str. 86, 6108 Weiterstadt, Tel.: 06150/44 59
— Gerhard Velten, Bornheimer Landstr. 43, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel.: 0611/43 32 51

KB-Gruppe Frankfurt

Hamburg:
Grüne Alleinkandidatur und GAL in Wandsbek

Zu einer äußerst delikaten Situation ist es in der Hamburger Wahldiskussion gekommen. Nachdem es auf Landesebene mit der Grün-Alternativen Liste (GAL) einen gemeinsamen Wahlvorschlag der Grünen Partei und der Alternativen Liste (AL) gibt, hat jetzt der Bezirk Wandsbek der Grünen beschlossen, bei den Wahlen für die Bezirksversammlung (Hamburg ist in sieben Wahl- und Verwaltungsbezirke eingeteilt) in einem Alleingang mit einer „offenen" grünen Liste anzutreten.

Alle Vermittlungsangebote sowohl der Wandsbeker AL als auch des Landesvorstandes der Grünen wurden in den Wind geschlagen. In der entscheidenden Abstimmung setzten sich die rechten Grünen mit 30:24:2 Stimmen durch. Schließlich stellte diese Mehrheit noch die unverschämte Forderung, die AL solle auf ihre Kandidatur verzichten. Die AL beschloß genau das Gegenteil. Jetzt hat die Minderheit der Grünen für sich entschieden, gemeinsam mit der AL als GAL zu kandidieren, obwohl ihr für diesen Fall der Ausschluß angedroht worden ist. Im Anschluß dokumentieren wir den Beschluß und die Begründung der Minderheitsposition in den Wandsbeker Grünen.

1. Wir unterstützen die Kandidatur der Grün-Alternativen Liste Wandsbek zur Bezirksversammlung in Wandsbek. Dies wird seinen Ausdruck finden in einem von uns geführten Wahlkampf für die GAL Wandsbek, wie auch in unserer Bereitschaft, die kommunalpolitische und organisatorische Arbeit der GAL Wandsbek mitzugestalten, und darüberhinaus die weitergehende programmatische und inhaltliche Auseinandersetzung mitzutragen.

2. Wir betonen unseren unbedingten Willen, insbesondere im Bezirksverband Die Grünen Wandsbek auch weiterhin unsere politische, organisatorische und programmatische Arbeit fortzusetzen. Ein Austritt aus den Grünen oder Eintritt in die AL kommt für uns nicht in Frage.

3. Diesem folgend und um eine Grundlage für eine ausreichende Arbeitsfähigkeit zu erlangen, bzw. zu erhalten, werden wir künftig in Form regelmäßiger Arbeitstreffen unsere Positionen und Zielvorstellungen für grüne und alternative Politik diskutieren und versuchen, zu einer gemeinsamen politischen Praxis und gemeinsamem Handeln zu kommen. Dies werden wir entsprechend innerhalb der Grünen sowie gegenüber der AL vertreten.

4. Wir unterstützen und bilden mit interessierten Kräften die „Wählergemeinschaft der Grünen in Wandsbek", die auf der Grundlage der Ergebnisse der Wandsbeker Verhandlungskommissionen vom 2.3.82 sowie der zusätzlichen Erklärung der Grünen Wandsbek vom 3.3.82 mit der AL Wandsbek ein Bündnis zur Unterstützung der GAL Wandsbek eingehen wird.

5. Wir fordern von den Vertretern einer Alleinkandidatur für Wandsbek die Tolerierung dieser nach langen und schwierigen Diskussionen gefaßten Entscheidungen. Insbesondere fordern wir die Tolerierung der Entscheidungen von Mitgliedern der Grünen Wandsbek, für die Grün-Alternative Liste Wandsbek zur Bezirksversammlung zu kandidieren.

Begründung:

1. Das Votum der Grünen Wandsbek vom 4.4.82, mit einer grün-offenen Liste unter dem Namen Die Grünen zur Bezirksversammlung zu kandidieren, ist unseres Erachtens eine schwerwiegende politische Fehlentscheidung und kann von uns in keiner Weise mitgetragen werden.

Dieser als grün-offene Liste dürftig getarnte Beschluß zur Alleinkandidatur beruht auf einer fehlerhaften Bewertung des politischen Charakters wesentlicher Teile der grünen und alternativen Wahlbewegung und zeugt darüberhinaus von einer politischen Ignoranz auch gegenüber dem, was in Selbstverständnis und Programmatik der Grünen zum Ausdruck gekommen ist.

Weiterhin sehen wir in dem spalterischen Charakter der gefaßten Entscheidung eine Gefährdung der politischen und organisatorischen Weiterentwicklung der grünen und alternativen Bewegung in Wandsbek. Insbesondere gilt dies für den Bezirksverband der Grünen Wandsbek, der derart zu Recht in die politische Isolation gerät und sich seiner Glaubwürdigkeit beraubt.

2. Wir meinen, die Partei Die Grünen bilden neben anderen einen wichtigen organisatorischen Ansatz in dem Bestreben, eine grundlegende Umkehr in Politik und Gesellschaft zu erreichen, sowie in dem Versuch, wesentliche Forderungen der außerparlamentarischen Emanzipationsbewegungen zusammenzuführen und auf parlamentarischer Ebene zu vertreten.

Dabei unbestritten und im Grundsatz akzeptiert ist, daß die Grünen ihrem Selbstverständnis entsprechend niemals Alleinvertreter und Sprachrohr dieser außerparlamentarischen Bewegungen sein können bzw. wollen.

Dem folgend sollte angesichts einer zunehmend umweltzerstörenden, kriegstreiberischen und bevölkerungsfeindlichen Orientierung der etablierten Politik grüne Politik offen sein für ein Zusammengehen mit wesentlichen Teilen der alternativen Bewegung, insbesondere in der Frage der Kandidaturen zu Wahlen. Die Notwendigkeit an einem Weiterkommen insbesondere in elementaren Forderungen der bestehenden Emanzipationsbewegungen, z. B. Ablehnung des Atomprogramms, Stop der „Nach"rüstung, ist wesentlicher Bestandteil grüner und alternativer Politik und hat zur Hamburger Bürgerschaftswahl das Zusammenfinden von Grünen und AL zu Grundlagen für gemeinsames politisches Arbeiten und Handeln ermöglicht.

3. Wir halten das Entstehen einer GAL-Wandsbek, getragen vom grünen und alternativen Teil der Wahlbewegung, für politisch unerläßlich. Alternative Kommunalpolitik in den Hamburger Bezirken, gestaltet durch die Zusammenarbeit der jeweiligen Teile der Wahlbewegung, sind unverzichtbares Fundament der GAL-Hamburg insgesamt. Dies gilt auch für Wandsbek. Dabei begründet sich die Notwendigkeit der GAL auch für Wandsbek nicht aus der anstehenden Wahl allein. Vielmehr ist das Entwickeln einer gemeinsamen politischen Praxis an grundsätzlich anders orientierter Stadtteil- und Bezirkspolitik Bedingung, um in der „Großstadt" Wandsbek Ansätze und Grundlagen für emanzipatorische Vorstellungen erstmals einer breiten Bevölkerung zugänglich und damit wirksam machen zu können. In einem Bezirk, in dem Stadtteilgruppen und Initiativen nur vereinzelt und ohne konkreten politischen Zusammenhang arbeiten, macht ein Beschluß wie der der Grünen für eine Alleinkandidatur über Jahre hinaus eine Lösung dieses Problems unmöglich. Nach wie vor halten wir eine Gegeneinanderkandidatur für schädlich. Wir sehen jedoch in der bestehenden Situation nur in einer GAL eine sinnvolle politische und organisatorische Perspektive für grüne Politik in Hamburg wie in Wandsbek.

4. Die Entscheidung für eine GAL-Wandsbek fußt darüberhinaus auf sich abzeichnenden programmatischen Differenzen gegenüber den Befürwortern einer Alleinkandidatur. Es zeigt sich, daß die Form der Kandidatur sich nicht nur organisatorisch in Abgrenzung zu anderen definiert, sondern auch für eine politische Programmatik steht, die weit hinter die der Grünen in Hamburg insgesamt zurückfällt. Es stimmt bedenklich, wenn die Wandsbeker Stadtplanung „langfristigen Naturbedürfnissen den Vorrang vor kurzfristiger Bedürfnisbefriedigung auf Wohn- und Verkehrssektor" geben soll und gleichzeitig Wohnungsnot nicht einmal benennt, geschweige denn entsprechende Forderungen dazu stellt. Ebenfalls nachdenklich stimmt, daß zwar „verstärkte Überwachung der Lärm- und Abgasemissionen aller motorisierten Fahrzeuge" und Granulat statt Streusalz gefordert wird, jedoch wesentliche Verursacher Wandsbeker Umweltzerstörung, wie z. B. die Chemiekonzerne Hoechst und Henkel, ungenannt bleiben; „denn das Auto ist der Umweltfeind Nummer Eins!"

Die grundsätzliche Orientierung solch eines sich gern „ökologisch" nennenden Politikverständnisses wird deutlich, wenn nach „verloren gegangenem Vertrauen in die Regierenden" die „weltweite Alternativ-, Ökologie- und Friedensbewegung" sich zur Grundlage die „Erkenntnisse und Mahnungen vieler Wissenschaftler und Künstler" macht, und entsprechend belehrt „die Probleme unserer Zeit" als „eine tiefgreifende Struktur- und Kulturkrise" erkennt. Die Ursache jener Krise liegt, „in unserem Denken und Handeln nach Macht und Besitz, in unserer Selbstsucht und Habgier begründet." — „Grundvoraussetzung alternativer Politik, ohne die eine sozial und ökologisch-orientierte Gesellschaft nicht möglich werden wird, ist eine Änderung der seelischen Grundlagen unserer Gesellschaft, damit die Menschen untereinander ein soziales und solidarisches Gefühl zueinander entwickeln." [Zitate aus: Entwurf f. Bezirkskurzprogramm] Diese Vorstellungen einer „Politik der wahren Moral und Kultur" finden in der Alleinkandidatur ihre Entsprechung [„Grün bleibt Grün!"].

gez.: bislang 16 Mitglieder der Grünen Wandsbek

Wanted

Es gab die Gammler, die Langhaarigen, die Studenten, die K-Gruppen, — die Kommunisten überhaupt. Es gab die Emanzen, die Mannsfrauen, die hysterischen Blaustrümpfe. Später die Terroristen und die Sympathisanten plus Sumpf. Die Friedensbewegung brachte die Idealisten und die kommunistisch gelenkte Volksfront. Ganz zu schweigen von den Kanacken und sonstigem Asylantenpack. Nun kommen noch die machtgierigen Spinner hinzu, seitdem an verschiedenen Ecken der BRD etwas ältere Mitstreiter die Oppositionsbewegungen bereichern, wie unter anderen M. Coppick oder A. Schubart. Es ist wohl nicht deplaziert, hier daran zu erinnern, daß es in der Tat eine deutsche Tradition gibt, Widersacher als „abartig", „entartet", jedenfalls dem gesunden Volksempfinden gegenüber als Fremdkörper zu erklären.



Die Darstellung solcher Menschen wie Coppick oder Aschu schwankt zwischen der Empfehlung, sich in die Psychiatrie einweisen zu lassen, und Warnunung vor ihrer besonderen eigennützigen Verlogenheit. Jedenfalls sind es Leute, mit denen mensch lieber nichts zu tun haben sollte.

Was sie selber betrifft, so ist klar: Sie sollten sich lieber mit Schrebergärten oder abendlichen Skatrunden beschäftigen, schließlich machen das Millionen und sind dabei auch nicht unglücklicher.

Besonders traurig ist aber (obwohl die BRD-Bewegungen wenig engagierte Radikaldemokraten kennt, die nicht nur ab und dann Papiere unterschreiben, sondern sich auch praktisch engagieren), daß sich dabei Linke und Rechte zum Teil einig sind.

Ein Querschnitt aus bürgerlichen (und linken) Publikationen ergibt beispielsweise folgendes KPsychogramm über Aschus „Charakter":

— Zunächst natürlich ein Einzelgänger (wo käme man hin, würde man solchen Leuten noch einen „Anhang" konzedieren?!): *„...Der ständig eine neue Heimat suchende Schubart"* („FR", 5.4.); *„Alexander Schubart, der dieses Treffen"* (gemeint ist ein hessisches AL-Treffen mit 500 Leuten) *„fast im Alleingang ... programmatisch vorbereitet hat"* („FNP"-„Frankfurter Neue Presse" -, 5.4.); *„Einsam wie auf einer Bühne steht Alexander Schubarts Sessel"* (Artikel des Ex-Linken Gaston Salvatore in der „lui", 4.4.); *„One-Man-Show des Alexander Schubarts"* („FNP", 5.4.); *„Der Magistratsdirektor — seit 1978 nicht mehr in der SPD, aber auch zu unentschlossen, den Grünen beizutreten"* („Bild", 17.11.81).

— Ein Einzelgänger, der zudem größenwahnsinnig ist: *„Dem Machtrausch erlegen"* („FNP", 27.2.82); *„Hat ihn das besoffen gemacht"* fragt die „FR" nach einer „Bild"-Überschrift (*„Der Mann, der 100.000 auf die Straße bringt'"*); *„Politiker, die sich allzu selbstbewußt hochgespielt haben, wie der suspendierte Frankfurter Magistratsdirektor Alexander Schubart..."* („FNP", 19.2.); *„Alexander Schubart hat die Allüren eines politischen Führers...Ich begehe den Fehler, ihn zu fragen, ob ihn sein plötzlicher politischer Ruhm nicht stört... Aschu sieht mich verblüfft an!"* („lui", 4.4.).

— Ein größenwahnsinniger Einzelgänger, und außerdem verlogen: *„Schubarts Parteiverzicht ist also wieder eine Folge seines persönlichen, politischen Kalküls"* (Salvatore — „lui", 4.4. — meint die Ablehnung einer aktuellen Gründung von dem, was er, G.S., perfide „NSPD" nennt); *„Die treibenden politischen Kräfte der Startbahngegner, wie Alexander Schubart, sind verlogen"* (hessischer Umweltminister — SPD — Schneider, „FAZ", 17.11.81); *„Für die SPD ist es blanker Zynismus, wie dieser Mann sich aus seiner politischen Verantwortung herauszustehlen versucht"* („FR", 17.11.81); *„Eben erst wenige Wochen Kandidat er Grünen für die hessischen Landtagswahlen, ließen ihn die Freunde nun fast einhellig im Stich und setzten ihm den Stuhl vor die Tür. Begründung: Wortbruch und Tricksereien..."* („FR", 22.2.); *„Eine Herausforderung"* (gemeint ist das Eintreten Aschus für eine hessische AL), *„die die Betroffenen als demaskierend, wenn nicht gar als verräterisch empfanden"* (ebda.).

— Ein größenwahnsinniger, verlogener Einzelgänger, außerdem ein Spinner: *„Ein politischer Irreführer"* („FR", 17.11.81); *„Geistig verwirrt"* („FAZ", 13.11.81); er leidet unter „Visionen" und rennt stets irgend einer „Fata Morgana" hinterher („FNP". 5.4.); *„Schubart hat sich vom eigenen besseren Wissen selten davon abhalten lassen, einem abfahrenden Zug hinterherzulaufen"* („FAZ", 3.4.); ein „Don Quichotte" stellt die „FNP" am 5.4. fest, und ist sich dabei mit Cohn-Bendit einig: *„Aschu, der Träumer ... kämpft gegen das Böse in der Politik wie Don Quichotte gegen Windmühlen"* („Pflasterstrand" Nr. 129 — übrigens, seit wann sind „Utopien" oder „Träume" bei den Spontis negativ besetzt?). Jedenfalls kurz und knapp, es handelt sich um einen Menschen, der nirgendwo seinen Platz hat (finden sollte!): *„Er hat dem Ansehen der Verwaltung erheblich geschadet"* („Bild", 16.1.); *„Der Frankfurter OB Wallmann betreibt gegen Schubart ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst. Wallmann ist Erfolg zu wünschen"* („FAZ", 17.11.81); *„FDP-Landtagsabgeordnete Edith Strumpf fordert die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren auf, sich von Alexander Schubart zu trennen"* („FR", 17.11.81); *„Zu seiner breiten Basis hat er keinen organisatorischen Kontakt... Wie die anderen wartet er, daß seine Wortmeldung an die Reihe kommt... Unter den Jugendlichen sieht er fremd aus... Vereinzelte Hörer lachen leise über ihn"* („lui", 4.4.); *„Rascher und konsequenter als auf der unverzüglich einberufenen Versammlung (...) ist in der Ökologiebewegung noch kaum ei-*

Landtagsabgeordnete Edith Strumpf fordert die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren auf, sich von Alexander Schubart zu trennen" („FR", 17.11.81); *„Zu seiner breiten Basis hat er keinen organisatorischen Kontakt... Wie die anderen wartet er, daß seine Wortmeldung an die Reihe kommt... Unter den Jugendlichen sieht er fremd aus... Vereinzelte Hörer lachen leise über ihn"* („lui", 4.4.); *„Rascher und konsequenter als auf der unverzüglich einberufenen Versammlung (...) ist in der Ökologiebewegung noch kaum ei-*

ner geschaßt und aus seiner Position gedrängt worden" („FR" zum Unvereinbarkeitsbeschluß der Frankfurter Grünen gegen Aschu, 22.2.).

Verdient dieser Mensch überhaupt Solidarität?

„Nichts fällt schwerer, als sich A. Schubart als Opfer vorzustellen... Vielleicht freut er sich sogar auf das Verfahren?" („lui",4.4.; ich wünsche G.S. auch mal ähnliche „Vergnügen"...); *„Im übrigen glaube ich nicht, daß es gelingen wird, Herrn Schubart zum Märtyrer zu machen"* (Wallmann, „Bild", 17.11.81).

Und ganz zum Schluß noch aus berufener Hand eine Prise Fischmehl: **„Ohne A. Schubart etwas Schlechtes zu wünschen, er hat nicht die besten Berater, aber das Beste für die Beteiligten der Aschu-Liste wäre wohl, ihr Parteitagsbrandredner würde sich 8 Wochen mit Grippe ins Bett legen, bis alles vorbei ist".** („KVZ" des KBW, 8.4.). Wo bleibt der Ruf nach der Zwangsjacke?!

E., KB/Gruppe Frankfurt



Dritter Anlauf der „Balduristen"

Die ÖDP ...

Dritter Anlauf der „Balduristen"

Die ÖDP ...

Gruhl und Springmann können es nicht lassen. Nach fast zweijähriger Vorbereitungsphase stellten sie ihre „Ökologisch-Demokratische Partei" (ÖDP) Anfang März der Öffentlichkeit vor. Hervorgegangen ist diese Partei aus der „Grünen Föderation", die

Gruhl und Springmann können es nicht lassen. Nach fast zweijähriger Vorbereitungsphase stellten sie ihre „Ökologisch-Demokratische Partei" (ÖDP) Anfang März der Öffentlichkeit vor. Hervorgegangen ist diese Partei aus der „Grünen Föderation", die

nach dem Dortmunder Parteitag der Grünen im Juni 1980 gegründet worden war. Der dort von der „grünen Mitte" unternommene (und von den linken Grünen tolerierte) Versuch, Gruhl und seine Anhängerschaft in die Partei zu integrieren, war knapp gescheitert. Zwar war der Parteitag Gruhls Kritik an dem drei Monate zuvor verabschiedeten „sozialistischen" Saarbrücker Programm durch Verabschiedung einer stark verwässerten Wahlplattform entgegengekommen; nach seiner Niederlage bei der Vorstandswahl wollte Gruhl dann von den Grünen nichts mehr wissen. Mit Springmann und Dinné gründete er die Grüne Föderation, der seine „Grüne Aktion Zukunft" (GAZ), die Bremer Grüne Liste (BGL), die Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLSH), die GLU Hamburg und die Arbeitsgemeinschaft Ökologische Politik (AGÖP) angehörten. Der Plan, nach der voraussehbaren – und dann auch eingetretenen – Niederlage der Grünen bei der Bundestagswahl größere Teile aus der Partei herauszubrechen (etwa den Landesverband Baden-Württemberg) und einen Neuanfang ohne die „sozialistischen Kader" zu versuchen, scheiterte.

Der Trägerkreis der im Oktober letzten Jahres dann formell gegründeten ÖDP ist sogar gegenüber dem der Grünen Föderation noch weiter zusammengeschmolzen. Dabei geblieben sind nur noch die GAZ, die GLU Hamburg und die AGÖP. In der GLSH,

Der Trägerkreis der im Oktober letzten Jahres dann formell gegründeten ÖDP ist sogar gegenüber dem der Grünen Föderation noch weiter zusammengeschmolzen. Dabei geblieben sind nur noch die GAZ, die GLU Hamburg und die AGÖP. In der GLSH,

dem stärksten Regionalverband der Grünen Föderation, orientiert die Mehrheit derzeit auf ein Wahlbündnis mit den Grünen. Für Baldur Springmann ist das unvorstellbar. Das Wort „grün" hat er weitgehend aus seinem Wortschatz gestrichen: Es ist für ihn durch die „kommunistischen Unterwanderer" in der Grünen Partei mißbraucht und belastet worden. Einen grundlegenden Unterschied zwischen den Grünen und den etablierten Parteien will er auch nicht gelten lassen: Zwar gebe es auch bei den Grünen vernünftige Leute – das sei aber bei CDU und SPD nicht anders (so jedenfalls sagte er es auf einer ÖDP-Veranstaltung am 22.3. in Hamburg).

Erste „Bewährungsprobe" für die ÖDP soll die Hamburger Bürgerschaftswahl am 6.Juni sein. Die völlige Aussichtslosigkeit dieser Kandidatur schreckt die Vertreter der einzigen „seriösen, ehrlichen und politisch sauberen Wahl-Alternative" (ÖDP-Selbstdarstellung) nicht. Ihre Rolle als Stichwortgeber der Springer-Presse und der etablierten Parteien gegen die „kommunistisch gesteuerten" grün-alternativen Listen dürfte das Überleben dieser Sekte für einige Zeit garantieren.

Eindrücke von einer grünen BV-Sitzung

Nach den heftigen Auseinandersetzungen im Bundesvorstand der Grünen, vor allem um die Polen-Frage (Ernst Hoplitschek: „Hoffentlich marschieren die Russen ein"), gibt es dort einen neuen Anlaß für Zank und Streit: das noch ungeklärte Verhältnis der Grünen Partei zu den Demokratischen Sozialisten. Nachfolgend dokumentieren wir einen „Augenzeugenbericht" eines auf einer der letzten Bundesvorstandssitzungen anwesenden Grünen aus Goslar (entnommen den „Grünen Informationen" des Landesverbandes Niedersachsen vom 7.4.82).

„Zufällig in Hannover weilend, wollte ich es mir als einfaches Grünen-Mitglied nicht nehmen lassen, einmal eine Grünen-Bundesvorstandssitzung ‚live' zu erleben. Gut [oder weniger gut?], daß nur so wenig Zuhörer an diesem Treffen teilnahmen. Dem grünen Ziel von friedlicher solidarischer Zukunft sprach diese Versammlung Hohn. Sich zur Politik der Vorstandsmehrheit kritisch äußernde Vorstandsmitglieder, so unsere niedersächsische Vertreterin Ursula Schwarzenberger aus Göttingen, wurden vom Wortführer der derzeitigen Vorstandsmehrheit, Ernst Hoplitschek, regelrecht fertiggemacht. Eine zwar kontroverse, aber dennoch solidarische Diskussion fand nicht statt. Später erfuhr ich, daß es sich bei dieser Sitzung noch um eine der ‚friedlichsten' gehandelt habe.

‚Fragen nach der Form sind keine Formfragen' [P.P. Zahl]; daß es sich bei diesen Auseinandersetzungen nicht nur um stilistische, sondern um entscheidende politische Fragen handelte, wurde spätestens beim Tagesordnungspunkt Demokratische Sozialisten [DS] deutlich. Mit einer unwahrscheinlichen Arroganz wurde diese sich links von der SPD bildende Gruppe von vornherein als erfolglose Sekte dargestellt; die einzige makellose Alternative zu den etablierten Parteien sei die Grüne Partei. Nun ist sicherlich nicht zu leugnen, daß es an Teilen der DS [‚zurück nach Godesberg, neue SPD'] erhebliche Kritikpunkte gibt [bei uns auch!]. Auch die DS-Plattform, die ‚Recklinghäuser Thesen', sind nicht das Gelbe vom Ei, da ist das grüne Saarbrückener Programm erheblich weiter. Andererseits ist aber auch nicht zu leugnen, daß ein erheblicher Teil der ehemaligen SPD-Mitglieder, die diese Partei wegen der Rechtsentwicklung verlassen haben, sich bisher bei uns Grünen [noch] nicht wieder organisiert hat [Stichwort Coppik: Kulturschranke]. Dieses Potential sowie zaudernde Noch-SPD'ler will die DS gewinnen. Dabei geht es nach Manfred Coppiks Aussagen darum, ‚das vorhandene Protestpotential in der Bundesrepublik im Kampf gegen den herrschenden Block zu stärken und zusammenzufassen' und für ‚jede Lösung' offen zu sein, ‚die eine Alternative links von der SPD stärkt' und nicht spalterisch wirkt. An diesem Anspruch müssen die Demokratischen Sozialisten gemessen werden. Ein arrogantes, herablassendes Herangehen der Grünen an die DS — was frappierend an das Auftreten der sog. ‚SPD-Linken' anläßlich der Grünen-Gründung erinnert — stützt den herrschenden Block und beschert ihm bestenfalls zwei wirkungslose 4,9 %-Parteien! Zum anderen zeigt sich exemplarisch an der Thematik Demokratische Sozialisten, daß in den Grünen folgende politische Grundsatzentscheidung ansteht und entschieden werden muß: Soll es ein Bündnis der Grünen mit den sich als ‚wertkonservativ' bezeichnenden Kräften um die ÖDP [Gruhl, Springmann] bis hinein ins braune Lager geben?

Oder besteht die einzig mögliche wirksame Politik gegen den ‚herrschenden Block' im Zusammengehen von Ökologie-, Sozialer und Friedensbewegung in Grün-Alternativen Bündnissen?

Viele lokale Gliederungen der Grünen, auch hier in Niedersachsen, sowie die Grün-Alternative Liste [GAL] in Hamburg auf Landesebene haben diese Grundsatzfrage praktisch vor Ort entschieden."

Michael Braedt, KV Goslar

Kostproben aus dem Grundsatzprogramm der ÖDP

Zur „globalen Bedrohung": *„Ursache dieser Fehlentwicklung sind die materialistischen Anschauungen und Lebensgewohnheiten der Industriegesellschaften."* – *„In dieser Situation ist es verantwortungslos, die Menschen mit neuen Versprechungen zu ködern und die materiellen Ansprüche von Jahr zu Jahr höherzutreiben."*

...zur „Sozialpflichtigkeit": *„Um gemeinsam zu überleben, muß der rücksichtslose Kampf der Klassen und Verbände beendet werden. Die immer schwieriger werdenden Probleme werden wir nur durch gemeinsame Einsicht, Anstrengungen und Opferbereitschaft bewältigen können."*

...zur „Lebensqualität": *„Lebensqualität umfaßt all das, was Lebenssinn und Glück des Menschen fördert: Materielle Sicherheit, Erlebnis der Natur, Pflege kultureller Werte, soziale Geborgenheit in Familie und Gesellschaft, ethisch-religiöse Sinnfindung."*

...zur „Friedenspolitik": *„Die in Mitteleuropa und in Deutschland angehäuften atomaren Zerstörungspotentiale übersteigen bei weitem die Notwendigkeit einer glaubhaften Abschreckung..."*

...zu „Familie – Bildung – Gesundheit – Gesellschaft": *„Obwohl Verfassungsgut, wurde der Familienschutz – wie auch andere Verfassungsgüter – systematisch ausgehöhlt. Aufgelöste und zerstörte Familien sind für die 'Wachstums'-Parteien ein Wirtschaftsfaktor. Intakte Familien leben sparsamer und ökologischer. Familienschutz steht deshalb vorn bei der ÖDP-Politik."* – *„Die ständige Einwanderung und Vermehrung von Menschen kann auf Dauer kein Land der Erde, erst recht nicht die überbevölkerte Bundesrepublik Deutschland, gesellschaftlich und ökologisch ohne Gefährdung und Aufgabe der eigenen Lebensinteressen und des inneren Friedens verkraften."*

Schleswig-Holstein:
„Grüner Vereinigungs-Wettlauf"

Der bürgerlichen Presse war es nicht entgangen: Da wo die „grünen" Parteien bei der Kommunalwahl gegeneinander kandidiert hatten, da waren beide an der 5%-Hürde gescheitert. Die erzkonservative „GLSH", die bislang ihre Unversöhnlichkeit gegenüber den von „linken Kadern" unterwanderten Bundes-Grünen betont hatte, erklärt daraufhin, daß man die „Grünen" auffordere, sofort Bündnisverhandlungen zu den Landtagswahlen 1983 aufzunehmen. Man fordert sogar unverzüglich „Sondierungsgespräche".

Und bei den „Grünen"? Am Anfang stand noch die „zurückhaltende" Erklärung von Landesvorstandsmitglied, Lars Hennings: „... *seine Partei strebe ein breites Bündnis an, das sorgfältig vorbereitet werden solle. (...)*". Statt einem sofortigen Sondierungsgespräch teilt Hennings mit, daß eine grüne Delegation auf dem GLSH-Parteitag anwesend sein werde. „*Seine Partei, Die Grünen, wollten auch gesprächsoffen für die neuen ,Demokratischen Sozialisten' , Bürgerinitiativen und unabhängige Ökologen sein.*" (alles: „Flensborg Avis", 19.3.82). Aber schon einige Tage später erläutert Landesvorsitzender Michael Gaertner, warum nun doch ein Sondierungsgespräch geführt werde: „.... *(ihre Haltung) werden (die Grünen) nun in einem persönlichen Gespräch erläutern, da ein seit zwei Wochen andauernder Briefwechsel nicht weiterführe, sonder Mißverständnisses hervorrufen könne*". („Flensburger Tageblatt", 25.3.82)

Auffällig an diesen Statements der Grünen ist schlicht ihre Zurückhaltung. Dazu muß man wissen:
— daß die GLSH es war, die mögliche gemeinsame Kandidaturen zur Kommunalwahl in Flensburg und Lübeck ganz bewußt verhindert hat!
— Boje Maaßen von der GLSH erklärt unzweideutig, daß es ihnen um die „*Zusammenfassung der ökologischen Kräfte gehe*" („Flensburger Tageblatt", 18.3.). Das heißt auf deutsch: Ohne die Sozialisten.
— Und in der Tat weiß die „Kieler Rundschau" zu berichten: „*Maaßen faßte zusammen: Die GLSH sei keine linke und keine rechte Partei, sondern eine ökologische Partei der Mitte mit progressiven, konservativen und neuen (??) Akzenten — ohne radikale Parolen, nicht als Sammlung links von der SPD.*" (18.3.82)
— In ihrem Parteitagsbeschluß heißt es dementsprechend auch: „*(Ein Wahlbündnis ja, aber:...) Die Listenplätze müßten paritätisch durch das Los vergeben werden. Die Kandidaten auf den ersten 10 Plätzen der Liste müssen von beiden Seiten akzeptiert werden. So will die Grüne Liste vermeiden, daß diese vielleicht wichtigen Plätze von Kommunisten besetzt werden könnten.*" Bleibt nur noch zu erwähnen, daß dises Papier des erweiterten GLSH-Vorstands mit 34 gegen 2 Delegiertenstimmen gebilligt wurde. Damit ist die Spaltung klar vorgezeichnet!

Die „Kieler Rundschau" weiß es richtig zu würdigen: „*Der bei der GLSH laut gewordene Vorbehalt gegen 'Z-Leute' hieße, daß die Landesvorsitzende Uta Wilke, der Kieler Ratsherr Nico Sönnichsen und die Flensburgerin Tamara Tschikowani von den linken Grünen auf Widerstand stoßen würden. Beobachter gehen außerdem davon aus, daß die ,Grüne Liste' nur ungern Sozialisten wie Horst Mühlenhardt und Lars Hennings auf vorderen Plätzen einer Landesliste sähe. Ein 'Knackpunkt ' wäre auch eine Bündnisöffnung für die neue Coppik-Hansen-Partei.*" (1.4.82). Nach all dem ist offensichtlich: Die GLSH — laut dem Grünen Michael Gaertner am Schrumpfen — betätigt sich in gewohnter Manier: Das Bündnisangebot ist rein taktischer Natur. Das Wahlspektrum in Schleswig-Holstein wird sich (bis zu den Landtagswahlen) voraussichtlich noch erweitern. Die Gründung der „Demokratischen Sozialisten" steht in Schleswig-Holstein unmittelbar bevor: Am 16.5. um 10.00 Uhr findet der erste Landeskongreß der „Demokratischen Sozialisten" in Schleswig-Holstein statt.

Ein Genosse aus SH



Baden-Württemberg
Die grüne Basis rebelliert

Der sich da auf IKEA-Möbeln räkelt, ist kein geringerer als unser grüner Landtagsabgeordneter Helgo. Daß es bisher nur zu IKEA gereicht hat, liegt sicher nicht am Salär des Parlamentariers, das runde 8000 DM pro Monat beträgt. Mag sein, daß das kürzlich angeschaffte Reitpferd Helgo die Kohlen wegfuttert.

Die eher gemütlichen Grünen aus dem Badner- und Schwabenländle haben sich von ihren Parlamentariern ja eine Menge bieten lassen. Mal abgesehen vom Zaster, den sie alle für sich behalten. Der grüne Landtagsabgeordnete Heimann z.B. spart von seinen acht Mille immer ein nettes Sümmchen für seinen nächsten Wahlkampf. Und der ist wichtig, denn wer zwei Legislaturperioden im Stuttgarter Landtag sitzt, hat Anspruch auf Rente. Das ist natürlich allemal verlockender als die eigenen hehren Erklärungen vor dem letzten Urnengang. O-Ton Heimann 1980: „*Unsere Abgeordneten werden von ihrer Aufwandsentschädigung nicht mehr für sich beanspruchen als zur Deckung ihrer Unkosten erforderlich ist. Die Diäten sollen vornehmlich nützlichen Zwecken zufließen*". Da wiehert Helgos Schimmel – ist ja auch ein ökologisches Fortbewegungsmittel, oder?

Bei solchen Einkünften ist es nicht schwierig, anderen Leuten eine Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich vorzuschlagen. Wo das Lohnausgleich vorzuschlagen. Wo das Geld für einen vollen Lohnausgleich denn herkommen solle, wehklagte Heimann auf dem Recklinghausener Forum.

Doch zurück zur Basis. Helgos Pferd haben sie noch verkraftet. Der Gaul ging ihnen erst dann durch, als Bran ans Eingemachte ging und neben dem Grundprinzip Basisdemokratie auch noch die Ökologie verkaufen wollte. Auf einer Klausurtagung fand unser Parlamentarier nämlich auch am Hochtemperaturreaktor positive Aspekte. Ganz zu schweigen von einem unterirdischen Atomkraftwerk: das sei immer noch besser als eines über der Erde.

Der Freiburger Kreisverband entzog ihm daraufhin das Vertrauen; von 63 Anwesenden standen nur noch drei hinter ihm. Bestätigt wurde dieses Mißtrauen auch durch das Votum eines „Kleinen Parteitages": Bran soll seinen Sessel in Stuttgart räumen oder sich eine andere Partei suchen. Freilich ist eher letzteres zu erwarten, schon allein dem armen Pferd zuliebe.

Vom KB her stehen wir natürlich voll hinter Helgo. So gründlich hätten wir im AK die Gefahren der „Professionalisierung" und die Vorteile einer strikten Basisanbindung nie beschreiben können.

Das bekamen auch andere zu spüren. Die grüne Landesvorsitzende Marie-Luise Beck-Oberdorf, hier und anderswo zärtlich MLBO genannt, wollte ihre Stellung durch finanzielle Absicherung stärken. Unterstützt wurde sie dabei von der Landtagsmannschaft. Nach dem Faux-Pas von Helgo wollte der „Kleine Parteitag" aber von diesen Berufspolitiker-Allüren nichts mehr wissen: ihr Antrag auf Bezahlung durch die Partei wurde erstmal abgelehnt.

Auch für die anderen Spitzenpoli- Auch für die anderen Spitzenpoli-tiker gab's Druck wegen ihrer Basisferne und der Ausnutzung ihres Pressemonopols. MdL Kretschmann („Wir sind eine Partei und kein ökologischer Mönchsorden") war empört: „Wir sind doch nicht euer Schuhabstreifer", rief er den Delegierten zu.

Wie schön war doch das Rotationsprinzip...

Ein Genosse aus Freiburg

Schleswig-Holstein:
„Die linke SPD zerstört grüne Luftschlösser"

Daß Matthiesen seine Ablehnung der Öffnung der SPD zu den Grünen auch nach der Wahlniederlage in Niedersachsen nicht ändert, war zu befürchten: „*Eine grün-rote Strategie der SPD in Schleswig-Holstein ist nicht mehrheitsfähig und wird die FDP, die dann verstärkt um ihr Überleben kämpfen müßte, in eine Koalition mit der CDU zurücktreiben*"! (Laut „Kieler Rundschau", 18.3.)

Die nächste Absage erhielten die Grünen dann als neugewählte Rathaus- und Kreistags-Abgeordnete: Nirgendwo ermöglichte die SPD — geschweige denn eine andere Partei — ihnen durch Listenverbindung die Mitarbeit in Ausschüssen. Besonders kraß trat dies in Kiel zu Tage, nachdem die CDU gerade mit der FDP eine solche Vereinbarung getroffen hatte: Denn dadurch sind die Grünen die einzige Rathaus-Gruppierung, die bei der Parlamentsarbeit massiv behindert wird.

Am 26.3. trat dann der bislang als Linker bekannte Gerd Börnsen, Landtagsmitglied und Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes der SPD, in die „Offensive": „*Die grünen Protestparteien haben bei den Wahlen fast ausnahmslos zur Stärkung jener politischen Kräfte beigetragen, die den rücksichtslosen Ausbau der Kernenergie und die drastische Kürzung sozialer Leistungsgesetze betreiben*". „Flensborg Avis" berichtet dann weiter: „*Deshalb müßten die grünen Protestparteien auf einen harten Wahlkampf mit der SPD vorbereitet sein, wenn sie 1983 noch einmal als Wahlhelfer des christdemokratischen Ministerpräsidenten Stoltenberg auftreten wollen. Offenbar haben die Grünen bis heute nicht durchschaut, welche Rolle sie als vierte Partei in der Strategie der CDU zur Machterlangung in Kiel und zur Machterhaltung in Bonn so bereitwillig spielen.*" Aber es kommt noch plumper: „*'Der Weiterbau des Kernkraftwerkes in Brokdorf geht wesentlich auf ihr Schuldkonto'. Daher, so Börnsen, 'werden die Sozialdemokraten die Grünen im kommenden Landtagswahlkampf daran messen, ob sie ihre Politik selbstkritisch überprüfen und korrigieren, und ob sie mithelfen, den notwendigen Regierungswechsel in Schleswig-Holstein herbeizuführen' *". Angesichts so viel frecher Demagogie erübrigt sich an dieser Stelle wohl jeder Kommentar.

Höchst interessant wäre natürlich eine Stellungnahme von Seiten der linken „Grünen" gewesen — galten ihre Spekulationen über eine grün/SPD-Zusammenarbeit doch gerade den linken Repräsentanten wie Börnsen. Aber leider liegt dazu bislang nichts vor. Diejenigen, die vorgegeben haben, daß „*mit der SPD grüne Positionen durchsetzbar sind*" (so die Landesvorsitzende Uta Wilke) hat angesichts sovieler Unverschämtheiten seitens der SPD erst einmal ihre Sprache verloren.

Ein Genosse aus SH

Pinneberg:
Grüne Abgeordnete sehen „reale Politikchancen" mit der CDU

Mit einem Ergebnis von 6,4% der Stimmen waren die Grünen mit drei Abgeordneten in den Pinneberger Kreistag eingezogen. Das aber reichte nicht, um den Einzug der Grünen in die parlamentarischen Ausschüsse zu ermöglichen. Noch am Wahlsonntag hatte die SPD den Grünen und der FDP eine Listenverbindung angeboten, um eine Mehrheit gegenüber der CDU aufrechtzuerhalten. Nachdem sich die SPD ausgerechnet hatte, daß eine Listenverbindung mit der FDP für sie ausreiche, standen die Grünen wieder im Regen.

„Superschlau" erklärte dann Andreas Groß für die Grünen Abgeordneten gegenüber der Presse, man wolle jetzt mit der CDU eine Listenverbindung eingehen: „*Die CDU bekäme dann im Kreisausschuß* (dem höchsten Verwaltungsleitenden Organ – Anm.AK) *die absolute Mehrheit, und wir könnten in den übrigen Ausschüssen mitarbeiten*" (nach „Pinneberger Tageblatt", 17.3.82). CDU-Sprecher Hans-Ulrich Frank erklärte, man habe „*mit Erstaunen und Ungläubigkeit*" das grüne Angebot aufgenommen, eine Zusammenarbeit mit den Grünen sei „*prinzipiell nicht ausgeschlossen*" (PT, 18.3.82).

Die Grünen, die das ganze ins Spiel gebracht hatten, um die SPD unter ,Druck' zu setzen, bekamen daraufhin kalte Füße. Nun betonte Andreas Groß, die vorherigen Überlegungen hätten von „*einzelnen*" gestammt, „*die keine Chance haben, Mehrheiten zu gewinnen*".

„*Wir legen Wert darauf festzustellen, daß die Grünen in keiner erdenklichen Weise diese Möglichkeit für sich in Betracht gezogen haben oder in Betracht ziehen*", heißt es dazu in einer Grünen Presseerklärung.

Solches Taktieren mit der Absicht, „*Ausschußsitze zu erkaufen, gehöre zum Repertoire der etablierten Parteien, stehe aber grundsätzlich den Aussagen des Programms der Grünen entgegen*", zitiert der Bericht des „Pinneberger Tageblatts" (vom 19.3.82) weiter.

Das vereinbarte Gespräch mit der CDU wurde wieder abgesagt, wenn auch die allgemeine Gesprächsbereitschaft der Grünen mit allen Parteien weiterhin betont wird.

Im Kreismitgliederrundbrief kritisieren zwei Mitglieder der Grünen diese „*extrem schädliche Taktik*" und konstatieren ein „*Eigentor in der ersten Spielminute*". Dieses Vorgehen habe die Kreistagsfraktion auch nirgends abgesprochen, eine solch „*peinliche Angelegenheit*" dürfe sich „*auf keinen Fall wiederholen*".

Die Kritiker lehnen darüberhinaus generell solcheGesprächsangebote an die CDU ab, die nur der SPD die Möglichkeit „demagogischer Attacken" gegenüber den Grünen erlaube.

In einer Replik betont Jörg Inzelmann von den Grünen, daß die Kritik zwar derzeit richtig sei, wo die Kreistagsgrünen noch „*kein politisches Profil*" hätten, trotzdem sei es schließlich „*ohne weiteres sinnvoll ... mit der CDU sowohl taktisch (Besetzung von Ausschußsitzungen) als auch inhaltlich zusammenzuarbeiten*". Man solle nicht „*unnötig Tribut an eine saubere linke weiße Weste*" zahlen. In Zukunft werde es die „*größere Schwierigkeit*" sein, gegenüber der SPD „*nicht in Taktiererei zu verfallen*", weil man „*alle Mühe*" haben werde, „*parlamentarisch nicht in die Situation zu kommen, SPD-Anträge mittragen zu müssen, weil man sonst de facto CDU-Politik zur Durchsetzung verhilft.*" Inzelmann selbst sieht darin auch die Gefahr, „*auf den linkenFlügel der SPD herunterzukommen*", doch er warnt gleichzeitig vor allen „*Dogmen*" und „*prinzipiellen Aussagen*", weil „*saubere Politik*" zwar „*moralisch integer*" sei, „*jedoch auf die Politik keinen Einfluß*" haben könne.

Ja, der „politische Einfluß" auf die Mehrheitsbeschaffung im Parlament ist es, der diesen neuen Abgeordneten schon mit 6,4% zu Kopfe gestiegen ist – an sich ja eine Angelegenheit, mit der die FDP in den Parlamenten ihre Rolle erhielt und erhält. Da kann es dann mal schon zu einer Verwechselung kommen, daß eine Mehrheitsbeschaffung für die CDU (die für den entscheidenden Ausschuß im Kreistag im grünen Angebot stand) als „taktischer Schritt" verkauft wird (so Inzelmann). Da solle jetzt niemand mit seinen „Dogmen" kommen.

Wenn solche Ansichten noch nach dem ersten Patzer weiter verbreitet werden, dürfte es kaum bei „einem mißglückten Schritt auf politischem Neuland" bleiben, wie es Inzelmann sehen will.

Den Kritikern, die solche CDU-Taktierereien prinzipiell ablehnen, wird vorgehalten, sie wollten sich gegenüber „realen Politikchancen" (mit der CDU) abschotten.

Dieses Parlament ist schon ein erstaunlich Ding, da öffnen sich vom ersten Tage an gleich Bündnismöglichkeiten mit der CDU, wovor der üblich dogmatische Linke ansonsten ja nur Angstträume habe – und mit der SPD erst einmal, da wird es schon richtig gefährlich vor lauter Möglichkeiten der realen Politikfähigkeiten in solchem Parlament...

Dem Leser wollen wir es auch nicht vorenthalten, daß sowohl die zitierten Kritiker als auch die benannten grünen Abgeordneten aus den Reihen der ISP kommen.



Interview mit August Haußleiter

(Herausgeber der Zeitung „Die Grünen")

Dies Interview befaßt sich noch einmal mit dem vom letzten Bundesparteitag der Grünen (2. - 4.10.81 in Offenbach) beschlossenen Friedensmanifest. Aufgrund einer „Verkettung unglücklicher Umstände" können wir es erst zu einem Zeitpunkt bringen, wo die – ohnehin nur sehr zaghaft geführte – Auseinandersetzung um das Friedensmanifest endgültig abgeschlossen sein dürfte. Eine offizielle Beantwortung des Offenen Briefs (an den Bundesvorstand und die Partei Die Grünen), mit dem der KB kurz nach dem Parteitag die öffentliche Debatte um das Friedensmanifest zu eröffnen versucht hatte, war zwar zunächst angekündigt worden. Auf Beschluß des Bundeshauptausschusses (BHA) der Grünen hatte die Bundesgeschäftsstelle nach einigem Zögern allen BHA-Mitgliedern den Offenen Brief zugeschickt. Im Januar erhielten wir einen Brief von Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann, der die baldige Behandlung unserer Kritik in Aussicht stellte: *„Ich gehe davon aus, daß Euer Brief auf einer der beiden nächsten BHA-Sitzungen Mitte Februar bzw. Anfang März beraten wird. Eine Stellungnahme wird Euch dann zugehen".* Bisher hat sich der BHA aber nicht mit dem Offenen Brief des KB befaßt. Es ist auch kaum anzunehmen, daß das noch nachgeholt wird: jetzt steht die Vorbereitung des nächsten Bundesparteitags auf der Tagesordnung, und vom Friedensmanifest spricht ohnehin kaum noch jemand.

Unsere Fragen zum Friedensmanifest hatten wir August Haußleiter im Dezember erstmals schriftlich vorgelegt; die letzte Frage (zu den Bestrebungen, eine n e u e grüne Zeitung zu schaffen) wurde im März nachgeschoben.

Veröffentlichungen im AK zum Thema Friedensmanifest:

„Bundesparteitag der Grünen in Offenbach: Zwischen Radikalpazifismus und Drei-Welten-Theorie" (AK 210, S. 41); „Offener Brief zum grünen Friedensmanifest" (AK 211, S. 8); „Grünes Friedensmanifest ‚redaktionell überarbeitet' " (AK 214, S. 28); Interview mit Marie-Luise Beck-Oberdorf (AK 214, S. 29).



AK: Wir haben in der letzten Ausgabe des AK (AK 214, S. 28) die wesentlichen Änderungen dokumentiert, die die auf dem Offenbacher Parteitag eingesetzte Redaktionskommission an dem dort verabschiedeten Text vorgenommen hat. Wie ist es möglich – Stichwort Basisdemokratie –, daß bei den Grünen fünf Leute Parteitagsbeschlüsse in ihrem Sinne abändern und das Friedensmanifest z.B. um einen Passus ergänzen, in dem die Grünen sich für „Wiedervereinigung" aussprechen – was auf dem Parteitag nicht einmal zur Debatte stand?

nen sich für „Wiedervereinigung" aussprechen – was auf dem Parteitag nicht einmal zur Debatte stand?

A.H.: Die Delegierten des Offenbacher Parteitags der Grünen hatten das berechtigte Gefühl, der von ihnen diskutierte Entwurf des Friedensmanifests bedürfe einer Schlußredaktion. Dazu wurde eine Redaktionskommission gewählt, deren Arbeitsergebnisse sowohl durch den Hauptausschuß, wie insbesondere durch eine neue Delegiertenversammlung kontrolliert und auch selbstverständlich geändert werden können. Ich sehe bei einem so umfangreichen Text, für den natürlich verschiedene und sich auch widersprechende Beschlußvorlagen zugrundelagen, kaum eine andere Vorgehensweise – auch wenn die Basis die Entwürfe, wie es ja geschehen ist, vorher diskutiert. Die Einfügung „So würde die Grundlage geschaffen, um die Teilung Europas und damit auch die deutsche Spaltung zu überwinden" wurde in Offenbach von dem Ausschuß „Blockfreiheit" vorgeschlagen und fand, soviel ich feststellen konnte, keinen Widerspruch. Sie sagt etwas völlig anderes aus als die CDU-Formel „Wiedervereinigung", die eine Vereinnahmung der DDR durch die BRD zum Inhalt hat. Die Überwindung der Teilung Europas vollzieht sich meiner Meinung nach gegenwärtig trotz aller dortigen Krisen im Rahmen des KSZE-Prozesses, den die USA nicht ohne Grund zu torpedieren versuchen. Überwindung der Spaltung Deutschlands bedeutet sicher nicht die Rückkehr zu einem Bismarck'schen Nationalstaat, sondern zu einem normalen Neben- und Miteinander, wie es gerade durch die Notwendigkeit einer europäischen Friedensordnung bedingt ist.

AK: Der Offenbacher Parteitag hatte zum militärischen Kräfteverhältnis einander ausschließende Aussagen gemacht: einmal war eine Formulierung beschlossen worden, in der vom „Davongaloppieren" der US-Rüstung vor der Rüstung der SU gesprochen wurde; an anderer Stelle wurde behauptet, die SU habe mit den USA „auf dem Feld der strategischen Waffen gleichgezogen". Die Redaktionskommission hat diesen offenkundigen Widerspruch zu glätten versucht. Halten Sie das Problem mit der jetzt vorliegenden Formulierung für gelöst?

A.H.: Ich halte die Analyse der westlichen „Nachrüstung" im Friedensmanifest der Grünen für korrekt; sie ist überdies verbunden mit dem Be-

A.H.: Ich halte die Analyse der westlichen „Nachrüstung" im Friedensmanifest der Grünen für korrekt; sie ist überdies verbunden mit dem Be-

kenntnis zum Krefelder Appell. Die Pershing 2 und die Cruise Missiles werden zurecht als Erstschlagwaffen charakterisiert. Demgegenüber wirkt die Analyse der sowjetischen Strategie und Rüstung als vordergründig; sie lehnt sich an westliche Propaganda-Schablonen an. Ein wesentlicher Unterschied zur US-Propaganda liegt jedoch genau dort, wo festgestellt wird, die Sowjetunion habe „auf dem Felde der strategischen Waffen gleichgezogen". Das widerspricht exakt der NATO-Behauptung, die Sowjetunion habe ein bedrohliches Übergewicht erreicht.

AK: In der „überarbeiteten" Fassung des Friedensmanifests halten wir insbesondere zwei Aussagen über die SU für unsinnig: einmal wird dort – in Anlehnung an die Exterminismus-Theorie – die These aufgestellt: „Die sowjetische Militärmacht ist mit dem politischen Apparat zu einem militärisch-bürokratischen Komplex verwachsen, in dem das Interesse der Militärs an der Ausweitung ihres Bereichs dominiert" (übrigens auch eine Neuformulierung durch die Redaktionskommission). Außerdem wird der SU vorgeworfen, sie würde durch die SS 20 „den propagandistischen Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen (liefern) und somit den Rüstungswettlauf (fördern)".

A.H.: Die Aussage über das Verhältnis der sowjetischen Militärmacht zum politischen Apparat halte ich für ein typisches Beispiel jener Kreml-Astrologie, in der sich der Westen so gerne ergeht; sie kann ersatzlos gestrichen werden. Es wäre richtig, in dem entsprechenden Absatz nüchtern festzustellen: „Das Motiv der sowjetischen Rüstungs- und Außenpolitik ist die Absicherung des eigenen Machtbereichs". Vielleicht versteht man aber die Grünen besser, wenn man ihre Sorge um den lebensnotwendigen Erfolg der neuen Friedensbewegung begreift; dieser Erfolg setzt die sichtbare Unabhängigkeit von allen Supermächten voraus. Das verführt natürlich manchmal zur Übernahme widersprüchlicher Klischees. Dagegen muß man sich um der Sache willen wenden. Auf eines darf ich Sie aufmerksam machen; im Text des Friedensmanifests heißt es: „die SS 20 Atomrakete... Sie liefert den propagandistischen Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen (und nicht: die Sowjetunion). Das ist eine korrekte Feststellung: Die SS 20 wird als Vorwand für die Nachrüstung benützt und mißbraucht.

AK: Der Hamburger Landesverband der Grünen hat in einer Resolution, in der die Breschnew-Demonstration am 22.11. abgelehnt wird, die Formel verwendet „Wer SS 20 sagt, der muß auch Polaris/Poseidon/Trident sagen" – in Abgrenzung zu der massiv an die Friedensbewegung herangetragenen (und von Teilen der Friedensbewegung auch schon übernommenen) Aufforderung „Wer Pershing sagt, der muß auch SS 20 sagen". Wie schätzen Sie die Gefahr ein, daß der Friedensbewegung mit dieser Gleichsetzung „Gegen Pershing 2 und SS 20" die Spitze abgebrochen wird?

Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Breschnew-Demo am 22.11.?

A.H.: Genau aus diesem Grunde muß die Friedensbewegung geradezu leidenschaftlich der Gleichstellung von Pershing 2 und SS 20 widersprechen. Die Ablösung der SS 4 und der SS 5 durch die verbesserte SS 20 stellt keinerlei fundamentale strategische Veränderung in Europa dar. Die Aufstellung von Pershing 2 und Cruise Missiles auf deutschem Boden macht den auf Europa begrenzten Atomkrieg und einen amerikanischen Erstschlag von deutschem Boden aus möglich. Wenn die Bundesregierung dies zuläßt, macht sie sich der Mitwirkung bei der Vorbereitung eines möglichen Angriffskrieges von deutschem Boden aus schuldig. Die Strafanzeige der Grünen gegen die Bundesregierung beim Generalbundesanwalt wurde jetzt durch hervorragende Staatsrechtler als richtig bestätigt.

Ich meine, daß das Friedensmanifest der Grünen bei all dem, was man einem solchen Dokument im einzelnen immer vorhalten mag, den großen Zusammenhang sichtbar macht. Daß die Grünen darüber hinaus beschlossen haben, sich gegen den Einsatz der Bundeswehr im Ernstfalle zu wenden, weil dieser nur zur Selbstvernichtung führen würde, unterstreicht die Entschlossenheit ihres Friedenswillen.

führen würde, unterstreicht die Entschlossenheit ihres Friedenswillen.

AK: Es gibt Bemühungen innerhalb des Bundesvorstands, ein neues grünes ‚Zentralorgan' zu schaffen, das im Sinne der ‚Hoplitschek–Linie' gegenwärtig etwa die Polen-Solidarität zu d e m Schwerpunktthema erheben und die Abgrenzung von Teilen der Friedensbewegung (DKP, Unterstützer des Krefelder Appells) betreiben würde. Was können Sie als Herausgeber der Zeitung „Die Grünen" dazu sagen? Wird über diese Frage überhaupt offen diskutiert?

A.H.: Als Herausgeber der Wochenzeitung „Die Grünen" befürworte ich grundsätzlich möglichst viele Publikationsorgane der Grünen, sowohl Mitteilungsblätter der einzelnen Landesverbände wie auch ein Monatsmagazin des Bundesverbandes. Würde allerdings ein solches Magazin die Friedensbewegung zu spalten versuchen, oder würde es in der Polen-Frage auch nur indirekt der Reagan-Linie folgen, dann wäre ein solcher Versuch bei den Grünen zum Scheitern verurteilt. Der Untergang von „Anders leben", das den „Krefelder Appell" in Zweifel zu ziehen versuchte, hat deutlich gezeigt, wie wachsam die Grünen in solchen Fällen sind. Der Bundeshauptausschuß der Grünen hat sich in Bielefeld ausdrücklich zur Einheit der Friedensbewegung bekannt; er hat damit nur die auf diesem Gebiete kompromißlose Haltung unserer Basis bestätigt. Wer dagegen publizistisch innerhalb der Grünen angehen würde, müsste scheitern. In einem von der NATO kontrollierten Lande wird es immer Versuche geben, eine unabhängige demokratische Opposition zu manipulieren und auf NATO-Kurs gleichzuschalten. Aber die vitalen Interessen der Menschen in Europa stehen dem so entgegen, daß man solchen Bemühungen gelassen entgegen sehen kann – solange die Basis so wachsam wie bisher bleibt.

Aus dem Friedensmanifest der Grünen

Zur Einschätzung der Sowjetunion enthält das Friedensmanifest u.a. folgende Passage (überarbeitete Fassung):

Wir GRÜNEN sind in unserem Engagement gegen die NATO-Aufrüstung weit davon entfernt, in der Sowjetunion einen Hort des Friedens zu sehen. Die sowjetische Militärmacht ist mit dem politischen Apparat zu einem militärisch-bürokratischen Komplex verwachsen, in dem das Interesse der Militärs an der Ausweitung ihres Bereichs dominiert. Ihrer Struktur und ihrem Umfang nach ist diese Militärmacht geeignet zur *Eroberung*. Das Motiv der sowjetischen Eroberungspolitik ist die *„Absicherung"* des eigenen Machtbereichs durch seine Ausdehnung rund um den Globus; das ökonomische Motiv ist die Öffnung des Zugangs zu fremden Produktivkräften und Rohstoffen.

Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren eine weltweit operierende Kriegsflotte ausgebaut (darunter Flugzeugträger), neue Generationen von Panzern, strategischen Bombern (Backfire), Kampfflugzeuge usw. in Dienst gestellt und in einer gigantischen Nachrüstung mit den USA auf dem Feld eurostrategischer (in der vom Offenbacher Parteitag beschlossenen Fassung hieß es „strategischer"; Anm. AK) Atomwaffen gleichgezogen. Auch wenn die Sowjetunion den neuen amerikanischen Waffen nichts vergleichbares entgegensetzen kann, stellt die SS 20-Atomrakete nach den Aussagen des Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI durch ihre Reichweite (bis zu 5000 km), ihre Zielgenauigkeit und ihre Beweglichkeit eine bemerkenswerte quantitative und qualitative Weiterentwicklung – und damit eine verstärkte Bedrohung Westeuropas dar. Sie liefert den propagandistischen Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf.

Im Offenen Brief des Leitenden Gremiums des KB (der sich allerdings noch auf den ursprünglichen vom Parteitag beschlossenen Text bezog) wurde dazu kritisch angemerkt:

– zu der Aussage, die sowjetische Militärmacht sei „ihrem Umfang und ihrer Struktur nach geeignet zur Eroberung":

Daß die Sowjetunion tatsächlich vor Militäraktionen gegen schwächere Staaten nicht zurückschreckt, ist an Fallbeispielen bewiesen. Die Tatsache ist aber nicht in „Struktur und Umfang" ihrer Streitkräfte begründet. In Afghanistan unterhält die Sowjetunion unterschiedlichen Angaben zufolge, ca. 80.000 bis 100.000 Soldaten. Auf welchen „Umfang" müßte man Eurer Ansicht nach die sowjetischen Streitkräfte in ihrer Gesamtheit reduzieren, um solche Militäraktionen a u s z u s c h l i e ß e n ?

– zum Streben der Sowjetunion nach „Ausdehnung ihres Machtbereichs rund um den Globus":

Dieser Behauptung möchten wir in ihrer Allgemeinheit gar nicht widersprechen. Es fragt sich nur, über welche militärischen und wirtschaftlichen M i t t e l sie dazu verfügt. Was diesen praktischen Gesichtspunkt angeht, verweisen wir noch einmal auf die globale Überlegenheit der USA und ihrer Verbündeten. Im übrigen wird die Formel vom sowjetischen Streben nach weltweiter Expansion als Zentralmotiv der Reagan-Kriegspolitik verwendet – wobei es in erster Linie und nahezu ausschließlich Befreiungskämpfe in Ländern der Dritten Welt sind, die als Resultat sowjetischer Expansion dargestellt werden (Nikaragua, El Salvador, Südafrika, Zaire/Shaba, Libyen, Nahost u.a.m.).

– zu den von der SU in Dienst gestellten „neuen Generationen von Panzern, strategischen Bombern... usw.":

Man wird es mit Recht bedauern, aber es ist nun einmal so, daß heute selbst Kleinstaaten laufend „neue Generationen" von Waffen einführen, weil Waffensysteme in extrem kurzer Zeit schon als „technisch überholt" gelten. Die einfache Feststellung, daß die Sowjetunion „neue Generationen" von Panzern produziert, gibt für den von Euch im Friedensmanifest behaupteten Zusammenhang (sowjetische Eroberungsabsichten, Bedrohung etc.) gar nichts her.

– zur SS 20:

Euer Parteitag hat beschlossen: Die sowjetische SS 20 sei **„eine verstärkte Bedrohung Westeuropas". „Sie liefert den Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf".** Dem ersten Teil Eurer Aussage ist zuzustimmen. Nicht bloß die SS 20, sondern auch und mehr noch der zahlenmäßige Ausbau der sowjetischen s t r a t e g i s c h e n Waffen (die ja auch nicht alle bloß auf die USA gerichtet sind) verstärkt die „Bedrohung Westeuropas". Wenn man weiß, daß die BRD das größte Atomwaffen-Arsenal der Welt darstellt, und wenn man zur Beseitigung oder Abschwächung dieses Zustands noch keinen praktischen Schritt geschafft hat, soll man sich nicht wundern, daß die Gegenseite diesen Atomstützpunkt der USA massiv „bedroht". Deswegen die Sowjetunion anzuklagen, mag zwar Eure „Glaubwürdigkeit" bei Helmut Schmidt oder Axel Springer erhöhen, aber es steht unserer Ansicht nach der bundesdeutschen Friedensbewegung überhaupt nicht gut zu Gesicht.

Euer Parteitag hat sich mit diesen Aussagen zudem die NATO-offizielle Version zu eigen gemacht, daß es auf diesem Gebiet eine sowjetische „Vorrüstung" gebe und es sich bei der neuen Raketenrüstung der NATO tatsächlich um eine „Nachrüstung" („G e g e n m a ß n a h m e n") handele. In dieselbe Richtung geht Eure Aussage, die Sowjetunion habe mit der SS 20 **„den Rüstungswettlauf gefördert"** – im Gegensatz zu der schon zitierten Aussage von anderer Stelle Eures Friedensmanifest, die den USA die antreibende Rolle beim „Rüstungswettlauf" zuschreibt.

Kleine Nachlese zur Niedersachsenwahl
Die besten Einzelergebnisse der Grünen

Wahlkreis	Ergebnis
61 Lüchow-Dannenberg	14,1 %
21 Göttingen	11,7 %
75 Oldenburg-Nord	11,3 %
74 Oldenburg-Süd	10,9 %
33 Hannover-Mitte	9,9 %
34 Hannover-List	9,7 %
63 Lüneburg	9,2 %
53 Osterholz-Scharmbeck	9,2 %
66 Buchholz	9,1 %
100 Wilhelmshaven	8,8 %
99 Jever	8,7 %
38 Hannover-Linden	8,4 %
1 Braunschweig-Nordost	8,3 %
22 Göttingen-Land	8,3 %
97 Ammerland	8,3 %
73 Wesermünde	8,2 %
72 Cuxhaven	8,1 %

Das sind 17 Wahlkreise mit einem Ergebnis über 8 %. Ebenso viele Wahlkreise liegen unter 5 %; die schwächsten Kreise sind Helmstedt und Schaumburg mit 4,3 %. Alle übrigen 66 Wahlkreise brachten Ergebnisse zwischen 5 und 8 %.

Erwartungsgemäß brachte wiederum der Wahlkreis Lüchow-Dannenberg das beste Ergebnis. In einigen Stimmbezirken um Gorleben erreichten die Grünen die absolute Mehrheit (Trebel, Marleben, Gedelitz).

Abgesehen von diesem Ausnahme-Wahlkreis liegen die grünen Hochburgen in den größeren Städten, insbesondere in denen mit einer alteingesessenen studentischen Linken (Angaben nach „Grüne Informationen" Nr. 5/82).

Gerard Metselaar — Marcel van Herpen

Die NATO-„Nachrüstung“

Etappe auf dem Weg zu einer europäischen Atommacht?

Teil 2: BRD auf dem Weg zur Atommacht

Im ersten Teil ihres Artikels (AK 218) stellten Gerard Metselaar und Marcel van Herpen den bald nach dem Zweiten Weltkrieg unternommenen Versuch dar, eine übernationale europäische Verteidigungsgemeinschaft zu schaffen und die Bestrebungen, eine französisch-westdeutsche bzw. französich-britische Atommacht als Kern einer europäischen Verteidigung zu bilden. Diese Unternehmen sind sämtlich gescheitert — teils weil sie mit USA-Interessen kollidierten, im wesentlichen aber weil befürchtet wurde, daß die BRD im Rahmen eines europäischen Verteidigungssystems die Verfügung über Atomwaffen erlangen könnte.

Im vorliegenden zweiten Teil wird die Diskussion um die Bildung einer britisch-westdeutschen Atommacht dargestellt und die Rolle, die die „Nachrüstung" für die Herausbildung einer Atommacht BRD spielen kann.

Der Artikel erschien erstmals in der niederländischen Universitätszeitung „intermediair" (11. u. 18.12.81). Wir danken den Autoren und der Redaktion von „intermediair" für die freundliche Genehmigung zur Übernahme dieses Artikels in den ARBEITERKAMPF.



Eine britisch-westdeutsche Atommacht als Achse eines multilateralen westeuropäischen Verteidigungssystems ist angesichts des Umstandes, daß beide Länder treue Nato-Mitglieder sind, nur im Rahmen der Nato vorstellbar. Beide Länder sehen ihre Möglichkeiten zu atomarer Zusammenarbeit mit Frankreich blockiert, solange dieses Land abseits der militärischen Organisation der Nato bleibt und eine exklusive nationale Bestimmung über seine Force de Frappe behalten will.

Britisch-Westdeutsche Zusammenarbeit

Als in der ersten Hälfte der sechziger Jahre der französische Widerstand gegen die Einschaltung der europäischen Streitkräfte in die amerikanische Strategie der flexible response ständig anwuchs, hat es einige Zeit danach ausgesehen, daß es zu einer britisch-west-

Als in der ersten Hälfte der sechziger Jahre der französische Widerstand gegen die Einschaltung der europäischen Streitkräfte in die amerikanische Strategie der flexible response ständig anwuchs, hat es einige Zeit danach ausgesehen, daß es zu einer britisch-west-

deutschen atomaren Zusammenarbeit kommen würde. Die Briten sollten auf amerikanische Fürsprache hin an der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr mitarbeiten, die in der neuen Strategie einen zentralen Platz erhalten hatte. Die Briten sollten zusammen mit den Westdeutschen den Kern einer europäischen atomaren Streitmacht bilden, der Multilateral Force (MLF).

Diese Initiative zu europäischer Verteidigungszusammenarbeit stand jedoch der damaligen wirtschaftlichen Integration der Sechs entgegen, in der Frankreich eine wesentliche Rolle einnahm und Großbritannien vorläufig vor der Tür stand. Als Grund für seine Weigerung, England zur EEG zuzulassen, nannte der französische Präsident De Gaulle die Bindung der britischen Atommacht an die amerikanische durch den Vertrag von Nassau (s. AK 219). Zum Ausgleich dieser „angelsächsischen" Bevormundung Westeuropas wandte De Gaulle sich an Adenauer mit dem Vorschlag, einen französisch-westdeutschen Freundschaftsvertrag zu schließen, der den Kern eines politisch vereinigten Europas bilden sollte. Eine atomare Achse Bonn-Paris als Kern eines kontinentalen westeuropäischen Verteidigungssystems stand ihm dabei nicht vor Augen. Allerdings war er interessiert an westdeutscher finanzieller und technologischer Unterstützung beim Aufbau der Force de Frappe.

Die französisch-westdeutsche Annäherung veranlaßte den amerikanischen Präsidenten, Bonn die Verfügung über amerikanische Atomwaffen in Aussicht zu stellen. Zusammen mit den Briten sollten die Westdeutschen eine Atommacht gründen dürfen, sofern diese in die Nato aufgenommen werden würde. Die Vereinigten Staaten ließen die Möglichkeit offen, daß diese Atommacht sich im Laufe der Zeit eventuell völlig zu einer europäischen Atommacht verselbständigen könnte. Am 14. Januar 1963 lancierte Kennedy diesen Plan für eine multilaterale Atomstreitmacht, was eine Ausdehnung des Vertrages von Nassau auf die Bundesrepublik beinhaltete. Acht Tage später, am 22. Januar 1963, wurde der französisch-westdeutsche Freundschaftsvertrag unterzeichnet.

Gaullisten kontra Atlantiker

Innerhalb der westdeutschen christ-

wurde der französisch-westdeutsche Freundschaftsvertrag unterzeichnet.

Gaullisten kontra Atlantiker

Innerhalb der westdeutschen christ-

demokratischen Regierung führte die Wahl zwischen einer „kontinentalen" und einer „angelsächsischen" atomaren Option zu einer Scheidung der Geister: „Gaullisten" einerseits und „Atlantiker" andererseits. Mit Hilfe der sozialdemokratischen Opposition gelang es dem „atlantischen" Flügel im Kabinett (namentlich dem Außenminister Gerhard Schröder) bei der Ratifizierung des Freundschaftsvertrages im Kabinett eine Präambel unterzubringen, die eine Aufzählung etlicher atlantischer Standpunkte war, von denen man annahm, daß sie den Ärger De Gaulles hervorrufen würden.

Der MLF-Plan Kennedys war in seinem Grand Design (großen Entwurf - Anm. d. Übers.) für eine neue „Atlantische Partnerschaft" enthalten, in der eine europäische Atommacht den „zweiten Pfeiler" des Nato-Bauwerks bilden sollte, das sich bisher auf die amerikanische Atommacht gestützt hatte. Die europäische Atommacht, in der kleine Länder wie die Niederlande eine untergeordnete Rolle erhalten sollten, sollte dem Ideal der politischen Einigung und Selbstständigkeit Westeuropas Ausdruck verleihen. Ein politisches Einheitsstreben, das durch die Abwesenheit Frankreichs eine bedenkliche Angelegenheit war. Innerhalb der EEG ging Frankreich zur Politik des „leeren Stuhles" über, eine Boykott-Aktion, die erst 1966 beendet wurde, nachdem der MLF-Plan vom Tisch war.

Jedoch war nicht so sehr die Unerreichbarkeit von Kennedys europapolitischem Ideal die Ursache des Scheiterns der MLF. Ebensowenig führte die Einsicht, daß militärische Initiativen der realen Zusammenarbeit in Europa entgegenstehen, zum Streichen des Projekts. Ausschlaggebend war das Mißtrauen namentlich Großbritanniens gegenüber den westdeutschen Absichten. In der MLF würde Bonn nichts weniger erhalten als die Teilhabe an Besitz, Verfügung und Kenntnis der für den europäischen Kriegsschauplatz bestimmten Atomwaffen. Institutionell und operationell würde die Bundesrepublik direkt in die Planung atomarer Ziele in der Sowjetunion einbezogen werden.

Die europäischen Bündnispartner waren sich bewußt, daß dies weitreichende politische Konsequenzen haben würde. So hatten die damaligen westdeutschen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß und Kai-Uwe von Hassel keinen Zweifel daran bestehen lassen, daß es Ihnen bei der MLF weniger um die Erreichung des einen oder anderen europäischen Einheitsideals ging, als vielmehr um den !Erwerb westdeutscher atomarer Optionen gegen den Osten (1). Ob die Bundesrepublik an der atlantischen oder der französischen Atommacht teilnehmen würde, tat dabei nicht soviel zur Sache.

Strauß zum Beispiel verlangte namens der westdeutschen Regierung Mitsprache sowohl über die amerikanischen wie die französischen Atomwaffen, obwohl beiden völlig verschiedene Konzeptionen zugrunde lagen. Mit dieser Politik brachte die Bundesrepublik

de, tat dabei nicht soviel zur Sache.

Strauß zum Beispiel verlangte namens der westdeutschen Regierung Mitsprache sowohl über die amerikanischen wie die französischen Atomwaffen, obwohl beiden völlig verschiedene Konzeptionen zugrunde lagen. Mit dieser Politik brachte die Bundesrepublik

nicht nur die Franzosen, sondern auch die Briten gegen sich auf und die westeuropäische Einheit wurde zu einer sich entfernenden Perspektive. Um der fast unvermeidlich gewordenen westdeutschen Mitsprache noch zu entkommen, schlug Großbritannien vor, den MLF-Plan durch eine Atlantische Atommacht („Atlantic Nuclear Force" — ANF) zu ersetzen, in der die bestehenden britischen und amerikanischen Atommächte den Ton angeben und nicht-atomare Länder wie die Bundesrepublik nur eine untergeordnete Rolle spielen würden.

Kopfscheue Briten

Die Möglichkeit, daß Bonn bei der Regelung seiner zahlreichen (Grenz-) Streitigkeiten mit Ländern des Warschauer Paktes über eine atomare Option verfügen könnte, machte das britische Kabinett Wilson Ende Dezember 1964 dermaßen kopfscheu, daß es bei den Amerikanern darauf drang, jeden Plan für die Bildung einer europäischen Atommacht fahren zu lassen. Beim Besuch im Weißen Haus berief Harold Wilson sich auf *„eine Opposition in Europa, insbesondere in Großbritannien, auch auf den indirektesten Hinweis hin, gegen einen deutschen Einfluß __ sei er auch noch so gering __ auf die Betätigung des nuklearen Abzugknopfes."* (2)

Damit war die letzte europäische Unterstützung für die Verfügung Westdeutschlands über Atomwaffen verfallen. Schließlich negierte auch die amerikanische Regierung selbst einen (Mit-)besitz Westdeutschlands an Atomwaffen, indem Außenminister Dean Rusk 1965 kategorisch eine Änderung des Mac-Mahon Act ausschloß, die die Weitergabe von den Briten anvertrauten amerikanischen Atomgeheimnissen an die Bundesrepublik ermöglicht (3).

Nach dem MLF-Debakel schaltete Washington recht plötzlich um auf Verhandlungen mit Moskau über einen Vertrag gegen die Verbreitung von Atomwaffen. Nicht nur die Atom-Supermächte, sondern auch Frankreich und Großbritannien forderten die Bundesrepublik auf, den Vertrag zu unterzeichnen und untersagten ihr, für atomare Waffen zu optieren. Die Lehren, die Bonn aus dieser Episode zog waren, daß die territorialen Differenzen mit Osteuropa erst de facto beigelgt werden müssen, daß Frankreich und England allmählich in die westeuropäische Machtbildung mit einbezogen werden müssen und daß die Verfügung üger Atomwaffen ohne amerikanische Zustimmung nicht möglich ist.

„Modernisierung" der taktischen Nato-Atomwaffen

„Modernisierung" der taktischen Nato-Atomwaffen

Nach dem Scheitern der MLF durfte die Bundesrepublik zum Trost Mitglied der Nuclear Planning Group (NPG) der Nato werden, die 1968 die Stelle der MLF einnahm. Ein geräuschloser Übergang, der im Januar 1966 von dem ehemaligen britischen Premier Anthony Eden in „Foreign Affairs" vorgeschlagen worden war: *„Der Haupteinwand hier ist nicht das Prinzip der multinationalen Streitmacht __ das ist nicht falsch __ ... Vielleicht sollten wir so klug sein und auf einem bescheideren Niveau anfangen, dort wo eine Bewaffnung bereits existiert. Die* ***t a k t i s c h e n a t o m a r e n V e r b ä n d e*** *oder ein Teil davon könnten in einer multinationalen Streitkraft aufgehen, ohne viel Aufregung und Alarm"* (Hervorh. Mult/GM). Nicht innerhalb einer eigenen Atommacht sondern in einem speziellen Beratungsgremium sollten die europäischen Nato-Länder ihre Auffassungen von der amerikanischen Atom-Strategie koordinieren und zum Ausdruck bringen.

Die NPG hat Operationspläne für die taktischen Atomwaffen in Europa ausgearbeitet, wobei es vor allem um die Feststellung der genauen Zeitabschnitte der atomaren Eskalation in Kriegszeiten geht. Der spezifische europäische Beitrag besteht in der Abgrenzung der „flexiblen Antworten" in einer Eskalationsentwicklung von konventionellen Waffen über immer schwere taktische Atomwaffen bis zum „strategischen" Niveau massiver Vernichtung.

Flexible response

Das „flexible" der Nato-Strategie bei der „flexible response", d.h. die Nichtvoraussagbarkeit von Art und Umfang des Einsatzes atomarer Mittel von westlicher Seite, besteht vor allem in der Rolle der taktischen Atomwaffen, die für mehrere Auslegungen offen ist. Die Theorie der „flexiblen Antwort" soll die amerikanische Öffentlichkeit davon überzeugen, daß die taktischen Atomwaffen (Atomwaffen mit unterschiedlicher Bestückung, aber begrenzter Reichweite) dafür sorgen werden, daß ein Atomkrieg vor der eignen Tür gehalten werden kann und daß „beschränkte Atomkriege" auf anderen Kontinenten ausgefochten werden können.

Dieselbe Strategie soll die europäische Öffentlichkeit davon überzeugen, daß die taktischen Atomwaffen die Verbindung sind zwischen den konventionellen Nato-Streitkräften in Europa und der amerikanischen strategischen Atommacht. Sie werden als ein Symbol für die automatische Einschaltung der amerikanischen Langstrekken-Waffen gesehen. In 'der Praxis haben diese paradoxen politischen Gesichtspunkte dazu geführt, daß man die konkrete militärische Bedeutung der taktischen Atomwaffen nicht angeben konnte.

So sagte Henry Kissinger 1979 bei

ken-Waffen gesehen. In 'der Praxis haben diese paradoxen politischen Gesichtspunkte dazu geführt, daß man die konkrete militärische Bedeutung der taktischen Atomwaffen nicht angeben konnte.

So sagte Henry Kissinger 1979 bei

der Feier des dreißigjährigen Bestehens der Nato: *„In den Fünfzigern und Sechzigern brachten wir einige tausend Kernwaffen nach Europa. Gewiß, wir hatten keine sehr klare Vorstellung darüber, was wir mit ihnen anfangen sollten, aber ich bin sicher, daß die sowjetische Aufklärung einige Ideen dafür entwickelt hat"* (4). Nach der MLF-Affäre begann man sich auf die Frage zu besinnen, ob die militärische Aufgabenstellung dieser Waffen nicht in europäischem Rahmen koordiniert werden könne. In der mit diesem Ziel 1968 gegründeten Nuclear Planning-group spitzte sich die Diskussion anfänglich auf die Frage zu, ob in Europa überhaupt eine Rolle für taktische Atomwaffen bestehe. Darüber waren die Meinungen recht geteilt. So erklärte Alain Enthoven, ein ehemaliger Unterminister des amerikanischen Verteidigungsministeriums, im Senat: *„Erstens können taktische Kernwaffen nicht dazu dienen, eine zahlenmäßige Unterlegenheit der Mannschaftsstärke zu vertuschen. Zweitens, können taktische Kernwaffen Europa nicht verteidigen; sie können es nur zerstören. Drittens, gibt es außer einem begrenzten Gebrauch einiger weniger Waffen zu demonstrativen Zwecken keine solche Sache wie einen taktischen Krieg mit Kernwaffen im Sinne durchgängiger zweckgerichteter militärischer Operationen. Viertens können taktische Kernwaffen nicht zu einem vorhersehbaren militärischen Ergebnis führen. Niemand weiß, wie man einen Krieg mit taktischen Kernwaffen führen soll"* (5).

Enthoven ging davon aus, daß ein Vorrat von tausend taktischen Atomwaffen in Europa — d.h. eine Verminderung um sechstausend Stück — eine ausreichende Abschreckung darstelle. Seine ehemaliger Kollege Paul Warnke nahm an, daß ein Vorrat von einigen hundert schon ausreichend sein würde. Jedenfalls beschloß der amerikanische

---

Dieser Fortsetzungsteil der Übersetzung war in AK 218 schon für die Ausgabe Nr. 219 angekündigt worden. Wegen einiger redaktioneller Mißverständnisse und schließlich auch noch technischen Schwierigkeiten konnte der Beitrag nicht mehr in die letzte Ausgabe aufgenommen werden. Leider ging dann auch noch eine entsprechende Anmerkung verloren. Wir bitten um Entschuldigung.

AK-Redaktion

Kongreß, den Vorrat taktischer Atomwaffen in Europa einzufrieren, bis der Bericht des Verteidigungsministeriums vorliegt, in dem die Stationierung kritisch überprüft werden soll. Gefragt wurde unter anderem nach einem allgemeinen Konzept für den Gebrauch taktischer Atomwaffen in Europa, einer Beschreibung des Verhältnisses zwischen taktischen Atomwaffen und dem konventionellen Potential und einer Verminderung der Anzahl und der Arten von Atomköpfen, die für die Verteidigung Westeuropas keine Bedeutung haben.

Euphorie und eitle Hoffnung

Im Verlauf der Rüstungsbegrenzungsverhandlungen kamen jedoch nicht weniger sondern mehr taktische atomare Optionen auf den Tisch. Die Beschränkungen der strategischen Bewaffnung (SALT) einerseits und die Beschränkungen auf konventionellem Gebiet (MBFR) andererseits verursachten eine Jagd nach neuen Waffen in dem dazwischenliegenden Bereich. So kamen hintereinander auf den Tisch: die Neutronenbombe, die Pershing II und die Cruise Missile. Alle drei Waffentypen, die schon in der Mc-Namara-Zeit im Entwurf fertiggestellt waren, aber damals nicht gebaut wurden, weil sie die Gefahr einer atomaren Eskalation und der Nichtsteuerbarkeit eines bewaffneten Konfliktes enthielten.

„Wir müssen weg von der Atomschwellen-Mentalität", erklärte der frühere Befehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa, General James Polk, 1973 in der Zeitschrift „Orbis", *„und wir müssen ein drasti-*

frühere Befehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa, General James Polk, 1973 in der Zeitschrift „Orbis", *„und wir müssen ein drasti-*

sches Programm zur Modernisierung unserer in Europa stationierten Bestände in Gang bringen. Genauso wie die SALT-Gespräche von uns fordern, MIRV und TRIDENT durchzusetzen, so verlangen die MBFR-Gespräche, daß wir zu einer Modernisierung unseres Materials übergehen, unseres Denkens und unserer verfügbaren und erforderlichen taktischen Optionen am äußersten Ende des atomaren Spektrums. Wenn wir etwas anderes machen würden, dann würden wir damit weitermachen, uns mitschleifen zu lassen, stimuliert und erhitzt von der Euphorie der Entspannung und der eitlen Hoffnung, die von den Verhandlungen zwischen Ost und West über die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa vielleicht geweckt werden" (6).

Anstatt die Sicherheit zu fördern, haben die sich jahrelang hinschleppenden Rüstungsbegrenzungsverhandlungen (SALT und MBFR) neue Unsicherheit geschaffen. Man sollte zumindest fordern können, daß zu Beginn einer neuen Verhandlungsrunde vereinbart wird, daß im Lauf des Gesprächs die bestehenden Arsenale nicht vergrößert oder „modernisiert" werden, weil man sich sonst mit einem so großen gegenseitigen Mißtrauen an den Tisch setzt, daß das Verhandeln faktisch keinen Sinn mehr hat. Die Rüstungsbegrenzungsverhandlungen haben bisher für Europa noch keinerlei Beschränkung erbracht, während sich auf diesem Kontinent eine Massierung von konventionellen und atomaren Vernichtungswaffen gegenübersteht. Im Verlauf der Rüstungsbegrenzungsverhandlungen ist Europa zu einem politisch, militärisch und geografisch abgegrenzten atomaren Schlachtfeld geworden, auf das die Anwendbarkeit der modernen Atomwaffen abgestimmt ist.

Im Dezember 1979 beschloß die Nato, in Westeuropa 572 atomare Waffensysteme für Mittelstreckenraketen im Zusammenhang der Modernisierung der taktischen Atomwaffen zu stationieren. Mehr als zweihundert davon werden in der Bundesrepublik aufgestellt. Dieses Land, aber auch die Niederlande, wird zum ersten Male Atomraketen auf seinem Boden haben, die direkt Ziele in der Sowjetunion erreichen können.

Unterbewerteter politischer Aspekt

Die Lösung des Problems der Aufgabenbeschreibung der taktischen Nato-Atomwaffen in Europa besteht in der Schaffung eines besonderen eurostrategischen Gleichgewichts n e b e n dem bestehenden interkontinentalen Gleichgewicht. Gleichzeitig mit dem Beschluß zur Einführung der eurostrategischen Waffen richtete die Nato einen Aufruf an die Sowjetunion, Verhandlungen über die Atombewaffnung in Europa zu beginnen. Auf welchem Niveau die Verhandlungen geführt werden sollten (SALT oder MBRF) wurde nicht dazu gesagt, sodaß die Nato-Minister faktisch die Initiative zu besonderen Verhandlungen ergriffen haben.

Diesem politischen Aspekt des Modernisierungsbeschlusses ist bis heute wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden. Aber bevor der Nato-Beschluß gefaßt wurde, merkte der ehemalige niederländische Verteidigungsminister Vredeling schon an: *„Eine eventuelle europäische Atommacht zum Thema solcher Gespräche zu machen ist nichts viel anderes als die amerikanischen Mittelstrecken-Raketen in die Gespräche einzubeziehen"* (7). Die Option einer europäischen Atommacht, die sich hinter dem Nato-Angebot zu besonderen eurostrategischen Verhandlungen versteckt, bringt die Grundlage des heutigen internationalen Sicherheitssystems ins Wanken.

Diese Grundlage besteht aus der mgegenseitigen Abschreckung der atomaren Supermächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die aus dem Begreifen der gegenseitigen Verletzlichkeit durch massive Vernichtungsschläge einen mühsamen Prozeß gegenseitiger Beschränkung der interkontinentalen Bewaffnung (SALT) begonnen haben. Hierdurch ist ein gewisses Maß von Unverletzlichkeit für das amerikanische Gebiet erreicht, während die Bedrohung des Gebietes der Sowjetunion durch die Stationierung bei den europäischen Bündnispartnern, die eine selbständigere Rolle bei der atomaren Abschreckung einnehmen sollen, erhalten bleiben kann. So sind zum Beispiel die Niederlande im Zusammenhang der Modernisierung der taktischen Atomwaffen der Nato vom turnusmäßigen zum ständigen Mitglied der Nuclear Planning-group aufgestiegen.

Alternative Rüstungsspiralen

Alternative Rüstungsspiralen

Das „Gleichgewicht des Schreckens" wird bisher durch die „gegenseitig gesicherte Vernichtung" (Mutual Assured Destruction AD) garantiert. Diese gegenseitig gesicherte Vernichtung gründete auf dem in SALT 1 aufgenommenen ABM-Vertrag (Anti-Ballistic-Missile), in dem beide Supermächte überein gekommen sind, weiter vom Bau von Anti-Raketen-Raketen abzusehen. Dadurch sollten die Städte und Industriezentren b e i d e r Länder durch die strategischen Waffen der Gegenpartei verletzbar bleiben. Hierdurch sollte für beide der Gebrauch von Atomwaffen in einem bewaffneten Konflikt nur mit dem Ergebnis totaler Selbstvernichtung möglich sein.

Man glaubte, daß es auf Basis dieser formell sanktionierten Furcht möglich sein würde, die Rolle der Atomwaffen in der internationalen Politik zu verringern. Dieses auf Abschreckung beruhende Sicherheitssystem wird momentan durch die weitere Verbreitung von Atomwaffen auf immer mehr Länder bedroht, wodurch neben dem amerikanisch-sowjetischen Rüstungswettlauf anderen atomare Rüstungsspiralen entstehen können (zum Beispiel zwischen Israel und den arabischen Ländern oder zwischen Pakistan und Indien), die das globale Gleichgewicht stören und die Gefahr eines Atomkrieges immer größer machen.

Jedoch bildet die Verbreitung der Atomwaffen für den europäischen Schauplatz nicht direkt die größte Gefahr. Diese Gefahr geht momentan aus von Veränderungen der Rüstungstechnologie mit den daran gebundenen Veränderungen der Strategie, worin sich namentlich der amerikanische Wille manifestiert, die amerikanische strategische Atommacht von der von 1983 an aufzustellenden eurostrategischen Atommacht abzukoppeln. Eine weitere Destabilisierung des europäischen Schauplatzes wird durch den Umstand verursacht, daß die Bundesrepublik durch die Modernisierung die Gelegenheit bekommt, eine selbständigere Rolle in der atomaren Strategie des Westens einzunehmen.

Abkoppelung

Als Helmut Schmidt in einem Vortrag vor dem Londoner Internationale Institute for Strategic Studies 1977 auf die Bedrohung hinwies, die von den neuen SS-20-Raketen der Sowjetunion ausgehe, war sein Argument, daß Europa nicht über ein gleichwertiges Waffensystem verfüge, wodurch eine Lücke in der „flexible response" des Westens entstehen würde.

Einen konventionellen Angriff aus dem Osten würde man mit taktischen Atomwaffen parieren können, aber gegenüber einem Angriff mit SS-20-Raketen habe man keine andere Antwort als die auf U-Booten stationierten amerikanischen strategischen Atomwaffen. Und wäre die Möglichkeit, daß man eine solche Antwort gäbe — mit dem Risiko eines Vergeltungsschlages gegen die Vereinigten Staaten — für die Gegenpartei „glaubwürdig"? Schmidt plädierte deshalb dafür, auf dem westeuropäischen Festland eurostrategische Raketen zu stationieren, die qua Reichweite, Präzision und Mobilität den SS-20 ebenbürtig sein würden. Damit wäre auf eurostrategischem Niveau das Gleichgewicht zwischen Ost und West wiederhergestellt.

Irreführender Charakter

Die Argumentation, daß es hier lediglich um die Wiederherstellung des Machtgleichgewichtes gehe, wird seither von allen Befürwortern der „Modernisierung" vorgebracht. Durch diese Fixierung auf das „eurostrategische Gleichgewicht" übersehen sie jedoch eine Reihe von Implikationen der Modernisierung, die mittelfristig destabilisierende Konsequenzen haben können. Die Befürworter der Modernisierung berufen sich ausdrücklich auf die Abschreckungsstrategie der „flexible response": Nach dieser Strategie wird ein konventioneller Angriff auf konventionellem Niveau beantwortet und erst wenn diese Antwort nicht mehr adäquat ist, wird auf das nächstfolgende höhere Niveau übergegangen, das Niveau der taktischen Atomwaffen und danach das der strategischen Atomwaffen.

Die „flexible response"-Strategie unterstellt also immer eine explizite Koppelung zwischen den verschiedenen Ebenen, auf die die „flexible Antwort" gegeben wird — und als

Koppelung zwischen den verschiedenen Ebenen, auf die die „flexible Antwort" gegeben wird — und als

ultimo ratio die Koppelung mit den zentralen Atomwaffensystemen der Vereinigten Staaten, die sich auf amerikanischem Boden und auf Unterseebooten befinden.

Die Frage ist nun jedoch, ob diese Koppelung mit dem zentralen Atomwaffenarsenal der Vereinigten Staaten durch die „Modernisierung" gerade nicht viel zweifelhafter wird. Die Pershing II und die Cruise Missile sind Waffen, die bis tief in die Sowjetunion eindringen können und die darüberhinaus mit einer Genauigkeitstoleranz von vierhundert Metern (!) ihr Ziel erreichen können, wodurch sie außerordentlich geeignet sind als G e f e c h t swaffe für die Ausschaltung von militärischen Objekten, Industriezentren usw. Hierdurch wird es zum ersten Male möglich, von westeuropäischem Gebiet aus einen atomaren Kampf mit der Sowjetunion zu führen.

Die französischen Autoren Brigot und David weisen deshalb darauf hin, daß der Begriff „Modernisierung" einen irreführenden Charakter hat: *„Es gibt keine zentrale Strategie einer amerikanischen 'Antwort' auf die SS-20 und die Backfire der Sowjetunion, weil diese Antwort schon besteht* [*Pershing und taktische Luftstreitkräfte*] *und weilk diese Antwort historisch der Gefahr voranging"* (8).

Künstliche Vermehrung

Die Sowjetunion kommt nun in die Situation, statt einer strategischen Atommacht zwei strategischen Atommächten gegenüberzustehen, die die Bevölkerungszentren und die militärischen und industriellen Nervenzentren der Sowjetunion direkt bedrohen. Dies ist nicht nur für die Sowjetunion eine wenig verlockende Aussicht: auch für die westeuropäischen Länder bedeutet die Stationierung einer eurostrategischen Atommacht auf ihrem Boden faktisch keine Vergrößerung ihrer Sicherheit.

Der ehemalige britische Verteidigungsminister Denis Healey merkte in diesem Zusammenhang an: *„Dies würde eine simple Wiederholung der Tragikomödie mit der multilateralen Streitmacht sein ... Es ist eine Art künstlicher Vermehrung. Der Gedanke, strategische Atomwaffen auf dem Gebiet von Westeuropa zu stationieren ist sogar noch unsinniger als der Gedanke einer multilateralen Streitmacht, weil sie in Westeuropa in jedem Falle für die sowjetische Atommacht ein herausforderndes Ziel bilden würde. Die multilaterale Streitmacht, die sich auf fast ebenso verletztbaren Oberflächenschiffen auf See hätte befinden sollen, schuf nicht eine so spezifische Herausforderung.*

Warum sollte man amerikanische strategische Atomwaffen auf dem Kontinent stationieren, während solche Waffen schon auf britischem und französischem Boden stehen? Wenn die Waffen dem amerikanischen Veto unterworfen bleiben, dann fügen sie der Abschreckung nichts hinzu. Allerdings würden sie bei den Russen den Eindruck erwecken können, daß diese neuen Waffen auf dem Festland von den in Amerika und auf dem Atlantischen Ozean stationierten strategischen Atomwaffen abgekoppelt sind und dadurch die Möglichkeit bieten, die — wie ich zugeben muß — recht begrenzt ist, einen atomaren Schlagabtausch zwischen den beiden Blöcken zu führen, wobei Amerika unverletzbar bleibt. Dies würde die Abschreckung abschwächen und den europäischen Teil des Bündnisses Risiken aussetzen, dem er jetzt nicht ausgesetzt ist" (9).

Healey spricht hier über die Möglichkeit, daß die Stationierung strategischer Atomwaffen auf dem europäischen Festland b e i d e n R u s s e n den Eindruck erwecken könne, daß diese neuen Waffen von dem zentralen strategischen System der Vereinigten Staaten abgekoppelt werden sollten. Sein dahinterliegender Gedanke ist, daß die Sowjetunion hierdurch zu einem riskanteren Vorgehen in Europa ermutigt werden könnte. Die Gefahren für Westeuropa stecken jedoch nicht sosehr in einem möglichen Spekulieren d e r S o w j e t u n i o n über eine Abkopplung des amerikanischen vom westeuropäischen Verteidigungssystem, weil auch bei einem auf den europäischen Schauplatz beschränkten atomaren Konflikt die Sowjetunion mit Dutzenden von Millionen Toten und der Vernichtung von etwa der Hälfte ihres Produktionsapparates rechnen muß.

Kissingers Brüsseler Rede

Die Gedanken über eine mögliche A b k o p p l u n g werden momentan vor allem in den Vereinigten Staaten gepflegt. Europäer und Amerikaner spielen faktisch schon seit Gründung der Nato in ihrem Sandkasten einen zukünftigen Ost-West-Konflikt durch. Den Europäern ist dabei alles daran gelegen, selbst außerhalb eines zukünftigen atomaren Konfliktes zwischen den zwei Supermächten zu bleiben, während auf der anderen Seite die Vereinigten Staaten — koste es, was es wolle — verhindern wollen, daß sie durch einen Konflikt in Europa in eine direkte atomare Konfrontation hineingezogen werden.

Seit die Amerikaner in den fünfziger Jahren ihr Atommonopol verloren haben, ist ihr Streben allmählich immer mehr darauf gerichtet gewesen, eine eventuelle Konfrontation mit der Sowjetunion auf den europäischen Schauplatz zu beschränken. Die Stationierung taktischer Atomwaffen in Europa zu Beginn der sechziger Jahre war faktisch der erste Schritt in die Richtung einer solchen Abkopplung. Durch die Aufstellung einer eigenen strategischen Atommacht auf westeuropäischen Gebiet wird diese Entwicklung jetzt weiter vorangetrieben, weil es mit den neuen eurostrategischen Waffen möglich wird, von westeuropäischen Boden aus die Sowjetunion zu erreichen.

Von den Befürwortern der „Modernisierung" wird darauf hingewiesen, daß von einer Abkoppelung gerade keine Rede sein kann, weil die Atomköpfe der in Europa stationierten Pershings und Cruise Missiles unter amerikanischer Verfügung bleiben. Dadurch würde das amerikanische commitment (Bindung, Einbeziehung — Anm. d. Übers.) garantiert sein. Die Vereinigten Staaten würden nach wie vor für den „Druck auf den Knopf" verantwortlich bleiben, so daß sie automatisch t o t a l — einschließlich ihrer strategischen Atommacht — bei einem (atomaren) Konflikt auf dem Schauplatz betroffen sein würden.

Diese Argumentation trägt dem deutlich vorhandenen amerikanischen W i l l e n z u r A b k o p p l u n g jedoch nicht Rechnung. Henry Kissinger hat in seiner inzwischen berühmt gewordenen Brüsseler Rede vom 1. September 1979 keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß die amerikanische Atomgarantie keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Es ist dann auch sehr wohl möglich, daß die Vereinigten Staaten in naher Zukunft ihren europäischen Bündnispartnern die Entscheidungsbefugnis über die in Europa stationierten taktischen und/oder eurostrategischen Atomwaffen übergeben oder dies in einer Krisensituation ad hoc tun werden.

Eine Möglichkeit, die durchaus nicht unwahrscheinlich ist und auf die Burrows schon 1973 (!) angespielt hat: *„Eine andere Möglichkeit für die westeuropäischen Mitglieder des Atlantischen Bündnisses, in diesen Dingen* (die Atombewaffnung, MvH/GM) *selbständiger zu werden"*, so Burrows, *„wäre der Besitz eigener taktischer Kernwaffen. Diese stellen*



nicht die gleichen finanziellen oder politischen Probleme wie die strategischen Waffen. Gegenwärtig sind die amerikanischen taktischen Kernwaffen nicht nur für die amerikanischen Streitkräfte, sondern — nach Freigabe durch die amerikanischen Stellen — auch zur Verwendung durch die Streitkräfte anderer Nato-Länder gedacht. Es gibt keinen ernsthaften technischen Grund, warum solche Waffen nicht von Großbritannien und Frankreich hergestellt und von ihnen für die Ausgabe an andere verbündete Streitkräfte bereitgestellt werden sollen" (10).

Psychologische Schwellensenkung

Naturgemäß muß die praktische Möglichkeit der Vereinigten Staaten, sich aus einem zukünftigen atomaren Konflikt in Europa herauszuhalten, für äußerst gering gehalten werden. Es ist nämlich wenig wahrscheinlich, daß der Eskalationsprozeß — wenn die Atomschwelle einmal überschritten ist — noch angehalten werden kann. Des weiteren wird es die Sowjetunion sicher nicht zugestehen, daß sie selbst zusammen mit Westeuropa in einem atomaren Armageddon (nach Offenbarung, Johannes 16,16 der mythische Ort, an dem die bösen Geister die Könige der gesamten Erde für einen großen Krieg versammeln — Anm. d. Übers.) untergeht, während den

Vereinigten Staaten als unverletztem Dritten die Welthegemonie zufällt.

Es geht bei der Frage der Abkoppelung jedoch nicht sosehr um das, was in Wirklichkeit zu erwarten ist, sondern um dasjenige, was man — wenn auch nicht zu recht — für möglich hält. Denn es sind gerade die Spekulationen über eine mögliche Abkoppelung, die der amerikanischen Strategie zugrundeliegen, die die psychologische Schwelle für die Vereinigten Staaten senken, in einer eventuellen Konfliktsituation in Europa von Atomwaffen Gebrauch zu machen.

In dem Moment, in dem man an der gegenüberliegenden Seite des Atlantischen Ozeans eine Abkoppelung für möglich hält, kann man mit mehr Distanz — um nicht zu sagen: klinischer — die Möglichkeit eines atomaren Konfliktes in Europa in die strategischen Kalkulationen einbeziehen, weil das Überleben der amerikanischen Nation nicht mehr unbedingt auf dem Spiel zu stehen scheint. Es ist also gerade dieses amerikanische Abkoppelungsdenken, das die Gefahr eines Atomkrieges in Europa vergrößert. Die Amerikaner werden hierdurch nämlich bereit sein, in der internationalen Politik größere Risiken zu nehmen und weniger dazu neigen, in Krisensituationen auf dem europäischen Kontinent Zurückhaltung zu betonen.

Gerade aus diesen Gründen hatten auch Brigot und David *„die Waffen vom Typ Pershing II, so wie sie kurzfristig stationiert zu werden drohen ... ohne Zweifel [für] die destabilisierendsten Waffen des heutigen atomaren Systems in Europa. Durch ihre vergrößerte Präzision sind es taktische Kampfwaffen, die die Verschiebung bestimmter Doktrinen in Richtung des atomaren Krieges auf europäischem Boden ... bestätigen"* (11).



Atomare Optionen für Bonn?

Die „Modernisierung" führt strategisch-atomare Gefechtswaffen in Westeuropa ein und nährt die amerikanischen Illusionen über eine mögliche Abkoppelung. Hiermit sind jedoch noch nicht alle destabilisierenden Konsequenzen angegeben. Eine zentrale Rolle in der Modernisierungsfrage spielt die Position der Bundesrepublik im westlichen Bündnis. Nicht zufällig war es der westdeutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, der als erster europäischer Regierungsführer eurostrategische Waffen forderte.

Hinter der westdeutschen Forderung steckt jedoch mehr als nur der Wunsch zur „Wiederherstellung des eurostrategischen Gleichgewichts", nämlich das Bedürfnis nach einer Aufwertung der Position der Bundesrepublik im westlichen Bündnis, die dazu führen sollte, daß die Bundesrepublik als atomarer have-not (Habenichts — Anm. d. Übers.) Zugang zu den Atomwaffen ihrer Bündnispartner erhält.

U. a. dadurch hat die „Modernisierung" eine Dimension bekommen, die sie weit heraushebt über eine einfache Verbesserung der bestehenden Waffensysteme, wie es von den Befürwortern dieser „Modernisierung" suggeriert wird. Faktisch geht es denn auch um eine Wiederauflage des mißglückten MLF-Experiments vom Beginn der sechziger Jahre.

Hierauf spielte schon im September 1979 der ehemalige niederländische Verteidigungsminister Henk Vredeling in einem Interview mit „Het Parool" an. Zur Modernisierung merkte er an: *„Die Diskussion über westliche Gegenmaßnahmen gegen die russische SS-20-Rakete und den Backfire-Bombenwerfer erinnert an die Diskussion um die MLF [Multi Lateral Force] 1964. Die MLF war auch als Antwort auf die Mittelstreckenraketen gemeint, die in der Sowjetunion aufgestellt wurden. Aber das Mißlingen der MLF hat uns nicht den Schlaf geraubt, im Gegenteil, wir waren eigentlich froh, daß das vom Tisch war. Das Gegenargument in jenen Tagen lautete, daß die MLF eigentlich der Anfang einer europäischen Atommacht sei! Plus que ca change, plus ca reste la meme chose."* (Je mehr es sich ändert, desto mehr bleibt es die gleiche Sache — Anm. d. Übers.)

Schlüsselrolle

Vredeling sieht die Übereinstimmung zwischen MLF und Modernisierung jedoch hauptsächlich in den Voraussetzungen ihrer Entstehung (beide waren als Antwort auf die sowjetischen Mittelstrecken-Raketen konzipiert). Unsere These ist aber, daß die Übereinstimmung zwischen MLF und Modernisierung noch viel weiter geht. Sowohl bei der MLF wie bei der Modernisierung ist die dahinterstehende — wenn auch nicht öffentlich ausgesprochene — Absicht, der Bundesrepublik atomare Optionen zu verschaffen.

Eine Schlüsselrolle wird hierbei von der Cruise Missile erfüllt. Die Cruise Missile ist eine multifunktionale Waffe, die sowohl mit konventioneller wie mit atomarer Ladung bestückt werden und sowohl einen taktischen wie einen strategischen Auftrag erfüllen kann. Gerade durch diese Multi-Funktionalität — wodurch diese Waffe nicht in eine Kategorie einzuordnen ist — kann man die Vertragsbedingungen zur Begrenzung der Atombewaffnung, wie den Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen, umschiffen. Die Waffe ist ebenso nicht Bestandteil der bestehenden SALT-Beschränkungen für den Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen, umschiffen. Die Waffe ist ebenso nicht Bestandteil der bestehenden SALT-Beschränkungen für strategische Rüstung.

Die Cruise Missile ist damit vorzüglich für den europäischen Schauplatz geeignet. Deshalb hat auch die westdeutsche Regierung während der Verhandlungen über den SALT-2-Vertrag — mit Erfolg — auf die amerikanische Regierung Druck ausgeübt, keinen definitiven Vertrag zu schließen über ein Verbot der Weitergabe der Technologie der Cruise Missile an Bündnispartner und über die Beschränkung der Reichweite dieser Waffe auf sechshundert Kilometer (12). Von dem westdeutschen Autor Lauk wird angegeben, warum die Cruise Missile für atomare Optionen der Bundesrepublik zu Recht eine entscheidende Waffe genannt werden kann:

„Ob die Vereinigten Staaten dieses System, wenn es etwa 1985 einsatzbereit sein wird, an die westeuropäischen Bündnispartner weitergeben werden oder nicht, hängt u.a. vom Ergebnis von SALT II und SALT III ab. Unabhängig von SALT besitzen jedoch auch die westeuropäischen Länder ‚sowohl die Technologie als auch die strategischen Konzeptionen', die eine Nutzung dieses Systems in Westeuropa sinnvoll erscheinen lassen. Da die ‚cruise missile' sowohl mit nuklearen als auch mit konventionellen Sprengköpfen ausgestattet werden kann, ist sie für die nuklearen und nicht-nuklearen Staaten in Westeuropa von besonderem Interesse. Dies gilt vor allem für die Langstreckenversion, die eine Reichweite von maximal 4.000 km haben wird. Frankreich und Großbritannien könnten mit diesem System ihre nukleare Schlagfertigkeit, auch hinsichtlich von differenzierten nuklearen Optionen, erhöhen. Die Bundesrepublik Deutschland hätte ein konventionelles System, das aufgrund seiner hohen Zielgenauigkeit von größter militärischer Effizienz wäre und gleichzeitig eine, wenn auch geringere, strategische Reichweite hätte. Dieses System würde sowohl die Abschreckung als auch die konventionelle Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik erheblich verbessern" (13).

Lauk fährt fort: *„Die neue strategische Option entsteht lediglich durch die Einführung eines neuen konventionellen Systems, das eine strategische Reichweite hat. Das Wissen um eine solche Option der Bundesrepublik unter den genannten Bedingungen würde gleichzeitig die Abschreckung vor einem Kriege erhöhen und eine sehr enge Verbindung auf jener strategischen Ebene herstellen, auf der Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Kriegsfalle möglicherweise zu operieren hätten"* (14).

Die Cruise Missile würde der Bundesrepublik zwar nicht direkt die Verfügung über Atomwaffen verschaffen, da die Sprengköpfe in Friedenszeiten unter amerikanischer Verfügung bleiben, aber die Bundesrepublik würde die Möglichkeit haben, mit konventionell bestückten Cruise Missiles tief in das Sowjet-Territorium einzudringen. Das beinhaltet, daß die Bundesrepublik die Verfügung über eine long range conventional option (eine strategische konventionelle Option — Anm. d. Übers.) erhält.

Durch diese neue Entwicklung würde die Bundesrepublik zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Sie würde ohne Mitwirkung ihrer Bündnispartner die Sowjetunion direkt bedrohen können, wodurch sie in bedeutendem Maße an militärischem Gewicht gewinnen würde. Und sie kann mit gutem Recht fordern, in die atomare Zielplanung ihrer europäischen Bündnispartner einbezogen zu werden, wo jetzt nicht mehr nur die atomaren Mächte, sondern auch die Bundesrepublik über die Möglichkeit verfügt, direkt strategische Ziele in der Sowjetunion zu erreichen.

Proportionale Abschreckung

Lauk stellt auch schon ein Szenarium vor für eine atomare europäische Zusammenarbeit, an der die Bundesrepublik vollwertig teilnimmt. Neben der Nuclear Planning Group der Nato müßte eine Europäische Atomare Planungsgruppe (ENPG) gegründet werden. Der Vorteil würde sein, daß Frankreich problemlos Mitglied dieser Gruppe werden könnte.

Die Mitglieder deser ENPG würden, so Lauk, nicht danach streben müssen, ein europäisches Atomwaffenpotential aufzubauen, das dem der beiden Supermächte gleichwertig ist. Sie sollten sich mit einer „proportionalen Abschreckung" zufrieden geben, die in der Lage ist, ein Viertel der Bevölkerung der Sowjetunion zu töten und die Hälfte ihrer industriellen Kapazität zu vernichten. Würde in Europa ein Krieg ausbrechen, dann würde Lauk zufolge die Bundesrepublik dabei eine Schlüsselrolle einnehmen.

Wenn taktische nukleare Waffen, so Lauk, „in der Bundesrepublik

Lauk zufolge die Bundesrepublik dabei eine Schlüsselrolle einnehmen.

Wenn taktische nukleare Waffen, so Lauk, *„in der Bundesrepublik Deutschland bereits zum Einsatz gekommen sind, die Eskalation aber auf die nächste Stufe — z.B. den Einsatz der strategischen Systeme von Frankreich und•oder Großbritannien — noch nicht vollzogen ist, hätte die Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit, falls dies ihrer militärischen Interessenlage entspricht, in Übereinstimmung mit den NATO-Partnern durch eine Verbindung von ‚cruise missiles' und TNW-Sprengköpfen eine neue strategische Situation zu schaffen, die eine signifikante ‚Intra-war-deterrence' darstellen würde. Die Bundesrepublik hätte demnach im Kriegsfalle die Möglichkeit, einen vom amerikanischen Präsidenten freigegebenen nuklearen Sprengsatz mit der ‚cruise missile' zu verbinden und würde damit über eine strategisches nukleares System verfügen"* (15).

Sollte diese „Intra-war-deterrence" (Abschreckung im Krieg - Anm. d. Übers.) nicht den gewünschten Effekt haben, dann würden die französische und die britische Atommacht zu einem „strategischen Schlag" bereit sein müssen: *„Ob eine sowjetische Führung einen solchen Schaden als annehmbar erachten würde, kann nicht vorausgesagt werden. Dies hängt von vielen weiteren psychologischen Faktoren ab, beispielsweise ob Moskau oder Leningrad zerstört wurden oder nicht"* (16), so Lauk. Mit anderen Worten: Wenn die Westeuropäer bei ihrem strategischen Angriff Moskau und Leningrad schonen würden, dann würde dies Moskau zu Nachgiebigkeit veranlassen können, um so mehr, als die Drohung mit der totalen Vernichtung durch die amerikanische Atommacht auf dem Hintergrund erhalten bleibt — noch abgesehen von der Bedrohung an der Ostgrenze durch die chinesische Atommacht.

Lauk geht davon aus, daß gerade die Existenz der strategischen Parität von Sowjetunion und Vereinigten Staaten einer „proportionalen" strategischen Atommacht Frankreichs und Großbritanniens den nötigen Spielraum verschafft, der bei einem Konflikt mit der Sowjetunion benutzt werden kann.

Provokation

Durch die Cruise Missile erhält die Bundesrepublik die Möglichkeit, zwischen der konventionellen Bewaffnung der Bundeswehr und dem strategischen atomaren Potential ihrer Bündnispartner eine Verbindung zu schaffen. Die Cruise Missile verschafft ihr nämlich eine „long range conventional option", wodurch sie mit konventionell bestückten Cruise Missiles direkt strategische Ziele in der Sowjetunion erreichen kann. Daneben gibt es noch die Möglichkeit, daß die Vereinigten Staaten in einer Krisensituation die Atomköpfe der Cruise Missiles (und der Pershing II-Raketen) für den Gebrauch durch die Bundesrepublik „freigeben".

In beiden Fällen nimmt die Bundesrepublik eine Schlüsselrolle ein bei der Entscheidung, ob ein eventueller Konflikt in Europa zu einem atomaren Niveau eskaliert, wodurch die Bundesrepublik in einer Konfliktsituation für den Einsatz der strategischen Atommächte Frankreichs und Großbritanniens (und — aller Wahrscheinlichkeit nach — der Vereinigten Staaten) die Funktion einer Lunte haben kann. Dank dieser potentiellen Schlüsselrolle nimmt das politische Gewicht Bonns in der Weltpolitik zu.

Lawrence Freedman, der ehemalige Direktor des britischen Royal Institute of International Affairs, hat schon im „International Spectator" vom Februar 1976 darauf hingewiesen, welche destabilisierenden Konsequenzen die Einführung der Cruise Missile in der Bundesrepublik hat. *„Angesichts der Einfachheit, mit der die konventionelle Bestückung einer Cruise Missile durch einen Atomkopf ersetzt werden kann, ist es unwahrscheinlich, daß eine große westdeutsche Streitmacht mit Cruise Missiles von der Sowjetunion, ja von vielen westdeutschen Bündnispartnern, gleichmütig hingenommen werden würde. Jeder Versuch, das Vermögen unabhängiger strategischer Abschreckung europäischer Länder — sei es individuell, sei es kollektiv — zu verbessern, hat gewaltige politische Folgen. Solche Schritte sind diplomatisch provozierend und enthalten politisch-militärische und wirtschftliche Verpflichtungen, die die meisten europäischen Länder zu vermeiden wünschen."*

Anmerkungen:

1) Die nukleare Strategie, die Franz Josef Strauß Osteuropa gegenüber vor Augen hat, ist stark beeinflußt von der „totalen Strategie" des französischen Generals Beaufre. Vgl. Marcel van Herpen: „Het Groot-Europa van Franz Josef Strauß" in „De Groene Amsterdamer" vom 13.6.1979

2) Harold Wilson: „The Labour Govern-

„Het Groot-Europa van Franz Josef Strauß" in „De Groene Amsterdamer" vom 13.6.1979

2) Harold Wilson: „The Labour Government 1964 - 1970", S. 79, Harmondsworth 1974

3) Vgl. Dean Rusk in „Hearing before the Joint Commitee on Atomic Energy, 89th Congress, 2nd Session", Washington 1968

4) Henry Kissinger: „NATO: The Next Thirty Years", Rede vom 1.9.1979 in Brüssel, S. 11

5) Vgl. „Nuclear Weapons an Foreign Policy, hearings before the Subcommittee on US Security Agreements, US Senate, 93 rd Congress, 2nd Session", S. 85, Washington 1974

6) Siehe „The Realities of Tactical Nuclear Warfare" in „Orbis" vom Sommer 1973

7) Henk Vredeling: „Europa en zijn defensie" in „Nieuw Europa" vom September 1979

8) A. Brigot und D.David: „Le désir d'Europe – l'introuvable défense commune" (Cahiers de la Fondation pour les Etudes de Defense Nationale, no. 16), S. 77, Paris 1980

9) vgl. K. de Vries: „General Report on the security of the alliance", Military Committee NATO, International Secretariat, 1978

10) B. Burrows: „Amerikanischer Atomschirm, NATO und europäische Verteidigungskooperation", in: M.Kohnstamm und W. Hager: „Zivilmacht Europa – Supermacht oder Partner?", S. 168, Frankfurt am Main 1973 (Hervorhebungen im Zitat von Metselaar und van Herpen).

11) Brigot und David, a.a.O., S. 126

12) Aus Sorge vor Beschränkungen für die „Kreuzer-Raketen" im Zusammenhang von SALT kaufte die britische Regierung so möglichst viele Teile dieser Waffe auf dem freien amerikanischen Markt. Der Vize-Direktor Jonathan Alford vom Londoner International Institute for Strategic Studies schlug vor, daß Großbritannien aus eigener Kraft „Kreuzer-Raketen" produzieren müßte, sofern im Zusammenhang von SALT 3 das Protokoll zum SALT-2-Vertrag verlängert werden würde, worin die Stationierung von „Kreuzer-Raketen"-Technologie verboten sind. Unter dem Motto „Wer sich keinen Rolls Royce erlauben kann, muß mit dem Mini zufrieden sein", gab er bei der Modernisierung der britischen Atommacht sogar der eurostrategischen Cruise Missile den Vorzug gegenüber der ultra-schweren interkontinentalen Trident-Rakete. Alford stand dabei eine rein europäische Zielsetzung vor Augen. Die notwendigen topographischen Gegebenheiten, um den Steuerungscomputer der „Kreuzer-Raketen" zu füttern, würden von den französischen Satelliten geliefert werden müssen (s. Jonathan Alford: The Future of Britains Deterrent, Adelphi Paper Nr. 156, London, Spring 1980).

13) K. Lauk: Die nuklearen Optionen der Bundesrepublik Deutschland, S. 396, Berlin 1979 (Lauk zitiert aus R. Burt: Das Dilemma mit den „Cruise Missiles" in: EA 14/1976, S. 462)

14) K. Lauk, a.a.O., S. 397

15) ebd.

16) K. Lauk, a.a.O., S. 388

Einleitung und Übertragung ins Deutsche: Niederlande-Kommission

Dokumentation:

Atomwaffen in NRW

Von einer *"akuten Gefährdung der Sicherheitslage"* war die Rede, von *"in Ostberlin präpariertem Propagandamaterial"* (CDU-Kriegsexperte Marx), dessen Ziel es einzig und alleine sei, *"einen massiven Antiamerikanismus zu fördern, vor allem wenn US-Militärpolizei von Schlägergruppen angegriffen werden und sich ihrer Haut wehren müßten"*, von *"Beunruhigung und Sorge über den möglichen Geheimnisverrat, mehr aber noch über dessen psychologische Auswirkungen"* und sogar von *"äusserster Sorge in höchsten NATO-Kreisen"*.

Anlaß für diese Unruhe war die im Februar '81 von "taz" und "Stern" gleichzeitig veröffentlichte atomare Lagekarte mit über 100 Standorten von Atomwaffen in der BRD. Die Idee dieses Projektes war bereits einige Jährchen älter, wurde aber von den Bürgerinitiativen v.a. aus Angst vor den zu erwartenden strafrechtlichen Konsequenzen zunächst nicht weiter verfolgt. Das "Verteidigungs"-ministerium drohte damals vorsorglich, eine gezielte Erfassung und Verbreitung solchen Tatsachenmaterials würde nach §95 StGB (d.h. "Offenbarung von Staatsgeheimnissen") verfolgt und bestraft werden. Tatsächlich wurde auch gegen den "Stern" zunächst ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, wenig später jedoch wieder eingestellt.

Seitdem ist in der BRD eine wahre Sammelwut ausgesbrochen: Für praktisch jedes Bundesland, jede Region, teilweise auch für Städte liegen inzwischen oft recht ausgedehnte und umfassend recherchierte Karten und Dokumentationen vor.
liegen inzwischen oft recht ausgedehnte und umfassend recherchierte Karten und Dokumentationen vor.
Längst ist die "Forschungstätigkeit" nicht mehr allein auf Atomwaffen beschränkt: Kasernen, Rüstungsbetriebe, wichtige Kommandostellen, Truppenübungsplätze, kurz: alles was mit Kriegsvorbereitung speziell und Militarismus allgemein zu tun hat, wird sorgfältig regisitriert und in Stadt- und Alternativzeitungen dokumentiert. Anonyme Kriegsgegner haben gar ein ganzes Info, die "RAKETEN RUNDSCHAU", mit derartigem "Spionagematerial" zusammengestellt. Besser und deutlicher als auf diese Art und Weise kann breiten Teilen der Bevölkerung kaum klargemacht werden, auf welchem "Pulverfaß" im wahrsten Sinne des Wortes "wir" sitzen. Daß im Zeitalter der elektronischen Aufklärung, der Satellitenspionage usw. die unteren Millionen ohnehin die einzigen sind, die nach Ansicht der Herrschenden und Richtenden vor derartigem Geheimnisverrat geschützt werden müssen, ist nur zu offensichtlich.

Zahlreiche und meist gut besuchte Demonstrationen und Aktionen an diesen Standorten sind hier nur die ersten sichtbaren Erfolge der Aufklärungskampagnen. Dieses Jahr führte ein Teil der Ostermärsche zu Raketenstellungen, Truppenübungsplätzen u.ä.

Dennoch scheint die Justiz auch weiterhin gewillt, sich zumindest in Einzelfällen dieser "Spionage"bewegung entgegenzustellen. Gegen W.Räumke, W.Sarbock und Th.Müller, die Verfasser und Herausgeber des Schwarzbuches "Pulverfaß Kreis Recklinghausen", ermittelt die Staatsanwaltschaft, weil sie Fotos von Atomwaffendepots in Dülmen-Visbeck gemacht haben sollen. Die Höchststrafe für dieses "Verbrechen" ("Gefährdung der Staatssicherheit"!) beträgt immerhin fünf Jahre! Auch aus Solidarität mit den Angeklagten dokumentieren wir im Folgenden das uns vorliegende Material über Atomwaffen und Militäranlagen in NRW. Die Karten und Fakten weichen teilweise leicht voneinander ab bzw. benutzten unterschiedliche Bezeichnungen und Kriterien. Es liegt außerhalb unserer Möglichkeiten, alle Einzelheiten zu überprüfen: das können allein die örtlichen Initiativen. Dennoch enthalten die Karten und Angaben u.E. wichtiges und umfangreiches Material für alle Friedensgruppen.

Quellen zu diesem Thema sind:

"Die Neue", Sonderausgabe zu den Friedenswochen '81, enthält als einen Schwerpunkt "Atomwaffen in NRW";
Schwarzbuch: "Pulverfaß Kreis Recklinghausen", Flaschenöffner-Selbst-Verlag, Victor-Jara-Zentrum, z.Hd. Christine Schreiber, Marienstr. 18a, 4350 Recklinghausen, 5,– DM;
„Raketenzentrum Niederrhein", erhältlich über: Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Gottesweg 52, 5000 Köln 51, 1.–DM;
"Raketen-Rundschau".

Antimil-Kommission, KB/Gruppe Göttingen

Auszüge aus "Schwarzbuch Pulverfaß Kreis Recklinghausen"

(der umfangeiche Anhang der Broschüre enthält noch erheblich mehr Material zu militärischen Anlagen des Kreises, das wir hier aus Platzgründen so umfassend nicht wiedergeben können. Wir haben uns deshalb auf die wichtigsten Standorte beschränkt.)

Arsbeck: Östlich der B 221 -zwischen Niederkrüchten und Arsbeck- befindet sich ein Flugkörpergeschwader mit Pershing Ia Raketen. Auf dem Militärgelände ist eine deutsch-amerikanische Einheit mit 290 Mann unter dem Oberbefehl von US-Major Floute stationiert. Das dazugehörige Atomsprengkopfdepot befindet sich ebenfalls auf dem Gelände. Zur Zeit wird ein ehemaliges Treibstoffdepot der britischen Rheinarmee zu einem Raketensilo ausgebaut. Dann werden in Arsbeck die Pershing Ia abgezogen und durch die völlig neu konstruierte Pershing II ersetzt. Um den Raketen-, Waffen- und Mannschaftstransport in der Region zu erleichtern und zu beschleunigen wird die B 221, von Kleve kommend, bis zum Ortseingang Arsbeck dreispurig ausgebaut. Die B 221 berührt auf 60 km Länge unzählige militärische Einrichtungen. Von Arsbeck aus wird dann eine völlig neue Umgehungsstraße bis Geilenkirchen – dem Atomwaffen- und Spionagezentrum von NRW – weitergebaut.

Niedersachsen · NIEDERLANDE · Hessen · Rheinland-Pfalz · BELGIEN

H1 Atomhaubitzen vom Kaliber 155 mm
H2 Atomhaubitzen vom Kaliber 203,2 mm
B Atomwaffenbunker
F Atombomber-Flugplätze
L Lance-Raketen
N Nike-Hercules-Raketen
P Pershing Ia-Raketen
BG Giftgas- oder Atomwaffenlager im Bau

© Die Neue

4933 Blomberg: Munitionslager

4807 Borgholzhausen: Hier sind bei einer holländischen Einheit NIKE-Hercules-Raketen stationiert. Jede vierte dieser sogenannten Flugabwehrraketen hat einen Atomsprengkopf. Am 16.5.1981 fand die erste große Friedensaktion vor der Raketenbatterie statt.

4057 Brüggen: Nur durch großes Glück wurde die Bevölkerung der Stadt Brüggen und der angrenzenden Region vor einer atomaren Katastrophe bewahrt. Am 22.6.1978 stand das Naturschutzgebiet Schwalm-Nette an der holländischen Grenze –6 km vom Ort entfernt– lichterloh in Flammen. Die mehrere hundert Meter hohe Feuersäule war 25 km weit sichtbar. Das Feuer überrollte auch das Atomwaffendepot der "Royal Air Force". 1000 Feuerwehrleute waren im Einsatz, um die nukleare Kettenreaktion zu verhindern.
Brüggen-Bracht ist eine riesige Militärstadt und gehört der britischen Rheinarmee. Brüggen ist einer der bekannt gewordenen Stationierungsorte von Cruise-Missile-Raketen. Zur Zeit werden entsprechende Anlagen zur Aufnahme der todbringenden Marschflugkörper modernisiert.

4793 Büren: Hier lagern Atomwaffen.

5909 Burbach: Am Stegskopf in Burbach im Kreis Siegen sind NIKE-Hercules-Raketen stationiert. Jede vierte trägt Atomsprengköpfe.

5160 Düren-Drove: Hier sind atomare Trägerwaffen stationiert.

4055 Elmpt (Wildenrath): Direkt an einem holländischen Grenzübergang unterhält die „Royal Air Force" einen Flugplatz für Düsenjäger. Unmit-
einem holländischen Grenzübergang unterhält die „Royal Air Force" einen Flugplatz für Düsenjäger. Unmit-
telbar daneben befindet sich ein Depot der Bundeswehr. Die britische Rheinarmee unterhält in der Bundesrepublik 12 Staffeln von Kampfflugzeugen, eine davon liegt in Elmpt. Zur Zeit findet ein großes Umrüstungsprogramm der Flugplätze und ein Beschaffungsprogramm für das Atombombenflugzeug Tornado ... statt. Der Tornado wird in den nächsten Jahren auch in Elmpt stationiert werden.

5940 Elspe: Hier sind NIKE-Hercules-Raketen stationiert. Jede vierte hat einen Atomsprengkopf.

5130 Geilenkirchen: Hier existiert eine Kaserne der Bundeswehr. In Geilenkirchen-Teveren – einem ehemaligen britischen Flugplatz– ist die Lance- und Pershing Ia Rakete stationiert. 1983/84 wird die Pershing Ia abgezogen und durch Pershing II-Raketen ersetzt. Geilenkirchen-Teveren gleicht derzeit einer riesigen Baustelle. Im Februar 1982 werden dort 18 Spionageflugzeuge vom Typ AWACS stationiert. Deshalb werden die Landepisten verlängert, Unterkunftsgebäude für die dann zu stationierenden 1.000 US- und die 500 Bundeswehrsoldaten, Gebäude für die Elektronik, Funkanlagen etc. mit einem gigantischen Kostenaufwand (200 Millionen DM) gebaut.
AWACS heißt: Maine-Operating-Base-Mob. Zur Aufgabe der AWACS gehören: Überwachung, Frühwarnung und Waffeneinsatzführung. Das wiederum bedeutet, daß AWACS-Spionageflugzeuge Fotos zur Programmierung der Marschflugkörper herstellen, daß heißt weiterhin, daß dieses System bis zur DDR- und zur CSSR-Grenze umfangreiche Radar- und Bodenstationen benötigt. Im Schwarzbuch wird dokumentiert, daß dies alles im Bau ist, daß sich alles auf die Jahre 1983/84 zuspitzt.

4830 Gütersloh: In der Stadt gibt es eine Kaserne und einen Flugplatz der "Royal Air Force", wo es im Rahmen der letztjährigen Herbstmanöver eine Luftbrücke in die USA gegeben hat. Auf allen Flugplätzen der RAF sind atomwaffentragende Düsenjäger stationiert.

5870 Hemer: Von Iserlohn in Richtung Hemer existiert eine eigene, sehr gut ausgebaute Autobahn, die allerdings auch sehr kurz ist. Man kommt ins Staunen. Einmal in der Stadt angelangt, verschlägt es einem die Sprache. Auch in Hemer gibt es mehr Soldaten als Zivilisten. Im einzelnen sind hier untergebracht:
– ein britisches Atomwaffenlager;
– mehrere britische Kasernen nebst Truppenübungsplätzen und sonstigen Einrichtungen;
– ein britisches Militärlazarett;
– eine kanadische Einheit;
– Panzergrenadiere, Artillerie, Infanterie, ein Instandsetzungslager der Bundeswehr;
– ein Munitionsdepot der Bundeswehr, ganz in einen Berg gesprengt;
– mehrere Truppenübungsplätze.

4900 Herford: Hier befinden sich das Hauptquartier der 4.britischen Division, mehrere Kasernen und eine Aussenstelle des Wehrbereichsverpflegungsamtes ist geplant.

4054 Hinsbeck-Nettetal: Hier steht eine Radar- und Raketenstation.

4755 Holzwickede: Im Stadtteil Opherdicke befindet sich eine NIKE-Hercules-Raketenbatterie. Über Ostern 1981 hat es hier den ersten massenhaften Protest gegen die vorhandenen Atom-Raketen gegeben.

4170 Kapellen bei Geldern: Hier sind NIKE-Hercules-Raketen stationiert.

4178 Kevelaar: In und um die Stadt existieren mehrere militärische Anlagen:
– ein Flugplatz der "Royal Air Force". Hier werden unter anderem auch schwedische Piloten an älteren Saab-Maschinen ausgebildet. Der Flugplatz hat sein eigenes Atomwaffendepot.
– ca. 3,5 km vom Stadtrand entfernt liegt ein vom Wald umgebenes Sperrgebiet;
– in Kervenheim steht eine Funkanlage der NATO.

5151 Kirchherten: NIKE-Hercules-Raketenstation.

4179 Hees/Laarbruch: Hier liegt ein britischer Militärflughafen. Laut "Stern" soll hier die Cruise Missile stationiert werden.

4937 Lage: Munitionsdepot.

4920 Lemgo: In Lemgo ist die 1.US-Signalbatterie stationiert. Des weiteren gibt es ein Atomwaffenlager, eine Radarstellung bei Lindenhofe, die
Signalbatterie stationiert. Des weiteren gibt es ein Atomwaffenlager, eine Radarstellung bei Lindenhofe, die
"Royal Welsh Fusiliere".

5277 Marienheide: Hier ist die NIKE-Hercules stationiert.

5750 Menden: Hier ist ebenfalls die NIKE-Hercules stationiert.

4950 Minden: Obwohl stets geleugnet, sind Teile der Grenze zur DDR mit Atomminen aus den USA versehen. Darüber hinaus üben Bundeswehrsoldaten unter Kontrolle von GI's den Einsatz mit Atomminen an strategisch wichtigen Punkten, z. B. die Sprengung von Brücken, Eisenbahnlinien etc. Die Atomminen haben eine Sprengkraft von 0,5 bis 1,5 Kilotonnen, also die einer Hiroshima-Bombe. Besonders beliebt ist das hügelige Gelände um Kassel. Die Sprenglöcher werden zehn Meter tief gebohrt. Mit einer Ladung kann man aus Bergen Flachland machen.

In der Mindener Herzog-von-Braunschweig-Kaserne ist unter anderem das Pionierbataillion 110 untergebracht. Und genau das ist auch zuständig für das Verlegen von Atomminen.

Darüber hinaus gibt es in der Stadt weitere militärische Bereiche:
– ein schweres und ein amphibisches Pionierbataillion (Minden-Rodenbeck);
– das Hauptquartier der 11. britischen Brigade (Elisabeth-Kaserne);
– ein Pionierübungsplatz ist im Bau;
– ein Stützpunkt für den Mobilisierungsfall (Gut-Denkmal);
– eine britische Kaserne mit Hubschrauberlandeplatz, die Panzer- und Transporteinheiten hat (Minderheide);
– eine Bundeswehrversorgungseinrichtung in Todtenhausen und eine weitere Bundeswehreinrichtung in Heisterholz.

4773 Möhnesee: Im Stadtteil Echtrop steht eine NIKE-Hercules-Anlage, das Flugabwehrraketenbataillion 21.

5164 Nörvenich: Zwischen Köln und Düren befindet sich ein NATO-Flugplatz. Hier sind Starfighter und ein Atombombenlager untergebracht.

5950 Odingen: NIKE-Hercules-Raketen.

4790 Paderborn: In mehreren Kasernen und Anlagen ist die britische Rheinarmee untergebracht. Diese Soldaten werden auch auf den Einsatz in Nordirland getrimmt und jeweils für mehrere Wochen abkommandiert.

In Paderborn besteht ein Atomwaffendepot.

4440 Rheine: Rheine ist eines der gefährlichsten militärischen Pulverfässer von NRW. Hier sind eine Reihe hochbrisanter Einrichtungen untergebracht:
– das Jagdbombergeschwader 636 – auch Westfalengeschwader genannt – in der „General-Wever-Kaserne" in Dreierwalde. Der Eingang des Fliegerhorstes wird geziert von einem ausgemusterten Fiat-G-91 Düsenjäger der Bundeswehr.

Das Geschwader wurde 1975 von Starfighter- auf Phantom-F4-Flugzeuge umgerüstet. Es hatte die „Ehre", in Kanada – in Labrador und Neufundland – Tiefflüge mit Höchstgeschwindigkeit zu üben. Die Ergebnisse werden mit einer Penetranz sondergleichen im Kreis Recklinghausen angewandt. Das Geschwader terrorisiert Dorsten und trainiert ständig Angriffsflüge auf die CWH. Es ist stolz darauf, bis zum Dezember 1980 bereits 50.000 Flugstunden auf den Phantom verbracht zu haben. Dieser taktische Düsenbomber verbraucht pro Stunde 10.000 Liter hochwertigen Treibstoffs.
– Der dazugehörende Flugplatz befindet sich in Hopsten/Dreierwalde. Hier werden rund um die Uhr – in Alarmschichten – zwei Phantom mit Atombomben an Bord startklar gehalten. Die Depots für die Nuklearsprengköpfe befinden sich auf dem Flugplatzgelände.

Zur Zeit herrscht am Flugplatzrand eine rege Bautätigkeit. Hier entstehen ca. 20 über- und unterirdische Bunker.
rand eine rege Bautätigkeit. Hier entstehen ca. 20 über- und unterirdische Bunker.
– Rheine ist als Stationierungsort für die Pershing II vorgesehen.
– In der Stadt ist ferner eine Außenstelle des Wehrbereichverpflegungsamtes 3 untergebracht;
– in Bentlage ist das Heeresfliegerregiment 15 stationiert; zusätzlich existiert ein Flugplatz für Transportflugzeuge und Hubschrauber;
– dem Flugplatz vorgelagert ist eine holländische Flugabwehrraketenartillereieinheit. Etwa zwei Kilometer weiter befinden sich dann die Batterien der NIKE-Hercules-Raketen.
– Im Industriegebiet von Rheine liegt darüber hinaus ein Bundeswehrdepot mit ca. acht sehr langen und großen Bunkern. Die Anlage hat einen eigenen Gleisanschluß.
– In unmittelbarer Zaunnachbarschaft beginnt dann ein Munitionslager, das aus einem inneren und äußeren Bereich mit ca. 30 unter- und überirdischen Bunkern besteht.
– Zur Zeit werden in der Stadt alle Bahnübergänge renoviert, d.h. sie werden für Panzerdauerbelastung ausgerüstet.

4431 Schöppingen: In Schöppingen sind holländische und amerikanische Soldaten stationiert. Ferner gibt es eine NIKE-Hercules-Raketenstation.

4800 Senne: Dort gibt es einen Truppenübungsplatz der britischen Rheinarmee. In Sennelager sind atomare Trägerwaffen stationiert.

4770 Soest: Im Stadtteil Bergede sind NIKE-Hercules-Raketen stationiert. Hierbei handelt es sich um die Partnerbatterie von Datteln. Weiterhin sind dort Einheiten aus Belgien und der britischen Rheinarmee stationiert.

4060 Süchteln: Hier befindet sich eine NATO-Führungsanlage. Während des Baues im Jahre 1979 wurde „aus Versehen" ein Zivilist erschossen.

4178 Twisteden: Ca. 3 km Luftlinie südlich von Twisteden, ca. 6 km westlich von Geldern, befindet sich ein kleineres, von einem Waldgürtel umgebenes Sperrgebiet.

Das Gebiet hat starke Ähnlichkeit mit dem A-Waffenlager bei Arsbeck.

4150 Krefeld-Ürdingen: NIKE-Hercules-Raketen.

4144 Wildenrath: In Wildenrath existiert ein Flugplatz der RAF. Die Bunker für Atomsprengköpfe befinden sich auf dem Gelände.

4220 Waldbröl: Hier sind NIKE-Hercules-Raketen stationiert.

Vorden bei Sennelager: Hier sind atomare Trägerwaffen stationiert.

4415 Westkirchen: Hier sind NIKE-Hercules-Raketen stationiert.

4232 Xanten: In Xanten ist die NIKE-Hercules stationiert. Es gibt eine britische und belgische Kaserne, weiterhin ein Munitionsdepot.

Kein Handschlag für Krieg und Militär:

„Totalverweigerung"!

Kein wichtiges Datum vergeht inzwischen mehr, ohne daß irgendwo öffentliche Verweigerungsaktionen stattfinden: Reservisten und Soldaten verweigern (nachträglich) den Kriegsdienst, Frauen erklären sich gegen eine Dienstverpflichtung im „Ernstfall", Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende lehnen präventiv ihre Einsatzverpflichtung im Rahmen der „Zivilverteidigung" ab – und viele andere werden sich der Tatsache bewußt, daß im Grunde jeder früher oder später in die laufenden Kriegsvorbereitungen einbezogen wird oder sogar schon ist. Eine Möglichkeit des Widerstands dagegen, die bisher zahlenmäßig nicht so sehr ins Gewicht fällt, gewinnt dabei zunehmend – auch für die bürgerlichen Medien – an Bedeutung: die sogenannte „Totalverweigerung".

In dieser Ausgabe des „Arbeiterkampf" wollen wir nun versuchen, die Diskussion um diese radikal antimilitaristische Widerstandsform über die vorwiegend pazifistischen und gewaltfrei-anarchistischen Kreise hinauszutragen, insbesondere unter dem Aspekt, ob es sinnvoll und möglich ist, die bisher weitgehend individuell durchgeführte Totalverweigerung einzelner zu einer breit praktizierten, kollektiven politischen „Aktionsform" zu machen. Zunächst soll zu diesem Zweck kurz auf die Geschichte des Widerstands gegen die Wehrpflicht und auf die heutige Situation eingegangen werden. Anschließend stellt Thomas Hansen als „Betroffener" (s. auch AK 210) seine Erlebnisse und seine Einschätzung in einem Interview dar, das wir anläßlich einer Veranstaltung mit Totalverweigerern im Rahmen der „Göttinger Friedenswochen '81" machen konnten. Außerdem dokumentieren wir die Erklärung einer ganzen Familie von „Wehrpflichtverweigerern".

Antimil-Kommission Göttingen

Geschichte der Totalverweigerung

Geschichte der Totalverweigerung

Die Geschichte der Totalverweigerung läßt sich zurückverfolgen bis ins 16. Jahrhundert. Die ersten Kriegsdienstverweigerer (KDVer) kamen im wesentlichen von den christlichen Sekten der Quäker und Mennoniten (Wiedertäufer). Sie hatten teilweise Verträge mit den damaligen Fürsten geschlossen, wonach sich Angehörige dieser Sekten vom Militärdienst freikaufen konnten. Von den konsequentesten „Verweigerern" wurde aber damals bereits eine solche „Ersatzgeldregelung" abgelehnt, was in der Regel die Beschlagnahme des Besitzes oder Gefängnis zur Folge hatte. Im allgemeinen richtete sich ihr Widerstand nicht gegen staatliche Obrigkeit überhaupt. Jedoch hatten die Herrschenden auch damals bereits die Befürchtung, nicht genug Soldaten zu bekommen, und sie reagierten mit entsprechend repressiven Maßnahmen.

Die jüngere Geschichte beginnt mit dem 1. Weltkrieg: In Großbritannien nahmen etwa 2000 Kriegsdienstverweigerer (die sogenannten Absolutisten) Gefängnis unter schlimmsten Bedingungen auf sich, da sie auch einen Ersatzdienst ablehnten. Ähnliches geschah in Dänemark.

Nach dem Krieg gründete sich eine internationale Organisation der Totalverweigerer, die „Wa r Resisters International". Sie verlor jedoch bis zum Zweiten Weltkrieg an Einfluß, da sich in dieser Zeit keine breitere Bewegung entwickeln konnte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam die Diskussion um diese Widerstandsform erstmals während der Wiedereinführung der Wehrpflicht (1956) bzw. des zivilen Ersatzdienstes (1961) auf. Breitere Einflüsse löste jedoch erst die (europäische) „Internationale Kollektive Widerstandskampagne gegen Kriegs- und Ersatzdienste" ab 1974 aus, die einige bekanntere Fälle von Totalverweigerung in der BRD hervorbrachte (Egon Spiegel, Dieter Schöffmann). Seit März 1976 gibt es nun auch in der BRD eine Organisation von Totalverweigerern, die sich „Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste (KGW)" nennt. Ihr sind bis Anfang '81 etwa 50 Fälle von Totalverweigerung bekannt (der „Stern" vom 1.10.81 spricht von etwa 70 Fällen). Angestiegen ist deren Zahl insbesondere seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) von 1978 gegen die damalige Novelle des KDV-Gesetzes, die eine freie Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst zum Inhalt hatte („Postkartenregelung"). Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Hans Iven, soll sogar schon von monatlich ca. 5 Zivildienstverweigerern (zu den unterschiedlichen Bezeichnungen s.u.) gesprochen haben. Infolge der anstehenden weiteren Verschärfung des KDV- und Zivildienstrechts ist mit einer weiteren Zunahme zu rechnen.

Gründe für die Totalverweigerung

Die Begründungen der einzelnen Totalverweigerer weichen oft erheblich voneinander ab, beinhalten jedoch in der Regel einen oder mehrere der folgenden vier Punkte (nach D. Schöffmann, u.a. in „links" Nr. 131,

talverweigerer weichen oft erheblich voneinander ab, beinhalten jedoch in der Regel einen oder mehrere der folgenden vier Punkte (nach D. Schöffmann, u.a. in „links" Nr. 131,

Feb. '81):

1. Ersatzdienst und Wehrpflich t
Der §3 des Wehrpflichtgesetzes besagt, daß der anerkannte KDVer die Wehrpflicht durch Ableistung des Zivildienstes erfüllt. Damit unterwirft er sich im Grunde der Pflicht, gegen die er sich als KDVer ausgesprochen hat, und erkennt dadurch das Recht des Staates auf diese Verpflichtung sowie auf eine „Verteidigung" mit kriegerischen Mitteln an.
2. Ersatzdienst und Friedensdienst
Der zivile Ersatzdienst kann kein Friedensdienst sein, da er Teil einer strukturell gewaltsamen Gesellschaftsordnung ist. Echter Friedensdienst kann dieser Ordnung jedoch nur entgegen gerichtet sein, liegt damit aber nicht im Interesse des Staates.
3. Ersatzdienst und Militärstrategie
Der § 79 des Zivildienstgesetzes bestimmt, daß der anerkannte KDVer im „Verteidigungsfall" zu unbefristetem Zivildienst einberufen werden kann. Das bedeutet, daß er zu einem einplanbaren Faktor im Rahmen der „Gesamtverteidigung" wird, indem er einerseits Hilfsaufgaben im „Hinterland" übernehmen und andererseits wehrfähige Männer für den Waffendienst freisetzen soll — und dies unter einem besonderen Gewaltverhältnis (keine Streik- und sonstigen Arbeiterrechte).

4. Ersatzdienst und Zwangsdienst
Der zivile Ersatzdienst ist ein Zwangsdienst, der eine wesentliche Einschränkung der Grundrechte beinhaltet und mit einem selbstbestimmten und selbst-

4. Ersatzdienst und Zwangsdienst
Der zivile Ersatzdienst ist ein Zwangsdienst, der eine wesentliche Einschränkung der Grundrechte beinhaltet und mit einem selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Leben nichts gemein hat. Die Form des Zwangsdienstes läßt insofern auch einen Charakter als Friedensdienst nicht zu .

Bestätigt wird diese Einschätzung des Zivildienstes u.a. durch das Urteil des BVG zur „Postkarten-Novelle" (s.o.), in dem ausdrücklich festgelegt wird, daß der Zivildienst *„nicht als alternative Form der Erfüllung der Wehrpflicht gedacht"* sei, sondern *„wie sich schon aus der Wortwahl [Ersatzdienst, Ersatzdienstpflicht] ergibt, nur an die Stelle des im Einzelfall rechtmäßig verweigerten Wehrdienstes treten"* solle.

Aus der dargelegten Grundintention der Zivildienstregelung folgen dann die entsprechend abzulehnenden Erscheinungsformen: die entwürdigende, einschüchternde Gewissensprüfung, der Zivildienst als Abstellgleis für unliebsame „Wehrkraftzersetzer" und gleichzeitiges Mittel zur Stigmatisierung der KDVer, die Ausbeutung als billige Arbeitskraft auf vollwertigen unbesetzten Arbeitsplätzen usw. usf. Darüber hinaus dient der Charakter des Verweigerungsrechts als wichtiges Abschreckungsinstrument des Staates gegenüber denjenigen, die sich der Wehrsozialisation („Schule der Nation") und Kriegsvorbereitung entziehen wollen.



Foto: argus

Formen der Totalverweigerung

Konsequent durchgeführt, beginnt die Totalverweigerung bereits mit der Erfassungsverweigerung. Das bedeutet, daß die gesamte Zusammenarbeit mit staatlichen (Bundeswehr-) Institutionen grundsätzlich abgelehnt wird. Es folgen also die Ablehnung von Musterung, Prüfungsverfahren, Wehr- bzw. Zivildienst und Wehr- bzw. Zivildienstüberwachung. In einzelnen Fällen wird selbst die Gerichtsverhandlung abgelehnt und somit auf eine Verteidigung verzichtet.

Da oftmals die Entscheidung zur „Totalverweigerung" erst im Laufe der ganzen Prozedur fällt, kommt es zu den wesentlichen unterschiedlichen Formen der Verweigerung: der Zivildienstverweigerung („Dienstflucht") und dem Wehrdienstabbruch („Befehlsverweigerung", „Fahnenflucht"). Daraus ergeben sich auch die unterschiedlichen Konsequenzen in der juristischen Behandlung.

Strafrechtliche Folgen der Totalverweigerung

Zunächst einmal gibt es für die „Zeugen Jehovas", die den Ersatzdienst verweigern, weil man für die aus religiösen Gründen abgelehnte staatliche Gewaltausübung keinen Ersatz leisten könne, eine gesonderte Rechtsbestimmung: den § 15a Zivildienstgesetz. Er besagt, daß von der Heranziehung zum Zivildienst abgesehen werden

könne, eine gesonderte Rechtsbestimmung: den § 15a Zivildienstgesetz. Er besagt, daß von der Heranziehung zum Zivildienst abgesehen werden

kann, *„wenn der anerkannte Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen gehindert ist, Zivildienst zu leisten, jedoch freiwillig in einem Arbeitsverhältnis mit üblicher Arbeitszeit in einer Kranken- oder Heil- und Pflegeanstalt tätig ist oder tätig wird.* Diese Regelung trifft jedoch ausschließlich auf diese religiöse Sekte zu.

In den anderen Fällen bedeutet eine Zivildienstverweigerung im allgemeinen (Ausnahmen s. nebenstehenden Kasten) die Verurteilung zu 6 - 8 Monaten Knast unter der Auflage, den Dienst wieder anzutreten, so daß also die Strafe bei konsequenter Verweigerung abgesessen werden muß. In diesem Fall wird von einer Gewissensentscheidung ausgegangen, wie sie in der KDV-Verhandlung anerkannt worden ist, so daß Mehrfachbestrafung nicht erlaubt ist (Urteil des BVG vom 7.3.68).

Bei Abbruch des Wehrdienstes erfolgt dagegen eine bis zu dreifache Bestrafung (bei unterschiedlichem Strafmaß, s. Kasten), solange der Betreffende nicht aus der Bundeswehr entlasse n wird, da er nach Absitzen der Strafe wieder von den Feldjägern zu „seiner" Einheit zurückgebracht werden kann. Hinzu kommt eine bis zu 63 Tagen mögliche zusätzliche Bestrafung durch Arrest bei der Bundeswehr. Eine Gewissensentscheidung wird hier nicht als solche anerkannt; Bewährungsstrafen werden nur ausgesprochen, wenn mit der Entlassung des Verweigerers aus der Bundeswehr zu rechnen ist.

Totalverweigerung als Teil einer antimilitaristischen Strategie

Für die Gruppe KGW, die jedoch nicht alle Totalverweigerer umfaßt, ist die Totalverweigerung Teil einer antimilitaristischen Strategie des zivilen Ungehorsams. Die KGW geht nicht davon aus, daß dies die einzig mögliche Aktionsform sei, und sie rechnet zunächst nicht mit einer massenhaften Ausbreitung dieser Widerstandsform. Schwierigkeiten haben die Totalverweigerer nach eigenen Worten bei der Entwicklung langfristiger Perspektiven, die die Erfahrungen der Verweigerung weiterverwerten könnten.

Man kann jedoch sicherlich bereits von gewissen Erfolgen sprechen, die erreicht worden sind: Die Diskussion um konkrete Widerstandsformen und die Totalverweigerung ist sowohl in als auch außerhalb der KDV- und antimilitaristischen Bewegung mehr und mehr in Gang gekommen und könnte durchaus wieder frischen Wind in die festgefahrene, sich ständig verschlimmernde Situation des Zivildienstes bringen (insbesondere zur anstehenden Gesetzesnovelle). Darüber hinaus wird mit Recht darauf verwiesen, daß auch die Einführung des KDV-Rechts in vielen Ländern erst auf den konsequenten Widerstand teils recht kleiner Gruppen hin erfolgte.

Selbst die bürgerlichen Medien berichten in der Regel eher wohlwollend, die Gerichte reagieren (noch?) recht differenziert auf Totalverweigerung. Und die Bundeswehr ist bisher darauf bedacht, solche „Aufsässigen" möglichst schnell los zu werden, da sie *„durch ihr striktes Beharren im Ungehorsam die militärische Sicherheit und Ordnung ernsthaft gefährden"* (in einer Begründung gegenüber Jürgen Spindler). Seit 1981 adoptiert nun Amnesty International auch Totalverweigerer, die in allen drei KDV-Instanzen nicht anerkannt worden sind und dann wegen Fahnenflucht/Befehlsverweigerung verknackt werden.

Hier in Göttingen hat sich inzwischen eine Gruppe aus potentiellen Totalverweigerern und Interessierten gebildet, die versucht, den Betroffenen bei ihrer Entscheidung zur Seite zu stehen sowie diese Widerstandsform breiter in die Diskussionen der Friedens-/Antikriegsgruppen zu bringen.

Literatur zum Thema:

– „Stichwort: Totalverweigerung" Dokumentation einer Arbeitstagung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) im Oktober 1980, zu beziehen über:
EAK, Donandtstr. 4, 2800 Bremen 1
– „Dokumente zum Widerstand gegen die Wehrpflicht"
herausgegeben von der Gruppe KGW, zu beziehen über:
„zündhölzchen-Verlag und Buchversand, Frank Schenker, Weinbergweg 7, 7015 Korntal
– discofo Nr. 37/38,
Ausgabe zum Thema „Zivildienst"

„zündhölzchen-Verlag und Buchversand, Frank Schenker, Weinbergweg 7, 7015 Korntal
– discofo Nr. 37/38,
Ausgabe zum Thema „Zivildienst"

Positionen überdenken!

Erklärung der Gruppe „Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste":

Angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und der sich abzeichnenden Tendenzen im Zivildienst weist die Gruppe „Kollektiver Gewaltfreier Widerstand" auf die Notwendigkeit hin, daß Kriegsdienstverweigerer und Antimilitaristen:

– die Möglichkeit der praktischen Abschaffung des Prüfungsverfahren durch Teilnahmeverweigerung überdenken;
– für sich überprüfen, ob der jetzige wie auch der mögliche zukünftige Ersatzdienst sich (noch) in Einklang befindet mit ihrer Entscheidung gegen jeden Kriegsdienst, jede Beteiligung an Kriegsvorbereitungen und jedes Militär und für den Frieden;
– die Möglichkeit einer totalen Kriegsdienstverweigerung (Totalverweigerung), d.h. eines konsequenten Widerstandes gegen jeglichen Kriegs- und Ersatzdienst durch deren Verweigerung überdenken, falls sie bei dieser Überprüfung (der Übereinstimmung des Ersatzdienstes mit ihrer KDV-Entscheidung) zu einem negativen Urteil zu kommen;
– die Totalverweigerer, die es nach dieser BVG-Entscheidung verstärkt geben wird, in ihrem konsequenten antimilitaristischen Kampf unterstützen.

Wir fordern niemand pauschal zur Totalverweigerung auf, da wir niemand zu einer unüberlegten Handlung treiben wollen und wir keinem garantieren können, daß dieser konsequente Widerstand ohne große Probleme für die Person durchgeführt werden kann, wenngleich wir alles in unseren Kräften stehende unternehmen, um Totalverweigerer zu unterstützen. Wir fordern allerdings jeden KDVer und Antimilitaristen auf, diese mögliche Form des Widerstandes nicht ungeprüft beiseite zu schieben.

aus: „Zivilcourage" 10/78

Einige ausgewählte Urteile gegen Totalverweigerer

Tatvorwurf: Dienstflucht

Norbert Heitkamp:
8 Monate Knast auf 2 Jahre zur Bewährung, Auflage: freiwillige Abarbeitung der restlichen 3 Monate seines abgebrochenen Zivildienstes

Frank Schenker:
90 Tagessätze zu 15 DM in der Berufungsverhandlung, als Überzeugungstäter anerkannt

Götz Perle:
6 Monate Knast auf 3 Jahre zur Bewährung in der Berufungsverhandlung, als Überzeugungstäter anerkannt, daher o h n e Auflage!

Claus Groschka:
9 Monate Knast o h n e Bewährung, als Überzeugungstäter anerkannt, Strafzumessung zur „Abschreckung"!

Tatvorwurf: Fahnenflucht, Befehlsverweigerung

Dieter Schöffmann:
7 Monate Knast auf 3 Jahre zur Bewährung, 1000 DM Geldstrafe, aus der Bundeswehr entlassen

Georg Brendebach:
10 Monate Knast auf 3 Jahre zur Bewährung, 5000 DM Bußgeld, Entlassung aus der Bundeswehr nicht bekannt

Horst Balzer:
11 Monate Knast ohne Bewährung, Prozeßkosten, Gewissensentscheidung erschwerend angerechnet!

Interview mit Thomas Hansen

Kannst Du mal kurz schildern, wie Du dazu gekommen bist, sowohl den „Wehrdienst" als auch den „Zivildienst" zu verweigern, und welche Folgen diese Entscheidung für Dich hatte?

Th.: Ja, ich habe also mit meiner Musterung einen KDV-Antrag gestellt, hatte dann drei Verhandlungen und wurde in allen dreien abgelehnt. Einige Monate nach der dritten Verhandlung habe ich die Einberufung zur Bundeswehr bekommen. Ich habe mich dann — mehr oder weniger freiwillig — in der Kaserne gemeldet und da jeden Befehl verweigert. Ich habe also die Uniform nicht angezogen und mir auch die Haare nicht schneiden lassen. Das scheint da wichtig zu sein. Daraufhin habe ich erst sieben Tage Arrest gekriegt. Als ich rauskam habe ich wieder den gleichen Befehl gekriegt, vierzehn Tage Arrest, weil ich wieder verweigert habe, und dann die gleiche Sache noch mal von vorn, mit 21 Tagen Arrest. Gleichzeitig mit den 21 Tagen ist die Sache an die Staatsanwaltschaft in Oldenburg abgegeben worden, und ich habe eine Strafanzeige bekommen. In dem Prozeß habe ich dann zwei Monate auf Bewährung gekriegt, weil die Richter meinten, ich wäre ein Gewissenstäter, und eine Haftstrafe würde meine Meinung nicht ändern. Sie meinten, eine Bewährungsstrafe wäre möglich, weil die Bundeswehr doch einsehen müsse, daß meine Meinung da endgültig sei und mich aus dem Dienst entlassen würde.

Die Bundeswehr hat das natürlich nicht eingesehen, und der unmittelbare Vorgesetzte, der da als Zeuge aufgetreten ist und auch die Endgültigkeit meiner Überzeugung eingesehen hatte, meinte, das Urteil würde der Bundeswehr nicht gefallen, und hat mir den Befehl gegeben, mich am nächsten Tag wieder in der Kaserne zu melden. Das habe ich dann auch gemacht, er hat mir sofort wieder den Befehl gegeben, die Uniform anzuziehen, ich habe es wieder abgelehnt und wieder 21 Tage gekriegt. Und gleichzeitig wieder eine Anzeige. Nach diesen drei Wochen habe ich erstmal Dienstverbot bekommen, wie schon nach den ersten 21 Tagen, d.h. mir wurde verboten, die Uniform anzuziehen, ich mußte nach Hause. Nach ein paar Wochen hatte ich dann die zweite Verhandlung, wieder wegen Ungehorsam, und diesmal wurde ich zu sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt, weil ich ja, so der Staatsanwalt, einschlägig vorbestraft sei!

Die sechs Monate reichten der Bundeswehr aber offensichtlich immer noch nicht, der Staatsanwalt hatte immerhin zehn Monate beantragt, und so mußte ich mich am anderen Tag wieder melden. Daraufhin gab es die

immerhin zehn Monate beantragt, und so mußte ich mich am anderen Tag wieder melden. Daraufhin gab es die

dritte Anzeige. Diesmal wurde ich von der Bundeswehr aber nicht mehr eingesperrt, weil ich meine 63 Tage abgesessen hatte (das ist im Moment die Maximalstrafe beim Bund) und habe gleich wieder Dienstverbot bekommen. Die Sache hat keine zehn Minuten gedauert, ich habe den Befehl bekommen, das Formblatt mit dem Dienstverbot lag schon ausgefüllt auf dem Tisch. Ich habe unterschrieben und konnte wieder nach Hause gehen. Die haben also selbst nicht damit gerechnet, daß ich jetzt den Dienst antrete.

Hat der Staatsanwalt in der zweiten Verhandlung noch mal was zu dem KDV-Verfahren gesagt, wo Du dreimal durchgefallen bist?

Th.: Da ist er nicht mehr drauf eingegangen. Der erste hatte gemeint, meine Weigerung würde für mich sprechen, da ich nur konsequent gehandelt hätte. Ich hätte ja verweigert, und die Situation sei einzig und allein dadurch entstanden, daß ich nicht anerkannt worden sei. Der zweite Staatsanwalt hat lediglich zu der Aussage, ich sei Gewissenstäter, gesagt, daß das zwar für den ersten Prozeß interessant gewesen sei, ich mich darauf aber nicht berufen könne, weil dies nicht die juristisch vorgeschriebene Stelle sei, mein Gewissen zu prüfen. Entgegen dem ersten Urteil hat es sich also letztlich strafverschärfend ausgewirkt, daß ich so konsequent bin!

Glaubst Du, daß diese ganzen Erlebnisse, die Du so gehabt hast, noch weiterreichende Folgen haben?

Th.: Auf jeden Fall! Neue Erkenntnisse waren da zwar nicht bei, was ich jetzt weiß, hatte ich vorher auch schon im Kopf. Jetzt habe ich aber die Bestätigung dafür bekommen, daß ich die Bundeswehr schon richtig eingeschätzt hatte, daß die also ihre Interessen durchsetzen will, egal wie, und wenn die Leute dabei draufgehen. Und zweieinhalb Monate Einzelhaft, die verändern einen schon irgendwie. Ich bin aber ziemlich froh, daß ich die Sache so angepackt habe. Man hat endlich mal das Gefühl, zu seiner Meinung gestanden zu haben, sich nicht geduckt zu haben, sich nicht angepaßt zu haben, so wie das in der Schule und bei der Arbeit und andauernd der Fall ist. Das hat mich doch schon etwas selbstbewußter gemacht, die ganze Aktion.

Zur Solidaritätsarbeit, wie ist die gelaufen, wie hast Du Dich da im Bau gefühlt, was hat die Solidaritätsarbeit Dir gebracht?

Th.: Den Wert der Öffentlichkeitsarbeit und der Solidaritätsarbeit hatte ich eigentlich sehr stark unterschätzt. Die Wichtigkeit wurde mir erst klar, als ich dann in der Kaserne und im Bau war. Alle rannten da in Uniform rum, ich war der einzige mit langen Haaren und in Zivil, und ich fühlte mich selten so allein wie da. Die ersten Tage waren ziemlich schlimm, bis dann die erste Post kam und ich gehört habe, daß die ersten Flugblätter schon verteilt wurden. Das gibt einem eine ziemliche Sicherheit, und es ist enorm wichtig für einen, zu merken, daß man nicht vergessen ist in der Kaserne. Ich war auch überrascht über die Resonanz, die die ganze Sache so hatte. Ungeheuer viele Leute, die ich vorher gar nicht kannte, die haben mir dann geschrieben und sich solidarisch erklärt. Da hatte ich schon eine ziemliche Unterstützung.



Ein Totalverweigerer, der versucht, einer öffentlichen Vereidigung beizuwohnen, wird abgeführt.

Ein Totalverweigerer, der versucht, einer öffentlichen Vereidigung beizuwohnen, wird abgeführt.

Dein Fall ist ja nun nur eine Art der Totalverweigerung. Kannst Du mal die verschiedenen Möglichkeiten darstellen?

Th.: Ja, die konsequentesten Totalverweigerer sind sicher die, die direkt alles ablehnen, also Erfassung, Musterung, die die Einberufung nicht befolgen und auch keinen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen, die diese dösigen Prozesse erst gar nicht mitmachen. Dann gibt's da eben Abstufungen, daß Leute den Zivildienst antreten, also anerkannt sind und den Zivildienst irgendwann abbrechen. Das kommt wohl am häufigsten vor, das heißt dann Dienstflucht. Die kriegen normalerweise sechs Monate. Schließlich gibt es halt noch die dritte Möglichkeit, wie bei mir, daß man nicht anerkannt wird und die Sache eben beim Bund durchzieht und auch keinen neuen KDV-Antrag stellt. Also meine Totalverweigerung besteht insofern darin, daß ich keinen neuen KDV-Antrag stelle und natürlich den Bundeswehrdienst nicht mache. D.h., daß ich jetzt auch keinen Zivildienst mehr machen würde.

Zu den rechtlichen Konsequenzen, Leute wie Du können mehrfach bestraft werden?

Th.: In meinem Fall, da lief die Sache ja so, daß ich kein anerkanntes Gewissen habe und deshalb mehrfach bestraft werden kann. Da liegt nämlich ein Unterschied zwischen dem Abbruch des Zivildienstes und dem des Wehrdienstes: Zivildienst-Verweigerer werden aufgrund ihres anerkannten Gewissens nur einmal verurteilt, als Strafe. Man kann, so ist die Argumentation, nicht davon ausgehen, daß die ihre Meinung noch ändern, was ja auch durch die Prüfung festgestellt worden ist. Aber bei Leuten, die kein anerkanntes Gewissen haben, geht man davon aus, daß die, wenn sie ihre Strafe abgesessen haben, „vernünftig" geworden sind und dann doch bei der Bundeswehr mitmachen. Und wenn sie das nicht tun, dann war die „Bedenkzeit" eben zu kurz! Wie oft bestraft werden kann, da gibt es keine feste Regelung, man redet, munkelt von dreimal, das ist wohl bisher das Höchste.

Hast Du den Eindruck, daß die Totalverweigerer mehr werden und sich auch mehr Öffentlichkeit darum bildet?

Th.: Ob die Zahl steigt, das weiß ich nicht, ich habe auch vorher nicht soviel Kontakt zu solchen Leuten gehabt. Es gibt wohl so an die 50 offiziell bekannte Totalverweigerer. Allerdings muß man doch von einer höheren Dunkelziffer ausgehen. Ein Fall ist mir z.B. bekannt, weil der mit mir in der Kaserne eingesperrt war. Der hat sich nach Berlin abgesetzt, wurde von den Feldjägern geschnappt, als er zurückkam, und kam dann sofort in Haft, weil er auch jeden Befehl verweigert hat. Er hat dann beim Bund einen KDV-Antrag gestellt, wurde zweimal abgelehnt, obwohl er schon zweieinhalb Monate in Einzelhaft gesessen und auch klar gemacht hatte, daß er weiterhin da nicht mitmachen wird. Das Gericht hat ihm trotzdem kein Gewissen zuerkannt, und er sitzt mittlerweile im Knast, mit zehn Monaten ohne Bewährung. Das wäre wahrscheinlich überhaupt nicht an die Öffentlichkeit gelangt, wenn ich da nicht auch gewesen wäre.

Wie ist überhaupt die Wirkung der Totalverweigerung gegenüber der Öffentlichkeit und auch der Bundeswehr?

Th.: Viel hängt, wie gesagt, von der Öffentlichkeitsarbeit ab. Weil die Totalverweigerung aber ziemlich spektakulär ist, gibt es auch ein gewisses Öffentlichkeitsinteresse. Bei mir haben alle möglichen Zeitungen darüber berichtet, die „FR" sogar auf der ersten Seite. Im Fernsehen kam die Sache, im Radio. Da herrschte also schon ein Interesse dran, man erreicht als einzelner wahrscheinlich mit keiner anderen Aktion so viel. Vor allem die Bundeswehr kommt natürlich arg ins Kreuzfeuer der Kritik, wenn die die Leute erstmal zweieinhalb Monate so locker in Einzelhaft stecken. Da wird dann auch klar, daß Bundeswehr und Staat und die Rechtsprechung nicht zu trennen sind, daß da ein ganz großer Einfluß auf alle Bereiche des Lebens ist!

Wie schätzt Du denn das Verhältnis zwischen Totalverweigerung und der staatlich anerkannten Kriegsdienstverweigerung ein?

Th.: Ich sehe in der Totalverweigerung die einzige Möglichkeit, überhaupt eine Veränderung herbeizuführen, also daß ich dem Staat klar mache, daß ich nicht mehr bereit bin, mitzumachen. Als Zivildienstleistender arbeite ich ja in jedem Fall im Staat mit, konkret im Krankenhaus oder im Altersheim oder so. Ich habe den Eindruck, der Staat produziert hier soziales Elend, und ich kann das als Zwangsverpflichteter wieder ausbaden. Gleichzeitig bin ich billige Arbeitskraft, und der Staat kann das eingesparte Geld wieder für neue Waffen benutzen. Wenn ich den Dienst antrete, erkenne ich den staatlichen Zwang an, daß ich also die Pflicht habe, da einen Dienst zu tun. Damit erkenne ich auch irgendwie den politischen Weg, die politische Richtung dieses Staates an, d.h., ich erkenne dem Staat das Recht zu, eine Bundeswehr zu haben. Und ich setze mich nur von der Bundeswehr ab, will damit nichts zu tun haben, mache einen anderen Dienst. Das ist für mich deshalb keine Möglichkeit, weil wir ja vom nächsten Krieg auf jeden Fall alle ganz dick betroffen sein werden. Daher glaube ich, daß man den Zivildienst auch ablehnen sollte.

Sollte man Deiner Meinung nach trotz der schwerwiegenden persönlichen Konsequenzen von der Ebene der individuellen Totalverweigerung zur Propagierung kollektiver Totalverweigerung als politischer Widerstandsform übergehen, insbesondere vor dem Hintergrund der rasant ansteigenden Kriegsgefahr?

Th.: Problematisch an so einer Kampagne wäre meiner Meinung nach höchstens, daß man eventuell Leute reindrängen könnte in so eine Sache, daß die sich dann vorschnell im Knast wiederfinden, ohne sich vorher über die Konsequenzen klar zu sein. Allerdings sehe ich das Problem nicht als so akut an. Im Moment wird Totalverweigerung teilweise als eine fast schon halbverrückte Sache eingeschätzt: Das ist was ungeheuerliches, daß die Leute dafür in den Knast gehen, einfach aus ihrer Überzeugung heraus. Ich glaube nicht, daß die Stimmung so schnell umschlagen könnte, daß Leute das einfach aus einer Laune heraus, als „Mode" so eine Sache abziehen. Das ist eben nicht wie bei einer Demo, wo man mitdemonstriert, ohne daß man was riskiert. Eine Totalverweigerung wird vom Einzelnen vorher ganz klar durchdacht, zum einen, und zum anderen ist ein konkretes Abschätzen in allen Einzelheiten vorher sowieso nicht möglich. Wer nicht vorher im Knast war, da keine Erfahrung hat, kann die Sache gar nicht voll einschätzen. Ein gewisses Risiko ist da bei jedem dabei.

Ich sehe allerdings auch nicht, daß das zu einer kollektiven Bewegung wird. Man sollte schon anstreben, daß sich das ausweitet, vor allem weil die Sache dann einen Wahnsinnserfolg bringt. Hier wird ja ganz klar, wie der Staat reagiert auf entschlossene Gegner, die das nicht nur sagen, sondern dann auch tun! Und damit kann auch so eine Stimmung erzeugt werden: Das hat sogar bei Leuten, die sonst total bürgerlich sind und der Bundeswehr eigentlich positiv gegenüber stehen, eine ziemliche Erschütterung hervorgerufen, wie der Staat mit Totalverweigerern, gerade auch in meinem Fall, umgeht. Daß sich die Sache ausbreitet, wäre also schon anzustreben. Der Einzelne kann das aber auch nicht von heute auf morgen entscheiden, das ist ein längerer Prozeß. Gruppenarbeit und Diskussionen mit Totalverweigerern sind da sehr wichtig. Die Gruppenarbeit vor allem, die das dann auch in Öffentlichkeitsarbeit umsetzt, wenn der Einzelne im Knast sitzt, so daß er merkt, da stehen eine Menge Leute hinter mir.

Ich glaube nicht, daß man z.B. mit parlamentarischen Mitteln gegen die Bundeswehr usw. was machen kann. Die Bundeswehr ist ein zentraler Bestandteil der herrschenden Ordnung, da lassen sich Veränderungen auf parlamentarischem Wege nicht erreichen — nur durch „unrechtliche" Methoden, zivilen Ungehorsam. Jeder, der mit den Verhältnissen hier nicht einverstanden ist, der was verändern will, der muß auf Dauer damit rechnen, Druck zu kriegen. Jeder, der nur rumtaktiert und versucht, nicht anzuecken, der wird wahrscheinlich wenig Erfolg haben. D.h., ziviler Ungehorsam ist einfach notwendig. Man muß halt mit Konsequenzen rechnen, in welcher Form auch immer, notfalls auch mit einer Knaststrafe. Egal, ob es nun Totalverweigerung ist, beim Häuserkampf oder wenn es um die Startbahn geht. Wer sich entschlossen gegen den Staat auflehnt, der muß auf jeden Fall mit Gegendruck rechnen. Ich bin überzeugt, daß Freiheit in unserem Staat nur für die gilt, die auch machen, was der Staat verlangt.

Vielen Dank für das Interview, Thomas

Als Totalverweigerer bei der Bundeswehr

10.9.78	bei der Musterung Antrag auf KDV; wegen rationaler, widersprüchlicher Aussagen (usw.) abgelehnt;
1.7.81	Einberufung zur Wittekind-Kaserne in Wildeshausen/Delmenhorst
6.7.	nach einem Wochenende Bedenkzeit (!) der erste Befehl; ich weigere mich, die Uniform anzuziehen und komme 7 Tage in Arrest: Arrest bedeutet: Einzelhaft in ca. 7 m^2 großer Zelle, 1 Std. Ausgang pro Tag, später Besuchsbeschränkung auf Eltern und Anwalt, den Wachen wird verboten, mit mir zu reden;
14.7.	neuer Befehl, 14 Tage Haft
28.7.	neuer Befehl, 21 Tage Haft, gleichzeitig Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Oldenburg;
18.8.	nach den 3 Wochen bekomme ich Dienstverbot, d.h., ich muß die Kaserne verlassen, nachdem man mich 6 Wochen eingesperrt hatte, da mein Verhalten die Disziplin störte, schickte mich die BW nun nach Hause, da meine „noch jungen Kameraden" mein Verhalten genau beobachten und sich deshalb „eine Gefährdung der Disziplin und inneren Ordnung" nicht ausschließen läßt; ten und sich deshalb „eine Gefährdung der Disziplin und inneren Ordnung" nicht ausschließen läßt;
24.8.	vom Amtsgericht Oldenburg werde ich zu 2 Mon. auf Bewährung verurteilt; nach Aussage des Richters ist meine Entscheidung als endgültig anzuerkennen, so daß eine Haft meine Gewissensentscheidung nicht ändern könne; dies werde auch die BW einsehen und mich entlassen; die Beurteilung des Richters stützte sich u.a. auf die Aussage meines Disziplinarvorgesetzten Oberleutnant Bohlen, der als Zeuge geladen war;
25.8.	ich muß mich wieder in der Kaserne melden, bekomme von Bohlen wieder den bekannten Befehl und „zur Wahrung der Disziplin" 3 Wochen Haft; wieder werde ich angezeigt;
15.9.	Dienstverbot bis zur neuen Verhandlung, da meine Anwesenheit die Disziplin...; der von der Kompanie gestellte Entlassungsantrag wird vom Verteidigungsminister abgelehnt
7.10.	vom gleichen Richter werde ich zu 6 Mon. ohne Bewährung verurteilt; laut Staatsanwalt bin ich ja schließlich „einschlägig vorbestraft"
8.10.	in der Kaserne gibt es von Bohlen, inzwischen Hauptmann, wieder den gewohnten Befehl; diesmal keine Haft, da das verantwortliche Truppendienstgericht keine Genehmigung gibt; man droht mir mit einer neuen Anzeige; da das Dienstverbotsformular ausgefüllt auf seinem Schreibtisch lag, kann ich nach 10 Min. wieder nach Hause;
12.10.	der Staatsanwalt legt Berufung gegen die 6 Mon. ein, er hatte 10 gefordert;
23.2.82	vom Landgericht in O. werde ich zu 10 Mon. ohne Bewährung verurteilt. Während die BW den Entlassungsantrag mit der Begründung ablehnt, ich wäre zwar unbequem, aber keine Gefahr für die BW, „begründet" der Richter das Urteil: Der Schutz der freiheitlichen Ordnung und der BW mache eine harte Bestrafung notwendig.

Arbeitslose Jugendliche und Auszubildende in Aktion

Hamburg. Zu neuen Aktionsformen gegen die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit kam es in Hamburg. Vor drei Großbetrieben, in denen u.a. Massenentlassungen und Kurzarbeit droht, führten arbeitslose Jugendliche zusammen mit Auszubildenden der Betriebe Kundgebungen durch. Sie protestierten gegen den drohenden Abbau von Arbeitsplätzen und Lehrstellen und forderten wirksame Gegenmaßnahmen (eine Mindestausbildungsquote in den Betrieben von 10%, die 35-Stunden Woche usw.).

Während die erste Aktion vor der HDW noch offiziell von der Ortsverwaltung (OV) der IGM unterstützt wurde, wurde ihr die Sache dann plötzlich zu heiß und sie zog ihre Unterstützung für die nächsten beiden Betriebe zurück.

In Hamburg fehlen 16.000 Lehrstellen!

Auf einer Fachtagung, die am 25. und 26. Februar in Hamburg zum Thema Jugendarbeitslosigkeit von der DGB-Jugend veranstaltet wurde, wurden Zahlen zusammengetragen, die ein düsteres Bild von der Entwicklung der Arbeits- und Ausbildungsplätze in Hamburg abgaben. So gehörte Hamburg schon 1979 zu den 20 Arbeitsamtsbezirken, die weniger als 100 registrierte Plätze für 100 registrierte Nachfrager hatten. Seitdem hat sich die Situation dramatisch zugespitzt: Vom Januar 1981 bis zum Januar 1982 stieg die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren um 82,4%! Im gleichen Zeitraum wurden die Ausbildungsplätze durch die Unternehmer um ein Drittel gesenkt. Allein die offizielle Arbeitsamtsstatistik wies eine Zahl von fast 5.000 jugendlichen Arbeitslosen aus (10,5% der Arbeitslosen sind Jugendliche). Durch die hohe Dunkelziffer muß die Zahl 5.000 jedoch mindestens verdreifacht werden. Denn viele Jugendliche sind gar nicht registriert oder befinden sich in irgendwelchen „berufsvorbereitenden Maßnahmen" und fehlen so in der offiziellen Statistik.

Auch im Verhältnis von Auszubildenden zu den Gesamtbeschäftigten liegt Hamburg mit 5,6 Auszubildenden auf je 100 Beschäftigte im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (8 zu 100) ausgesprochen schlecht.

Der Vertrauenskörper von Blohm und Voss fordert dagegen z.B., daß 10% der Beschäftigten Auszubildende sein müssen.

Auf der Fachtagung, an der neben Jugendvertretern, Betriebsräten und Lehrern auch arbeitslose Jugendliche teilnahmen, war mensch sich einig, daß es unbedingt zu gemeinsamen Aktionen von Jugendlichen mit und ohne Ausbildungsplatz kommen muß. Ein erster Versuch war eine gemeinsame Demonstration von 300 Leuten zur „Hamburger Morgenpost". Im Ortsjugendausschuß der IG Metall entstand dann die Idee, drei Jugendversammlungen, die Ende März in Großbetrieben stattfinden sollten, für den gemeinsamen Kampf mit den arbeitslosen Jugendlichen zu nutzen. Diese Idee fand auch bei der Ortsverwaltung der IGM Anklang. So faßte sie am 15. März Beschlüsse für Aktionen mit jugendlichen Arbeitslosen.

Später stellte sich jedoch heraus, daß im Protokoll nur ein Betrieb (HDW) ausdrücklich erwähnt wurde. Schon am nächsten Tag fand sich in der „taz" der Aufruf zu den Aktionen und am Mittwoch den 17. März ging es dann los: IGM-Jugendvertreter und Betriebsräte von den „Aktiven Metallern" (ausgeschlossene IGM Kolleg/innen/en) verteilten gemeinsam ein Flugblatt, in dem es u.a. heißt: *„Man braucht kein Prophet zu sein, um die Folgen eines Abbaus von 1.400 Arbeitsplätzen auf der HDW in Hamburg und Kiel auf die Ausbildung vorauszusagen."* Der IGM-Ortsjugendausschuß und der HDW-Vertrauenskörper fordern dagegen:

„– Kein Abbau der 1.400 Arbeitsplätze bei der HDW, kein Abbau von Lehrstellen
– Mindestens eine 3-jährige qualifizierte Ausbildung für jeden Jugendlichen!
– Sofortige Einrichtung eines Überbetrieblichen Ausbildungszentrums (finanziert durch die Unternehmer, von den Gewerkschaften maßgeblich kontrolliert!)!
– Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände: für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich."

Auf der Jugendversammlung, die dann stattfand, wurden diese Forderungen von den Auszubildenden noch einmal bekräftigt.

Der VK-Vorsitzende Otto Kock wollte dann allein zu den Arbeitslosen am Tor sprechen. Doch es kam anders: Eine „Delegation" von 50 Lehrlingen begleitete ihn. Am Tor wurde dann eine kleine Kundgebung abgehalten, auf der nicht nur Otto Kock, sondern auch ein Betriebsrat der „Aktiven Metaller" sprach. Außerdem redeten dort ein Arbeitsloser und der IGM-Jugendsekretär Herrmann Gaßmann.

Abends im Norddeutschen Rundfunk gab es dann eine Übertragung mit Ausschnitten aus Hermann Gaßmanns Rede. In derselben Sendung nahm der Pressesprecher der HDW angedrohte Repressalien gegen die aktiven Lehrlinge öffentlich zurück.

Der IG Metall-Ortsverwaltung wird die Sache plötzlich zu heiß

Nach der HDW-Aktion hieß es im Gewerkschaftshaus von Seiten des „Schwerpunktsekretärs" Kai Petersen und des OV-Mitglieds Otto Mohr, daß von der OV keine weiteren Aktionen beschlossen worden seien. Auch inhaltlich gab es plötzlich Einwände. Es müsse überlegt werden, ob die Werktor-Aktionen der jungen Arbeitslosen sich nicht bald wirkungslos erschöpften.

Auch stelle sich die Frage, ob die Aktionen vor den richtigen Betrieben stattfänden. Schließlich würde HDW überdurchschnittlich viele Jugendliche ausbilden. Daß diese Ausbildungsplätze allerdings akut gefährdet sind, blieb unerwähnt. Gegenüber der „taz" erklärte Petersen, *„man müsse über Steigerungsformen nachdenken!"*

Andererseits hieß es gegenüber den aktiven IGM-Jugendlichen, daß die Polizei die Versammlungen auflösen wolle, weil die 48-Stunden-Frist der Anmeldung nicht eingehalten worden sei. Es wurde sogar die Behauptung aufgestellt, daß der IGM-Sekretär Herrmann Gaßmann die Aktion nicht rechtzeitig angemeldet hätte. Hier muß allerdings hervorgehoben werden, daß Hermann Gaßmann sich an der HDW-Aktion beteiligt hatte, im Gegensatz zu Kai Petersen, der bei keiner einzigen Aktion dabei war.

Wie dem auch sei. Es kam wieder ganz anders als die Ortsverwaltung es sich vorgestellt hatte. Der nächste


HDW-Auszubildene protestieren am Werkstor

Betrieb, wo eine Aktion stattfinden sollte, war MAN. Bei MAN stehen Kurzarbeit und Entlassungen an. Der Kampf um die Erhaltung des Kesselbaus war von der Belegschaft nicht gewonnen worden. Bereits in diesem Jahr gelang es durch den gemeinsamen Druck von Betriebsrat, Vertrauensleutekörper und Jugendvertretung, daß alle Auszubildenden übernommen wurden. Für 1983 hat die MAN-Werksleitung angekündigt, daß nicht alle Lehrlinge übernommen würden.

Am 23. März standen morgens um 6 Uhr fünfzehn Auszubildende mit IGM-Flugblättern vor der MAN, in denen zur Jugendversammlung um 14 Uhr aufgrufen wurde. Unterstützt war das Flugblatt vom Betriebsrat und vom Vertrauenskörper der MAN. Die Jugendversammlung marschierte dann mit fast 80 Leuten geschlossen zu den 40 Arbeitslosen am Tor. Dort sprach der Betriebsratsvorsitzende Addi Janzen. Er versicherte den Jugendlichen die Unterstützung der IGM im Betrieb und warnte vor Entwicklungen wie vor 1933, wo die Jugend auch keine Ausbildung und Zukunft hatte und hinterher in Schützengräben für die Profite der Millionäre verheizt worden war.

Die Hamburger Polizei blieb auch nicht untätig. Obwohl weder der Verkehr behindert, noch irgendjemand in seiner Bewegungsfreiheit eingeengt worden war, brummte sie dem anwesenden DGB-Jugendsekretär eine Anzeige wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" auf. (Die DGB-Jugend hatte die Aktion mit Flugblättern unterstützt.)

Am nächsten Tag, dem 24. März gab es dann die dritte Aktion. Diesmal bei Blohm & Voss, wo 150 Leute (2/3 der Auszubildenden) zum Tor marschierten. Die Forderungen lauteten:

„– Ausbau der Lehrwerkstatt (was u.a. 180 neue Ausbildungsplätze bedeuten würde) und
– Verbesserung der Ausbildung".

Der Betriebsrat von Blohm u. Voss wollte die Aktionen erst nicht unterstützen, *„weil die Verhandlungen über die Lehrwerkstatt nicht gestört werden dürfen."* Auf der Jugendversammlung, die nach der Kundgebung am Tor fortgesetzt wurde, erklärte

werden dürfen." Auf der Jugendversammlung, die nach der Kundgebung
am Tor fortgesetzt wurde, erklärte VK-Vorsitzender Taschenberger dann jedoch seine Sympathie mit der Aktion der Jugendlichen. Nicht so der IGM-Schwerpunktsekretär Petersen, der sich auf der Jugendversammlung von der Aktion distanzierte.

Weitere Aktionen sollen folgen

Zusammenfassend haben die Aktionen von Auszubildenden und Arbeitslosen mehrere positive Ergebnisse gehabt.

– Zum einen ist die praktische Solidarität zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen heute gerade auch im gewerkschaftlichen Bereich noch ziemlich selten.
– Zum zweiten haben die Aktionen der Jugendlichen im mittleren Funktionärskörper der IGM offensichtlich Lernprozesse ausgelöst.
– Bei den Jugendlichen selber hat die Unzufriedenheit mit dem „Schwerpunktsekretär" Petersen zugenommen. Schon vor den Betriebsaktionen hatte es Befürchtungen gegeben, daß Petersen anstelle von Herrmann Gaßmann als Jugendsekretär eingesetzt werde. Diese Befürchtungen sind immer noch akut. Eine solche Maßnahme seitens der Ortsverwaltung könnte von den Jugendlichen wohl kaum akzeptiert werden. Schon jetzt ist das Verhältnis der aktiven IGM-Jugendlichen zu Sekretär Petersen so getrübt, daß er zu einer ganzen Reihe von Jugendversammlungen in Großbetrieben bewußt nicht eingeladen wird. Stattdessen wird Herrmann Gaßmann eingeladen.

Die Aktionen gegen die Jugendarbeitslosigkeit sollen weitergehen. Neben weiteren Betriebsaktionen hat der Kreisjugendausschuß des DGB für den 28. Mai, also kurz vor der Hamburger Bürgerschaftswahl, eine Demonstration beschlossen. Auch die aktiven Arbeitslosen wollen weitermachen. Sie treffen sich jetzt zweiwöchentlich im DGB-Jugendclub „Takelboden".

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Zumutbar: Ehrenberg auf den Bau

„Die Schmerzen sind zumutbar" nannte Siegfried Lenz vor einigen Jahren eine seiner Erzählungen, in der sich ein Oberbefehlshaber, um den Vorwurf, zu entkräften, er würde unmenschliche Folterungen durchführen lassen, sich selbst der Folterprozedur unterzieht. Ihm wird eine abgeschwächte Sonderbehandlung zuteil, deren Überstehen er mit den Worten kommentiert: „Ja, die Schmerzen sind zumutbar: das hoffe ich gezeigt zu haben".

Das Beispiel sollte bei unseren an Autoritätsverlust leidenden Regierungspolitikern Schule machen. Geeigneter Kandidat wäre hier sicherlich Bundesarbeitsminister Ehrenberg; nicht nur, weil er für die neuen Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose verantwortlich ist, sondern auch, weil er sich als Bundesminister vermutlich nicht mehr lange halten kann und demnächst arbeitslos wird. Und da Ehrenberg vor seinem Wechsel in die Ministerialbürokratie bei der IG Bau-Steine-Erden beschäftigt war, empfehlen wir, daß er die von ihm selbst geschaffene Qualifikationsrutsche für Arbeitslose hinunterrutscht und auf dem Bau anfängt.

Er befände sich dort in keiner schlechten Gesellschaft: Der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, plaudert in einer Zeitung des Arbeitsamtes eigene Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit und wie er damit fertig wurde aus: „*Stingl: Ich habe mich arbeitslos gemeldet. Und dann habe ich auch selber nach Arbeit gesucht.*
Frage: Und haben Sie etwas gefunden?
Stingl: Ja, ich habe auf dem Bau gearbeitet.
Frage: War das nicht schlimm für Sie?
Stingl: Ja, aber ich habe versucht, das Beste daraus zu machen. Das scheint mir auch gelungen zu sein, denn ich wurde bald Vorarbeiter.
Frage: Hat Ihnen das für Ihren weiteren Lebensweg geschadet?
Stingl: Nein. Das war eine sehr wichtige Erfahrung, die ich nicht missen möchte"
(aus einer Broschüre des Arbeitsamtes).

Das IG Bau-Steine-Erden-Mitglied Herbert Ehrenberg hat diese sehr wichtige Erfahrung bisher missen müssen. Er war von 1947 bis 1951 als Polizeibeamter tätig und machte dann nach einem Studium der Wirtschaftswissenschaften bei der Gewerkschaft Karriere, bevor er in Bonner Ministerien wechselte.

Nun könnte man sicherlich einwenden, daß für einen ehemaligen Minister eine Tätigkeit als Handlanger auf dem Bau nicht „zumutbar" sei. Die von Herbert Ehrenberg verantworteten Zumutbarkeitsbestimmungen haben hier dankenswerterweise Klarheit geschaffen: Nach 16 Monaten Arbeitslosigkeit wäre eine solche Abqualifizierung zumutbar, bei einer nicht länger als sechs Monate dauernden Aushilfsbeschäftigung auch schon früher. Auch der dann notwendige Wechsel Ehrenbergs in die Arbeiterrentenversicherung wäre kein Hinderungsgrund. Darauf hatte die SPD-Bundestagsabgeordnete und DGB-Funktionärin Waltraud Steinhauer bei der Verabschiedung der Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, die den Wechsel von einem Angestellten- zu einem Arbeiterstatus als zumutbar festlegte, deutlich hingewiesen: „*Ich verstehe nicht, daß ... ein Wechsel zur Arbeiterrentenversicherung immer als Abqualifizierung angesehen wurde. Dies ist eine negative Bewertung der Arbeitertätigkeit schlechthin; dagegen setze ich mich entschieden zur Wehr. Eine solche Abwertung ihrer Tätigkeit müssen die Millionen Arbeiter in unserem Land als schwere Brüskierung ansehen*" („Das Parlament", 23.6.79).

Man kann der Abgeordneten nur zustimmen, vor allem auch, wenn man bedenkt, daß die Arbeiterpartei SPD an der Dominanz von Beamten und Berufspolitikern in ihren Führungsetagen leidet. Peter Glotz hatte zur Abhilfe ja schon vorgeschlagen, Betriebsräte bei innerorganisatorischen Wahlen zu bevorzugen; ein mutiger Schritt Ehrenbergs hin zum Bau könnte hier aber ein viel öffentlichkeitswirksameres Signal der SPD zur Besinnung auf ihre proletarischen Grundlagen sein.

Als Arbeitsminister ist Ehrenberg ohnehin ohne Fortune. Dies zeigte sich schon, als Ehrenberg sich nach der Verabschiedung des ‚Runderlasses 230' 1978 massiver Kritik seiner Gewerkschaftsfreunde ausgesetzt sah. Er wußte sich damals nicht anders zu helfen, als seinem Ministerialdirektor Manfred Baden die Verantwortung zuzuschieben und ihn — nein, nicht auf den Bau, sondern in den Ruhestand zu schicken.

Diesmal war der Coup geschickter eingefädelt: Das zum Jahresanfang in Kraft getretene und von Ehrenberg verantwortete Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz erteilte der Bundesanstalt für Arbeit den Auftrag, eine neue verschärfte Zumutbarkeitsanordnung auszuarbeiten. Damit war die unmittelbare Verantwortung aus dem Ministerium abgeschoben und auch die Bundesanstalt für Arbeit konnte sagen, sie führe nur die ihr vom Gesetzgeber auferlegten Pflichten aus. In der Bundesanstalt für Arbeit wurde sodann ein Entwurf ausgearbeitet, der durch Änderungen aus dem Hause Ehrenberg noch verschärft wurde (Ehrenberg wollte eine 20 %ige Lohneinbuße für die erste Zeit der Arbeitslosigkeit zumuten, Stingl nur eine 15 %ige; Ehrenberg hielt eine Fahrtzeit von 2,5 Std. für zumutbar, Stingl nur 2 Std.; Ehrenberg setzte die Änderung durch, daß bei Teilzeitarbeitsuchenden ein bis zu 16 Jahre altes Kind auch „aufsichtsbedürftig" zu sein habe).

Einen Tag nach Verabschiedung der so verschärften Anordnung durch die Gremien der Bundesanstalt für Arbeit gelang Ehrenberg der große Coup. In Abwesenheit von Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff setzte er im Kabinett ein positives Votum zur Einführung einer Meldepflicht für offene Stellen durch. Sein Kalkül: „*Den sauren Apfel der Zumutbarkeitsanordnung den Gewerkschaften mit der Zuckerwatte der Meldepflicht zu versüßen*" („FAZ", 26.3.). Die Gewerkschaften, die am 19.3. in Nürnberg, am 20.3. in Bremen und am 27.3. in Düsseldorf Kundgebungen gegen die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen organisierten, wären für diesen Kuhhandel wohl zu haben gewesen; aber Ehrenberg, ein Minister ohne Fortune, hatte die Rechnung ohne Berücksichtigung der politischen ‚Großwetterlage' gemacht. Die FDP, um ihren bevorstehenden Koalitionswechsel zur CDU zu rechtfertigen, braucht den Konflikt mit der SPD-Politik und schoß sich deshalb auf die an sich völlig belanglose Meldepflicht für offene Stellen ein, die deshalb schon am 24.3. vom Bundeskabinett zurückgezogen wurde. Am 31.3. verabschiedete das Kabinett dann auch die Zumutbarkeitsbestimmungen, ergänzt um einige Aussagen, die in der Öffentlichkeit als Kompromiß, von Experten aus Lambsdorffs Wirtschaftsministerium jedoch als „Selbstverständlichkeit" („Welt", 1.4.82) bezeichnet wurden.

Bleibt zu hoffen, daß Ehrenberg auf dem Bau mehr Glück hat. Vielleicht bringt er es ja schon bald — wie Stingl — zum Vorarbeiter.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

„Strategien der Frauen für den Frieden"

Internationaler Kongreß in Rom

Vom 5. bis zum 8. März fand in Rom ein internationaler Kongreß zum Thema „Strategien der Frauen für Abrüstung und Frieden'' statt. Ziel der italienischen Initiatorinnen war es, Wege einer internationalen Zusammenarbeit der Frauenfriedensbewegung zu stabilisieren bzw. zu erschliessen und gemeinsam wirksame Mittel und Strategien zu definieren. Gekommen waren am ersten Tag 100, später an die 200 Frauen verschiedener politischer Strömungen aus 18 Ländern – aus Europa, den USA, aus der Türkei und Lateinamerika. Ungefähr acht westdeutsche Frauengruppen waren vertreten.

Eingeladen hatte das *„Coordinamento donne contro gli armamenti e per la pace"* (Koordination Frauen gegen die Aufrüstung und für den Frieden). In dieser Koordination – am 20. Oktober letzten Jahres gegründet – arbeiten heute sechs römische Frauenfriedensgruppen regelmäßig mit.

Hatten viele Teilnehmerinnen einen Kongreß der „italienischen Feministinnen" erwartet, so stellte sich bald heraus, daß die Gruppen der autonomen italienischen Frauenbewegung kaum vertreten waren.

Polen-Diskussion

Während der Vorbereitungen war es unter den Italienerinnen zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, vornehmlich um zwei Fragen: Soll auf der Konferenz über die Lage in Polen diskutiert werden? Und: Werden die „offiziellen" Vertreterinnen der Sowjet-Union eingeladen oder nicht?

Durchgesetzt haben sich letztendlich die Gegnerinnen einer Polen-Diskussion. Die Vertreterinnen der UdSSR wurden eingeladen (erhielten jedoch nicht mehr rechtzeitig das Visum der italienischen Behör-

ten jedoch nicht mehr rechtzeitig das Visum der italienischen Behör-

den.) Eine offene Aussprache oder wenigstens Information über diese politischen Differenzen hat es auf dem Kongreß nicht gegeben; sie wurde von der Diskussionsleitung nicht zugelassen. Lilly Horvat vom „Coordinamento..." erläuterte lediglich in Andeutungen: Sie wolle sich nicht in das „Spiel mit instrumentalisierten Solidaritätserklärungen" verwikkeln lassen; die Lage in Polen und auch in El Salvador würde heute zur psychologischen Kriegsführung mißbraucht. Auch das Einladungsschreiben erhielt bereits einen versteckten Hinweis: *„Wir lehnen es ab, uns mit Konflikten zu belasten, die von der männlichen Gesellschaft geschaffen wurden, und die die Gefahr in sich tragen, unseren Kampf zu lähmen".*

Sollen wir Frauen allen Ernstes schweigen über Militärdiktaturen, weil unser Protest mißbraucht werden könnte oder gar, weil wir FRAUEN sind? Konsequent zu Ende gedacht, ließe sich so der gesamte Kongreß ad absurdum führen. Denn schließlich beschäftigten sich die anwesenden Frauen drei Tage lang mit einem Konflikt – Krieg oder Frieden – der (zumindest gemäß dieser Logik) von einer männlichen Gesellschaft hervorbegracht wird. Der mit viel Beifall bedachte Beitrag aus Nicaragua – einem Land, das derzeit sehr stark in die Kriegspropaganda der USA einbezogen wird – hätte dementsprechend erst recht nicht gehalten werden dürfen...

Die Widersprüchlichkeiten drängen geradezu den Verdacht auf, daß die Frauen der Vorbereitungsgruppe sich lediglich fraulich-naiv anmutender Scheinargumente bedient haben, um in jedem Fall eine Verurteilung des polnischen Jaruzelski-Regimes zu verhindern.

Die meisten der anfangs beteiligten Frauen aus dem Spektrum linkssozialistischer Organisationen und autonomer Frauengruppen haben sich während dieser Diskussionen aus der Vorbereitung der Konferenz zurückgezogen. Zu bemerken ist allerdings, daß dabei nicht nur Polen, sondern auch persönliche Querelen eine Rolle spielten sowie die Tatsache, daß sich Frauen- und Friedensbewegung in Italien derzeit in einem Zustand relativer Schwäche befinden.

Der KPI-Bürgermeister der Stadt Rom verzichtete auf seine geplante Begrüßung der Kongreß-Teilnehmerinnen und zog die versprochene finanzielle Unterstützung kurzfristig zurück. Denn die KPI-Zentrale hat sich entschieden gegen den Militärputsch in Polen ausgesprochen. Daß sich dennoch einige KPI-Frauen an der Konferenz beteiligten, ist Ausdruck der Konflikte innerhalb dieser Partei.

Ohne an den Auseinandersetzungen direkt beteiligt gewesen zu sein, ist es kaum möglich, in dem Streit um die Polen-Diskussion eindeutig Stellung zu beziehen – denn eine Verurteilung der Jaruzelski-Diktatur macht es noch längst nicht sinnvoll, auf **j e d e r** Friedenskonferenz über Polen zu diskutieren. Kritisiert werden müssen allerdings die undemokratischen Methoden der Diskussionsleiterinnen, die (meist erfolgreich) bemüht waren, kritische Beiträge zu unterbinden. Kritisiert werden muß darüber hinaus, daß die ausländischen Teilnehmerinnen weitgehend uninformiert gehalten und mit unglaubwürdigen Scheinargumenten abgespeist wurden.

miert gehalten und mit unglaubwürdigen Scheinargumenten abgespeist wurden.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Wenn auch überschattet von Unzufriedenheit eines großen Teils der Anwesenden, kam es am zweiten Tag in einigen Arbeitsgruppen doch zu recht effektiven Gesprächen.

Die Arbeitsgruppe **„Kriegsökonomie"** erhielt für ihre Forderungen „Raus aus der NATO!" und „Schliessung der italienischen Botschaft in El Salvador!" sehr viel Beifall.

Die Gruppe **„Friedenserziehung"** erarbeitete eine Reihe konkreter Vorschläge, z.B. für eine Veränderung der Schullehrpläne, für ein Verbot von Kriegsspielzeug.

Eine Gruppe diskutierte den Plan, den **24. Mai** dieses Jahres mit vielen dezentralen Aktionen zum internationalen **Frauentag für Abrüstung** zu machen.

Der Abschlußbericht der Gruppe **„Strategien der Frauen für den Frieden"** enthält alle denkbaren Forderungen und Vorschläge, die derzeit in der Friedensbewegung diskutiert werden, von der Ablehnung der Mittelstreckenraketen bis zur Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa – mit einer Einschränkung: einige Frauen, die gleichzeitig den Abbau der SS 20 verlangten, kamen erst gar nicht zu Wort. Bemerkenswert ist eine starke Orientierung der Aktionsvorschläge auf die offiziöse Ebene von Regierungen, UNO und „Abrüstungsverhandlungen". Vielleicht liegt es an der mangelnden Bereitschaft zur offenen Diskussion, daß das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe unbefriedigend bleibt, kaum mehr darstellt als einen zusammenhanglosen, wenig reflektierten Forderungskatalog.

Zur gemeinsamen Diskussion der Gruppenergebnisse reichte die Zeit leider nicht. Und trotzdem bestanden die Frauen der Vorbereitungsgruppe darauf, die Schlußberichte der Gruppen als Ausdruck des gesamten Kongresses verabschieden zu lassen. Die Öffentlichkeit, die Presse müsse unbedingt etwas Greifbares in die Hand bekommen, hieß es. Kritik an diesem Vorgehen wurde wieder einmal nicht zugelassen. Stattdessen wurde eine Gruppe von Frauen, die sich auf dem Podium versammelt hatte, um wenigstens eine Erklärung gegen diese Abstimmung abgeben zu können, gewaltsam vom Podium heruntergedrängt.

Bedauerlich ist nicht nur, daß hier ein politischer Konflikt unter Kriegsgegnerinnen gewaltsam ausgetragen wurde. Bedauerlich ist darüber hinaus, daß die Konfrontation an (vordergründig) formalen Fragen entbrannte, weil eine Aussprache um die politischen Hintergründe unmöglich gemacht wurde.

Gemessen an den ursprünglichen Zielen hat der Kongreß sicherlich nicht das gebracht, was erreicht werden sollte. Einer Antwort auf die Frage nach unseren wirksamsten Mitteln und Strategien sind wir nicht nähergekommen. Positiv bleibt allerdings trotz allem, daß auf und neben dem Kongreß internationale Kontakte und Freundschaften gefestigt und geknüpft worden sind, daß hier für viele italienische Frauenfriedensgruppen der Ausgangspunkt gesetzt wurde für eine künftige Zusammenarbeit.

BARBARA '81

Convegno internazionale

"Strategie delle donne per il disarmo e la pace".

Sala Protomoteca - Campidoglio
Roma, 5•6•7 e 8 marzo 1982

Coordinamento donne contro gli armamenti e per la pace - Roma

Zwei Ergebnisse, die über die Konferenz hinausweisen, sollen noch erwähnt werden. Die Frauen des „Coordinamento..." beabsichtigen, schon bald eine internationale Redaktionskonferenz zu gründen, die ein **„Manifest der Frauen für den Frieden"** erarbeitet.

Eine Gruppe von Frauen will sich um den Aufbau eines **internationalen Informationsnetzes** von und für Frauen, die in der Friedensbewegung aktiv sind, bemühen.

S., Hamburg

Anm.:
(1) „Manifest der Frauen'' – Kontaktadresse: Lilly Horvat, Via Aladino Govoni, 8, 00136 Roma.
(2) Informationsnetz – Kontaktadresse in der BRD: Susanne Schenda, Merkelstr. 33, 3400 Göttingen.



Kongreß im Kapitol

„Courage" steigt in den Hamburger Wahlkampf ein

Trägt das offizielle Werben um „die Feministinnen" (gleich Vertreterinnen von „Emma" und „Courage") anläßlich des Bonner Hearings zu einem Antidiskriminierungsgesetz schon Früchte? Die „Courage" revanchiert sich jedenfalls in ihrem April-Heft mit einem Werbeartikel von sieben Seiten Länge für die Hamburger „Leitstelle zur Verwirklichung der Gleichstellung der Frau", d e m frauenpolitischen Aushängeschild der Hamburger SPD. Und das ausgerechnet zum Auftakt des Bürgerschaftswahlkampfes.



Eva Rühmkorf

Frau sollte meinen, echte Feministinnen würden solch staatlichen Einrichtungen ein bißchen Mißtrauen entgegenbringen. Weit gefehlt. Schon formal ist das Ganze so aufgezogen, daß für Kritik oder Auseinandersetzung oder auch nur eine simple Frage gar kein Raum bleibt. Untertitelt „Gespräch mit Eva Rühmkorf" (Leiterin der Leitstelle), handelt es sich in Wirklichkeit um einen (an einigen Stellen einfühlsam kommentierten) Monolog von Frau Rühmkorf, der zudem nicht sonderlich selbstkritisch gehalten ist. An ein möglicherweise zugrundeliegendes Gespräch mit mehr als einer Teilnehmerin erinnern lediglich die Namen der „Courage"-Macherinnen Plogstedt und Zurmühl am Ende des Artikels; sie machen aber gleichzeitig deutlich, daß die „Courage"-Redakteurinnen Inhalt, Gewicht und Funktion dieses Artikels zu verantworten haben.

Dies Verfahren bietet die Möglichkeit, in einer Weise über die Leitstelle zu berichten, daß Fragen nach ihrer Rolle im Rahmen des SPD-Senats, nach schlechten Erfahrungen, die Frauen mit ihr gemacht haben, gar nicht erst aufkommen. Selbst dort, wo auf Mißerfolge der Leitstelle, auf ihre Kompetenzlosigkeit eingegangen wird, geschieht das nicht kritisch, sondern sympathieheischend:

„... haben wir vergeblich versucht, zu vermitteln ... Wir konnten den Senat nicht davon überzeugen..."

Wie das Leben eben so spielt. Aber frau gibt sich ja auch mit kleinen Erfolgen zufrieden:

„Wir haben ja leider nicht die Kompetenz, in Personalentscheidungen reinzufunken. Da fehlt ein entsprechendes Gesetz. Es kommt dennoch immer häufiger vor, daß Frauen aus dem öffentlichen Dienst sich an uns wenden, wenn sie sich um eine Stelle oder um eine Beförderung bewerben oder um Teilzeitbeschäftigung. Und wir sehen, daß wir einiges für Frauen ausrichten können. (..) Obwohl wir also nur Empfehlungen geben können, haben wir doch eine ganze Menge positiver Erfahrungen gemacht. Vielleicht nicht beim ersten Mal, wenn wir an eine Behörde schreiben, aber daß dann doch beim zweiten oder dritten Mal Frauen genommen worden sind, das kriegt man ja mit".

Besonders schöngefärbt sind die Passagen, wo Eva Rühmkorf auf etwas brisantere Vorfälle zu sprechen kommt, wie etwa die Besetzung der Leitstelle durch Umschulungsfrauen im Frühjahr 81, die damit auf ihre finanzielle Notlage aufmerksam machen wollten. Sie hatten damals, um ihre Kinder nicht zu gefährden, die Leitstelle „freiwillig" verlassen, als Frau Rühmkorf ihnen angekündigt hatte, die polizeiliche Räumung stehe bevor.

In einer Diskussion auf der Hamburger Frauenwoche hatte Frau Rühmkorf dazu geäußert, sie selbst habe schließlich gewußt, daß nicht geräumt werden würde. Im „Courage"-Artikel meint sie zu dieser Sache: *„Da ist wirklich alles schief gelaufen, was nur schief laufen kann, auch wieder mal, weil mehrere Behörden unterschiedlich zuständig waren."* Sowas kann eben im Behördendschungel schon mal vorkommen, auch wenn Frau Rühmkorf sich noch so sehr ins Zeug legt für die Sache der Frauen. Im schönsten „Kommissar Keller"-Deutsch berichtet sie von ihrem Einsatz: *„Ich habe den Frauen sagen müssen: ‚Ich kann dazu gar nichts sagen (...)'.."* *„Und ich habe gesagt, 'Nee, ich finde (..)', und ich habe gesagt..."* usw.

Da wird viel telefoniert und verhandelt in dieser Leitstelle, und was ist der Dank der Frauenbewegung? „Angriffe", „Verdächtigungen", moralischer Druck. So unter anderem laut Rühmkorf auf eben dieser Frauenwoche-Diskussion: „ ... *daß so eine Verdächtigung (daß die Leitstelle die Frauen durch die Polizei rausschmeißen lassen wollte, Anm. der Verf.) im Raum bleibt, ohne daß man überhaupt eine Chance hat, was zu erklären. Ich habe es in dieser Diskussion versucht, bin einfach aufgestanden, habe versucht loszureden. Und da fing eine der Frauen, die an*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

der Besetzung teilgenommen hatten, an zu weinen, und da hieß es: 'Da seht ihr ja, was das für eine herzlose Person ist. Hier weint eine, und sie redet weiter". Hier stimmt wirklich nichts. Der wirkliche Anlaß für diese Tränen war nämlich die Behauptung Rühmkorfs, die Umschulungsfrauen hätten das ihnen versprochene Geld erhalten, während die Frau, die dann zu weinen anfing, gerade erklärt hatte, daß keine einzige von ihnen die vollständige Summe bekommen hätte. Über den drohenden oder nicht drohenden Polizeieinsatz und das Verhalten Eva Rühmkorfs war schon zuvor ausführlich diskutiert worden. Plogstedt/Zurmühl haben Verständnis für eine so angegriffene, vielkritisierte Frau. Vielleicht, weil ihnen die Kritik an ihrem eigenen Führungsstil, der vor wenigen Monaten zum Ausstieg mehrerer „Courage"-Mitarbeiterinnen führte, noch im Ohr hängt? Mitleidig kommentieren sie:

„Die Verdächtigung: 'Die locken Frauen in die Falle' macht Eva Rühmkorf immer noch zu schaffen". „Spürbar sind die Angriffe der Frauenbewegung in vielen ihrer Äußerungen geblieben". „Trotz allem – sagt Eva Rühmkorf – sei die Zusammenarbeit mit der autonomen Frauenbewegung 'überall da sehr gut, wo es um ganz konkrete Sachen geht' ".

Für den Fall, daß die Leserin zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht mitbekommen hat, daß W a h l e n vor der Tür stehen, wird gegen Ende des Artikels etwas deutlicher auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Zuerst einmal sind da Evas Wünsche für die Zukunft, was sie alles gern täte, wenn sie noch lange, lange in der Leitstelle arbeiten könnte; und frau gerät ins Spinntisieren:

„Ach, da sind wir ja ganz gewaltig in der Utopie. (...) Ich habe eine Vision davon, daß, wenn Frauen überall da, wo Entscheidungen getroffen werden, wirklich vertreten wären, sie Entscheidungen wirklich mitprägten, daß Gesellschaft dann menschlicher würde". Aber ... wird es je dazu kommen?

Gesellschaft dann menschlicher würde". Aber ... wird es je dazu kommen?

„Die nahe Zukunft sieht weniger rosig aus. Im Juni sind in Hamburg Wahlen. Wenn dann die CDU an die Regierung käme, was würde das für die Arbeit der Leitstelle bedeuten?"

Der Artikel schließt mit einem richtungsweisenden Anekdötchen: *„Es haben schon Mitarbeiter, die der CDU angehören, Sprüche gemacht, wenn ich ihnen im Treppenhaus begegnete. Die gingen an mir vorbei und sagten: 'Ach, da kommt ja unsere Sparmaßnahme' ".* Nun weiß also jede Hamburger Leserin ganz genau, wo sie ihr Kreuz machen muß, wenn die Leitstelle mit der lieben Frau Rühmkorf als Vorsitzenden erhalten bleiben soll.

Die Kritik an dem „Courage"-Artikel richtet sich weniger gegen die Selbstbeweihräucherung der Rühmkorf (eine Plazierung in der Hitliste der 10 „peinlichsten Persönlichkeiten" des Satire-Blatts „Titanic" wäre allerdings langsam fällig), als gegen ihre ganz offenkundige Hochjubelung durch die „Courage"-Frauen.

Kein Wort zur Grün/Alternativen Liste (GAL), obwohl der Programmentwurf der AL-Frauen gerade auch auf die Erfahrungen mit der Leitstelle eingeht; sie treten zwar für die Beibehaltung der Leitstelle ein, fordern aber in erster Linie – und als Antwort auf die Kompetenzlosigkeit und Etatabhängigkeit der Leitstelle – eine Frauensenatorin mit eigenem Etat: *„Sie muß tatsächliche und wirksame ressortübergreifende Kompetenzen haben und darf nicht abgespeist werden mit einem Mitsprache- und Mitwirkungsrecht. Deshalb ist es ganz wichtig, daß sie ein Veto-Recht erhält, um damit frauenfeindliche Senats- und Behördenentscheidungen zu verhindern".* An die zu wählende Frauensenatorin und die Leitstelle stellen die AL-Frauen ferner die Forderung, *„daß eine konsequent an Fraueninteressen orientierte, auf die Frauenbewegung bezogene und nicht senatsloyale Frauenpolitik stattfindet".* Daß der „Courage"-Artikel weder auf die Kandidatur der GAL noch auf ihre Forderungen eingeht, sondern nur mit dem Schreckgespenst CDU droht, ist sicher kein Zufall. Eine ähnliche Intervention in die Wahlbewegung hatte es beispielsweise auch Anfang 1980 von Seiten der „Courage" gegeben; mit dem Schwerpunktthema „Grüne Frauen" warb „Courage" für die Grüne Partei zu einem Zeitpunkt, wo Teile der Frauenbewegung der damaligen Entwicklung der linken Wahlbewegung weg von bunten, alternativen Listen mit radikalerer demokratischer Zielsetzung hin zu den ökologischer orientierten Grünen noch berechtigte Skepsis entgegenbrachten.

In diesem Heft durfte sich u.a. die heute selbst bei den Grünen als Rechtsaußen bekannte Delphine Brox mit einem 5-Seiten-Artikel breitmachen.



Die feministisch~sozialistische Bewegung in den Niederlanden (Teil 2)

Im ersten Teil dieses Artikels (AK 218, S. 26/27) stellten wir den Beginn der neuen Frauenenbewegung in den Niederlanden Ende der sechziger Jahre und die beiden wichtigsten Emanzipationsgruppen dieser Zeit, die Mann-Frau-Gesellschaft und Dolle Mina, dar. – Der hier vorliegende 2. Teil behandelt im ersten Abschnitt Gründung, Entwicklung und Niedergang der Feministisch-Sozialistischen Plattform in den Jahren 1974 - 1979; im zweiten Abschnitt werden exemplarisch zwei der Schriften zitiert, die in ausdrücklicher Abgrenzung von der organisierten Linken die Plattform und die feministisch-sozialistische Bewegung auf ihrem Anfangsstadium, dem „Feminismus-Sozialismus als Idee", festzuhalten versuchten und sie so zu öffentlicher, allgemein-politischer Wirksamkeit nicht gelangen zu lassen; im dritten Abschnitt wird die Kritik der feministisch-sozialistischen Bewegung referiert, wie sie von einer Gruppe vorgetragen wird, die sich derzeit um die Gründung einer „linken feministischen Organisation" bemüht.

Im Gegensatz zu der Arbeit am ersten Teil dieses Artikels hatten wir mit der Materiallage, quantitativ gesehen, weniger Probleme. Zeitweise fast unüberwindlich erscheinende Schwierigkeiten hingegen bereitete es uns, eine ausreichend authentische Darstellung der Entwicklung der feministisch-sozialistischen Bewegung zu erarbeiten. Die Schwierigkeit liegt im Charakter dieser Bewegung selbst: Da es sich die Feministisch-Sozialistische Plattform quasi selbst „verbot", Festlegungen zu treffen, gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten, Beschlüsse zu fassen und dergleichen mehr, hatten wir es mit x verschiedenen Positionen innerhalb und zu dieser Bewegung zu tun, von denen aber nur selten auszumachen war, wie repräsentativ sie nun für die gesamte Bewegung waren, da jede Position neben einer nächsten stehengelassen wurde, ohne daß irgendwelche sichtbaren Konsequenzen daraus resultierten.

Wir haben daher als „roten Faden" (und für uns beim Schreiben allmählich zum „roten Tuch" werdend) die „Organisations-" bzw. „Strukturdebatte" gewählt, da diese Debatte während des Bestehens der Plattform einen zentralen Raum einnahm und anhand einigermaßen durchschaubaren Materials auch darstellbar ist.

Um etwaigen Enttäuschungen vorzubeugen sei noch vorausgeschickt: Wer sich von diesem Artikel Aufschluß erhofft über das Verhältnis von Feminismus und Sozialismus, welchselbe beide Elemente die Bewegung ja in ihrem Namen führte, kann hier nicht bedient werden. Die Bezeichnung der Bewegung und der Plattform als „feministisch-sozialistisch" wird in keiner uns bekannten Quelle über ein schlichtes Bekenntnis hinaus, daß Feminismus und Sozialismus halt zusammengehören, weiter ausgeführt. Ernster genommen und in theoretisches wie praktisches Bemühen umgesetzt wird diese Selbstbenennung erst in den Initiativen, die nach der Auflösung der Plattform entstanden sind, die aber wiederum nicht mehr eigentliches Thema dieses Artikels sind.

Im Juni 1973 richten Amsterdamer Frauen in einem von ihnen besetzten Haus das erste niederländische Frauenzentrum (vrouwenhuis) ein. Hier werden fortan die unterschiedlichsten Aktivitäten nebeneinander entwickelt: Neben den Selbsterfahrungsgruppen (von denen es zu diesem Zeitpunkt alleine in Amsterdam rund vierzig gibt) treffen sich dort Frauen aus dem COC (dem Verband zur Integration Homosexueller), surinamische Frauen, eine Arbeitsgruppe „Frau und Wissenschaft", Frauen aus der Pazifistisch-Sozialistischen Partei und runde dreißig, vierzig weitere Gruppen. Auch die „Vrouwenkrant" (Frauenzeitung), von wechselnden Redaktionskollektiven erstellt, wird vom Frauenzentrum herausgegeben. Im Laufe der Zeit kommen noch ein feministischer Verlag („De Bonte Was") und die Frauendruckerei „Virginia" hinzu.

Auch in zahlreichen anderen Städten werden Frauenzentren oder Frauencafes eröffnet, die Informations- und Koordinationszentren für die Frauenaktivitäten am Ort sind. Das Amsterdamer Frauenzentrum behält jedoch eine gewisse zentrale Funktion für die niederländische Frauenbewegung (1981 war es z.B. die Koordinationszentrale für den nationalen Frauenstreik im März).

Ebenfalls 1973 richten Amsterdamer Frauen von der Initiative „Blijf van m'n lijf" (Bleib mir vom Leib) in einem besetzten Haus ein Unterkommen für mißhandelte Frauen ein. Erst nach langwieriger Öffentlichkeitsarbeit erhält die Initiative staatliche Unterstützung. Derzeit gibt es, über das ganze Land verteilt, etwa zehn Häuser für mißhandelte Frauen und deren Kinder.

Die feministisch-sozialistische Bewegung

Die Mann-Frau-Gesellschaft und Dolle Mina (s. AK 218) waren „gemischte" Emanzipationsgruppen, in denen Frauen wie Männer arbeiteten. Dies war auch für viele Frauen ein Grund, nicht oder nicht mehr in diesen Gruppen tätig zu sein. Hinzu kam die spezielle politische Orientierung dieser Gruppierungen: Die Mann-Frau-Gesellschaft setzte vor allem auf den reformerischen und parlamentarischen Weg, um „gleiche Chancen" für Mann und Frau zu erreichen; bei Dolle Mina wurde – ohne daß damit die Bedeutung dieser Gruppe geschmälert werden soll – auf eine doch wohl ungute Weise eine für „sozialistisch" gehaltene Orientierung durchgesetzt.

Die Vernachlässigung des „Persönlichen" und „Privaten" in diesen Gruppen wie auch in den linken Organisationen schließlich veranlaßte viele Frauen sich den entstehenden Selbsterfahrungsgruppen zuzuwenden bzw. selbst eine zu gründen. Anfänglich waren diese Gruppen der Motor für zahlreiche Aktivitäten der autonomen Frauenbewegung. Aus den Amsterdamer Treffen der Selbsterfahrungsgruppen ging u.a. die Initiative für die Frauenzeitung hervor, die Gründung des Frauenzentrums und die Organisierung zweier großer Treffen der Selbsterfahrungsgruppen.

Die Selbsterfahrungsgruppen setzten sich auch gegen die in den linken Parteien und Organisationen HERRschende Auffassung ab, die Befreiung der Frau erledige sich mit dem Sieg der sozialistischen Revolution von selbst.

Die Entstehung der Femsoc-Plattform

Angeregt von Frauen, die nicht beim reinen Austausch von Erfahrungen (wie in den Selbsterfahrungsgruppen) stehenbleiben wollen, beginnen in zwei Volkshochschulen Kurse, in denen versucht wird, die Beziehung zwischen den eigenen Erfahrungen und der Position der Frau in der Gesellschaft zu klären. Herausgearbeitet wird, daß das Leben der einzelnen Frau gesellschaftlich bestimmt ist, daß zur Veränderung der eigenen Lage die ganze Gesellschaft verändert werden muß. Die sozialistische Gesellschaftsform – aber in einer Weise, in der auch die Befreiung der Frau realisiert wird – wird als naheliegendste Lösung angesehen (leider wird diese ja sehr sympathische Auffassung nicht näher begründet).

Praktische Konsequenz der Auffassung, daß die Befreiung der Frau nur mit der Veränderung der ganzen Gesellschaft einhergehen kann, ist, daß viele der Kursteilnehmerinnen (jetzt bzw. wieder) in die traditionellen politischen Parteien und Gewerkschaften eintreten, um (auch) i n diesen Organisationen Fraueninteressen durchzusetzen.

Bei den Treffen der Teilnehmerinnen ein halbes und ein ganzes Jahr später zeigt sich jedoch, daß es den einzelnen Frauen nur schwer gelingt, in ihrer Umgebung – der Partei, der Gewerkschaft – Veränderungen in ihrem Sinne durchzusetzen. Die Frauen sind voneinander isoliert, in den verschiedenen Städten haben Frauen oft die gleichen Probleme, ohne voneinander zu wissen, Erfahrungen austauschen und sich gegenseitig bestärken zu können.

Allerdings sind in linken Parteien erste Erfolge zu verzeichnen: In der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP) entstehen Frauengruppen; innerhalb der betulichen Frauengruppe (Vrouwenkontakt) der sozialdemokratischen Partei PvdA bildet sich eine „Feministische Linke" heraus, aus der später die (dann alleinige) PvdA-Frauenorganisation „Rooie Vrouwen" (Rote Frauen) wird. Unabhängig von den Parteien bilden sich an mehreren Orten Arbeitsgruppen zur Untersuchung der Ursachen der Frauenunterdrückung, die herangezogenen Texte stammen zumeist von amerikanischen und britischen Feministinnen. Interesse findet insbesondere die „Theorie der Hausarbeit".

Ein Jahr nach den ersten Volkshochschulkursen, 1974, entsteht angesichts der Isolation der einzelnen Frauen und auch Gruppen voneinander der Gedanke, eine *„feministisch-sozialistische Arbeitsgemeinschaft"* zu gründen – „feministisch-sozialistisch" weil, so die Initiatorinnen, *„für die Befreiung der Frau beide Dinge unverbrüchlich zusammengehen"* (1 – s. Anm. am Ende des Artikels). Auch jetzt fehlt die Begründung, warum denn nun Feminismus und Sozialismus so unbedingt zusammengehören; später wird darauf hingewiesen, daß der Name auch in Anlehnung an das *„große Vorbild"* (1), die britische Feminist Socialist Movement, entstanden sei.

Im Vorschlag zur Gründung einer „Plattform" heißt es: Wir wollen *„eine Art Verband zur Zusammenarbeit schaffen. Wir denken nicht an eine Organisation oder Partei, sondern an eine sehr offene ‚Begegnungsplattform' mit allen Frauen, die alleine, in Gruppen oder als Teil einer sozialistischen Partei auf ungefähr der gleichen Linie liegen wie wir"* (2).

Die Plattform soll *„so breit und offen wie möglich sein. Alle Frauen, die meinen, daß Feminismus und Sozialismus unverbrüchlich zusammengehören, müssen sich bei uns zuhause fühlen können. Also auch die feministischen Frauen aus Gewerkschaften und Parteien, die sich vielleicht abschrecken lassen, wenn wir* (die Begriffe – Anm.AK) *Feminismus oder Sozialismus zu konkret füllen. Nur auf diese Weise kann die Diskussion über den Zusammenhang von Feminismus und Sozialismus so breit wie möglich geführt werden"* (1).

Am Gründungstreffen der Feministisch-Sozialistischen (im folgenden: Femsoc-) Plattform am 5. April 1975 nehmen 150 Frauen teil. Außer den mittlerweile recht zahlreichen
Arbeitsgruppen, sind Frauen(-Grup... 1975 nehmen 150 Frauen teil. Außer den mittlerweile recht zahlreichen
Arbeitsgruppen sind Frauen(-Gruppen) der linken Parteien eingeladen, Gewerkschafterinnen, Dolle Mina, Mann-Frau-Gesellschaft und alle individuell interessierten Frauen.

Als Ausgangspunkt der Femsoc-Plattform wurde formuliert: *„1. Die Situation der Frau kann sich in dieser Gesellschaft nicht wesentlich verändern. Wir müssen eine Gesellschaft anstreben, in der Frau und Mann als Gleiche nebeneinander stehen. 2. Die sozialistische Gesellschaft ist die bekannteste Antwort, bietet aber keine vollständige Lösung. Das Problem der Gleichheit der Frau wird nicht als besonderes anerkannt. Darum wollen wir diese Lösung kritisch betrachten und versuchen, eine Verbindung zwischen beiden Sachen* (gemeint: Feminismus und Sozialismus – Anm.AK) *durch Analyse und Aktivitäten zu legen. 3. An der Analyse dieser Problematik wollen wir vorläufig nur mit Frauen arbeiten"* (3).

Obwohl dies nur die Ausgangspunkte sein sollten, also nur eine vorläufige Minimalplattform, wurde diese Plattform (als Selbstverständniserklärung) zeit des Bestehens der Femsoc nicht weiter ausgearbeitet und ist auch sonst nicht als besonders lästig empfunden worden.

Der „Apparat"

Kriterien für die Mitgliedschaft werden nicht festgelegt. Die Femsoc-Plattform wird von jenen Frauen gebildet, die sich selbst als Femsoc-Frauen verstehen und an den Plattform-Treffen teilnehmen. Die Gruppen und einzelnen Frauen *„verpflichten sich zu nichts und behalten vollkommen ihre Autonomie"* (1). Es wird ein Nationales Femsoc-Sekretariat gebildet, das ausschließlich Service-Funktionen zu erfüllen hat: Sammlung und Weitergabe von Adressen, zum einen vermittels einer Kartei, zum anderen über ein vom Sekretariat herausgegebenes Info (Nieuwsbrief van het feministies-socialisties platform). Dieses Info enthält einen Veranstaltungskalender für die gesamte (neue) Frauenbewegung in den Niederlanden. Eigene inhaltliche Arbeit, auch im Rahmen des Info, darf das Nationale Femsoc-Sekretariat nicht leisten, *„um den Eindruck zu verhindern, daß ‚von oben' eine ‚richtige Linie' bestimmt wird"* (1). Neben dem Nationalen Sekretariat wird ein Netzwerk von regionalen Sekretariaten, die vollständig autonom arbeiten, aufgebaut, die auf regionalem Niveau die Aufgaben des Nationalen Sekretariats übernehmen sollen. Zur Vorbereitung der Plattform-Treffen wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die von Treffen zu Treffen wechseln soll, was jedoch recht bald nicht mehr funktioniert und dem Nationalen Sekretariat auch diese Aufgabe zufällt.

Hiermit steht auf der einen Seite ein „Apparat", der auf reine Dienstleistungsfunktionen festgeschrieben ist; auf der anderen Seite die Femsoc-Gruppen, autonom und zu nichts verpflichtet, die die inhaltliche Arbeit bestimmen sollen. In diesem Sinne wird auch festgelegt, daß nur bei den Plattform-Treffen, der Zusammenkunft der Femsoc-Gruppen und einzelnen Femsoc-Frauen, *„etwas im Namen der Femsoc geschehen"* kann (1).

Hintergrund dieser sogearteten Festschreibung des „Apparats" sind die Erfahrungen, die viele der Frauen in „gemischten" linken Organisationen und wohl auch bei Dolle Mina selbst gemacht haben bzw. ihnen „vermittelt" werden.

Das Gründungstreffen ist gleichzeitig der erste reguläre Plattformtag. Das Thema des Tages ist „Feminismus-Sozialismus in der Arbeitssituation". Es ist das erste Mal, daß niederländische Frauen in größerem Zusammenhang über ihre Erfahrungen als Feministinnen-Sozialistinnen am Arbeitsplatz reden können.

Im Herbst 1975 erscheint das erste Femsoc-Info mit einer Auflage von 500 Exemplaren (innerhalb der vier Jahre seines Erscheinens steigt seine Auflage bis 2.500). Es enthält einen Kalender nationaler feministischer Aktivitäten und Informationen über politische Parteien, Unterricht usw. In den späteren Infos werden auch die regionalen Aktivitäten verzeichnet. – Nachdem die Zusammenarbeit von nationalem und regionalen Sekretariaten ins Laufen gekommen ist, bietet das Info zweimonatlich einen fast vollständigen Überblick aller Frauenaktivitäten im ganzen Lande versehen mit allen notwendigen Kontaktadressen und ist so (jedenfalls: theoretisch) ein einzigartiges Instrument zur Zusammenführung verschiedener Aktivitäten und Hinführung der einzelnen Frauen zu den Gruppen an ihrem Wohnort.

Die Plattform-Treffen

Die Plattform-Treffen

Im November wird der zweite Plattform-Tag organisiert, an dem 450 Frauen teilnehmen und viele weitere wegen Platzmangels nicht dabeisein können. Die Themen sind: der Kontakt zwischen den Femsoc-Frauen in den verschiedenen Regionen; die Femsoc-Strategie am eigenen Arbeitsplatz; die Femsoc-Strategie innerhalb der Frauenbewegung insgesamt.

An diesem Tag kommt auch erstmals das Thema auf, das die Femsoc-Plattform bis zu ihrem Ende begleiten wird: die „Organisationsfrage".

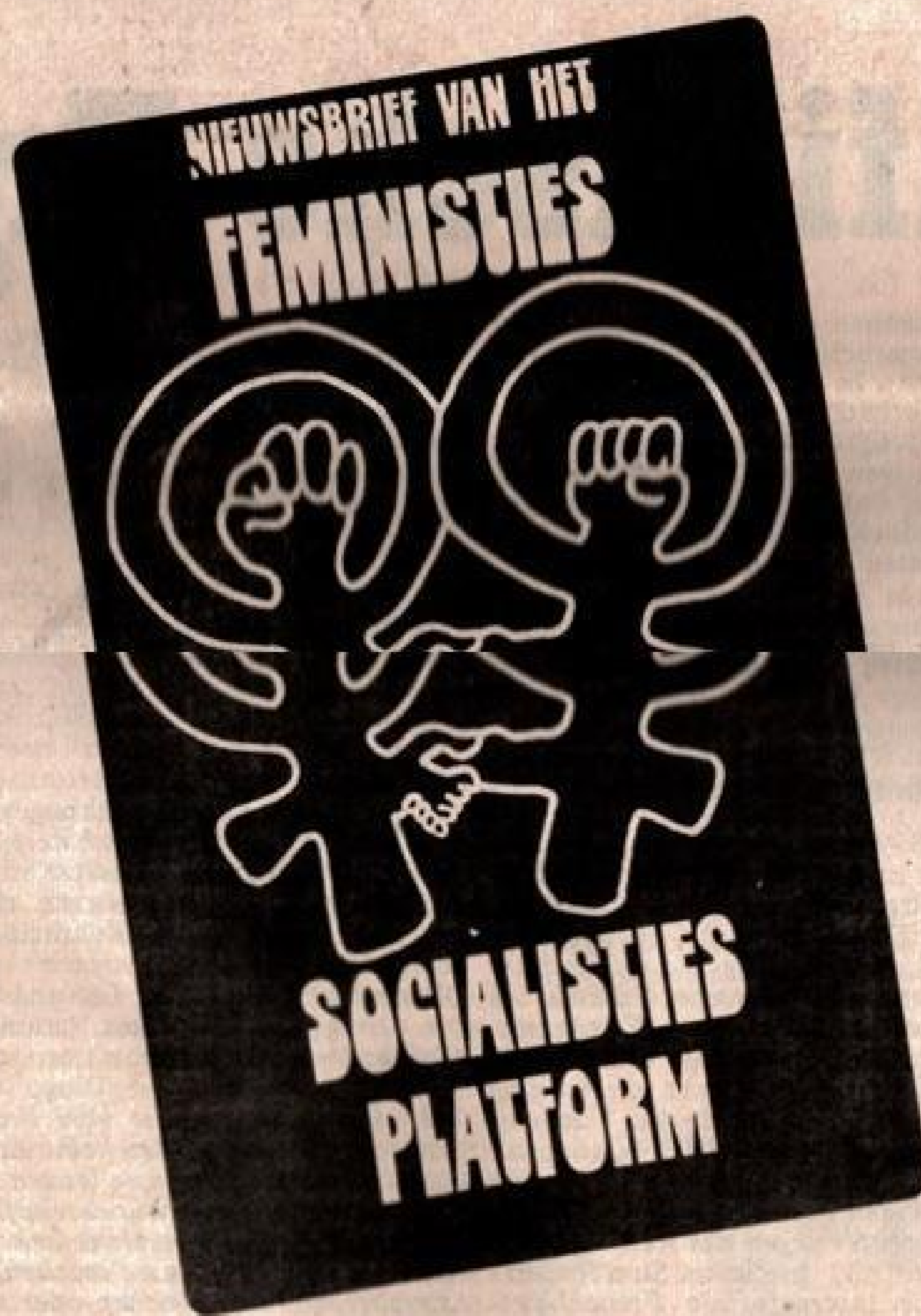
Eine Gruppe PSP-Frauen macht den Vorschlag, eine *„links-feministische Front"* (1) zu bilden, die eindeutige Standpunkte vorträgt und über einen Katalog konkreter Forderungen verfügt. Die PSP-Frauen wollen damit erreichen, daß *„wir dann endlich mehr tun können als nur reden und studieren, daß wir dann Aktionen machen können"* (1). Die Mehrheit der Teilnehmerinnen lehnt den Vorschlag jedoch als übereilt ab. Erst müsse über den Inhalt des Feminismus-Sozialismus nachgedacht werden, bevor Forderungen aufgestellt werden könnten. Inhaltlich gefüllt werden die differenten Positionen jedoch von keiner der beiden Seiten. – Mehr Koordination und Treffen werden jedoch allenthalben gefordert, sowie auch mehr inhaltliche Beiträge im Femsoc-Info zur Anregung der Diskussion um die Funktion der Plattform.

Für die nächsten Plattformtreffen war vorgesehen, die Arbeitssituation der Femsoc-Frauen in den Bereichen Unterricht und Gesundheitsfürsorge zu diskutieren. Die Organisierung dieser Treffen zu diesen Themen scheiterte jedoch, so daß die im Frühjahr und Herbst geführten Plattformdiskussionen über „Femsoc am Arbeitsplatz" die einzigen blieben, die die Lage der Frau am Arbeitsplatz (außerhalb des Hauses) zum Inhalt hatten.

Thema des dritten nationalen Plattformtages im Februar 1977 (der wegen Überfüllung im Mai wiederholt werden muß) ist die offensichtlich drängender gewordene „Organisationsfrage". Zur Klärung von Funktion und Arbeitsweise der Plattform werden in der Einladung u.a diese Fragen zur Diskussion vorgeschlagen: *„Wollen wir die Verschiedenheit, die momentan Femsoc kennzeichnet ... erhalten? Oder ist uns an mehr Einheit gelegen? Eine konkretere Strategie? Ein gemeinsames minimales Forderungspaket? Organisatorische Struktur? Oder gerade nicht?"* (3).

Der konkrete Ablauf des Treffens geht jedoch an der eigentlichen Absicht vorbei: *„Obwohl beabsichtigt war"*, heißt es im Femsoc-Info, *„an dem Tag auf die Gesamtheit des feministisch-sozialistischen Geschehens zurückzublicken und von dort aus zu sehen, wie wir damit* (gemeint: mit der Femsoc-Bewegung – Anm.AK) *weiterkommen, wurde in den meisten Gruppen über das ja oder nein und wie einer Organisationsstruktur geredet"* (3). In den Gruppen stand die „radikale" Ablehnung jeder Form von Organisierung oder Festlegung der Forderung nach demokratisch gewählten Vertreterinnen und dem Hinarbeiten auf eine linke Frauenbewegung gegenüber. Eine Entscheidung wird nicht getroffen.

Das Wiederholungstreffen im Mai 1977 geht ebenso aus: *„Für die einen war eine formelle Struktur gerade demokratischer und fördernder. Für die anderen galt gerade das Gegenteil"*, heißt es im Bericht vom Plenum. Und die Protokollantin kommentiert blumig: *„Für mich selbst wurde deutlich, daß der Fluß der Femsoc-Aktivitäten weiterströmt und kein kleines Bächlein ist. Wie der Fluß seine Ufer bestimmt und wie die Ufer den Lauf des Flusses bestimmen ist unklar. Die Zusammensetzung des Wassers und die Richtung, in das es fließt, ist noch immer diffus. Welche Stromschnellen und Durchbrüche wir genau wollen bleibt vage"* (3).



Die Forderung nach einer präzisen Bestimmung der Aufgaben und Funktionsweise der Femsoc-Plattform wird zunehmend häufiger und dringlicher vorgetragen. Einige Frauen veröffentlichen ihre Kritik an einem Regional-Treffen in Amsterdam Anfang 1978 im Info: *„Unsere Kritik ist, daß bisher: 1. Jedesmal dieselben Diskussionen sowohl auf den Regional- wie den nationalen Treffen geführt werden. 2. Daß diese Diskussionen niemals konkrete Folgen haben."* Und sie fordern: *„Laßt uns jetzt einmal konkret anfangen mit der Verbreiterung, Ausarbeitung und Inhaltsbestimmung der Femsoc-Bewegung, so daß ihr Gesicht nach außen hin klarer wird. – Dies setzt die Autonomie der Femsoc-Bewegung voraus und garantiert sie!!!"* (3)

„Die Autonomie der Femsoc-Bewegung"

Das letzte nationale Plattformtreffen findet im April 1978 statt und muß, weil sich wieder erheblich mehr Frauen gemeldet haben, als im Frauenzentrum Platz finden können, im Mai wiederholt werden. Das Thema ist die „Autonomie der Femsoc-Bewegung". Es geht also – mit geringfügig anderer Nuancierung – um dieselbe Fragestellung wie beim Plattformtag im Jahr zuvor.

Das Treffen soll dazu dienen, schreiben die Frauen vom Nationalen Sekretariat in der Einladung, *„kurzfristig der Femsoc mehr ‚Gesicht' zu geben in Hinblick auf eventuelle Aktionen"* (3).

Im zusammenfassenden Bericht von den Gruppendiskussionen wird festgehalten, daß *„in den meisten Gruppen die Notwendigkeit und der Wille deutlich geworden (ist), daß klare Stellungnahmen erarbeitet werden müssen, was Femsoc ist und will, gerichtet auf: interne Klarheit, Klarheit nach außen, ... bessere Ausarbeitung des Verhältnisses von anti-patriarchalem Kampf und antikapitalistischem Kampf anhand konkreter Fragen"* (3).

Die Erhaltung der Autonomie der Femsoc-Plattform und -Bewegung ist bei allen Teilnehmerinnen unumstritten. *„Meinungsunterschiede gibt es jedoch über die Festlegung von Standpunkten. Die meisten Frauen meinen, daß gemeinsame Standpunkte namens der Femsoc eingenommen werden müssen, als Rückenstärkung in unserer Arbeit, unserem Privatleben, in den Gewerkschaften usw., um unsere Forderungen an a l l e n Fronten durchsetzen zu können. Andere meinen, daß Standpunkte zwar formuliert werden sollen, aber nicht namens der Femsoc-Bewegung ... es geht ihrer Meinung nach ... darum, durch unsere Diskussionen, unser Verhalten, unsere Haltung, unsere Art des Denkens einen breiten unergründlichen Einfluß auszuüben"* (3).

Beklagt wird von vielen der Teilnehmerinnen die *„Unverbindlichkeit"* in der Femsoc-Bewegung, die sich darin ausdrückt, daß *„nicht deutlich ist, was wir als Femsoc verteidigen und was nicht"* und die *„Unklarheit, also Geschlossenheit gegenüber anderen Frauen"* (3).

Die Darstellung beider Positionen wiederholt sich im Plenum – ergebnislos.

Frustriert vom Verlauf dieser Darbietung hatte sich eine Gruppe von Frauen zurückgezogen, um eine inhaltlich bestimmte Herangehensweise zur Lösung der Probleme in der Femsoc-Bewegung näher auszuarbeiten. Sie kritisieren die Arbeitsweise des Plenums, in dem lediglich ein unverbindlicher Bericht von der Gruppendiskussion vorgetragen wurde, *„unverbindlich in dem Sinne, daß keine Konsequenzen daraus gezogen"* wurden. *„Wenn eine Mehrheit eine bestimmte Linie oder Entwicklung vorschlägt und das Plenum beschließt nicht, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, dann funktioniert so ein Plenum ... undemokratisch."* Die ständige Behauptung, es dürfe nichts beschlossen werden, um die Autonomie (was hier heißt: die Autonomie jeder einzelnen Frau innerhalb Femsoc) nicht zu gefährden *„ist i r r e f ü h r e n d ... Denn wenn k e i n e B e s c h l ü s s e über bestimmte Vorschläge gefaßt werden, dann wird implizit gleichzeitig die E r h a l t u n g d e r b e s t e h e n d e n S i t u a t i o n beschlossen"* (3).

Auch dieser Versuch, die Femsoc-Plattform zu einem handlungsfähigen Instrument der Femsoc-Bewegung zu machen, bleibt folgenlos.

Unaufhaltsamer Abstieg

Die Auflösung der Femsoc-Plattform wird zuerst daran sichtbar, daß die Bindung an die Plattform – und insbesondere an den „Apparat" – zunehmend lockerer wird. Für die „alten" Femsoc-Frauen hat die Plattform mit ihrem Service erheblich an Attraktivität verloren: Sie haben nun ihren Praxisbereich und haben ihre Kontakte in diesem Bereich. Eine hierüber hinausreichende (politische) Perspektive zu erarbeiten hatten die Plattform-Teilnehmerinnen sich ständig selbst untersagt, sodaß es für die „alten" Femsoc-Frauen eigentlich auch keinen sichtbaren Anlaß mehr gibt, sich an den Plattform-Treffen zu beteiligen. Die Unterstützung des zentralen „Apparates" in Amsterdam geht zurück. Das Utrechter Regionalsekretariat teilt 1978 mit, daß es nach drei Jahren *„Kaputtgerenne"* (3) nach Veranstaltungsnachrichten für das Femsoc-Info so nicht mehr weiterarbeiten werde. Ein nur scheinbarer Widerspruch ist es, daß es zum selben Zeitpunkt in Utrecht rund 25 Femsoc-Gruppen gibt (ein also eigentlich reiches Feld der Diskussion und Aufgabenteilung für das Regionalsekretariat): die Utrechter Femsoc-Frauen begreifen ebenso wie die meisten anderen Femsoc-Frauen die Plattform und die Femsoc-Bewegung als *„den vagen Klub, zu dem wir alle gehören"* (1), wie es eine der Plattform-Mitbegründerinnen formulierte. – Das weitere Erscheinen des Femsoc-Infos ist in Frage gestellt, da sich für ausscheidende Redakteurinnen keine Nachfolgerinnen finden.

Auf der anderen Seite jedoch wird die Femsoc-Bewegung als unfaßbare Einheit – besser: Vielfalt – stetig breiter. Es sind zunehmend „neue" Femsoc-Frauen, die sich von der Teilnahme an Plattform-Treffen und sonstigen Femsoc-Veranstaltungen Aufklärung über die Frage versprechen, was nun diese Femsoc-Bewegung eigentlich ist, was es mit der Verbindung von Sozialismus und Feminismus auf sich hat, die Unterstützung suchen für ihre Arbeit und ihren Kampf im öffentlichen und privaten Bereich. Was alles die Femsoc-Plattform und ihr „Apparat" beim gegebenen und festgeschriebenen Zustand nicht leisten kann. Das Hinscheiden des „vagen Klubs, zu dem wir alle gehören" wurde durch das Hinzukommen der „Neuen" nur noch hinausgezögert.

Im Sommer 1979 – ein nationales Plattform-Treffen hat seit über einem Jahr nicht mehr stattgefunden – ist das Nachfolgeproblem im Nationalen Femsoc-Sekretariat und für die Redaktion des Infos einerseits noch immer nicht gelöst, andererseits hat auch die Mitarbeit am „Apparat" aus den Regionen weiter nachgelassen.

seits hat auch die Mitarbeit am „Apparat" aus den Regionen weiter nachgelassen.

Die Sekretariatsfrauen machen eine Rundreise durch die Regionen, bei der jedoch weder neue Kräfte für den „Apparat" gewonnen werden können noch sonstwie der Eindruck entsteht, die Plattform habe noch einen ernstlichen Grund, weiterzuexistieren. Eine der Sekretariatsfrauen kommentiert den Bericht über die Rundreise im Femsoc-Info: „ ... *wenn niemand* (auf den Reisebericht – Anm. AK) *reagiert, dann sind wir von September an die Redakteurinnen des fantastischen Blattes Mon damin, oder war es Gelantine' Nun ja, wenn es nur bindet!"* (3).

Die Redakteurinnen bewahrten sich vor diesem Schicksal selbst: In der letzten Nummer des vierten Jahrgangs des Femsoc-Infos (September 1979) teilt das Nationale Sekretariat (und die hiermit identische Info-Redaktion) seine Selbstaufhebung und die Einstellung des Infos mit.

Proteste über diesen Gang der Dinge sind nicht bekannt geworden ...

„Femsoc als Idee"

Die – in der Konsequenz – Ablehnung gemeinsamen Handelns gegen die Frauenunterdrückung im „privaten" u n d im öffentlichen Bereich setzt sich in der Femsoc nicht nur immer wieder erneut gegen andere Bestrebungen „spontan" durch, sondern wird auch wiederholt „theoretisch" untermauert.

Im Mai 1976 erscheint Anja Meulenbelts „Feminismus und Sozialismus – Eine Einführung" (1981 auf deutsch beim Konkret Literatur Verlag erschienen). Dieses Buch ist in den Niederlanden außerordentlich erfolgreich und erscheint im Juli 1979 in der 8. Auflage. Es ist die meistgelesene theoretische Schrift zum Thema „Feminismus und Sozialismus" in der niederländischen (autonomen) Frauenbewegung. Den größten Teil der Schrift machen durchaus klärende Darstellungen aus zu den Themen Patriarchat, Kapitalismus, Hausfrauen, Hausarbeit und Kapitalismus, Frauen und Lohnarbeit, Familie, Ideologie, Frauen in sozialistischen Ländern.

Der Pferdefuß verbirgt sich am Ende des Buches, wenn Anja Meulenbelt auf die „Strategie der autonomen Frauenbewegung" zu sprechen kommt.

Nach einer recht schlüssigen Begründung der Feststellung: *„Das erste, was die Frauenbewegung entdeckte, war, daß wir nicht auf dieselbe Art arbeiten wollten wie die linken Organisationen"* (4), stellt Anja Meulenbelt die zahlreichen Probleme dar, die sich aus der spezifischen Struktur der autonomen Frauenbewegung ergeben: *„Keine Führung und wenn es nicht anders geht eine stets wechselnde Führung. Das bringt allerdings wieder neue Probleme: Wie muß man das Auftreten nach außen regeln, wenn niemand ansprechbar ist? Und wie geht man mit dem Problem der informellen Eliten um, den Gruppen, die schon länger tätig sind und darum über mehr Informationen verfügen? Wie verhindert man, daß Frauen von der chaotischen Strukturabgeschreckt werden, weil sie sich selbst überlassen sind, um ein Fleckchen in der Bewegung zu finden? Was tun wir, wenn wir gezwungen sind, gemeinsame Beschlüsse zu fassen und selbst nicht wissen, wer unsere Mitglieder sind ...?"* (4)

Anstatt eine Antwort zu geben auf diese Fragen, die nichts anderes sind als Erfahrungen, die jede Frau in der autonomen Frauenbewegung schon gemacht hat, bescheidet Anja Meulenbelt sich und ihre Leserschaft mit der saloppen Feststellung: *„Doch werden diese Probleme uns nicht so leicht verleiten, auf eine Imitation linker Gruppen und Parteien zurückzufallen, weil von deren Struktur deutlich geworden ist, daß sie nicht geeignet ist, unseren Bedürfnissen zu entsprechen"* (4). Ihr besonderes Aroma bekommt diese Art der Problembehandlung noch dadurch, wenn mensch zuvor auf der ersten Seite der niederländischen Ausgabe gelesen hat: *„Das Buch kam zustande in Zusammenarbeit mit der nationalen Arbeitsgruppe Feminismus-Sozialismus und der Abteilung Oud-Zuid der Amsterdamer Rooie Vrouwen."* Letztgenannte „Rote Frauen" nämlich sind die Frauengruppe der sozialdemokratischen Partei ...

Zusammen mit zwei weiteren führenden Theoretikerinnen (und ohne Abstriche Mitglieder der von Anja Meulenbelt schein-kritisch als „informelle Elite" benannten Gruppe), Selma Sevenhuijsen und Joyce Outshoorn, kommt Anja Meulenbelt, nachdem sie zu dem sie besonders bewegenden Problem des Verhältnisses von autonomer Frauenbewegung und linken Organisationen noch mehrere kleinere Arbeiten (mit)verfaßt hatte, 1978 nochmals umfangreicher auf diese delikate Frage zurück (5).

Ein wichtiger, wenn nicht sogar ausschlaggebender Anlaß ist, daß – wie im ersten Abschnitt dieses Artikels dargestellt – innerhalb der Femsoc-Bewegung, auf Plattform- und sonstigen Treffen, die Forderung nach der Erarbeitung gemeinsamer Positionen und gemeinsamen öffentlichen Auftreten als Femsoc-Bewegung immer häufiger und nachdrücklicher gestellt wurde.

Der Aufsatz der drei Autorinnen segelt unter der Flagge einer Bilanz der Frauenbewegung, ist aber (ungeachtet einer Reihe sorgsam ausgearbeiteter Kritiken an den verschiedenen Strömungen innerhalb der Frauenbewegung) im wesentlichen ein Versuch, zwar das theoretische Niveau der autonomen Frauenbewegung zu heben, gleichzeitig aber diese Bewegung daran zu hindern, als geschlossene Kraft politisch wirksam zu agieren.

Die Autorinnen charakterisieren die Femsoc-Plattform: *„Sie war eine lose Organisation von Frauen, die sich mit dem D e n k e n* (Hervorhebg. AK) *über Feminismus und Sozialismus beschäftigen wollten ..."* (5).

Die Differenzen innerhalb der Femsoc-Plattform über die Zukunft der Bewegung sind, so stellen es die Autorinnen dar, zum einen Ausdruck eines gewissermaßen Generationskonfliktes, sind zum anderen Resultat des Umstandes, daß sich jetzt *„in zunehmendem Maße Frauen aus linken Gruppierungen der Femsoc-Bewegung anschließen"* (5).

Der „Generationskonflikt" besteht darin, daß *„die ersten Feministinnen noch alles selbst tun"* mußten und nicht erwarten konnten, *„aufgefangen"* zu werden, während die *„neuen Frauen"* in eine *„recht chaotische Bewegung"* geraten, die üblichen Organisationsformen nicht gleicht und wo fast alles von der eigenen Initiative abhängt. Angesichts dieser Lage rufen nun die „Neuen" nach *„mehr ‚Struktur', mehr ‚Organisation'"* (5) – jedenfalls sehen das unsere *„ersten Feministinnen"* so.

Noch einen ganzen Teil heftiger langen die Autorinnen zu, wenn es um die Frauen aus linken Organisationen geht: *„Die Frauen, die von der linken Seite her in die Bewegung eintreten, wollen oft an einer Organisation mit gewählten Vertretern, einem Forderungsprogramm und gemeinsamen Stellungnahmen nach außen festhalten. Die Frauen, die von der feministischen Bewegung gekommen sind, halten fest an einer Vielfalt von Organisationsformen ohne Hierarchie, an der Autonomie der Femsoc-Bewegung in Hinblick auf andere, zum Beispiel linke Bewegungen. Und auch an der Autonomie der verschiedenen feministischen Initiativen untereinander. Besser eine Idee von ‚Basisdemokratie' als das leninistische Parteimodell."* Anders gesagt: Frauen, rafft die Röcke, der Leibhaftige kommt! Und in tückischer Maske: *„Nun wird niemand in der Femsoc-Bewegung das leninistische Modell laut verteidigen, aber doch wird es uns in einem neuen (lila) Jäckchen präsentiert: ‚Femsoc-Gruppen' als Basisgruppen, die diskutieren, schulen und Standpunkte bestimmen, die zu Plattformtagen zusammengetragen werden, die als jährlicher Kongreß stimmberechtigter Delegierter funktionieren. Eine semi-feministische Form des demokratischen Zentralismus. Der Unterschied zum alten Leninismus besteht darin, daß die Frauen etwas länger Zeit dafür bekommen: sie müssen erst noch die Bewußtwerdungsphase des ‚das Persönliche ist politisch' durchlaufen"* (5).

Noch Fragen?

Die Femsoc-Plattform ist tot – die Bewegung hat's überlebt

Mit der nur noch konsequenten Selbstauflösung des Nationalen Femsoc-Sekretariats und der Einstellung des Infos war – naturgemäß – nicht die (sich nach wie vor so nennende) feministisch-sozialistische Bewegung hingegangen. Der nationale Frauenstreik im März letzten Jahres lieferte einen kräftigen (spontanen) Beweis hierfür.

Eine neue Frauenzeitschrift ...

Im letzten der Femsoc-Infos (September 1979) war ein Aufruf an jene Frauen erschienen, die sich an Überlegungen zur weiteren Arbeit beteiligen wollten. Die daraufhin zusammengekommenen dreißig Frauen teilten sich nach einigen Treffen in zwei Gruppen.

Die eine Gruppe wollte versuchen, eine neue Plattform aufzubauen. Die andere Gruppe machte sich daran, *„ein neues inhaltliches Blatt feministischer und sozialistischer Signatur"* (6) zu begründen.

Hieraus wurde die erstmals im Februar 1981 erschienene Zweimonats-Zeitschrift „Katijf". In der ersten Ausgabe schreiben die Herausgeberinnen zu ihrem Selbstverständnis und geben damit gleichzeitig die „Redaktionslinie" an: *„Unsere Überzeugung ist, daß von einer wirklichen Befreiung der Frauen ohne eine Gesellschaftsveränderung im sozialistischen Sinne keine Rede sein kann. Wir führen den Kampf nicht nur gegen das Patriarchat, sondern auch gegen den Kapitalismus. Darum fühlen wir uns auch an den Bewegungen beteiligt, die einen antikapitalistischen Kampf führen. Wir sind zwar in erster Linie, aber nicht ausschließlich Feministinnen. – Sozialistisch zu sein bedeutet für uns ge-*

Fortsetzung nächste Seite

Die pazifistische Frauenbewegung

In AK 218 wurden ausführlich die nationalistischen und kriegsunterstützenden Positionen des überwiegenden Teils der bürgerlichen Frauenbewegung vor und bei Ausbruch des 1. Weltkrieges dargestellt. In diesem Artikel soll nun auf die antimilitaristischen Positionen und Aktivitäten der Minderheit, des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung, eingegangen werden; dies v. a. auch deshalb, weil sich große Teile der heutigen Frauenfriedensbewegung in direkter Tradition dieser Frauen fühlen, eine Aufarbeitung der Politik der linken bürgerlichen Frauenbewegung bislang jedoch kaum stattgefunden hat. Mit diesem Artikel wollen wir hierfür einen ersten Diskussionsbeitrag liefern.

Die Anfänge

Bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich in ganz Europa eine von bürgerlich-pazifistischen Kräften getragene Friedensbewegung. Mit einiger zeitlicher Verspätung wurde 1892, maßgeblich von Berta von Suttner initiiert, die Deutsche Friedensgesellschaft gegründet, deren Forderungen sich auf die Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichts, Friedenskonferenzen, Rüstungsstopp und pazifistische Einflußnahme auf die öffentliche Meinung konzentrierten. Der politische Einfluß der Deutschen Friedensgesellschaft blieb in den folgenden Jahren denkbar gering; Pazifisten wurden als schlapp und weibisch diffamiert:

„Die Waffen hoch! Das Schwert ist Mannes eigen,
Wo Männer fechten, hat das Weib zu schweigen,
Doch freilich Männer gibts in diesen Tagen,
Die sollten lieber Unterröcke tragen" (1).

Bis auf wenige Ausnahmen verhielt sich der radikale Teil der Frauenbewegung zwar wohlwollend und kooperationsbereit, insgesamt jedoch gegenüber einem 'Männerverein' wie der Friedensgesellschaft eher skeptisch. Lida Gustava Heymann, eine der führenden Repräsentantinnen des linken Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung, schreibt dazu in ihren Memoiren: *„Wir besuchten wohl ihre Versammlungen, ihre internationalen Kongresse, aber die Arbeit der deutschen sowie der Friedensgesellschaften in anderen Ländern erschien uns durchaus irrational und unzulänglich, sie ließen zuviel Konzessionen für die Möglichkeit von Kriegen Raum. Jeder dieser nationalen Gesellschaften war die Politik ihres Vaterlandes sakrosankt und jede politische Gegenaktion Vaterlandsverrat. Was besagte also eine solche konzessionsdurchlöcherte Friedensgesellschaft?"* (2) Diese durchaus zutreffende Kritik am Fehlen von Radikalität und internationalistischer Einstellung der Friedensgesellschaften bezog sich allerdings nicht auf die konkreten politischen Forderungen und Aktivitäten, wie Appelle an die Regierungen und Forderungen nach internationalen Schiedsgerichten oder ähnlichem.

Die 1. Internationale Frauenfriedenskundgebung

Als 1899 auf Initiative des russischen Zaren in Den Haag die 1. internationale Friedenskonferenz stattfand, die in ihrer Bedeutung mit heutigen Abrüstungsverhandlungen vergleichbar ist, leitete Margarethe Selenka als Mitglied der Münchener Friedensgesellschaft eine nationale Frauenagitation für diese Konferenz ein. Sie ging davon aus, daß Frauen- und Friedensbewegung untrennbar verbunden sind: „.... *beide sind in ihrem innersten Wesen ein Kampf für die Gewalt des Rechtes gegen das Recht auf die Gewalt"* (3). In diesem Sinn forderte sie die internationale Frauenbewegung auf, eine Frauenfriedensbewegung zu schaffen; erste Schritte dazu sollten die Einrichtung einer besonderen Rubrik zur Friedensfrage in den Frauenzeitschriften und die ständige Diskussion dieser Frage auf den Kongressen der Frauenverbände sein. Obwohl die internationale Friedensarbeit auf Druck der radikaleren Frauen seit 1898 Programmbestandteil des Bundes deutscher Frauen (BDF) war, zeigte der Appell von Margarethe Selenka kaum praktische Konsequenzen. Lediglich die Publikationsorgane des auch in anderen Fragen linksstehenden Teils der bürgerlichen Frauenbewegung, die von Minna Cauer herausgegebene Zeitschrift „Die Frauenbewegung" und die von Helene Stöcker redigierte „Neue Generation", publizierten regelmäßig Artikel gegen Krieg und Militarismus und Nachrichten aus der Friedensbewegung.

So war es dann auch lediglich der Kreis von Frauen um diese Zeitschriften, insbesondere Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg, die Margarethe Selenka bei der Organisierung von Frauenkundgebungen zur Haager Friedenskonferenz unterstützten. Trotzdem gelang es bei einer Vorbereitungszeit von nur sieben Wochen, in 19 Ländern insgesamt 565 Frauenfriedensversammlungen abzuhalten. Letztlich blieb diese erste große Frauenfriedenskundgebung trotzdem ergebnislos; schon nach wenigen Jahren unterblieben die alljährlich vereinbarten Kundgebungen, und auch die Haager „Friedenskonferenz" selbst hatte als einziges konkretes Ergebnis die Einrichtung eines internationalen, weitgehend kompetenzlosen Schiedsgerichts, dessen Bedeutungslosigkeit sich in den internationalen Krisen, wie Burenkrieg, Boxeraufstand und Marokkokrise schon bald zeigen sollte.

Reaktion auf den 1. Weltkrieg

Mit Ausbruch des 1. Weltkrieges traten die bis dahin nur schwelenden unüberbrückbaren Gegensätze in der bürgerlichen Frauenbewegung offen zutage. Während die Mehrheit der bürgerlichen Frauenvereine der Kriegseuphorie anheim fiel und sich an die Organisation eines Nationalen Frauendienstes machte, waren für die radikalen Frauen zwei Dinge klar: *„1. Hilfe konnte nur von Frauen kommen. 2. Wir würden keine Arbeit für direkte Kriegsdienste leisten, wie Hospitaldienst, Verwundetenpflege. Halbtot geschundene Menschen wieder lebendig und gesund machen, um sie abermals den gleichen oder noch schlimmeren Qualen auszusetzen? Nein, für solchen Wahnsinn würden wir uns nicht hergeben"* (4).

Aus dieser erschreckend aktuell anmutenden Position heraus entfalteten die Frauen trotz der massiven Behinderungen und Bespitzelungen durch die Militärbehörden zunächst eine rege soziale Hilfstätigkeit, wie Zusammenführung von Familienangehörigen, Versorgung von Kriegsgefangenen und Beschaffung von Arbeit für durch den Krieg in Not geratene Frauen. Ein Gegner besonderer Art war dabei das Rote Kreuz: *„Es galt vor allem, den Grundsatz des Roten Kreuzes zu bekämpfen, der dahin ging, alle für Kriegszwecke zu leistende Arbeit durch sog. freiwilligen Liebesdienst zu beschaffen, wodurch den in Scharen erwerbslos gemachten Frauen die Möglichkeit eines Verdienstes entging"* (5).

Allerdings empfanden schon bald viele dieser pazifistisch gesinnten Frauen eine solche karitative Tätigkeit als problematisch: *„Im Vordergrund stand bei der sozialen Hilfsarbeit immer das Völkerversöhnende. Alle, die mit uns in Berührung kamen, wurden in diesem Sinne beeinflußt. Vielen von uns wurde es aber sehr bald bewußt, daß wir durch unsere Fürsorge den Krieg indirekt unterstützten. Das maßlose Elend ... hatte uns zur Hilfeleistung auf sozialem Gebiete getrieben. Erkennend, daß diese Hilfe eine Verlängerung des Krieges bedeutet, haben viele das Gebiet sozialer Tätigkeit verlassen und wandten sich ausschließlich politischer Tätigkeit zu."* (6).



Frauenfriedenskongreß in Den Haag

Mit diesem politischen Engagement war schon kurz nach Kriegsausbruch begonnen worden. Auf Initiative von Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann, unterstützt von holländischen Frauen, kam es im Februar 1915 in Amsterdam zu einem Vorbereitungstreffen für einen Frauenkongreß gegen den Krieg. Auf dem Treffen wurde festgestellt, *„daß nicht eine internationale Frauenorganisation sich bewußt geblieben war, was sie ihrer internationalen Verbundenheit schuldete. Sie versagten als Gesamtheit alle, nur einzelne Frauen nicht; aus solchen entstand eine neue Fraueninternationale."* (7).

Trotz der behördlichen Schikanen kamen vom 28.4. - 1.5.1915 1.500 Delegierte aus zwölf Ländern in Den Haag zu einem Frauenfriedenskongreß; davon 28 aus Deutschland. L. G. Heymann benennt drei Aufgaben für den Kongreß: *„Er sollte einen Protest der Frauen gegen den Krieg und seine Menschenschlächterei darstellen, er sollte die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frauen proklamieren, er sollte versuchen, das Ende des Krieges herbeizuführen. Zwei Grundsätze wurden festgestellt und ... strikt eingehalten: Erörterungen über die relative nationale Verantwortlichkeit für den gegenwärtigen Krieg und die Art seiner Führung sowie Resolutionen, welche eine Regelung, d.h. Humanisierung der Kriegführung beantragten, waren ausgeschlossen."* (8).

Aus vielen Ländern und zahlreichen Organisationen trafen Grußadressen bei dem Kongreß ein; so auch von dem vier Wochen zuvor tagenden internationalen Kongreß sozialistischer Frauen in Bern. Clara Zetkin hatte kurzfristig sogar selbst überlegt, an dem Haager Kongreß teilzunehmen und erst mit Kenntnisnahme der Tagesordnung diesen Entschluß rückgängig gemacht, da diese hauptsächlich *„die ungelegten Eier von Maßregeln (betraf) ..., die irgendwann in einer schönen Zukunft den Krieg verhindern sollten"*. Treffend stellt sie weiter fest: *„Letzten Endes sind solche Erörterungen und Beschlüsse die Arbeit guter Menschen, aber schlechter politischer Musikanten. Das Wichtigste für die Gegenwart ist und bleibt, die ganze Kraft für die schleunigste Beendigung des jetzigen Krieges einzusetzen."* (9).

Mit Blick auf die in Den Haag formulierten Forderungen polemisierte Rosa Luxemburg noch schärfer: *„Der Weltfrieden kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde reaktionäre Pläne, wie internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten, diplomatische Abmachungen über 'Abrüstung', 'Freiheit der Meere', 'Abschaffung des Seebeuterechts', 'europäische Staatenbünde' ... und dergleichen. Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen oder einzudämmen, solange die kapitalistischen Klassen unbestritten ihre Klassenherrschaft ausüben"* (10).

Fortsetzung von voriger Seite

wiß nicht, Mitglied einer sozialistischen Partei oder Gruppierung zu sein. Es bedeutet für uns, daß unserer Meinung nach die Frauenbewegung a u c h einen antikapitalistischen Kampf führen muß aus der spezifischen Position der Frauen heraus."

Die erste Ausgabe der „Katijf" enthält auch, verfaßt von einer Frau, die Mitbegründerin der Femsoc-Plattform war und Mitglied des Nationalen Femsoc-Sekretariats in den ersten Jahren, eine „Bilanz von fünf Jahren Femsoc-Plattform", die – unserer Kenntnis – erste vollständige und sehr differenziert argumentierende Studie über diesen Abschnitt in der Geschichte der niederländischen Frauenbewegung überhaupt (wir haben uns für den ersten Abschnitt dieses Artikels kräftig aus dieser Bilanz bedient).

... und eine linke feministische Organisation

Kurz nach dem Erscheinen der ersten „Katijf" tritt auch die Gruppe, die eine mehr praktisch orientierte Perspektive verfolgt und die Plattform wiederaufbauen will, an die Frauen-Öffentlichkeit.

Diese Gruppe gab zur Vorbereitung eines Diskussionstages im Mai 1981 eine Textsammlung heraus, an deren Anfang eine *„Analyse der ‚alten' Femsoc"* steht (7).

Gescheitert ist die Femsoc-Plattform, heißt es dort, daran, daß sie 1. eine Bewegung war, die hinter den Notwendigkeiten des Kampfes zurückblieb, 2. in ihr ein „Organisationstabu" herrschte und 3. bei der vielbeschworenen „Autonomie" nie geklärt wurde, um was für eine Autonomie und zu welchem Zwecke es eigentlich geht.

Begonnen hatte die Femsoc als eine Bewegung, *„die sich vornehmlich auf feministische Bewußtseinsentwicklung richtete"*. Während auf der einen Seite spezieller orientierte Gruppen die „Studien- und Bewußtwerdungsfunktion" der Femsoc allmählich übernahmen, blieb die Femsoc hinter dem Bedürfnis zurück, *„neue und andersartige Unterdrükkungs- und Kampferfahrungen* (als im „privaten" Sektor – Anm.AK) *gemeinsam zu verarbeiten und auszubauen zu einer neuen Strategie ..."*.

Das „Organisationstabu": *„Organisation und Struktur wurden innerhalb der Femsoc auf ein Minimum beschränkt."* Das genügte auch, solange die Femsoc nicht mehr als eine *„große Versammlung von Selbsterfahrungsgruppen"*. war und nicht mehr zu organisieren als dann und wann ein Plattformtag, die Herausgabe eines Infos oder die Führung einer Kontakt-Kartei. Dieses Minimum an Struktur war jedoch *„auch eine prinzipielle Entscheidung. Eine Entscheidung g e g e n das Schrekkensbild der Organisationen mit hierarchischen, bürokratischen, also unterdrückenden Strukturen. Diese Entscheidung hat für die Femsoc bedeutet, daß Struktur an sich abgelehnt wurde ..."*. Grundlegendes Übel war jedoch, daß bei der sich entwickelnden Strukturuebatte *„über Struktur geredet (wurde), ohne erst zu diskutieren, was wir wollten"*. Der Umstand, daß diese Debatte (notwendig) ergebnislos blieb, verursachte sowohl das Entstehen einer *„gewissen Demoralisierung"*, wie auch, daß nun allerlei Initiativen und Aktivitäten nicht mehr innerhalb der Femsoc entwickelt wurden – ohne daß diese Loslösung so recht deutlich wurde, denn *„Femsoc war alles und nichts war femsoc"*.

Abgesehen davon, daß über Fragen der Struktur, der Organisierung vernünftigerweise nicht geredet werden kann, bevor geklärt ist, w a s da nun organisiert und strukturiert werden soll, stand noch vor der Strukturfrage *„eine andere kardinale Frage ...: Wollen wir als Femsoc auftreten? Gerade hierüber bestanden unvereinbare Standpunkte, was lähmend gewirkt hat."* Die Antwort der einen Strömung war: *„Nein, wir gehen aus von ‚Femsoc als Idee'. Jede Femsoc-Frau kann ihre Ideen in ihrer eigenen Praxis verwirklichen. In Femsoc-Gruppen, auf Plattformtagen und im Info können Erfahrungen und Meinungen ausgetauscht werden. – Die andere Strömung wollte sich über das A u s t a u s c h e n hinaus auch die Möglichkeit schaffen, g e m e i n s a m e B e s c h l ü s s e fassen zu können. Sie wollte nicht einerseits Erfahrungen kollektiv machen und andererseits den Femsoc-Kampf individuell führen. Gemeinsam arbeiten an einer Strategie bedeutete für diese Strömung aber das Überschreiten ‚meiner persönlichen Strategie' und das Arbeiten an ‚unserer Strategie'. Dies bedeutete, daß von einem bestimmten Punkt an die Autonomie sehr verschieden aufgefaßt wurde."*

Während für die einen „Autonomie" die individuelle Autonomie bedeutete, verstanden die anderen unter „Autonomie" die Autonomie der Femsoc gegenüber allen anderen Organisationen und Parteien.

Der individuelle Autonomie-Begriff wäre jedoch automatisch nicht mehr praktikabel gewesen, sobald auch nur über die Frage entschieden wird, ob die Femsoc a l s Femsoc und gemeinsam an die Öffentlichkeit tritt. Denn ein solcher Beschluß wäre *„die erste Anerkennung g e m e i n s a m e r B e s c h l u ß f a s s u n g. – Die Frauen, die nicht über Struktur, sondern über die Frage ‚was wollen wir mit der Femsoc' reden wollten, bekamen zu hören: ‚die Femsoc' gibt es gar nicht, wir haben keinen neuen Verein nötig. Wir müssen dann alles organisieren, es entstehen Meinungsverschiedenheiten, die zu Spaltungen führen können und wir holen uns die hierarchischen Strukturen herein. Und damit waren wir wieder bei der Strukturdiskussion und der Kreis war geschlossen"* (8).

Daß diese Kritik der alten Femsoc keineswegs übertrieben ist, das zeigen über Jahre hinweg die Berichte von Plattform- und anderen Treffen und es ist so erstaunlich wie erfreulich, daß überhaupt eine Reihe von Frauen diese Debatten nicht nur überstanden, sondern sogar noch die Energie aufgebracht haben, einen neuen Versuch zu unternehmen, die Femsoc-Bewegung zu einer handlungsfähigen Bewegung auch über den „privaten" und individuellen Sektor hinaus zu machen.

Nichts weniger als dies nämlich unternehmen aktuell die Frauen der Amsterdamer Socfem-Gruppe (9), denen es vor einigen Wochen, am 20. März, gelungen ist, mit gut einhundert weiteren Frauen den Grundstein für eine *„linke feministische Organisation"* (10) zu legen. (Tusch!)

Niederlande-Kommission

Quellen und Anmerkungen:

(1) Francis van Soest, Fem-soc op zoek naar haar identiteit – Een balans van vijf jaar fem-soc platform. In: Katijf, Nr.1, Februar 1981, S. 5-13
(2) Studiemap, 5.4.75
(3) Nieuwsbrief van het feministies-socialisties platform, Jahrgang I-IV (1975-1979). – Wir haben uns auf alle Ausgaben gestützt und aus zahlreichen zitiert, verweisen jedoch nur summarisch auf die Quelle
(4) Anja Meulenbelt, Feminisme en Socialisme, Amsterdam, 9. Aufl. 1979
(5) Selma Sevenhuijsen, Joyce Outshoorn, Anja Meulenbelt, Johanna's Dochter: De moederschoot van het isolement en de veilige haven van links: kwestie van schipperen. In: Socialisties-Feministiese Teksten, Bd. 2, S. 214-244, Nijmegen 1978
(6) Katijf, Nr.1, Februar 1981, S.3, Amsterdam
(7) Socialistiese feministes van binnen uit naar buiten toe, Amsterdam, April 1981
(8) Geschiedenis en perspektief – een analyse van de „oude" femsoc. In: Socialistiese feministes ..., S. 6-17
(9) Die ursprüngliche Bezeichnung feministische Sozialistin ist mittlerweile in den Begriff sozialistische Feministin geändert worden, weil, wie „Katijf" die Meinung einiger Frauen zu dieser schwerwiegenden Frage wiedergibt, *„wir keine Sozialistinnen mit feministischer Färbung sind, sondern Feministinnen, die meinen, daß der Kampf für die Frauenbefreiung unverbrüchlich mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbunden ist"* (Nr.1, S.4)
(10) Aufruf zum Socfem-Treffen am 20.3.82 in Utrecht



im 1. Weltkrieg

Tatsächlich beschränkten sich die konkreten Beschlüsse des Frauenkongresses im wesentlichen auf drei Punkte:

1. Entsendung von Delegationen zu den europäischen Regierungen.
2. Einrichtung eines „Internationalen Komitees für dauernden Frieden".
3. Gründung „nationaler Frauenausschüsse für dauernden Frieden".

Rückblickend schätzt L. G. Heymann ein, daß der *„Haager Frauenfriedenskongreß ohne positive Wirkung (verlief), was nicht ausschließt, daß er in der Geschichte als eine Tat der Frauen, eine Tat weitschauender Voraussicht, wahrer politischer Vernunft und schöner Menschlichkeit bestehen bleibt ..."* (11).

In den folgenden Jahren blieben die Frauen ihrer humanitär-pazifistischen Weltanschauung treu, organisierten Veranstaltungen und richteten Protestschreiben an die Regierungen, immer auf Grundlage der Den Haager Forderungen. In Deutschland bildeten sich 27 Ortsgruppen des Nationalen Frauenausschusses für dauernden Frieden, der später in Deutscher Frauenausschuß umbenannt wurde. Die Herrschenden reagierten mit den verschiedensten Repressalien, wie Hausdurchsuchungen, Verhören und Briefzensur. 1915 erhielt L.G. Heymann ein Redeverbot und wurde 1917 aus Bayern ausgewiesen. Trotz Schikanen und Verfolgungen wurde der Frauenausschuß jedoch nicht völlig verboten und blieb bis Kriegsende aktiv.

Nach dem Krieg wurde als Nachfolgeorganisation des Internationalen Frauenkomitees die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit gegründet, die ihre Hauptaufgabe darin sah, die politische Schulung der Frauen zu fördern, Frauen den Zugang zu allen Berufen im Staatsdienst zu öffnen, internationale Beziehungen zu unterstützen und erzieherische, politische, soziale und wirtschaftliche Maßnahmen vorzuschlagen bzw. zu unterstützen, *„die geeignet sind, den Wiederausbruch von zwischenstaatlichen und Bürgerkriegen zu verhindern"* (12).

Weiblicher Pazifismus

Es ist bereits erwähnt worden, daß es in erster Linie die Frauen des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung waren, die sich im Kampf gegen den Krieg engagierten, die gleichen Frauen nämlich, die z.B. in der Frage des Frauenwahlrechts gegen die Neutralität bzw. staatstragenden Positionen des BDF in politischen Fragen opponierten und kontinuierlich vom radikaldemokratischen Standpunkt zu den verschiedensten politischen Tagesfragen Stellung nahmen. Clara Zetkin schreibt zur Antikriegsarbeit dieser Frauen: *„Auch unter den bürgerlichen, namentlich den Frauenrechtlerinnen, sind internationales Solidaritätsbewußtsein und Friedenswünsche lebendig geblieben. Es sind ... sehr viele und sehr angesehene Führerinnen der bürgerlichen Frauen, die an den alten Idealen festhalten, die sie als schönes Erbgut aus der Hinterlassenschaft des weiland jungen Liberalismus übernommen haben ... Es ist bezeichnend, daß dabei in Deutschland die Organisationen und Führerinnen am entschiedensten und rührigsten auftreten, die energisch für das allgemeine Frauenwahlrecht und die Demokratie kämpfen"* (13).

Die letzteren Forderungen wurden auch in den Kriegsjahren von den radikalen Frauen nie fallengelassen, sondern gehörten bei ihnen direkt mit dem Friedenskampf zusammen, da sie die Meinung vertraten, daß Frieden nur möglich sei, wenn Frauen politisch gleichberechtigt sind. *„Der Tag, an dem die Frau neben dem Mann ihren Platz in der Lenkung und Regelung der auswärtigen Angelegenheiten ihres Volkes finden wird, wird auch der Tag sein, der das Ende des Krieges als eines Mittels, menschliche Streitfragen zu schlichten, verkündet."* (14).

Diese Hoffnung auf Frieden durch die Beteiligung der Frauen an der Politik wurde mit der natürlichen weiblichen Friedfertigkeit begründet – frau beachte die Parallelen zu einigen „modernen" Friedensfrauen –: *„Weibliches Wesen, weiblicher Instinkt sind identisch mit Pazifismus"* (15). Die einer solchen Theorie im Prinzip widersprechende Kriegseuphorie vieler Frauen im 1. Weltkrieg wurde mit der *„inneren Wesensversklavung (der Frauen) infolge Annahme der männlichen Weltauffassung"* erklärt. Es wurde zwar zugestanden, daß das *„weibliche"*, also pazifistische Prinzip *„vielen, besonders hochstehenden Männern eigen"* (16) sei, insgesamt sei jedoch festzustellen, *„daß die modernen Zivilisationsstaaten Männerstaaten sind. Staaten des Mannes, in denen alles ... auf dem männlichen Prinzip, d.h. dem Grundsatz der Gewalt, der Autorität, des Kampfes aller gegen alle ... eingestellt ist."* (17).

Teilweise widersprüchlich bleibt diese Theorie des natürlichen weiblichen Pazifismus in ihren praktischen Konsequenzen: Immerhin war ein Hauptbestandteil der Friedensarbeit dieser Frauen der Appell an die „Männer"regierungen.

Ohne diese Arbeit und das mutige persönliche Engagement geringschätzen zu wollen, muß allerdings auch gesagt werden, daß der Einfluß der pazifistischen Frauen relativ gering geblieben ist. Das lag sicherlich nicht zuletzt auch daran, daß sie in ihrer praktischen Tätigkeit gegenüber der Mehrheit der Frauen, den proletarischen Frauen, aus einer wohlmeinend karitativen Haltung heraus agierten, die jedoch arrogant davon ausging, daß diese Frauen letztlich für den Kampf gegen den Krieg nicht gewinnbar seien. *„Mit jenen Frauen hätte man niemals einen eindrucksvollen, geschweige denn erfolgreichen Protest gegen den Krieg veranstalten können ... Ihre müden Blicke, ... ihr ganzes Gebaren gemahnte an jene Frauen und Mütter, die nur die Last und Mühe des Lebens kennen, die ohne Sonne in Nacht und Elend erwachsen und stumpf geworden sind, die für die Reichen und Satten fronden und ausgenutzt werden von den Männern ihres eigenen Standes. Solche Frauen sind wie die geschlagenen Tiere, still und ergeben tragen sie die schwersten Bürden, zum Protest, zur Rebellion sind sie untauglich."* (18).

Immerhin waren es diese „geschlagenen Tiere", die mit den schon 1915 einsetzenden Hunger-Unruhen und Demonstrationen, die maßgeblich von Frauen getragen wurden, entscheidend zur Herbeiführung des Kriegsendes beigetragen haben!

So wurde dann auch als Lehre aus dem 1. Weltkrieg nicht der imperialistische Charakter dieses Krieges analysiert, sondern lediglich festgestellt: *„Der Weltkrieg hat bewiesen, daß der durch Gewalt aufgebaute und beherrschte Männerstaat auf der ganzen Linie versagt hat ... Das männliche Prinzip ist zersetzend und wird, wenn fortgeführt, die völlige Vernichtung der Menschheit herbeiführen. Diesem männlichen Prinzip ist das weibliche aufbauende Prinzip der gegenseitigen Hilfe, der Güte, des Verstehens und Entgegenkommens diametral entgegengesetzt"* (19). Und: *„Die scharfe Abneigung der Frauen gegen den Krieg, gegen alle kriegerischen Maßnahmen, kann nur dann für die Anbahnung eines dauernden Friedens nutzbringende Werte schaffen, wenn sie an maßgebender Stelle von ihnen selbst persönlich zum Ausdruck gebracht wird"* (20). Daß die aus diesem Grund geforderte Stimmberechtigung für Frauen nicht ausreicht, um einen dauernden Frieden zu schaffen, sollte sich leider schon gut zwanzig Jahre später, bei Ausbruch des 2. Weltkrieges, bestätigen.

Pa., KB Göttingen

Anmerkungen:

(1) Epigramm Felix Dahns, zit. n. Brinker-Gabler, Frauen gegen Krieg, Frankfurt/M. 1980, S. 17
(2) Lida Gustava Heymann, Erlebtes – Erschautes, Meisenheim 1977, S. 118
(3) M. Selenka, zit. n. Brinker-Gabler, O., S. 121
(4) L. G. Heymann, a.a.O., S. 121
(5) Völkerversöhnende Frauenarbeit während des Weltkrieges, hg. v. der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, München 1920, S. 13
(6) Ebd., S. 13f
(7) Heymann, a.a.O., S. 127
(8) Ebd., S. 128
(9) Zetkin an Ankersmit, 19.4.15, zit. n. Richard Evans, Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Bonn 1979, S. 280
(10) Rosa Luxemburg, Die Sozialistische Internationale, zit. n. Brinker-Gabler, S. 95
(11) Heymann, a.a.O., S. 133
(12) Völkerversöhnende Frauenarbeit, a.a.O., S.65
(13) Clara Zetkin, Für den Frieden, in: Zetkin, Ausgewählte Werke Bd. I, S. 691
(14) Olive Schreiner, Frauen zahlen die Hauptkosten, in: Brinker-Gabler, a.a.O. S. 46
(15) L.G. Heymann, Weiblicher Pazifismus, in: Brinker-Gabler, a.a.O., S. 66
(16) Ebd., S. 67
(17) Ebd., S. 65
(18) Völkerversöhnende Frauenarbeit, a.a. O. S. 13
(19) Heymann, in: Brinker-Gabler, a.a.O. S. 66
(20) Ebd., S. 70



Über dem ersten Menschenpaar
wurde es zum ersten Mal
dunkel.
Mit vielversprechender
Miene näherte sich Adam
Eva.
„Komisch" sagte sie kühl,
„Sie sind überhaupt nicht
mein Typ".

Türkei:
Statt „Demokratisierung" mehr Diktatur

Glaubte mensch den bundesrepublikanischen Medien, so ist die Hauptsorge der regierenden Generäle wie das Land in die bürgerliche Demokratie zurückgeführt werden kann. Die Tatsachen, die aus diesem Land bekannt werden, weisen jedoch eine immer grausamere Diktatur aus. In den hiesigen Medien erfahren wir gerade noch etwas über den Prozeß gegen die eingekerkerten Gewerkschaftsfunktionäre. Gleichzeitig haben jedoch Massenprozesse gegen die linken und revolutionären Organisationen begonnen, die schon in der ersten Phase belegen, daß die Junta sich zum Ziel gesetzt hat, die Linke physisch zu vernichten. Allein 10.000 Mitglieder und Anhänger der revolutionären Organisation Dev Yol sitzen in den Militärgefängnissen. Diese Prozesse belegen auch, daß große Teile der Gefangenen gefoltert werden und die Zustände in den Knästen südamerikanischen Verhältnissen nicht nachstehen. Der zweite Artikel beschäftigt sich mit den Auswirkungen der von den Imperialisten verordneten Wirtschaftspolitik auf die Unterschichten.

Izmir, 13. März 1982: In den frühen Morgenstunden werden Necati Vardar, Seyit Konuk und Ibrahim Coskun im Auftrag der Militärjunta aufgehängt. Ihre Todesurteile waren erst am Abend vorher vom Nationalen Sicherheitsrat bestätigt und umgehend mit einer Sondermaschine nach Izmir geschickt worden. Dort wurden sie vollstreckt.

Necati Vardar, Seyit Konuk und Ibrahim Coskun waren Linke, alle drei stammten aus Izmir, wo sie im Mai 1981 wegen der Tötung eines „Grauen Wolfs" zum Tode verurteilt worden waren. Zum Zeitpunkt der Vollstreckung der Todesurteile waren sie 21 bzw. 23 Jahre alt.

Seit August, als Mustafer Özgenc — ebenfalls ein Linker — aufgehängt wurde, hatte die Junta keine weiteren Todesurteile mehr vollstrecken lassen. Seit dem Putsch wurden 14 Menschen hingerichtet, davon elf Linke und drei Mitglieder der „Grauen Wölfe" (MHP). Jetzt reichte die gleichzeitige Vorlage des Todesurteils gegen den Papst-Attentäter Agca, um als Zeichen des Ausgewogenheit drei Linke zu hängen. Und Agca sitzt in Italien im Gefängnis. Drei Tage nach Vollstreckung der drei Todesurteile machte sich der Vorsitzende des EG-Ministerrats Tindemann zu einem Besuch in die Türkei auf, um mit den Junta-Generälen über eine „Rückkehr zur Demokratie" und über die strittige Frage der EG-Baumwollzölle für türkische Exporte zu verhandeln. Angesichts der gerade vollstreckten Todesurteile schien es der sozialliberalen Koalition in Bonn allerdings günstiger, mit der Aufhebung der Sperre der Türkeihilfe '82 noch etwas zu warten. Auf Anraten Genschers wurde — entgegen der Absicht der CDU/CSU — die entsprechende Entscheidung noch einmal vertagt. Um die Finanzen der Junta braucht sich die Bonner Regierung trotzdem keine Sorgen zu machen, nimmt doch die US-Regierung weniger taktische Rücksicht auf sensible Menschenrechtsverfechter. Die Arbeitsteilung klappt. Dies bezeugt auch das selbstbewußte Auftreten der Generäle auf internationem Parkett. Wenn vorübergehend die öffentliche Meinung in Westeuropa beruhigt werden muß, weiß die Junta weiterhin genau, daß ihre Haupthandels- und Nato-Partner fest an ihrer Seite stehen. Eine Kritik, wie sie gegenüber den Militärs in Polen geführt wird, hat das türkische Regime nicht zu befürchten — die Verhältnisse in ihrem Land werden mit dem Mantel der Nato-Solidarität bedeckt.

der Todesurteile waren sie 21 bzw. 23 Jahre alt.

Kaum jemand nahm Notiz von jener Pressemeldung, die Ende Februar vom Norddeutschen Rundfunk gemeldet wurde und am nächsten Tag sonst nur in der „Frankfurter Allgemeinen" zu finden war: Nach Angaben der Generäle befinden sich heute 113.000 Menschen in den Gefängnissen der Türkei („FAZ", 25.2.82).

Schon in der offiziellen Bilanz zum Jahrestag des Putsches im September hatte der Nationale Sicherheitsrat bekanntgegeben, vom 12,9.80 bis zum 11.9.81 sei die Rate der vorläufigen Festnahmen um das Vierfache gestiegen und die Zahl der Untersuchungshäftlinge um das Sechzehnfache (WDR-Sendung in türkischer Sprache, 11.9.81, übersetzt in türkei-infodienst 13 (tid), S. 2).

Justizminister Mentes beklagte die völlige Überbelegung der Knäste und kündigte den Bau von über 50 neuen Gefängnissen an.

Angaben seines Ministeriums zufolge waren Mitte 1981 insgesamt 7 Millionen Türken wegen krimineller oder politischer Delikte staatlich registriert worden („Günaydin", 25.7.81, übersetzt in tid 10, S. 4).

Trotzdem ist für die Junta der Kampf gegen den „Terrorismus" nicht abgeschlossen. Ständig finden Militäroperationen statt, in denen neue Festnahmen, Überfälle und Erschießungen durchgeführt werden.

Jüngst meldete ein namentlich nicht genannter General, es würden noch ca. 7.000 Terroristen gesucht, die Mehrzahl von ihnen befände sich in der Bundesrepublik („FR", 6.4.82).

Trotz der seit dem 12.9.80 überall im Land zusätzlich eingerichteten Militärgerichte ist die gerichtliche Abrechnung mit den Klassenkämpfen in der Türkei ein langwieriges Unterfangen. Monatelang wird das „Beweismaterial" von emsigen Militärstaatsanwälten in zahllosen Aktenordnern zusammengetragen, werden Geständnisse durch Folter erzwungen und ausgewertet, neue Verhaftungsoperationen durchgeführt, werden Angeklagte sowie Zeugen vernommen und schließlich Urteile gefällt.

In den zahlreichen Massenprozessen, in denen jeweils Hunderte von Linken vor Gericht stehen, müssen die Akten oft mit Kleintransportern angefahren werden, ihre Verlesung dauert Monate. Die so vor der Öffentlichkeit demonstrierte Militärrechtsstaatlichkeit hat rein propagandistische Funktion. Für das Zustandekommen der Urteile gelten andere Kriterien. Ausgerüstet mit den Paragraphen des türkischen Strafgesetzes, die die Propagierung von verfassungsfeindlichen Umtrieben unter hohe Strafe stellt, bis hin zur Todesstrafe gegen sogenannte Anführer, finden seit dem Putsch Prozesse statt, deren formelle Verfahren eine Farce sind. Angeklagt von Militärstaatsanwälten und unter Vorsitz von Militärs, deren oberste Vorgesetzte die herrschenden Generäle sind, werden Begriffe wie „Verteidigung", „Beweisaufnahme", „Entlastungszeugen" etc. zu Worthülsen, die ohne Einfluß auf das Urteil bleiben. Konsequenterweise finden auch Prozesse ohne Angeklagte statt, die sich weigerten, Aussagen zu ihren Personalien zu machen und daraufhin ausgeschlossen wurden. Ebenfalls konsequent ist die regelmäßig erfolgende gerichtliche Bestätigung der Gültigkeit von durch Folter erpreßten Geständnissen. Die Junta erließ zudem ein Dekret, nach dem bei Verurteilungen bis zu drei Jahren Gefängnis keine Revision mehr möglich ist.



Ausschnitt aus den derzeit laufenden Verfahren gegen linke Organisationen, in denen Todesstrafen beantragt sind (n i c h t vollständig, Stand Anf. April 1982)

Organisation Ort	Zahl der Angeklagten	Zahl der beantr. Todesstrafen	Prozeßbeginn
Devrimci Yol (Aytrin) Erzurum	800	123 für 605 Angeklagte werden insges. 7.588 Jahre Haft beantragt	November 1981
PKK Erzurum	172 nach Ausschluß der Angeklagten wird ohne sie verhandelt!	34	Februar 1982
Disk-Gewerkschaft Yeralti Maden-Is und DevYol Erzincan	666	63	15.4.1982
Devrimci Yol Istanbul	159	30	12.3.1982
Devrimci Yol Istanbul	428	146	15.3.1982
Halkin Kurtulusu TDKP, Ankara	149	20	1981
Kurtulus, Ankara	149	20	1981
DevYol „Hauptprozeß", Ankara	570 (574)	186	Februar 1982
PKK, Diyarbakir	447	163	April 1981
DevYol, Adana	277	126	Dezember 1981

Quelle: Anwaltsinformation des „türkei infodienstes", März 1982

Haftbedingungen

Grundlage für die Haftbedingungen ist der Status als Gefangene in Militärgefängnissen. Das bedeutet: täglich militärischer Drill, Exerzierübungen, „theoretischer Unterricht" in Form von Auswendiglernen und Einpauken von Atatürk-Zitaten sowie regelmäßige Gewaltmärsche. Das ganze zehn bis zwölf Stunden am Tag mit Disziplinarstrafen wie in der Kaserne.

Zusätzliche Haftbedingungen sind: überfüllte Zellen und völlige Verschmutzung, mit den entsprechenden Krankheiten der Gefangenen. Für Auserwählte: Zellen „mit Bad", d.h. mit kniehohem Kot-Urin-Sumpf. Folterungen. Jede Widerstandsaktion der Gefangenen wird militärisch niedergeschlagen und mit weiteren Verschärfungen geahndet. Ständig besteht die Drohung, Gefangene zurück zur Polizei, zum Foltern zu schicken, ein Vorgang, der nach der zeitlichen Beschränkung bei vorläufigen Festnahmen von 90 auf 45 Tagen geltendes Recht wurde.

Verteidigerrechte abgeschafft

Unter diesen Haftbedingungen fehlt vielen Gefangenen die Kraft, sich auf ihre Prozesse vorzubereiten. Zudem stehen gerade in den Massenprozessen keine oder nur wenige Exemplare der Anklageschriften zur Verfügung, der Besitz von Papier und Schreibzeug ist verboten, Sprechmöglichkeiten mit Anwälten werden überhaupt nicht oder nur in Minutenkürze gewährt. Die Anwälte selbst sind völlig überlastet und ständigen Verfolgungen ausgesetzt (vergleiche dazu auch: Interview mit einem türkischen Anwalt in AK 210, S. 32 f). So steht den ca. 2.000 in Diyarbakir angeklagten Angehörigen der kurdischen Arbeiterpartei — PKK — inzwischen nur noch ein einziger Anwalt zur Verfügung.

Im Istanbuler DISK-Prozeß, wo bekanntlich gegen 52 hohe Funktionäre Todesstrafen gefordert werden, wurden die Anwälte selbst verhaftet. Ein „Istanbuler Friedenskomitee" nahm der Militärstaatsanwalt zum Anlaß, den Hauptverteidiger nebst angesehenen Istanbuler Intellektuellen und Bürgern unter denselben Vorwürfen „verfassungsfeindlicher Umtriebe" zu verhaften, unter denen auch der DISK-Prozeß geführt wird.

Dieses Vorgehen gegenüber Anwälten ist nicht neu: Im Herbst 1981 wurde in Diyarbakir der Vorsitzende der örtlichen Anwaltskammer Serafettin Kaya — ein engagierter Verteidiger in Kurdenprozessen — nach über einem Jahr schwerster Folterungen halbtot aus dem Gefängnis entlassen, nachdem er über amnesty international öffentlich auf sein Schicksal aufmerksam machen konnte.

Da gerade die Rechtsanwälte im letzten Jahr ständig gegen die Mißhandlungen der Gefangenen und gegen die Beschneidung der Verteidigerrechte protestiert hatten und auch international Anwaltsorganisationen sich mit Prozeßbeobachtern und Berichten zu Wort gemeldet hatten, erließ die Junta Anfang Februar kurzerhand ein generelles Verbot für türkische Organisationen, mit ausländischen Organen Kontakt aufzunehmen und untersagte der Presse, über ausländische Kritik an der Junta zu berichten.

Massenprozesse gegen die Linke

Während die zur Ausgewogenheit angestrengten Verfahren gegen MHP-Faschisten, MSP und Idealistenvereine auf merklich kleiner Flamme gehalten werden, nehmen die Massenprozesse gegen die Linke zu.

Um diese gerichtliche Abrechnung der Militärs mit der revolutionären Bewegung zu verstehen, ist es notwendig, sich noch einmal die Situation in der Türkei vor dem Putsch zu vergegenwärtigen: In allen gesellschaftlichen Bereichen war die revolutionäre Linke und Arbeiterbewegung

tionäre Linke und Arbeiterbewegung

erstarkt. Insbesondere die Arbeiter hatten in Massenstreiks, Betriebsbesetzungen und z.T. militanten Auseinandersetzungen mit Staatsgewalt und Militär eine zunehmende Aktivität entwickelt. Im Kampf gegen den Terror der „Grauen Wölfe" waren vereinzelt auch schon einige außerhalb des Machtbereichs der herrschenden Staatsgewalt liegende Gebiete entstanden.

Bei den jetzt stattfindenden Massenprozessen handelt s sich um die Generalabrechnung mit der klassenkämpferischen Opposition, um den Versuch, mit einem Rachefeldzug das Rad der gesellschaftlichen Entwicklung auf ein befriedetes Zusammenleben mit der Bourgeoisie in dem für Nato-Interessen strategisch wichtigen Land zurückzudrehen.

Deshalb auch sind „verfassungsfeindliche Umtriebe", „Mitgliedschaft in verfassungsfeindlichen Organisationen", „Propagierung eines gewaltsamen Umsturzes" etc., die Hauptanklagepunkte der Militärprozesse. Der Widerstand gegen den faschistischen Terror, mit dem die „Grauen Wölfe" das Land für einen Putsch vorbereiteten, liefert den Vorwand für zahlreiche Mordanklagen gegen Linke. Daneben nutzt die Junta auch die Tatsache, daß in der stark zersplitterten und verfeindeten Linken in der Türkei die Auseinandersetzungen untereinander vor dem Putsch ebenfalls zum Teil bewaffnet ausgetragen wurden und Linke sich gegenseitig ermordet haben.

Die Junta geht dabei gründlich vor: Neben dem harten Kern der organisierten Linken befinden sich linke Intellektuelle, Künstler und Journalisten, Angehörige der sozialdemokratischen CHP und der moskauorientierten TKP in den Gefängnissen, obwohl diese beiden Gruppierungen nach wie vor den Kampf gegen „den Terror" sogar noch begrüßen.

Inzwischen gibt die Junta an, über 2.000 angebliche Mitglieder der TKP verhaftet zu haben.

Zahlenmäßig am stärksten betroffen ist die Organisation Devrimci Yol, von der ca. 10.000 Anhänger eingesperrt wurden. In bisher eröffneten Prozessen wurden gegen vermeintliche Dev-Yol Angehörige fast 1.200 mal die Todesstrafe beantragt.

Insgesamt ist die Zahl der beantragten Todesstrafen auf 3.700 angestiegen, darunter 500 gegen Faschisten („türkei informationen" 12, März 82).

In Ankara begann Ende Februar der Hauptprozeß gegen Dev Yol. Unter dem Vorwurf *„des Versuchs, die grundgesetzliche Ordnung durch einen Volkskrieg zu ändern und an seine Stelle ein marxistisch-leninistisches Staatssystem zu errichten"* stehen 574

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

Angeklagte vor Gericht, unter ihnen Mitglieder des Exekutivausschusses und der zentralen Leitung der Organisation. 186 mal beantragt die Militärstaatsanwaltschaft Todesstrafe. Die Anklageschrift umfaßt 1.319 Seiten und 204 Aktenordner („Tercüman", 28.2.82, übersetzt in tid 25, S. 5).

Im Dezember begann in Erzurum der Prozeß gegen 735 DevYol Anhänger, in dem 130 Todesurteile und gegen 605 Angeklagte insgesamt 7.588 Jahre Gefängnis gefordert werden („Tercüman", 9.2.82, übersetzt in tid 24, S. 7).

Der Prozeß findet in der örtlichen Sporthalle statt, deren Umgebung vermint wurde. Davor patroullieren Panzer, je 150 Besucher pro Prozeßtag werden zugelassen.

Die Zusammensetzung der Angeklagten, die sämtlichst aus der Provinz Artvin stammen, ist sehr heterogen: Neben Lehrern und dem Rektor der Hauptschule von Rize, gegen den ein Todesurteil beantragt wird, sitzt auch eine 70jährige Frau, Mutter von 20 Kindern, auf der Anklagebank: Ihr wird vorgeworfen, in ihrem Dorf mit Steinen und Schaufel Widerstand gegen Soldaten geleistet zu haben. Die 589 Seiten umfassende Anklageschrift erhebt den Hauptvorwurf, Dev Yol habe *„die Verfassung der türkischen Republik im ganzen oder zum Teil verändern, vernichten und das in der Verfassung verankerte Parlament außer Kraft setzen oder dessen Aufgabenerfüllung mit Gewalt verhindern"* wollen.

Den einzelnen Angeklagten wird vorgeworfen: *„Sie sind an einer Organisation, die dieses Ziel hat, beteiligt gewesen und haben Menschen ermordet, Gegenstände beschlagnahmt, explosive Stoffe verwendet und Transparente angebracht, Publikationen hergestellt, Flugblätter verteilt, subversive und beschuldigte Personen versteckt"* (Zitiert nach: Pressemappe der türkei-informationen, Dezember 81).

Insgesamt wird en 735 Angeklagten der Tod von 23 Menschen, Mitgliedern der Grauen Wölfe, der Polizei und anderer Sicherheitsorgane, zur Last gelegt. Der Hauptteil der Anklagen bezieht sich auf bloße Mitgliedschaft bei Dev Yol und Beteiligung an der Öffentlichkeitsarbeit der Organisation.

Diese Gewichtung der Anklagen ist typisch für die Massenprozesse gegen die Linke. Während die MHP-Führung in Ankara von dem Vorwurf freigesprochen wurde, vor dem 12. September das Militär zum Putschen aufgefordert zu haben („Tercüman", 24.1.82, übersetzt in tid 23, S. 6) und im Hauptprozeß gegen die MHP inzwischen von den 37 Hauptangeklagten 30 auf freien Fuß gesetzt wurden, werden gegenüber Linken vor allem Propagandatätigkeit wie Flugblätter verteilen, Parolenmalen u. ä. zu Verurteilungen herangezogen.

Weinberger voll des Lobes für türkische Militärregierung

„Wir bewundern außerordentlich die Art und Weise, wie Ordnung und Recht wiederhergestellt worden sind" / Unbehagen in Athen

Haig nimmt Junta in Schutz

WASHINGTON, 3. März (AP). US-Außenminister Alexander Haig hat das türkische Militärregime verteidigt und den Kritikern der Militärs in Ankara

„Starke Türkei ist wichtig"

US-Verteidigungsminister Weinberger zu Besuch in Ankara

US-Militärhilfe für Türkei unabhängig von Menschenrechten

Ankara (dpa)

Mehr US-Hilfe für Türkei

Haig wirbt für die Türkei

Mit Türkei-Junta zufrieden

US-Senator wirft Kritikern „unziemlichen Druck" vor

ANKARA/ATHEN, 17. Februar (AP). Befriedigt über die Leistungen der in der Türkei herrschenden Militärs hat sich der Vorsitzende des Streitkräfte- ... ziemlichen und ungehörigen Druck" auf die Türkei ausübten, um dadurch „den Übergang zu einer zivilen ...

ST 18.2.82

Ob El Salvador, Argentinien oder die Türkei – nicht die Menschenrechte zählen sondern die Bündnistreue

Willkürlicher Umgang mit Mord-Vorwürfen

Wie mit dem Mord-Vorwurf gegenüber Linken umgegangen wird, zeigen die bereits verhängten Urteile.

Ein Beispiel: Gegen Angehörige der Organisation Devrimci Sol (Abspaltung von Dev Yol) in Instanbul wurde ein Verfahren wegen „Mordes" an dem ehemaligen Ministerpräsidenten Nihat Erim und dem stellvertretenden Polizeipräsidenten Mahmut Dikler angestrengt.

Über die Beweislage im Prozeß berichtete die Zeitung „Cumhüriyet": Vorgeführte Belastungszeugen konnten Angeklagte nicht identifizieren und die Angeklagten schilderten, wie sie durch Folterungen zu Geständnissen gezwungen wurden: *„Nachdem ich vom I. Kommissariat gefangen genommen worden war, habe ich auf der Wache viele Folterungen durchgemacht. Während des gemeinsamen Verhörs mit Selim Yücel sollte ich sagen, daß ich mich am Mord an Mahmut Dikler beteiligt hätte. Ich verneinte. Auch Selim Mehmet sagte das gleiche. Daraufhin haben sie hinter der Wache des I. Kommissariats Selim Mehmet Yücel umgebracht. Ich muß mich berichtigen: Sie haben ihn hinter der Post in Karaköy umgebracht. Als ich das sah, habe ich aus Angst, daß sie mit mir das gleiche machen, die Tat zugegeben. Als man mich daraufhin zum Staatsanwalt brachte, sagte man mir, daß es ein neues Gesetz gebe* (die Dauer der vorläufigen Festnahme wurde auf 45 Tage gesenkt und der Polizei ermöglicht, Gefangene jederzeit wieder zum Verhör aus dem Gefängnis abzuholen, Anm. AK), *nachdem man mich wieder mit zur Wache nehmen könnte. Deswegen habe ich dort das gleiche ausgesagt."* Ein anderer Angeklagter: *„Ich bin Sympathisant von Dev Sol. Nachdem man A. K. festgenommen hatte, hat er von den Waffen erzählt, die er mir gegeben hat. Die Polizisten nahmen mich fest und ich zeigte ihnen die Stelle, wo ich die Waffen vergraben hatte. Als sich herausstellte, daß diese Waffen beim Mord an Nihat Erim benutzt worden sind, begann man A. K. und mich zu foltern. A. K. wurde unzählige Male gefoltert. Schließlich fiel er neben mir vom Stuhl und mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden. A. K. ist an den Folgen der Folterungen bei der Polizei gestorben. Ich fordere eine Untersuchung darüber. Nach dem Tod von A. K. wurde ich weiter gefoltert. Ich sollte den Mord an N. Erim zugeben. Man hat mich sogar in einem Wald am Bosporus mit der Pistole bedroht und bei leerem Magazin abgedrückt. Die Schuld wurde mir aufgezwungen. Auf dem I. Kommissariat wurde ich häufig durstig gelassen."* (Cumhuriyet, 20.9.81, übersetzt in tid 14, S. 6).

Nachdem verschiedene Polizeizeugen gehört und die Aussagen der zivilen Zeugen mehrmals zurechtgebogen worden waren, erging gegen die 6 Angeklagten im November 81 das Todesurteil wegen „Mordes" und „Beihilfe zum Mord" („Milliyet", 18.11.81, übersetzt in tid 18, S. 6). Sie gehören nun zu den 120 zum Tode Verurteilten, deren Verurteilung auf die Bestätigung des Nationalen Sicherheitsrates wartet und dann jederzeit vollstreckt werden kann.

Dieses Beispiel weist auf zwei für die Prozesse gegen die radikale Linke typische Vorgehensweisen der Militärs hin. So ist man bei der Verteilung von Mordvorwürfen nicht gerade zimperlich und es wiederholen sich Fälle, in denen zwei unterschiedliche Linke wegen desselben Mordes vor verschiedenen Gerichten stehen. Zum anderen wird auf den Polizeistationen die Folter derart offen und extensiv ausgeübt, daß sich die Fälle häufen, in denen Angeklagte halbtot vor den Militärgerichten erscheinen, die ihnen dann zynisch mitteilen, daß die Aufklärung von Foltervorwürfen nicht ihre Sache sei.

„Mir wurde Salz in den Mund gestreut und es wurde auf mir herumgetreten. Später kamen wir ins kalte Wasser. Als wir dort raus waren schoß B. Ekinci hinter uns her und sagte ‚Alle Linken müssen beseitigt werden!'." (Aus den Gerichtsprotokollen des Dev-Yol-Prozesses in Erzurum, „Cumhuriyet", 26.1.82, übersetzt in tid 24, S. 9).

„Meine rechte Seite ist taub. Ich bin gelähmt. Ich sehe nicht und höre nicht. Ich war gesund wie sie. Dies wurde mir in der Haft zugefügt." (Aussage von C. Akkaya, der in Metris zusammen mit 98 weiteren Angehörigen von „Halkin Devrimci Öncüleri" – ‚Revolutionäre Führer des Volkes' – vor Gericht steht, („Cumhuriyet", 30.1.82, übersetzt in tid 24, S. 10).

Zum ersten:

„Cumhuriyet" meldete am 28.9.81: *„Es stellte sich heraus, daß in zwei verschiedenen Prozessen zwei Personen für ein und denselben Mord verantwortlich gemacht werden. Sowohl im Prozeß gegen 74 Angehörige von Dev-Yol als auch im Prozeß gegen 32 Angehörige von Kurtulus werden je eine Person beschuldigt, den Metzger Ahmet Güzelsoy umgebracht zu haben. Aufgrund der bei der Polizei gemachten Aussagen haben sich der Beschuldigte C. A. [aus dem Dev-Yol-Prozeß] und der Beschuldigte A. R. Y. zu der Tat bekannt.*

...Beide Angeklagten haben im Prozeß jede Tatbeteiligung abgelehnt und betont, daß die Aussagen unter Folterungen zustande kamen." (Übersetzt in tid 14, S. 8).

Zwischen den beiden Verhandlungen lagen 5 Monate. Es war ein Zufall, daß in diesem Fall die doppelte Beschuldigung zu Tage kam. Im Oktober meldete „Cumhuriyet": *„Insgesamt 7 Angeklagte, die bei verschiedenen Operationen als Angehörige von drei voneinander unabhängigen Gruppen verhaftet worden sind, werden beschuldigt, den rechtsgerichteten Y. Dogan ermordet zu haben. Alle drei Gruppen haben in ihren ersten Aussagen bei den Sicherheitsorganen die Tat zugegeben, aber jeweils unterschiedliche Schilderungen dargelegt."* In den Prozessen wurde von den Angeklagten ausgesagt, diese Geständnisse seien durch Folterungen erpreßt worden. Inzwischen hatte die Polizei noch einen weiteren Täterkreis identifiziert. („Cumhuriyet", 28.10.81, übersetzt in tid 17, S. 8).

Mit solchen Fällen ist es jedoch nicht getan. Es werden auch Menschen des Mordes an lebenden, in anderen Prozessen gleichfalls vor Gericht stehenden Menschen beschuldigt, wie im Fall Mustafa Kaya. Im bereits erwähnten Prozeß gegen 74 Dev-Yol-Mitglieder in Ankara wurde ein Angeklagter des Mordes an M. Kaya beschuldigt. Gleichzeitig wird in einem anderen Prozeß ein anderer Linker ebenfalls des Mordes an M. Kaya angeklagt, während gleichzeitig M. Kaya selbst als Anhänger einer linken Organisation vor Gericht steht (s. „Cumhuriyet", 2.12.81, übersetzt in tid 20, S. 8).

„Organische Verbindung zwischen Staat, Gerichten und Folterern"

Der Mut der vor Gericht stehenden Menschen, mit dem durch Folter erpreßte Geständnisse zurückgenommen und Art und Umfang der durchgeführten Folterungen zu Protokoll gegeben werden, ist bewundernswert. Wie im ebenfalls schon beschriebenen Massenprozeß gegen Dev Yol in Erzurum werden aber auch völlig unbeteiligte Menschen durch Folterungen dazu gebracht, sich zur Mitgliedschaft in Organisationen zu bekennen, willkürlich Freunde oder Verwandte zu denunzieren oder x-beliebige Aktionen zuzugeben, nur um von den Folterknechten in Ruhe gelassen zu werden. Von den täglich aus Prozeßberichten zitierten Aussagen seien an dieser Stelle nur zwei wiedergegeben.

Fazit eines Angeklagten im Dev-Yol-Prozeß in Adana: *„Die Folterungen werden vom Staat nicht nur geduldet, sondern auch gefördert und eingeführt. ... Die Staatsanwaltschaften, die Gerichte und der Staat stehen mit den Folterern in einer organischen Verbindung ... Unter Folter ist der einzige Ausweg, zu lügen, wie die Folterer es haben wollen."* („Cumhuriyet", 11.3.82, übersetzt in tid 26, S. 5).

Auch die ca. 500 in Adana, Ankara und Konca vor dem Militärgericht stehenden TKP-Angehörigen zogen die bei der Polizei erpreßten Aussagen vor Gericht zurück, was die Militärrichter in Ankara erst recht zum Anlaß nahmen, offiziell die Gültigkeit der erzwungenen Aussagen zu bestätigen („FR", 13.3.82).

Werden die Folterungen vor den Militärgerichten geschildert, erklären diese nur lakonisch ihre Nicht-Zuständigkeit.

Nach offiziellen Angaben sind insgesamt nur 370 Verfahren gegen Folterer angestrengt worden, von denen bereits 110 wieder eingestellt und ganze 43 an die Kriegsgerichte weitergeleitet wurden (Mitteilung des Nationalen Sicherheitsrates, „Cumhuriyet", 6.1.82, übersetzt in tid 24, S. 7).

Wie es den Folterknechten vor Militärgerichten ergeht, zeigt der Fall des links-orientierten I. Eksi, der in Ankara bei einem Sturz aus dem Fenster des Polizeikommissariats zu Tode kam. Sämtliche 12 angeklagten Polizisten wurden freigesprochen, da die Wunden an Eksis Körper auch durch *„Selbstverletzung"* entstanden sein könnten. Die Aussagen der Zeugen, ebenfalls linke Gefangene, wurden vom Gericht mit der Begründung nicht ernst genommen, denn sie würden durch ihre Aussagen *„nur in ihren eigenen Verfahren ein positives Resultat erreichen"* wollen („Cumhuriyet", 24.1.82, übersetzt in tid 23, S. 8).

Orden für Folterknechte

Selbst Polizisten, die wegen Foltermorden verurteilt wurden, erfreuen sich ihrer Freiheit und höchster staatlicher Auszeichnungen. Dies zeigt die Karriere von Mustafa Haskiris, der wegen des Foltermordes an dem Linken Zeynel Abidin Ceylan zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Vor der Urteilsverkündung war Haskiris jedoch aus der Haft entlassen worden (weil bei ihm als Beamten mit festem Wohnsitz schließlich keine Fluchtgefahr bestehe) und war untergetaucht ... Da ließ sich das Urteil von 14 Jahren Gefängnis öffentlichkeitswirksam verkaufen, während dem in Abwesenheit Verurteilten deshalb noch lange kein Haar gekrümmt zu werden brauchte.

Verständlich wird dieser Vorfall, wenn man einen näheren Blick auf die Karriere dieses Polizisten Haskiris wirft: Er hat eine Laufbahn im Umfeld der MHP hinter sich, die schon einmal zu seiner vorübergehenden Entlassung aus dem Polizeidienst geführt hatte. Die Anklageschrift gegen die MHP nennt ihn als einen der Unterstützer der Faschisten. Unter den von der Junta im Sommer letzten Jahres wegen besonderer Dienste im Kampf gegen den Terrorismus ausgezeichneten Polizisten findet sich auch der Name von Haskiris ...
(türkei-information Nr. 12, März 82, S. 4).

Diese Auszeichnung der Junta erhielt auch Enver Göktürk, stellvertretender Polizeikommissar und einer der Mörder von Hasan Asker Özmen, der im Winter 1980 infolge von Folterungen im Gefängnis von Ankara starb.

Enver Göktürk, der sich vor Gericht mit der Aussage rühmte, er würde seit über 8 Jahren Folterungen mit Elektroschocks durchführen und wisse, wieviel man davon vertragen könne, übt nach wie vor seinen Dienst im Polizeidirektoriat in Ankara aus (türkei-informationen Nr. 12, S. 4 und „Cumhuriyet" 26.1.82, übersetzt in tid 23, S. 8).

Drei Polizisten waren im Oktober 1980 wegen der Folterungen mit Todesfolge an Hasan Askar Özmen zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Die Hinterbliebenen haben jetzt Klage auf Schadenersatz gegen den türkischen Staat gestellt, da die Verurteilung das Handeln der Polizisten in staatlichem Auftrag erwiesen habe („FR", 9.3.82, „taz", 2.3.82).

Systematische Folter

Folterungen sind tatsächlich keine Erfindungen der Militärjunta, das beweisen die zahlreichen entsprechenden Berichte und Enthüllungen aus der Zeit vor dem 12.9.80.

Die Militärs haben allerdings die Folter nicht nur massenhaft ausgedehnt, sondern sie betätigen sich auch als Verfeinerer und Antreiber der Foltermethoden. Die Existenz eines ‚Folterforschungszentrums' in Ankara (D.A.L.), das nach dem Putsch anläßlich der Verhaftungsoperationen gegen Dev Yol eingerichtet wurde, ist nur ein Beleg.

Die einvernehmlichen Aussagen politischer Gefangener vor den Militärgerichten, ihre Geständnisse seien durch Folter erzwungen worden und seien nur unter lebensbedrohlichem Zwang zustande gekommen, ist ein weiterer Beweis hierfür.

Das selbstbewußte Auftreten von Folterknechten in den gegen sie angestrengten Prozessen, die sich damit rühmen, schon jahrelang ihr Folter-Handwerk auszuüben und genau zu wissen, wieviel Elektroschocks ein Mensch physisch verkraften kann, ergänzen das Bild.

Für die Folterer ist nach einigen spektakulären Verurteilungen die Welt nicht mehr in Ordnung. Ihre Verurteilungen dienen der Junta dazu, vor der Öffentlichkeit Exempel zu statuieren und sie wandern dafür ins Gefängnis, während Tausende ihrer Kollegen und Vorgesetzten täglich weiter foltern.

Daß überhaupt über die Ausweitung und die systematische Anwendung der Folter Öffentlichkeit entstanden ist, ist zum einen das Verdienst der türkischen Journalisten, die es noch immer sehr geschickt verstehen, bewußt oder unbewußt die Verbreitung der herrschenden Meinung mit der Verbreitung der Wahrheit zu verbinden. Nicht umsonst verhängte die Junta über besonders wichtige Prozesse z. T. wochenlang eine Informationssperre. Zum anderen hat ‚amnesty international' nicht nachgelassen in Forderungen an die Junta, über verschwundene und bedrohte Gefangene Auskunft zu geben und Internationale Gewerkschafts- und Anwaltsdelegationen sind in die Türkei gefahren, haben Prozesse besucht und mit Opfern der Verfolgung Kontakt gesucht.

Einzig die bundesrepublikanische Presse kolportiert unbeeinflußt durch diese Recherchen die Lügen der Junta, entwirft Schlagzeilen, die die Existenz der Folter verharmlosen oder relativieren und die Verurteilung einzelner Folterer groß herausstreichen.

Von 100 Foltermorden seit dem Putsch weiß die „Alternative Türkeihilfe" zu berichten, ungezählt bleiben diejenigen, die durch Folter zu Krüppeln geworden sind, die physisch und psychisch in ihrer Existenz und Identität Schaden genommen haben.

Es ist bezeichnend, daß die Junta-Generäle, nachdem sie die Vorwürfe von amnesty nicht mehr als bloße Lügen hinstellen konnten, sich darauf zurückgezogen, Tote durch Folterungen gäbe es ja auch in anderen westlichen Ländern, und dabei pikanterweise auf Stammheim verwiesen ...

So bekommt es eine richtige Konsequenz, wenn der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Alois Mertes, selber als Mitglied der Bundestagsdelegation im letzten Jahr zu Besuch in der Türkei, gegenüber der „Deutschen Welle" erklärte, man solle sich gegenüber der Türkei nicht „auf den Richterstuhl der Super-Demokraten setzen" („FR")

Für sich und seinesgleichen gesprochen hat der Herr Recht.

Quellen, sowie nicht gesondert angegeben:

1. tid = türkei infodienst, erscheint 14-tägig mit Übersetzungen aus türkischen Zeitungen, und Mitteilungen der Alternativen Türkeihilfe. Für Interessenten: der tid ist nur über Abonnement beziehbar bei: türkei infodienst, Ebertplatz 12, 5000 Köln 1
2. Türkei Informationen, deutschsprachige Zeitung von Devrimci Yol, erscheint in mehrmonatigen Abständen

S., KB/Gruppe Hamburg

Spendenaufruf

Die türkischen Freunde und Genossen brauchen Geld
★ um das Überleben derjenigen zu sichern, die von den Militärs gesucht werden;
★ für die Finanzierung der Prozeßkosten (für jedes Papier müssen z.B. Gebühren bezahlt werden), der Anwälte und für das Überleben im Knast;
★ für die Unterstützung der Angehörigen von politischen Gefangenen.

Spenden können über das Spendenkonto des KB vermittelt werden oder direkt überwiesen werden an die
„Alternative Türkeihilfe"
Jürgen Roth
Deutsche Bank Frankfurt
Bankleitzahl: 500 700 10
Kontonummer: 401 23 57/01.

Wir rufen auf, beim diesjährigen 1. Mai Überschüsse aus Veranstaltungen, Festen u.ä. für die Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei zu verwenden.

Wirtschaftspolitik der Junta — Erste Erfolge für die Imperialisten

„Die Türkei hat ... seit langem über ihre Verhältnisse gelebt, sie hat zu wenig gespart und zu viel konsumiert." Auf diese einprägsame Formel brachte Jens-Uwe Pasdach, Mitarbeiter im Türkeireferat des Bundeswirtschaftsministeriums den Grundgedanken des seit 1979/80 von IWF und OECD verordneten Wirtschaftsprogramms („Welt"-Sonderbeilage Türkei, 5.10.81). Getreu dieser Devise zwingt diese „Roßkur" die türkische Wirtschaft zu einer Steigerung des Exports, zur Verringerung des einheimischen Verbrauchs und zur Reprivatisierung der staatlichen Betriebe.

Steigende Auslandsverschuldung

Inzwischen steht die Türkei mit fast 21 Milliarden Dollar Auslandsverschuldung im internationalen Schuldenvergleich recht weit oben (türkische Wirtschaftszeitung „Rapor", 10.2.82, übersetzt in tid 24, S. 2) — zum Vergleich: Polens Auslandsverschuldung lag Ende 1981 bei ca. 27 Milliarden Dollar („Neue", 28.11.81).

Größter Gläubiger der Türkei ist die Weltbank mit Forderungen von knapp 5 Milliarden Dollar. Die Verteilung von Zins- und Kreditschulden liegt hier bei einem Verhältnis von ca. 2 zu 3, d. h. knapp zwei Milliarden Dollar hat die Türkei allein an Zinsen für die laufenden Kredite zu zahlen, die sich auf knappe drei Milliarden belaufen („Rapor", a.a.O.).

Die „Hilfe" für die Türkei ist so für die Imperialisten ein durchaus profitables Geldgeschäft, mit dem die türkische Gesellschaft auf sehr lange Sicht im Abhängigkeitsbereich der imperialistischen Staaten verbleibt.

Exportsteigerungen

Die von der Junta nach über einem Jahr Militärregime vorgelegte Wirtschaftsbilanz löste bei ihren internationalen Auftraggebern Gefallen aus. Die OECD-Arbeitsgruppe Türkei bescheinigte der Junta, daß ihre Wirtschaftspolitik *„bereits sichtbare Früchte zu tragen beginnt"*. Hervorgehoben wurde dabei mit besonderer Befriedigung der *„starke Anstieg der Ausfuhren, namentlich in Richtung Naher Osten, sowie das wachsende Exportbewußtsein der türkischen Wirtschaft"* („NZZ", 9.12.81).

Tatsächlich sind die Exporte innerhalb eines Jahres um knapp 60 % gesteigert worden. Dies wurde erreicht durch massive staatliche Subventionen auf Kosten des einheimischen Marktes. Da sich weder die Produktivität der Landwirtschaft noch die der Industrie nennenswert erhöht hat (industrielle Kapazitäten sind noch immer nur um ca. 50 % ausgelastet), bedeutet diese Steigerung der Exporte nichts anderes als eine Verknappung der Waren im Inland.

Was exportiert wird, fehlt der türkischen Bevölkerung. Wie seit Jahren der Kaffee, so fehlen jetzt immer mehr Waren im Inland oder sie sind derartig verteuert worden, daß sie nicht mehr gekauft werden können.

Erreicht wird diese „Umverteilung" durch Exportsubventionen und durch eine galoppierende Verteuerung im Inland, in die auch die staatlichen Monopole (Tee, Petroleum etc.) einbezogen sind, und durch sinkende Einkommen (Ausschaltung der Gewerkschaften!). So wurde in Istanbul eine Untersuchung durchgeführt, bei der von Januar 1979 bis Januar 1982 für die wichtigsten Nahrungsmittel Preissteigerungen zwischen 200 und 700 % registriert wurden (eine ausführliche Aufstellung ist zu finden in „Hürriyet", 4.2.82, übersetzt in tid 24, S. 2).

Neben der EG spielt der Nahe Osten im Türkeigeschäft eine gewichtige Rolle. Iran und Irak werden von der Türkei im Gegenzug zu Erdöllieferungen mit Nahrungsmitteln beliefert und sind aufgrund dieses Austausches im letzten Jahr an die Spitze der Liste der Handelspartner der Türkei geklettert. Der Irak steht nunmehr vor der BRD an erster Stelle des Imports (Öl!) und an 2. Stelle hinter der BRD beim Export („FAZ", 29.12.81).

Importiert werden zu 95 % Rohstoffe und Investitionsgüter. Allein der Erdölimport hat einen Wert von 75 % des Jahresexports 1981 erreicht („Rapor", 10.11.81, übersetzt in tid 17, S. 1). Die mit den importierten Rohstoffen und Maschinen, Ersatzteilen etc. produzierten Industrieerzeugnisse werden ebenfalls verstärkt exportiert. Was für die Nahrungsmittel gilt, trifft auch für die Industrieerzeugnisse zu, deren Exportrate 1981 um 100 % gesteigert wurde: Kühlschränke und Elektroartikel sind für die durchschnittliche türkische Arbeiterfamilie unerschwinglich geworden. Exportsubventionen führen auch hier zu einer gründlichen Vertreibung der Waren vom türkischen Inlandmarkt.

Monopolisierung und Ruin der Kleinkapitalisten

Nun geht diese Wirtschaftspolitik, die im Januar 1980 unter Federführung des ununterbrochen bis heute amtierenden Wirtschaftsministers Turgut Özal zum Programm erhoben wurde, trotz Ausschaltung der Gewerkschaften und Linken nicht ohne Protest von Betroffenen über die Bühne.

Es mehren sich die Stellungnahmen der Kapitalisten, die bei dem Exportgeschäft nicht mithalten können. Stellvertretend sei hier der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer Istanbuls zitiert, der der herrschenden Wirtschaftspolitik bescheinigte, ihr größtes Glück sei, *„daß die Opposition so ungeordnet ist"*.

Übereinstimmend beklagen kleinere Industrielle und Handeltreibende die skrupellose Anwendung der Prinzipien der „freien Marktwirtschaft", die zu einer verstärkten Monopolisierung und zum Ruin der Kleinunternehmer führe (siehe „Rapor", 23.2., übersetzt in tid 25, S. 2; „Cumhuriyet" 26.1.82 u. 23.1.82, übersetzt in tid 23, S. 1 usw.).

Hauptposten der türkischen Ertragsbilanz
Januar—August (in Mio. $)

	1981	1980	Veränd. (in %)
Import	5811	4206	+ 38
Export	2609	1646	+ 58,5
Handelsbilanzdefizit	3202	2560	+ 25
Export von industriellen Produkten	1247	601	+ 107,5
Export von landw. Produkten	1233	923	+ 33,6
Gastarbeiter-Rimessen	1680	1160	+ 69,04

„NZZ", 3.12.81

Tatsächlich war das Jahr 1981 auch ein Rekordjahr der Konkurse in der Türkei, statistisch nur ausgeglichen durch eine große Anzahl Neugründungen von Firmen durch Spekulanten und Hassadeure („Rapor", 12.1.82, übersetzt in tid 22, S.3).

Arbeitslosigkeit

Obwohl nach den Buchstaben des Gesetzes Massenentlassungen bis heute noch verboten sind, werden seit dem Putsch massenhaft Arbeiter auf die Straße gesetzt. Selbst das ‚Staatliche Planungsamt' geht davon aus, daß die offiziell mit 3 Millionen (17,5 %) angegebene Zahl von Arbeitslosen zu niedrig angesetzt ist und tatsächlich 6 Millionen Menschen in der Türkei ohne Arbeit sind („Hürriyet", 19.12.81, übersetzt in tid 20, S. 1 und „Rapor", 20.3.82 übersetzt in tid 25, S. 2). Allein in den staatlichen Betrieben wurden im ersten Halbjahr 1981 von 430.000 Beschäftigten 21.000 entlassen, das entspricht einem Anteil von fast 5 % („Günaydin", 25.8.81, übersetzt in tid 12, S. 3).

Auch die verbliebenen Gewerkschaftsfunktionäre der gelben Gewerkschaft Türk-Is kommen allmählich nicht umhin, die krassen Auswirkungen der Wirtschaftspolitik auf die arbeitende Bevölkerung zu kritisieren. Türk-Is schlug für 1982 eine 45,4 %ige Lohnangleichung vor, mit der lediglich die Kaufkraft von 1976 erhalten wäre („Cumhuriyet", 20.1.82, übersetzt in tid 25, S. 1). Vorgesehen ist eine Lohnangleichung von 25 % („Cumhuriyet", 1.3.82 übersetzt in tid 25, S. 1), bei einer offiziell zugegebenen Inflationsrate von über 30 %.

Schon die Lohn„erhöhung" des letzten Jahres ist an vielen Arbeitern vorbeigegangen, weil die Kapitalisten sie schlicht nicht auszahlten. In verschiedenen Betrieben haben kleinere Protestaktionen deshalb stattgefunden (z. B. Boykott des Mittagessens).

Die Rolle der Arbeitsemigranten

Profit werfen die Millionen im Ausland lebenden türkischen und kurdischen Arbeiter nicht nur für die Kapitalisten ab, die sie beschäftigen. Die Überweisungen im Ausland lebender türkischer und kurdischer Arbeiter sind für das Wirtschaftskonzept der Junta unersetzbar.Sie stiegen 1981 um knapp 70 %. Sie decken an Devisenwerten den Wert von ca. 50 % des Außenhandelsdefizits und ca. 60 % des Exportwertes der Türkei („NZZ", 9.12.81).

Dabei ist die Beteiligung an den eigens eingerichteten Investitionsfonds für im Ausland lebende Arbeiter bisher recht gering, nur 230.000 türkische und kurdische Arbeiter investieren für 100 Projekte in der Türkei einen Betrag von gerade 1,7 Milliarden DM. Zum Vergleich: Mit 20 Milliarden DM wird der Betrag angegeben, den in der BRD lebende türkische und kurdische Arbeiter auf Konten westdeutscher Banken einzahlten („Hürriyet", 12.10.81, übersetzt in tid 15, S. 1).

Der Hauptteil der Devisenüberweisungen in die Türkei dient nicht zum Aufbau einer eigenständigen Existenz durch Kapitalbeteiligungen sondern zur Unterstützung von Familienmitgliedern. Die Junta nimmt die Zahlungen zum Anlaß, die Devisen zur Kosmetik ihrer Handelsbilanz zu benutzen und ständig neue türkische Lira in Umlauf zu bringen und dadurch die Inflation anzuheizen. Die im Ausland lebenden Arbeiter stützen so direkt die Wirtschaftspolitik mit ab. Vor diesem Hintergrund wird klar, warum die Junta angesichts der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit in der BRD aktiv wird. Juntatreue Zeitungen machen sich zum Sprachrohr von Aktionen gegen die Ausländerfeindlichkeit, melden zustimmende Berichte von Demonstrationen und Klagen über ausländerfeindliche Stimmungen und Übergriffe westdeutscher Behörden auf Einzelpersonen.

Gleichzeitig haben erste Verhandlungen mit Vertretern der Bundesregierung über Möglichkeiten der Rückkehr von Arbeitern in die Türkei stattgefunden.

Angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage in der Türkei ist die Möglichkeit einer Rückkehr und der Aufbau einer Existenz dort allerdings weiterhin aus der Sicht der hier Lebenden völlig verbaut.

Investitionen ausländischen Kapitals

Werbeanzeigen empfehlen die „Ruhe und Ordnung" in der Türkei für zuverlässige Profite. Der Anstieg des Kapitalexports in die Türkei seit dem Putsch zeigt, wie sehr die Imperialisten die Erfolge der Befriedungspolitik des Militärs zu schätzen wissen. Veröffentlichungen des Staatlichen Planungsamtes zufolge stiegen die Auslandskapitalien 1981 um 329 Millionen Dollar. Im Vergleich mit den Vorjahren ist dies ein Rekordergebnis:

— 1972: 229 Mio. Auslandskapital
— 1979: Rückgang um 6,4 Mio. Dollar
— 1980: Zunahme um 97 Mio. Dollar
— 1981: Zunahme um 329 Mio. Dollar

(nach „Hürriyet", 28.7.81, übersetzt in tid 10, S. 2 und „Rapor", 13.1.82, übersetzt in tid 22).

Nach wie vor gibt es jedoch für Investitionen in die Türkei keine Bürgschaften der Exportversicherungen (Hermes) der BRD, Frankreichs und Englands. Nachdem sich 1981 internationale Banken durch Filialgründungen (Chase Manhattan Bank) mehr für die Türkei interessieren, dürfte die Aufhebung dieser Hürde nur noch eine Frage der Zeit sein (s. „NZZ", 9.12.81).

S., KB/Gruppe Hamburg

Peru: Über den Ausverkauf eines Landes

Aus Peru erreichen uns in den letzten Monaten alarmierende Nachrichten. Am 12. Oktober '81 rief die Regierung in Ayacucho, einer Provinz im Zentrum des Landes, den Ausnahmezustand aus, um die Keimzellen einer kommunistischen Guerilla aufzuspüren und zu zerschlagen. Trotz Nachrichtensperre drangen Informationen über Massenverhaftungen, Vergewaltigungen, Hausdurchsuchungen, Plünderungen, Bücherverbrennungen durch die Polizei an die bundesrepublikanische Öffentlichkeit (1). Im Süden des Landes soll es in den Provinzen Cuzco und Puro ohne eine formelle Erklärung des Kriegsrechtes zu ähnlichen Vorfällen gekommen sein. Obwohl der Ausnahmezustand zum Ende des Jahres aufgehoben worden ist, scheinen die Menschenrechte bis auf weiteres außer Kraft gesetzt, die demokratische Fassade bröckelt mehr und mehr ab. Die „Lateinamerikanachrichten" sprechen von einem weiteren Schritt Perus *„auf dem Wege von der zivilen zur militärischen Diktatur"* (2). Bezeichnend ist, daß vier Ministerämter inzwischen mit Generälen besetzt worden sind und als neuer US-Botschafter der bereits in der Bekämpfung der peruanischen Guerilla der sechziger Jahre hervorgetretene Frank Ortiz nominiert worden ist (3).

Die peruanische Entwicklung ist symptomatisch für die verschärfte imperialistische Konkurrenz, die sich in den unterentwickelten Ländern in einer katastrophalen Verschlechterung der Lebensbedingungen auswirkt.

Das Land ist wie andere lateinamerikanische Staaten zum Schauplatz der zunehmenden Interessenkollisionen der Monopolkapitalisten geworden, wobei der Expansionsdrang des BRD-Imperialismus keine ganz unbedeutende Rolle spielt.

Die Militärregierung und die Multis — „Revolution" von oben

Peru war, wie die meisten lateinamerikanischen Länder, bis 1968 unbestrittenes Herrschaftsgebiet der USA. Das drückte sich insbesondere in der Vormachtstellung von US-Unternehmen in der peruanischen Wirtschaft aus. Es gab kaum einen Wirtschaftszweig, in dem US-Firmen keine Schlüsselposition innehatten. Sie beherrschten zusammen mit den ca. 200 reichen Familien des Landes die wichtigsten Produktionszweige (Bergbau, Agrobusiness, Fischerei) und die großen Exportfirmen und kontrollierten damit den nationalen Markt. Neben dem US-Kapital hatten bestenfalls noch Schweizer Firmen eine, wenn auch weitaus geringere Bedeutung in der peruanischen Wirtschaft. Daneben fand sich der eine oder andere französische, englische, spanische, niederländische oder japanische Konzern in der Liste der führenden Unternehmen. Das einzige BRD-Unternehmen hingegen, das bis 1968 eine nennenswerte Position einnahm, ist die Schering AG (4).

Die Situation änderte sich, als mit dem Militärputsch des Generals Velasco im Jahre 1968 eine für lateinamerikanische Militärregimes etwas untypische Entwicklung einsetzte. Die Militärs propagierten die „sozialistische Revolution von oben" durch die Nationalisierung der Wirtschaft und die Stärkung des Staates. In der Folgezeit unterstellten sie durch den Ankauf von Aktienpaketen Teile der Schlüsselindustrie und der Massenmedien der staatlichen Kontrolle. Die Enteignungsmaßnahmen konzentrierten sich besonders auf die exportorientierten Wirtschaftszweige: die Zuckerrohr- und Baumwollplantagen an der Küste, den Bergbau, die Erdölförderung und die Fischereibetriebe. Daneben monopolisierte die Regierung Velascos die Ein- und Ausfuhren und die Vermarktung der Grundnahrungsmittel durch die Gründung von staatlichen Kontrollinstitutionen. Vorgesehen war, die Nationalisierung schrittweise auf die gesamte Wirtschaft zu übertragen, indem die Aktienmehrheit der ausländischen Betriebe von Peruanern übernommen werden sollte. Langfristig sah das Konzept der Militärs eine Kapitalbeteiligung und Mitbestimmung der Arbeiter vor, die in staatlich sanktionierten Verbänden zusammengeschlossen wurden. Damit verbunden waren Erschwernisse für ausländische Investitionen und Importe durch eine drastische Anhebung der Zölle und eine hohe Besteuerung von Kapitaleinfuhren und der Gewinne ausländischer Firmen (5).

Fortsetzung nächste Seite



Landarbeiter in Peru: „Die Erde gehört uns"

Fortsetzung von vorhergeh. Seite

Finanziert wurde dieses Programm mit staatlichen Auslandskrediten. Entsprechend stieg die Verschuldung des Landes zwischen den Jahren 1969 - 79 von 1,8 Mrd. auf 9,3 Mrd. US-Dollar an (6).

Außenpolitisch gingen die Militärs von der einseitigen Ausrichtung auf die USA ab und erklärten Peru zum blockfreien Land. Von westlicher Seite wurden vor allem die Kontakte zur Sowjetunion mit Besorgnis betrachtet. Diese fanden ihren Niederschlag in sowjetischer Militärhilfe auf der Basis von Krediten in einer geschätzten Höhe von mindestens 250 Mio. US-Dollar, in der Präsenz sowjetischer Militärberater im Lande und der Ausbildung peruanischer Militärs in der UdSSR (7).

Beunruhigt wurde in bürgerlichen Kreisen von einer neuen „roten Bastion“ neben Kuba in Lateinamerika gesprochen (8). Die westlichen Kapitalisten befanden sich auf dem Rückzug. Die Erschließung des Marktes, Investitionen und Kredite erschienen nicht nur wenig lohnend, sondern auch politisch kaum abgesichert zu sein.

Trotz ihrer Nationalisierungsparolen gelang es der Militärregierung jedoch nicht, die Bindung an die westlichen Industrieländer aufzuheben. Die Verstaatlichungen erfaßten längst nicht alle Wirtschaftsbereiche und waren selbst in den Schlüsselindustrien nicht konsequent. So vergaben die Militärs beispielsweise eine Lizenz für den Kupferabbau an die US-Gesellschaft „Southern Peru Copper Corporation“, nachdem sie einige der bis dahin führenden US-Bergbauunternehmen übernommen hatten (9). Ähnlich verfuhren sie in der Erdölindustrie: Der Staat kaufte zunächst die wichtigsten ausländischen Gesellschaften auf, um kurz darauf Lizenzen an die „Belco Petroleum Corporation“ und andere US-amerikanische, europäische und japanische Firmen zu vergeben (10). So dominierte das US-Kapital nach wie vor die peruanische Wirtschaft. Allerdings erfuhr es durch die Nationalisierungskampagne eine Schwächung. Das erleichterte seinen Konkurrenten, insbesondere auch den BRD-Imperialisten, ihre Interessen wahrzunehmen, z. B. gelang es

den BRD-Imperialisten, ihre Interessen wahrzunehmen, z. B. gelang es

1970 der Bayer AG, die Genehmigung zur Installierung einer Acrylfaserfabrik zu erhalten, deren Aktienmehrheit sie mit 60 % hält. In solchen Fällen umgingen die Militärs ihre eigenen Gesetze, indem sie den betreffenden Betrieb als „strategisch wichtig“ erklärten und damit die ausländische Kontrolle legalisierten. Sie selbst sicherten sich einen 30 %-Anteil an dem Unternehmen. Kommentar der „Neuen Züricher Zeitung“: *„Die Gesellschaft, an der die Bayer-Gruppe noch mit 60 % und ihr nahestehende Aktionäre mit 10 % beteiligt sind, ist mit der Zusammenarbeit mit dem staatlichen Partner völlig zufrieden und will nun in den kommenden Monaten ihre Produktionskapazität mit einer weiteren Investition von 9 Mill. Dollar von 6000 t [davon wird ein Drittel nach Chile exportiert] auf 12.000 t im Jahr erhöhen!“* (11). Ein anderes Beispiel für den relativen Positionsverlust des US-Kapitals bildet die peruanische KFZ-Montage. Führten noch 1968 Ford und General Motors die Autoproduktion an (12), so sind es 1981 Nissan Motors, VW, Chrysler, Toyota und Volvo (13).

Alte und neue Abhängikeiten bestimmen das Ausmaß der Krise

Die Wirtschaftspolitik der Militärs dämmt demzufolge den imperialistischen Einfluß nicht ein, sondern variiert und verstärkt die Bindung an die Industrieländer durch die hohe Auslandsverschuldung noch zusätzlich. Der Schuldendienst des peruanischen Staates stieg in den siebziger Jahren ständig an und erreichte schließlich 1979 67,8 % der Exporterlöse (14). Daraus entsteht die Notwendigkeit der erhöhten Produktivität in den exportorientierten Branchen. Die Militärregierung setzt dies durch maximale Ausbeutung der Arbeitskraft und verstärkte Kapitalinvestitionen in den entsprechenden Betrieben durch. Die nötigen Geldmittel verschafft sie sich durch Lohnsenkungen und Kapitalentzug aus den nationalen Produktionszweigen. Vor allem die für den nationalen Bedarf produzierende Landwirtschaft wird auf diese Art geschädigt. Dadurch ist das Land zu vermehrten Nahrungsmitteleinfuhren gezwungen. Hinzu kommt, daß die nationale Wirtschaft ihre Grundlage mehr denn je in einigen wenigen Produkten hat und damit den Preisschwankungen des Weltmarktes ausgeliefert ist. Die Folgen sind eine hohe Inflationsrate, ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, Engpässe in der Lebensmittelversorgung, steigende Preise und letztlich auch eine Krise der nationalen Industrie aufgrund des Kaufkraftverlustes und der nach wie vor bestehenden imperialistischen Konkurrenz. Die Steigerungsrate des Bruttosozialproduktes rutscht 1976 von bis dahin jährlich 6 % auf 3 % ab, 1977 lag sie bereits um 1,2 % unter der des Vorjahres und sank im Jahre 1978 um weitere 1,8 % (15). Für das peruanische Volk bedeutet dies ein Ausmaß an Elend, das das der Krise der sechziger Jahre bei weitem übersteigt. 35 % der Bevölkerung leben an der Hungergrenze, Peru hat seit den siebziger Jahren die zweitgrößte Kindersterblichkeit hinter Haiti: Von 200.000 Sterbefällen auf 17 Mill. Einwohner sind 1978 die Hälfte Kinder. 258.000 Kinder unter 14 Jahren sind im dritten Grad unterernährt, Schätzungen sprechen von weiteren 800.000 geistig Behinderten, 130.000 Blinden und 400.000 Sprach- und Gehörgeschädigten als Folge der Unterernährung (16).

Am schlimmsten ist die Situation auf dem Lande. Über 60 % der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft, davon 2/3 auf Parzellen unter 5 ha. Die Mehrheit der Bauern besitzt nicht mehr als einen ha Land. Kapitalentzug durch die sogenannte „Agrarschuld“,



Indio-Bauern in Peru

Indio-Bauern in Peru

mit der enteignete Großgrundbesitzer bezahlt werden, Benachteiligungen der Kleinbauern zugunsten der Bildung staatlicher Latifundien bei der Aggrarreform der Militärs und die enormen Preissteigerungen von industriell hergestellten Produktionsmitteln führten zu einer schnellen Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Bauern und zu verstärkter Landflucht (17).

Als Folge sah sich die Militärregierung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit einer Welle von Massenstreiks und Landbesetzungen konfrontiert. Auch bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise traten bald in offene Opposition zum Militärregime. Dieses wechselte daraufhin 1975 mit der Regierungsübernahme des Generals Morales Bermudes seinen Kurs und versuchte die Massenbewegung mit offen faschistischer Repression unter Kontrolle zu bekommen (18).

Der IWF übernimmt die Macht im Lande

Peru ist somit nicht nur außenpolitisch sondern auch in seinem Innern ein zunehmend unsicherer Faktor geworden. So kommentiert die „Stuttgarter Zeitung“ die reservierte Haltung von BRD-Politikern und Industriellen auf das peruanische Angebot einer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit folgendermaßen: *„Dahinter verbirgt sich die Enttäuschung über Enteignungen, über eine unkalkulierbare Wirtschaftspolitik, über das Zögern der Regierenden, unpopuläre Schritte durchzusetzen. Auf die in Aussicht gestellten Sicherheiten für ausländische Investitoren warten diese bisher vergebens; ...“* (19). Die Kredite flossen spärlicher und wurden schließlich 1977 ganz verweigert. Der IWF schaltete sich ein und forderte ultimativ von der Regierung, die Wirtschaft zu reprivatisieren, die Beschränkungen des Kapital- und Warenimports aufzuheben, den Wechselkurs der Währung freizugeben und die Rückkehr zum bürgerlichen Parlamentarismus vorzubereiten (19). Den drohenden Staatsbankrott im Nacken waren die Militärs gezwungen, sich dem Diktat des internationalen Kapitals zu beugen. Daraufhin fanden 1978 Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung statt, die im Mai 1980 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchführte. Der Wahlkampf gestaltete sich zu einer Schlacht zwischen der USA-freundlichen „Accion Popular“ und der sozialdemokratisch-nationalistischen APRA, die von der BRD-Regierung favorisiert wurde. Beide Parteien zogen kostspielige Kampagnen nach USA-Vorbild durch, für die sie großzügige Finanzzuschüsse ihrer betreffenden Bundesgenossen erhielten. „Accion Popular“ ging schließlich mit 43,6 % gegenüber der APRA mit 26,5 % der Stimmen als Sieger hervor und bildete mit der konservativen PPC (Christl. Volkspartei, 11,2 %) die Regierung. Die heillos zerstrittene Linke blieb mit insgesamt ca. 11 % der Stimmen weit hinter ihrem erwarteten Ergebnis zurück. Neuer Präsident wird Francisco Belaunde, derselbe Mann, der 1968 von den Militärs abgesetzt worden war (21).

Und wieder herrscht der „freie“ Markt

„Accion Popular“ war mit dem Versprechen zur Wahl angetreten, das Land aus der Krise zu führen und die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu verbessern. Ihr Konzept: Rückkehr zu einer privatwirtschaftlichen freien Marktwirtschaft, Öffnung des Landes für Wareneinfuhren und Kapitalinvestitionen. Unter anderem versprach die Regierungspartei, innerhalb von 2 Jahren eine Million Arbeitsplätze zu schaffen. In der Folgezeit wurden die Einfuhrzölle schrittweise gesenkt, woraufhin schlagartig der Import von industriellen Fertigwaren einsetzte. Zusätzlich nahm die Regierung eine Reihe von ehrgeizigen Infrastrukturprojekten in Angriff, die die versprochenen Arbeitsplätze schaffen und eine Industrieansiedlung erleichtern sollten. Finanziert werden soll das ganze wieder einmal durch Auslandskredite. Wirtschafts- und Finanzminister Ulloa spricht in seinem Investitionsplan von 14 Mrd. US-Dollar Kreditaufnahmen in der Zeit von 1981 - 85. Geplant sind Elektrifizierungs-, Straßenbau-, Bewässerungs- und Wohnungsbauprojekte (22). Damit knüpft die Regierung Belaunde an ihre USA-freundliche Politik der sechziger Jahre an. Im Gegensatz zu damals behält Peru allerdings seinen blockfreien Status bei, was der herrschenden Fraktion der einheimischen Kapitalisten ermöglicht, die internationalen Monopolkapitalisten gegeneinander auszuspielen und daraus zusätzlich Profit zu schlagen. Bei der Neuverteilung der nationalen Wirtschaft kommen neben den USA auch die BRD, Japan und die Sowjetunion zum Zuge. So wird ein Bewässerungsprojekt in der Nähe von Lima mit langfristigen Krediten (über 300 Mill. US-Dollar) von der UdSSR finanziert. Die westlichen Industrienationen, allen voran die USA und die BRD steigen über die BID (interamerikanische Entwicklungsbank) und die Weltbank im großen Stil in das Geschäft ein (— an beiden besitzt die BRD beträchtliche Anteile).

Die Auslandverschuldung Perus wird auf diese Art von derzeit 9,3 Mill. US-Dollar brutto auf das Doppelte bis Dreifache ansteigen (24). Nach dem Wirtschaftsplan sollen die Schulden durch erhöhte Steuer- und Exporteinnahmen abgetragen werden, die man sich aus der Stärkung der Privatindustrie mit Steuererleichterungen und staatlichen Investitionen verspricht. Einer der Schwerpunkte ist die Verbesserung der Infrastruktur in den wenig besiedelten Urwaldgebieten, wo umfangreiche Erdölvorkommen vermutet werden. Die Abbaulizenzen sind zum größten Teil bereits an ausländische Unternehmen vergeben. Auch verspricht sich die Regierung ein lukratives Geschäft aus dem Edelholz- und Goldabbau und der Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche für Großplantagen aus der Erschließung des Urwalds.

Das BRD-Kapital in massivem Einsatz

Das BRD-Kapital hat sich rechtzeitig ein Stück von dem Kuchen zu sichern gewußt. Bei seinem Besuch im April 1979, also bereits ein Jahr vor den Wahlen in Peru, sagte Bundeskanzler Schmidt den Peruanern eine Erhöhung der Kapitalhilfe um 20 % zu. Gleichzeitig wurde ein Abkommen über eine Finanzhilfe von 23,4 Mill. DM unterzeichnet (25) und über eine Zusammenarbeit mit deutschen Firmen bei der Erforschung der Erdölvorkommen verhandelt (26). Bei der Amtseinführung von Präsident Belaunde im Juli 1980 war eine deutsche Delegation unter Leitung des Ministers für „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ Offergeld und Staatssekretär Böhme vom Finanzministerium zur Stelle und führte Gespräche über weitere Finanzhilfe, die Bedingungen für Privatinvestitionen und über ein Erdölabkommen (27). Inzwischen sind BRD-Firmen und staatliche Institutionen an diversen peruanischen Großprojekten beteiligt. Skandalträchtig ist der Bau des Jequetepeque-Staudamms im Norden des Landes, an dem das „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“, die GTZ (Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) und die bundeseigene Salzgitter AG beteiligt sind. Dieses Projekt ist nicht nur ökologisch sehr bedenklich (Versalzung der Böden, Zurückhaltung des

beteiligt sind. Dieses Projekt ist nicht nur ökologisch sehr bedenklich (Versalzung der Böden, Zurückhaltung des



Slum-Bewohner in Lima

fruchtbaren Flußschlamms, Veränderung des Klimas), sondern vertreibt auch die Bewohner von 3 Dörfern von ihrem angestammten Boden, ohne daß die Entschädigung geklärt ist (28). Das BRD-Kapital bevorzugt zur Zeit Unternehmungen, die durch Gelder des peruanischen Staates abgesichert sind. Allerdings tätigen BRD-Firmen auch zunehmend Direktinvestitionen. So errichten die VW-Werke 1980 ein Montagewerk in Peru, das mittlerweile hinter Nissan Motors die zweite Stelle in der Gesamtproduktion einnimmt (29). Denkbar ist zudem auch der Eintritt in den Waffenhandel mit dem peruanischen Staat. Seit dem Grenzzwischenfall mit Ecuador Anfang 1981 fordern die Militärs einen weiteren Ausbau der Armee und geben dabei offenbar westeuropäischen Ländern den Vorzug als Handelsparner (30).

Fast alles beim alten

Der neue wirtschaftliche Kurs der peruanischen Regierung zeigt auf makroökonomischer Ebene Erfolg. Seit 1979 verzeichnet das Land wieder Wirtschaftswachstumsraten und eine Steigerung des Bruttosozialprodukts (4,1 %). Daneben ist ein Außenhandelsbilanzüberschuß und ein Sinken des Staatsdefizits erreicht worden, auch wenn die Steigerungsraten bisher nie dem anvisierten Ziel entsprochen haben. Der wirtschaftliche Aufschwung basiert allerdings im wesentlichen auf einem Zuwachs der Rohstoffausfuhr — den größten Anteil daran haben Kupfer, Silber, Erdöl —, und geht damit an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. Die Gewinne streichen die multinationalen Konzerne und die kleine Gruppe der einheimischen Großkapitalisten ein, während das Volk die Lasten der Subventionen, der Kreditverzinsung und der überhöhten Preise für Importwaren zu tragen hat. Hinzu kommt, daß der Staat gezwungen ist, die Steuererleichterungen für das Großkapital an anderer Stelle einzusparen. Die Sparmaßnahmen treffen bisher vor allem die nationale Industrie und Landwirtschaft und den sozialen Bereich. Auch die Schaffung der versprochenen Arbeitsplätze läßt auf sich warten. Bis jetzt existieren lediglich einige vage, nicht nachprüfbare Erfolgsmeldungen der Regierung zu diesem Aspekt (31).

Unter der derzeitigen verschärften Konkurrenzsituation der multinationalen Konzerne ist es denn auch illusorisch, auf einen erhöhten Bedarf an Arbeitskräften oder gar auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu hoffen. Um ihren nationalen Profit zu sichern, arbeiten die ausländischen Firmen entweder auf der Basis einer hochmodernen Technologie, die nur einige wenige einheimische Hilfskräfte erfordert, oder sie kalkulieren mit der maximalen Ausbeutung der Arbeitskraft durch Billiglöhne, Streichung der Sozialleistungen, Verlängerung der Arbeitszeit und Arbeitshetze. So ist denn seit der Amtsübernahme der Zivilregierung in Peru eine weitere Verschlechterung der Lebenssituation der Bevölkerung festzustellen. Die Arbeitslosigkeit ist unverändert groß, die Reallöhne sinken schneller als vorher und die Nahrungsmittelpreise haben sich im Jahre 1981 verdoppelt (32). Die durch den Regierungswechsel anfänglich desorientierte Massenbewegung ist wieder auf dem Vormarsch. Der Handlungsspielraum der Herrschenden ist jedoch mittlerweile beträchlich eingeengt. Zum einen können das US-Kapital und seine Verbündeten es sich in der derzeitigen weltwirtschaftlichen Lage nicht leisten, den Massenprotesten nachzugeben und ihren Einfluß in einem der größten und rohstoffreichsten Länder Lateinamerikas zurückzunehmen. Andererseits ist auch eine teilweise Umverteilung der Gewinne auf die arme Bevölkerung im Moment weniger denn je

lung der Gewinne auf die arme Bevölkerung im Moment weniger denn je

möglich, denn der größte Teil der Profite wandert außer Landes und dient nicht zuletzt der Stützung der Wirtschaft und damit der Erhaltung eines gewissen Grades an sozialer Ruhe in den Industrieländern.

So greift man denn zum einzigen noch verbleibenden Mittel, der offenen gewaltsamen Unterdrückung von Streiks, Demonstrationen, Landbesetzungen etc. Allerdings wird man auch durch eine weitere Faschisierung und die Errichtung einer Militärdiktatur die Ursachen und Auswirkungen der Krise nicht beseitigen können und lediglich zu einer Vereinheitlichung des Feindbildes und einer Verschärfung der Kämpfe beitragen.

Eine Genossin des KB/Gruppe Hamburg

Anmerkungen:

1) Vgl. TAZ 19.10.81 und ‚Peru: Die Militarisierung der Demokratie' in: LN, Nov. 81.
2) Ebd.
3) Vgl. ebd.
4) Vgl. Jorge A. Torres Z. ‚Estructura economica des la Industria en Peru', Lima 1975, S. 75 - 99
5) Vgl. ‚Wahlen in Peru: Die Letzten werden die Letzten sein' in: Blätter des iz3W, August 1980, S. 15/16.
6) Vgl. FAZ 17.11.80
7) Vgl. SZ 28.6.78 und FAZ 28.6.78.
8) Rheinischer Merkur 28.7.78.
9) Vgl. Carlos Malpica ‚Los Duenos del Peru', 9. ed., Lima 1976, S. 6/7.
10) Ebd. S. 10/11.
11) NZZ 22.2.73.
12) Vgl. Torres 'Estructura', a.a.O., S. 98.
13) Deutsch Südamerikanische Bank ‚Mitteilungen für den Außenhandel', Hamburg 3.6.81.
14) SZ 22.8.78
15) FAZ 17.11.80
16) Vgl. Der Spiegel 48/1979.
17) Vgl. ‚Peru: Agrarreform und Bauernbewegung' in: LN, Juni 1980, S. 47 - 52.
18) IWF = Internationaler Währungsfond.
19) St.Z. 24.10.78.
20) Vgl. ‚Wahlen in Peru ...', a.a.O.
21) Vgl. ‚Peru: Der Weltmarkt frißt die Revolution' in: ila-info, Okt. 1981, S. 2 - 6.
22) Deutsch-Südamerikanische Bank ‚Mitteilungen für den Außenhandel', Hamburg 19.6.81.
23) entfällt
24) Vgl. ‚Der Weltmarkt frißt ...', a.a.O., S. 5.
25) Vgl. Weserkurier 11.4.79.
26) Vgl. SZ 12.4./13.4.79.
27) Vgl. SZ 28.7.80 und 8.8.80.
28) Vgl. ila-info, Dez. 81, S. 11.
29) Vgl. SZ 21.1.80 und ‚Mitteilungen f. d. A.', a.a.O., 3.6.81.
30) Vgl. FAZ 25.4.81.
31) Vgl. ‚Peru: Ulloa — der Zorn Gottes (und der Multis)' in: LN, Okt. 81, S. 45 - 53.
32) Vgl. ‚Der Weltmarkt frißt ...', a.a.O. S. 5/6.

Die imperialistische Ausbeutung des südlichen Afrika und seine militärische Absicherung

Nicht nur bei den häufig beschworenen Rohstoffkrisen sondern auch bei Erfolgen der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika wird von Seiten der Imperialisten immer wieder betont, wie unersetzlich diese Region für sie sei. Doch auch die Installierung und gigantische Aufrüstung von Südafrika als Statthalter ihrer Interessen konnte bekanntlich nicht verhindern, daß sich Staaten wie Angola und Zimbabwe aus dem direkten Einflußbereich des Imperialismus herauslösten, wie ebensowenig ein Erstarken der SWAPO in Namibia und des ANC in Südafrika selbst zu verhindern war. Die imperialistischen Interessen in diesem Gebiet werden häufig als Abhängigkeiten von Rohstofflieferungen bezeichnet. Zusätzlich wird behauptet, der Verlust dieser Region würde wegen der „Lebensader" Kaproute für den Welthandel zu ernsthaften Versorgungskrisen führen. Wie weit es mit diesen Argumenten her ist, und ob es sich nicht eher um den Verlust von gigantischen Profitquellen handelt, soll im folgenden untersucht werden. Hierbei wird der Schwerpunkt auf die Darstellung der beteiligten Konzerne gelegt, um den Grad der Ausbeutung und Ausplünderung dieser Region deutlich werden zu lassen.

Republik Südafrika

Die Republik Südafrika gilt schlechthin als das klassische Rohstoffland dieser Region. Hierzu tragen für einige Bereiche zweifellos große Vorkommen bei, doch können viele Minen nur aufgrund des Apartheidsystems rentabel betrieben werden. Entscheidend für die Rolle Südafrikas ist eine Lohnkostensituation, die zu den niedrigsten auf der Welt gehört.

[illegible] Rohstoffe ist Chrom. Verwandt für Stahllegierungen aller Art, gehört es zu den strategischen Mineralien, die für Maschinen-, Fahrzeug- und Flugzeugbau unentbehrlich sind.

60 % des niedrigprozentigen Chroms und 15 - 20 % des höherprozentigen Ferrochroms führt die BRD aus der RSA ein. 66 % der Weltreserven sollen dort lagern. Zusammen mit Zimbabwe vereinigt es 95 % der Weltreserven auf sich. Die RSA ist weltweit, aufgrund der ‚Lohnkostensituation' der billigste Produzent von Chrom. Dementsprechend ist auch die Konzernbeteiligung: Allen voran ist der größte Bergbaukonzern der Welt, die Anglo American Corporation, über zwei Tochterfirmen im Geschäft. Dahinter kommen gleich British Steel, die zusammen mit Anglo American an einer Gesellschaft beteiligt ist, sowie Bayer und die Gesellschaft für Elektrometallurgie.

Für Uran werden 15 % der Weltreserven in den RSA vermutet. Hier liegt fast die gesamte Produktion in der Hand von Anglo American. Selbst die primitivsten Sicherheitseinrichtungen, die für amerikanische oder kanadische Uranminen gelten, gelten hier nicht.

Für Antimon, das hauptsächlich in der chemischen Industrie verwandt wird, werden 7,4 % der Weltreserven in der RSA vermutet, und es vereinigt 22 % der Bergwerksproduktion in den vom Imperialismus beherrschten Teilen der Welt auf sich. Die Gewinnung ist wesentlich in der Hand von Anglo American und dem USA Konzern Chemetron, die die Produktion überwiegend in die USA schleusen. Wie bei Chrom wird in ‚Expertenstudien' hervorgehoben, daß die Gewinnung in der RSA doppelt so billig sei wie in den USA. Die RSA ist der größte Goldproduzent der Welt mit einem Anteil von 57,9 % neben der UdSSR mit 20 %.

Da Gold wertmäßig die höchsten Deviseneinnahmen für Südafrika einbringt, werden dort noch Minen betrieben, die woanders längst wegen Unrentabilität stillgelegt wären. Die Flöze sind manchmal so dünn, daß die afrikanischen Arbeiter auf dem Rücken liegend mit den Füßen die Bohrer in den Fels drücken müssen. Da die Minen schon bis zu Tiefen von 4000 Metern vorgetrieben sind, geschieht die Arbeit bei Temperaturen von 55 bis 60 Grad. Nur durch das Apartheidsystem sind solche Minen auch noch gewinnbringend zu betreiben.

Die Ausbeutung erfolgt durch sieben Gesellschaften, an allen ist Anglo American beteiligt, an einigen noch De Beers, die zur Morgan Guaranty Bank gehören. Darüberhinaus sind US-Steel und BP über eine Beteiligung am amerikanischen Bergbaukonzern AMAX im Geschäft.

Die Vorräte an Kupfer sind dagegen als bescheiden anzusehen. Sie betragen ca. 1,1 % der bekannten Weltreserven. Die Förderung liegt wesentlich in der Hand des britischen Bergbaukonzerns Rio-Tinto-Zinc-Corp. Die Kupferkonzentrate gehen im wesentlichen in die EG, die USA und nach Japan.

Für Mangan, das in der Stahlherstellung verwandt wird, werden 44 % der Weltreserven in der RSA vermutet (39 % liegen zum Ärger der Imperialisten in der UdSSR, die dieses Metall nicht exportiert). Auch hier besteht also ein sogenanntes Bimonopol, was die RSA für die Bergbaukonzerne umso wichtiger macht. Zwei Drittel der Manganimporte der BRD stammen aus der RSA.

Ähnlich ist es bei Nickel, von dem 1 % der Weltreserven dort vermutet werden. Die Produktion liegt auch hier in den Händen der Anglo American, die zusätzlich an zahlreichen RSA-Firmen beteiligt ist. Daneben ist De Beers beteiligt, und über einen kanadischen Bergbaukonzern ist der Ölmulti Superior Oil in der Ausbeutung des afrikanischen Nickels, engagiert. Von den Nickelimporten der BRD kommen 17 % aus der RSA.

[illegible] % der Weltreserven an Platin sollen in der RSA liegen, die zusammen mit den 25 % der UdSSR wieder zu einer Bimonopol-Stellung führen. Aufgrund des hohen Wertes dieser Vorkommen finden sich in den 4 RSA-Konzernen eine stattliche Anzahl ausländischer Firmen: Anglo American, De Beers (Morgan Guaranty Trust), Charter Consolidated, gehört zu Anglo American, Lonrho (GB), Falconbridge Nickel Mines Ltd. (Canada), US-Steel und Superior Oil (USA). Je nach Beteiligungsverhältnissen werden die Konzentrate nach Westeuropa oder in die USA verschifft. Die Vermarktung des Metalls erfolgt einerseits von Matthey, London, andererseits von Engelhard Minerals and Chemicals, New York, die wiederum mit den oben genannten Firmen verflochten sind.

Platin gehört zu den strategischen Mineralien, da es großtechnisch als Katalysator bei Vorprodukten für die Sprengstoffherstellung und in der Erdölindustrie zur Herstellung von Flugzeugbenzin eingesetzt wird.

Titan wird als Oxid im wesentlichen in der chemischen Industrie zur Herstellung weißer Farbe verwandt. Als metallischer Rohstoff ist es aufgrund seiner Eigenschaften unentbehrlicher Werkstoff in der Luft- und Raumfahrtindustrie und somit von strategischer Bedeutung.

Schätzungen von 1979 gehen davon aus, daß sich 9 % des Ilmenits (30 % Titan) und 6,9 % des Rutil (57 % Titan) an den gewinnbaren Weltreserven in der RSA befinden. Erst ab 1978 wurde von hier in nennenswerten Mengen Titan exportiert, doch ist in der Richards Bay ein Projekt in Angriff genommen worden, das für 400.000 t Titan-Schlacke und 50.000 t Rutilkonzentrat ausgelegt ist. Dieses Projekt wird von der kanadischen Quebec Iron and Titanium Corp. neben verschiedenen RSA-Firmen, an denen auch die Anglo American beteiligt ist, betrieben.

Die RSA vereinigt 19 % der Weltreserven an Vanadium auf sich, was wiederum mit 75 % der Reserven in der UdSSR zu dem bekannten Bimonopol führt. Es schraubte seinen Anteil an der Weltproduktion von 8,9 % in 1960 auf 42,3 % in 1979 hoch, was allein schon einen hohen Einsatz ausländischen Kapitals andeutet.

Die Produktion von vanadiumhaltigen Schlacken und Aschen geschieht im wesentlichen in Transvaal. Hier ist die Anglo American über zwei Tochtergesellschaften im Geschäft, darüberhinaus die Union Carbide, die ebenfalls von einer Tochtergesellschaft schürfen läßt. Hauptabnehmer dieser Produktion sind vor allem die USA, Großbritannien und die restliche EG.

An einer anderen Firma in Transvaal ist die Norddeutsche Affinerie mit 50 % beteiligt. Die übrigen Anteile sind ebenfalls „in deutscher Hand" (Vereinigte Aluminiumwerke, Süddeutsche Kalkstickstoffwerke). Die Produktion geht nicht in die BRD, sondern wird auf dem Weltmarkt abgesetzt. Zu erwähnen ist noch, daß die Gesellschaft für Elektrometallurgie zu den weltgrößten Produzenten von Vanadiumprodukten gehört, dicht gefolgt von Klöckner & Co. ...

Der überwiegende Teil des Vanadiums wird in der Stahlindustrie eingesetzt, wo vor allem durch den verstärkten Pipelinebau im Öl- und Erdgasbereich die Nachfrage sehr gestiegen ist. Daneben ist es aber ähnlich wie Titan für Flugzeugtriebwerke und Verbrennungsmotoren notwendig.

Für bestimmte Asbestsorten werden die Weltvorräte zu 90 % in der RSA vermutet. In gleicher Bedeutung kommt Blauasbest für Zementrohre von hier. Die Förderung liegt in der Hand von Anglo American De Beers und Cape Industries (GB) und einigen RSA-Firmen. Desweiteren ist Turner



Gold und Diamanten werden von schwarzen Arbeitern unter schwer vorstellbaren Bedingungen abgebaut. In zwei- bis dreitausend Meter Tiefe, in einer Hitze von 40 bis 50 Grad C., in gerade mannsbreiten Stollen, in vielen Fällen auf dem Rücken liegend und die Presslufthämmer mit den Füßen gegen die Wand gestemmt riskieren die schwarzen Arbeiter Tag für Tag ihr Leben, ohne Wahl für andere Arbeit. Nicht vorhandene Sicherheitsbedingungen und so niedrige Löhne, die gerade ein Viertel bis ein Drittel der durchschnittlichen Verdienste der weißen Arbeiter ausmachen, halten die Unkosten für die Konzerne unter jener Grenze, die die Minen profitabel erscheinen lassen.

& Newall (GB) im Geschäft, wo auch die westdeutsche Eternit beteiligt ist. Für Diamanten werden 7 % der Weltreserven vermutet, aber die RSA bestreitet 20,5 % der Weltproduktion. Dieser Zweig wird fast vollständig von De Beers (Morgan Guaranty) kontrolliert, die über 95 % der Schmuck- und Industriediamantenproduktion und Vermarktung verfügen.

Die aufgeführte Liste der imperialistischen Beteiligungen in der RSA mag zwar etwas ermüdend und wiederholend erscheinen, doch macht sie deutlich, wie groß das Kapitalinteresse in dieser Region ist. Bei den Herkunftsländern des ausländischen Kapitals liegt Großbritannien in Fortsetzung der kolonialen Tradition weit vorn vor den USA, die in dieses Land 24,5 Mrd. Dollar investiert haben und mit 300 Niederlassungen amerikanischer Firmen präsent sind. Gleich dahinter folgt die BRD mit 300 Firmen inclusive Beteiligungen und 6.000 Auslandsvertretungen westdeutscher Firmen. Warum dies so ist, wird in einer Studie des Afrika Instituts deutlich formuliert: *„Die deutschen Direktinvestitionen in der RSA sind ganz überwiegend auf das Motiv der Absatzsicherung bzw. -erweiterung auf dem südafrikanischen Inlandsmarkt* [*unter Einschluß einiger kleinerer Nachbarländer*] *und auf die dort gegebenen Möglichkeiten einer beträchtlichen Gewinnerzielung zurückzuführen."* Als weitere wichtige Investoren sind noch Frankreich, Japan, die Schweiz, die Niederlande und Schweden zu nennen.

Trotz seiner enormen Exporte durch Ausplünderung der natürlichen Reichtümer dieser Region ist die RSA aufgrund seines hochgezüchteten Militärapparates und teuren Autarkiepolitik hoch verschuldet. Von 1972 - 78 nahm die RSA 158 Kredite in Gesamthöhe von 5,5 Mrd. Dollar auf. Unter den Banken, die diese Kredite gaben, waren 59 aus der BRD, 69 aus den USA und 42 aus Großbritannien. Unter den wichtigsten Banken für die RSA rangiert die Deutsche Bank an 4. Stelle, die Dresdner Bank an 5., die Commerzbank an 8., die Westdeutsche Landesbank an 10 und die Bayrische Landesbank an 18. Stelle.

Namibia

Hier lagern 5 % der Weltreserven an Uran, die bisher vor allem in der Rössing Mine zutage gefördert wurden. Eigentümer dieser Mine ist die britische Rio-Tinto-Zinc-Corp., die Anglo American über ihre Tochtergesellschaft General Mining, die westdeutsche STEAG und die Urangesellschaft Rio Algom Mines (Canada) sowie die TOTAL, ein französischer Ölkonzern.

Darüberhinaus stecken noch einige RSA-Firmen im Geschäft. Die Mine ist für die Imperialisten besonders wichtig durch die niedrigsten Löhne und die höchsten Profite. Abnehmer über langfristige Verträge sind Großbritannien, Frankreich und Japan. Aber auch die UdSSR scheut sich nicht, Uran aus Namibia anzureichern, um es dann in die BRD zu liefern.

Eine weitere Mine ist der „Lange Heinrich" (!) im Besitz von General Mining, der Tochterfirma der Anglo American. Weitere Prospektionen werden von britischen, französischen, kanadischen und RSA-Firmen vorgenommen.

Die Arbeitsbedingungen sind genauso katastrophal wie in den südafrikanischen Minen. Und durch den bevorzugten Einsatz von Wanderarbeitern, die sehr häufig ausgetauscht werden und denen absolute Hungerlöhne gezahlt werden, zählt vor allem die Rössing Mine zu den profitträchtigsten der Welt.

Weiteres Ziel imperialistischer Ausplünderung sind die Kupferlagerstätten, die mit einem nur geringen Anteil von 0,2 % der Weltreserven in Namibia liegen. Diese werden von der amerikanischen Tsumeb Corp. der canadischen Falconbridge, die zu Superior Oil gehört, und Tochtergesellschaften der Anglo American, ausgebeutet.

Schließlich sind noch wichtige Diamantvorräte zu nennen, von denen 17 % der Weltreserven in Namibia vermutet werden. Diese werden ebenfalls von De Beers ausgebeutet und vermarktet.

Botswana

Dieses Land besitzt nennenswerte Vorkommen an Uran und Kobalt sowie Kupfer, die von der Anglo American und der amerikanischen AMAX, an der auch die BP (British Petroleum) beteiligt ist, ausgebeutet werden.

An einem Projekt zur Förderung von Nickel, von dem hier weniger als 1 % lagern sollen, ist die westdeutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau und ein Bankenkonsortium beteiligt.

Die Raffination erfolgt durch die AMAX, und die Vermarktung erfolgt wesentlich über die Metallgesellschaft, Frankfurt. Weitere Minen werden von der AMAX und der Anglo American betrieben. In Botswana werden auch 7,4 % der Weltproduktion an Diamanten erzeugt, die von einer Gesellschaft gefördert werden, in der natürlich De Beers die Mehrheitsbeteiligung hält.

Zimbabwe

Neben großen Lagerstätten von sogenannten Zukunftsmetallen wie Caesium und Lithium, die in der Elektroindustrie eingesetzt werden, wird in Zimbabwe vor allem Chrom gefördert. Es vereinigt auf sich 29 % der Weltreserven, die von amerikanischen, britischen und RSA-Konzernen ausgebeutet werden. Nennenswerte Vorkommen bestehen auch für Kobalt, Gold und Nickel. Letzteres wird von der Anglo American, der britischen Rio-Tinto-Zinc-Corp. und RSA-Firmen ausgebeutet. Die Vorkommen an Weißasbest werden von der britischen Turner & Newall, an der die westdeutsche Eternit beteiligt ist, gefördert. 50 % der Weißasbest-Importe in die BRD stammen aus Zimbabwe.

Insgesamt sind 70 % des gesamten im Lande investierten Kapitals in ausländischen Händen und belaufen sich auf 3,3 Mrd. Dollar. Dominierend sind hierbei Großbritannien und die RSA. Dies macht deutlich, vor welch extremen Schwierigkeiten ein sozialistischer Aufbau in Zimbabwe steht. So muß Zimbabwe beispielsweise sein gesamtes Chromerz über den südafrikanischen Hafen Richards Bay verschiffen.

Sambia

Sambia hat alle Bergbaugesellschaften verstaatlicht oder hält in ihnen die Mehrheitsbeteiligung von 51 %. Es besitzt große Vorkommen an Kobalt (8,2 % der Weltreserven) und an Kupfer (6,7 % der Weltreserven). Diese vermarktet Sambia nun selbst über eine staatliche Gesellschaft, nachdem es vorher in den Händen der Anglo American und der amerikanischen AMAX lag. Kobalt ist ein Metall, das für Flugzeugtriebwerke, ferngelenkte Raketen und Panzerungen verwandt wird.

Zaire

Zaire besitzt große Vorkommen an Kobalt und Kupfer. Mit 12,3 % der Weltvorräte an Kobalt bestreitet es 2/3 der Weltbergwerksproduktion. Diese liegt in der Hand der Gecamines, der früheren belgischen Gesellschaft, die auch die Vermarktung dominiert; beteiligt sind der Staatskonzern der SOZACOM, die African Metals Corp. (USA) und japanische Firmen.

Bei den Kupfervorräten sieht es ähnlich aus. 4,7 % der Weltvorräte werden in Zaire vermutet. Die Vermarktung liegt in der Verfügungsge-



Die schwarzen Minenarbeiter aus den Reservaten müssen für die Zeit ihres Vertrages in solchen Löchern hausen. Die Ausbeutung der schwarzen Minenarbeiter wird von den Minenbesitzern ständig verschärft.

walt der gleichen Konzerne wie beim Kobalt. Zusätzlich sind an einem Kupfer-Kobalt-Projekt die SMTF (Societe Miniere de Tenke Fugrume), die dem Staat Zaire zu 20 % gehört, beteiligt. In dieser Gesellschaft werden die anderen Anteile vom französischen Geoforschungsinstitut, der Charter Consolidated, einer Tochterfirma von Anglo American, und der japanischen Mitsui Corp. gehalten. Von den Tantalreserven der ‚westlichen' Welt werden 60 % in Zaire vermutet, die neben einer staatlichen Gesellschaft von der belgischen Geomines ausgebeutet und vermarktet werden. Eine ähnliche Bedeutung hat die Diamantenproduktion, die mit 26,1 % dicht hinter der UdSSR mit 28 % liegt. Von den Weltreserven werden hier 75 % vermutet.

Der Bergbau wird durch eine zairische Gesellschaft betrieben, aber die Vermarktung ist natürlich vollständig in den Händen von De Beers (Morgan Guaranty, USA).

Als Zaire Ende der 60er Jahre nach einem künstlichen Verfall der Kupferpreise auf dem Weltmarkt finanziell zusammenbrach, übernahm ein Bankenkonsortium unter Führung der Weltbank faktisch die Herrschaft über Zaire und vor allem die Shaba Provinz. Neben dem Morgan Guaranty Trust (USA) sind daran auch die Exim Bank (USA) und die Libysche Regierung beteiligt.

Imperialistische ‚Abhängigkeiten' und Perspektiven

Mit einem Alu-Sportrad mit 10-Gang-Schaltung könnte sie ihre Beine fit halten.

Imperialistische ‚Abhängigkeiten' und Perspektiven

Gerade in Bezug auf das südliche Afrika wird immer wieder von gravierenden Abhängigkeiten gesprochen. Dies wird mit dem Importbedarf der imperialistischen Länder belegt (s. a. Schaubild). So findet sich in einem Bericht des Wirtschaftsministeriums über die Rohstoffversorgung der BRD die Behauptung: „*Im Hinblick auf die Versorgung der westlichen Industriestaaten kann gesagt werden, daß das Rohstoffpotential der Republik Südafrika auch nicht durch so große Produzentenländer wie Kanada und Australien substituiert* [ersetzt, Anm. AK] *werden kann!*"

Solche Sätze suggerieren eine effektive ‚Abhängigkeit', durch die die Wirtschaft der BRD bei einem Ausfall starke Einbußen hinnehmen müßte. Dem steht entgegen, daß die klassischen Bergbauländer des Imperialismus immer noch die USA, Kanada und Australien sind, die auch den Hauptteil der in dieser Branche investierten Kapitalien auf sich ziehen.

Hierzu wird im Rohstoffbericht der Bundesregierung gesagt: „*Im Berichtszeitraum war unverändert erkennbar, daß die eigentlichen Träger unserer Rohstoffversorgung, die anglo-amerikanischen transnationalen Bergbaugesellschaften, ihre Explorations- und Bergbauinvestitionen weiterhin eindeutig auf die großen industrialisierten Bergbauländer USA, Kanada, Australien und — abgeschwächt — Südafrika konzentrieren.*" Zudem sind die Rohstofflagerstätten über die ganze Welt verteilt und alle imperialistischen Länder haben in den letzten Jahren Anstrengungen unternommen, ihre Bezüge zu diversifizieren, also die Bezugsländer stark zu streuen.

Speziell die USA unternehmen seit dem Machtantritt von Reagan erhebliche Anstrengungen, eigene Minen wieder durch Lockerung der Umweltschutzauflagen und Senkung der Lohnkosten zu betreiben. So erschien noch vor Reagans Wahlsieg ein Artikel im amerikanischen „Mining Congress Journal", dem Verbandsorgan der Bergbauindustrie, mit der Überschrift „Der Rohstoffkrieg". Darin wird mit dem Argument der bedrohlichen Abhängigkeit vom südlichen Afrika (s. a. Abbildung) eine verstärkte Bergbauaktivität in den USA gefordert. Dieser Prozeß ist seitdem massiv eingeleitet worden, was aber keineswegs zur Folge hatte, daß die amerikanischen Investitionen und Interessen im südlichen Afrika zurückgegangen wären, sondern umgekehrt werden aktuell die Ansprüche auf die weitere ungehinderte Ausplünderung dieser Region wesentlich aggressiver geäußert als vorher. Wie aus den aufgelisteten Kapitalbeteiligungen ausländischer Firmen im südlichen Afrika hervorgeht, sind es in den meisten Fällen auch nicht die Größen der Vorkommen oder Produktionen, die dieses Gebiet für den Imperialismus so unersetzlich machen, sondern es ist die Kombination, daß das hier eingesetzte Kapital weltweit die höchsten Profite bringt. Hierin ist das wesentliche Interesse an dieser Region zu sehen.

Auch die für einige Mineralien gefährliche Situation durch die Existenz von Bimonopolen zwischen Südafrika und der UdSSR sind weitestgehend als Propaganda für militärische Abenteuer und Hochpuschen der Abhängigkeit zu deuten. In der Zusammenfassung einer Studie des Afrika Institutes zur rohstoffpolitischen Bedeutung Afrikas für die BRD wird festgestellt: „*Die meisten Bereiche der Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika können nicht als wirklich sensibel aus der Sicht der deutschen Volkswirtschaft bezeichnet werden ... Von wirklich erheblicher gesamtwirtschaftlicher Bedeutung sind bei Auslegung stringenter Maßstäbe letztendlich nur die Bezüge von einem guten Dutzend verschiedener mineralischer Rohstoffe, bei denen die Lieferung aus Afrika — unter der Berücksichtigung der restlichen Weltmarktsituation — jeweils einen relativ hohen Prozentsatz der deutschen Versorgung ausmachen. In Bezug auf die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit eines potentiellen Lieferausfalls ist es allerdings notwendig, entsprechend zu berücksichtigen, daß auch die afrikanischen Produzentenländer dieser Rohstoffe auf die Erlöse aus ihren Exporten dringend angewiesen sind.*" Darüberhinaus sind bei den speziellen Metallen, wo das erwähnte Bimonopol besteht, sowohl Ersatzmöglichkeiten untersucht und bereitgestellt worden als auch neue Erforschungen von Lagerstätten in zahlreichen Ländern geleitet worden.

Die militärische Absicherung imperialistischer Interessen

Ein Militärberater von Reagan argumentierte bei einem Besuch der RSA, daß „*das südliche Afrika an 2. Stelle nach dem Persischen Golf in seiner strategischen Wichtigkeit für die USA steht.*" Die Gründe für diese Haltung wurde oben geschildert, doch gilt die militärische Verteidigung dieser Region weniger einer vermeintlichen Bedrohung der Seewege oder des Bergbaus durch auftauchende Sowjetarmeen, sondern sie richten sich vor allem gegen die Befreiungsbewegungen und dienen der Aufrechterhaltung des rassistischen Apartheidregimes. In einem Geheimdokument, das der südafrikanische Außenminister Botha bei seinem Besuch in den USA im Mai 81 hinterließ, versichert er, daß die Regierung vorbereitet sei, „*den US-Zugang zu entscheidenden Mineralien und Marinestützpunkten zu schützen und US-Finanz- und Handelsinteressen in der Region allgemein zu fördern, wenn Washington anerkenne, daß es keine ‚kurzfristigen' Lösungen über die Frage politischer Machtverteilungen in Südafrika gibt*". Das heißt, das Bestehen des Apartheidregimes muß anerkannt werden. Es existiert dabei eine offene unheilige Allianz zwischen der RSA und den USA, die dem Apartheidregime freie Hand und Rückendeckung für militärische Abenteuer jeder Art gewährt.

Gleichzeitig werden auch Bestrebungen, die RSA in die NATO zu integrieren oder einen Südatlantikpakt zu gründen, (wieder) aktuell. Bekannt ist, daß die NATO-Staaten beim Aufbau von südafrikanischen Militär- und Nachrichtenstationen mitgewirkt haben. Die Liste militärischer Unterstützung an Ausrüstung, Waffen und Munition, die NATO-Staaten an die RSA verkauft haben und noch verkaufen, ist endlos. Die USA, Frankreich und die BRD verhalfen ihr sogar zur Produktion von Atombomben. Nach einem geheimen Besuch von RSA-Militärs in den USA, gleich nach Beginn der Reagan-Regierung, wurde angedeutet, daß bald wieder US-Kriegsschiffe südafrikanische Häfen anlaufen würden. Auch von der Stationie-

litärs in den USA, gleich nach Beginn der Reagan-Regierung, wurde angedeutet, daß bald wieder US-Kriegsschiffe südafrikanische Häfen anlaufen würden. Auch von der Stationie-

rung der amerikanischen Sondertruppe „Rapid Deployment Forces" war die Rede.

Gerüchte über die Bildung einer SATO (South Atlantic Treaty Organisation) gibt es seit Jahrzehnten, doch Anfang des Jahres 81 meldete eine brasilianische Zeitung, daß Reagan den Plan eines Militärbündnisses zwischen Brasilien, Argentinien, Chile und der RSA plane.

Im Rahmen der Ausweitung des NATO-Bereiches südlich des Wendekreises des Krebses fand im August letzten Jahres das größte Flottenmanöver seit Jahren statt. „Ocean Venture 81" fand in acht Übungsphasen statt, die im Südatlantik begannen. Beteiligt waren Einheiten aus Brasilien, Argentinien, Venezuela, Kolumbien und Uruguay. Die oberste Übungsleitung lag beim NATO-Oberbefehlshaber Atlantik, dem auch die amerikanische Atlantikflotte untersteht. Wegen der Beteiligung südamerikanischer Diktaturen protestierten Norwegen und Dänemark zeitweise als einzige der beteiligten NATO-Staaten, nahmen letztendlich aber doch an den Manövern teil.

Abgesehen von aktuellen Entwicklungen wird die RSA mit Hilfe des Imperialismus seit Jahren aufgerüstet. Seit dem Verlust von Zimbabwe und der Erfolge der SWAPO und des ANC im eigenen Land hat die Militarisierung der RSA noch weiter zugenommen. An der Bildung der Kunststaaten (‚Homelands'), die sich wie ein Ringpuffer um die Rohstoffprovinz Widwatersrand ziehen, ist unschwer zu erkennen, daß die dort aufgestellten Bantustan-Armeen auch noch die eigenen Ausbeuter verteidigen sollen.

Ende März dieses Jahres wurde die Militarisierung des südafrikanischen Staates noch weiter gesteigert. Durch ein neues Gesetz sollen von nun an alle männlichen Weißen von 17 - 60 Jahren zum Militärdienst eingezogen und trainiert werden. Mit dieser Maßnahme soll es möglich werden, in kurzer Zeit 800.000 Soldaten gegenüber bisher 400.000 zu mobilisieren. Dies ist bei einer Gesamtbevölkerung von 4,5 Millionen schon als Generalmobilmachung zu bezeichnen. Hintergrund dieses Gesetzes sind Pläne, in den nächsten drei Jahren die südafrikanischen Besatzungstruppen in Namibia zu verstärken. Diese Pläne stimmen mit Informationen überein, die über die Gespräche des Afrika Spezialisten in der Reagan-Regierung Chester Crocker mit dem südafrikanischen Verteidigungsminister Magnus Malan bekannt wurden. Danach sagte Malan wörtlich: „*Wir wollen einen Zustand erreichen, in dem unsere dortigen Streitkräfte die SWAPO militärisch besiegen.*"

Mit Rückendeckung der USA verfolgt das südafrikanische Militär eine Politik des Terrors, der Subversion und Sabotage. Übergeordnetes Ziel ist dabei, die fortschrittlichen und sozialistischen Regierungen zu stürzen oder an den Grenzen zur RSA Sezessionskriege anzuzetteln, durch die sich Pufferstaaten bilden sollen.

Sambia wird wegen seiner Unterstützung der SWAPO immer wieder überfallen und mit Artillerie-, Raketen- und Luftangriffen attakiert. Das Land, das gegenwärtig am meisten unter der südafrikanischen Aggressionspolitik zu leiden hat, ist Angola. Die Nachbarschaft zu Namibia und die Unterstützung der SWAPO sind hierfür der Grund. Nachdem die großangelegte Invasion während des Bürgerkrieges 1975/76 völlig gescheitert ist, und es nicht gelang, ein UNITA-Marionettenregime zu installieren, führt die RSA einen nicht erklärten Zermürbungskrieg gegen Angola. Ziel ist es, zusammen mit der UNITA, den wirtschaftlichen Aufbau durch



Die Sorgen der Imperialisten: Noch mehr der rohstoffreichen Länder Südafrikas könnten Ihrer Kontrolle entzogen werden („...schwerer SU-Einfluß...")

Terror und Sabotage zu behindern. Darüberhinaus soll die Bevölkerung in den südlichen Provinzen zur Flucht veranlaßt werden, wodurch einerseits menschenleere, von der UNITA kontrollierte Pufferzonen entstehen würden und andererseits ein UNITA be-

in den südlichen Provinzen zur Flucht veranlaßt werden, wodurch einerseits menschenleere, von der UNITA kontrollierte Pufferzonen entstehen würden und andererseits ein UNITA be-

herrschter Kleinstaat im Süden Angolas entstehen soll, der die Unterstützung der SWAPO stark erschweren würde.

Was für Angola die UNITA ist, stellt für Mocambik die MNR dar, die von den ehemaligen Kolonialherren gegründet wurde, um die FRELIMO zu stürzen. Nach Informationen der „Afrique Asie" werden zur Zeit 5.000 MNR-Kämpfer in der RSA ausgebildet, die in Mocambik ihr Unwesen treiben sollen. Eine identische Politik wird gegenüber dem unabhängig gewordenen Zimbabwe verfolgt. Ebenfalls nach „Afrique Asie" werden zur Zeit 5.000 Anhänger Muzorewas in der RSA ausgebildet. Auch Nkomo wurde kürzlich aus der Regierung ausgeschlossen, ihm werden gemeinsame Putschpläne mit der RSA vorgeworfen. Besonders durch die besondere Situation des RSA-Regimes, das im Auftrag des Imperialismus seine aggressive Politik betreibt und nie einen Hehl daraus gemacht hat, daß es zur Not auch die Atombombe einsetzen werde, ist dieses Gebiet von Vernichtungskriegen gegen die afrikanische Bevölkerung bedroht. Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß der Imperialismus bereit ist, in dieser Region, bei drohendem Verlust seines Einflusses, jeden Krieg vom Zaune zu brechen, der ihm notwendig erscheint.

Imperialismus-Kommission



Dagegen in schreiendem Kontrast die Reklamekampagne des De Beers-Konzerns für Diamantenschmuck, im vergangenen Jahr mit einem Aufwand von etlichen Hundertausend Mark in den bundesdeutschen Illustrierten verbreitet – jeder verkaufte Diamant wurde mit dem Leben schwarzer Arbeiter bezahlt.

Quellen:
Bericht über die Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit mineralischen Rohstoffen, BMWI, 1980
Die wirtschaftliche und rohstoffpolitische Bedeutung Afrikas und seiner einzelnen Regionen (Südafrika, Schwarzafrika, Nordafrika) für die BRD, Inst. f. Afrika Kunde, 1981
Mineralische Rohstoffe, BMWI, 1979
Mining Congress Journal,
New African, October 1981
Informationsdienst südliches Afrika, März und Juli 1981

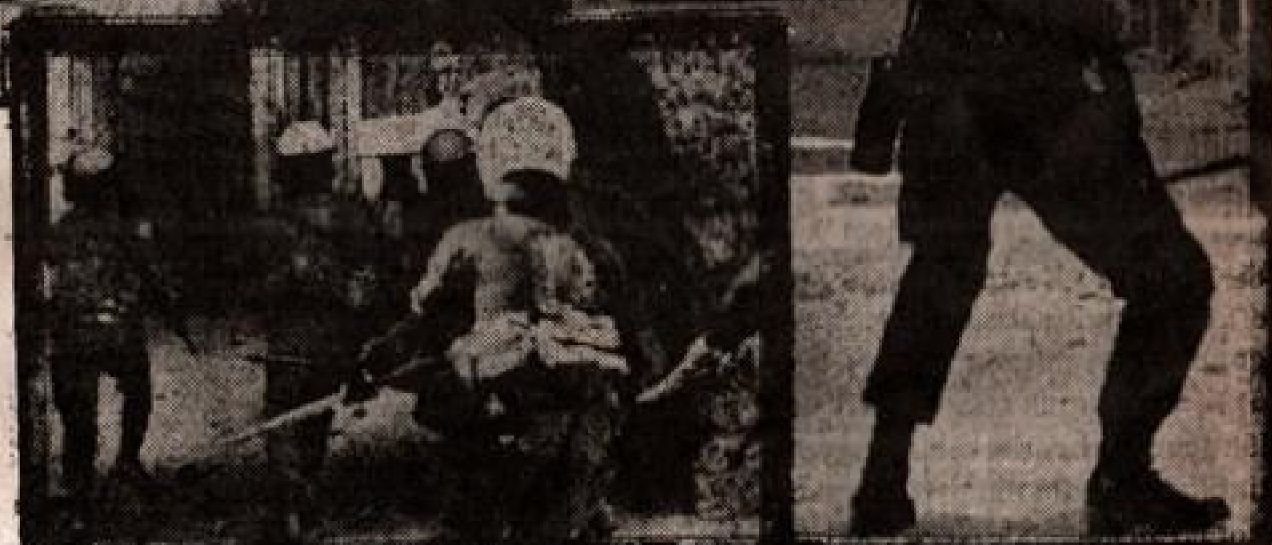
Israel:

Durch Terror zur Annektion





Tägliche Bedrohung durch kontrollierende Militärs – hier auf einem Marktplatz (1). Nach dem Anschlag von Alan Goodmann wurden Strassensperren (2) gegen die ohne Rücksicht ob Tote oder Verletzte (3 und 4) vorrückenden Soldaten und Polizisten aufgebaut.



Die gefährliche Unberechenbarkeit der Politik der Begin Regierung läßt überhaupt keine Einschätzung ihrer nächsten Schritte zu. Werden sich die Israelis tatsächlich von Sinai zurückziehen? Wollen sie einen weiteren Krieg anzetteln? Und schließlich: Wieweit wird das Vorgehen der Begin-Regierung von ihrer Schutzmacht, den USA, gedeckt? Wann werden die teilweise unterschiedlichen Interessen aufeinanderstoßen? Wenn der zweite treueste Verbündete der USA im Nahen Osten, Saudi-Arabien, und andere kompromißbereite arabische Länder durch die ständigen israelischen Provokationen keinen Spielraum mehr für ihre Politik sehen?

Nach dem Oktoberkrieg wandelte sich die amerikanische Nahost-Politik. Die Sicherung des US-imperialistischen Einflusses in der Nahost-Region wurde immer mehr zum Kampf gegen den sowjetischen Einfluß in der Region, dem einerseits durch Abhängigkeit und Unterordnung der arabischen Staaten unter die Interessen der USA, andererseits durch einen Ausgleich der arabischen Staaten mit Israel der Boden entzogen werden sollte (5). Der erste Schritt für eine solche Regelung waren die Camp-David-Abkommen zwischen Israel, Ägypten und den USA, die somit direkte Vertragspartner sind, was ihren starken Einluß in der Region verdeutlicht. Auch wenn die übrigen arabischen Staaten sich nicht an diesen Abkommen beteiligten, kann man nicht einfach nur von Separat-Abkommen sprechen, da zumindest die reaktionären, proimperialistischen Staaten, besonders Saudi-Arabien und Jordanien, trotz verbaler Gegnerschaft diese Verträge nicht nur stillschweigend duldeten und dulden, sondern die Politik der USA mittrugen. Mit dem sogenannten 8-Punkte-Vorschlag des saudischen Kronprinzen Fahd hat Saudi-Arabien
mittrugen. Mit dem sogenannten 8-Punkte-Vorschlag des saudischen Kronprinzen Fahd hat Saudi-Arabien
jetzt auch diplomatisch eine „konstruktive" Rolle übernommen, während es vorher die amerikanischen Interessen per Geheimdiplomatie und Petrodollars insbesondere in der sogenannten Ablehnungsfront arabischer Staaten durchzusetzen suchte (6). Der Waffenstillstand zwischen Israel und der PLO an der Nordgrenze Israels geht auf diesen Druck und diese „Vermittlung" zurück (7).

Für diese Politik des Ausgleichs mußte Israel nicht zahlen, es erlitt weder finanzielle Einbußen – im Gegenteil, es wurde noch mehr gefüttert –, seine militärische Vormachtstellung im Nahen Osten wurde trotz amerikanischer Waffenlieferungen und Kredite an andere arabische Länder nicht beschnitten (8) (die künftige Entwicklung im Zusammenhang mit dem amerikanisch-israelischen Kooperationsabkommen, dessen Schwerpunkt auf der Bildung einer antisowjetischen Front liegt (9) und mit der zunehmenden direkten militärischen Präsenz der USA in dem Gebiet müßte allerdings genauer untersucht und eingeschätzt werden), und Israel wurde an der Durchsetzung seiner Interessen – nämlich Okkupierung Palästinas in den Grenzen der britischen Mandatsverwaltung einschließlich der angeblich strategisch wichtigen Golanhöhen – nicht gehindert (10). Im Gegenteil, im Windschatten der Friedensverhandlungen mit Ägypten wurde der Kampf gegen das palästinensische Volk intensiviert und die Annektierung Palästinas weitgehend abgeschlossen.

Diese Politik läuft den Interessen der reaktionären arabischen Staaten nicht unbedingt zuwider: Auch sie haben ein Interesse daran, die fortschrittlichen Bewegungen und Staaten im Nahen Osten, insbesondere die Palästinenser, zu schwächen.

Die meisten oben angeführten Thesen müssen noch näher untersucht und genauer belegt werden. Dieser Artikel soll sich zunächst – aus aktuellem Anlaß – schwerpunktmäßig mit den 1967 besetzten Gebieten befassen.

Nach der formalen Annexion der Golan-Höhen sind der Gaza-Streifen und das Westjordanland ebenfalls fast vollständig dem israelischen Staat einverleibt worden. Seit der Besetzung im Juni-Krieg 1967 wurde gezielt darauf hingearbeitet.

Zunächst sollen die Hintergründe des Amoklaufs auf dem Tempelberg beleuchtet werden, da sie ein bezeichnendes Licht auf Ziele und Hintergründe zionistischer Politik werfen, auch wenn die „Tat" an sich der israelischen Politik eher geschadet hat.

Der Mörder und die KACH-Bewegung

Wegen des hohen christlichen und jüdischen Feiertages herrschte am Ostersonntag in der Gegend des Tempelberges ein reges Treiben, als plötzlich ein Vorbeter von dem Minaret aus die muslimischen Gläubigen dazu aufrief, die Moscheen zu schützen. Das Gerücht, bei den Moscheen werde geschossen, kam auf; Menschen strömten herbei, Läden in der Nähe wurden geschlossen. Israelische Soldaten versuchten, Maschinenpistolen im Anschlag, die herbeigeeilten Araber zu zerstreuen. In dieser Situation gelangte der uniformierte Goodman hinter die Absperrungen und schoß wild in die Menge, bis seine Munition ausging. Augenzeugen berichteten, daß das zweite Opfer bei den nachfolgenden Protesten von bewaffneten israelischen Zivilisten ermordet wurde (11).

Goodman war 1977 aus den USA eingewandert. Er lebte zunächst in mehreren Kibbutzim, bis er an einem religiösen jüdischen Seminar (Jeschiva) studierte. Die Behörden prüfen den Verdacht, daß Goodman der KACH-Bewegung angehört, dem israelischen Zweig der faschistoiden „Jüdischen Verteidigungsliga", deren Wortführer Rabbi Meir Kahane ist. Goodman selbst nennt seine Tat „eher eine politische Aktion als eine Rechtsangelegenheit". Beim Betreten des Gerichts schrie er, das Siegeszeichen machend, „Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, für die nationale Befreiung" (13).

Die oppositionelle Shinui-Partei (Abspaltung aus der aufgelösten „Demokratischen Bewegung für den Wandel") erklärte in einem Kommunique, daß rechtsextreme Gruppen existieren, die Gewalt gegen Araber predigen, wie die Jüdische Verteidigungsliga des Rabbi Kahane, und die ein Klima für solche Taten schaffen. Die Regierung trete solchen Gruppen nicht ernsthaft entgegen (11).

Die KACH-Bewegung, als Partei 1972 gegründet, fordert ein „Groß-Israel" vom Euphrat bis zum Nil, das ihnen von Gott versprochen sei. Deshalb müßten die 1967 besetzten Gebiete mit Israel vereinigt und mit israelischen Siedlungen durchsetzt werden. Fünf Voraussetzungen legen die Beziehungen zu dem palästinensischen (arabischen in ihrem Sprachgebrauch, da ein palästinensisches Volk für sie nicht existiert) fest: Alle Araber hassen den Judenstaat; der jüdische Staat kann niemals die Araber gleichberechtigt in das soziale Gefüge einbeziehen; die hohe Geburten-
sche Staat kann niemals die Araber gleichberechtigt in das soziale Gefüge einbeziehen; die hohe Geburten-
rate der Araber bedroht die jüdische Souveränität in Israel; die einzige Lösung des arabischen Problems ist der „Umzug" (sprich Vertreibung) der arabischen Bevölkerung in andere Länder. Falls diese Lösung nicht angenommen würde, würde sich Israel in kurzer Zeit einer „blutigen Tragödie" gegenübersehen. Araber, die freiwillig das Land verlassen, sollen entschädigt werden, die anderen gewaltsam deportiert.

KACH zählt nach eigenen Angaben 6.000 Anhänger, brachte es in Wahlen nie zu einem Sitz in der Knesseth (1981 5.128 Stimmen, 0,25 %). KACH baute Anfang der 70er Jahre in den besetzten Gebieten die Wehrsiedlung Kiryat Arba auf, die seitdem wegen ständiger Provokationen gegen die palästinensische Bevölkerung in Hebron berüchtigt ist. Hauptbetätigungsfelder sind außerdem Tel Aviv und der vor allem von Arabern bewohnte Nordteil Israels (Galiläa) (14).

KACH betrachtet selbst die rechtsradikale Siedlungsbewegung Gush Emunim (mit Rabbi Levinger an der Spitze) als gemäßigt, da sie sich nicht direkt für die Vertreibung der arabischen Bevölkerung ausspricht und sich auf „zu enge" Grenzen beschränkt: das britische Mandatsgebiet Palästina, zuzüglich der Golanhöhen (14).

Die KACH-Bewegung wurde vor zwei Jahren verdächtigt, einen Anschlag gegen die beiden wichtigsten Moscheen in Jerusalem vorbereitet zu haben. Zwei ihrer Mitglieder sind in Haft, da sie ein großes Sprengstofflager angelegt hatten. In der letzten Zeit wurden gegen die Gläubigen in den Moscheen wiederholt Provokationen begangen. Der hohe islamische Rat, der die muslimischen Heiligtümer verwaltet, beklagte sich über mehrere Drohbriefe in den letzten Tagen und rief zu einem einwöchigen Generalstreik der muslimischen Bevölkerung auf (11).

Der israelische Innenminister „beklagte" das Attentat, beschuldigte aber gleichzeitig den islamischen Rat, mit dem Streikaufruf Unruhen anstacheln zu wollen (11). Der saudische König Khalid rief die islamischen
mit dem Streikaufruf Unruhen anstacheln zu wollen (11). Der saudische König Khalid rief die islamischen
Staaten dazu auf, am 14.4. in einen Solidaritätsstreik mit dem palästinensischen Volk zu treten. Der Streikaufruf wurde in Ägypten nicht befolgt.

Kaum Unterschiede zur offiziellen Regierungspolitik

Die rechtsradikalen zionistischen Gruppen – wie z. B. die KACH-Bewegung und die Siedlungsbewegung „Gush Emunim" – stehen allerdings nicht so sehr im Abseits der offiziellen israelischen Politik des Likud-Blockes, wie es den Anschein hat (15). Diese wiederum unterscheidet sich nur in Nuancen von der Politik des bis Mai 1977 regierenden „Arbeiterblockes". Das wird am Beispiel der Siedlungspolitik weiter unten erläutert. Zu bedenken ist, daß der unerwartet hohe Wahlsieg des Likud-Blockes, der innenpolitisch total abgewirtschaftet hatte, vor allem auf die Außenpolitik (einschließlich Drohungen gegen die PLO und Versuche ihrer Zerschlagung) und die Siedlungs- bzw. Annexionspolitik zurückzuführen ist. Im Wahlprogramm des Likud-Blockes beispielsweise waren neben dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen nicht nur die Golan-Höhen, sondern auch Transjordanien als zum historischen Vaterland der Juden gehörig aufgezählt worden (16). Begründet wurde dies nicht etwa mit Sicherheitsinteressen (wie gern gegenüber der Weltöffentlichkeit), sondern ideologisch. Die Siedlungsbewegung Gush Emunim – die immerhin auf Transjordanien „verzichtet" – wendet sich ebenfalls bei der Begründung für die Errichtung der Siedlungen gegen das Prinzip der „Sicherheit". Der Gush-Emunim-Sekretär Katzover spricht in diesem Zusammenhang von der *„Verwirklichung der Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes". „Wir meinen, daß jeder, der Judäa und Samaria* (17) *nur unter dem Aspekt der Sicherheit betrachtet, damit automatisch zu ver-*
jeder, der Judäa und Samaria (17) *nur unter dem Aspekt der Sicherheit betrachtet, damit automatisch zu ver-*
stehen gibt, daß wir dort im Grunde keinerlei Rechte haben, obwohl es unser Land und unsere Heimat ist ..." (18).

Vom Likud-Block Begins wurden KACH und Gush Emunim geradezu gefördert. Mit ihren teilweise spektakulären Aktionen (Marsch durch das Westjordanland 1976, als dort der palästinensische Widerstand am größten war; massenwirksame Aktionen in der Verkleidung von Sinai-Siedlern (frisch zugereist), die der Weltöffentlichkeit den großen Verzicht Israels auf den Sinai zugunsten des Friedens vorspiegeln sollen) werden sie als Aushängeschild des „Volkswillens" benutzt, dem die „Friedenspolitik" Begins viel zu kompromißbereit ist. Vor allem die Gush Emunim bildet das Rückgrat der Siedler in den Zentren der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten, die nach dem Siedlungsplan des „Arbeiterblocks" ausgespart werden sollten (s. Karte 1). Von 1975 bis 1979 (also beginnend unter der Arbeiterblock-Regierung) gründete Gush Emunim im größten zusammenhängenden arabischen Gebiet des Westjordanlandes elf (plus fünf in anderen Gebieten) Siedlungen (19). In letzter Zeit wurden Siedler bewaffnet und terrorisieren die palästinensische Bevölkerung.

1967 – Grundsteine für die Annexion

Wie schon während des israelisch-arabischen Krieges 1948/49 versuchte die israelische Armee während und unmittelbar nach dem Juni-Krieg 1967, einen möglichst großen Teil der palästinensischen Bevölkerung zu vertreiben. Zerstörung ganzer Dörfer

auch nach der Waffenruhe, Schüsse über die Köpfe der Bewohner hinweg, Lautsprecherdurchsagen, die zur Flucht aufriefen, trieben Hunderttausende von Palästinensern in die Flucht (20). Die Zionisten waren dabei unterschiedlich erfolgreich. Auf den Golan-Höhen wurden 93 % der Bevölkerung vertrieben. Auf den Westbanks blieben beispielsweise in der Gegend um Jericho von 85.000 Menschen dieses Gebietes (meist Flüchtlinge aus dem vorigen Krieg) nur 10.000 zurück. Entvölkerung als erste Voraussetzung für die Annexion. Im Gaza-Streifen, der durch die Flüchtlinge vom Krieg 1948 sowieso total übervölkert war, wurden – auch in der Folge – die wenigsten Siedlungen angelegt, stattdessen wuchsen die Siedlungen im Nordteil des Sinai, an den Gaza-Streifen anschließend. Besonderes Augenmerk wurde auf die Gegend um Jerusalem gelegt. Am 28.6.67 dehnte das israelische Parlament die Stadtgrenzen von Jerusalem aus und annektierte das Gebiet (siehe Karte 2), nachdem nur einen Tag vorher ein Gesetz verabschiedet war, das es erlaubte, israelische Verwaltung *„auf jeden Teil von Erez Israel auszudehnen, wann immer das die Regierung für notwendig hält"* (21). In dieser illegal annektierten Zone wohnten zuletzt etwa 70 % aller Juden, die in den besetzten Gebieten „angesiedelt" wurden, das sind 90.000. Die offizielle Annexion Jerusalems erfolgte also schon 1967 (19), während der 31. Juli 1980 nur das Datum ist, an dem Begin Jerusalem provokativ zur ungeteilten Hauptstadt Israels erklärte. Moshe Dayan, Held des Juni-Krieges und langjähriger „Verteidigungs"- und Außenminister unter Arbeiterblock- und Likud-Block-Regierungen, erklärte nach dem Juni 1967: *„Wir müssen, ohne die formale Annexion der besetzten Gebiete zu proklamieren, in diesen befreiten Gebieten Tatsachen schaffen"*. Die beiden israelischen Oberrabbiner forderten: *„Das Land wurde uns von dem Allmächtigen versprochen, und alle Propheten sagten uns unsere Rückkehr voraus. Deshalb ist es für jeden Juden verboten, jemals an die Rückgabe irgend-*

sachen schaffen". Die beiden israelischen Oberrabbiner forderten: *„Das Land wurde uns von dem Allmächtigen versprochen, und alle Propheten sagten uns unsere Rückkehr voraus. Deshalb ist es für jeden Juden verboten, jemals an die Rückgabe irgend-*

eines Teiles des Landes unserer Vorväter zu denken" (21).

Diese beiden Äußerungen können als Richtlinie des Handelns aller israelischen Regierungen seit der Zeit angesehen werden.

Einen Monat nach dem Waffenstillstand 1967 legte der damalige Außenminister Allon, dem Arbeiterblock angehörend, einen Siedlungsplan vor, der zwar von der Regierung nicht offiziell angenommen, aber doch zur Grundlage ihrer Politik gemacht wurde (s. Karte 1). Der Plan sah die endgültige Annexion Jerusalems vor, dessen Stadtgrenzen schon vorher ausgedehnt worden waren, die Annexion des Gaza-Streifens und eines 10 bis 15 km breiten Streifens entlang des Jordans. Die restlichen Gebiete sollten zum Gegenstand von Friedensverhandlungen mit Jordanien gemacht werden und diesem eventuell zurückgegeben werden (21). Diese sogenannte „jordanische Option" ist inzwischen längst gestorben.

Was aber hätte sie gebracht? Die kleinen Enklaven auf den Westbanks wären bestenfalls Verhandlungsgegenstand in Friedensverhandlungen zu israelischen Bedingungen geworden. Abgesehen davon wachten die Zionisten seit jeher über die politischen Verhältnisse in Jordanien: Ben Gurion drohte mehrmals, daß Israel jedes „revolutionäre Unternehmen" in Jordanien bekämpfen würde. Vor dem Bürgerkrieg 1970 in Jordanien drohte der israelische Generalstabschef Bar Lev, daß *„die israelischen Streitkräfte bereit sind, bedeutende Maßnahmen zu ergreifen, um die Fedayin zu zermalmen, falls Hussein das nicht gelingt"* (22).

Immerhin hielt auch Hussein diese Pläne am Leben. Vor den Gemeinderatswahlen 1972, die im wesentlichen die alten Notabeln und Feudalisten in die Bürgermeisterämter brachten, legte Hussein einen Föderationsplan für die Westbanks und Jordanien vor (23), den die alten Führer gern aufgriffen, da sie ihren Einfluß gestärkt sahen. Noch nach dem Jerusalem-Besuch Sadats signalisierte Hussein seine Bereitschaft zu Verhandlungen mit Israel und träumte, die freie Entscheidung der Palästinenser im Munde führend, von einer „bundesstaatlichen Lösung" (zwischen den Westbanks, Gaza und Jordanien) (24).

Eine solche Lösung schien damals noch im Bereich des Möglichen zu liegen. Unter Carter wurde eine spezielle Nahost-Kommission eingesetzt, die 1975 den Brookings-Plan herausgab (vergl. Anm. 5). Unter anderem gehörte der ehemalige Sicherheitsberater Brzesinski dieser Kommission an. In dem Bericht wurde für die Lösung des Nahost-Konfliktes vorgeschlagen: *„Erste Grundlage für eine Regelung muß der ausgehandelte und*

gab (vergl. Anm. 5). Unter anderem gehörte der ehemalige Sicherheitsberater Brzesinski dieser Kommission an. In dem Bericht wurde für die Lösung des Nahost-Konfliktes vorgeschlagen: *„Erste Grundlage für eine Regelung muß der ausgehandelte und*

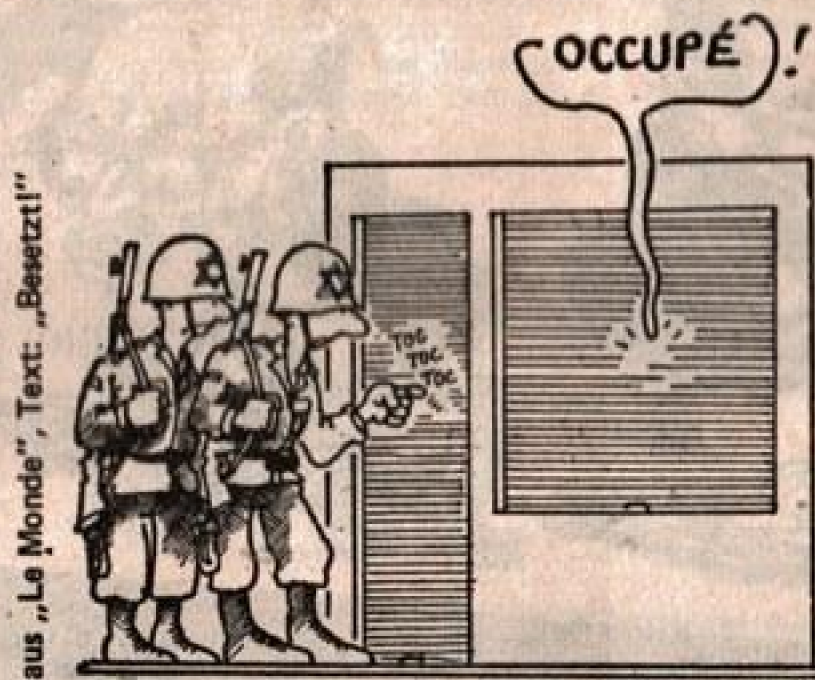
einverständliche Austausch zwischen den israelischen Bedürfnissen nach Frieden und Sicherheit und den arabischen Bedürfnissen nach einer Räumung der 1967 besetzten Gebiete und nach palästinensischer Selbstbestimmung sein". Im weiteren war die Rede von einem unabhängigen palästinensischen Staat oder von einer palästinensischen Entität, *„die freiwillig mit Jordanien föderiert, aber die extensive politische Selbstverwaltung genießt, die König Hussein vorgeschlagen hat"* (25). Der Vorschlag der Kommission fußte auf den UN-Resolutionen 242 und 338, die nach dem Juni-Krieg verabschiedet wurden und den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten forderten. Die Wiedereinberufung der Genfer Konferenz war sogar im Gespräch. Ob ernsthaft angestrebt, ist zu bezweifeln, da der Report Handlungsanweisungen für die Zurückdrängung der Sowjetunion aus dem Nahen Osten liefern sollte; außerdem hatte sich die Kissinger-Diplomatie als erfolgreich erwiesen, die zum Truppenentflechtungsabkommen auf dem Sinai (1974) und auf dem Golan (1975) in separaten Verhandlungen führte und die USA zum Hauptakteur in der Nahost-Krise gemacht hatte.

Auf die Auswirkungen dieser Politik auf die PLO soll hier nicht eingegangen werden. Insbesondere in den besetzten Gebieten fand die sogenannte Ministaat-Lösung Widerhall.

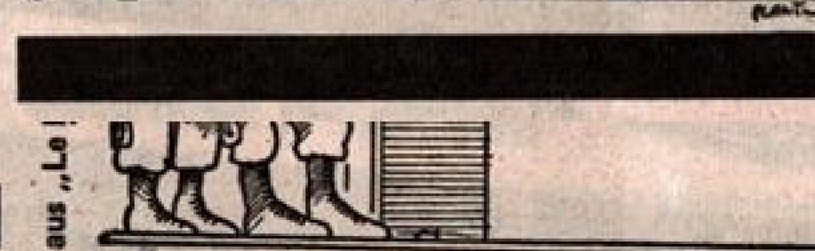
Inzwischen hatten die Zionisten in den besetzten Gebieten eine schärfere Gangart eingeschlagen. Die unter israelischer Kontrolle und auf israelischen Druck durchgeführten Wahlen in den besetzten Gebieten hatten zum einen kompromißbereite, der Zusammenarbeit mit Jordanien und Israel nicht abgeneigte Angehörige der herrschenden Schicht an die Macht gebracht. Durch die Wahlen waren außerdem erste Schritte für eine Scheinautonomie gelegt.

Nach dem Oktoberkrieg 1973 wurde die Siedlungspolitik forciert. Als Beispiel seien wiederum die Golan-Höhen angeführt. Zu Beginn des Oktoberkrieges gab es etwa 600 jüdische Siedler auf dem Golan (100.000 arabische Einwohner waren vertrieben worden!), die zum Teil zu Beginn des Krieges flüchteten. Der ehemalige Außenminister Allon gab später an: *„Die Lektion, die wir im Yom Kippur-Krieg (Oktober 1973) gelernt hatten, lautete, jede Siedlung muß zu einem militärischen Fort verstärkt werden"* (19). Schon zu Beginn des Jahres 1974 waren 18 Siedlungen mit 1.800 Menschen errichtet, zwei Jahre später waren es 20 mit 2.200 Siedlern. Noch unter der Arbeiterblock-Regierung wurde mit dem Bau der Stadt Qatzrin für 20.000 Einwohner begonnen.

In den Westbanks machte die Regierung – neben verstärktem Siedeln, das immer mit Beschlagnahme von Land einherging (1967 bis 1970 16 Siedlungen, 1971 bis 1976 weitere 21 (19) – im Oktober 1975 den Vorschlag einer „administrativen Autonomie". In diesem Zusammenhang sollten Kommunalwahlen turnusgemäß stattfinden. Diese Wahlen endeten mit einem Sieg der palästinensischen Opposition, die lange diskutiert hatte, ob sie gegen die alteingesessene, kompromißbereite Führungsclique antreten sollte, da damit eine gewisse Anerkennung der israelischen Besatzungspolitik verbunden war (26). Die Mehrheit der Stadträte und Bürgermeister bekannte sich mehr oder minder offen zur PLO als einzigen Vertreterin des palästinensischen Volkes. Wegen des Versuchs der israelischen Regierung, die Mehrwertsteuer in den besetzten Gebieten einzuführen, kam es zu großen Protestaktionen. Daraufhin zogen die israelischen Behörden die Schrauben fester an. Der Berater des Militärgouverneurs für arabische Angelegenheiten wurde ausgewechselt. Menachem Milson, der heutige „Zivilgouverneur", nahm von nun an dieses Amt wahr. Der Kurs der totalen Konfrontation war festgelegt. Als erstes wurden die Befugnisse der neuen Bürgermeister eingeschränkt. Sie hatten fortan nicht mehr das Recht, die Bevölkerung gegenüber der Militärregierung zu vertreten, sie durften nur noch verwaltungstechnische Arbeiten durchführen. Auch das wurde total behindert, Arbeiten zur Verbesserung der Infrastruktur wurden nicht mehr genehmigt. All dies sollte den Bürgermeistern die Unterstützung der Bevölkerung entziehen (27). Heute macht „Verteidigungs"minister Sharon den heutigen Oppositionsführer Peres verantwortlich, die Wahlen in den Westbanks 1976 überhaupt zugelassen zu haben. Damit trage er die Schuld an den heutigen Unruhen in den besetzten Gebieten (28).



aus „Le Monde", Text: „Besetzt!"


aus „Le



Besatzungspolitik unter der Begin-Regierung

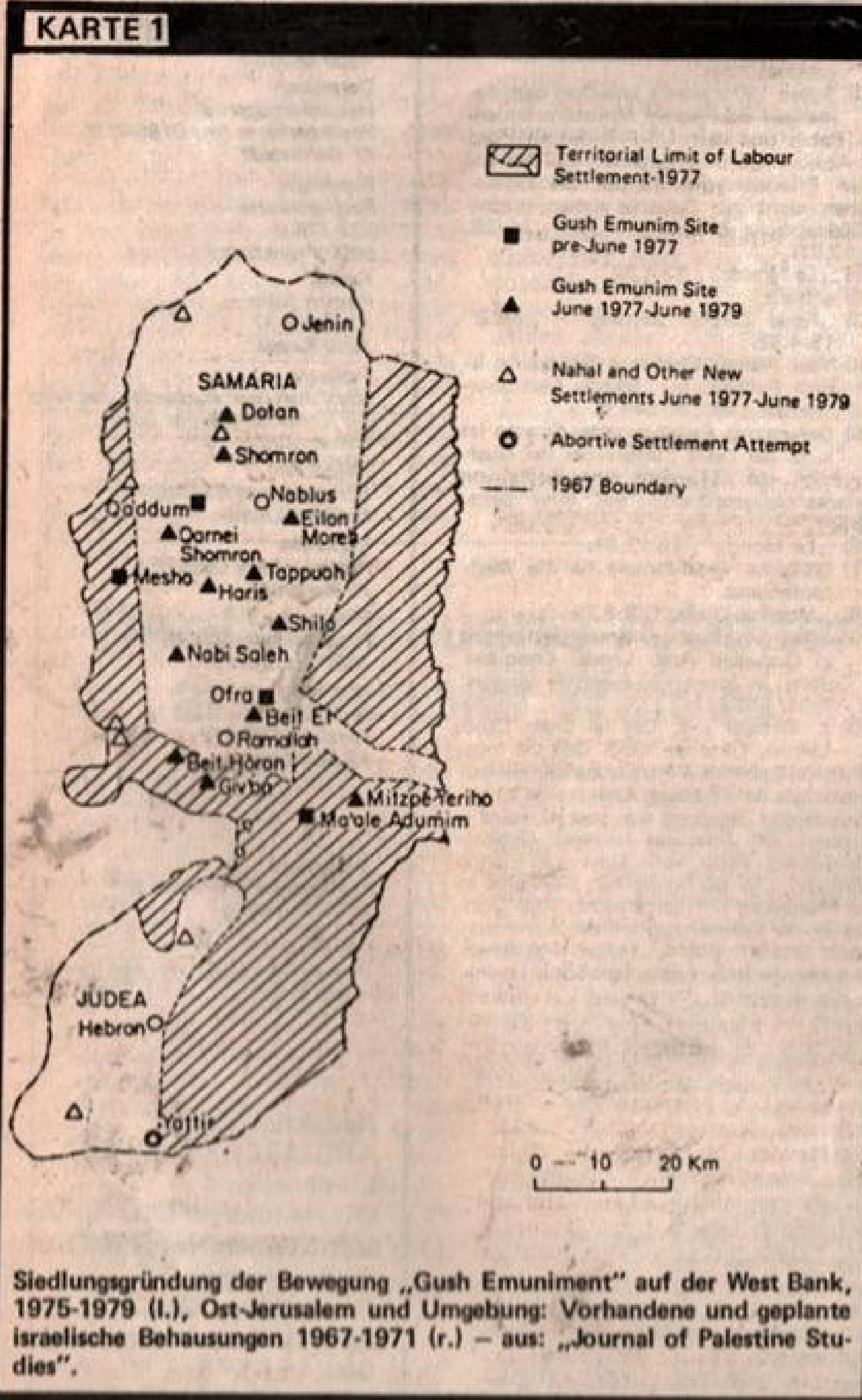
Mit Antritt der Begin-Regierung (1977) wurde die repressive Besatzungspolitik noch forciert. Der Siedlungsbau wurde verstärkt vorangetrieben. Vor den Parlamentswahlen 1981 brüstete sich der damalige Landwirtschaftsminister Sharon mit seinen Leistungen auf diesem Gebiet: *„Meist werden Regierungen getadelt, daß sie ihre Pläne nicht verwirklichen. Wir haben getan, was wir angekündigt haben. Es gab, als wir ins Amt kamen, schon 20 bis 30 Siedlungen. Ich sagte, laßt uns noch weitere 55 errichten. Jetzt sind es schon 82"* (29).

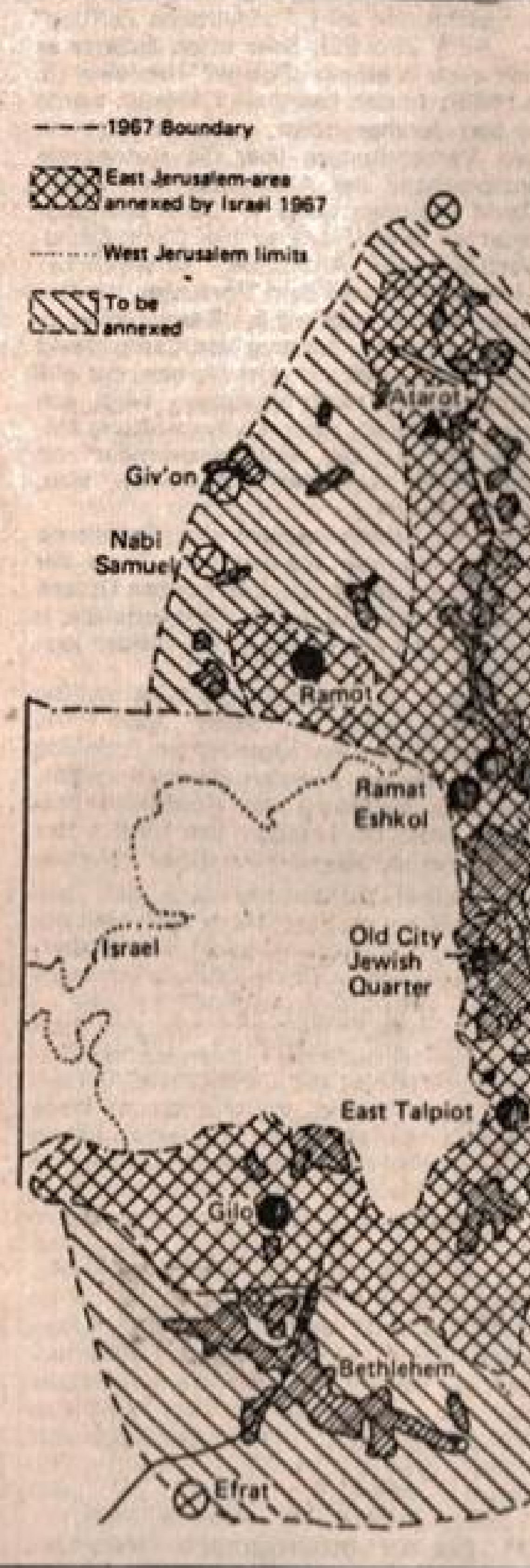
Der israelische Ministerpräsident Begin legte im Dezember 1977, also unmittelbar nach dem Jerusalem-Besuch Sadats im November, einen „Autonomie"-Plan vor, der keine Zweifel an der endgültig geplanten Annexion des Gebietes ließ. Im Begin-Plan wurde festgelegt,

– daß die Palästinenser niemals einen eigenen Staat an Israels Grenzen weder im Westjordanland noch im Gaza-Streifen bekommen werden;
– daß keine israelischen Siedlungen aufgegeben werden, und daß die Israelis weiterhin das Recht erhalten sollen, im Westjordanland und im Gaza-Streifen Land zu kaufen;
– daß *„für die Sicherheit und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in den Gebieten von Judäa, Samaria und des Gaza-Distriktes die israelischen Behörden verantwortlich sind"* (30).

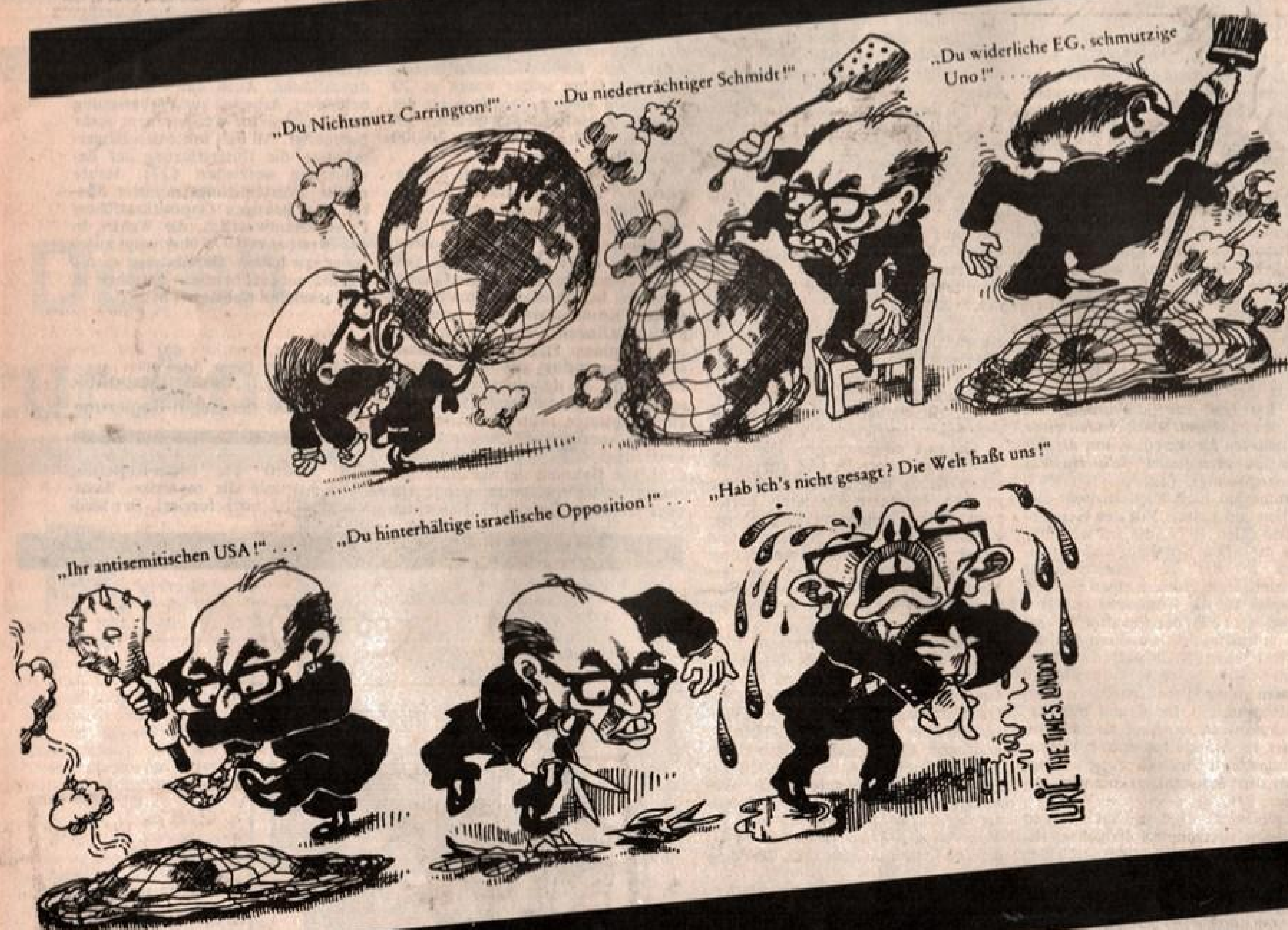
Dieser Plan wurde die Grundlage für die in den Camp-David-Abkommen vorgeschlagenen „Autonomie"-Regelungen. Die Siedlungsfrage und der endgültige Rückzug der Zionisten aus den besetzten Gebieten wurde von vorneherein ausgeklammert, den Palästinensern wurde eine gewisse Verwaltungsautonomie zugesichert, die Militärregierung sollte abgeschafft werden, die militärische Besetzung jedoch bleiben. Diese zwischen den USA, Israel und Ägypten 1978 festgelegten Regelungen sind inzwischen von den Zionisten weitgehend eingeführt worden. Sie sollen zwar noch Verhandlungsgegenstand zwischen Ägypten und Israel sein, aber entgegen den Abkommen erst nach dem Rückzug Israels von der Sinai-Halbinsel. Der ägyptischen Regierung kann das nur recht sein: Kann sie doch, ohne Konsequenzen, nach wie vor den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und die gegenseitige Anerkennung Israels und der PLO fordern, wie zuletzt auf der Versammlung der Blockfreien in Kuwait. Sicher werden diese verbalen Forderungen Ägypten die Rückkehr in den Schoß der arabischen Reaktion erleichtern.

Es war klar, daß diese „Angebote" einer Autonomie ohne Land, mit der Aussicht, durch Beschlagnahme, Enteignungen und Wasserraub weiteres Land zu verlieren, beim palästinensi-





Siedlungsgründung der Bewegung „Gush Emuniment" auf der West Bank, 1975-1979 (l.), Ost-Jerusalem und Umgebung: Vorhandene und geplante israelische Behausungen 1967-1971 (r.) – aus: „Journal of Palestine Studies".



schen Volk auf schärfste Ablehnung stoßen würde. Die Zionisten fanden keine Kollaborateure für ihre „Autonomie“.

Umso schärfer ging Israel gegen die gewählten Bürgermeister vor, die Sharon kurz und bündig „PLO-Terroristen“ nennt (31). Seit 1978 versucht die Militärregierung, sogenannte Dorfligen aufzubauen, besetzt mit kollaborationswilligen Elementen in Konkurrenz zu den gewählten Stadträten. Während die Rechte der Bürgermeister und Stadträte ständig beschnitten werden, erhalten die Dorfligen Geld, Waffen und verschiedene Vollmachten. Etwa seit 1980 setzte direkter Terror gegen die Bürgermeister ein, die mit den Vertretern von Berufsverbänden etc. im Nationalen Führungskomitee die Kämpfe der palästinensischen Bevölkerung gegen die Autonomiepläne und die Besatzungspolitik koordinierten. 1980

direkter Terror gegen die Bürgermeister ein, die mit den Vertretern von Berufsverbänden etc. im Nationalen Führungskomitee die Kämpfe der palästinensischen Bevölkerung gegen die Autonomiepläne und die Besatzungspolitik koordinierten. 1980

wurde das Komitee gezwungen, seine Arbeit einzustellen. Die Bürgermeister von Halhoul und Habron, Milhem und Qawasmeh, wurden Anfang Mai 1980 ausgewiesen; auf die Bürgermeister Schakaa (Nablus), Khalaf (Ramallah) und Al-Tawil (Al Bireh) wurden am 2. Juni 1980 Mordanschläge verübt; Bassam Schakaa verlor beide Beine, Khalaf einen Fuß. Die Spuren führen über die rechtsradikalen bewaffneten Siedler direkt zur Regierung. Die bewaffneten Siedler begannen gleichzeitig verstärkt, die palästinensische Bevölkerung zu terrorisieren. Immer häufiger werden Palästinenser von bewaffneten „Zivilisten“ verletzt oder umgebracht.

Seit der Einsetzung einer „Zivilverwaltung“ in den besetzten Gebieten, ausgerechnet mit Menachem Milson an der Spitze, reißen die Proteste und Unruhen in den besetzten Gebieten nicht ab. Sie eskalierten, als im April die Bürgermeister Al-Tawil (Al-Birh) und eine Woche später Khalaf (Ramallah) und Schakaa (Nablus) abgesetzt wurden, weil sie nicht mit der Zivilregierung zusammenarbeiten wollten. „Nationalismus und Extremismus“ wurde als Entlassungsgrund angegeben, was im Einvernehmen mit der Regierungsentscheidung steht, „PLO-Sympathisanten“ aus Schlüsselpositionen fernzuhalten (33). Der zivile Gouverneur Milson gab sich ganz als Militär, als er davon sprach, daß in den besetzten Gebieten jetzt die Entscheidungsschlacht um den Einfluß auf die Bevölkerung geschlagen werde. Israel kämpfe gegen die PLO und nicht gegen die Palästinenser, die man vor Einschüchterung (durch die PLO) schützen wolle. Die geplanten Wahlen zum Verwaltungsrat könnten erst dann stattfinden, wenn die PLO-Gefahr gebannt sei (34). Die „Jerusalem Post“ erklärte das brutale Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung folgendermaßen: *„Da die israelische Obrigkeit durch die Feuereinstellung im Libanon daran gehindert ist, die militärischen Kräfte der PLO jenseits der Grenze niederzukämpfen, konzentriert sie sich auf das Bemühen, die Organisation in den besetzten Gebieten politisch zu vernichten“* (34). Bleibt hinzuzufügen: mit Kampfpanzern, Maschinenpistolen, 40 Armeeposten an strategisch wichtigen Stellen, mit einer ständig steigenden Zahl von Toten und Verletzten. Von Annexion reden darüber hinaus die israelischen Politiker inzwischen fast täglich.

Nahost-Kommission

Anmerkungen

Anmerkungen

(1) Schon Ende März erließ der israelische Verteidigungsminister Sharon vier Warnungen an Ägypten: Israel werde sich am 25.4. nicht aus dem Sinai zurückziehen, wenn bis dahin die Grenzstreitigkeiten nicht beigelegt sind (es geht vor allem um einen Hotel- und Freizeitkomplex auf einem 600 m breiten Streifen); bei Verletzung der Camp-David-Abkommen durch Ägypten werde Israel innerhalb von 24 Stunden den Sinai wieder besetzen; die ägyptisch-israelischen Verhandlungen über die Autonomie für das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten werden in Jerusalem stattfinden oder sie werden nicht stattfinden (eine glatte Provokation, wenn man bedenkt, daß sich Ägypten bisher immer gegen die Annexion Jerusalems ausgesprochen hat); im Falle des Scheiterns werde Israel die besetzten Gebiete annektieren („Le Monde“, 24.3.82).

Inzwischen wirft Israel Ägypten Vertragsverletzungen vor, die mehr als ein Jahr zurückliegen: Einschleusung ägyptischer Truppen in die entmilitarisierte Zone, Waffenschmuggel an die Palästinenser im Gaza-Streifen (von 1981 bis heute 1.500 Granaten) („Frankfurter Rundschau“ – „FR“, 14.4.82), und schließlich Kontaktaufnahme zur PLO.

Auch bei einem vollständigen Rückzug könnte man von ägyptischer Souveränität über den Sinai nicht sprechen. In der Zone A am Suezkanal darf Ägypten 230 Panzer, Artillerie und Luftabwehr stationieren, diese Zone darf auch überflogen werden, allerdings dürfen keine Flugplätze installiert werden; in der Zone B dürfen sich 4.000 Mann Grenzpolizei aufhalten; Zone C, die jetzt geräumt wird, wird einer multinationalen Truppe unterstellt. In der drei km breiten Zone D auf israelischer Seite darf Israel 4.000 Soldaten stationieren („FR“, 16.4.82).

Die Zone C, die jetzt geräumt wird, wird praktisch zu einem Truppenübungsplatz der NATO und der USA. Der größte Teil der 2.600 Mann-Truppe wird von den USA gestellt; die ersten 600 US-Soldaten gehören zur 82. Luftlandedivision, die Teil der Schnellen Eingreiftruppe sind („Le Monde“, 16.3.82). Im israelisch-ägyptischen Friedensvertrag war von UN-Truppen oder einer multinationalen Truppe die Rede. UN-Truppen hätten das Veto-Recht der Sowjetunion bedeutet, was mit der Aufstellung einer US-treuen Truppe umgangen wurde.

(2) Große Truppenkonzentrationen an der Nordgrenze Israels haben sowohl die USA als auch die Sowjetunion gemeldet. Angeblich unternehmen die USA die größten Anstrengungen, um die Begin-Regierung, jedenfalls vor dem 25.4., von einem neuen Waffengang abzuhalten. Dieser soll erfolgen, wenn das israelisch-palästinensische Waffenstillstandsabkommen verletzt wird. Die israelische Regierung sieht diesen Tatbestand schon erfüllt durch die Erschießung eines israelischen Diplomaten in Paris, da nach ihrer Version die PLO dahintersteckt und da für Israel zum Waffenstillstandsabkommen auch gegen den jüdischen Staat gerichtete Aktionen in der g a n z e n Welt gehören. Selbst die französische Regierung hatte zu dem Vorfall erklärt, die PLO sei wahrscheinlich unschuldig („Le Monde“, 7.4. und 13.4. 1982).

(3) Sharon äußerte in der letzten Zeit wiederholt, daß eine Annexion nicht ausgeschlossen sei („Süddeutsche Zeitung“ – „SZ“, 23.3.82). Sehr offen äußerte er sich auch in einem „Spiegel“-Interview (5. 4.1982): In den besetzten Gebieten werde

1982).
(3) Sharon äußerte in der letzten Zeit wiederholt, daß eine Annexion nicht ausgeschlossen sei („Süddeutsche Zeitung“ – „SZ“, 23.3.82). Sehr offen äußerte er sich auch in einem „Spiegel“-Interview (5. 4.1982): In den besetzten Gebieten werde

so hart durchgegriffen, weil man jetzt mit den Verhandlungen über die Autonomie entsprechend der Abkommen von Camp David beginnen wolle. – Dann allerdings redet er davon, daß er die Camp-David-Verträge per Anordnung verwirkliche: „Ich kam also mit dem Vorschlag, die Rolle der Militärregierung in diesem Gebiet zu teilen, denn der Vertrag von Camp David sieht ja vor, daß wir dort bleiben, der Militärgouverneur aber abgezogen wird. Ich beschloß daher, diese Zivilverwaltung einzusetzen, die der Militärgouverneur mit Vollmacht ausstattet“. Annexion also, nichts weiter.

(4) Die Drusen weigern sich, israelische Kennkarten anzunehmen. Trotz der Aufhebung der Belagerung können Drusen ohne Ausweise das Gebiet nicht verlassen, ja nicht einmal ihr Vieh auf den Weiden versorgen.

(5) Vergl. W. Hollstein, die USA und der Nahe Osten, in „Orient“, März 1978. Hollstein zitiert den sogenannten Brooking-Report, dessen Autoren davon ausgehen, daß eine Beilegung des Konfliktes zwischen Israel und Arabern den Einfluß der Sowjetunion, den sie dank dieser Polarisierung besitzt, vermindern würde, daß „jedwede Lösung des Konfliktes, auch eine nur partielle, die Notwendigkeit der Araber, auf sowjetische Unterstützung angewiesen zu sein, beträchtlich vermindern würde“.

(6) Zu einer Erklärung Riads, sich auch künftig nicht an Friedensverhandlungen im Rahmen der Camp-David-Abkommen zu beteiligen, erklärte der damalige Sicherheitsberater Allan, die Saudis hätten sich aktiv bei der Beilegung der Kämpfe im Libanon bemüht; man hoffe, sie auf längere Sicht für den Friedensprozeß zu gewinnen („SZ“, 31.10./1.11.81). Saudi-Arabien ist inzwischen zu einem Militärstützpunkt der USA ausgebaut worden, der jederzeit genutzt werden kann. Z. B. geben die Saudis 70 % ihres riesigen Militärbudgets für Infrastrukturmaßnahmen aus, die nur von einer riesigen Armee, nicht aber von den 50.000 Mann der Saudis genutzt werden könnten (vergl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ – „FAZ“, 25.1. und 1.3.82, „Middle East“, Februar 1982).

(7) Das Waffenstillstandsabkommen wurde im Juli 1981 geschlossen, nachdem die Zionisten 15 Tage lang den Südlibanon und Beirut bombardiert hatten. Teile der PLO fühlten sich durch diese Abkommen von Israel anerkannt.

(8) US-Sicherheitsberater Allan: Israel bleibe der wichtigste Verbündete im Nahen Osten. Der Präsident habe sich gegenüber Israel verpflichtet, daß die Israelis ihre militärische Ü b e r l e g e n h e i t gegenüber den arabischen Nachbarn behalten („SZ“, 31.10./1.11.81). Und Sharon: „Für die Amerikaner ist nichts wichtiger als ein starkes Israel. Alle Streitkräfte der arabischen Länder sind schwächer als wir. Israel kann in einer Woche das Gebiet von Khartum bis nach Bagdad und Algerien erobern“ (zitiert nach Hollstein, „Orient“, März 1978). Ägypten sollte im Zusammenhang mit den Camp-David-Verhandlungen beispielsweise 1981 750 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe und 550 Mio. Dollar Militärhilfe erhalten, Israel hingegen 785 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe und 2 Mrd. Dollar Militärhilfe – ohne die Kosten für die Verlegung der Militärstützpunkte aus dem Sinai in die Negev-Wüste („Europäische Wehrkunde“, Heft 7, Juli 1980).

(9) Das Abkommen wurde am 30.11.81 unterzeichnet.

(10) Schon 1975 wurde zwischen dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Rabin und dem US-Präsidenten Ford ein Abkommen unterzeichnet, daß bei späteren Friedensverhandlungen die Golan-

kunde“, Heft 7, Juli 1980).
(9) Das Abkommen wurde am 30.11.81 unterzeichnet.
(10) Schon 1975 wurde zwischen dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Rabin und dem US-Präsidenten Ford ein Abkommen unterzeichnet, daß bei späteren Friedensverhandlungen die Golan-

Höhen nicht zur Debatte stehen sollten („Süddeutsche Zeitung“ – „SZ“, 24./25./26.12.81).

(11) „Le Monde“, 13.4.82.

(12) entfällt

(13) „Neue Zürcher Zeitung“ – „NZZ“, 15.4.82.

(14) Yael Aishai, Challenge Groups in Israeli Politics, in „Middle East Journal“, Herbst 1981, S. 544 ff.

(15) Der jetzige Außenminister Sharon ist z. B. der beste Fürsprecher der Gush Emunim, die außerdem eine Reihe von Parlamentsabgeordneten auf ihrer Seite weiß.

(16) „Le Monde“, 16.12.81.

(17) Biblische Bezeichnung für das Westjordanland.

(18) „Monitor-Dienst“, 2.8.79.

(19) Janet Abu-Lughod, Israeli Settlement in Occupied Arab Lands: Conquest to Colony, in Journal of Palestine Studies, 42, Winter 1982.

(20) J. Metzger u.a. Das ist unser Land, Lamuv, Oktober 1980. Daß die möglichst weitgehende Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung Anliegen a l l e r zionistischen Gruppen war und ist, wird u. a. durch ein Zitat des heutigen Oppositionsführers Peres vom November 1967 deutlich: „In der modernen Welt gibt es das Phänomen der Landflucht: vom Dorf weg in die Städte und von der Landwirtschaft in die Industrie. In der arabischen Welt hat die industrielle Entwicklung einige Generationen Verspätung ... Warum sollten wir die Auswanderung aus der unterentwickelten Landwirtschaft von Judäa und Samaria in die Ölindustrien von Kuweit und Bahrein verhindern?“ (S. 143).

(21) Metzger u. a., S. 142

(22) Hollstein, S. 117

(23) Metzger u. a., S. 163

(24) „Spiegel“-Interview, 6.2.78

(25) Metzger u. a., S. 212

(26) Metzger u.a., S. 175

(27) Metzger u. a., S. 185

(28) „SZ“, 29.3.82

(29) „Zeit“, 2.4.82

(30) „NZZ“, 30.12.77

(31) „Spiegel“, 5.4.82

(32) entfällt

(33) „taz“, 26.3.82, „NZZ“, 27.3.82

(34) „NZZ“, 28./29.3.82, „SZ“, 29.3.82

(35) „SZ“, 24.3.82

Kontaktadressen

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
B. Möller
Postfach 103141
28 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster
Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
Postlagerkarte
032 776 B
6000 Frankfurt 1

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 071089 A
Postamt Leimen

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lindenallee 4
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 19
Redaktion: 040/43 53 20
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Die „Marxistischen Gruppen" — linker als Poona?

Nicht durch wirkliche politische Bedeutung, aber durch zahlreiche spektakuläre Auftritte haben sich im Lauf der letzten ein bis zwei Jahre die „Marxistischen Gruppen" (MG) weithin einen Namen gemacht. Sie waren es, die die 2. Sozialistische Konferenz in Marburg durch massierte Präsenz und Sprechchöre im Chaos untergehen ließen, und die am 30. Januar mancherorts lautstarke Akzente bei den Kundgebungen des staatlichen verordneten „Polen-Tages" setzten, um nur zwei Beispiele zu nennen. Mag auch mancher dieser Auftritte hier und da in der Linken auf klammheimliche Freude stoßen, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß sich die MG mittlerweile den Ruf einer Landplage erworben haben; denn mit derselben Inbrunst, mit der sie in der großen Politik agieren, suchen sie auch linke Veranstaltungen und Seminare heim, um mit Schlaumeiereien, abseitigem Geschwätz oder nötigenfalls auch mit massiver Provokation die Sache platzen lassen. Erstaunlich ist bei dieser ausschließlich destruktiven Politik – positive Aktionsvorschläge, praktische Alternativen, Aktionsbündnisse gibt es bei den MG überhaupt nicht – die relativ große Anhängerschaft und hohe Mobilisierungsfähigkeit der MG: Ihr Anhang (den sie am 22.11.81 in Bonn geschlossen vorführten, um ein Gegengewicht gegen die Anti-Breschnew-Demonstration von Grünen und CDU zu setzen) ist auf gut und gern 5.000 Leute zu schätzen. Dabei handelt es sich wohlgemerkt nicht um eine „Breitenmobilisierung", sondern fast ausschließlich um Mitglieder und enge Sympathisanten der MG. Rein mengenmäßig reichen die MG also an den KBW in seinen allerbesten Zeiten (1975/76) heran. Entgegen dem allgemeinen Abwärtstrend der radikalen Linken haben die MG in den letzten Jahren offensichtlich kräftig Zulauf bekommen. Wieso eigentlich?

Der Geist, der stets verneint

Die MG sind selbstverständlich gegen Kapitalismus und Imperialismus. Ihrem eigenen Selbstverständnis nach sind sie sogar ganz allein auf weiter Flur die e i n z i g e n, die eine wirklich konsequente und radikale Kapitalismus-Kritik betreiben. A l l e s, was sich an wirklicher politischer Bewegung zeigt (Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung, alternative Listen usw.) ist den MG nur Hohn und Spott wert. Zum einen scheinen die MG es überhaupt für äußerst witzig zu halten, daß Menschen immer noch für ihre Interessen kämpfen, statt sich gemeinsam mit den MG die Geschichte aus der Opernloge amüsiert zu betrachten. Und zum zweiten hat natürlich jede wirkliche politische Bewegung ihre Defekte, ihre Defizite, ihre Beschränktheiten und Absonderlichkeiten, die an den MG-Stammtischen und in den MG-Publikationen Gegenstand endloser Heiterkeiten sein können. Und dieser Heiterkeit wird noch kräftig nachgeholfen, indem die MG auf Differenzierungen in den wirklichen Bewegungen gar keine Rücksicht nehmen, sondern einfach jede Bewegung mit deren rückständigsten Teilen gleichsetzen. Das setzt freilich voraus, daß die MG auf U n t e r s u c h u n g der wirklichen Bewegungen und ihrer inneren Widersprüche lieber gleich verzichten. Und wenn schon in den Publikationen der MG überhaupt mal zitiert wird, dann nur als Ragout, ganz außerhalb der Zusammenhänge und durchweg ohne Quellenangaben.

Beispielhaft für den Umgang der MG mit der politischen Wirklichkeit sei hier ihr Kommentar zur Bildung einer Alternativen Liste in Hamburg zitiert (in: „Hamburger Hochschulzeitung", 14.12.81). Für die MG kommt g e n e r e l l nur Nicht-Wählen in Frage. Alternative Wahlbeteiligung ist für sie von Anfang an ein Käse, denn *„der Wählerwille findet genau den Ausdruck, den er verdient"* in den etablierten Parteien. Das Volk ist sowieso dumm und *„rennt bis zur letzten Oma ins Wahllokal"*; außerdem steht das ganze Volk *„wie ein Mann hinter seinem Staat"*. Die Leute verdienen es gar nicht besser als es ist. Daß auf der Ebene der Wahlen in den letzten Jahren irgendwas ins Rutschen gekommen ist, gilt den MG als *„Spinnerei"* und *„frei erfunden"*. Und die AL ist einfach die Fortsetzung der etablierten Parteien mit anderen Mitteln. *„Der kleine Unterschied zu Sozial-, Frei- und Christdemokraten, die den Wähler agitieren, ihre Unzufriedenheit mit Maßnahmen der Regierung jeweils ihrem Verein zu überlassen, um ihr Regieren oder Opponnieren mit der Ideologie vom Wählerauftrag zu versehen, besteht darin, die Basiswählerschaft ständig in den Genuß zu bringen, an der höchsten zuständigen Stelle der Freien und Hansestadt zu Gehör gebracht zu werden"*. Zur Verpflichtung aller AL-Abgeordneter, ihre Einkünfte aus der Parlamentsarbeit „abzuführen" (zur Finanzierung von Basis- und AL-Projekten), fällt den MG gleich eine sehr lustige Polemik ein: *„Interessant, in den zukünftigen Alternativparlamentariern schlummern wohl kleine 'Genschers' und 'Strauße', daß man die Damen und Herren Abgeordneten erst noch darauf verpflichten muß, die vom Staat eingesackte Kohle für den gemeinsamen Zweck zu verwenden. Aber ob das hilft? Womöglich rennen dann die AL-Mandatsträger den Lobbyisten hinterher, um ganz alternativ einen Aufsichtsratsposten zu ergattern!"* . Und zum Rotationssystem (alternative Abgeordnete werden nach zwei Jahren „Amtszeit" ausgewechselt), schlägt der bewährte Witz der MG sogar Purzelbäume: *„Jährliches Rotieren macht die Beschlüsse des Parlaments auch nicht angenehmer"*. Tusch und Helau! — Das ganze Fazit des Artikels lautet schließlich: *„Sicherer Wahlsieger ist damit der Alternativ-Wähler: Er ist immer darüber informiert, daß sein alternativer Abgeordneter keine Bürgerschaftssitzung schwänzt. Diese Alternative hat wirklich noch gefehlt!"*

Was — außer dem Vergnügen an der eigenen Gescheitheit — mit solchen Polemiken eigentlich b e z w e c k t wird, bleibt ein Rätsel. Ebenso rätselhaft bleibt, was die MG eigentlich b e w i r k e n wollen, wenn sie den Arbeitern in Riesenauflage ein Flugblatt in die Hand drücken, in dem diese gleich ohne Umschweife als Idioten und Hanswurste des Kapitals angesprochen werden: *„Das war eure Tarifrunde!"*, und die Arbeiter haben sich natürlich mal wieder willig bescheißen lassen. *„Nicht nur das. Ihr laßt Euch sogar von der Gewerkschaft für den Zirkus einspannen, der die beschlossene Senkung Eures Lohns begleitet. Dabei könnt Ihr Euch ganz genau ausrechnen, was dieser Tarifabschluß für Euch bedeutet, und Ihr wißt genau, daß die Warnstreiks und Demonstrationen keinen Pfennig mehr eingebracht haben. Ihr müßt sie sogar noch selbst bezahlen."*

Hier schließt sich ganz sinnvoll die Zwischenüberschrift *„Sebstverarschung oder Dummheit?"* an. Danach erfahren die Arbeiter, daß sie *„jeden Quatsch mitmachen"*. *„Wie kleine Kinder, denen man ein Fähnchen in die Hand drückt und die einmal ein paar Parolen rufen dürfen. Sonst wäret Ihr nicht darauf gekommen, aber auch so ist es blöd genug, einen symbolischen Hammer mit der Aufschrift „Solidarität" herumzuzeigen ... Genauso verrückt, 'Wir fordern 8 %' durch die Straßen zu tragen, wo doch feststeht, daß die Gewerkschaft in der Gegend von 4,6 % bis 5,1 % verhandelt"*. *„Daß Ihr jetzt eine Menge Geld weniger zur Verfügung habt, ist Euch kein Argument. Daß Ihr Euch dafür kaputtschuftet, auch nicht. Aber wenn Eure Gewerkschaft i h r e Demo als Zeichen ihrer Verantwortlichkeit und Kompromißbereitschaft aufzieht, scheint Euch das einzuleuchten. Ihr macht ja wirklich jeden Scheiß mit Wenn der Schmidt sich als Friedenspolitiker aufspielt, während er aufrüstet, nehmt Ihr das für etwas Gutes und schenkt ihm Euer Vertrauen. Wenn die Regierung so tut, als müßte sie sparen, und Euch dafür zur Kasse bittet, schluckt Ihr es, als gäbe es wirklich nichts mehr zu verteilen. Und wenn Eure eigene Gewerkschaft Euch zu einer Minus-Runde aktiviert, macht Ihr auch da noch mit. Wahrscheinlich laßt Ihr Euren Ärger darüber, daß das Geld an allen Ecken und Enden fehlt oder daß Ihr arbeitslos seid, auch noch an Euren Ehegatten und Kindern aus ..."* usw. usf. (aus dem zentralen Flugblatt der MG zum 1. Mai 1981). Es muß für die Verfasser eine echte Wohltat gewesen sein, sich einmal so total auszukotzen: Die studentische Avantgarde ganz ohne quälende Selbstverleugnung („Dem Volke dienen") und frustrierende Maskerade, im vollen Licht ihrer Arroganz und Selbstherrlichkeit gegenüber dem saudummen Proleten. Es fragt sich bloß, was sich Leute dabei denken, solche Publikumsbeschimpfungen in Massenauflage wirklich unters Volk zu bringen, dabei womöglich gleich einen Satz heiße Ohren zu riskieren — und das Ganze auch noch für m a r x i s t i s c h e Politik zu halten. Aber seltsam genug: Die MG lassen sich nicht davon abhalten, eine Vielzahl von „Betriebszeitungen" zu verbreiten, die neben (fürs Arbeiterhirn stark vereinfachten) Wiedergaben allgemeiner MG-Positionen häufig durch betriebliche Details (soweit diese der Tagespresse zu entnehmen sind) angereichert sind. Natürlich handelt es sich dabei fast immer um Vorgänge, bei denen sich die Arbeiter mal wieder in ihrer vollen Dämlichkeit gezeigt haben.

Nicht besser als den Arbeitern ergeht es den politischen Bewegungen. Die Anti-AKW-Bewegung beispielsweise mußte sich nach der letzten Brokdorf-Großdemo (1981) sagen lassen: *„In konsequenter Verfolgung ihrer Politik, sich den Maßstab ihrer Gegnerschaft gegen Kernkraftwerke von den Anforderungen der Politiker vorgeben zu lassen, haben es die Brokdorffahrer geschafft, noch ihren eigenen Abgesang als Erfolg zu feiern. Kaum teilen die Politiker mit, daß die Zeit, über AKW's zu diskutieren, vorbei ist und daß sich deshalb jeder Demonstrant dem Verdacht aussetzt, potentieller Staatsfeind zu sein und schon soll mit einer Demonstration bewiesen werden, daß man noch demonstrieren darf, ohne Verbrecher zu sein. So bescheiden ist diese Bewegung!"* (aus dem Flugblatt „80.000 dürfen demonstrieren").

Auch an der Bewegung gegen die Startbahn West ist den MG bloß die maßlose Blödheit der Demonstranten interessant: *„Was soll man eigentlich von den Demonstranten halten, die das Vorgehen der Polizei mit 'Betroffenheit', ja 'Fassungslosigkeit' quittieren? Offenbar haben sie das, was ihnen jetzt schon zum dritten oder vierten Mal passiert, immer noch für unvorstellbar gehalten: daß ihr gutes' Gewissen, bei ihrem Protest den Staatsorganen keine Hindernisse von Belang in den Weg zu legen, alles andere als eine Garantie dafür ist, daß sie dem Polizeiknüppel entgehen. Wollen sie nicht ihr Zutrauen in unsere öffentliche Gewalt einmal ernsthaft in Zweifel ziehen?"* („Hamburger Hochschulzeitung", 9.11.81).

Friedensbewegung = „Nato von unten"

Die Friedensbewegung gilt der MG nur als *„NATO von unten"* („Hamb. Hochschulzeitung", 9.11.81), deren Inhalte sich in blöder Staatstreue und großdeutschem Nationalismus erschöpfen. Damit ist das Thema schon vollständig angegeben, das nun nur noch in sämtlichen MG-Publikationen ein bißchen variiert werden muß.

„In Bonn hat sich die Friedensbewegung auf Linie gebracht", schrieben die MG nach der großen Demonstration vom 10. Oktober. *„Sie hat sich dem Z u s a m m e n w i r k e n mit der offiziellen Friedenspolitik verschrieben"*, wobei unter „offizielle Friedenspolitik" die Regierungs- und NATO-Politik verstanden wird (aus dem Flugblatt „300.000 machten Frieden"). Die Bundesregierung sei von der Demonstration *„stark beeindruckt"* gewesen, *„weil sie darin immer wieder nur die Ziele der eigenen Politik entdecken konnte"*. Denn für die MG steht fest, *„daß der Antisowjetismus Grundlage der Friedensbewegung ist und Kritik an M a ß n a h m e n der NATO das Einverständnis mit ihrem Z w e c k geradezu einschließt"*. In diesem Sinne sei die Bonner Demonstration die Stunde der *„Wiedervereinigung"* zwischen Friedensbewegung und NATO-Politik gewesen („Hamb. Hochschulzeitung", 9.11.81).

Überhaupt ist das Urteil der MG über die ganze Friedensbewegung ebenso pauschal wie vernichtend: *„Dieser Pazifismus gibt seine Zustimmung zu jeder Kriegs- und Militärpolitik seiner Nation, weil er sie nur vom Makel einer national untragbaren Fremdbestimmtheit befreit sehen will"*. *„Wo der normale Pazifismus immerhin noch ein irgendwie geartetes Bewußtsein von seinem Gegensatz zu den staatlichen Interessen besitzt, deswegen der Regierung das R e c h t auf Gewaltanwendung bestreitet und ihr in diesem Punkt den G e h o r s a m aufkündigt, da ist der neue bundesdeutsch-protestantische 'Pazifismus' dermaßen staatestreu, glaubt dermaßen fest an die längst überholte ideologische Seite von 'Verteidigungs'- und 'Sicherheitspolitik', daß er mit seiner Ablehnung militärischer Gewalt allen Ernstes auf eine staatliche Vergünstigung zu verzichten meint"*. *„Und ohne die Absolution aller Maßnahmen der Politiker als — leider irrtümlich angenommene — Segnungen der Menschheit, wagen Christen, Jusos und Linke keine Alternativen auf den Tisch zu bringen"*. Denn ihnen allen geht es im Grunde nur um den *„Übergang zu einem reichlich bornierten großdeutschen Nationalismus, nämlich zum Ideal eines von deutschem Boden aus zu bewerkstelligenden alternativen Imperialismus"* („MSZ", zentrale Zeitschrift der MG, April/Mai 81). Und überhaupt: *„Der Ruf nach Frieden ist seiner Natur nach ein Appell an die Außenpolitik, also an die für Geschäft und Gewalt zuständige Instanz, sich der Alternativen in Sachen Vaterlandsverteidigung, Durchsetzung der nationalen Interessen weltweit, kurz: Bewältigung der Konfrontation mit dem Osten anzunehmen. Wenn Tausende demonstrieren, sie hätten kein rechtes Vertrauen in die Politik mehr, weil sie anderer Meinung über Gut und Böse in Sachen Rüstung sind, und entsprechend andere Bedingungen fürs Mitmachen vortragen — Bedingungen, die in den meisten Fällen nichts weiter als Bekenntnisse des eigenen Willens sind, wenigstens vom Krieg verschont zu bleiben — dann demonstrieren sie damit ihre immer noch nicht endgültig enttäuschte Erwartung, die Obrigkeit könnte ihren Vorstellungen von einer 'vernünftigen', 'verantwortlichen' Politik genügen"* („MSZ", 7.12.81).

Völlig frei erfunden sind die Polemiken der MG nicht einmal: Auf bestimmte Strömungen in der Friedensbewegung, auf manche in der Friedensbewegung anzutreffende Vorstellungen treffen die zitierten Beschreibungen mehr oder weniger zu. Nur daß diese in der Friedensbewegung vorhandenen T e n d e n z e n und T e i l interessen einfach pauschal der g e s a m t e n Bewegung angedichtet werden und daß mal so eben 300.000 Menschen brutal in dieselbe enge Schublade gestopft werden. Zitate von Eppler oder Mechtersheimer sind den MG dabei besonders willkommen, wobei man sich bequemerweise die alberne Legende der bürgerlichen Medien zu eigen macht, daß solche Figuren d i e anerkannten und authentischen Sprachrohre der Gesamtbewegung seien. Die von rechten Grünen und ein paar Gleichgesinnten v e r a n s t a l t e t e Anti-Breschnew-Demonstration am 22.11.81 war demgemäß für die MG das reinste Fest, weil sich hier die Gelegenheit bot, der g e -

Fortsetzung nächste Seite

Der bescheuerte Arbeiter am Beispiel Walesa

Über ein typisches Exemplar der komischen Gattung „Total doofer Arbeiter" machte die „MSZ", Zeitung der MG, dem Publikum folgende Beschreibung: *Ein Arbeiter, der E h r e im Leib hat, der auf sich hält als einen, der seine Pflicht und Schuldigkeit kennt, der aufsässig geworden ist nur um dessentwillen, was sich gehört, ist zum Arbeiterführer avanciert. Und die politische Offensive, die er eröffnet, bemüht denselben Arbeiterstolz, den Stolz auf das, was man sich z u m u t e n läßt. Es ist die kämpferisch vorgetragene 'Vernunft', die ohne große Mühe einsieht, daß zum Verteilen nichts da sein soll, daß nur fortgesetzter Verzicht und harte Arbeit die Rettung Polens versprechen, daß schließlich vor allem 'das Erreichte' zu bewahren ist, auch wenn davon keiner mehr zu essen hat. Ein Urteil über die Produktionsverhältnisse, die die Arbeiter naturgesetzlich zur Armut verurteilen, oder zumindest einen leisen Zweifel daran will sich Walesa nicht anmaßen. Im Gegenteil: Der Stolz auf die eigene 'Fähigkeit', e n t b e h r e n zu können, führt sich vor als die Quelle der Widerstandsfähigkeit. So ein 'Arbeiterpolitiker' bringt es lässig zustande, im Lauf ein- und desselben Interviews seinen Auftrag mit dem Hunger der arbeitenden Leute zu begründen (...) und sich mit der Opferbereitschaft seinesgleichen zu brüsten, also mit der Absicht, seiner Klientel noch mehr Hunger zuzumuten. (...) Auch ein polnischer Arbeiter hat seinen Stolz, zwar zu nichts mehr als zum Arbeiter zu 'taugen', aber als Arbeiter ordentlich hinlangen zu können. So einer, zum Gewerkschaftsfunktionär aufgestiegen, bietet die Einsatzbereitschaft seiner Klasse kämpferisch an: Wenn ordentlich regiert wird, wird auch die Arbeiterschaft ordentlich ihre Pflicht tun..."* („MSZ", Mai/Juni 1981).

MSZ

Nr. 2/81 DM 1.—
April/Mai 1981

Marxistische Gruppe (MG)

Der Dritte Weltkrieg

Warum er stattfindet — Wer ihn macht

MARXISTISCHE GRUPPE (MG)

Manifest gegen den DGB

Politik auf Kosten der Arbeiter

Marxistische Gruppe

Brokdorf: Ein nationales Ereignis

80.000 dürfen demonstrieren

Erstmals veröffentlicht:

Der „Verfassungsschutzbericht" der DKP

Daß das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz alljährlich ihre „Berichte über den Links- und Rechtsextremismus" herausgeben, ist allgemein bekannt. Weit weniger bekannt ist, daß eng an dieses große Vorbild angelehnt auch die DKP ihre „Extremistenberichte" produziert, allerdings nicht für die Öffentlichkeit, sondern nur für den parteiinternen Gebrauch. Ansonsten unterscheiden sich die DKP-Berichte in Gründlichkeit, Zuverlässigkeit und inhaltlicher Tiefe kaum vom offiziellen Vorbild. Wir beginnen hier mit dem Abdruck des im Januar 1982 vorgelegten Berichts. Der zweite Teil des Berichts, den wir in AK 221 abdrucken werden, beschäftigt sich mit der KPD/ML und der „Volksfront", mit dem KABD, den MLD, dem Münchner „Arbeiterbund", der ISP/„Moderne Zeiten" und (in besonderer Ausführlichkeit) mit den „Marxistischen Gruppen" (MG).

Die maoistischen Gruppierungen, geschaffen in der Zeit des Kampfes um die Aufhebung des KPD-Verbots, der anwachsenden Jugend- und Studentenbewegung und vor allem nach der Neukonstituierung der DKP, begünstigt durch Staatsorgane und Massenmedien hatten immer einen gemeinsamen Nenner – bis heute: den Kampf gegen die DKP und die mit ihr befreundeten Organisationen SDAJ und MSB und die Diffamierung der Sowjetunion, der DDR und anderer Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Ihre objektive Rolle bestand und besteht darin, die antimonopolistische und sozialistische Orientierung von systemkritischen Jugendlichen zu erschweren, Teile der Arbeiterschaft durch ihr Auftreten zu verwirren und von der kommunistischen Bewegung abzuschrecken, die Einheit des Handelns zu stören.

Die Erfahrungen der Partei seit der Neukonstituierung haben erhärtet, wie es in den Thesen des Düsseldorfer Parteitags beschlossen wurde, daß es mit diesen Gruppierungen und ihren Führern keinerlei Gemeinsamkeit gibt, aber die geduldige und überzeugende Diskussion mit deren Mitgliedern und Sympathisanten geführt werden muß, um sie von den Positionen ihrer Gruppierung zu lösen und für uns zu gewinnen.

Diese Gruppierungen bieten heute das Bild des Zerfalls, ihre Mitglieder- und Anhängerzahlen gingen zurück, zu Massenaktionen früherer Zeiten waren sie nicht mehr fähig. Unter den Bedingungen des sich verschärfenden internationalen Klassenkampfes, der zunehmenden Auseinandersetzungen im Inneren der Bundesrepublik mit den neuen Anforderungen an antimonopolistische und sozialistische Politik zerfallen die maoistischen Gruppierungen immer mehr. Die maoistische „KPD" hatte sich schon 1980 selbst aufgelöst. Vom KBW spaltete sich ein Drittel als „Bund Westdeutscher Kommunisten" ab. Der KB-Nord versuchte Rückschläge durch verstärkte Zusammenarbeit mit „Sponti"-Gruppen, mit bunten und alternativen Listen abzufangen. Völlig verunsichert wurde diese Szene durch Erfolge der „Grünen", durch wechselnde Bündnisse und Vereinigungen im linken Spektrum der Bundesrepublik.

Eine Wiederbelebung ihrer Restbestände versuchten und versuchen diese – und auch andere – Gruppen durch das Erschließen neuer Aktionsfelder in der Umweltschutzbewegung, der antifaschistischen Aktion und anderen Bündnissen, dies mit wechselndem Erfolg.

Versuche, in die Friedensbewegung einzudringen, kamen von den meisten Gruppen zu spät, bzw. waren sie – auch durch die jahrelange Negierung und Diffamierung der Friedensfrage – nicht darauf vorbereitet. Sie versuchten das mit „Anti-Breschnew-Demonstrationen", bei denen sie überall, auch bei CDU/CSU „im Bündnis" auftauchten, wieder wettzumachen, erlebten aber – bis auf die MG („Marxistische
überall, auch bei CDU/CSU „im Bündnis" auftauchten, wieder wettzumachen, erlebten aber – bis auf die MG („Marxistische
Gruppe") die etwas mehr mobilisieren konnte – einen Reinfall.

Ihr vorläufig letzter Versuch war das Aufspringen auf die sogenannte „Solidaritätsbewegung" mit Polen Ende des Jahres '81. Auch hier: kein Vergleich mit ihren Aktivitäten bei Afghanistan. Sie überschätzten ihre Möglichkeiten, segelten unter falschen Flaggen und brachten, wie Berichte aus dem Bezirk Ruhr-Westfalen belegen, in keiner Stadt mehr als bis 180 Demonstranten auf die Beine (Dortmund 180, Bochum 17, Recklinghausen 30, Essen 150 Teilnehmer usw.). Nur in einer überregionalen Veranstaltung der „Grünen" in Dortmund kamen 3 bis 400 Personen zusammen; hier segelten frühere „KPD"-Anhänger unter grüner Flagge, als Mitglieder der Landesleitung der Grünen.

Es fällt auf, daß die maoistische „KPD" (Horlemann-Semmler-Gruppe) und die „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschlands"), die bis zuletzt als einzige versucht hatte, sich dem gegenwärtigen Kurs Pekings voll anzupassen, nicht mehr existieren.

Im KBW scheint die Auseinandersetzung über die Haltung zur Pekinger Politik noch nicht abgeschlossen.

Die „KPD"(ML) von Aust hat Mao tse tung schon länger als „Klassiker" gestrichen und steht voll auf Albanien als „einzigem sozialistischen Land der Welt", das allein die Ideen von Mao richtig verstanden hat.

Der KABD versucht angestrengt, seine Interpretationen der Mao-Ideen mit der Verurteilung der heutigen Pekinger Führer „als im Wind von rechts segelnde" Verräter unter einen Hut zu bringen.

Von der früheren großen Gemeinsamkeit „im Geiste Maos, dem roten Steuermann, der Hoffnung der Völker ..." usw. usw. ist buchstäblich nichts geblieben.

Ihren traditionellen „Auftrag" führen sie weiter, gegen die DKP, SDAJ und MSB zu kämpfen, ihre antikommunistischen und antisowjetischen Positionen überall hineinzutragen und Bewegungen und Bündnisse möglichst zu spalten.

Es fällt auf, daß für die meisten Gruppen, von wem auch immer, der Geldhahn schneller oder langsamer zugedreht wird. Außer bei der MG, bei KBW, „Volksfront" und KABD, spricht man offen über Geldmangel und notwendige Einsparungen (siehe dazu die Einzelberichte über die Gruppierungen).

Über die Mitgliederstärke der maoistischen Gruppierungen liegen – außer vom KBW – keine zuverlässigen Angaben vor. Wie „zuverlässig" die Angaben des Verfassungsschutzes sind, soll am KBW gezeigt werden: er selbst gibt an:

KBW Mitgl. 1.272 (VS: 1.500) KVZ Abos: 5.000 (VS: 15.000)

Jetzt die Zahlen des Verfassungsschutzes, die mit einem Abzug versehen werden müßten:

BWK	600	Abonnenten	3.000	14-tägig
KPD (ML)	500	"	6.000	wöchentlich
KB	700	"	7.500	14-tägig (KB selbst nur 5.000 Abos)
KABD	700	"	?	
Arb.Bund	350		?	

Mit gegenwärtig 4.300 Mitgliedern ist die Zahl der Mitglieder maoistischer Sekten noch zu hoch gegriffen, die Zahl der Abonnenten mit 35.000 sicher auch.

Die Entwicklung oder besser Auflösungserscheinung der maoistischen Gruppen muß man auf dem Hintergrund einer gewissen Umgruppierung der politischen Linken in der Bundesrepublik sehen, an die sie – mehr oder weniger geschickt – den Anschluß gewinnen oder auch mitmischen wollen.

Die inneren Diskussionen in diesen Gruppierungen gehen dabei im wesentlichen um folgende Fragen:

1. wird sich eine neue linke Partei machen lassen, wenn ja, welche? Soll es eine „revolutionäre", vom ML-Zuschnitt sein, als „Nachfolgerin" der 1956 verbotenen KPD?
2. soll man sich nicht lieber auf eine neue linkssozialistische Partei orientieren, die sowieso nicht zu verhindern sei und in der man „mitmischen" will?
3. soll man nicht besser bei den Grünen, bei bunten und alternativen Listen einsteigen und sie mit eigener Zielsetzung unterwandern? Ist es nicht besser, in bestehenden Bewegungen und Bündnissen weiter einzusteigen, um sie umzudrehen?
4. soll man nicht dies alles zusammen machen – wenn man die Kraft hätte?

Was die DKP und die mit ihr befreundeten Organisationen betrifft, so sind bekanntlich alle Versuche – immerhin seit 13 Jahren! – sie aufzurollen oder wenigstens hier und da eine Gruppe Mitglieder herauszubrechen, gescheitert. Umgekehrt sind eine größere Anzahl von Mitgliedern und Anhängern dieser Gruppierungen durch geduldige Diskussionen und durch praktische Zusammenarbeit, aber vor allem durch prinzipielle Klarstellung der Rolle der Gruppierungen, für die DKP, die SDAJ und den MSB gewonnen worden.

Nach wie vor gilt dieses Prinzip auch für unsere weitere Arbeit: keine Aktionseinheit oder „Bündnisse" mit diesen Gruppierungen als Organisation oder mit ihren Führungskadern. Aber Diskussion mit ihren Anhängern, mit dem Ziel, sie vom Einfluß ihrer Führer zu lösen.

Komplizierter wird es, wo wir in Bündnissen und Bewegungen mit ihnen konfrontiert werden. Es wäre kurzsichtig, nur deshalb nicht in breite Bündnisse zu gehen, weil dort schon ein Maoist oder ein anderer Chaot sitzt. Wir kennen Beispiele, wo man solche Mitglieder in Initiativen geschickt hat, um zu verhindern, daß wir uns beteiligen. Wir müssen hier immer konkret entscheiden, auch am politischen Anliegen des jeweiligen Bündnisses und mit dem Blick auf die Teilnahme der wichtigsten Bündnispartner, der Gewerkschaften, Sozialdemokraten, linker Gruppen aus den verschiedensten Bewegungen und vor allem der breitesten Friedensbewegung, bis hin zu engagierten Christen.

maoist ‚KPD'

Die von Horlemann und Semmler gegründete maoistische „KPD" hat sich im März 1980 selbst aufgelöst, der Verlag „Rote Fahne", Köln, Ende 1980 seine „Arbeit" eingestellt. Eine 1981 verschickte, von Beate Horlemann und Werner Heuler-Neuhaus unterschriebene „Verlagsmitteilung" empfiehlt die „China-Studien- und Verlags GmbH., Hungener Straße 6 - 12, 6000 Frankfurt".

Aus Restmitgliedern dieser Gruppierung entstand die „Gruppe 99", ein sogenannter „organisierter Diskussionszusammenhang", der die „Kommunistischen Briefe" herausgibt.

Horlemann war in diesem Jahr Gast der „Roten Khmer" im thailändisch-kampucheanischen Grenzgebiet. Er berichtet in einem Artikel in der „Zeit" (24.7.81), daß von den Roten Khmer ein System aufgebaut wird, das im Prinzip Kapitalismus sei und berichtet von einem Gespräch mit Sary: „Was wir wollen, ist ein System, ähnlich wie in Deutschland (West)." Horlemann distanziert sich nicht von diesen Auffassungen.

Es wird berichtet, so konkret aus dem Ruhrgebiet, daß ein Teil der ehemaligen Aktivisten der maoistischen „KPD" bei den Grünen untergetaucht sind und z.B. in der Landesleitung der „Grünen" von Nordrhein-Westfalen eine bestimmte Rolle spielen.

KBW

Die Zerfallserscheinungen des KBW sind unübersehbar: die Abspaltung des BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) mit 600 Mitgliedern 1980, weiter sinkende Mitgliederzahlen, Auflösungstendenzen in den eigenen Reihen, die politische Wirkungslosigkeit geben den Hintergrund ab für die Delegiertenkonferenz des KBW im November 1981, die vier Tage dauerte und in Frankfurt abgehalten wurde. Erstmalig waren Pressevertreter zugelassen.

Dort stand eigentlich alles zur Diskussion. Der KBW – 1973 als „kommunistische Sammlungsorganisation" mit dem Anspruch der „Avantgarde des Proletariats" gegründet, hat sich selbst in einer Resolution als „Fehlentwicklung" bezeichnet, weil Wunschdenken vor Wirklichkeit ging. Man sprach von einem Scherbenhaufen und vom notwendigen Neubeginn.

Zwei Richtungen zeichneten sich ab und die bevorstehenden Flügelkämpfe zwischen Schmierer, der vor „... dem Hochkochen formeller Gegensätze" warnt, alles als falsch abzutun, was früher war, und Koenen, der eine große Minderheit vertrat und dem die Selbstkritik nicht weit genug ging, der eine „radikale Umkehr" forderte und vor vorschnellen neuen Festlegungen.

Auf der 6. Delegiertenkonferenz vertraten 300 Delegierte die 1.272 Mitglieder des KBW (Stand vom Juni 1981).

Aus dem Tätigkeitsbericht des „Zentralen Komitees" an die Del.Konf. geht hervor, daß der KBW im September 1980 durch die Abspaltung des BWK 1/3 seiner Mitglieder verlor: in der Region Nord 37,2%, in der Region Süd 66,8%. Eine Gruppe ehemaliger Nürnberger Mitglieder gründete die „Kommunistische Gruppe Mittelfranken".

Von September 1980 auf Juni 1981 ein weiterer Rückgang von 14% der Mitgliedschaft. Im Februar 1981, nach dem Kongreß der Studentenorganisation des KBW, haben die meisten Gruppen des KHG und KSB ihre Auflösung beschlossen und ihren Übertritt in den KBW. Das taten nur 43 Mitglieder.

Studenten, die den KBW 1973 mitbegründet haben, heute um die dreißig sind, stellen den typischen Mitgliederdurchschnitt und 55% der Mitgliedschaft.

Drei Viertel der Mitglieder haben Abitur oder Hochschulstudium. Die Mitgliederzunahmen liegen ebenfalls bei „höherer Schulbildung", die Hälfte aller Mitglieder ist zwischen 27 und 32 Jahre alt. Leicht angestiegen seit September 1980 ist der Anteil gewerkschaftlicher Funktionsträger, besonders im ÖTV-Bereich. 12,6% der 268 Zellen, von denen allerdings fast ein Drittel nur 2 bis 3 Mitglieder haben, sind ÖTV-Gruppen (mit 172 Mitgliedern).

Der Nachlaß des KBW, um den letztendlich auch der interne Streit geht, wird auf fast 15 Millionen geschätzt. Der Kampf um diesen Besitz hat längst begonnen, denn die endgültige Auflösung des KBW scheint nur eine Frage der Zeit zu sein. Die KBW-Zentrale in Frankfurt, Häuser in Westberlin und Bremen, Druckmaschinen und Fahrzeuge stehen zur Disposition. Schmierer u.a. wollen das Vermögen zusammenhalten und in neue Bündnisse einbringen, sich anderen Gruppen öffnen, wie den „Alternativen" in Westberlin, die eine Spende von 10.000 Mark erhielten, der Friedens- und Ökologiebewegung.

Die „Kommunistische Volkszeitung" hat eine Auflage von 5.000 Exemplaren (1980 angeblich noch 15.000).

Während das letzte Kapitel des KBW angebrochen scheint, sammeln sich um die im Sommer 1981 neugegründete Zeitschrift „Moderne Zeiten" verschiedene Gruppen aus den Kreisen des „Sozialistischen Büros" der aufgelösten maoistischen „KPD" und auch des KBW. Sie wollen einen „neuen Start für Diskussion und Strategie".

Trotzdem ist ein gewisser Zusammenhalt trotz Meinungsverschiedenheiten zeitweise weiter gegeben, weil

1) die Zentrale eine funktionierende Org. Struktur hat und ein beachtliches Vermögen;
2) eine Art Solidargemeinschaft der Mitglieder nach Herkunft und Länge der Mitgliedschaft besteht. Viele von ihnen haben Berufsverbot, Gewerkschaftsausschluß oder zugunsten der KBW-Aktivitäten den Beruf aufgegeben oder gewechselt (z.T. in Betriebe).
3) Zusammenhalt durch den „Glauben an die Revolution", die eines Tages kommen wird, wenn man nur energisch genug gegen ihre „Feinde", darunter vor allem „die Revisionisten der DKP" und gegen die „Supermacht SU" kämpft.

In der praktischen Arbeit wird in den Bezirken der sehr starke Rückgang der Aktivitäten festgestellt. Gegenwärtig konzentrieren sie sich vor allem auf die Friedensbewegung.

In Castrop-Rauxel (Ruhrgebiet) hat der KBW die Spaltung des Friedensforums angestrebt und erreicht. Andererseits entstand dabei eine gemeinsame Front von Jusos, Gewerkschaftsjugend, SDAJ und DKP sowie nichtorganisierten Jugendlichen gegen den KBW.

In Gelsenkirchen arbeitet der KBW mit „Volksfront" und KABD zusammen, ist aber in Mülheim bei den „Grünen" untergetaucht.

KB (Nord)

Die Krise des KB-Nord wird deutlich an seiner Finanzlage, die wesentlich mit dem Verkauf des „Arbeiterkampf" (andere Geldquellen, die auch spärlicher fließen, nicht ausgeschlossen) zusammenhängt.

Nach eigenen Angaben hatte der KB 1977 noch 25.000 AK-Abbonenten, 1980 nur noch 5.000.

Im Januar 1982 soll ein Sonderkongreß des KB stattfinden, um über die Perspektive des AK auf der Grundlage eines „Leitantrages" der KB-Zentrale zu diskutieren.

Vorgeschlagen wird das Umsteigen vom vierzehntägigen auf monatliches Erscheinen mit geringerem Umfang (bisher 48 oder 60 Seiten).

Mit der Abspaltung der „Gruppe Z" hatte sich die Krise des KB wesentlich vertieft, wobei sie ihre Krise mit „... der Krise der 70er Neuen Linken" gleichsetzen. Ihre Selbstkritik fußt auf der „Erkenntnis", daß sie den Übergang von der „APO-Phase", d.h. „der Ablehnung traditioneller Organisationsformen", der Ablehnung des „Marxismus-Leninismus als veraltetes Dogma" nur „oberflächlich" verarbeitet haben und die „Konkurrenz diverser Avantgarden des Proletariats" spürten. Die „Hegemonie der Linken außerhalb von SPD und DKP ...,die 1976/77 ihre Höhepunkte erreichte, ging dann in eine steile Abwärts-
DKP ...,die 1976/77 ihre Höhepunkte erreichte, ging dann in eine steile Abwärts-
entwicklung über. Diese Entwicklung spiegelt sich wider in einem realen Auflagenverlust der ‚marxistisch-leninistischen' Presse, AK eingeschlossen, um mehr als 50.000!" (Aus dem Leitantrag des KB vom Dezember 1981).

Der KB-Nord sagt eine Umgruppierung in der Linken voraus, die mit der Bildung grün/bunter Listen verstärkt wird und mit der Bildung einer „Reformpartei" links von der SPD einen anderen Fixpunkt erreichen wird. In diesem widersprüchlichen Prozeß will der KB, im „Gegensatz zur Strömung des Modernen Sozialismus und zur Neuen Sozialdemokratie" sich als „autonome Organisation bewahren, statt in der breiteren Strömung der Neuen Sozialdemokratie aufzugehen". So gesehen, soll auch der „Arbeiterkampf" weiter das zentrale Instrument des KB sein, um die politische Rolle des KB zur Geltung zu bringen. Andererseits sind „Überlegungen über einen breiteren Trägerkreis für die Zeitung" im Schwange, die aber an dieser Aufgabenstellung „vorerst" (!) ihre Schranke finden.

Zur Erweiterung seines Umfelds hat der KB im November 1981 die Gründung der „Alternativen Liste Hamburg" initiiert und durchgezogen. Nach Monate dauernder Vorbereitung und fünfzehnstündiger Diskussion auf dem Kongreß wurde das Symbol des Bibers erwählt: „... er nagt überall so schön rum!" Monate zuvor wurde ein „Initiativkreis für eine AL", ein „Bunte-Liste-Initiativtreffen" gemanagt, entstanden Bezirksgruppen für eine „Alternative Liste" in Hamburg-Altona, Mitte, Nord, Eimsbüttel und Wandsbek, gab es AL-Anhänger aus Bergedorf und Harburg.

Das politische Spektrum dieser „Alternativen Liste Hamburg" umfaßt neben dem KB-Nord die SOST, das Sozialistische Büro, die „Gruppe Arbeiterpolitik" und den KBW.

Im Hintergrund wirkten die scharfen Auseinandersetzungen weiter, die in Hamburg seit 1979/80 in der Bunten Liste und um die Gründung der Grünen Partei sowie bei der Abspaltung der Z-Gruppe vor sich gingen. Die Grünen bekämpfen diese Neugründung aus Konkurrenzgründen (mit ihnen die Z-Gruppe).

Schon auf dem Kommunalpolitischen Kongreß Mitte Oktober 81 in Hamburg, wo es um die Wahlen ging, war deutlich geworden, daß der KB und seine Anhänger ein Zusammengehen mit der DKP auf einer gemeinsamen Liste ablehnen. Auf dem Gründungskongreß der „Alternativen Liste Hamburg" hat ein Vertreter der DKP noch einmal den Standpunkt der Partei und die grundsätzliche Bündnisbereitschaft der DKP mit allen linken Kräften unterstrichen.

Streitpunkte auf dem Kongreß waren die Haltung zu Polen und zur Kernenergie.

Fortsetzung von vorheriger Seite

samten Friedensbewegung einen ebenso heftigen wie bescheuerten Antikommunismus zu unterstellen. Daß sowohl von der Sache wie auch von der Teilnehmerzahl her der 22.11. alles andere war als eine gradlinige Fortsetzung der großen Friedensdemonstration vom 10.10. mußte dabei unberücksichtigt bleiben.

Widersprüche überhaupt wahrzunehmen, Entwicklungstendenzen zu erkennen und gar auf dieser Grundlage auch noch praktische Politik zu machen, ist nicht die Sache der MG. Für ihr Weltbild sind die Widersprüche in den wirklichen politischen Bewegungen höchstens ein ärgerlicher Störfaktor, der beim bequemen Einstapeln in die ganz kleinen Schubladen im Wege sein könnte. Aber, so muß man gleich hinzufügen, ein Störfaktor, mit dem die MG bisher immer noch ganz gut fertig geworden sind: Mit Geschick und Routine wird am Ende doch noch alles auf das passende Format zurechtgeholzt.

Auf diesem Feld der „politischen" Tätigkeit stellen die MG die klassischen linkssektiererischen Gruppen (KPD/ML, KBW u.ä.) weit in den Schatten, weil diese bei aller Beschränktheit und Spinnerei doch immer noch den Anspruch hatten, die Wirklichkeit zu erkennen, um darauf irgendeine Art von praktischer Politik aufzubauen. Für die MG hingegen stellt sich die Frage der Praxis überhaupt nicht mehr: Ihnen genügt das Vergnügen, die Umwelt in häßliche Kapitalisten und saudummes Volk zu sortieren, und sich über den eigenen Durchblick zu freuen.

Und wozu das Ganze?

Man könnte dieselbe Haltung der MG auch an beliebigen anderen Themen der politischen Praxis darstellen — was aber auf die Dauer ziemlich langweilig wäre, weil doch stets dasselbe herauskommt: Es gibt auf der Welt nichts lustigeres als Menschen, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung anzukämpfen versuchen. Lustig ist natürlich jeder auf seine eigene Art: der kopflastige Akademiker und der ewig blöde Arbeiter, der sich voll Stolz kaputtschafft, ohne ernstlich aufzumucken. Und erheiternd sind natürlich auch Frauen und andere Behinderte, die nicht einmal fähig sind, ihre eigenen Interessen korrekt und stotterfrei zu artikulieren. **Die naive Frage, warum die MG in absolut keiner einzigen praktischen Bewegung anzutreffen sind, kann man sich demnach leicht selbst beantworten: Diese Bewegungen sind eine Teilnahme der MG allesamt nicht wert!** Wert sind sie nur der ätzenden Kritik der MG, und wer nicht allzu bescheuert ist, kann ja Augen und Ohren aufmachen, und diese Kritik zur Kenntnis nehmen.

Der unbegrenzte Zynismus der MG scheint sich aus ganz ähnlichen Quellen zu speisen wie der dreiste Nihilismus mancher „taz"-Autoren: Eine heruntergewirtschaftete radikale Linke, die in ihrem Anspruch als revolutionäre Avantgarde frustriert ist, und der nunmehr wirklich alles zuzutrauen ist. Die Erkenntnis, daß alles eigentlich gar keinen Sinn hat und daß die Menschheit ihr Schicksal gar nicht besser verdient hat, ist so originell nun auch wieder nicht. Originell ist bloß, daß sich auf dem wackligen Fundament dieser Ideologie eine von missionarischem Geist beseelte politische Sekte formiert, der nichts absurderes als ausgerechnet eine explizite Bezugnahme auf Marx einfällt. Gibt es denn in einer Welt, in der die Arbeiter bloß blöd und unterwürfig, die Intellektuellen bloß versponnen und karrieregeil sind, nichts Gescheiteres als politische Versammlungen, stundenlange Reisen mit Auto oder Zug zu irgendwelchen zentralen Mobilisierungen, Verteilen von Flugblättern an irgendwelche Halbaffen?! **Hier wären die Mitglieder und Anhänger der MG zu fragen: Irgendeinen politischen Nutzen versprecht ihr euch doch wohl nicht von eurer Tätigkeit. Aber macht es euch denn wenigstens Spaß?**

DOKUMENTATION

»Der KB auf dem Weg zur Theorie«

Nachdruck aus „Aufsätze zur Diskussion"

Mit dem 2. Kongreß des KB, der im Januar stattfand, beschäftigt sich ein langer Artikel in der neuen Ausgabe der „Aufsätze zur Diskussion". Herausgeber dieser Schriftenreihe ist die Strömung „Neue Hauptseite Theorie" (NHT), einer der in der Linken wenig bekannten und beachteten Theorie-Zirkel, die aus der alten ML-Bewegung hervorgegangen sind. Der Artikel, aus dem wir im folgenden wesentliche Teile nachdrucken, stellt in seiner Sachlichkeit und Ausführlichkeit eine angenehme Überraschung dar, da die NHT den KB bisher nur ganz oberflächlich irgendwo zwischen „Opportunismus", „Revisionismus" und „kleinbürgerlichem Sozialismus" einsortiert hatte. Wir haben aus dem Artikel der „Aufsätze zur Diskussion" in erster Linie die breiten Zitate und Beschreibungen zu unserem Kongreß herausgekürzt. (Mit der Politik der NHT befaßte sich ein Artikel in AK 217, S. 32)

Der KB stellte in der Vergangenheit so etwas wie ein Bindeglied zwischen der sogenannten undogmatischen Linken und der marxistisch-leninistischen Bewegung dar. Wurde der KB Anfang der 70er Jahre dem „rechten Flügel" der ml-Bewegung zugerechnet (er rief zur Wahl der SPD auf), so distanzierte er sich selbst ab Mitte der 70er Jahre zunehmend von der ml-Bewegung, der er in seiner Zeitung nur noch eine Kuriositätenrubrik zuwies. Bezugspunkte seiner Tätigkeit wurden die Frauenbewegung, die Anti-AKW-Bewegung, ja fast das gesamte Spektrum der Alternativ-Bewegung; der Arbeiterkampf wurde zur Zeitung der kämpferischsten Teile dieser Bewegungen. Sein Auflagenhöchststand im Jahre 1977 dokumentiert den Höhepunkt der militanten Auseinandersetzungen um das Kernenergieprogramm der westdeutschen Bourgeoisie. Das Entstehen der Alternativbewegung in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ging Hand in Hand mit dem Niedergangsprozeß der gesamten sich am Marxismus orientierenden Linken in der BRD. Die neuen Ideologen dieser kleinbürgerlichen Bewegungen, die der Alternativszene zuzurechnen sind, entwickelten ihre Anschauungen in direkter Abgrenzung zum Marxismus und zum Leninismus.

Der historische Materialismus wurde ebenso wie die revolutionären politischen Schlußfolgerungen der marxistischen Theorie einer breiten Kritik unterzogen. In der Alternativbewegung bildeten sich dem wissenschaftlichen Sozialismus diametral entgegengesetzte Positionen heraus, die von der Linken bisher nur unzureichend zurückgewiesen oder widerlegt werden konnten. Dieser ideologische Formierungsprozeß der Alternativbewegung blieb nicht ohne Auswirkungen auf die marxistische Linke. Zum einen beschleunigte er die Erosion ihrer theoretischen Grundlagen mit der praktischen Folge des Übergangs Tausender von Genossen in die Alternativbewegung und die „Grüne Partei". Zum anderen verdeutlichte dieser Prozeß, daß die gesamte Linke in der BRD über keine soziale Basis mit gesellschaftlicher Relevanz verfügt. Die III. Sozialistische Konferenz bildet in einem gewissen Sinn den Schlußpunkt dieser Entwicklung (...).

Es folgt dann, nach breiten Zitaten aus der vom 2. KB-Kongreß diskutierten und beschlossenen Resolution, eine Spekulation über Widersprüche zwischen „Führung" und „Basis" des KB: Die „Basis" habe auf dem Kongreß eine Reihe von eher verwässernden und reformistischen Vorstellungen (im Sinne der grünen Ideologie, des „Modernen Sozialismus" u.ä.) durchgesetzt, was zu „faulen Kompromissen" in der Endfassung der Resolution geführt habe. Diese Version, die sich auf keinerlei Tatsachen stützen kann, hat der Autor des Artikels leider einfach aus dem Kommentar der „KVZ" (KBW-Zeitung) abgeschrieben. (Die NHT hatte, da gleichzeitig ihre eigene Konferenz stattfand, keine Beobachter zu unserem Kongreß geschickt). Vgl. hierzu Nachdruck des „KVZ"-Kommentars im AK 218, S. 35.

Ein weiterer wesentlicher Streitpunkt war die Krise der SPD und der Umgruppierungsprozeß innerhalb der Linken. Streitpunkt war hierbei nicht nur die Frage der Einschätzung dieses Prozesses, sondern ebenso die Stellung des KB zu diesen Entwicklungen. In seinem Leitantrag formuliert das LG: „Es handelt sich bei der aktuellen Umgruppierung der Linken also um einen sehr widersprüchlichen Bruch: Einerseits Tendenzen, die von der SPD und somit überhaupt vom herkömmlichen Parteiensystem wegdrängen, auf der anderen Seite Tendenzen der 70er ‚Neuen Linken' zur ‚Aussöhnung' mit dem imperialistischen Staat.: a) Innenpolitisch: Bruch mit der ‚Staats-Theorie' Lenins und dem ‚Revolutions-Verständnis' der Dritten Internationale. Annäherung an ‚dominant-reformerische', ‚transformatorische' Strategien (‚Historischer Kompromiß', ‚französischer Weg zum Sozialismus' o.ä.). b) Aussenpolitisch: Bruch mit der ‚Imperialismus-Theorie' Lenins bis hin zur Bestreitung des imperialistischen Charakters der BRD (KBW). Bekenntnis zur Vaterlandsverteidigung und zum Antisowjetismus" (AK 215, S. 2).

In dieser Beschreibung und Kritik schimmern neben der hauptseitig richtigen Darstellung der Entwicklung im sogenannten linken Spektrum ebenso spezielle KB-Positionen durch. Da wird die Kritik an der imperialistischen Außenpolitik der SU, ein unbestreitbares politisches Verdienst der ml-Bewegung, schlichtweg auf den Nenner des ‚Anti-Sowjetismus' gebracht, da wird eine Tendenz zur „Vaterlandsverteidigung" ausgemacht, die einzig der KB-Auffassung geschuldet ist, daß jeder Sympathisant der Drei-Welten-Theorie und jeder Diskutant einer „alternativen Verteidigungspolitik" bereits ein potentieller „Vaterlandsverteidiger" ist.

Aber nicht über diese Positionen entbrannte die Debatte auf dem Kongreß; hier ist sich der KB durchaus noch einig. Auseinandersetzungen gab es darüber, ob aus diesem Umgruppierungsprozeß innerhalb der Linken eine „authentisch sozialdemokratische Reformpartei" hervorgehen wird, wie das LG es in der 6. These formulierte (...).

An dieser Stelle folgen neuerliche Spekulationen, daß die „Basis" der „Führung" wesentliche Veränderungen am Resolutionsentwurf – im Sinne einer opportunistischen Annäherung an die Demokratischen Sozialisten – aufgezwungen habe. Übersehen wird dabei, daß die zentrale These dieses Abschnitts (Die „Herausbildung einer Partei links von der SPD" sei „unter den objektiven Bedingungen ein notwendiger Zwischenschritt im Entwicklungsprozeß einer revolutionären Partei und insofern progressiv") eine fast wortwörtliche Übernahme einer bereits auf dem KB-Kongreß im Dezember 1978 diskutierten These ist. Das Fehlen einer solchen Aussage im ursprünglichen Resolutionsentwurf des LG zum 2. Kongreß wurde noch v o r dem Kongreß als Mangel erkannt; daher wurde gleich zu Beginn des 2. Kongresses vom LG eine entsprechende Ergänzung zum Resolutionsentwurf angekündigt.

„Die Herausbildung einer Partei links von der SPD" ist in der heutigen BRD weder ein unvermeidlicher, noch „ein notwendiger Zwischenschritt im Entwicklungsprozeß einer revolutionären Partei". Für die gegenteilige Einschätzung, die der KB-Kongreß beschloß, sucht man vergeblich nach einer Herleitung und Begründung. In Westdeutschland existiert bis dato die reformistische Linke ebenso isoliert wie ihr revolutionärer Flügel. Der Verlauf der III. Sozialistischen Konferenz hat dies eindringlich bestätigt. Spekulationen über eventuelle weitergehende politische Einflußnahmen auf die Arbeiterbewegung durch die Krise der SPD und die Austritte und Ausschlüsse von Coppik und Hansen sowie ihr Umfeld entbehren bisher jeder sachlichen Grundlage. Die Anhängerschaft dieser Kräfte ist bis dato, ebenso wie bei den anderen Gruppierungen der Linken, überwiegend **nicht** durch das Industrieproletariat geprägt. Es gibt also von der objektiven Seite des Klassenkampfes her keinen Grund, der uns zu einer engen Zusammenarbeit oder gar Förderung eines reformistischen Formierungsprozesses veranlassen könnte.

Erst recht gibt es keinen Grund, dies zu tun, wirft man einen Blick auf den Zustand der revolutionären Kräfte. Die „Thesen..." des LG sind von vorn bis hinten von einem Grundgedanken durchzogen: der theoretischen und politischen Abgrenzung zu den Positionen des Reformismus. Wiederholt konstatiert das LG mit Recht Zersetzungserscheinungen und Abdriftungstendenzen gerade in diese Richtung, verweist es auf die theoretischen Schwächen und Versäumnisse der Kommunisten gerade in der Herausarbeitung ihrer eigenen Positionen gegenüber diesen Kritikern; und dann fordert man in der Endfassung der „Thesen...", die Formierung gerade dieser Richtung zu „fördern", ja, sie als „einen notwendigen Zwischenschritt" für den Formierungsprozeß der Kommunisten zu betrachten. Das direkte Gegenteil ist der Fall.

Der konkrete Verlauf des Niedergangs der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland macht dies deutlich. Der Streit zwischen einer reformistischen oder revolutionären Strategie zur Überwindung des Kapitalismus spaltet nicht nur heute den KBW in zwei Flügel, er war ebenso bereits angelegt in dem Spaltungsprozeß der KPD zwischen der 99er und der 41er Gruppierung und wird mit einiger Sicherheit auch für die weitere Entwicklung des KB relevant sein. Und mit Recht formuliert die SOST zum KB-Kongreß: „Die Scheidelinie zwischen revolutionärer Politik und ‚modernem Sozialismus' (damit meinen die SOST die von ihnen vertretene Richtung des Reformismus, A.S.) ist nach wie vor die Staatsfrage." (AK Nr. 217, S. 31). Diese „Scheidelinie" bricht als solche heute im Niedergangsprozeß der ml-Bewegung auf. Sie ignorieren bedeutet beim Zustand unserer Bewegung, den Positionen des Reformismus den Weg zu bahnen. Eine klare theoretische und auch organisatorische Abgrenzung tut not.

Was von der SOST richtig erkannt ist, wird vom KB verwischt. Der Formierungsprozeß beider Strömungen (der reformistischen wie der kommunistischen) geschieht nicht miteinander, sondern **gegeneinander**. Miteinander gilt es zu debattieren und zu streiten (und dies sicherlich in anderer Form als in der Vergangenheit) — um die ideologische Hegemonie in der Linken und späterhin der Arbeiterbewegung. In dieser Auseinandersetzung gilt es, die Kräfte für den Parteibildungsprozeß der Kommunisten zu gewinnen, und dies geschieht notwendig **gegen** die Positionen der reformistischen Linken. So und nicht anders sehen es umgekehrt die SOST, deren Positionen fast sämtlichst in direkter Abgrenzung zum Leninismus entwickelt wurden und die entschieden gegen eine eigenständige Organisierung der Revolutionäre auftreten. Sie sind für die Einheit auf dem Boden einer reformistisch-eurokommunistischen Strategie. Auch die Revolutionäre sind für die ‚Einheit', aber auf dem Boden des **revolutionären** Marxismus. Beide Programme schließen einander aus, ihre Gemeinsamkeit besteht in der Auseinandersetzung um den richtigen Weg zur grundlegenden sozialen und politischen Umgestaltung der Verhältnisse. Diese Gemeinsamkeit erlaubt bestenfalls eine gemeinsame theoretische Zeitschrift, keineswegs aber eine gemeinsame Organisation. Unter den Bedingungen der theoretischen Defensive der Marxisten-Leninisten dem Formierungsprozeß einer revolutionären kommunistischen Bewegung in Westdeutschland einen „notwendigen Zwischenschritt" in Gestalt einer linkssozialdemokratischen Partei zu verordnen, heißt hinter die bereits geschaffenen Fronten zurückzugehen und damit die ideologische und politische Hegemonie des Reformismus in der Linken auf Jahre hin festzuschreiben.

Eng mit dieser Fragestellung zusammen hängt ein anderer Problemkomplex, der auf dem KB-Kongreß nicht zu Ende diskutiert, sondern vertagt wurde: die künftigen „Bündnispartner" des KB (...).

An diesem Punkt wird das Problem der künftigen Orientierung des KB, welches mit der kritisierten Kompromißformel der „Thesen..." noch einmal umgangen wurde, praktisch: Zusammengehen mit dem reformistischen Lager **oder** Unterstützung der Formierung eines revolutionären Pols innerhalb der Linken.

Dies ist letztlich die Gretchenfrage, vor der alle Kräfte der sich zersetzenden ml-Bewegung stehen und von der die Zukunft einer revolutionären kommunistischen Bewegung in der BRD entscheidend abhängt. Der KB hat diese Frage noch einmal vertagt. Es besteht die Gefahr, daß Teile der Organisation sie praktisch beantworten, ehe sie vom KB theoretisch erörtert wurde. Dies wären dann die Konsequenzen eines faulen Kompromisses.

Resumee

Wie ist es zu erklären, daß gerade der KB, der ja in der Vergangenheit, besonders seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre mehr eine Randerscheinung der ml-Bewegung war, heute theoretisch so prinzipienfest und politisch so revolutionär auftritt? Zwei Entwicklungen machen dies erklärlich. Zum ersten hat der Sog innerhalb der Linken hin zur grün-alternativen Bewegung seinen Höhepunkt bereits überschritten. Die Zeit der Träume und Hoffnungen, mit dieser Bewegung eine politisch relevante Kraft zu werden und trotzdem seine sozialistisch-kommunistische Identität zu wahren, ist vorbei. Die Dritte Sozialistische Konferenz — um sie noch einmal zu erwähnen — dokumentiert dieses Ende. Die sich auf den Marxismus und die Arbeiterbewegung beziehende Linke war dort unter sich und ist sich inzwischen auch ihrer fundamentalen Differenz zur ökologischen Bewegung und „Grünen Partei" bewußter, als dies vor zwei bis drei Jahren der Fall war. Die Erkenntnis, daß die Ziele der Arbeiterbewegung, Sozialismus und Kommunismus, in dieser Bewegung nicht aufgehoben sind, daß sie eigenständige theoretisch, politische und organisatorische Gestalt haben **müssen**, ist heute wieder eine relativ unbestrittene Gemeinsamkeit in der marxistischen Linken. (5)

Diese Entwicklung rückte innerhalb der Linken die Auseinandersetzung um einen tauglichen Weg zum Sozialismus in den Vordergrund. Prägte noch bis in das vergangene Jahr hinein die Auseinandersetzung und Diskussion „grün-alternativer" Theorien die Debatten innerhalb der Linken und beeinflußte dementsprechend den Zersetzungsprozeß der ml-Bewegung (Beispiel: KPD), so bestimmt nun zunehmend der Streit zwischen einer reformistischen und revolutionären Strategie und ihrer theoretischen Grundlage die Auseinandersetzung. Hier aber hat der KB in der Vergangenheit theoretisch gearbeitet und schlägt zum anderen seine Geschichte als „Repräsentant" der kämpferischsten Teile der demokratischen und Anti-AKW-Bewegung durch. War die Stellung zur grün-alternativen Bewegung vor zwei Jahren Anlaß zur Spaltung des KB (Entstehen der Gruppe Z) und verlor die Organisation auch direkt eine Reihe ihrer Mitglieder an die „Grüne Partei", so erweist sich bisher die Anfälligkeit gegenüber reformistischen Theorien keineswegs als ebenso bedeutsam.

Der KB gehörte mit zu den tragenden Kräften des III. Russelltribunals zur „Verletzung der Menschenrechte in der BRD". Im Zuge seiner Aktivitäten hierzu publizierte er eine ganze Reihe von Artikeln und Broschüren, die sich mit der konkreten Gestalt des westdeutschen Staates auseinandersetzen und den Abbau demokratischer Rechte und zügigen Ausbau des Gewaltapparates der Herrschenden aufzeigten. Diese (sicherlich noch vielfach an der Oberfläche bleibenden) Analysen ebenso wie die Erfahrungen in den z.T. militanten Auseinandersetzungen um das Kernenergieprogramm der Bundesregierung sind weitgehend Allgemeingut der KB-Mitgliedschaft. Diesen in verschiedenen konkreten Erscheinungen untersuchten und handfest erlebten Staat friedlich reformieren zu wollen, das widerspricht eben den theoretischen Erkenntnissen und den praktischen Erfahrungen der Genossen.

Bei allem Mangel an **gründlicher** theoretischer Arbeit und Schulung im KB, der Reformismus wird hier nicht so leicht Fuß fassen können, wie es in der Vergangenheit einigen Theorien der grün-alternativen Bewegung gelang. Dieses Hervorkehren der revolutionären politischen Positionen der Organisation hat eine theoretische Konsequenz: die verstärkte Besinnung auf den Marxismus und den Leninismus. Hier ist die einzig konsequente theoretische Grundlage für eine revolutionäre Politik und Praxis zu finden. Der Leninismus in den „Thesen ...", der dem Kommentator des KB-Kongresses in der KVZ durchaus nicht schmeckt und der vielen unserer Genossen so erstaunlich vorkommt, ist das direkte Produkt des Versuches, weiterhin revolutionäre politische Positionen zu behaupten. (...)

Auffällig ist die bereits eingangs angedeutete Parallele zwischen der NHT-Konferenz und dem KB-Kongreß. So unterschiedlich beide Gruppierungen durch ihre Geschichte, Organisation und Praxis sind, so war doch auf beiden Konferenzen das Ende der ml-Bewegung, seine Ursachen und Folgen für die revolutionäre Linke das eigentliche Diskussionsthema. Die Schlußfolgerung, die das LG am Ende seines Einleitungsreferates auf dem Kongreß zog, nämlich daß es gilt, am „Zustandekommen eines die Organisationsgrenzen sprengenden ‚revolutionären Blocks' (zu) arbeiten", war eine der Perspektiven, die die Redaktion der NHT zu vermitteln suchte. Offenkundig bringt das Ende der ml-Bewegung mehr als nur Resignation und Verfall: Chancen nämlich, die zu übersehen oder zu ignorieren mehr als sträflich wäre.

Alfred Schröder

SAG-Zeitung eingestellt

Die in Frankfurt beheimate SAG (Sozialistische Arbeitergruppe), die eine spezielle Tendenz im bunten Spektrum des Trotzkismus ganz für sich allein vertritt, hat kürzlich die Einstellung ihrer „Sozialistischen Arbeiterzeitung" („SAZ") bekanntgegeben. Die Zeitung war, was kaum jemandem aufgefallen war, schon seit November 81 nicht mehr erschienen. Die „SAZ" – ein sehr dünnes Blättchen vom Zuschnitt „Massenzeitung" – habe sich *„in den Bewegungen, an denen die SAG teilgenommen hat ..., nicht als das geeignete Instrument erwiesen"*. Der Verkaufserfolg sei gering gewesen, heißt es in dem Mitteilungsschreiben zur Einstellung der „SAZ". Die SAG stehe vor der Notwendigkeit, *„unsere Publikationen auf das notwendige Minimum zu reduzieren, damit genügend Arbeitskräfte übrigbleiben"*, um in den politischen Bewegungen praktisch zu intervenieren". *„Sonst laufen wir Gefahr, eine rein propagandistische Organisation zu werden, und das wollen wir nicht"*. Anstelle der „SAZ" soll nunmehr die theoretische Zeitschrift der SAG, „Klassenkampf" , häufiger als bisher, nämlich alle zwei Monate, herausgebracht werden.

Schwerpunktthema der gleichzeitig mit diesem Brief verschickten Ausgabe der „Klassenkampf" (März/April 82) ist P o l e n. Gemeinsamer Nenner der hier publizierten Beiträge (eine lange Übersetzung aus einer vermutlich verwandten englischen Zeitschrift, zwei Interviews) ist der Vorwurf an die Solidarnosc-Führung, sie habe die Bewegung aufgeweicht, in die Irre geführt und verraten. Ein eigener Kommentar plädiert für die knallharte Reagan-Linie gegen die polnische Militärdiktatur (*„Einstellung jeder Wirtschafts- und Finanzhilfe"*).

Schwerpunktthemen der nächsten Ausgabe des „Klassenkampf" sollen „Kampfmöglichkeiten gegen Arbeitslosigkeit" und „alternative Wahlbewegungen" (die SAG unterstützt nach eigenen Angaben in Hessen den Aufbau einer AL, nachdem sie jahrelang stur zur Wahl der SPD aufgerufen hatte) sein.

Kontaktadresse: S. Haenisch, 3000 Hannover 91, Niederschlagstr. 5

Demokratische Sozialisten bilden Partei

viel Skepsis wenig Begeisterung


Foto:AK (H.W.)

Mehr als 1300 Menschen waren am Tag des Frühlingsanfangs 1982 zum FORUM DEMOKRATISCHE SOZIALISTEN nach Recklinghausen gekommen, um ihre Bereitschaft zur Mitarbeit beim Aufbau einer neuen, sozialistischen Organisation zu demonstrieren.

Unbeeindruckt von mehr und weniger wohlmeinenden Ratschlägen und Aufforderungen, möglichst keine neue Organisation, auf keinen Fall aber eine neue Partei zu gründen, beschlossen die Teilnehmer zum Abschluß der Recklinghausener Veranstaltung nahezu einstimmig folgenden **"Vorschlag für die weitere organisatorische Arbeit**

– ab 1. April 1982 ist eine Mitgliedschaft in der Initiative 'Demokratische Sozialisten' möglich

– Beitrittserklärungen werden ab 20. März 1982 bereitgehalten

– anzustreben ist ein Mitgliedsbeitrag, der etwa 1% des Einkommens entspricht, natürlich jeder nach seinen Möglichkeiten

– es wird angeregt, in den nächsten 2 Monaten möglichst in allen Bundesländern Kongresse durchzuführen

– auf den Landeskongressen sollte die regionale Konstituierung der Initiative 'Demokratische Sozialisten' erfolgen, zugleich sollte eine Willensbildung über den Zeitpunkt der bundesweiten Konstituierung herbeigeführt werden und Delegierte zum nächsten bundesweiten Kongress gewählt werden;


Foto:AK (H.W.)

– die Landeskongresse werden von den örtlichen Aktiven unter Mithilfe des Bonner Büros vorbereitet

– am 17. Juni 1982 findet ein weiterer bundesweiter Kongress der Initiative 'Demokratische Sozialisten' statt, auf dem die Ergebnisse der Landeskongresse beraten werden

– der vorläufige Koordinationsausschuß wird beauftragt, alle weiteren organisatorischen Schritte vorzubereiten (Koordination zwischen den örtlichen Gruppen, Terminkoordination, Erarbeitung eines Delegiertenschlüssels und Satzungsentwurf, Koordination der Vorschläge für ein Aktionsprogramm)

Bei den Landeskongressen sollten aus jedem Bundesland 3 Vertreter für den Koordinationsausschuß benannt werden, damit der vorläufige Koordinationsausschuß durch unmittelbar legitmierte Vertreter abgelöst wird".

Die Konstituierung der Demokratischen Sozialisten als P a r t e i noch im Sommer dieses Jahres steht somit endgültig fest. Kaum inhaltlich eingegangen wurde dabei auf die zurückhaltenden bis skeptischen Argumente, die aus dem gesamten Spektrum der sozialistischen Linken gegen eine ü b e r e i l t e organisatorische Verfestigung der DS vorgebracht werden. Durchgesetzt hat sich (einmal abgesehen von den schillernden Gründungsfanatikern, die bei jedem solchen Anlaß zum unvermeidlichen Zubehör zählen) das Argument, daß durch die Kriegsgefahr und durch die Labilität der Bonner Regierungskoalition nur noch wenig Zeit für eine entscheidende Wende zur Verfügung stehe, daß organisatorische Schritte folglich mit größter Eile getan werden müßten, daß weitere Diskussion nur ein Zerreden begünstige, daß man das Eisen schmieden müsse, solange es heiß ist etc. pp.

Dabei wird wohl auch eine Rolle spielen, daß das Signal von Coppik und Hansen bisher nicht gerade erdrutschartige Reaktionen in der SPD ausgelöst hat. Wer vielleicht erwartet (und gehofft) hatte, daß in der SPD ein riesiges Unzufriedenen-Potential bloß auf ein paar Prominente wartet, die öffentlich den Anfang machen (eine Illusion, die in den Biertisch-Redereien linker SPDler durchaus ihre Rechtfertigung finden mochte), sieht sich erstmal getäuscht. Das Ausbleiben erhoffter Massenreaktionen in der SPD könnte am Ende das Argument unterstützt haben, daß man seitens der DS so schnell wie möglich organisatorisch etwas "zum Vorzeigen" brauche, um das Unzufriedenen-Potential der SPD nach dem Parteitag vielleicht doch noch abholen zu können.

Ob diese Kalkulation aufgeht, wird sich zu beweisen haben. Sicher ist erst einmal, daß die DS in ihrer heutigen realen Gestalt mit einer s o z i a l i s t i s c h e n Organisation noch recht wenig zu identifizieren sind. Ihre bisherigen programmatischen Ausarbeitungen ("Thesen" – siehe Abdruck in diesem AK) sind bloßes Stückwerk, das selbst hinter den vergleichbaren Thesen der Grünen Partei zurückbleibt. Zudem fehlt den DS eine umfassende und abgeschlossene Analyse der SPD-Politik, obwohl eine solche eigentlich d i e Grundlage aller weiteren organisatorischen Schritte sein müßte.

Die Neigung, inhaltliche Ausarbeitungen und Debatten dem Aufbau der organisatorischen F o r m unterzuordnen, schafft den DS im bunten Spektrum des "Protestpotentials" mehr Mißtrauen als Sympathie, und es begünstigt irrationale Konkurrenz-Situationen. W e n n (!!) sich Gerüchte bewahrheiten sollten, daß die DS jetzt in Hessen im Alleingang (also o h n e das sonstige Spektrum für eine Alternative Liste) kandidieren wollen, würden solche bisher schon angedeuteten Fehlentwicklungen auf die Spitze getrieben.

Unterschiedliche Reaktionen der Grünen

Die Stellungnahmen aus der Partei Die Grünen zur Initiative von Coppik und Hansen, zum Recklinghausener Forum und zur nunmehr stattfindenden Parteibildung reichen von solidarisch gemeinten und formulierten Kommentaren und Ratschlägen bis hin zu kaum verhüllten Feindeseligkeiten und Platzhirsch-Allüren. Mit Letzteren tat sich vor allem Ernst Hoplitschek (Bundesvorstand) hervor, dem (siehe frühere Polemiken gegen die linke "Z"-Fraktion bei den Grünen) regelmäßig die Gäule durchgehen, sobald er Sozialistisches wittert. Hoplitschek ist Vorsprecher jener Strömungen bei den Grünen, die eine sozialistische Partei nicht bloß für überflüssig , sondern sogar für störend und darum verhindernswert halten. Ganz und gar dieser Geisteshaltung entspricht auch die Entscheidung der hessischen Grünen, zu den Landtagswahlen im Herbst im Alleingang anzutreten, was speziell gegenüber den DS ein bewußter Affront ist. Dieser Affront wurde noch verschärft, indem durch die Streichung von A. Schubart (der bei den DS eher zu den Bedächtigen und Mäßigenden gehört) auch der Anspruch der Grünen blamiert wurde, ihre Liste sei wenigstens "o f f e n".

Nicht so aggressiv und provokatorisch, aber in der Sache doch recht ähnlich scheint bei den Grünen mehrheitlich die Meinung vorzuherrschen, daß Austritte aus der SPD natürlich zu begrüßen sind, aber daß die Austretenden gefälligst nicht den Grünen ins Gehege zu kommen haben, sondern sich lieber diesen a n s c h l i e s s e n sollten: Die Grünen bestehen schließlich schon ein paar Jahre, haben ein politisches Programm, sind parlamentarisch bereits etabliert (Als ob das die DS mit Coppik und Hansen nicht auch wären?!), und die DS sind ohnehin nur der untaugliche Versuch, Opas sozialistische Arbeiterpartei wiedererstehen zu lassen, die von der Geschichte längst überholt und widerlegt ist.

Eine andere Position hat der grüne Landesverband Nordrheinwestfalens formuliert: Er betont in seiner Stellungnahme die Notwendigkeit einer solidarischen Zusammenarbeit und Auseinandersetzung ("Dialog") zwischen Grünen und DS. Noch etwas weitergegangen ist der linke Hamburger Landesverband, der sich in einer deutlich von der Gruppe Z inspirierten Stellungnahme sehr positiv zum Auftreten der DS geäussert hat und sich zugleich von E. Hoplitschek distanzierte. (Eine Reaktion darauf ist, daß J. Reents, Exponent der Gruppe Z, im ersten Info-Blatt der DS gleich mit zwei Beiträgen zu Wort kam. Reents vertritt die Theorie, daß Grüne und DS "zusammenwachsen" müßten).

In der Linken bisher wenig Begeisterung für die DS

Es fällt auf den ersten Blick ins Auge, daß die Parteibildung der DS in der Linken und in den politischen Bewegungen sehr viel weniger spontane Begeisterung und Erwartungen ausgelöst hat als es 1979/80 bei Bildung der Grünen Partei der Fall war. Selbst im Spektrum der Zeitschrift "Moderne Zeiten", das den DS wohl am nächsten steht, scheint die anfänglich sehr starke Zustimmung zum DS-Projekt inzwischen skeptischen und warnenden Argumenten gewichen zu sein. In fast allen Beiträgen klingt deutlich die Sorge hervor, daß sich sowohl bei den Grünen wie bei den DS die *"Partei-Schrebergärtner"* (W.K. Goltermann) durchsetzen könnten, so daß es zu einem konkurrierenden Gegeneinander statt zu einem fruchtbaren Miteinander beider Richtungen kommen könnte. Zudem ist den meisten Autoren der "Modernen Zeiten" das Programm der DS auch nicht "m o d e r n" genug; sie fürchten einen "Traditionssozialismus" und werfen den DS sogar vor, sie seien in den "Politikkonzeptionen" der alten Kommunistischen Internationale "verfangen" (W.K. Goltermann).

Aus dem Rahmen fällt in diesem Spektrum die sehr scharfe Polemik von W. Maier / R. Fücks ("MOZ", 4/82) gegen die DS, die den Tönen der Hoplitschek-Richtung bei den Grünen ziemlich nahe kommt.

Auch in diesem Punkt zeigt sich, daß W. Maier und Fücks, die aus dem KBW zu den "Modernen Zeiten" gestoßen sind, in vielen Fragen mehr mit ihren alten Freunden als mit den neuen Partnern übereinstimmen: Der KBW äußert sich sehr schrill und feindselig gegen die DS. Er kommt dabei (was oberflächliche und bloß gelegentliche Beobachter vermutlich verblüffen wird) durchaus nicht mehr von Linksaußen her, sondern er attackiert die DS aus der Position der "konsequenten Grünen": Opas Arbeiterbewegung ist tot, Lenin ist längst begraben, Marx ist zumindest fragwürdig, die Partei ist als Organisationsform sowieso hinüber usw. usf. (Dementsprechend unterstützt der KBW in Hessen den grünen Alleingang und hat sich auf heftige Polemiken gegen sämtliche Befürworter eines Wahlbündnisses, vornehmlich A. Schubart und die DS, spezialisiert). Als tiefere Ursache dieses Verhaltens ist unschwer zu erkennen, daß sich der KBW für die Hauptziele seiner Politik (Bekämpfung der DKP, Aufbau einer „Einheitsfront" gegen die Sowjetunion als „Hauptfeind der Menschheit") bei den Grünen sehr viel mehr ausrechnet als bei den DS, die vom KBW frontal als „Stamokap-Leute" und „DKP-Freunde" angegriffen werden.

Aus genau entgegengesetzten Gründen bringt aber auch die DKP der Parteibildung der DS keine Sympathie entgegen. Denn der DKP ist aus i h r e r Sicht eine starke, permanent rumorende linke Opposition i n der SPD sehr viel lieber als eine eigenständige linkssozialdemokratische Partei, die als ernsthafte Konkurrenz eingestuft wird – wo die DKP doch schon unter dem Auftreten von Grünen und Alternativen genüg gelitten hat (Die Grünen können es sich als „Verdienst" anrechnen, daß sie mit ihrer blödsinnigen Konfrontationspolitik gegen die DS die natürlichen Widersprüche zwischen DS und DKP verkleistert statt genutzt haben).

Von den kleineren linken Gruppierungen seien noch die trotzkistische GIM und die KPD/ML erwähnt: Die GIM hat die DS mit sehr viel Vorschußlorbeeren bedacht, zumal sie mit den ganzen bisherigen linken Formierungsversuchen von Grünen und Alternativen absolut nichts anfangen konnte (Bis vor kurzem rief die GIM beharrlich zur Wahl der SPD auf, mit dem sagenhaften Argument, daß Grüne und Alternative nicht sozialistisch seien). In neueren Verlautbarungen der GIM tritt aber auch Skepsis und Sorge über die zukünftige Entwicklung und die Möglichkeiten der DS in den Vordergrund. Allzu sehr möchte man auf dieses Pferd vorerst nicht setzen, zumal der erwünschte große Einbruch in sozialdemokratische und gewerkschaftliche Kreise bisher ausgeblieben ist.

Erstaunlich (und erfreulich) ist der erste Kommentar der KPD/ML: *„... Jedenfalls tut man wohl gut daran, die Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung als einen längeren Prozeß zu begreifen. Dabei ist es wenig wahrscheinlich, daß breitere Teile der Arbeiterklasse Knall auf Fall von sozialdemokratischen Positionen zum Kommunismus übergehen. Viel realistischer ist es, davon auszugehen, daß ein Linksentwicklungsprozeß innerhalb der Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grad zwangsläufig gewisse Zwischenstadien durchlaufen wird, bevor die Masse der Arbeiter- und Angestelltenschaft zur Erkenntnis der Notwendigkeit und Nützlichkeit der proletarischen Revolution gelangt ... Unsere Partei sieht in den demokratischen Sozialisten keineswegs vor allem eine 'lästige Konkurrenz', sondern wir gehen zunächst einmal davon aus, daß eine solche linke Formierung aus der SPD heraus unter bestimmten Umständen einen positiven Beitrag zur Lösung der Arbeiterbewegung vom sozialdemokratischen Einfluß und zur Linksentwicklung der Arbeiterklasse leisten könnte"* (Manchen wir das so vorkommen, als hätte die KPD/ML kräftig aus einschlägigen Texten des KB abgeschrieben ?). Inhaltlich wirft die KPD/ML den DS allerdings vor, sie würden sich programmatisch nicht genug von den Grünen absetzen, würden sich nicht eindeutig genug *„auf den Klassenkampf, auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung"* orientieren („Roter Morgen", 2.4.).

Generell ist festzustellen, daß eine Aufbruchstimmung zugunsten einer sozialistischen Partei bisher weder inner- noch außerhalb der SPD besteht. Innerhalb der SPD-Linken herrscht immer noch die Mentalität, die ärgsten Sauereien der Parteispitze und der Rechten runterzuwürgen und dies als großartige Strategie mißzuverstehen. Vorstellbar ist bei der geringen Lernfähigkeit der bundesdeutschen Linken sogar, daß sie demnächst in Scharen einem Integrationsapostel wie Eppler nachlaufen könnte (Das gilt nicht bloß für die SPD-Linke, sondern auch für gar nicht so kleine Teile der Grünen). Außerhalb der SPD verhält sich gerade das für das DS-Projekt hochinteressante Spektrum der „modernen Sozialisten" (Von den Überbleibseln des SB bis zur vom KB abgespaltenen Gruppe Z) bisher recht reserviert und kritisiert die DS eher von rechts als von links (Die von den Grünen angeblich repräsentierte „neue Politik und Kultur" kontra befürchtete Tendenzen der DS zum „Traditionssozialismus").

An den DS wird also von allen Seiten her kräftig gezerrt und gestutzt. Daß sich dabei sozialistische, revolutionäre Positionen durchsetzen könnten, scheint vorerst eher unwahrscheinlich. T e i l und Zwischenschritt eines umfassenderen, in größeren Zeiträumen und Dimensionen zu begreifenden sozialistischen Parteibildungsprozesses werden die DS immerhin sein können. Und das ist gar nicht so wenig.

Westdeutsche Linke

Recklinghauser Thesen

Forum Demokratischer Sozialisten

In Anbetracht der lebensbedrohenden Gefahren für den Frieden und für die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit, in Anbetracht von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ungerechtigkeit in unserem Land, in Anbetracht von Not, Elend und Ausbeutung in vielen Teilen der Welt, schließen wir uns als Demokratische Sozialisten in der Bundesrepublik Deutschland zusammen, um unseren Beitrag im Kampf für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen zu leisten.

Wir wollen unsere Arbeit auf der Grundlage der nachfolgenden Thesen beginnen. Diese Thesen bedürfen in vielen Punkten der Ergänzung und Konkretisierung. Sie müssen sich auch langfristig in eine Perspektive gesellschaftlicher Entwicklung einfügen. Das können wir nur gemeinsam leisten. Dabei wird es Punkte geben, in denen wir unterschiedlicher Meinung sind. Die sich daraus ergebenden Diskussionen werden wir offen im Geiste der Toleranz und der Kooperationsbereitschaft führen.

Willkürlichen Ab- und Ausgrenzungsbestrebungen werden wir mit Nachdruck entgegentreten. Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen dürfen die Gemeinsamkeit unseres Kampfes für Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht in Frage stellen.

Die Demokratischen Sozialisten bekämpfen die Frauenunterdrückung und -benachteiligung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir lehnen es ab, die Frauenbefreiung als zweit- oder drittrangiges politisches Anliegen zu behandeln. Eine vordringliche Aufgabe wird es sein, eine konkrete Strategie zur Bekämpfung der Frauendiskriminierung zu erarbeiten.

Wir rufen alle, die der grundsätzlichen Tendenz dieser Thesen zustimmen, zur programmatischen Mitarbeit auf. Wir rufen sie zugleich auf, aktiv am dezentralen Aufbau der Partei „Demokratische Sozialisten" mitzuwirken.

Frieden und Abrüstung

Die wirtschaftliche Krise in den entwickelten Industriegesellschaften hat einen verschärften weltweiten Rohstoff- und Handels-„Krieg" hervorgerufen. Zur Bewahrung ihrer ökonomischen und politischen Vormachtstellung versuchen die Großmächte den Zugriff auf Rohstoffe und Märkte zunehmend militärisch abzusichern. Dadurch verstärkt sich die Ausbeutung der Entwicklungsländer, wird der Widerstand von Befreiungsbewegungen zunehmend unterdrückt.

Die Militärdoktrinen des „Gleichgewichts" und der „Abschreckung" heizen die Weltrüstung bei gleichzeitiger Ausweitung des Welthungers und der Massenarbeitslosigkeit ständig weiter an. Der Übergang von einer Strategie der Kriegsverhütung zur Strategie der Kriegsführung, nach der ein begrenzter Atomkrieg – in erster Linie auf dem „potentiellen

hütung zur Strategie der Kriegsführung, nach der ein begrenzter Atomkrieg – in erster Linie auf dem „potentiellen

Schlachtfeld Europa" – führbar und gewinnbar gedacht wird, erhöht die Kriegsgefahr für alle hier lebenden Menschen.

Es ist deshalb überlebensnotwendig, daß

1. wir für Abrüstung durch einseitige Schritte ohne Vorbedingungen eintreten

☐ der Aufrüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 gekündigt und mit allen Mitteln die Stationierung neuer Atomraketen und chemischer Waffen in der Bundesrepublik verhindert wird
☐ die über 6000 atomaren Sprengköpfe aus der Bundesrepublik endgültig abgezogen werden, als ein erster Schritt zu dem Ziel eines ABC-waffenfreien Europas
☐ auf dem Weg dahin die Verteidigungsausgaben jährlich qualifiziert gesenkt werden
☐ die Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik in zivile Produktionskapazitäten umgewandelt wird und dadurch zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden

2. wir uns gegen die psychologische Militarisierung in der Bundesrepublik wenden

☐ dem antikommunistischen Feindbild, mit dem die Politik der Aufrüstung gerechtfertigt werden soll, durch Informationen und Aktionen entgegengetreten wird
☐ daß uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung und die Abschaffung der „Gewissensprüfung" durchgesetzt wird

3. wir der Einmischung der Bundesrepublik in fremden Ländern entgegentreten

☐ Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik eingestellt werden
☐ die Wirtschafts- und Handelskooperation zwischen West und Ost, Nord und Süd zum gegenseitigen Nutzen partnerschaftlich ausgebaut wird
☐ die Friedensbewegungen in allen Ländern sich aktiv und solidarisch zusammenschließen

4. wir gegen das System atomarer Abschreckung und für die Vernichtung aller Atomwaffen eintreten, in Europa eine blockfreie Zone anstreben und daß die Militärbündnisse mit diesem Ziel schrittweise aufgelöst werden.

Ökologie

In der Bundesrepublik hat eine zehnjährige intensive Ökologiedebatte, die zum Entstehen einer breiten Bewegung geführt hat, die grundlegende Bedeutung des Verhältnisses von Mensch und Natur vermittelt. Umweltfragen sind Lebensfragen und haben Vorrang vor Gesichtspunkten ökonomischer Zweckdienlichkeit. Der Kampf gegen die Verschwendung der Rohstoffe und gegen die Zerstörung der Natur wird zu einer Überlebensfrage der Menschenheit.

In dieser Situation fordern wir

☐ wirtschaftliche Entscheidungsprozesse und -kriterien, die der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen den Vorrang vor Profitinteressen einzelner oder irrationalen Wachstumsvorstellungen geben; eine Steigerung des Bruttosozialproduktes sagt allein nichts über die Qualität der Lebensbedingungen der Menschen aus
☐ grundsätzliche Abkehr von menschenfeindlichen, großtechnologischen und zentralistischen Lösungen, die nicht nur die Umwelt zerstören, sondern auch demokratische Mitwirkung unmöglich machen
☐ keine weiteren Atomkraftwerke und Ausstieg aus der Atomenergie
☐ keine umweltzerstörenden sinnlosen Großprojekte wie Startbahn West, Rhein-Main-Donau-Kanal usw.
☐ dem öffentlichen Personennahverkehr Vorrang vor dem Straßenverkehr zu geben und den Großstraßenbau sofort zu beenden.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Seit mehreren Jahren erleben wir in der Bundesrepublik eine tiefe wirtschaftliche Krise, Massenarbeitslosigkeit und sozialen Abbau. Für die nächsten Jahre sind weitere Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen absehbar. Die von der Arbeiterbewegung seit jeher bekämpfte soziale Ungerechtigkeit kapitalistischer Produktionsverhältnisse tritt kraß hervor. Die Krise zeigt, daß soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung, gleiche soziale Chancen und angemessener Lebensunterhalt auf Dauer mit der „sozialen Marktwirtschaft" unverträglich sind. Aber auch schon vor der Krise zahlten sozial schwache und breite Schichten der Bevölkerung mit niedrigen Einkommen den Preis für die Mängel dieser Wirtschaftsordnung, in der das Profitprinzip über Art und Umfang von Investitionen und Mittelverwendung entscheidet.

Die Krise hat die alte und ungelöste soziale Frage wieder auf die Tagesordnung gestellt: Arbeitslosigkeit und Existenznot. Mittlerweile sind es Millionen Menschen in diesem Land, die mit dem Verlust des Arbeitsplatzes zugleich in soziale Not gestürzt wurden und werden. Für die Arbeiterschaft bedeutet Arbeitslosigkeit die Gefahr der Aufspaltung in Beschäftigte und Arbeitslose. Aber auch unter den Beschäftigten wachsen Spaltungstendenzen: zwischen deutschen und ausländischen Kollegen, jungen und älteren Arbeitnehmern, Frauen und Männern. Das bedeutet von vornherein eine ungeheure Schwächung gewerkschaftlicher Kraft. Deswegen trifft steigende Massenarbeitslosigkeit in zunehmendem Maße auch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten. Wir erleben einen offenen und verdeckten Lohnabbau. Wir stellen eine fortschreitende Leistungshetze in den Betrieben fest. Ihre Folge: mehr Berufskrankheiten, mehr Frühinvalidität. Und die Angst um den Arbeitsplatz und damit um Lohn und Existenz droht jede kollektive Gegenwehr im Ansatz zu ersticken.

die Angst um den Arbeitsplatz und damit um Lohn und Existenz droht jede kollektive Gegenwehr im Ansatz zu ersticken.

1. Nicht die Benachteiligten des Systems der Marktwirtschaft und seiner Krise dürfen weiterhin zu Opfern gezwungen werden, sondern die ungerechte Art des Wirtschaftens und Lebens muß verändert werden. Der Kampf um die Verbesserung der Lebensverhältnisse ist deshalb verknüpft mit der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit. Sogenannte Konjunkturprogramme können da nicht helfen. Wir brauchen dafür eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die soziale Gerechtigkeit und Demokratie in den Grundstrukturen unserer Arbeits- und Lebensverhältnisse durchsetzt und deshalb den Namen sozialistisch verdient.

Wir lehnen jeden Abbau sozialer Leistungen ab und drängen demgegenüber auf den raschen Ausbau sozialer und öffentlicher Dienstleistungen, mit denen das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung in allen Lebensbereichen akzeptiert wird, statt bürokratisch für soziale „Entsorgung" zuständig zu sein.

Ein sicherer Lebensunterhalt und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten sind heute nicht an die Bedingung globalen wirtschaftlichen Wachstums, sondern an die Bedingungen der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit gebungen. Nur eine Art des Wirtschaftens, die nicht dem Profit unterworfen ist, nur eine Einkommens- und Sozialpolitik, die den sozial Schwachen und den Benachteiligten am meisten hilft, nur eine humane und ökologische Gestaltung unserer sozialen Umwelt werden in Zukunft menschenwürdige Arbeitsplätze, sicheren Lebensunterhalt und freie Individualität ermöglichen.

Deshalb kämpfen wir für

☐ die Verkürzung der Wochenarbeitszeit
☐ das Verbot der Leiharbeit
☐ öffentliche Investitionen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, primär der Selbstversorgung (Wohnen, Freizeit, Nahverkehr) dienen und die regionale und sektorale Zahl der Arbeitslosen berücksichtigen
☐ die Schaffung dezentraler öffentlicher Unternehmen unter kommunaler Beteiligung
☐ die Förderung von Projekten alternativer Ökologie und kollektiver Selbsthilfe
☐ Kontrolle neuer Technologien, ihrer Entwicklung und Anwendung, um weitere Arbeitszergliederung, Monotonie und Belastung zu verhindern
☐ umfassende Demokratisierung des Wirtschaftslebens
☐ angemessene Mieten und ausreichend Wohnungen für alle
☐ Schaffung zusätzlicher Stellen im Bereich der Schulen, der medizinischen Versorgung und der sozialen Dienste
☐ Ausbau eines dezentralisierten Systems von Wärmekraftkopplung, Abwärmenutzung und Fernwärmeversorgung
☐ Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und der Radwegenetze
☐ grundsätzliche Neuordnung der beruflichen Ausbildung.

2. Unsere Politik ist die offensive Vertretung der Rechte der benachteiligten Bevölkerungsschichten. Wir wollen Schluß machen mit der Regierungspolitik, die Massenarbeitslosigkeit und die dadurch entstandene Finanzkrise der öffentlichen Haushalte auf Kosten der sozial Schwachen sowie der kleinen und mittleren Einkommensempfänger zu lösen.

Unbeschadet dessen, daß die Demokratischen Sozialisten für das Recht auf Arbeit eintreten, ist es gegenwärtig nötig, die Mindesteinkommen zu verbessern und die Folgen des bisherigen Sozialabbaus zu beseitigen.

Deshalb verurteilen wir

☐ die Verschlechterung der Sozialhilfesätze
☐ die Senkung der Arbeitslosenunterstützung
☐ die Einengung der Anspruchsregelungen
☐ die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien
☐ die Einführung des Krankenbeitrages für Rentner

und fordern wir

☐ den Ausbau des Rentenrechts für die Gleichberechtigung von Mann und Frau
☐ das Vorziehen des Rentenalters
☐ die Erhöhung der Kleinstrenten
☐ die Einführung einer Mindestrente.

3. Statt Einsparungen im Sozialbereich, statt Steuererhöhungen, die die kleinen und mittleren Einkommen am stärksten belasten, kann eine Finanzierung von sozialen Maßnahmen durch gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung und eine Steuerpolitik erfolgen, die nicht die Reichen und Besitzenden begünstigt.

Deshalb fordern wir

☐ eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung, z.B. durch höhere Spitzensteuersätze für Großverdiener und eine Erhöhung der Vermögensteuer
☐ die steuerliche Neuregelung zur Bewertung des Vermögens an Grund und Boden und eine Reform des Bodenrechts
☐ den Abbau aller Steuersubventionierungen für höhere Einkommen und das Verbot aller Abschreibungsgesellschaften
☐ die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Steuerrückstände.

Bei der Verteidigung des Lebensunterhaltes und dem Kampf gegen soziale Demontage, bei der Verwirklichung unseres Ziels sozialer Gerechtigkeit in einer sozialistischen Gesellschaft wird es auf die Selbstorganisation der Interessen, auf die Aktivität und den Kampf der Betroffenen ankommen. Wirtschaftspolitische Ziele und Forderungen, die auf eine Besserung der Situation von Arbeitnehmern und ihren Familien abzielen, sind heute insbesondere ohne starke und autonome Gewerkschaften und entschlossenen gewerkschaftlichen Kampf nicht zu verwirklichen. In diesem Sinne arbeiten Demokratische Sozialisten in den Gewerkschaften.

Dritte Welt und ausländische Arbeitnehmer

Dritte Welt und ausländische Arbeitnehmer

Hunderte Millionen Menschen hungern und verhungern in der Welt, in der wir leben, ohne daß ein Aufschrei der Empörung durch unser Land geht. Woher auch jeder von uns kommt, kein Mensch kann und darf sich mit diesem Zustand abfinden. Diesem Zustand ist aber allein durch rein karikative Einzelmaßnahmen wirksam nicht zu begegnen.

Deshalb fordern wir

☐ gerechte Warenaustauschverhältnisse zwischen Nord und Süd im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung
☐ massive Förderung einer an den Grundbedürfnissen der Menschen und den Prinzipien der Selbstversorgung und der sozialen Gerechtigkeit orientierten Eigenentwicklung der Völker der Dritten Welt
☐ das Recht der Völker auf eine eigenständige, blockfreie Entwicklung
☐ die Wahrung der Menschenrechte überall in der Welt
☐ die Unterstützung von Befreiungsbewegungen, deren Kampf der Verwirklichung der oben genannten Prinzipien dient.

Wir verurteilen nachdrücklich die Unterstützung von Militärdiktaturen durch die Bundesregierung.

Als Auswirkungen der Probleme in der Dritten Welt sind wir in der Bundesrepublik u.a. mit einem Ausländerzustrom konfrontiert, der zunehmend zu einem innenpolitischen Problem gemacht wird.

Auch die von der BRD angeworbenen „Gastarbeiter" sind als Produkt der internationalen kapitalistischen Ausbeutung anzusehen, die ein würdiges Leben in ihren Ursprungsländern unmöglich macht.

Jetzt soll die industrielle Reserverarmee, die einst in diesen Ländern mobilisiert wurde, um hier eine schrankenlose kapitalistische Entwicklung zu ermöglichen, in dem Moment nach Hause geschickt werden, wo die kapitalistische Krise sie nicht mehr profitabel nutzbar macht – nachdem ihre Heimatländer in ihrer eigenen Wirtschaftsstruktur zerstört sind.

In seiner Unfähigkeit, die Wirtschaftskrise zu beseitigen, versucht der herrschende Block die ausländischen Arbeiter als eine Ursache der Arbeitslosigkeit hinzustellen. „Ausländerfeindlichkeit" wird gegenwärtig zum zentralen Ansatzpunkt rechtsradikaler Mobilisierungsstrategien gemacht. Aufgabe aller fortschrittlichen Kräfte ist es daher, jede Diskriminierung von Ausländern in Staat und Gesellschaft zu bekämpfen.

Demokratische Rechte

Demokratische Sozialisten wissen, daß die Verwirklichung ihrer Ziele nur im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft möglich ist, wie sie ein uneingelöster Verfassungsauftrag des

⟶

Fortsetzung von voriger Seite

Recklinghauser Thesen

Grundgesetzes ist. Unser Kampf für die Wiederherstellung demokratischer Freiheitsrechte ist eine entscheidende Bedingung für eine erfolgreiche Abwehr der gegenwärtigen Einschränkungen der politischen Handlungsmöglichkeiten von unten.

Zugleich sehen wir in der Durchsetzung und Erweiterung demokratischer Rechte in Betrieb und Gesellschaft ein wichtiges Ziel unseres Kampfes für eine gesellschaftliche Umgestaltung. Die Forderung nach demokratischen Rechten erheben wir daher nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch an unsere eigene politische und gewerkschaftliche Praxis.

Deshalb streiten wir insbesondere

☐ gegen Berufsverbote sowie jegliche Art staatlicher „Gesinnungsüberprüfung" (z.B. von Kriegsdienstverweigerern) und die Kriminalisierung politischen und gewerkschaftlichen Widerstandes

☐ für eine Aufhebung der repressiven „Anti-Terrorgesetze" und Rücknahme der Notstandsverfassung

☐ für die wirksame Sicherung der Grundrechte auch gegenüber den Geheimdiensten

☐ gegen alle Meinungs- und Informationsmonopole, insbesondere auch gegen betriebliche Personaldatenerfassungssysteme und für den Ausbau eines Datenschutzes

☐ für die uneingeschränkte Garantie individueller und kollektiver Grundrechte als Bedingungen einer konsequenten Politik von unten

☐ für einen umfassenden Abbau institutioneller und juristischer Hindernisse für eine basisdemokratische Politik

Die Demokratischen Sozialisten treten für eine umfassende rechts- und staatspolitische Trendumkehr ein: Statt des gegenwärtigen Abgleitens in den Obrigkeitsstaat als Instrument autoritärer Krisenlösungen wollen wir einen umfassenden Prozeß der Wiederherstellung und Erweiterung demokratischer Rechte in Betrieb, gesellschaftlichen Organisationen und im Staat durchsetzen.

Organisation

Wenn die Initiative „Demokratische Sozialisten" sich für die Rechtsform einer Partei entscheidet, dann darf das keine Vorentscheidung im Sinne der Übernahme von Strukturen herkömmlicher etablierter Parteien sein. Wir werden eine vollständige und effektive Willensbildung und Kontrolle durch die Basis gewährleisten und das Ausnutzen von Ämtern und Mandaten für eine Herrschaftssicherung einzelner ausschließen.

Unabhängig von der Rechtsform ihrer Organisation verstehen sich die „Demokratischen Sozialisten" als Teil einer breiteren Bewegung. Wir sind zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den anderen Teilen der Friedensbewegung, mit Bürgerinitiativen, mit den Grünen, mit den Gewerkschaften und den fortschrittlichen Kräften innerhalb der Kirchen bereit.

Abgehobene Stellvertreterpolitik meiden und Basisbewegungen stärken

Statement von Alexander Schubart am 20. März 1982 in Recklinghausen

I.

Ich komme aus Hessen und arbeite in der Bürgerbewegung gegen die Startbahn 18 West. In der Region rund um den Frankfurter Flughafen ist im Widerstand gegen die Startbahn West die breiteste Protestbewegung, die es in Hessen je gegeben hat, entstanden. Denn der Eingriff in den Lebensraum von Hunderttausenden von Menschen, den der Bau und die Inbetriebnahme dieser Betonpiste zur Folge hätte, wäre verheerend, ja katastrophal. Die Starbahn 18 West ist nachweisbar in extremer Weise umwelt u n verträglich. Verkehrspolitisch gibt es keine einsichtigen, geschweige denn zwingenden Gründe, die für sie sprechen würden. Erst recht ist es für die betroffene Bevölkerung unannehmbar, daß die geplante Startbahn West dereinst einmal als der große Abladeplatz für Truppen und Militärgerät oder als Zwischenlandeplatz für irgendwelche Eingreiftruppen in Nahost oder anderswo genutzt wird.

Politisch läßt sich der Bau der Startbahn West der betroffenen Bevöl-

bahn West dereinst einmal als der große Abladeplatz für Truppen und Militärgerät oder als Zwischenlandeplatz für irgendwelche Eingreiftruppen in Nahost oder anderswo genutzt wird.

Politisch läßt sich der Bau der Startbahn West der betroffenen Bevöl-

kerung nicht mehr vermitteln. Deshalb hat die Hessische Landesregierung gegen unsere breite Bürgerbewegung seit dem 6. Oktober letzten Jahres die größte Polizeiarmada, die es in Hessen je gegeben hat, antreten lassen, um den Widerstand niederzuknüppeln und gegenüber unserem Volksbegehren gegen die Startbahn West vollendete Tatsachen im Wald zu schaffen. Mit diesem Volksbegehren, dem ersten ökologischen Plebiszit in der Geschichte der Bundesrepublik, hatten wir bekanntlich eine friedliche, demokratische und politische Lösung des Konflikts um die Startbahn West angestrebt. Die Landesregierung hingegen hat auf eine militärische Konfliktlösung gesetzt. Jetzt hat sie zwar die Totalrodungen auf der Trasse geplanten Startbahn — einem Geländestreifen von 4 km Länge und 600 m Breite — durchgesetzt, die Startbahn ist jedoch noch lange nicht gebaut; noch über zweieinhalb Jahre sollen nach den Planungen der Startbahnbetreiber vergehen, ehe die fertige Betonpiste dem Verkehr übergeben werden kann. Dies wollen wir verhindern. Unsere Forderung lautet jetzt: die gerodete Fläche muß zur größten Wiederaufforstungsfläche in der BRD umfunktioniert werden! Lieber eine große Schonung als eine Startbahn West!

II

Aus der Sicht der breiten Bürgerbewegung gegen die Startbahn West, ihrer Erfahrungen in einem langjährigen Kampf und ihrem Selbstverständnis. möchte ich einige Erwartungen

II

Aus der Sicht der breiten Bürgerbewegung gegen die Startbahn West, ihrer Erfahrungen in einem langjährigen Kampf und ihrem Selbstverständnis, möchte ich einige Erwartungen

an die sich formierenden Demokratischen Sozialisten benennen. Diese Erwartungen werden sich daran festmachen lassen, wie die Demokratischen Sozialisten soziale Basisbewegungen einschätzen und ihr Verhältnis zu diesen Bewegungen bestimmen. Denn in diesem Punkt, liebe Freunde, weisen die hier vorgelegten Recklinghäuser Thesen zweifellos Defizite aus. Es ist nicht ausreichend, gute, vielleicht sogar überzeugende Inhalte einer neuen Politik zu formulieren. Hinzu kommen muß ein neues Verständnis von „Politik-machen", das sich vom herrschenden Verständnis eines entfremdeten „Politik-machens" radikal unterscheidet. Ich möchte diese Erwartungen in ein neues Verständnis von „Politik-machen" in folgenden fünf Thesen zum Ausdruck bringen:

1. Das herrschende Verständnis von „Politik-machen" bezieht seine Legitimation aus Abstimmungen, Beschlüssen und Urteilen in Parlament, Regierung, bürokratischen Apparaten und Gerichten. Wenige bestimmen, was viele, zuweilen alle, betrifft. Der Bürger selbst bleibt — abgesehen von seiner Teilnahme an Parlamentswahlen — diesem Prozeß des „Politikmachens" so gut wie vollständig ausgeschlossen; er ist Objekt, nicht Subjekt des Geschehens.

Diesem Verständnis von abgehobener, entfremdeter Stellvertreterpolitik sollten Demokratische Sozialisten eine entschiedene Absage erteilen!

jekt des Geschehens.

Diesem Verständnis von abgehobener, entfremdeter Stellvertreterpolitik sollten Demokratische Sozialisten eine entschiedene Absage erteilen!

2. Die Prinzipien der Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Menschen in allen ihren sozialen und politischen Bereichen — im Betrieb, im Wohnbereich, in Schule und Hochschule, im Lebensraum der Menschen, im Bereich der Friedenssicherung — sind nicht erst in einer fernen Gesellschaftsordnung anzustreben, sondern jetzt, hier und heute in einem ständigen Prozeß zu erkämpfen.

3. Demokratische Sozialisten sollten von vornherein zum bürgerlichen Parlamentarismus ein illusionsfreies und distanziertes Verhältnis entwickeln. Wesentliche Änderungen gegenüber der demokratiefernen, sozialfeindlichen, lebensbedrohenden und friedensgefährdenden Politik des Herrschenden Blocks werden sich in Parlamenten nicht durchsetzen lassen, wenn und solange diese Änderungen nicht zugleich durch direkte und massenhafte Aktionen von den Bürgern erkämpft werden. Deshalb dürfen für Demokratische Sozialisten Wahlkandidaturen und Parlamentsarbeit kein vorrangiges, sondern nur ein ergänzendes Mittel von „Politik-machen" sein. Der Schwerpunkt des „Politik-machens" muß in zentralen und dezentralen Basisaktivitäten und außerparlamentarischen Aktionen liegen. Ihre Träger sind die mannigfachen sozialen Bewegungen, in denen sich die Menschen selbst organisieren und ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen.

4. Soziale Bewegungen sind zuvörderst auch autonome Bewegungen. Deshalb lassen sie sich nicht von politischen Parteien vereinnahmen, oder gar für deren parteiliche Interessen instrumentalisieren.

Legitim, ja notwendig, ist jedoch eine wechselseitige Instrumentalisierung

lassen sie sich nicht von politischen Parteien vereinnahmen, oder gar für deren parteiliche Interessen instrumentalisieren.

Legitim, ja notwendig, ist jedoch eine wechselseitige Instrumentalisierung

zwischen politischen Organisationen und sozialen Bewegungen in Bezug auf die inhaltlichen Ziele dieser Bewegungen. Deshalb wird es für die politische Wirksamkeit der Demokratischen Sozialisten auch von ausschlaggebender Bedeutung sein,

- ob ihre Mitglieder in sozialen Bewegungen, vor allem im betrieblichen Bereich, verankert sind
- inwieweit sie den politischen Druck in Richtung auf Realisierung der inhaltlichen Ziele der sozialen Bewegungen verstärken können.

5. Das Charakteristische der Sozialen Bewegungen in der BRD — der Friedensbewegung, der Ökologiebewegung, der Frauenbewegung, der Bewegung gegen Wohnraumzerstörung, der Bewegung gegen die Ausländerdiskriminierung — ist, daß sie kaum im betrieblichen Bereich Eingang gefunden haben. Gegen Betriebsstillegungen, Massenentlassungen und Dauerarbeitslosigkeit hat es nur vereinzelt — wie z.B. in Frankfurt bei VDM und ADLER — Widerstand an der Basis der Betroffenen gegeben. Die Mehrheit der Lohnabhängigen vertraut auf die Gewerkschaften des DGB, die jedoch ihrerseits nicht auf eine unmittelbare Interessenswahrnehmung durch die Basis der Lohnabhängigen, sondern auf eine Interessenswahrnehmung durch Funktionäre und Vorstände des Gewerkschaftsapparates ausgerichtet sind, was nichts anderes als ein Spiegelbild des Stellvertreterprinzips im staatlichen Bereich darstellt. Manchmal möchte ich glauben, hier in der BRD wäre angesichts von Massenarbeitslosigkeit, Betriebsstillegungen, Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen, Abbau von sozialen Rechten das gleiche notwendig, wie im polnischen August 1980, ja ich wünschte mir auch hier eine Solidar-

Massenarbeitslosigkeit, Betriebsstillegungen, Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen, Abbau von sozialen Rechten das gleiche notwendig, wie im polnischen August 1980, ja ich wünschte mir auch hier eine Solidar-

nosc, eine breite Basisbewegung der Lohnabhängigen in den Betrieben.

Doch man darf nicht Wunsch mit Wirklichkeit verwechseln. Gleichwohl sollten Demokratische Sozialisten diejenigen Tendenzen innerhalb der Lohnabhängigen stärken, die — parallel zur gewerkschaftlichen Interessenswahrnehmung — auf eine unmittelbare Interessenswahrnehmung durch die Basis der Lohnabhängigen gerichtet sind.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit und wünsche mir, daß von diesem Kongreß erfolgversprechende Impulse für eine organisatorische Zusammenfassung der Linken in der BRD ausgehen.



Alexander Schubart ... Foto: AK (H.W.)

Warum brauchen wir eine neue Linkspartei?

„Demokratische Sozialisten" — Auch ein Schritt vorwärts für uns Frauen?

Weder die bürgerlichen Parteien, noch die bestehenden alternativen und auch linken Organisationsansätze stellen heute einen politischen Bezugspunkt für die Frauenbewegung dar. Die Abwendung vieler aktiver Frauen, die heute bereits den Kampf gegen die Frauenunterdrückung führen, von den bestehenden Organisationen - auch von denen, die sich auf die Arbeiterbewegung berufen- ist in erster Linie das Ergebnis eines falschen und eingeschränkten Politikverständnisses dieser Organisationen, die die Frauenfrage nicht entsprechend ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung in ihr Programm integriert haben, die Frauenfrage teilweise sogar völlig ignorierten oder ihre aktuelle Bedeutung auf einen Nebenwiderspruch reduziert haben. Dabei wird übersehen, daß gerade die Existenz und Aufrechterhaltung der Frauenunterdrückung ein wichtiges Instrument zur Schwächung und Spaltung des Kampfes für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung darstellt.

Die Lage der Frauen ist heute nach wie vor gekennzeichnet durch eine besondere politische, soziale kulturelle und sexuelle Unterdrückung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Anfang der 70er Jahre bei vielen Frauen vorhandene Erwartung in die Sozialdemokratie, diese werde entscheidende Reformen und Verbesserungen für die Frauen durchsetzen, wurden durch die politische Realität zunehmend zerstört. Entscheidend dazu beigetragen hat nicht zuletzt die halbherzige Scheinreform des § 218 und den, auch von der SPD politisch abgedeckten Versuchen der Kriminalisierung von Frauen, die den Kampf zur Durchsetzung ihrer spezifischen Forderungen verstärkt selbst organisierten. Die politisch-ökonomische Entwicklung der letzten Jahre hat außerdem deutlich gezeigt, daß der Anspruch „Politik für Frauen" zu machen, in der Konsequenz unvereinbar ist mit einer Politik zur Absicherung von Unternehmerinteressen. Die Tatsache, daß gerade Frauen von den Auswirkungen kapitalistischer Krisenbewältigungspolitik besonders stark und in mehrfacher Weise betroffen sind, belegen dies deutlich.

Gegen die verschiedenen Formen und Strukturen ihrer Unterdrückung (Patriarchat - Kapitalismus, Produktionsbereich - Reproduktionsbereich) setzen sich Frauen immer häufiger zur Wehr. Obwohl sich immer mehr Frauen der Frauenbewegung zugehörig fühlen und in vielfältigen Bereichen für die Durchsetzung von Fraueninteressen kämpfen, findet dies jedoch heute keinen angemessenen Ausdruck auf gesamtpolitischer Ebene.

Die Tatsache, daß die SPD heute immer weniger in der Lage ist, die Kämpfe der Frauen zu integrieren und auch nur im Ansatz Veränderungen im Interesse der Frauen durchzusetzen, ist jedoch nicht ein isoliertes Phänomen, sondern Ausdruck einer Entwicklung auf allen gesellschaftlichen Ebenen und steht in unmittelbarem Zusammenhang der Krise der SPD.

Fortsetzung nächste Seite



... und Brigitte Kiechle in Recklinghausen   Foto: AK (H.W.)

Forts. von voriger Seite

In einer Situation der zunehmenden Verschärfung der kapitalistischen Krise, setzt die westdeutsche Bourgeoisie erneut auf eine Politik zur Bewältigung der Krise, die die Kosten und Lasten der Krise auf die Werktätigen und die Frauen abwälzt. Rigorose Sparpolitik, Abbau der Reallöhne, Rationalisierungspolitik, Massenarbeitslosigkeit und die Stärkung des Repressionsapparates, um die Politik vielfältiger Angriffe auf die lohnabhängige Bevölkerung möglichst reibungslos durchsetzen zu können, sind dabei entscheidende Bestimmungselemente einer offen bürgerlichen Politik. Die SPD an der Regierung ist den Aufgaben kapitalistischer Krisenbewältigungspolitik bisher voll nachgekommen, verbunden jedoch mit dem Preis des zunehmenden Verschleißes der SPD als Regierungspartei. Wir erleben heute den Niedergang eines Modells sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung, das fast eineinhalb Jahrzehnte auf „Reform" und „Entspannung" beruhte. Die ökonomischen Bedingungen und der politische Handlungsspielraum einer solchen Politik verschwinden jedoch zusehens.

Die Politik der Krisenbewältigung auf Kosten der Werktätigen und der Frauen, verknüpft mit der Vorantreibung imperialistischer Aufrüstung führte außerdem zu einem Verlust der Integrationsfähigkeit gegenüber der Arbeiterklasse, wie auch gegenüber den verschiedenen neuen gesellschaftlichen Massenbewegungen. In den letzten Jahren haben sich zudem, wesentlich bedingt durch die Entstehung von Bewegungen, die die Interessen des keit gegenüber der Arbeiterklasse, wie auch gegenüber den verschiedenen neuen gesellschaftlichen Massenbewegungen. In den letzten Jahren haben sich zudem, wesentlich bedingt durch die Entstehung von Bewegungen, die die Interessen des kapitalistischen Systems an einzelnen, aber wichtigen Punkten angreifen und unter dem Druck der Krise, die Differenzierungsprozesse und Loslösungserscheinungen innerhalb und außerhalb der SPD von dieser Partei beschleunigt.

Ein wesentliches Hindernis für die Deblockierung der klassenpolitischen Situation in der BRD ist jedoch nach wie vor die sozialdemokratische Vorherrschaft über die Arbeiterklasse und die damit verbundene Fesselung und Lähmung notwendiger Kampfmaßnahmen zur Abwehr der Krisenlasten. Den Bruch mit der Sozialdemokratie herbeizuführen ist aber unmittelbar an die Existenz einer glaubwürdigen sozialistischen Alternative zur SPD gebunden. Ansätze einer Wende in der Beziehung Arbeiterklasse - SPD wurden bereits bei der letzten Bundestagswahl deutlich. Die aktive Hinwendung und Unterstützung der SPD, wie wir dies Anfang der 70er Jahre gesehen haben, wandelte sich in ein passives Verharren bei der SPD mangels einer politisch-organisatorischen Alternative, die von einer klaren Orientierung an den Interessen der Lohnabhägigen ausgeht. Eine solche Orientierung schließt die Notwendigkeit der grundsätzlichen Änderung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ein.

Auf diesem Hintergrund ergeben sich für die Diskussion um die Gründung einer neuen Partei links von der SPD meines Erachtens folgende grundlegenden Vorgaben:

1. Es geht heute um die Schaffung einer sozialistischen Alternative zur SPD, die einen antikapitalistischen, antireformistischen Handlungszusammenhang für die politische Praxis in allen gesellschaftlichen Bereichen, einschließlich der Ebene der Wahlen, werden soll.
2. Die neu zu schaffende Organisation sollte Ausdruck und politischer Bezugspunkt der Teile der Arbeiterbewegung, der betrieblich Aktiven, die sich gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit wehren, und der Kräfte in den neuen gesellschaftlichen Massenbewegungen werden, die nach einer politischen Orientierung über ein Engagement an den unmittelbaren Konfliktpunkten hinaus, suchen.
3. Aufgrund der gegebenen politischen Bedingungen ist die Frage des Gründungszeitpunktes nicht als Erstes eine Frage der Terminplanung, sondern eine inhaltliche Frage. Die heute bestehende günstige Situation für den Aufbau einer Organisation links von der SPD mit sozialistischem Anspruch, wird nicht unbegrenzt bestehen. Wir sollten die sich uns augenblicklich bietende Chance nicht verstreichen lassen, und den Gründungsprozeß durch die Aufnahme der Arbeit örtlicher Gruppen, die in die betriebliche und politische Auseinandersetzung aktiv eingreifen, unmittelbar einleiten.

Wenn die Organisationsfrage in der westdeutschen Linken heute neu diskutiert wird, mit dem Anspruch, auf inhaltlicher Ebene einen Neuansatz zur Umsetzung linker Politik zu schaffen, muß damit auch ein neues Verhältnis zur Frauenfrage und der Beteiligung von Frauen entwickelt werden. Auf inhaltlicher Ebene bedeutet dies meiner Meinung nach:

– In der Ausarbeitung eines Frauenaktionsprogramms muß die enge Verbindung von sozialer Frage und Frauenfrage deutlich werden.
– Die Frauenfrage in ihrer vollen Dimension muß fester Bestandteil der gesamten politischen Auffassungen aktionsprogramms muß die enge Verbindung von sozialer Frage und Frauenfrage deutlich werden.
– Die Frauenfrage in ihrer vollen Dimension muß fester Bestandteil der gesamten politischen Auffassungen und der Praxis einer neuen Linkspartei werden.
– Entsprechend der Bedeutung des Kampfes für die Befreiung der Frau für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung ist ein Verständnis von Frauenarbeit erforderlich, das sich nicht darauf beschränkt, nur zu Teilbereichen der Frauenfrage Position zu beziehen., sondern alle Bereiche und Formen der Frauenunterdrükkung bekämpft.
– Der Kampf für die Rechte der Frau darf nicht darauf reduziert werden, nur "Gleichheit in der Ungleichheit" zu fordern, d.h. den Kampf auf Forderungen nach formaler Gleichberechtigung zu beschränken, sondern muß in der Perspektive der völligen Emanzipation der Frau stehen.
– Das Selbstbestimmungsrecht der Frau muß von uns ebenso anerkannt und verteidigt werden, wie die organisatorische Autonomie der Frauenbewegung.

Auf der Ebene der Organisationsstrukturen und der Formen der politischen und persönlichen Auseinandersetzung innerhalb einer neuen Organisation gilt es eine besondere Sensibilität für patriarchalisch-frauenfeindliche Strukturen zu entwickeln und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nicht aufkommen zu lassen.

Eine neue Linkspartei in der BRD muß auch eine Alternative für Frauen werden. Ob dies gelingt, wird jedoch nicht nur davon abhängen, ob richtige Antworten auf die Frauenfrage gefunden werden, sondern auch entscheidend davon, inwieweit Frauen bereit sind, an der Diskussion und am Aufbau einer sozialistischen Alternative mitzuarbeiten. Ich verstehe deshalb diesen Beitrag auch als einen Aufruf speziell an die Frauen, sich an der aktuellen Auseinandersetzung um eine neue Linkspartei zu beteiligen.

18.3.82
Brigitte Kiechle

„Pflasterstrand": Die Wahrheit über El Salvador...?

Der „PS" bricht mal wieder ein Tabu. Dieses Mal geht es um den Befreiungskampf in El Salvador.

Die Leserschaft des „PS" kennt gewiß dessen leidenschaftliche Suche nach der Wahrheit, und wie seine Redakteure couragiert und selbstlos darum kämpfen – auch wenn's weh tut, auch wenn's unbequem ist. Nur kurz sei hier an einige bedeutsame pflastersträndlerische Vorstöße zur Bereicherung der Alternativkultur erinnert: – der bis damals tabuisierte männliche Lustgewinn beim Schlagen von Frauen, – die Notwendigkeit unselektiven demokratischen Engagements und daher „Freiheit für Rudolf Hess", – die Erkenntnis von Gemeinsamkeiten zwischen Nazis und Linken, – die Enthüllungen über die Selbstmorde (ohne Anführungszeichen) in Stammheim, – das „blockfreie" Bewußtsein und daraus folgend die Begeisterung für „Solidaritätsaktionen", die von der US-Regierung initiiert werden.

Im „PS" Nr. 127 wurde nun ein Artikel *„El Salvador: das Volk zwischen zwei Feuern"* veröffentlicht. Autor ist ein mexikanischer sozialdemokratischer Dichter, Gabriel Zaid. In mexikanischen und peruanischen Zeitungen wurde er bereits im vergangenen Sommer publiziert.

Der Artikel basiert auf „Dokumenten", die 1980 in der konservativen mexikanischen Zeitung „Excelsior" erschienen (siehe „taz", 12. 3.82).

Zaids Hauptaussage besteht darin, daß das salvadorianische Volk Opfer der „Obrigen" sei, mithin „zwischen zwei Feuern" stehe. Denn mit „Obrigen" sind sowohl die Rechten und Faschisten als auch die linke Opposition gemeint: *„Die Verantwortlichen der salvadorianischen Tragödie, die im Oktober 1979 begann, sind die Führer, die sich nicht einigen können, oder konkreter diejenigen, die auf die Gewalt vertrauen: seien es nun diejenigen an der Macht oder diejenigen in der Opposition, und vor allem jene Gewaltgläubigen, die an der Macht sind".*

Seine eigenen politischen Vorstellungen formuliert Zaid ganz klar: *„Wären die, die auf die Gewalt vertrauen, erstmal aus dem Bild, könnten die Führer* (es gibt anscheinend auch Gute von der Sorte?) *ihren Konflikt unschwer lösen... Die wirkliche gegenwärtige Frage ist, wie man die, die auf Gewalt bauen, aus dem Bild nehmen kann".*

Dazu schlägt Zaid vor, sie *„schnellstens aus dem Land zu schicken"*, möglicherweise könnte man *„ihnen sogar noch Geld"* geben. Wie könnte *auf Gewalt bauen, aus dem Bild nehmen kann".*

Dazu schlägt Zaid vor, sie *„schnellstens aus dem Land zu schicken"*, möglicherweise könnte man *„ihnen sogar noch Geld"* geben. Wie könnte das wohl geschehen? Durch gutes Zureden? Oder vielleicht besser durch eine US-Intervention...?

Nach Abschluß dieser Säuberung könnten dann Wahlen stattfinden, unter internationaler Kontrolle. Dieses Szenario kommt einem/einer irgendwie bekannt vor...

Im Gegensatz zur gesamten liberalen Presse, aber im Einklang mit Alexander Haig behauptet Zaid, die Bevölkerung fürchte sich und fliehe vor den Guerilleros. Es geht ihm um die Diskreditierung der salvadorianischen Linken, und was liegt da näher als der Versuch der persönlichen Demontage eines ihrer führenden Mitglieder?

Joaquin Villalobos, Vorsitzender der ERP, soll, so behauptet Zaid anhand einer einzigen, unüberprüfbaren Quelle, 1975 seinen damaligen Genossen, den Dichter Roque Dalton, als angeblichen CIA-Agenten ermordet haben. Rund um diese Behauptung konstruiert Zaid seine Anklage gegen die Befreiungsbewegung: sie schere sich einen Dreck um die Interessen und Bedürfnisse des Volkes, alles ordne sie der reinen Machtgier unter – das Ganze unter dem Motto: „Hauptsache, es fließt Blut". Weiteres Indiz für ihre Massenfeindlichkeit sei ihre angeblich vorwiegend „akademische" Zusammensetzung: *„Für die Akademiker ist die Guerilla die Fortführung des Aufstiegs zur Macht mit anderen Mitteln... Kein Bauer ist Guerillero (!?)".* Und so weiter und so fort.

(Zur konkreten Entgegnung auf Zaids einzelne Anschuldigungen gegen Villalobos siehe „taz", 12.3.82, Artikel von K.-D. Tangermann).

Der „PS" veröffentlichte Zaids Schriftwerk aus Anlaß der nationalen Solidaritätsdemonstration gegen die amerikanischen Interventionsdrohungen am 13. März in Frankfurt. *„Damit jeder wissen kann, mit wem er sich solidarisiert"* (!). Es ist überflüssig, anzumerken, daß der Artikel nach „Einschätzung" der PS-Redaktion in den *„Tatsachenbehauptungen der Wahrheit"* entspricht.

Es geht dem „PS" wie auch Zaid um die *„Legitimation der Guerilla als Befreiungsbewegung"*. Abgesehen von bündnispolitischen Erwägungen (die Unterstützung des bewaffneten Kampfes verprelle Schichten und Kräfte, die nach pazifistischen Lösungen suchen) stellt der „PS" die Frage: *„Wer von denen, die volle zweieinhalb Millionen Mark für Waffen gespendet haben, weiß denn tatsächlich, w e r über diese Waffen verfügt, w i e und w a n n sie eingesetzt werden, a u s w e l c h e n strategischen oder taktischen Gründen damit getötet wird?"* Die „Kriegsgeilheit" dieser Lateinamerikaner darf eben nicht unterschätzt werden. *„Unser heimliches Blockdenken"* schmerzt dem „PS": **„Uns hingegen scheint es absurd, zweieinhalb Millionen Mark für Waffen zu spenden, die in der Dritten Welt der Befreiung dienen sollen, aber in den Metropolen den Arsch nicht hoch zu kriegen, um lautstark Parteilichkeit für den** **scheint es absurd, zweieinhalb Millionen Mark für Waffen zu spenden, die in der Dritten Welt der Befreiung dienen sollen, aber in den Metropolen den Arsch nicht hoch zu kriegen, um lautstark Parteilichkeit für den** **„Volksbefreiungskampf" in Polen zu zeigen".**

Das „blockfreie" Denken der PSler ist im übrigen so weit entfaltet, daß sie es noch nie geschafft haben, über manche Pro-Reagan-Äußerung von „Solidarnosc"-Vertretern im westlichen Ausland auch nur ein Wort zu verlieren. Ganz abgesehen davon: würde der „PS" ähnlich unbewiesene oder unbeweisbare Horror-Stories über „Solidarnosc" (Quelle beispielsweise „UZ" oder „Neues Deutschland"...) s o abdrucken? Oder würde dort die „Blockfreiheit" aufhören?

Das Ganze ist eigentlich als Argumentationslinie nicht neu: *„Es gibt Auseinandersetzungen, die kriegerisch ausgetragen werden müssen, und es ist klar, daß sie in diesen Kriegen und dem, was dabei herauskommt, die eine Unterdrückungsherrschaft gegen eine andere Unterdrückungsherrschaft eintauschen... Wenn etwas geschichtlich entscheidend verändert wird, dann durch Auflösung von Macht und nicht durch die taktischen Winkelzüge einer Gegenmacht; durch eine radikale Verweigerung der Macht"* (D. Cohn-Bendit, „Kursbuch" 57 vom Okt. 79, „Der Mythos des Internationalismus"). Immer die gleiche Crux: Kämpfen setzt Macht voraus, zunächst einmal eine eigene, dann bedeutet Kämpfen auch noch, gegen die bestehende Macht zu sein, und schließlich ist Produkt eines erfolgreichen Kampfes eine größere Macht für den Sieger – tja, und wenn mensch Macht ablehnt, muß er nicht dann irgendwie auch den Kampf ablehnen? Ganz in diesem Sinn erklärte in der gleichen „Kursbuch"-Diskussion ein weiterer, damals namhafter Frankfurter Gegenmächtler, J. Fischer: *„Ich will eine Abkehr von allen Illusionen, die man sich gemacht hat, und dafür ist der Antiimperialismus das beste Beispiel, weil er so eine zentrale Bedeutung hatte. Und die Selbstkritik wird auch schon massenhaft vollzogen: Für Persien mobilisiert sich niemand mehr, für Nicaragua auch nicht"* (ebda). (Vermutlich wird auch vor lauter „Selbstkritik" so wenig gegen die Ausländerfeindlichkeit von Linken getan?).

Nun ja: es ging dem „PS" mit Zaids Artikel nicht um kleinkarierte Polemik, sondern gerade „um die Solidarität mit dem Volk" El Salvadors. Dazu genügt meiner Meinung nach der schlichte Hinweis, daß zum Zeitpunkt der Veröffentlichung und seitdem die Interventionsdrohungen Reagans gegen das salvadorianische Volk (Guerilla inklusive) immer präziser werden. Oder fände es der „PS" vielleicht eine beachtliche „Selbstkritik", wenn in den Metropolen kein Mensch mehr „den Arsch hoch kriegt" für El Salvador...

E., KB Frankfurt

Frankreich
Die neuen Krieger

Es gab die neuen Philosophen, die neuen Antifaschisten, die neuen Antiimperialisten, und jetzt sind die „neuen" Krieger dran. André Gorz steht nicht alleine:

„Ein Volk, das nicht bereit ist, für seine Ideen Opfer zu bringen, hört auf, glaubwürdig zu sein" (Gorz Mahnung an das deutsche Volk im „Spiegel"-Interview).

Der bekannte Kämpfer gegen Gulags in der ganzen Welt, André Glucksmann, unterhält eine wöchentliche Rubrik in „Libération". Unter dem Titel: „Die Sicherungen fliegen raus" schrieb er zum Beispiel am 8.1. 82:

„Eine verwirrte europäische Allianz sieht zu, wie sich ihr starkes Glied als schwächstes enthüllt: Die Bundesrepublik, bisher Speerspitze der proamerikanischen Integrationspolitik, wendet sich mit großem Schwung. Pazifisten, Gerwerkschafter, Industrielle, Nationalisten und antipolnische Chauvinisten vermischen sich. 60 Jahre Geschichte steigen hoch wie aus einem verstopften Ausguß: Rapallo, kurze Annäherung von Moskau und Berlin zur Zeit Lenins, der Hitler-Stalin-Pakt und die doppelte Invasion Polens 39, der Aufstand von Warschau 44, der von den Nazis auf dem Rückzug zerschlagen wurde, während die Rote Armee, nur zwei Schritte entfernt, ohne Ungeduld auf das Ende der Säuberung wartete. Ist es nötig, daß noch eine Generation ihren Tribut an irgendeine neue deutsch-sowjetische Ordnung bezahlt, die verspricht, den alten Kontinent endgültig zu normalisieren?

Jenseits des Atlantiks haben die Reaganianer das Getreideembargo aufgehoben, zwei Jahre nach der Invasion Afghanistans, gerade zu dem Zeitpunkt, wo es wirksam zu werden begann. Als ob es ihnen reichte, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und einige zusätzliche Missiles zu verteilen. Die Krise, die an den Instituti-

Fortsetzung nächste Seite

Die neuen Krieger

Fortsetzung von voriger Seite

onen frißt, die Parteien zerreißt, die Allianzen verfaulen läßt, die Ideologien entleert, die Lobbies und ihre Cliquen zersplittert, erweist sich als allgemein, da geistig. Die Sicherungen fliegen raus, und die einfachen Ideen, die die Nachkriegszeit erhellten – Eindämmung, Entspannung, Koexistenz – erlöschen in ihrem offensichtlichen Fiasko.

Heute verzieren begabte junge Leute die Berliner Mauer, die ihnen die Sicht verwehrt, mit charmanten Landschaften. Sie entwirklichen sich in diesen Trugbildern, wie die zahlreichen Neoliberalen und Marxisten, die vor ihnen wiedergeboren wurden. Der Tausch von Gütern, der Ost-West-Verkehr sagen die einen, die Arbeit am Konzept, sagen die anderen, werden schließlich einen noch wilden Sozialismus zivilisieren.

Das ist ein doppeltes Rezept. Um nichts zu sehen, weigert man sich, den sowjetischen Block zu untersuchen, diesen Vorentwurf unserer Nachgeschichte, die schließlich zu findende Form des ewigen Friedens, der Unsterblichkeit, wo sich das Ende der Ideenschlachten, der sozialen Konflikte und nationalen Antagonismen ankündigt. Es sind nicht die Ideologien, die unsere Geschichte regieren, aber wenn die Geschichte zu gefährlich, fast unansehbar wird, holt man die Ideologien hervor, um die Unsicherheiten und Ängste zu beruhigen.

Jalta ist ein Krebs der Seele. Stellen wir uns einmal vor: die westlichen würden nicht mehr die minimalen Nahrungsressourcen sichern, die der sowjetischen Ökonomie erlauben, sich dem Militärischen zu widmen. Es gibt genügend Hungernde in der Welt, die diese westlichen Überschüsse aufnehmen würden. Der Preis dieses ökonomischen Krieges würde den einer soundsovielten nuklearen Modernisierung nicht überschreiten, könnte sich aber in dieser Plazierung als wirksamer erweisen.

Dazu gäbe es das Vergnügen, die Politik und die Moral zusammenzubringen: das der dritten Welt gelieferte Brot entzieht dem großen sowjetischen Bruder, der mit seinem eigenen leeren Magen konfrontiert ist, einige Möglichkeiten der Intervention. Solche Druckmittel operabel zu machen, stellt vor einige Schwierigkeiten, aber die Ökonomen haben schon drückendere gelöst. Die wirkliche Frage ist nicht, wie es geht, sondern ob man es machen will. Darauf kommt es an". („Libé", 8.1.82, übersetzt im „PS" Nr. 127).

In weiteren Artikeln werden z.B. die Amsterdamer Demonstranten/innen gegen die Nato-Nachrüstung als „300 000 Breschnjews" bezeichnet... **Nein, Glucksmann geht nicht konform mit Strauß: er steht noch rechts** von ihm. Selbst Reagan ist ihm noch zu zahm. Wie schön wäre es doch, wenn die Sowjetunion einfach wegverhungert werden könnte...

Das ist die „Moral" von Leuten, die sich „radikal" jeder Macht „verweigern", anscheinend aber mit der e i g e n e n Macht heute sehr gut zurecht kommen. Alles, was erlaubt, von Jalta wegzukommen, ist gut, sagte auch Gluckmanns Regierungschef Mitterrand.

„300 000 gegen Pershings, die noch auf dem Papier stehen. 10 000 gegen Breschnjew und seine sehr wirksamen Raketen" (Glucksmann, „Libé", 26.11.81).

Wann marschiert denn endlich die freie Welt in die SU ein?!

Es ist ein Skandal, daß sich solche Kriegshetze noch als „links" verkaufen kann. Da bleibt mensch echt die Spucke weg!

Frankreich-Kommission

Apropos Apo...
Wieso Apo?
Naja, das
A und O
ist die Apo!
Aber Opa...!
Ich glaub'
Du brauchst ein
Abo!
Oha...

Absender: ....

....

....

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7685
2000 Hamburg 19

bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

○ Halbjahresabo DM 33,— ○ Förderabo DM 50,—
○ Jahresabo DM 60,— ○ Förderabo DM 100,—
○ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
○ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

....
Ort, Datum Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos.

*Nichtzutreffendes bitte streichen

Kto. Nr.
Kto.-Inhaber
bei der BLZ
mittels Lastschrift einzuziehen

.................., den.......... ....
(Unterschrift)

Neuer AK-Preis: 4 Mark

Eine unumgängliche Entscheidung

Liebe Leserinnen, liebe Leser des Arbeiterkampf,

von dieser Ausgabe an wird diese Zeitschrift vier statt drei Mark kosten. Für Euch und uns eine unerfreuliche Entscheidung, für uns aber auch eine unumgängliche. Alle, die schon einmal an einer Zeitung mitgearbeitet haben, die Broschüren oder Informationshefte für Initiativen erstellt haben, wissen sicherlich, daß die Herstellung und der Vertrieb einer solchen Zeitung eine Menge Geld kostet und daß all die Produkte der Linken in der Regel nur durch die unentgeldliche Arbeit von vielen Mitarbeitern und dem Zuschuß durch Initiativen und Organisationen zu einem „vernünftigen" Preis zu verkaufen sind. Bei einer Zeitschrift wie dem Arbeiterkampf, die bisher vierzehntäglich und jetzt vierwöchentlich herauskommt, geht es darüberhinaus nicht ohne einen gewissen Grad von Professionalität. D.h. wir brauchen Räume für den Verlag, den Satz, das Layout, wir brauchen ein Minimum an festen Mitarbeitern für die Erstellung und den Vertrieb der Zeitung, müssen teilweise Fotos bezahlen usw. usf.. Die Kosten, die hierfür regelmäßig mit jeder Zeitung anfallen, haben wir auf dieser Seite einmal aufgestellt. Wir kommen dabei auf einen durchschnittlichen Preis von sechs Mark pro Zeitung für Herstellung und Vertrieb. Nicht mitgerechnet ist dabei die unentgeldliche Arbeit vieler Genossinnen und Genossen sowohl beim Schreiben, beim Satz, im Layout und Vertrieb, obwohl selbst dies bei einer linken Zeitung nicht selbstverständlich sein sollte. Wie ihr der Aufstellung entnehmen könnt, deckt selbst der Erlös bei einem Preis von vier Mark noch längst nicht die Kosten, die uns entstehen.

Viele werden sagen, vier Mark sei ein stolzer Preis, nicht wenige werden sogar sagen, dieș sei zu hoch. Bevor hier jedoch vorschnelle Urteile gebildet werden, sollten einige Vergleiche angestellt werden. Zunächst fallen uns da die vergleichbaren linken Zeitschriften ein. Die „Was tun" (GIM) kostet bei gleichem Format und 16 Seiten Umfang DM 1,50, die KVZ bei ebenfalls gleichem Format und 16 Seiten DM 1,-; das entspricht DM 4,50 bzw. DM 3,- auf den AK umgerechnet. Beide Zeitschriften werden ebenso wie der AK von Organisationen bezuschußt. Die „Modernen Zeiten" (ISP) kostet bei 68 Seiten Umfang in DIN A4 Format DM 5,-, auf den AK umgerechnet sind dies 28 Seiten. Die „links" (SB) kostet bei 36 Seiten im A4-Überformat (ca. 15 - 18 AK Seiten) DM 3,50. Und die Zeitschrift der SoSt kostet mit 96 Seiten im A4 Format (ca. 40 - 45 AK Seiten) gar DM 8,-. All diesen Zeitschriften ist noch gemeinsam, daß sie sich in der Hauptsache aus dem Ertrag des Verkaufs finanzieren müssen. Nur bedingt ist ein Vergleich mit der neuen „konkret" möglich. Diese kostet bei 128 Seiten (A4 Überformat) DM 5,-, hat davon jedoch schon 25 Seiten Anzeigen, deren Erlös einen großen Teil der Kosten dekken. Diese Finanzquelle ist für Zeitschriften wie den AK weitgehend ausgeschlossen. Mensch sieht schon an diesem Vergleich, daß der AK sogar mit einem Preis von DM 4,- noch günstig liegt.

Dennoch wissen wir natürlich um die Problematik einer solchen Preiserhöhung, insbesondere in einer Zeit, da die Auflage der linken Presse und des AK im speziellen rückgängig ist. Wir haben deshalb auch überlegt, durch eine erhebliche Reduzierung des Umfangs der Zeitschrift (auf 24 bis 32 Seiten) die Kosten so zu senken, daß wir beim alten Preis bleiben könnten. Dagegen hat gesprochen, daß wir damit zwangsläufig in eine Situation geraten würden, viele wichtige politische Fragen nur noch anreißen zu können. Eine wissenschaftliche Bearbeitung von Themen, die ausführliche Darlegung von Untersuchungen usw. wäre dann nur noch für einige wenige Themen möglich. Insgesamt würde unter einer solchen Konzeption die Allseitigkeit der Zeitung allzu stark leiden. Es ist zwar Mode geworden in linken Zeitschriften, auf eine ausführliche Begründung der eigenen Positionen zu verzichten und die Auseinandersetzung mit den Standpunkten anderer politischer Strömungen weitgehend auszuklammern, aber gerade diesen Weg wollen wir nicht gehen. Denn wir gehen davon aus, daß gerade dies den AK für viele seiner Leser so wertvoll macht.

Bei der letzten Preiserhöhung des AK, vor zwei Jahren, hatten wir geschrieben, daß die Kostendeckung für diese Zeitschrift nur durch eine erhebliche Steigerung der Auflage erreicht werden könnte. Dies ist nicht eingetreten, stattdessen mußten wir weitere Auflageneinbußen hinnehmen. Positiv können wir jedoch vermerken, daß seit einem halben Jahr die Auflage stabil geblieben ist. Wir können auch heute bei realistischer Sicht nicht davon ausgehen, die gestiegenen Kosten durch eine Auflagensteigerung aufzufangen. Dennoch gehen wir davon aus, daß es immer noch einen großen Kreis von Linken gibt, die Interesse an einer radikal linken Zeitschrift haben, die nicht die diversen Modeströmungen mitmachen wollen, die nach einer umfassenden Begründung linker Positionen fragen, die vor allem die in jeglicher Beziehung unversöhnliche Haltung des AK gegenüber dem herrschenden System und ihrer Vertreter schätzen.

Auf dem 2. KB-Kongreß wurde beschlossen, in diesem Sinne den AK weiter herauszubringen, in der Gewißheit und Hoffnung, daß unsere Leser genau dies auch wollen. Es sei noch angemerkt, daß die AK-Leser sogar ein wenig sparen: statt zwei Ausgaben zu drei Mark erscheint jetzt nur noch eine Ausgabe zu vier Mark. Und/aber wer uns bei der Herausgabe dieser Zeitschrift darüberhinaus unterstützen will, den bitten wir, ein Abonnement für die Zeitschrift abzuschließen, den Förderpreis von fünf Mark zu bezahlen, zu spenden, selbst zur Verbreitung der Zeitung beizutragen, für sie zu werben usw.

Mit allerherzlichesten revolutionären Grüßen
Eure AK-Redaktion

Ein neuer Name für die Zeitung?!

Auf dem 2. KB-Kongreß wurde beschlossen, den AK mit einem neuen Konzept herauszubringen und auch über einen neuen Namen zu diskutieren. Während das erstere versucht wird, Schritt um Schritt durchzusetzen, ist in der Namensfrage noch keine Entscheidung getroffen worden. In den letzten beiden Ausgaben des AK wurde eine Fülle von Namensvorschlägen unterbreitet. Derzeit befinden wir uns in einem innerorganisatorischen Meinungsbildungsprozeß über diese Vorschläge, deren Ergebnis wir im nächsten AK vorstellen wollen.

Die durchschnittlichen monatlichen Kosten zur Herstellung des Arbeiterkampfs

Miete, Büro für Verlag und Redaktion, Satz und Layout, Lager und Auslieferung) für	
Räumlichkeiten	2100,-
Instandhaltung	200,-
Versicherung	200.-
Transport	150,-
Werbung	400,-
Verpackung	50,-
Frachten (zum Verschicken von Zeitungen)	250,-
Porto (Erhöhung im Juni)	1300,-
Telefon	300,-
Büro- und Layoutmaterial	500,-
EDV-Kosten	100,-
Buchhaltung/Steuerberatung	1000,-
Miete für Geräte	1200,-
Druckkosten (mit Preiserhöhung nach der diesjährigen Tarifrunde)	6500,-
Fotos	200,-
Fotomaterial für eine AK-Ausgabe	200,-
Personalkosten bei DM 1300,- Netto (3 Satz- und Layout, 3 Redaktion, 2 Verlag)	18800,-
Insgesamt	**33.450,-**

Dagegen stehen Einnahmen bei einer Auflage von 5.500 Zeitungen

1000 Abonnenten, Abopreis DM 60,- , bei 13 Ausgaben 4,60 pro Heft	4600.-
1200 an Buchläden	4800.-
10% Remission der Buchläden	- 480.-
30% an Buchläden	- 1440.-
2800 an die KB/Gruppen	11200.-
15% Remittenden der Gruppen	- 1680.-
200 Barverkauf	800.-
Erlöse insgesamt	**17800.-**

Das ergibt pro Monat selbst bei einem Preis von DM 4.- einen realen Verlust von DM 15.650.- . Dieser Verlust muß gegenwärtig durch den KB getragen werden. Er soll durch weitere Kostenminderung reduziert werden.

Spendeneingänge

IKAH, Hamburg 50.-; BO Hamburg Altona 50,-; Anti-AKW-Kommission 700,-; Antifabereich Hamburg 500,-; HC, Antifabereich 150,-; Fl., Antifabereich 200,-; W Antifabereich 150,-; Vo/Ga., BO Hamburg Harburg 800,-; Antimiltreffen Hannover 65,65; Antimilzelle, Hamburg 600,-; Tl., BO Altona 500,-; He., BO Altona 500.-; BO Altona 800,-; Gl., BO Hamburg Wandsbek 550,-; Mo., Hamburg 500,-; Gesundheitsbereich Hamburg 300,-; U., Metallbereich Hamburg 250,-; Th., Metallbereich 300,-; F., Metallbereich 100,-; B., Metallbereich 50,-; A., Braunschweig 200,-; Th., Braunschweig 1000,-; KB/Gruppe Bremen 1600,-; Weihnachtsmann Ja. 200,-; IKAH Hamburg 1200,-; E., Hamburg 50.-; BO Hamburg Barmbek 674,-; KB/Gruppe Pinneberg 250,-; J., Hamburg 100,-; Kirchenkommission, Hamburg 70,-; DLH/Hafen-Bereich, Hamburg 500,-; Erzieherbereich, Hamburg 300,-; Hp., Chemiebereich, Hamburg 100,-; Erlös aus gespendeter Anlage 1000,-; J.N. 50,-; E.V. 10,-; U.E., Hamburg 750,-; B.O., Westberlin 10,-; A.P. 20,-; G.M., Göttingen 400,-; O.F., Westberlin 10,-; J.N. 50,-; E. Butzbach 70,-; KB/Gruppe Nürnberg 500,-; KB/Gruppe Bielefeld 100,-; KB/Gruppe Bamberg 500,-; Anit-AKW-Kommission 100,-; KB/Gruppe Bremen 450,-; Spenden auf dem 2. KB-Kongreß 1987,87; Antimilbereich, Hamburg 300,-; KB/Gruppe Nürnberg 1600,-; BO Hamburg Eimsbüttel 1310,-; He., Chemiebereich 100,-; a., Hamburg 300,-; BO Eimsbüttel 50,-; Gesundheitsbereich 20,-; Antifa-Schulungstreffen 175,-; ein AK-Abonnent 400,-; BO Wandsbek 540,-; BO Harburg 65,-; IKAH, Hamburg 50.-; KB/Gruppe Braunschweig 1150,-; Erzieherbereich 90,-; KB/Gruppen Baden-Württemberg 2210,-; KB/Gruppe Bremerhaven 1715,-; KB/Gruppe Dortmund 215,-; KB/Gruppe Heidelberg 1556,-; Antimil-Zelle, Göttingen 950,-; Jü., Freiburg 10,-; KB/Gruppe Bremen 2000,-; KB-Gruppe Lüneburg 325,-; F.S., Essen 580,-; U., Schleswig 30,-; KB/Gruppe Bremen 2000,-

Insgesamt = DM 37 108,52

Spenden für die Zeitung und den KB bitte auf folgendes Konto überweisen:
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
BLZ 200 800 00 Konto-Nr. 4 501 755 00